

Sicherheit 2021

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Stefano De Rosa,
Thomas Ferst, Céline Gloor, Jacques Robert

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizer Armee

ETH zürich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation

Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Gloor, C., Robert, J. (2021). *Sicherheit 2021 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.

Die Reihe «Sicherheit» der Militärakademie und des Center for Security Studies sind im Internet im Volltext verfügbar:
www.css.ethz.ch / www.milak.ch.

Die der Studie zugrundeliegenden Datensätze sind archiviert bei der Swiss Foundation of Research in Social Science (FORS): <https://forsbase.unil.ch>

Hrsg.: Tibor Szvircev Tresch und Andreas Wenger
Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich

© 2021 ETH Zürich
Center for Security Studies
Haldeneggsteig 4, IFW
8092 Zürich
E-Mail: css.info@sipo.gess.ethz.ch

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
Kaserne, 8903 Birmensdorf
E-Mail: tibor.szvircev@vtg.admin.ch

Layout: Miriam Dahinden-Ganzoni, Rosa Guggenheim

Schriftarten: «Adobe Garamond pro» und «Neue Helvetica»

Alle Rechte vorbehalten.

Die in der Reihe «Sicherheit» wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autor*innen dar.

ISBN 978-3-905696-77-6
ISSN 1424-5698

Sicherheit 2021

Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Stefano De Rosa,
Thomas Ferst, Céline Gloor, Jacques Robert

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Condensé	12
Sintesi	15
Executive Summary	18
Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2021»	21
Résumé de l'étude «Sécurité 2021»	35
Riassunto del sondaggio «Sicurezza 2021»	49
Summary of the Survey “Security 2021”	63
1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2020	75
1.1 COVID-19-Pandemie – Rivalität der Grossmächte – politische Fragmentierung im Westen – anhaltende Krisen an Europas Peripherie	75
1.2 Aussenpolitik: Strategie und COVID-19 – Frieden und Sicherheit – Uno und OSZE – Verhandlungen Schweiz-EU	78
1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: WEA und COVID-19 – Rüstungspolitik – Auslandseinsätze – Cyber-Verteidigung	82
1.4 Innere Sicherheit: Terrorismus und Radikalisierung – Schengen, Asyl, Migration – Cyber-Sicherheit – subsidiäre Armeeinsätze	86
2 Untersuchungsdesign	91
3 Datenbasis	93
4 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt	101
4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden	101
4.2 Kriminalitätsfurcht	104

4.3	Subjektives Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum	107
4.4	Zukunftseinschätzung der Schweiz	110
4.5	Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	112
4.6	Subjektive Einschätzung der Betroffenheit verschiedener Lebensbereiche aufgrund der COVID-19-Pandemie	114
4.7	Bedrohungsempfinden: Subjektive Einschätzung der Bedrohungen zehn ausgewählter Gesellschaftsbereiche	125
4.8	Eintrittswahrscheinlichkeit: Subjektive Einschätzung ausgewählter Bedrohungen	132
5	Vertrauen in ausgewählte öffentliche Institutionen und Behörden	141
5.1	Institutionen-Vertrauensindex	143
5.2	Verhältnis zwischen Vertrauen, Sicherheitsgefühl und Zukunftsoptimismus	149
6	Die Neutralität	159
6.1	Die Schweizer Neutralität	160
6.2	Allgemeine Zustimmung zur Neutralität	166
6.3	Neutralitätsfunktionen	170
6.4	Neutralität: Instrument der Aussenpolitik, finaler Wert oder Hindernis?	178
6.5	Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	181
7	Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen	189
7.1	Die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz	189
7.2	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union	193
7.3	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	197

7.4	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno	199
7.5	Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen	202
7.6	Betonung nationaler Autonomie	205
7.7	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend von 1993 bis 2021	210
8	Das Verhältnis Armee und Gesellschaft	217
8.1	Notwendigkeit der Armee	217
8.2	Ausrüstung und Ausbildung der Armee	220
8.3	Gesellschaftliche Rolle der Armee	223
8.4	Wehr- und Rekrutierungsform	225
8.5	Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee	231
8.6	Verteidigungsausgaben	232
9	Alternative Dienstmodelle und allgemeiner obligatorischer Bürgerdienst	237
9.1	Alternative Dienstmodelle	237
9.2	Einstellung zur Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes	243
9.3	Einstellungen gegenüber Funktionen eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes	247
10	Sicherheitspolitisches Interesse	253
	Literaturhinweise	259
	Verwendete Literatur	259
	Quellenhinweise nach chronologischer Reihenfolge zu den Daten der Erhebungsreihe «Sicherheit 2021»	272

Anhang I Methode	277
I Die Qualität der Variablen	277
II Korrelationen und Koeffizienten	277
III Cronbachs Alpha	279
IV Das Testen von Zusammenhangshypothesen mittels χ^2 -Test	279
V Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels Mittelwert-Tests	280
VI Clusteranalyse	281
VII Einfache (bivariate) und multivariate Regressionsanalyse	282
Anhang II Typologien	283
I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung	283
Anhang III Erhebung 2021	291
I Sicherheit 2021 – Fragebogen und Häufigkeitstabellen	291

Vorwort

Die Studie «Sicherheit 2021» ist die 23. Ausgabe der seit 1999 unter dem Titel «Sicherheit» erscheinenden Studienreihe. Die Studienreihe «Sicherheit» beruht auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1993 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Dabei werden durch jährlich durchgeführte repräsentative Telefonbefragungen Momentaufnahmen, Tendenzen und längerfristige Trends der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Stimmbevölkerung gemessen und aufgezeigt. Als Herausgeber*innen stellen die Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich damit der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit aufbereitetes Wissen über die Einstellungen des Stimmvolkes zur Verfügung. Auch die diesjährige Ausgabe beginnt traditionellerweise mit den Zusammenfassungen der wichtigsten Ergebnisse in Deutsch, Französisch, Italienisch sowie Englisch und der «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2020». Im Anschluss werden die im Januar 2021 erhobenen Daten analysiert und im Einzelnen ausgewiesen. Ca. 70% der Studie sind wiederkehrende Fragen, welche jedes Jahr erhoben werden. Rund 30% der Fragen decken in gewohnter Weise Fragen zu aktuellen sicherheitspolitisch relevanten Themen ab. 2021 liegt der Fokus auf der *COVID-19-Pandemie mit deren Auswirkungen auf ausgewählte Lebensbereiche, der Bedrohungswahrnehmung der Schweizer*innen, sowie Einstellungen hinsichtlich eines allgemeinen und obligatorischen Bürgerdienstes für Schweizer Männer und Frauen*. In Bezug auf die Fragen zur COVID-19-Pandemie ist anzumerken, dass während des Befragungszeitraums der Studie «Sicherheit 2021» im Januar 2021 zahlreiche Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Kraft waren bzw. während der Befragung verschärft wurden.

Die Autoren*innen und die Herausgeberschaft danken Miriam Dahinden-Ganzoni für die Erstellung des Layouts und Rosa Guggenheim für die Anfertigung der Grafiken. Sie bedanken sich bei Ernestina Soares Imoberdorf für die französische, beim Zentralen Sprachdienst Italienisch des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) für die italienische und bei Andrew Clarke für die englische Übersetzung. Für das Korrekturlesen des Manuskripts wird Patrick Dietschi gedankt. Dank gebührt auch Oliver Roos für die Zusammenstellung und Aufbereitung der Daten für die Chronologie.

Dr. phil. Tibor Szvircsev Tresch
Militärakademie (MILAK)
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger
Center for Security Studies (CSS),
ETH Zürich

Kurzzusammenfassung

Allgemeine Bemerkung: Weil die Daten der Studie «Sicherheit 2020» vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie in der Schweiz und Europa erhoben wurden, führte die Dozentur Militärsoziologie der MILAK im Juli 2020 eine Nachbefragung (NBF) durch, um mögliche Veränderungen des Sicherheitsgefühls, des Vertrauens in Institutionen und Behörden sowie den Einfluss des CORONA 20 Einsatzes der Armee messen zu können. In der hier vorliegenden Zusammenfassung wird deshalb auch bei gewissen Fragen auf die Resultate der Nachbefragung Bezug genommen. Die Daten der Studie «Sicherheit 2021» wurden zwischen dem 5. und 26. Januar 2021 erhoben. Die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens, der Brexit als auch der Sturm auf das Kapitol in Washington (06.01.2021) und die Amtsübernahme des neuen US-Präsidenten Joe Biden (21.01.2021) könnten einen Einfluss auf das Antwortverhalten gehabt haben.

Sicherheitsempfinden und Wahrnehmung der Schweiz und der Welt: Das allgemeine Sicherheitsempfinden bleibt sowohl im Juli 2020 als auch im Januar 2021 unverändert. Im Allgemeinen fühlen sich Schweizer*innen sehr sicher. Das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum ist gegenüber Januar 2020 signifikant gestiegen. Während die Zukunftseinschätzung im Jahr 2020 gegenüber der NBF unverändert blieb, zeigt sich, dass Schweizer*innen 2021 die Zukunft der Schweiz signifikant weniger optimistisch beurteilen. Dennoch bleibt eine klare Mehrheit in dieser Hinsicht optimistisch. Im Vergleich zum Jahr 2020 und der NBF ist der Zukunftsoptimismus bezogen auf die weltpolitische Lage signifikant gestiegen. Ausserdem fühlen sich Schweizer*innen in diversen Gesellschaftsbereichen gegenüber 2015 kaum bedroht, schätzen jedoch die Wahrscheinlichkeit einer Bedrohung durch eine Pandemie, durch Cyber-Angriffe, durch die Verbreitung von Fake News oder durch eine Wirtschaftskrise am höchsten ein.

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Das Vertrauen der Schweizer*innen in die Polizei, die Wissenschaft und in die Gerichte ist nach wie vor am höchsten. Auch dem Bundesrat wird überdurchschnittlich stark vertraut, während das Eidgenössische Parlament, die Schweizer Wirtschaft und die Armee durchschnittliche Werte erlangen. Entsprechend dem Vorjahr wird den politischen Parteien und den Medien am wenigsten vertraut. Gegenüber der Erhebung im Januar 2020 ist das Vertrauen in die Gerichte, den Bundesrat, das Eidgenössische Parlament und in die politischen Parteien sowie auch das durchschnittliche Vertrauen statistisch signifikant gestiegen. Im Vergleich zur Nachbe-

fragung im Juli 2020 hat sich das Vertrauen in die Gerichte im Januar 2021 signifikant erhöht, dasjenige in den Bundesrat ist signifikant gesunken, aber im Jahresvergleich immer noch am höchsten.

Neutralität: Der Schweizer Neutralität stimmen Befragte unverändert und fast einstimmig zu. Neuerdings steht eine Bevölkerungsmehrheit hinter der differenziellen Neutralität. Der de-facto-Aufgabe der Neutralität («wenn keine Vorteile mehr, dann aufgeben») wird signifikant stärker zugestimmt, aber sie wird nur von einer Minderheit gefordert. Signifikant weniger Personen stimmen der Aussage zu, dass die Schweiz die Neutralität heute nicht mehr militärisch glaubhaft schützen könne. Obwohl Schweizer*innen die Neutralität durchaus kritisch betrachten, ist und bleibt für sie die Neutralität ein Wert an sich, welcher aus Sicht der Stimmbevölkerung immer noch mehr Vor- als Nachteile mit sich bringt.

Autonomie und Öffnungsbereitschaft: Schweizer*innen zeigen sich 2021 öffnungsbe-reiter als noch im Vorjahr, aber ihr Wunsch nach wirtschaftlicher, politischer und militä-rischer Autonomie ist nach wie vor gross. Während eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU deutlich befürwortet wird, wird eine Annäherung als auch ein EU-Beitritt mehrheitlich abgelehnt. Weiche Kooperationsformen ohne institutionelle Bindungen werden von einer Bevölkerungsmehrheit unterstützt. Signifikant mehr Befragte sind der Ansicht, dass sich die Schweiz stärker für die Uno (Sitz im Uno-Sicherheitsrat, Schweizer Uno-Friedenstruppen) einsetzen sollte. Die Skepsis gegenüber der Nato ist zwar signifikant gesunken; sowohl eine Annäherung und ein Beitritt zur Nato als auch der Anschluss an ein Verteidigungsbündnis mit anderen Staaten finden jedoch keine Mehr-heit in der Bevölkerung.

Alternative Dienstmodelle und Bürgerdienst: Die Bereitschaft, Frauen in einen obliga-torischen Dienst mit freier Wahl zwischen Militär-, Zivil- oder Sozialdienst einzubeziehen, findet aktuell in der Schweizer Stimmbevölkerung eine deutliche Mehrheit und wird von allen abgefragten Dienstmodellen am meisten befürwortet. Generell ist die Zustimmung zu allen Dienstmodellen bis auf das Modell einer Dienstpflicht nur für Männer gegen-über 2015 signifikant gestiegen. Die Mehrheit der Befragten bejaht aktuell die Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes für Schweizer*innen deutlich. Zudem finden positive Funktionen eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes Zuspruch in der Schweizer Bevölkerung. Demgegenüber sehen Schweizer*innen negative Aspekte eines solchen Dienstes mehrheitlich nicht.

Einstellungen gegenüber der Schweizer Armee: Die Notwendigkeit der Armee wird von einer klaren Mehrheit der Schweizer*innen befürwortet. Die Bevölkerung zieht die Milizarmee einer Berufsarmee vor und ist zufrieden mit deren Leistung. Die Abschaffung der Wehrpflicht wird von einer kleinen Minderheit gefordert. Hinsichtlich den Verteidigungsausgaben und der gesellschaftlichen Rolle des Militärs haben Schweizer*innen dieselbe Einstellung wie 2020. Die im Zuge der Nachbefragung im Juli 2020 gemessenen historischen Höchstwerte für die Schweizer Armee sind im Januar 2021 wieder auf das Niveau des Vorjahres (Januar 2020) gesunken.

Condensé

Commentaire d'ordre général: Vu que les données de l'étude «Sécurité 2020» ont été collectées avant l'apparition de la pandémie de COVID-19 en Suisse et en Europe, la chaire de sociologie militaire de l'ACAMIL a mené une enquête de suivi en juillet 2020 pour mesurer les éventuels changements par rapport au sentiment de sécurité, à la confiance dans les institutions et les autorités publiques, et à l'impact de l'engagement CORONA 20 de l'armée. Pour certaines questions, dans ce résumé, les résultats de l'enquête de suivi sont également pris en considération. Les données de l'étude «Sécurité 2021» ont été collectées entre le 5 et le 26 janvier 2021. La pandémie de COVID-19 et les subséquentes restrictions concernant plusieurs domaines de la vie publique, le Brexit ainsi que l'assaut du Capitole à Washington (06.01.2021) et l'entrée en fonctions du nouveau président des États-Unis, Joe Biden (21.01.2021), peuvent avoir eu une influence sur le comportement de réponse.

Sentiment de sécurité et perception de la Suisse et du monde: Le sentiment général de sécurité reste inchangé tant en juillet 2020 qu'en janvier 2021. En général, les Suissesses et les Suisses disent se sentir très en sécurité. Le sentiment de sécurité dans les espaces publics a augmenté de manière significative par rapport à janvier 2020. Si l'évaluation de l'avenir en 2020 est restée inchangée par rapport à l'enquête de suivi, on constate que les citoyennes et les citoyens suisses en 2021 sont nettement moins optimistes quant à l'avenir de la Suisse. Par rapport à l'année 2020 et à l'enquête de suivi, l'optimisme quant à l'avenir de la situation politique mondiale a considérablement augmenté. Par ailleurs, les citoyennes et les citoyens suisses ne se sentent guère menacés dans divers domaines de la société par rapport à 2015, mais ils considèrent que la probabilité d'une menace liée à une pandémie, à des cyberattaques, à la diffusion de fake news ou à une crise économique est la plus élevée.

Confiance dans les autorités et les institutions: La confiance des Suissesses et des Suisses dans la police, la science et les tribunaux reste la plus élevée. La confiance accordée au Conseil fédéral est également supérieure à la moyenne, tandis que le Parlement fédéral, l'économie suisse et l'armée obtiennent des valeurs moyennes. Comme l'année précédente, ce sont les partis politiques et les médias qui inspirent le moins confiance. Par rapport à l'enquête de janvier 2020, la confiance accordée aux tribunaux, au Conseil fédéral, au Parlement fédéral et aux partis politiques a augmenté de manière statistiquement significative de même que la confiance moyenne. Par rapport à l'enquête de suivi de juillet 2020, la confiance dans les tribunaux a augmenté de manière significative en

janvier 2021. La confiance dans le Conseil fédéral a diminué de manière significative, mais est restée la plus élevée en comparaison avec la moyenne enregistrée depuis des années.

Neutralité: La neutralité suisse continue de bénéficier d'un soutien quasi unanime des personnes interrogées. À nouveau, une majorité de la population a soutenu la neutralité différentielle. L'abandon de facto de la neutralité («si cela n'offre plus d'avantages, il faut y renoncer») est nettement plus accepté, mais il n'est soutenu que par une minorité. Un nombre significativement plus faible de personnes sont d'accord avec l'affirmation selon laquelle la Suisse ne peut plus protéger militairement la neutralité de manière crédible. En 2021, les Suissesses et les Suisses sont plus disposés à s'ouvrir que l'année précédente, mais leur désir d'autonomie économique, politique et militaire reste fort. Bien que les Suissesses et les Suisses soient assez critiques à l'égard de la neutralité, ils considèrent que la neutralité est et reste une valeur en soi qui, du point de vue de l'électorat, apporte toujours plus d'avantages que d'inconvénients.

Autonomie et volonté d'ouverture: En 2021, le peuple suisse montre plus de volonté d'ouverture que l'année précédente, mais l'envie d'autonomie économique, politique et militaire reste fort. Alors qu'une coopération économique avec l'UE est clairement soutenue, un rapprochement ainsi que l'adhésion à l'UE sont rejetés par la majorité. Les formes douces de coopération sans liens institutionnels sont soutenues par une majorité de la population. Un nombre significativement plus élevé de personnes interrogées pensent que la Suisse devrait être plus active au sein de l'ONU (siège au Conseil de sécurité de l'ONU, forces de maintien de la paix de l'ONU).

Modèles alternatifs d'obligation de servir et service civil: La volonté d'inclure les femmes dans le système de l'obligation de servir avec un libre choix entre le service militaire, civil ou social bénéficie actuellement d'une nette majorité au sein de l'électorat suisse. Ce modèle est le plus soutenu de tous les modèles de services étudiés. En général, l'approbation de tous les modèles de servir, à l'exception du modèle de l'obligation de servir pour les hommes uniquement, a augmenté de manière significative par rapport à 2015. Actuellement, la majorité des personnes interrogées se prononcent clairement en faveur de l'introduction d'un service citoyen obligatoire. En outre, les aspects positifs d'un service citoyen obligatoire trouvent un écho favorable auprès de la population suisse et la majorité des Suissesses et des Suisses n'y voient pas d'inconvénients.

Attitudes à l'égard de l'armée suisse: La nécessité de l'armée est soutenue par une nette majorité des citoyennes et des citoyens suisses. La population préfère l'armée de milice à une armée professionnelle et est satisfaite des performances de l'armée. L'abolition du

service militaire obligatoire est revendiquée par une petite minorité. En ce qui concerne les dépenses de la défense et le rôle social de l'armée, les Suissesses et les Suisses ont la même attitude qu'en 2020. En janvier 2021, les sommets historiques de l'armée suisse atteints lors de l'enquête de suivi de juillet 2020 sont retombés au niveau de l'année précédente (janvier 2020).

Sintesi

Osservazioni generali: Dal momento che i dati dello studio «Sicurezza 2020» sono stati rilevati prima della diffusione della pandemia di COVID-19 in Svizzera e in Europa, nel mese di luglio del 2020 la cattedra di sociologia militare dell'ACMIL ha effettuato un sondaggio supplementare (SS) al fine di individuare eventuali cambiamenti del senso di sicurezza e della fiducia nelle istituzioni e nelle autorità nonché l'influsso dell'impiego dell'esercito CORONA 20. Per tale motivo nella presente sintesi per determinate domande si fa riferimento ai risultati del sondaggio supplementare. I dati per lo studio «Sicurezza 2021» sono stati rilevati tra il 5 e il 26 gennaio 2021. La pandemia di COVID-19 e le conseguenti restrizioni della vita pubblica, la Brexit e l'assalto al Campidoglio a Washington (6 gennaio 2021) come pure l'insediamento del nuovo presidente USA Joe Biden (21 gennaio 2021) potrebbero aver influenzato le persone intervistate nelle risposte fornite.

Senso di sicurezza e percezione della Svizzera e del mondo: il senso di sicurezza generalizzato rimane invariato sia a luglio 2020 sia a gennaio 2021. In generale le cittadine e i cittadini svizzeri si sentono molto sicuri. Il senso di sicurezza negli spazi pubblici è aumentato in maniera significativa rispetto al mese di gennaio del 2020. Riguardo alle prospettive per il futuro del Paese l'opinione della popolazione non è variata tra gennaio e luglio 2020, mentre nel 2021 l'ottimismo nei confronti del futuro è diminuito sensibilmente, anche se è tuttora espressione della maggioranza degli intervistati. Rispetto al 2020, sia al mese di gennaio che al SS di luglio, l'ottimismo nei confronti del futuro è aumentato invece notevolmente per quanto concerne la situazione politica mondiale. Inoltre, le cittadine e i cittadini svizzeri percepiscono solo una lieve minaccia in vari ambiti della società, tuttavia individuano possibili minacce principalmente in una pandemia, in ciberattacchi, nella diffusione di fake news o in una crisi economica.

Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni: le cittadine e i cittadini svizzeri continuano ad avere la maggior fiducia nella polizia, nella scienza e nei tribunali. Anche il Consiglio federale riscuote un grado di fiducia elevato e superiore alla media, mentre il Parlamento federale, l'economia svizzera e l'esercito ottengono valori intermedi. Come l'anno scorso i partiti politici e i media riscontrano il grado minore di fiducia. Rispetto al sondaggio del mese di gennaio 2020 la fiducia riposta nei tribunali, nel Consiglio federale, nel Parlamento federale e nei partiti politici, così come il valore medio della fiducia, hanno registrato un aumento rilevante a livello statistico. Rispetto al sondaggio supplementare svolto a luglio 2020, a gennaio 2021 la fiducia nei tribunali è aumentata in maniera significativa;

la fiducia nel Consiglio federale invece ha subito un netto calo, anche se nel confronto con gli anni precedenti rimane un valore di fiducia massimo.

Neutralità: la neutralità svizzera continua a godere di un consenso pressoché unanime presso le persone intervistate. A differenza dell'anno scorso, la maggioranza della popolazione è favorevole alla neutralità differenziale. L'approvazione per una fattiva rinuncia alla neutralità («rinuncia appena non sussistono più vantaggi») è aumentata in modo significativo, ma tale principio è sostenuto solo dalla minoranza degli intervistati. Un numero significativamente minore di persone condivide l'opinione secondo cui oggi non è più plausibile che la Svizzera sia in grado di proteggere la neutralità con mezzi militari. Malgrado le cittadine e i cittadini svizzeri considerino la neutralità con sguardo critico, essa per loro è e resta un «valore intrinseco», che continua a portare più vantaggi che svantaggi.

Autonomia e disponibilità all'apertura: l'elettorato svizzero nel 2021 si dimostra più disposto all'apertura rispetto all'anno scorso, tuttavia resta elevato il desiderio di autonomia sul piano economico, politico e militare. Mentre la collaborazione economica con l'UE riscuote un netto consenso, l'avvicinamento o l'adesione all'UE vengono respinti dalla maggioranza delle persone intervistate. In effetti, la maggioranza è favorevole alle forme blande di cooperazione senza vincoli istituzionali. L'opinione secondo cui la Svizzera dovrebbe impegnarsi maggiormente a favore dell'ONU (seggio nel Consiglio di sicurezza dell'ONU, truppe di pace dell'ONU svizzere) viene condivisa da una quota significativamente più elevata di persone interpellate. Lo scetticismo nei confronti della NATO ha subito un calo rilevante, tuttavia un avvicinamento e un'adesione alla NATO come pure l'adesione a un'alleanza difensiva con altri Stati non riscontrano il consenso della maggioranza.

Modelli di servizio alternativi e servizio civico: una netta maggioranza dell'elettorato svizzero sarebbe disposta a coinvolgere le donne in un servizio obbligatorio con libera scelta tra servizio militare, civile o sociale. Si tratta del modello che riscuote il maggior consenso tra i modelli di servizio presentati alle persone interpellate. In generale l'approvazione di tutti i modelli di servizio, eccetto la variante di un servizio obbligatorio solo per gli uomini, è aumentata in modo significativo rispetto al 2015. L'ampia maggioranza delle persone interpellate attualmente è favorevole all'introduzione di un servizio civico generale obbligatorio per le donne e gli uomini svizzeri. Inoltre, l'elettorato è concorde in merito alle funzioni positive di un tale servizio e in gran parte considera che non vi siano aspetti negativi.

Atteggiamento nei confronti dell'Esercito svizzero: una netta maggioranza delle cittadine e dei cittadini svizzeri dichiara di ritenere necessario l'esercito. La popolazione predilige l'esercito di milizia rispetto a un esercito di professionisti ed è soddisfatta delle sue prestazioni. L'abolizione dell'obbligo di prestare servizio militare è sostenuta da un'esigua minoranza. Per quanto riguarda le spese per la difesa e il ruolo sociale dell'esercito, le cittadine e i cittadini svizzeri mantengono l'atteggiamento del 2020. I valori massimi storici per l'Esercito svizzero raggiunti in seguito al sondaggio supplementare di luglio 2020 a gennaio 2021 sono calati nuovamente fino al livello dell'anno scorso (gennaio 2020).

Executive Summary

General Remark: Because the data for the study “Security 2020” were collected before the outbreak of the COVID-19-pandemic in Switzerland and Europe, the Military Sociology Department at the Military Academy (MILAC) at ETH Zurich (Swiss Federal Institute of Technology Zurich) conducted a follow-up survey in July 2020 in order to be able to measure possible changes in the feeling of security, trust in institutions and authorities as well as the influence of the CORONA 20 deployment of the armed forces. In this summary, reference is therefore also made to the results of the follow-up survey for certain questions. The survey data for the study “Security 2021” were collected between 5 and 26 January 2021. The COVID-19-pandemic and the associated restrictions on public life, Brexit, the storming of the Capitol in Washington (6 Jan. 2021) and the inauguration of the new U.S. President Joe Biden (21 Jan. 2021) may have had an influence on response behavior.

Sense of Security and Perception of Switzerland and the World: The general perception of security remains unchanged in both July 2020 and January 2021. In general, Swiss citizens feel very secure. The perception of security in public areas has increased significantly compared to January 2020. While the assessment of the future remained unchanged in 2020 compared to the follow-up survey, it can be seen that Swiss people are significantly less optimistic about the future of Switzerland in 2021. Nevertheless, a clear majority remains optimistic in this respect. Compared with 2020 and the follow-up survey, optimism about the future with regard to the global political situation has increased significantly. In addition, the Swiss feel hardly threatened in various sectors of society compared with 2015, but rate the probability of a threat from a pandemic, cyber-attacks, the spread of fake news or an economic crisis the highest.

Trust in Authorities and Institutions: The trust of the Swiss in the police, science and the courts continues to be the highest. Trust in the Federal Council is also above average, while the Federal Parliament, the Swiss economy and the armed forces score average values. In line with the previous year, the political parties and the media are trusted least. Compared to the January 2020 survey, trust in the courts, the Federal Council, the Federal Parliament and the political parties as well as average trust have risen significantly in statistical terms. Compared with the follow-up survey in July 2020, trust in the courts increased significantly in January 2021, while trust in the Federal Council decreased significantly, but is still the highest year-on-year.

Neutrality: Support for Swiss neutrality remains unchanged and is almost unanimously supported by the respondents. Recently, a majority of the population supports differential neutrality. The de facto abandonment of neutrality (“if there are no more advantages, then give it up”) enjoys significantly more approval, but it is only called for by a minority. Significantly fewer people agree with the statement that Switzerland can no longer credibly protect neutrality militarily. Although the Swiss view neutrality rather critically, neutrality is and remains a value in itself and is still thought to bring more advantages than disadvantages by voters.

Autonomy and Willingness to Open Up: In 2021, the Swiss are more open than in the previous year, but their desire for economic, political and military autonomy remains strong. While there is clear support for economic cooperation with the EU, a majority rejects both establishing closer ties with and joining the EU. Soft forms of cooperation without institutional ties are supported by a majority of the population. Significantly more respondents believe that Switzerland should do more for the UN (seat on the UN Security Council, Swiss UN peacekeeping forces). Although skepticism toward NATO has decreased significantly, neither closer ties with or joining NATO nor joining a defense alliance with other countries is supported by a majority of the population.

Alternative Service Models and Citizen Service: The willingness to include women in a mandatory service with a free choice between military, community or social service currently finds a clear majority among the Swiss electorate and is the most supported of all the service models surveyed. In general, approval of all service models, except for the model of compulsory service for men only, has increased significantly compared to 2015. The majority of respondents are currently clearly in favor of introducing a general compulsory citizen service for Swiss citizens. In addition, the social benefits gained by means of such a citizen service find approval among the Swiss population. In contrast, the majority of Swiss do not see any negative aspects of such a service.

Attitudes towards the Swiss Armed Forces: The necessity of the armed forces is supported by a clear majority of the Swiss. The population prefers the militia armed forces to professional armed forces and is satisfied with its performance. A small minority calls for the abolition of compulsory military service. With regard to defense spending and the social role of the military, the Swiss have the same attitude as in 2020. The historic highs for the Swiss Armed Forces measured in the follow-up survey in July 2020 fell back to the level of the previous year (January 2020) in January 2021.

Zusammenfassung der Studie «Sicherheit 2021»

Ziele und Datenbasis

Die Studienreihe «Sicherheit», die von der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich in Zusammenarbeit mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich herausgegeben wird, beruht auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1991 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Damit wird dem Studienkonzept Rechnung getragen, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der stimmberechtigten Schweizer Bevölkerung anhand von repräsentativen Befragungen sichtbar zu machen. 2021 liegt der Fokus auf der COVID-19-Pandemie mit dessen Auswirkungen auf ausgewählte Lebensbereiche, der Bedrohungswahrnehmung der Schweizer*innen, sowie Einstellungen hinsichtlich eines allgemeinen und obligatorischen Bürgerdienstes für Schweizer Männer und Frauen. Zwischen dem 5. und dem 26. Januar 2021 fand die diesjährige Datenerhebung statt. Hierfür wurden durch das Meinungsforschungsinstitut LINK insgesamt 1228 Stimmbürger*innen der drei grossen Sprachregionen der Schweiz (Deutschschweiz, Westschweiz, Tessin) telefonisch befragt. Das Antwortverhalten der 1228 Befragten könnte durch untenstehende nationale und internationale Ereignisse beeinflusst worden sein:

Nationale Ereignisse:

- Die Ausrufung der ausserordentlichen Lage durch den Bundesrat am 16. März 2020 infolge der COVID-19-Pandemie;
- Der durch die COVID-19-Pandemie bedingte Lockdown und dem damit verbundenen Erliegen des öffentlichen Lebens, einer Home-Office-Empfehlung respektive -Pflicht;
- Gestaffelter Start der Rekrutenschule am 18. Januar 2021 respektive am 8. Februar 2021 (Home-Office Rekrutenschule);
- Zwei Armeeeinsätze zu Gunsten ziviler Behörden zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie in der Schweiz im März bis Juni 2020 und ab November 2020.

Internationale Ereignisse:

- Weltweite Reise- und Ausgangsbeschränkungen aufgrund der anhaltenden weltweiten COVID-19-Pandemie;
- Nach dem Tod von George Floyd in den USA: Erstarken der Black Lives Matter Bewegung;

- Der Brexit wird Realität: Grossbritannien tritt per 1. Januar 2021 aus dem europäischen Binnenmarkt und der Zollunion aus;
- Am 6. Januar 2021 stürmen wütende Anhänger*innen des abgewählten US-Präsidenten Donald Trump in der US-Hauptstadt Washington das Kapitol;
- Am 21. Januar 2021 findet die Amtsübernahme des neuen US-Präsidenten Joe Biden statt.

Die Differenz zur Januarerhebung des Vorjahres 2020 ist in Klammern mit \pm Prozentpunkten (Pp) angegeben. Bei einer Stichprobengrösse von $N = 1228$ liegt der mögliche Stichprobenfehler bei der 2021er-Befragung bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei ± 2.9 Pp. Das bedeutet, dass ein von uns gemessener Wert von 50% für X mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zur Grundgesamtheit (Schweizer Stimmbevölkerung) gehört und dass die Streuung von X zwischen 47.1% und 52.9% liegt. Sofern nicht anders erwähnt, entsprechen die in Klammern ausgewiesenen prozentualen Häufigkeitsveränderungen zum Vorjahr nicht einem signifikanten Meinungswandel. Veränderungen zum Vorjahr, welche statistisch signifikant sind, werden explizit im Text ausgeführt. Im Allgemeinen wurden die Einstellungen anhand einer 4er-Skala («sehr», «eher», «eher nicht», «überhaupt nicht») erhoben. Die ausgewiesenen Zahlen beziehen sich auf die Gesamtheit aller 1228 Befragten, wobei die Antwortkategorien «weiss nicht» und «keine Antwort» ebenfalls als gültige Antworten gezählt werden.

Weil die Daten der Studie «Sicherheit 2020» vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie in der Schweiz und Europa erhoben wurden, führte die Dozentur Militärsoziologie der MILAK im Juli 2020 eine Nachbefragung (NBF) bei 1016 Personen (Stichprobenfehler ± 3.1 Pp) durch, um mögliche Veränderungen des Sicherheitsgefühls, des Vertrauens in Institutionen und Behörden sowie den Einfluss des CORONA 20 Einsatzes der Armee messen zu können. In der hier vorliegenden Zusammenfassung wird deshalb auch bei gewissen Fragen auf die Resultate der Nachbefragung Bezug genommen.

Trends und Tendenzen

1. Sicherheits- und Bedrohungsempfinden und Vertrauen in Institutionen

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz: Schweizer*innen schauen signifikant weniger optimistisch in die Zukunft der Schweiz als noch im Jahr 2020. Mit 83% (-3 Prozentpunkte) blicken jedoch nach wie vor deutlich mehr Schweizer*innen optimistisch in die Zukunft als im Vergleich zum langjährigen Mittelwert von 72%. 7% (-2 Pp) sind «sehr» optimistisch und 76% (-1 Pp) «eher» optimistisch eingestellt. Insgesamt beurteilen

17% (+4 Pp) der Befragten die Zukunft der Schweiz pessimistisch, davon sind 16% (+4 Pp) «eher» und 1% (± 0 Pp) «sehr» pessimistisch eingestellt. Dabei bleibt die Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz zwischen Januar 2020 (86%) und der im Juli 2020 durchgeführten Nachbefragung (84%) statistisch unverändert.

Einschätzung der weltpolitischen Lage: Schweizer*innen schätzen die weltpolitische Lage signifikant besser ein als im Jahr 2020.¹ Nach wie vor beurteilt jedoch eine Mehrheit von 64% (–8 Prozentpunkte) der Befragten die weltpolitische Entwicklung als pessimistisch. 5% (–5 Pp) befinden die Zukunft der weltpolitischen Lage für «sehr» pessimistisch, 59% (–3 Pp) äussern sich «eher» pessimistisch. 35% (+8 Pp) schauen optimistisch in die Zukunft der Welt. Dabei wird die zukünftige Lage von 2% (+1 Pp) der Befragten als «sehr» und von 33% (+7 Pp) als «eher» optimistisch beurteilt. Im Vergleich zur Nachbefragung im Juli 2020 hat sich die Einschätzung der weltpolitischen Lage ebenfalls signifikant positiv verändert.

Allgemeines Sicherheitsempfinden: Das allgemeine Sicherheitsempfinden bleibt auch im Jahr 2021 sehr hoch. Seit 2018 fühlen sich konstant 95% (± 0 Prozentpunkte) der Schweizer*innen im Allgemeinen sicher. Dabei sind 35% (–2 Pp) «sehr» und 60% (+2 Pp) «eher» sicher. Lediglich 5% (± 0 Pp) fühlen sich im Allgemeinen unsicher. 5% (± 0 Pp) der Befragten geben an, sich «eher» und 0% (± 0 Pp) «ganz» unsicher zu fühlen.

Das allgemeine Sicherheitsempfinden wurde durch die COVID-19-Pandemie offenbar nicht tangiert, wie auch der Vergleich zur NBF im Juli 2020 zeigt, bei welcher sich ebenfalls 95% der Schweizer*innen sicher fühlten.

Kriminalitätsfurcht: Der Anteil an Personen, die sich nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss in ihrer Wohngegend sicher fühlen, bleibt unverändert. Erneut geben 90% (± 0 Prozentpunkte) der Befragten an, sich sicher zu fühlen. 47% (± 0 Pp) fühlen sich «sehr» und 43% (± 0 Pp) «eher» sicher. 9% (± 0 Pp) geben an, sich «eher» (8%, +1 Pp) oder «ganz» unsicher (1%, –1 Pp) zu fühlen. 1% (± 0 Pp) der Befragten äusserte, dass sie nach Einbruch der Dunkelheit nie alleine unterwegs seien.

Subjektives Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum: Aufgrund der während der Befragung geltenden Einschränkungen im öffentlichen Raum wurde die Frageformulierung den Umständen angepasst. Zwischen Januar 2020 und Januar 2021 zeigt sich eine

1 2015 wurde in der Befragung die Einschätzung der weltpolitischen Lage mit dem Wortlaut «Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren?» mit den Antwortdimensionen «sehr optimistisch», «eher optimistisch», «eher pessimistisch» und «sehr pessimistisch» gestellt. Diese Frage ersetzt seither die Frage «Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?».

signifikante Zunahme des Sicherheitsempfindens an öffentlichen Orten, bei denen es viele Menschen hat. 88% (+4 Prozentpunkte) der Befragten fühlen sich im öffentlichen Raum sicher. 29% (+6 Pp) fühlen sich «sehr» und 59% (–2 Pp) «eher» sicher. 12% (–3 Pp) der Befragten fühlen sich im öffentlichen Raum unsicher (davon 11%, (–2 Pp) «eher» und 1%, (–1 Pp) «sehr» unsicher). Zwischen Januar 2020 und der NBF im Juli 2020 wurde ebenfalls eine signifikante Zunahme verzeichnet (87%, +3 Pp).

Subjektives Bedrohungsempfinden: Wie bereits 2015 wurde auch 2021 das subjektive Bedrohungsempfinden der Schweizer*innen zu ausgewählten Gesellschaftsbereichen erhoben. Im Vergleich zu 2015 fühlt sich die Schweizer Bevölkerung in den erfragten Gesellschaftsbereichen 2021 nur wenig bedroht. Das mittlere allgemeine Bedrohungsempfinden liegt mit 4.5 (+0.1)² deutlich unterhalb von «mittelmässig bedroht» und damit aktuell im selben Bereich wie 2015 (4.4). Auch die durchschnittlichen subjektiven Bedrohungswahrnehmungen aller einzelnen Aspekte liegen unterhalb von «mittelmässig bedroht». Im Vergleich zum mittleren allgemeinen Bedrohungsempfinden von 4.5 liegt die Bewertung der Bedrohung der Datensicherheit (5.2, –0.3), der Natur (5.2, +0.2), der Arbeitsplätze (5.1, +0.2) sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts (4.9, ±0.0) signifikant über dem Gesamtdurchschnitt (4.5). Die vier genannten Aspekte lagen auch 2015 bereits über dem damaligen Durchschnitt. Die soziale Sicherheit (z.B. Arbeitslosen- oder Invalidenversicherung; 4.6, –0.2) und das Schweizer Gesundheitswesen (4.5, +0.1) werden als durchschnittlich bedroht empfunden. Als signifikant unterdurchschnittlich gefährdet nehmen Schweizer*innen die Ruhe und Ordnung (4.0, –0.2), die persönliche Freiheit (3.9, ±0.0), die Energieversorgung (3.8, –0.4) und die demokratischen Grundrechte (3.6, –0.2) wahr.

Subjektive Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit von Bedrohungen: Analog zu 2015 wurde 2021 die subjektive Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit von ausgewählten Bedrohungen erhoben. Befragte erachten das Eintreten der folgenden Bedrohungsformen mit einem Gesamtmittelwert von 5.1 (+0.7 gegenüber 2015)³ als «mittelmässig wahrscheinlich» und signifikant höher als 2015. Dieser Anstieg ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass gegenüber 2015 die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie (6.7, +2.7), eines Cyber-Angriffes (6.2, +0.9) und einer Wirtschaftskrise (5.7, +0.7) als signifikant höher eingestuft wird. Im Vergleich zu 2015 liegt die Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit einer Bedrohung durch organisierte Kriminalität (5.0, ±0.0), durch Terroranschläge (4.8, ±0.0), aufgrund technischer Katastrophen (4.3, +0.1) sowie durch

2 Die Werte entsprechen jeweils dem gerundeten Mittelwert der gültigen Antworten, welche anhand einer Skala von 1 bis 10 (1 = «gar nicht bedroht», 10 = «sehr bedroht») erhoben wurden.

3 Die Werte entsprechen jeweils dem gerundeten Mittelwert der gültigen Antworten, welche anhand einer Skala von 1 bis 10 (1 = «gar nicht wahrscheinlich», 10 = «sehr wahrscheinlich») erhoben wurden.

einen militärischen Angriff (2.5, ± 0.0) statistisch auf demselben Niveau. Gegenüber 2015 schätzen Befragte aktuell nur die Wahrscheinlichkeit einer Bedrohung durch Migration (4.3, -0.4) als signifikant tiefer ein.

Im Vergleich zum aktuellen Mittelwert von 5.1 liegt die Ansicht über die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Pandemie (6.7), von Cyber-Angriffen (6.2), von Fake News (6.1, 2015 nicht erfragt) sowie einer Wirtschaftskrise (5.7) signifikant über dem Durchschnitt. Als durchschnittlich wahrscheinlich wird die Bedrohung durch die organisierte Kriminalität (5.0) empfunden. Vergleichsweise unterdurchschnittlich wahrscheinlich halten Schweizer*innen eine Gefährdung durch Terroranschläge (4.8), durch technische Katastrophen (4.3), durch Migration (4.3) oder durch einen militärischen Angriff (2.5).

Durch COVID-19 tangierte Lebensbereiche: Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurden im Januar 2021 auch Fragen zur individuellen Betroffenheit in sieben Lebensbereichen gestellt. Da es sich um eine persönliche Einschätzung der befragten Personen handelt, zeigen diese Daten nicht unmittelbar die objektive Betroffenheit.

Der bei Schweizer*innen durch die Pandemie am stärksten betroffene Lebensbereich ist das eigene Freizeitverhalten. 74% der Befragten sehen sich insgesamt in diesem Bereich betroffen. Gut ein Drittel (34%) spricht gar von einer «sehr starken» und 40% sprechen von einer «eher starken» Betroffenheit. Eine Mehrheit von 70% der Schweizer*innen berichtet, dass sie durch die Pandemie im Umgang mit ihren besten Kolleg*innen betroffen sind. 27% sehen sich darin «sehr stark» betroffen und 43% «eher stark». In den restlichen fünf hier untersuchten Lebensbereichen sind verhältnismässig weniger Personen betroffen. Im Familienleben berichten 38% der Schweizer*innen, dass sie durch die COVID-19-Pandemie betroffen seien (sehr stark: 12%, eher stark: 26%). Für jede/n dritte/n Befragte/n (33%) wirkt sich die Pandemie auch auf das Arbeitsleben aus («sehr stark»: 14%, «eher stark»: 19%). 21% berichten von einer Betroffenheit der psychischen Gesundheit («sehr stark»: 4%, «eher stark»: 17%), während 16% von einer Betroffenheit der körperlichen Gesundheit («sehr stark»: 3%, «eher stark»: 13%) sprechen. Die geringsten Auswirkungen der COVID-19-Pandemie im Januar 2021 sind bei der persönlichen finanziellen Situation zu spüren. Hier nennen 12% der Schweizer*innen eine Betroffenheit («sehr stark»: 4%, «eher stark»: 8%).

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Das Gesamtvertrauen fällt im Jahr 2021 sehr hoch aus (2021: 6.8, $+0.1$ im Vergleich zu 2020; \bar{O} 2007–2021: 6.5, $+0.3$).⁴ Die Rangfolge nach Vertrauens-Mittelwert der acht regelmässig erfragten öffentlichen Institutionen wird nach wie vor von der Polizei (7.9, ± 0.0) angeführt, gefolgt von den Gerichten (7.6, $+0.2$)

4 Die Werte entsprechen jeweils dem gerundeten Mittelwert der gültigen Antworten, welche anhand einer Skala von 1 bis 10 (1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen») erhoben wurden.

und dem Bundesrat (7.3, +0.2). Anschliessend folgen im mittleren Bereich das Eidgenössische Parlament (+0.1) und die Schweizer Wirtschaft (± 0.0) mit einem Mittelwert von je 6.9. Dem Vorjahr entsprechend ist das Vertrauen in die Armee mit 6.8 (+0.1) Punkten mit dem Mittelwert des Institutionen-Vertrauensindex identisch. Das Vertrauen in die politischen Parteien (5.6, +0.2) und in die Medien (5.5, +0.1) liegt wie in den Vorjahren auf einem deutlich tieferen Niveau. Seit 2018 wird ausserdem das Vertrauen in die Wissenschaft erhoben. Seitdem wird der Wissenschaft (7.8, +0.1) am zweitmeisten Vertrauen entgegengebracht.

Gegenüber der letztjährigen Befragung hat 2021 das Vertrauen in die Gerichte, in den Bundesrat, in das Eidgenössische Parlament und in die politischen Parteien statistisch signifikant zugenommen. Auch das durchschnittliche Vertrauen hat sich im Vergleich zum Vorjahr signifikant erhöht.

Im Vergleich zur NBF im Juli 2020 ist das Vertrauen im Januar 2021 in die Gerichte signifikant auf einen historischen Höchstwert gestiegen und dasjenige in den Bundesrat signifikant gesunken, aber gegenüber den anderen Erhebungsjahren dennoch am höchsten. Darüber hinaus befand sich der Vertrauenswert des Eidgenössischen Parlaments im Sommer 2020 auf dem höchsten Niveau seit Messbeginn und ist danach leicht gesunken. Die Ergebnisse lassen insgesamt darauf schliessen, dass Schweizer*innen den Behörden und Institutionen im Umgang mit der COVID-19-Pandemie vertrauen.

2. Neutralität

Neutralität: Die Befürwortung der Neutralität bleibt statistisch unverändert. Mit (96%, ± 0 Prozentpunkte) sprechen sich Schweizer*innen 2021 beinahe einstimmig für die Beibehaltung der Neutralität aus. Im Gegensatz dazu hat sich die Einstellung gegenüber der «differenziellen Neutralität», welche eine klare Stellungnahme bei politischen Konflikten im Ausland fordert und Neutralität bei militärischen Konflikten verlangt, statistisch signifikant verändert. Während sich bei der «differenziellen Neutralität» Befragte im Vorjahr uneinig waren, zeigt sich 2021, dass mit 57% (+9 Pp) signifikant mehr Schweizer*innen dieser Vorgabe mehrheitlich zustimmen. Auch der «de-facto Aufgabe der Neutralität» – der Forderung, nicht nur bei politischen, sondern auch bei militärischen Konflikten klar Stellung zu beziehen – wird 2021 mit 18% (+4 Pp) signifikant stärker zugestimmt.

Neutralitätsfunktionen: Aktuell werden zwei der sechs Neutralitätsfunktionen anders als noch 2020 beurteilt. Unverändert hoch ist die Zustimmung zur Ansicht, dass die Schweiz dank der Neutralität in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten kann (94%, -1 Prozentpunkt). Zudem messen Schweizer*innen auch 2021 der Neutralität als Bestandteil der Schweizer Identität grosse Bedeutung zu. Für 84% (-2 Pp)

der Befragten ist die Neutralität untrennbar mit dem Staatsgedanken verbunden. Signifikant mehr Befragte teilen die Auffassung, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen werde (71%, +4 Pp). Die Ansicht, dass die bewaffnete Neutralität der Schweiz zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitrage, wird statistisch unverändert von 59% (-1 Pp) der Schweizer*innen vertreten. Während sich Befragte zwischen 2017 und 2020 uneinig waren, ob die Neutralität heute nicht mehr militärisch glaubhaft geschützt werden könne, ist diese Meinung aktuell statistisch signifikant gesunken. Eine Minderheit von 42% (-9 Pp) teilt 2021 noch diese Auffassung. 23% (-1 Pp) der Befragten glauben, dass ein europäisches Verteidigungsbündnis für die Schweiz mehr Schutz bieten würde als die Neutralität.

Kritische Beurteilung der Neutralität: Es zeigt sich 2021 noch akzentuierter als in den Vorjahren, dass die Auffassung, die Schweiz könnte auf Grund der Neutralität negative Konsequenzen vergegenwärtigen, in der Schweizer Stimmbevölkerung wenig verbreitet ist. Signifikant weniger Befragte stimmen mit 28% (-8 Prozentpunkte) der Sichtweise zu, dass die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Nationen die Neutralität verunmöglicht. Die Ansicht, dass die Neutralität ein Hindernis für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten sei, verharret statistisch unverändert bei 28% (-6 Pp). Lediglich 15% (-2 Pp) der Schweizer*innen teilen die Einstellung, dass die Schweiz die Neutralität aufgeben sollte, sobald diese keine Vorteile für die Schweiz mit sich bringt.

3. Aussen- und Sicherheitspolitik

Beziehung zur EU: Die sich seit 2011 abzeichnende EU-Skepsis der Schweizer Stimmbevölkerung setzt sich auch im aktuellen Jahr fort. Sowohl die Zustimmungswerte einer EU-Annäherung und eines EU-Beitritts sind im langjährigen Vergleich unterdurchschnittlich tief. Dagegen genießt weiterhin die pragmatische Sichtweise einer ausschliesslich wirtschaftlichen Annäherung an die EU eine hohe Akzeptanz in der Stimmbevölkerung. So unterstützen 83% (+2 Prozentpunkte) der Schweizer*innen die Aussage, dass die Schweiz der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken sollte. 40% (+6 Pp) der Befragten befürworten eine politische Annäherung an die EU. Im Vergleich zum Vorjahr fordern unverändert 13% (± 0 Pp) der Schweizer*innen einen vorbehaltlosen Beitritt zur EU.

Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen: Das internationale und humanitäre Engagement ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen der Schweiz, die sogenannte «weiche Kooperation», wird auch im

Jahr 2021 seitens der Stimmbevölkerung mehrheitlich und deutlich unterstützt. Dabei bleiben die drei Indikatoren der «weichen Kooperation» statistisch unverändert. 75% (+1 Prozentpunkt) der Befragten vertreten die Ansicht, dass die Schweiz bei internationalen Konferenzen eine aktivere Rolle spielen sollte. 71% (-1 Pp) der Schweizer*innen fordern eine verstärkte Vermittlung in Konflikten und 65% (+2 Pp) teilen die Meinung, dass die Schweiz mehr Entwicklungshilfe leisten sollte.

Schweizer Beteiligung bei der Uno: Die Einstellung gegenüber der Uno ist seit dem Uno-Beitritt der Schweiz 2002 positiv und mehrheitlich stabil. 2021 befürworteten die Befragten signifikant stärker ein grösseres Engagement der Schweiz für die Uno. 67% (+9 Prozentpunkte) der Schweizer*innen sprechen sich aktuell für einen Sitz der Schweiz im Uno-Sicherheitsrat aus. Ausserdem wird eine aktive Beteiligung der Schweiz für die Anliegen der Uno von 64% (+4 Pp) der Befragten unterstützt. Beide Werte sind im Vorjahresvergleich signifikant gestiegen und liegen über dem langjährigen Mittel.

Öffnungsbereitschaft für sicherheitspolitische Allianzen und Friedenstruppen: Im Jahr 2021 werden die sicherheitspolitischen Allianzen mit der Nato und der Uno signifikant stärker als noch im Vorjahr unterstützt. Signifikant mehr Schweizer*innen fordern, dass die Schweiz der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte (59%, +4 Prozentpunkte). Ausserdem ist die Bereitschaft zur Annäherung an die Nato signifikant auf 45% (+9 Pp) gestiegen. Ein Beitritt der Schweiz zur Nato wird signifikant stärker befürwortet und aktuell von einem Viertel der Schweizer*innen gefordert (25%, +5 Pp).

Allgemeine und sicherheitspolitische nationale Autonomie: 2021 ist die Unterstützung der Forderung nach wirtschaftlicher und politischer Autonomie gleich hoch wie im Vorjahr. 79% (+2 Prozentpunkte) teilen diese Meinung. 42% (-2 Pp) der Befragten befürworten die militärische Autonomie, in dem Sinne, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen sollte. Signifikant weniger Schweizer*innen sind der Meinung, dass sich die Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten sollte. Aktuell wird mit 32% (-3 Pp) Zustimmung ein unterdurchschnittlich tiefer Wert gemessen.

4. Verteidigungspolitik

Notwendigkeit der Armee: Die positive Einstellung der Schweizer*innen gegenüber dem Militär setzt sich auch 2021 fort. Gegenüber 2020 wird die Notwendigkeit der Armee statistisch unverändert mit 73% (-4 Prozentpunkte) betrachtet. Auch zwischen Januar 2020 und der NBF im Juli 2020 bleibt die Meinung zur Notwendigkeit unver-

ändert (81%, +4 Pp). Gegenüber der NBF im Juli 2020 ist aber 2021 die Notwendigkeit statistisch signifikant von 81% auf 73% (-8 Pp) gesunken. Damit liegt die Zustimmung aktuell leicht über dem langjährigen Durchschnitt von 72%.

Die 18–29-Jährigen sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung gegenüber der Notwendigkeit der Armee skeptischer eingestellt. Gegenüber Januar 2020 erachten sie mit 59% (-4 Pp) die Armee im Januar 2021 unverändert als notwendig. Allerdings ist dieser Wert im Vergleich zur NBF im Juli 2020 von 71% auf 59% (-12 Pp) statistisch signifikant gesunken.

Gesellschaftliche Rolle der Armee: Die gesellschaftliche Rolle der Schweizer Armee wird seit 1976 mit den drei Antwortvorgaben gemessen, ob das Militär als zentraler Teil der Gesellschaft, als ein notwendiges Übel oder als eine abschaffungswürdige Institution betrachtet wird. Auch 2021 bleibt die gesellschaftliche Rolle der Armee unverändert. Für 45% (-1 Prozentpunkt) der Schweizer*innen spielt das Militär 2021 «eine zentrale Rolle». Für 39% (-1 Pp) der Befragten ist das Militär «ein notwendiges Übel» und 14% (+1 Pp) der Befragten bejahen im Januar 2021 die Abschaffung des Militärs.

Milizarmee versus Berufsarmee: Seit 2013 favorisiert eine deutliche Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung die Milizarmee gegenüber einer Berufsarmee. Die Zustimmung zur Milizarmee bleibt zwischen Januar 2020 und 2021 statistisch unverändert und liegt bei 58% (+4 Prozentpunkte). Einer Berufsarmee stimmen 38% (-2 Pp) zu. Zwischen der Januarbefragung 2020 und der im Juli 2020 durchgeführten NBF wurde eine signifikante Zunahme bei der Bejahung der Milizarmee festgestellt (57%, +3 Pp). Demgegenüber sank die Befürwortung einer Berufsarmee signifikant (35%, -5 Pp).

Die Zustimmung der Kohorte der Wehrpflichtigen (18–29-Jährige) zur Berufsarmee bleibt sowohl gegenüber Januar 2020 (46%) als auch gegenüber der Nachbefragung im Juli 2020 (38%) statistisch unverändert und liegt aktuell bei 48% (+2 Pp). Diese Forderung war vor 2013 bei den Jungen noch mehrheitsfähig. Seither spricht sich nur noch eine Minderheit der 18–29-Jährigen für eine Berufsarmee aus.

Abschaffung der Wehrpflicht: Die Zustimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht bleibt gegenüber der Erhebung im Januar 2020 (38%), als auch gegenüber der NBF im Juli 2020 (39%, +1 Prozentpunkt) statisch unverändert und liegt bei 38% (± 0 Pp). Schweizer*innen stehen seit 2013 wieder deutlicher hinter der Wehrpflicht als Rekrutierungsform für die Schweizer Armee.

Zufriedenheit mit der Leistung der Armee: Die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee wird seit 2011 auf einer Skala von 1 bis 10 erfragt, wobei 1 «überhaupt nicht zufrieden» und 10 «sehr zufrieden» bedeutet. Während die Zufriedenheit zwischen 2011 und

2013 im Vergleich tiefer ausfiel, stieg sie ab 2014 kontinuierlich an, wobei die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee 2018 in Folge der Einführung der *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* wieder sank. Gegenüber dem Vorjahr liegt die durchschnittliche Zufriedenheit 2021 statistisch unverändert bei 6.4 (−0.1). Zwischen der Januar Erhebung 2020 und der NBF im Juli 2020 stieg die Zufriedenheit im Mittel signifikant (6.7, +0.2). Im Vergleich zur NBF ist sie 2021 wieder signifikant gesunken (6.4, −0.3). Die aktuelle Zufriedenheit liegt im langjährigen Mittel von 6.4.

Verteidigungsausgaben: Die Einstellungen zu den Verteidigungsausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr als auch zur NBF im Juli 2020 statistisch betrachtet unverändert. Der Anteil derer, welche die Verteidigungsausgaben als «gerade richtig» bemessen, liegt statistisch unverändert bei 45% (−4 Prozentpunkte, NBF: ±0 Pp). 43% (+6 Pp, NBF: +4 Pp) teilen die Auffassung, dass die Schweiz «viel zu viel / zu viel» Geld für ihre Verteidigung ausbe. 8% (−1%, NBF: −1 Pp) der Schweizer*innen finden, dass die Schweiz «zu wenig / viel zu wenig» Geld für die Verteidigung ausbe.

5. Alternative Dienstmodelle und Bürgerdienst

Alternative Dienstmodelle: Generell sind gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2015 markante Veränderungen ersichtlich. Bis auf das Modell einer Dienstpflicht nur für Männer hat sich die Zustimmung aller Modelle signifikant erhöht. Die Zustimmung zu einer Dienstpflicht für Männer mit freier Wahl zwischen Militär-, Zivil- oder Sozialdienst ist hingegen mit 52% (−8 Prozentpunkte) Zustimmung gegenüber 2015 signifikant gesunken. Damit sind sich Befragte hinsichtlich dieser Vorgabe uneinig. Im Vergleich zu 2015 wird von den Schweizer*innen nur die Wehrpflicht auch für Frauen mit 40% (+10 Pp) Zustimmung klar abgelehnt. Neben einem obligatorischen Dienst für Männer und Frauen mit freier Wahl zwischen Militär-, Zivil- oder Sozialdienst (67%, +14 Pp) erfahren auch zwei mögliche Dienstformen für Ausländer*innen Akzeptanz, wobei sich Schweizer*innen hinsichtlich der Einführung eines freiwilligen Militärdienstes für Ausländer*innen uneinig sind («Einführung eines obligatorischen Dienstes im Zivil- oder Sozialdienst für Ausländer*innen»: 58%, +23 Pp; «Einführung eines freiwilligen Militärdienstes für Ausländer*innen»: 52%).

Folglich wird im Gegensatz zu 2015 ein obligatorischer Dienst für Männer und Frauen von allen Dienstmodellen nun eindeutig am stärksten befürwortet und findet aktuell offensichtlich mehr Befürwortung als eine Dienstpflicht nur für Männer.

Einstellung zur Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes: Die Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes findet bei insgesamt

63% der Schweizer Bevölkerung Zuspruch. 14% sind «sehr dafür» und 49% sind «eher dafür». Demgegenüber sprechen sich insgesamt 35% gegen einen allgemeinen obligatorischen Bürgerdienst aus (27% «eher» und 8% «sehr» dagegen). Der Anteil «weiss nicht / keine Antwort» liegt bei rund 2%. Somit bejaht aktuell die Mehrheit der Schweizer Stimmbürger*innen die Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes für Schweizer Männer und Frauen.

Einstellungen gegenüber Vor- und Nachteilen eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes: Sämtliche vorgeschlagenen positiven Aspekte eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes für Schweizer Männer und Frauen werden von einer deutlichen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung befürwortet. Demnach sind 78% der Befragten damit einverstanden, dass ein solcher Dienst die Bewältigung von zukünftigen Herausforderungen in verschiedenen Bereichen erlauben würde. Je 74% der Schweizer*innen betrachten einen Bürgerdienst sowohl als einen Gewinn für Staat und Zivilgesellschaft als auch als eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Schweiz. Demgegenüber lehnen Schweizer*innen die drei genannten negativen Aspekte eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes mehrheitlich ab. 43% stimmen der Aussage zu, dass ein solcher Dienst eine unverhältnismässige Zwangsverpflichtung sei. Des Weiteren befürchten 38%, dass damit zu hohe Kosten für den Staat verbunden wären und 32% finden, dass ein Bürgerdienst der Wirtschaft Arbeitskräfte wegnehmen würde.

Fazit

Schweizer*innen fühlen sich 2021 im Allgemeinen sehr sicher. Die Kriminalitätsfurcht bleibt gering und die Schweizer Stimmbevölkerung fühlt sich im öffentlichen Raum nach wie vor sicher. Der Zukunftsoptimismus für die Schweiz ist leicht aber signifikant gesunken. Hingegen wird die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage signifikant optimistischer eingeschätzt als im Januar 2020. Das allgemeine Vertrauen in Schweizer Behörden und Institutionen ist überdurchschnittlich hoch und gegenüber 2020 signifikant gestiegen.

Alles in allem fühlen sich Schweizer*innen sehr wenig bedroht. Es zeigt sich, dass die vier Aspekte Datensicherheit, Natur, Arbeitsplätze sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt von der Bevölkerung als am meisten bedroht angesehen werden. Schweizer*innen erachten die Wahrscheinlichkeit des Eintretens von verschiedenen Bedrohungen als mittelmässig möglich. Insbesondere die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie, eines Cyber-Angriffes, von Fake News und einer Wirtschaftskrise werden als vergleichsweise hoch eingestuft.

Schweizer*innen halten auch 2021 geschlossen und fast einstimmig an der Neutralität fest. Neuerdings wird die differenzielle Neutralität von einer Mehrheit befürwortet. Trotz kritischer Stimmen ist die Neutralität für Schweizer*innen immer noch «ein Wert an sich», welcher mehr Vor- als Nachteile für die Schweiz mit sich bringt.

Aussenpolitisch ist die Schweizer Stimmbevölkerung bedingtöffnungsbereiter. Sie wünscht sich eine autonome Schweiz, die nur wirtschaftlich mit der EU kooperiert. Während eine EU-Integration (in Form einer Annäherung oder eines Beitritts) deutlich abgelehnt wird, wird die weiche Kooperation (in Form von Guten Diensten, Konferenzen, Konfliktvermittlung, Entwicklungshilfe) deutlich befürwortet. Gegenüber der Uno sind Befragte signifikant positiver gestimmt. Obwohl Schweizer*innen auch signifikant positiver gegenüber der Nato eingestellt sind, sind weder ein Beitritt noch eine Annäherung mehrheitsfähig und der Wunsch nach militärischer Autonomie ist ungebrochen gross.

Auch 2021 sind die Befragten gegenüber der Schweizer Armee positiv gesinnt. Wurden für die Armee in der Nachbefragung im Juli 2020 im Zuge des ersten Corona-Einsatzes der Schweizer Armee historische Höchstwerte gemessen, zeigt die aktuelle Erhebung, dass sich die Werte wieder normalisiert haben.

Aktuell ist die Befürwortung eines alternativen Dienstmodells mit einer Dienstpflicht für Schweizer*innen mit freier Wahl zwischen Militär-, Zivil- oder Sozialdienst am grössten. Die Mehrheit der Befragten befürwortet zudem die Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes für Schweizer Männer und Frauen. Während Vorteile eines solchen Bürgerdienstes bejaht werden, werden Nachteile nur von einer Minderheit gesehen.

Synthese: Obwohl sich gewisse Werte in der öffentlichen Meinung zur Schweizer Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegenüber 2020 verändert haben, ist die Bevölkerung immer noch zufrieden mit dem «Sonderfall Schweiz». Schweizer*innen fühlen sich in ihrem Land sicher und setzen grosses Vertrauen in die Institutionen, auch wenn sie der Zukunft der Schweiz signifikant weniger zuversichtlich entgegenblicken. Ein allgemeiner obligatorischer Bürgerdienst für Schweizer Männer und Frauen wird von einer Mehrheit unterstützt und positiv bewertet. Schweizer*innen stehen der Armee positiv ge-

genüber. Aussenpolitisch präferieren Schweizer*innen eine neutrale, politisch autonome und nur in wirtschaftlichen Belangen mit anderen Staaten kooperierende Schweiz. Souveränitätsmindernde Kooperationen mit der EU und der Nato werden aufgrund des hohen Stellenwerts der Neutralität abgelehnt.

Résumé de l'étude «Sécurité 2021»

Objectifs et base de données

La série d'études «Sécurité», publiée par l'Académie militaire à l'EPF de Zurich (ACAMIL) en collaboration avec le Center for Security Studies (CSS) de l'EPFZ, repose sur un noyau de questions et de données qui remontent à 1991 et en partie encore avant cette date. Il est ainsi tenu compte du concept d'études qui, par des sondages représentatifs, a pour but de rendre visible l'opinion de la population suisse ayant le droit de vote sur les tendances et les courants à long terme en matière de politique extérieure, de politique de sécurité et de politique de défense. En 2021, l'accent sera mis sur la pandémie de COVID-19 et son impact sur certains domaines de la vie, la perception de la menace par les Suisses, ainsi que les attitudes à l'égard d'un service civil général et obligatoire pour les hommes et les femmes suisses. Le sondage de cette année s'est déroulé du 5 janvier au 26 janvier 2021. L'Institut de sondages d'opinion LINK a interrogé par téléphone 1228 électrices et électeurs des trois grandes régions linguistiques de la Suisse (Suisse alémanique, Suisse romande et Tessin). Le comportement des 1228 personnes interrogées a pu être influencé par les événements nationaux et internationaux suivants :

Évènements nationaux :

- La déclaration d'une situation exceptionnelle par le Conseil fédéral le 16 mars 2020 en raison de la pandémie de COVID-19;
- Le confinement imposé par la pandémie de COVID-19 et l'arrêt de la vie publique qui en découle; la recommandation ou l'obligation de la mise en place du télétravail;
- Début échelonné de l'école de recrues le 18 janvier 2021 et le 8 février 2021 (école de recrues à la maison en suivant une instruction à distance);
- Deux missions de l'armée en appui des autorités civiles dans le cadre des mesures destinées à lutter contre la pandémie de COVID-19 en Suisse, de mars à juin 2020 et à partir de novembre 2020.

Évènements internationaux :

- Restrictions sur les voyages et les sorties dans le monde entier en raison de la pandémie mondiale de COVID-19 en cours;
- Renforcement du mouvement Black Lives Matter suite à la mort de George Floyd aux États-Unis;

- Le Brexit devient une réalité : le 1er janvier 2021, le Royaume-Uni a quitté le marché unique européen et l'union douanière ;
- Des partisans en colère du président américain Donald Trump prennent d'assaut le Capitole dans la capitale américaine Washington, le 6 janvier 2021 ;
- Investiture de Joe Biden, le nouveau président des États-Unis, le 21 janvier 2021.

La différence par rapport au relevé effectué en janvier 2020 est indiquée entre parenthèses avec des \pm points de pourcentage (pp). Dans le sondage de 2021, avec une taille d'échantillon de $N = 1228$, l'erreur d'échantillonnage avec un degré de certitude de 95% est dans le pire des cas de ± 2.9 pp. Cela signifie qu'une valeur mesurée par nous de 50% pour X appartient avec une probabilité de 95% à une population cible (la population suisse ayant le droit de vote) et que la fréquence X se situe entre 47.1% et 52.9%. Sauf mention contraire, les pourcentages de modification de fréquence qui figurent entre parenthèses ne correspondent pas à un changement d'opinion significatif par rapport à l'année précédente. Tout changement statistiquement représentatif par rapport à l'année dernière est explicitement mentionné dans le texte. En général, les opinions sont recueillies sur une échelle de 1 à 4 («très», «plutôt», «plutôt pas», «pas du tout»). Les chiffres indiqués se réfèrent à la totalité des 1228 personnes interrogées. Les catégories de réponses «ne sait pas» et «pas de réponse» sont également considérées comme des réponses valides.

Comme les données de l'étude «Sécurité 2020» ont été collectées avant l'apparition de la pandémie de COVID-19 en Suisse et en Europe, le département de sociologie militaire de l'ACAMIL a réalisé en juillet 2020 une enquête de suivi auprès de 1016 personnes (erreur d'échantillonnage de ± 3.1 pp), afin de mesurer les éventuels changements par rapport au sentiment de sécurité, à la confiance dans les institutions et les autorités publiques ainsi qu'à l'impact de l'engagement de l'armée CORONA 20. Dans ce résumé, par rapport à certaines questions, on prend également en considération les résultats de l'enquête de suivi.

Courants et tendances

1. Perception de la sécurité et de la menace et confiance dans les institutions

Estimation de l'avenir proche de la Suisse : Les Suissesses et les Suisses sont nettement moins optimistes quant à l'avenir de la Suisse qu'en 2020. Avec 83% (-3 points de pourcentage), les Suissesses et des Suisses sont toutefois nettement plus nombreux à regarder l'avenir de façon optimiste par rapport à la moyenne à long terme de 72%. 7% (-2 pp) se déclarent «très» optimistes et 76% (-1 pp) «plutôt» optimistes. Au total, 17% ($+4$ pp) ont

une vision pessimiste de la Suisse, dont 16% (+4 pp) «plutôt» et 1% (± 0 pp) «très» pessimiste. Dans ce contexte, l'estimation de l'avenir proche de la Suisse reste statistiquement inchangée entre janvier 2020 (86%) et l'enquête de suivi menée en juillet 2020 (84%).

Estimation de la situation politique mondiale: Les Suissesses et les Suisses trouvent que la situation politique mondiale est nettement meilleure qu'en 2020.¹ Cependant, une majorité de 64% (-8 points de pourcentage) des personnes interrogées sont toujours pessimistes en ce qui concerne l'évolution de la politique mondiale. 5% (-5 pp) sont «très» pessimistes quant à l'évolution de la situation politique mondiale tandis que 59% (-3 pp) se déclarent «plutôt» pessimistes. 35% (+8 pp) regardent avec optimisme l'avenir du monde. Ainsi, la situation future est jugée «très» optimiste par 2% (+1 pp) des personnes interrogées et «plutôt» optimiste par 33% (+7 pp). Par rapport à l'enquête de suivi de juillet 2020, l'estimation de la situation politique mondiale a également évolué de façon nettement positive.

Sentiment général de sécurité: Le sentiment général de sécurité reste aussi en 2021 très élevé. Depuis 2018, un pourcentage constant de 95% (± 0 point de pourcentage) de citoyennes et citoyens suisses se sentent en sécurité de manière générale, dont 35% (-2 pp) «très» et 60% (+2 pp) «plutôt» en sécurité. De manière générale, seuls 5% (± 0 pp) se sentent en insécurité. 5% (± 0 pp) des personnes interrogées déclarent se sentir «plutôt» en insécurité et 0% (± 0 pp) «complètement» en insécurité.

Le sentiment général de sécurité n'a apparemment pas été affecté par la pandémie COVID-19, comme le montre également la comparaison avec l'enquête de suivi de juillet 2020 au cours de laquelle 95% de l'ensemble de la population se sentaient également en sécurité.

La peur de la criminalité: La proportion de personnes qui se sentent en sécurité lorsqu'elles marchent seules dans leur quartier de résidence après la tombée de la nuit reste inchangée. Une fois de plus, 90% (± 0 point de pourcentage) des personnes interrogées disent se sentir en sécurité. 47% (± 0 pp) se sentent «très» en sécurité et 43% (± 0 pp) «plutôt» en sécurité. 9% (± 0 pp) ont déclaré se sentir «plutôt» en sécurité (8%, +1 pp) ou «pas du tout» en sécurité (1%, -1 pp). 1% (± 0 pp) des personnes interrogées ont déclaré ne jamais se promener seules après la tombée de la nuit.

1 Dans le sondage de 2015, pour évaluer la situation politique mondiale, la question «Comment voyez-vous l'évolution de la situation politique mondiale au cours des cinq prochaines années?» a été formulée avec l'échelle de réponses «très optimiste», «plutôt optimiste», «plutôt pessimiste» et «très pessimiste». Cette question remplace depuis lors la question: «Pensez-vous que la situation politique mondiale au cours des cinq prochaines années sera meilleure et plus détendue ou au contraire morose et tendue? Ou bien sera-t-elle comme aujourd'hui?».

Sentiment subjectif de sécurité dans des espaces publics : Lors de l'enquête, en raison des restrictions en vigueur concernant les lieux publics, la formulation des questions a été adaptée aux circonstances. Entre janvier 2020 et janvier 2021, on observe une augmentation significative de la perception de la sécurité dans les lieux publics où il y a beaucoup de monde. 88% (+4 points de pourcentage) des répondants se sentent en sécurité dans des espaces publics. 29% (+6 pp) déclarent se sentir «tout à fait» en sécurité et 59% (-2 pp) «plutôt» en sécurité. 12% (-3 pp) se sentent en insécurité dans les espaces publics (dont 11%, (-2 pp) «plutôt» en insécurité et 1%, (-1 pp) «tout à fait» en insécurité). Une augmentation significative a également été enregistrée entre janvier 2020 et l'enquête de suivi de juillet 2020 (87%, +3 pp).

Perception subjective de la menace : Comme déjà en 2015, la perception subjective de la menace par les citoyens suisses a également été sondée en 2021 pour certains domaines de la société. Par rapport à 2015, dans les domaines de la société qui ont fait l'objet de questions en 2021, la population suisse ne se sent que légèrement menacée. La perception moyenne de la menace générale de 4,5 (+0.1)² est nettement inférieure à «moyennement menacé» et se situe donc actuellement dans la même fourchette qu'en 2015 (4.4). La perception subjective moyenne de menace de tous les aspects individuels est également inférieure à «moyennement menacé». Par rapport au sentiment général moyen de menace de 4.5, l'évaluation de la menace pour la sécurité des données (5.2, -0.3), la nature (5.2, +0.2), les emplois (5.1, +0.2) et la cohésion sociale (4.9, ±0.0) est significativement supérieure à la moyenne générale (4.5). Les quatre aspects mentionnés étaient déjà en 2015 au-dessus de la moyenne mesurée à l'époque. La sécurité sociale (par exemple l'assurance chômage ou invalidité; 4.6, -0.2) et le système de santé suisse (4.5, +0.1) sont perçus comme moyennement menacés. Les citoyennes et les citoyens suisses perçoivent comme nettement moins menacés que la moyenne la paix et l'ordre (4.0, -0.2), la liberté individuelle (3.9, ±0.0), l'approvisionnement en énergie (3.8, -0.4) et les droits démocratiques fondamentaux (3.6, -0.2).

Évaluation subjective de la probabilité d'occurrence des menaces : Comme en 2015, l'évaluation subjective de la probabilité d'occurrence de certaines menaces a fait l'objet de l'enquête en 2021. Avec une valeur moyenne globale de 5.1 (+0.7 par rapport à 2015)³, les personnes interrogées considèrent l'occurrence des types de menaces suivants comme «moyennement probable» et significativement plus élevée qu'en 2015. Cette augmentation

2 Les valeurs correspondent dans chaque cas à la valeur moyenne arrondie des réponses valides, qui ont été recueillies sur une échelle de 1 à 10 (1 = «pas du tout menacé», 10 = «très menacé»).

3 Les valeurs correspondent dans chaque cas à la valeur moyenne arrondie des réponses valides, qui ont été recueillies sur une échelle de 1 à 10 (1 = «pas du tout probable», 10 = «très probable»).

est notamment due au fait que, par rapport à 2015, la probabilité d'une pandémie (6.7, +2.7), d'une cyberattaque (6.2, +0.9) et d'une crise économique (5.7, +0.7) est jugée nettement plus élevée. Par rapport à 2015, l'évaluation de la probabilité d'occurrence d'une menace de crime organisé (5.0, ±0.0), d'attentats terroristes (4.8, ±0.0), de catastrophes techniques (4.3, +0.1) et d'une attaque militaire (2.5, ±0.0) est statistiquement au même niveau. Par rapport à 2015, les personnes interrogées ne considèrent actuellement que la probabilité d'une menace liée à la migration (4.3, -0.4) comme nettement plus faible.

Par rapport à la moyenne actuelle de 5.1, l'opinion sur la probabilité d'une pandémie (6.7), de cyberattaques (6.2), de fake news (6.1, question qui n'a pas été posée en 2015) et d'une crise économique (5.7) est nettement supérieure à la moyenne. La menace de la criminalité organisée (5.0) est perçue comme moyennement probable. La probabilité de menaces d'attaques terroristes (4.8), de catastrophes techniques (4.3), de la migration (4.3) ou d'une attaque militaire (2.5) est comparativement inférieure à la moyenne.

Domaines de vie touchés par le COVID-19 : En raison de la pandémie de COVID-19, des questions ont également été posées en janvier 2021 sur des préoccupations individuelles concernant sept domaines de la vie. Comme il s'agit d'une évaluation personnelle des répondants, ces données ne montrent pas directement le niveau objectif de préoccupation.

Les Suissesses et les Suisses considèrent que la pandémie a beaucoup affecté leur comportement en matière de loisirs. Dans l'ensemble, 74% des personnes interrogées se voient affectées dans ce domaine. Un bon tiers (34%) dit même être «très fortement» affecté et 40% parlent d'être «plutôt fortement» affectés. Une majorité de 70% des Suissesses et des Suisses déclarent avoir été affectés par la pandémie dans leurs relations avec leurs meilleures collègues. 27% se déclarent «très fortement» affectés et 43% «plutôt fortement» affectés. Dans les cinq autres domaines de la vie examinés ici, le nombre de personnes touchées est relativement faible. 38% de la population suisse déclare que la pandémie de COVID-19 a affecté leur vie familiale (très fortement: 12%, plutôt fortement: 26%). Une sur trois personnes interrogées (33%) considère que la pandémie affecte également sa vie professionnelle («très fortement»: 14%, «plutôt fortement»: 19%). 21% déclarent être affectés par des problèmes de santé mentale («très fortement»: 4%, «plutôt fortement»: 17%), tandis que pour 16%, c'est la santé physique qui est affectée («très fortement»: 3%, «plutôt fortement»: 13%). L'impact le plus faible de la pandémie de COVID-19 en janvier 2021 se fait sentir au niveau de la situation financière personnelle. 12% des citoyennes et des citoyens suisses déclarent se sentir affectés («très fortement»: 4%, «plutôt fortement»: 8%).

Confiance dans les institutions et les autorités publiques: La confiance globale est très élevée en 2021 (2021: 6.8, +0.1 en comparaison avec 2020; Ø 2007–2021: 6.5, +0.3).⁴ Le classement des huit institutions publiques régulièrement évaluées en fonction du score moyen de confiance est toujours mené par la police (7.9, ±0.0), suivie par les tribunaux (7.6, +0.2) et le Conseil fédéral (7.3, +0.2). Viennent ensuite, dans la zone intermédiaire, le Parlement fédéral (+0.1) et l'économie suisse (±0.0), avec chacun une valeur moyenne de 6.9. Comme l'année précédente, la confiance dans l'armée, à 6.8 (+0.1) points, est identique à la valeur moyenne de l'indice de confiance dans les institutions. La confiance dans les partis politiques (5.6, +0.2) et les médias (5.5, +0.1) se maintient, comme les années précédentes, à un niveau nettement inférieur. Depuis 2018, la confiance dans la science fait également l'objet d'une enquête. Depuis lors, la science (7.8, +0.1) est le deuxième domaine auquel on fait le plus confiance. Par rapport à l'enquête de l'année dernière, on constate en 2021 une augmentation statistiquement significative de la confiance dans les tribunaux, dans le Conseil fédéral, dans le Parlement fédéral et dans les partis politiques. Comparée à l'année précédente, la confiance moyenne a également augmenté de manière significative.

Par rapport à l'enquête de suivi de juillet 2020, la confiance dans les tribunaux a augmenté de manière significative pour atteindre un niveau record en janvier 2021 et la confiance dans le Conseil fédéral a baissé de manière significative, mais reste la plus élevée par rapport aux autres années d'enquête. Par ailleurs, en été 2020 le score de confiance du Parlement fédéral était à son plus haut niveau depuis le début de ce sondage, après quoi il a légèrement baissé. Globalement, les résultats suggèrent que les Suissesses et les Suisses font confiance aux autorités et aux institutions pour faire face à la pandémie de COVID-19.

2. Neutralité

Neutralité: Le soutien à la neutralité reste statistiquement inchangé. En 2021, avec (96%, ±0 points de pourcentage), les citoyennes et les citoyens suisses sont en faveur du maintien de la neutralité presque à l'unanimité. En revanche, on observe un changement statistiquement significatif des attitudes à l'égard de la «neutralité différentielle», qui préconise une position claire dans les conflits politiques à l'étranger et la neutralité dans les conflits militaires. Alors que l'année précédente les personnes interrogées n'étaient pas d'accord sur la question de la «neutralité différentielle», un nombre nettement plus important de Suissesses et de Suisses (57%, +9 pp) approuvent cette modalité en 2021. «L'abandon de facto de la neutralité» – la revendication de prendre une position claire non seulement dans les conflits politiques, mais aussi dans les conflits militaires – recevra également un soutien nettement plus fort de 18% (+4 pp) en 2021.

⁴ Les valeurs correspondent dans chaque cas à la valeur moyenne arrondie des réponses valides, qui ont été recueillies sur une échelle de 1 à 10 (1 = «aucune confiance», 10 = «confiance totale»).

Fonctions de la neutralité: Actuellement, deux des six fonctions de la neutralité sont évaluées différemment qu'en 2020. L'opinion selon laquelle la Suisse peut jouer un rôle de médiateur dans les conflits et fournir de bons offices à l'échelle internationale grâce à sa neutralité reste très répandue (94%, -1 point de pourcentage). En outre, en 2021, les Suissesses et les Suisses continuent d'accorder une grande importance à la neutralité en tant que composante de l'identité suisse. Pour 84% (-2 pp) des personnes interrogées, la neutralité est indissociable de l'idée d'État. Un nombre nettement plus important de personnes partagent l'opinion selon laquelle la Suisse n'est pas entraînée dans des conflits internationaux grâce à sa neutralité (71%, +4 pp). L'idée que la neutralité armée de la Suisse contribue à assurer la sécurité et la stabilité en Europe reste statistiquement inchangée et est soutenue par 59% (-1 pp) des Suissesses et des Suisses. Alors que les personnes interrogées n'étaient pas d'accord entre 2017 et 2020 sur le fait que la neutralité ne pouvait plus être protégée de manière crédible par des moyens militaires, cette opinion a désormais sensiblement baissé en termes statistiques. Une minorité de 42% (-9 pp) partage encore cette opinion en 2021. 23% (-1 pp) des personnes interrogées pensent qu'une alliance de défense européenne offrirait à la Suisse une meilleure protection que la neutralité.

Évaluation critique de la neutralité: En 2021, de manière plus accentuée que les années précédentes, on constate que l'opinion selon laquelle la Suisse pourrait subir des conséquences négatives en raison de sa neutralité n'est pas très répandue dans l'électorat suisse. Un nombre nettement inférieur de personnes interrogées (28%, -8 points de pourcentage) partagent l'opinion selon laquelle la coopération politique et économique étroite avec d'autres nations rend la neutralité impossible. L'opinion selon laquelle la neutralité est un obstacle à la coopération économique avec d'autres États européens reste statistiquement inchangée à 28% (-6 pp). Seuls 15% (-2 pp) des Suissesses et des Suisses considèrent que la Suisse devrait abandonner la neutralité si celle-ci n'était plus un atout pour la Suisse.

3. Politique extérieure et politique de sécurité

Relations avec l'UE: L'euro-scepticisme que les électeurs suisses affichent depuis 2011 se confirme aussi cette année. Les taux d'approbation à un rapprochement et à une adhésion à l'UE sont en comparaison à long terme inférieurs à la moyenne. Par contre, l'idée pragmatique d'une adhésion exclusivement économique continue de jouir d'un niveau d'acceptation élevé au sein de la population. 83% (+2 points de pourcentage) des personnes interrogées sont d'avis que la Suisse ne devrait pas adhérer à l'UE, mais qu'elle devrait renforcer sa coopération économique avec l'UE. 40% (+6 pp) se prononcent en faveur d'un rapprochement politique. Par rapport à l'année dernière, le nombre des personnes qui soutiennent une adhésion inconditionnelle à l'UE reste constant à 13% (± 0 pp).

Coopération internationale sans liens institutionnels susceptibles de restreindre la souveraineté: L'engagement international et humanitaire de la Suisse sans liens institutionnels susceptibles de restreindre la souveraineté, la soi-disant «coopération douce», continue de bénéficier d'un soutien nettement majoritaire de l'électorat en 2021. Les trois indicateurs de la «coopération douce» restent statistiquement inchangés. 75% (+1 point de pourcentage) des personnes interrogées sont d'avis que la Suisse devrait jouer un rôle plus actif dans les conférences internationales. 71% (-1 pp) des Suissesses et des Suisses appellent à une plus grande médiation dans les conflits et 65% (+2 pp) partagent l'opinion que la Suisse devrait fournir davantage d'aide au développement.

Participation suisse au sein de l'ONU: Depuis l'adhésion de la Suisse à l'ONU en 2002, les attitudes à l'égard de l'ONU sont positives et, pour la plupart, stables. En 2021, les personnes interrogées sont nettement plus favorables à une plus grande implication de la Suisse au sein de l'ONU. 67% (+9 points de pourcentage) des Suissesses et des Suisses sont actuellement en faveur d'un siège suisse au Conseil de sécurité de l'ONU. En outre, 64% (+4 pp) des personnes interrogées soutiennent la participation active de la Suisse aux affaires de l'ONU. Ces deux valeurs ont nettement augmenté par rapport à l'année précédente et dépassent la moyenne à long terme.

Volonté d'ouverture à des alliances en matière de politique de sécurité et des troupes de maintien de la paix: En 2021, le soutien aux alliances en matière de politique de sécurité avec l'OTAN et l'ONU est nettement plus fort que l'année précédente. Les Suissesses et les Suisses sont nettement plus nombreux à demander que la Suisse mette à disposition de l'ONU des troupes suisses de maintien de la paix (59%, +4 points de pourcentage). En outre, la volonté de se rapprocher de l'OTAN a nettement augmenté à 45% (+9 pp). Actuellement, une adhésion de la Suisse à l'OTAN est nettement plus soutenue et revendiquée par un quart des Suissesses et des Suisses (25%, +5 pp).

Autonomie nationale en général et en matière de politique de sécurité: En 2021, la revendication d'une autonomie économique et politique est aussi élevée que l'année précédente et est soutenue par 79% (+2 points de pourcentage) des personnes interrogées. 42% (-2 pp) se prononcent en faveur de l'autonomie militaire, dans le sens que la Suisse ne devrait compter que sur sa propre défense nationale. Les Suissesses et les Suisses sont nettement moins nombreux à penser que la Suisse devrait s'abstenir de toute sorte d'accord ou alliance avec d'autres États. Le taux d'approbation actuel de 32% (-3 pp) est inférieur à la moyenne.

4. Politique de sécurité

Nécessité de l'armée: L'attitude positive des Suissesses et des Suisses à l'égard de l'armée se maintient en 2021. Par rapport à 2020, la nécessité de l'armée reste statistiquement inchangée à 73% (-4 points de pourcentage). Entre janvier 2020 et l'enquête de suivi de juillet 2020, l'opinion sur la nécessité de l'armée reste également inchangée (81%, +4 pp). Toutefois, par rapport à l'enquête de suivi de juillet 2020, on constate une baisse statistiquement significative en 2021, qui passe de 81% à 73% (-8 pp). Cela signifie que le taux d'approbation est actuellement légèrement supérieur à la moyenne pluriannuelle de 72%.

Par rapport à l'ensemble de la population, les 18-29 ans sont plus sceptiques quant à la nécessité de l'armée et, en comparaison avec le mois de janvier 2020, 59% (-4 pp) considèrent toujours en janvier 2021 que l'armée est nécessaire. Toutefois, comparativement à l'enquête de suivi de juillet 2020, ce chiffre est passé de 71% à 59% (-12 pp), ce qui est statistiquement significatif.

Rôle social de l'armée: Depuis 1976, le rôle social de l'armée suisse est mesuré à l'aide des trois options de réponse suivantes : l'armée est un élément central de la société ; l'armée est un mal nécessaire ; l'armée est une institution qui mérite d'être abolie. Le rôle social de l'armée reste inchangé en 2021. Pour 45% (-1 point de pourcentage) des Suissesses et des Suisses interrogés, l'armée joue un «rôle central» en 2021. 39% (-1 pp) trouvent que l'armée est «un mal nécessaire» et, en janvier 2021, 14% (+1 pp) sont pour la suppression de l'armée.

Armée de milice versus armée professionnelle: Depuis 2013, une nette majorité de l'électorat suisse préfère l'armée de milice à une armée professionnelle. L'approbation de l'armée de milice reste avec 58% (+4 points de pourcentage) statistiquement inchangée entre janvier 2020 et 2021. 38% (-2 pp) des personnes interrogées approuvent une armée professionnelle. Entre l'enquête de janvier 2020 et l'enquête de suivi réalisée en juillet 2020, une augmentation significative du soutien à l'armée de milice a été observée (57%, +3 pp). En revanche, le soutien à une armée professionnelle a sensiblement diminué (35%, -5 pp).

Le taux d'approbation de la cohorte des conscrits (18-29 ans) pour l'armée professionnelle reste statistiquement inchangé, tant par rapport à janvier 2020 (46%) qu'à l'enquête de suivi de juillet 2020 (38%) et se situe actuellement à 48% (+2 pp). Avant 2013, cette revendication bénéficiait encore d'un soutien majoritaire chez les jeunes. Depuis lors, seule une minorité des 18-29 ans est favorable à une armée professionnelle.

Abrogation de l'obligation de servir: Le taux d'approbation de 38% relatif à la suppression du service militaire obligatoire reste statiquement inchangé comparé au sondage de janvier 2020 (38%, ± 0 point de pourcentage) et à l'enquête de suivi de juillet 2020 (39%, +1 pp). Depuis 2013, les Suissesses et les Suisses se prononcent à nouveau plus nettement en faveur de l'obligation de servir comme mode de recrutement de l'armée suisse.

Satisfaction par rapport aux prestations de l'armée: Depuis 2011, on mesure la satisfaction par rapport aux prestations de l'armée sur une échelle allant de 1 à 10, où 1 correspond à «pas du tout satisfait» et 10 à «très satisfait». Alors que le taux de satisfaction était comparativement plus faible entre 2011 et 2013, il a augmenté de façon continue à partir de 2014, bien que la satisfaction par rapport aux prestations de l'armée en 2018 ait à nouveau diminué à la suite de la mise en œuvre du développement de l'armée (DEVA) en 2018. Entre le sondage de janvier 2020 et l'enquête de suivi de juillet 2020, la satisfaction augmenta en moyenne de manière significative (6.7, +0.2). Par rapport à l'enquête de suivi, elle a à nouveau nettement diminué en 2021 (6.4, -0.3). Le taux de satisfaction actuel correspond à la moyenne pluriannuelle de 6.4.

Dépenses de la défense: Les attitudes à l'égard des dépenses de la défense restent statistiquement inchangées par rapport à l'année précédente et par rapport à l'enquête de suivi de juillet 2020. Le pourcentage de ceux qui considèrent que les dépenses en matière de défense sont «tout à fait correctes» reste inchangé à 45% (-4 points de pourcentage, enquête de suivi: ± 0 pp). 43% (+6 pp, enquête de suivi: +4 pp) sont d'avis que la Suisse dépense «beaucoup trop / trop» d'argent pour sa défense. 8% (-1 pp, enquête de suivi: -1 pp) trouvent que la Suisse dépense «trop peu / bien trop peu» d'argent en matière de défense.

5. Modèles alternatifs de l'obligation de servir et service citoyen

Modèles alternatifs de l'obligation de servir: De manière générale, des changements significatifs peuvent être observés par rapport à la dernière enquête de 2015. À l'exception du modèle de l'obligation de servir uniquement pour les hommes, l'approbation de tous les modèles a augmenté de manière significative. En revanche, l'approbation de l'obligation de servir pour les hommes avec un libre choix entre le service militaire, civil ou social est sensiblement tombée à 52% (-8 points de pourcentage) par rapport à 2015. Les personnes interrogées sont donc divisées sur cette question. Par rapport à 2015, seule l'obligation de servir aussi pour les femmes est avec 40% (+10 pp) clairement rejetée par les Suissesses et les Suisses. Outre le service obligatoire pour les hommes et les femmes avec le libre choix entre le service militaire, civil ou social (67%, +14 pp), deux formes

possibles de service pour les étrangers sont également acceptées bien que les citoyennes et citoyens suisses aient des opinions divergentes concernant l'introduction d'un service militaire volontaire pour les étrangers («introduction d'un service civil ou social obligatoire pour les étrangers» : 58%, +23 pp ; «introduction d'un service militaire volontaire pour les étrangers» : 52%). En conséquence, contrairement à 2015, l'obligation de servir pour les hommes et les femmes est désormais clairement le plus soutenu de tous les modèles de service et est actuellement manifestement plus populaire que l'obligation de servir uniquement pour les hommes.

Attitude à l'égard de l'introduction d'un service citoyen obligatoire général : 63% de la population suisse approuvent l'idée de l'introduction d'un service citoyen obligatoire général. 14% sont «très favorables» et 49% «plutôt favorables». En revanche, 35% sont opposés à un service citoyen obligatoire général (27% sont «plutôt» et 8% sont «très» opposés). La proportion de «ne sait pas / pas de réponse» est d'environ 2%. Ainsi, la majorité des électrices et des électeurs suisses sont actuellement favorables à l'introduction d'un service citoyen obligatoire général pour les hommes et les femmes suisses.

Attitudes par rapport aux avantages et aux désavantages d'un service citoyen obligatoire général : Tous les aspects positifs d'un service citoyen obligatoire général pour les Suissesses et les Suisses sont soutenus par une nette majorité de la population suisse. En conséquence, 78% des personnes interrogées considèrent qu'un tel service permettrait de faire face aux défis futurs dans divers domaines. 74% pensent que le service citoyen est à la fois un avantage pour l'État et la société civile et un renforcement de la cohésion sociale en Suisse. En revanche, la majorité des Suissesses et des Suisses rejettent les trois aspects négatifs mentionnés d'un service citoyen obligatoire général. 43% sont d'accord avec l'affirmation selon laquelle un tel service constituerait une obligation disproportionnée. 38% craignent que cela n'entraîne des coûts trop élevés pour l'État et 32% pensent qu'un service citoyen priverait l'économie de main-d'œuvre.

Conclusion

De manière générale, en 2021 les Suissesses et les Suisses se sentent très en sécurité. La peur de la criminalité reste faible et l'électorat suisse continue de se sentir en sécurité dans les lieux publics. L'optimisme quant à l'avenir de la Suisse a légèrement mais significativement diminué. En revanche, l'évolution future de la situation politique mondiale est jugée nettement plus optimiste qu'en janvier 2020. La confiance générale dans les institutions et les autorités publiques est supérieure à la moyenne et a nettement augmenté par rapport à 2020.

Dans l'ensemble, les Suissesses et les Suisses se sentent très peu menacés. On constate que les quatre aspects que sont la sécurité des données, la nature, l'emploi et la cohésion sociale sont considérés par la population comme les plus menacés. La population suisse considère que la probabilité de l'apparition de diverses menaces est moyennement possible. La probabilité, en particulier, d'une pandémie, d'une cyberattaque, de fake news et d'une crise économique est considérée comme relativement élevée.

En 2021, les Suissesses et les Suisses tiennent au principe de la neutralité et sont presque unanimes dans leur soutien à la neutralité. Depuis peu, une majorité se prononce en faveur de la neutralité différentielle. Malgré les voix critiques, la neutralité reste pour les Suissesses et les Suisses «une valeur en soi», qui apporte plus d'avantages que d'inconvénients à la Suisse.

En matière de politique étrangère, l'électorat suisse est plus ouvert jusqu'à un certain point. Il souhaite une Suisse autonome qui coopère uniquement au niveau économique avec l'UE. Alors que l'intégration à l'UE (sous forme de rapprochement ou d'adhésion) est clairement rejetée, la coopération douce (sous forme de bons offices, de conférences, de médiation de conflits, d'aide au développement) est clairement préconisée.

En 2021 également, les personnes interrogées ont une attitude positive à l'égard de l'armée suisse. Alors que des sommets historiques ont été mesurés pour l'armée lors de l'enquête de suivi en juillet 2020, dans le cadre du premier déploiement Corona de l'armée suisse, l'enquête actuelle montre que les valeurs sont revenues à la normale.

Actuellement, le soutien le plus important va à un modèle alternatif de l'obligation de servir avec un service obligatoire pour les Suissesses et les Suisses avec un libre choix entre le service militaire, civil ou social. La majorité des personnes interrogées soutiennent également l'introduction d'un service citoyen obligatoire général pour les hommes et les femmes suisses. Tandis qu'on approuve les avantages d'un tel service citoyen, les inconvénients ne sont perçus que par une minorité.

Synthèse: Bien que certaines valeurs de l'opinion publique sur la politique étrangère, de sécurité et de défense de la Suisse aient changé par rapport à 2020, la population est toujours satisfaite du «cas particulier de la Suisse». Les Suissesses et les Suisses se sentent en sécurité dans leur pays et ont une grande confiance dans les institutions, même s'ils sont nettement moins confiants quant à l'avenir de la Suisse. Un service citoyen obligatoire général pour les hommes et les femmes suisses est soutenu et évalué positivement par une majorité. Les Suissesses et les Suisses ont une attitude positive

envers l'armée. En matière de politique étrangère, les Suisses préfèrent une Suisse neutre, politiquement autonome et coopérant avec d'autres États uniquement pour des intérêts économiques. Une coopération avec l'UE et l'OTAN susceptible de réduire la souveraineté est rejetée, en raison de la grande valeur accordée à la neutralité.

Riassunto del sondaggio «Sicurezza 2021»

Obiettivi e base di dati

La serie di studi «Sicurezza», pubblicata dall'Accademia militare presso il Politecnico federale di Zurigo (ACMIL) in collaborazione con il Center for Security Studies (CSS) del PFZ, si fonda su un nucleo di domande e di dati che risalgono fino al 1991 e in parte persino ad anni ancora più lontani. In questo modo si rispetta l'idea alla base dello studio di rendere note, mediante inchieste rappresentative, le tendenze attuali e sul lungo periodo nella formazione di opinioni da parte dell'elettorato svizzero in materia di politica estera, politica di sicurezza e politica di difesa. Nel 2021, particolare attenzione è posta sulla pandemia del COVID-19 con il suo impatto su specifici aspetti della vita, così come sulla percezione di minacce da parte della popolazione svizzera, e sull'opinione riguardo un servizio a favore della collettività obbligatorio per uomini e donne svizzere. Il rilevamento dei dati di quest'anno è stato effettuato dal 5 al 26 gennaio 2021. A tale scopo l'Istituto di sondaggio delle opinioni LINK ha intervistato telefonicamente 1228 cittadine e cittadini aventi diritto di voto residenti nelle tre grandi regioni linguistiche del Paese (Svizzera tedesca, Svizzera romanda e Ticino). Le 1228 persone intervistate potrebbero essere state influenzate nelle risposte fornite dai seguenti eventi nazionali e internazionali:

Eventi nazionali:

- la dichiarazione della situazione straordinaria da parte del Consiglio federale il 16 marzo 2020 a seguito della pandemia di COVID-19;
- il lockdown dovuto alla pandemia di COVID-19 e la conseguente paralisi della vita pubblica con la raccomandazione, rispettivamente l'obbligo, di telelavoro;
- l'inizio scaglionato della scuola reclute il 18 gennaio 2021, rispettivamente l'8 febbraio 2021 (scuola reclute in home office);
- i due impieghi dell'esercito a favore delle autorità civili per il contenimento della pandemia di COVID-19 in Svizzera da marzo a giugno 2020 e da novembre 2020.

Eventi internazionali:

- le restrizioni di viaggio e di movimento a livello globale dovute al persistere mondiale della pandemia di COVID-19;
- l'accentuarsi del movimento Black Lives Matter in seguito alla morte di George Floyd negli USA;

- la concretizzazione della Brexit il 1° gennaio 2021 con l'uscita del Regno Unito dal mercato interno dell'UE e dall'unione doganale;
- l'assalto al Campidoglio nella capitale USA Washington il 6 gennaio 2021 da parte di sostenitori adirati del presidente uscente Donald Trump;
- l'insediamento del nuovo presidente USA Joe Biden il 21 gennaio 2021.

La differenza rispetto al rilevamento effettuato nel mese di gennaio del 2020 è indicata tra parentesi in punti percentuali (\pm pp). Nel sondaggio del 2021, per la dimensione del campione $N = 1228$, la quota di possibilità d'errore nella campionatura con un grado di sicurezza del 95% nel peggiore dei casi è di $\pm 2,9$ pp. Ciò significa che un valore da noi misurato del 50% per X appartiene con una probabilità del 95% al campione di base (elettorato svizzero), nel quale la dispersione dei valori di X si situa tra il 47,1% e il 52,9%. Se non diversamente specificato, le differenze percentuali rispetto all'anno precedente indicate tra parentesi non rappresentano un cambiamento di opinione rilevante. Le variazioni rispetto all'anno precedente significative a livello statistico vengono indicate esplicitamente nel testo. In generale i pareri sono rilevati sulla base di una scala da 1 a 4 («molto», «piuttosto», «poco», «per niente»). Le cifre indicate concernono l'insieme dei 1228 intervistati; anche le categorie di risposta «non so» e «nessuna risposta» sono considerate valide e pertanto conteggiate.

Dal momento che i dati dello studio «Sicurezza 2020» sono stati rilevati prima della diffusione della pandemia di COVID-19 in Svizzera e in Europa, la cattedra di sociologia militare dell'ACMIL ha effettuato un sondaggio supplementare (SS) presso 1016 persone (errore nella campionatura $\pm 3,1$ pp) al fine di individuare eventuali cambiamenti del senso di sicurezza e della fiducia nelle istituzioni e nelle autorità nonché l'influsso dell'impiego dell'esercito CORONA 20. Per tale motivo nella presente sintesi per determinate domande si fa riferimento ai risultati del sondaggio supplementare.

Tendenze

1. Percezione di sicurezza e di minacce e fiducia nelle istituzioni

Valutazione del futuro prossimo della Svizzera: le cittadine e i cittadini svizzeri mostrano sensibilmente meno ottimismo riguardo al futuro del Paese rispetto al 2020. L'83% (-3 punti percentuali) tuttavia è comunque ottimista in merito al futuro, una quota nettamente maggiore rispetto alla media pluriennale del 72%. Il 7% (-2 pp) si dichiara «molto» ottimista e il 76% (-1 pp) «piuttosto» ottimista. Complessivamente il 17% ($+4$ pp) delle persone intervistate guarda con pessimismo al futuro della Svizzera: il 16%

(+4 pp) è «piuttosto» e l'1% (± 0 pp) «molto» pessimista. Tra il gennaio del 2020 (86%) e il sondaggio supplementare di luglio 2020 (84%) la valutazione del futuro prossimo della Svizzera rimane invariata a livello statistico.

Valutazione della situazione politica mondiale: la popolazione considera la situazione politica mondiale con uno sguardo notevolmente più positivo rispetto al 2020.¹ Tuttavia la maggioranza delle persone intervistate (64%, -8 punti percentuali) continua a valutare con pessimismo gli sviluppi politici mondiali: il 5% (-5 pp) è «molto» pessimista nei confronti del futuro della situazione politica mondiale, mentre il 59% (-3 pp) è «piuttosto» pessimista. Il 35% (+8 pp) invece esprime ottimismo in merito al futuro mondiale: il 2% (+1 pp) si dichiara «molto» e il 33% (+7 pp) «piuttosto» ottimista. Anche rispetto al sondaggio supplementare effettuato a luglio 2020 la valutazione della situazione politica mondiale è cambiata sensibilmente in positivo.

Senso di sicurezza generalizzato: il senso di sicurezza generalizzato continua ad attestarsi a un livello molto elevato anche nel 2021. Dal 2018 una quota costante di persone intervistate (95%, ± 0 punti percentuali) dichiara di sentirsi sicura in generale: il 35% (-2 pp) «molto» sicura e il 60% (+2 pp) «piuttosto» sicura. Solo il 5% (± 0 pp) si sente in generale insicuro: il 5% (± 0 pp) dichiara di sentirsi «piuttosto» e lo 0% (± 0 pp) «molto» insicuro.

Si può osservare che il senso di sicurezza generalizzato non è stato influenzato dalla pandemia di COVID-19, come mostra anche il confronto con il SS di luglio 2020, nel quale la stessa quota dell'elettorato (95%) ha dichiarato di sentirsi sicura.

Paura della criminalità: il numero di persone che si sentono sicure camminando da sole nel proprio quartiere dopo il tramonto, al buio, rimane invariato. Come nel 2020 il 90% (± 0 punti percentuali) degli intervistati dichiara di sentirsi sicuro: il 47% (± 0 pp) dichiara di sentirsi «molto» e il 43% (± 0 pp) «piuttosto» sicuro. Il 9% (± 0 pp) rivela di sentirsi «piuttosto» (8%, +1 pp) o «molto» insicuro (1%, -1 pp). L'1% (± 0 pp) degli intervistati dichiara di non camminare mai da solo al buio.

Senso di sicurezza soggettivo negli spazi pubblici: a causa delle restrizioni vigenti nello spazio pubblico durante l'inchiesta la formulazione della domanda è stata adattata alle circostanze. Tra gennaio 2020 e gennaio 2021 si è registrato un significativo aumento

1 Nell'intervista svolta nel 2015 la domanda relativa alla valutazione della situazione politica mondiale è stata formulata come segue: «Come vede lo sviluppo della situazione politica a livello mondiale nei prossimi cinque anni? È molto ottimista, piuttosto ottimista, piuttosto pessimista oppure molto pessimista?». Da allora questa domanda sostituisce la domanda «Ritiene che la situazione politica mondiale nei prossimi cinque anni diventi migliore e più distesa oppure più cupa e più tesa?».

del senso di sicurezza negli spazi pubblici in cui sono presenti molte persone. L'88% (+4 punti percentuali) degli intervistati si sente sicuro negli spazi pubblici: il 29% (+6 pp) si sente «molto» e il 59% (-2 pp) «piuttosto» sicuro. Tra le persone interpellate una quota del 12% (-3 pp) dichiara di non sentirsi sicura negli spazi pubblici: tra queste persone, l'11% (-2 pp) si sentono «molto» e l'1% (-1 pp) «piuttosto» insicure. Un netto aumento del senso di sicurezza si è registrato già tra gennaio 2020 e il SS di luglio 2020 (87%, +3 pp).

Percezione soggettiva delle minacce: come nel 2015, anche nel 2021 è stata rilevata la percezione soggettiva della popolazione in merito alla misura in cui ritengono siano minacciati determinati ambiti della società. Rispetto al 2015 quest'anno l'elettorato svizzero percepisce soltanto lievi minacce negli ambiti della società selezionati per l'inchiesta. Il valore medio relativo alla percezione delle minacce generalizzata corrisponde a 4,5 (+0,1)², un valore nettamente inferiore alla valutazione «mediamente minacciato» e in linea con i risultati del 2015 (4,4). Anche la percezione soggettiva delle minacce media per ogni singolo aspetto non supera la valutazione «mediamente minacciato». Rispetto al valore medio relativo alla percezione delle minacce generalizzata di 4,5 la sicurezza dei dati (5,2, -0,3), la natura (5,2, +0,2), i posti di lavoro (5,1, +0,2) e la coesione sociale (4,9, ±0,0) sono considerati sensibilmente più minacciati. Questi quattro aspetti si attestavano anche nel 2015 al di sopra della media di allora. Vengono ritenute mediamente minacciate la sicurezza sociale (p. es. assicurazione contro la disoccupazione o invalidità; 4,6, -0,2) e la sanità pubblica svizzera (4,5, +0,1). Gli ambiti che le cittadine e i cittadini svizzeri considerano minacciati in maniera sensibilmente inferiore alla media sono l'ordine pubblico (4,0, -0,2), la libertà personale (3,9, ±0,0), l'approvvigionamento energetico (3,8, -0,4) e i diritti democratici fondamentali (3,6, -0,2).

Valutazione soggettiva della probabilità che subentrino minacce: analogamente al 2015 nel 2021 è stata rilevata la valutazione soggettiva della probabilità che subentrino minacce selezionate. Le persone intervistate ritengono che sia «mediamente probabile» che si verifichino le forme di minaccia citate di seguito: il valore medio complessivo si attesta infatti a 5,1 e raggiunge un livello significativamente più elevato rispetto al 2015 (+0,7)³ Tale aumento è dovuto in particolare al fatto che rispetto al 2015 è stato considerato molto più elevato il grado di probabilità che si verifichino una pandemia (6,7, +2,7), un ciberattacco (6,2, +0,9) e una crisi economica (5,7, +0,7). Allo stesso livello del 2015 dal punto di vista statistico si colloca la valutazione secondo cui sia probabile che si verichino

2 I valori corrispondono sempre alla media arrotondata delle risposte valide, rilevate in base a una scala da 1 a 10 (1 = «assolutamente non minacciato», 10 = «molto minacciato»).

3 I valori corrispondono sempre alla media arrotondata delle risposte valide, rilevate in base a una scala da 1 a 10 (1 = «assolutamente improbabile», 10 = «molto probabile»).

minacce derivanti dal crimine organizzato (5,0, ±0,0), da attacchi terroristici (4,8, ±0,0), da catastrofi tecniche (4,3, +0,1) come pure da un attacco militare (2,5, ±0,0). Rispetto al 2015 la minaccia derivante dalle migrazioni (4,3, -0,4) è l'unica che le persone interpellate nel 2021 giudicano nettamente meno concreta. La probabilità che si verifichino pandemie (6,7), ciberattacchi (6,2), fake news (6,1, non ancora oggetto dell'inchiesta nel 2015) o una crisi economica (5,7) viene giudicata sensibilmente al di sopra della media (valore medio 2021: 5,1). La minaccia derivante dal crimine organizzato viene considerata mediamente concreta (5,0). Le cittadine e i cittadini svizzeri percepiscono invece in misura relativamente inferiore alla media la minaccia concernente attacchi terroristici (4,8), catastrofi tecniche (4,3), migrazioni (4,3) o attacchi militari (2,5).

Ambiti della vita interessati dalla pandemia di COVID-19: a seguito della pandemia a gennaio 2021 sono state poste anche domande riguardo agli effetti sul piano personale che essa ha avuto in sette ambiti della vita. Dal momento che si tratta di una valutazione personale de-gli intervistati, tali dati non mostrano direttamente gli effetti oggettivi della pandemia. L'ambito della vita interessato maggiormente dalla pandemia presso le cittadine e i cittadini svizzeri è il proprio tempo libero: complessivamente il 74% degli intervistati ha indicato questo ambito. Un buon terzo (34%) si è sentito «molto colpito» e il 40% «piuttosto colpito» dalla pandemia in tale ambito. La maggioranza degli intervistati (70%) dichiara di essere stata colpita dalla pandemia nel comportamento con gli amici più intimi. Il 27% si è sentito «molto colpito» e il 43% «piuttosto colpito» in questo ambito. Nei restanti cinque ambiti della vita oggetto dell'inchiesta sono state colpite relativamente meno persone. Il 38% delle cittadine e dei cittadini svizzeri indicano di essere stati colpiti dalla pandemia di COVID-19 nella vita familiare («molto colpiti»: 12%, «piuttosto colpiti»: 26%). Per un terzo delle persone interpellate (33%) la pandemia ha avuto effetti sulla vita professionale («molto colpiti»: 14%, «piuttosto colpiti»: 19%). Il 21% dichiara di essere stato colpito sul piano della salute psichica («molto colpito»: 4%, «piuttosto colpito»: 17%), mentre il 16% sul piano della salute fisica («molto colpito»: 3%, «piuttosto colpito»: 13%). Gli effetti minori dovuti alla pandemia di COVID-19 sono stati rilevati nell'inchiesta di gennaio 2021 nell'ambito della situazione finanziaria personale (12% degli intervistati, di cui «molto colpiti»: 4%, «piuttosto colpiti»: 8%).

Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni: la fiducia complessiva nel 2021 si attesta a un livello molto elevato (2021: 6,8, +0,1 rispetto al 2020; Ø 2007–2021: 6,5, +0,3).⁴ La classifica in relazione al valore medio concernente la fiducia nelle otto istituzioni pubbliche

4 I valori corrispondono sempre alla media arrotondata delle risposte valide, rilevate in base a una scala da 1 a 10 (1 = «nessuna fiducia», 10 = «piena fiducia»).

regolarmente oggetto dell'inchiesta è guidata anche nel 2021 dalla polizia (7,9, $\pm 0,0$) seguita dai tribunali (7,6, $+0,2$) e dal Consiglio federale (7,3, $+0,2$). Ai ranghi intermedi si situano il Parlamento federale ($+0,1$) e l'economia svizzera ($\pm 0,0$) con un valore medio di 6,9 ciascuno. La fiducia nell'esercito si attesta a 6,8 ($+0,1$) e, per analogia allo scorso anno, corrisponde al valore medio dell'indice della fiducia relativo alle istituzioni. Come negli anni precedenti, i partiti politici (5,6, $+0,2$) e i media (5,5, $+0,1$) si situano in coda alla classifica con un chiaro distacco dalle altre istituzioni. Dal 2018 inoltre viene rilevata la fiducia nella scienza. Da allora la scienza si inserisce al secondo posto in classifica (7,8, $+0,1$).

L'inchiesta del 2021 ha rivelato che rispetto all'anno scorso la fiducia nei tribunali, nel Consiglio federale, nel Parlamento e nei partiti politici è aumentata in modo rilevante a livello statistico. Anche la fiducia media è aumentata sensibilmente rispetto al 2020.

Confrontando i risultati con il SS di luglio 2020, in gennaio 2021 la fiducia nei tribunali ha registrato un aumento rilevante a livello statistico raggiungendo un valore massimo storico, mentre la fiducia nel Consiglio federale è significativamente calata, pur attestandosi al livello più alto delle inchieste svolte negli scorsi anni. Inoltre la fiducia nei confronti del Parlamento nell'estate del 2020 era ai massimi livelli dall'inizio del rilevamento e in seguito è calata leggermente. I risultati lasciano desumere nel complesso che le cittadine e i cittadini svizzeri ripongono fiducia nella gestione della pandemia di COVID-19 da parte delle autorità e delle istituzioni.

2. Neutralità

Neutralità: l'approvazione della neutralità rimane invariata a livello statistico. Quasi all'unanimità (96%, ± 0 punti percentuali) l'elettorato svizzero nel 2021 si dichiara d'accordo con il mantenimento della neutralità. Per contro l'opinione riguardo alla «neutralità differenziale», che esige una chiara posizione in caso di conflitti politici all'estero e neutralità in caso di conflitti militari, è mutata significativamente sul piano statistico. Mentre nel 2020 le opinioni delle persone interpellate riguardo alla «neutralità differenziale» erano contrastanti, nel 2021 i consensi sono aumentati in modo significativo raggiungendo la maggioranza del 57% (+9 pp). Anche l'approvazione per una fattiva rinuncia alla neutralità, ovvero l'auspicio di prendere fermamente posizione non solo in caso di conflitti politici, ma anche in caso di conflitti militari, nel 2021 sale in modo significativo attestandosi al 18% (+4 pp).

Funzioni della neutralità: nel 2021 due delle sei funzioni della neutralità ottengono valutazioni diverse dal 2020. L'opinione secondo cui, grazie alla neutralità, la Svizzera possa fungere da intermediaria nei conflitti e fornire buoni servizi a livello internazio-

nale, rimane invariata ed ampiamente condivisa dal 94% (−1 punto percentuale) delle persone interpellate. Inoltre anche nel 2021 le cittadine e i cittadini svizzeri considerano molto importante la neutralità in quanto parte dell'identità svizzera. Per l'84% (−2 pp) degli intervistati la neutralità è indissolubilmente collegata alla propria idea di Stato. L'opinione secondo cui grazie alla neutralità la Svizzera non viene coinvolta in conflitti internazionali ottiene sensibilmente più consensi dell'anno precedente (71%, +4 pp). Una quota invariata a livello statistico del 59% (−1 pp) della popolazione ritiene che la neutralità armata della Svizzera contribuisca alla sicurezza e alla stabilità in Europa. Se tra il 2017 e il 2020 le cittadine e i cittadini svizzeri non erano concordi in merito al fatto che oggi non è più plausibile proteggere militarmente la neutralità, quest'anno invece le persone che condividono quest'opinione sono diminuite in modo significativo a livello statistico: solo una minoranza del 42% (−9 pp) è ancora d'accordo con questa opinione nel 2021. Il 23% (−1 pp) dell'elettorato è dell'opinione che un'alleanza difensiva europea possa fornire una protezione maggiore alla Svizzera rispetto alla neutralità.

Giudizio critico della neutralità: nel 2021 appare ancora più evidente rispetto agli anni precedenti che l'opinione secondo cui potrebbero verificarsi conseguenze negative per la Svizzera a causa della sua neutralità è poco diffusa tra la popolazione. Una quota notevolmente inferiore di persone intervistate (28%, −8 punti percentuali) concorda con l'opinione secondo cui la stretta interdipendenza politica ed economica con altre nazioni renda impossibile la neutralità. Che la neutralità rappresenti un ostacolo alla cooperazione economica con altri Stati europei è un pensiero condiviso senza variazioni a livello statistico dal 28% (−6 pp) degli intervistati. Solo il 15% (−2 pp) condivide l'opinione secondo cui la Svizzera debba rinunciare alla neutralità dal momento in cui questa non porti vantaggi per il Paese.

3. Politica estera e politica di sicurezza

Rapporti con l'UE: anche quest'anno permane lo scetticismo dell'elettorato svizzero nei confronti dell'UE, che si delinea dal 2011. Nel confronto pluriennale la quota di consensi relativa a un avvicinamento come pure all'adesione all'UE è inferiore alla media. Al contrario, la visione pragmatica di un avvicinamento esclusivamente economico all'UE continua a riscontrare un ampio favore da parte dell'elettorato. L'83% (+2 punti percentuali) delle persone interpellate sostiene che la Svizzera non debba aderire all'UE, ma rafforzare la collaborazione economica con la stessa. Il 40% (+6 pp) si esprime a favore di un avvicinamento politico all'UE. Rispetto al 2020 una quota invariata di persone intervistate (13%, ±0 pp) auspica un'adesione all'UE senza riserve.

Cooperazione internazionale senza vincoli istituzionali che riducono la sovranità:

anche nel 2021 l'ampia maggioranza dell'elettorato svizzero continua ad auspicare un impegno umanitario internazionale senza vincoli istituzionali che riducano la sovranità, ovvero la cosiddetta «cooperazione in forma blanda». In tale contesto i tre indicatori della «cooperazione in forma blanda» rimangono invariati dal punto di vista statistico. Il 75% (+1 punto percentuale) degli intervistati condivide l'opinione secondo cui la Svizzera debba giocare un ruolo più attivo nell'ambito di conferenze internazionali. Il 71% (-1 pp) delle cittadine e dei cittadini svizzeri auspica un maggiore impegno nelle negoziazioni in caso di conflitti e il 65% (+2 pp) condivide l'opinione secondo cui la Svizzera debba prestare maggiori aiuti allo sviluppo.

Partecipazione svizzera all'ONU: dall'adesione all'ONU nel 2002 l'atteggiamento nei suoi confronti è positivo e in prevalenza stabile. Nel 2021 si registra un sensibile aumento dei consensi per un maggiore impegno della Svizzera a favore dell'ONU. Il 67% (+9 punti percentuali) della popolazione si dichiara attualmente favorevole a un eventuale seggio della Svizzera nel Consiglio di sicurezza dell'ONU. Inoltre una partecipazione attiva della Svizzera alle questioni dell'ONU viene approvata dal 64% (+4 pp) delle persone interpellate. Entrambi i valori sono aumentati significativamente rispetto all'anno scorso e superano la media pluriennale.

Disponibilità per alleanze in materia di politica di sicurezza e truppe di pace: rispetto all'anno scorso nel 2021 aumentano significativamente i consensi nei confronti delle alleanze in materia di politica di sicurezza con la NATO e l'ONU. Un numero significativamente maggiore di persone intervistate ritiene che la Svizzera dovrebbe mettere delle truppe di pace a disposizione dell'ONU (59%, +4 punti percentuali). Inoltre si registra un aumento significativo dei consensi in merito a un avvicinamento alla NATO (45%, +9 pp). Nel 2021 la popolazione approva in misura notevolmente maggiore l'adesione della Svizzera alla NATO: una persona su quattro (25%, +5 pp) sarebbe favorevole.

Autonomia nazionale generale e autonomia nazionale in materia di politica di sicurezza: le cittadine e i cittadini svizzeri desiderano l'autonomia economica e politica tanto quanto nel 2020. Nel 2021 il 79% (+2 punti percentuali) è favorevole a tali principi. L'autonomia militare, ovvero il principio secondo cui la Svizzera dovrebbe limitarsi alla difesa della propria nazione, è appoggiata dal 42% (-2 pp) della popolazione. L'opinione secondo cui la Svizzera dovrebbe evitare alleanze di qualsiasi tipo con altri Stati è condivisa da una quota significativamente minore di persone interpellate: si tratta attualmente del 32% (-3 pp), una quota inferiore alla media.

4. Politica di difesa

Necessità dell'esercito: l'atteggiamento positivo della popolazione nei confronti dell'esercito si conferma anche nel 2021. Rispetto al 2020 i valori non variano sul piano statistico: l'esercito è considerato necessario dal 73% (-4 punti percentuali) delle persone interpellate. Anche tra l'inchiesta di gennaio 2020 e il SS di luglio 2020 non vi sono variazioni rilevanti per quanto concerne tale opinione (81%, +4 pp). Rispetto al SS di luglio 2020, tuttavia, nel 2021 si registra un calo significativo a livello statistico delle cittadine e dei cittadini che considerano necessario l'esercito (dall'81% al 73%, -8 pp). I consensi superano dunque attualmente di poco la media pluriennale del 72%.

Rispetto all'insieme della popolazione gli intervistati di età compresa tra i 18 e i 29 anni hanno un atteggiamento più scettico nei confronti della necessità dell'esercito. Con il 59% (-4 pp) dei consensi per la necessità dell'esercito nel 2021 questa categoria di intervistati si situa allo stesso livello registrato nel mese di gennaio dello scorso anno. Tuttavia tale quota ha subito un calo significativo sul piano statistico rispetto al SS di luglio 2020: dal 71% al 59% (-12 pp).

Ruolo sociale dell'esercito: l'opinione dell'elettorato riguardo al ruolo sociale dell'Esercito svizzero viene rilevata dal 1976 con le tre opzioni di risposta secondo cui l'esercito abbia un ruolo fondamentale nella vita svizzera, sia un male necessario o un'istituzione da abolire. Nel 2021 i risultati sul ruolo sociale dell'esercito continuano a rimanere invariati. Per il 45% (-1 punto percentuale) delle cittadine e dei cittadini svizzeri l'esercito riveste «un ruolo centrale» nel 2021. Il 39% (-1 pp) invece considera l'esercito «un male necessario» e il 14% (+1 pp) delle persone interpellate a gennaio 2021 è favorevole all'abolizione dell'esercito.

L'esercito di milizia rispetto a un esercito di professionisti: dal 2013 la netta maggioranza dell'elettorato svizzero predilige l'esercito di milizia rispetto a quello di professionisti. Tra il 2020 e il 2021 il consenso per l'esercito di milizia è rimasto invariato a livello statistico attestandosi al 58% (+4 punti percentuali). Il 38% (-2 pp) approva un esercito di professionisti. Tra l'inchiesta di gennaio 2020 e il SS effettuato nel luglio dello stesso anno si è registrato un significativo aumento dei consensi per un esercito di milizia (57%, +3 pp). Per contro, è calata significativamente la quota di persone interpellate favorevole a un esercito di professionisti (35%, -5 pp).

Il 48% (+2 pp) delle persone appartenenti alla coorte dei aventi l'obbligo di prestare servizio militare (di età compresa tra i 18 e i 29 anni) continua a prediligere un esercito di professionisti, senza variazioni a livello statistico sia rispetto a gennaio 2020 (46%) che al SS di luglio 2020 (38%). Prima del 2013 l'esercito di professionisti riscontrava ancora

l'approvazione della maggioranza dei giovani. Da allora solo una minoranza degli intervistati di età compresa tra i 18 e i 29 anni sostiene tale variante.

Abolizione dell'obbligo di prestare servizio militare: nel 2021 il 38% (± 0 punti percentuali) delle persone interpellate sostiene l'abolizione dell'obbligo di prestare servizio militare. Le opinioni riguardo all'abolizione rimangono dunque invariate a livello statistico sia rispetto all'inchiesta di gennaio 2020 (38%) sia rispetto al SS di luglio 2020 (39%, + 1 pp). Le cittadine e i cittadini svizzeri dal 2013 sono tornati a sostenere maggiormente la forma di reclutamento dell'obbligo militare per l'Esercito svizzero.

Soddisfazione per le prestazioni dell'esercito: la soddisfazione per le prestazioni dell'esercito viene rilevata dal 2011 su una scala da 1 a 10, in cui 1 significa «molto insoddisfatto» e 10 «molto soddisfatto». Mentre il livello di soddisfazione tra il 2011 e il 2013 era più basso nel confronto pluriennale, dal 2014 è salito costantemente, anche se nel 2018 è diminuito nuovamente in seguito all'introduzione dell'ulteriore sviluppo dell'esercito (USEs). Rispetto all'anno scorso il livello medio di soddisfazione non subisce variazioni importanti a livello statistico e si attesta a 6,4 ($-0,1$). Tra l'inchiesta del mese di gennaio 2020 e il SS del mese di luglio dello stesso anno il livello medio di soddisfazione è aumentato in maniera significativa (6,7, +0,2). Tuttavia, rispetto al SS di luglio 2020, i risultati di gennaio 2021 indicano che il valore medio ha subito un nuovo calo rilevante (6,4, $-0,3$). La soddisfazione attuale si situa nella media pluriennale di 6,4.

Spese per la difesa: rispetto all'anno scorso (inchiesta di gennaio e SS di luglio) le opinioni riguardo alle spese per la difesa non sono variate sul piano statistico. La quota di persone che ritiene che le spese per la difesa siano «proporzionate» rimane invariata dal punto di vista statistico attestandosi al 45% (-4 punti percentuali, SS: ± 0 pp). Il 43% (+6 pp, SS: +4 pp) condivide l'opinione secondo cui la Svizzera spenda «veramente troppo / troppo» per la difesa. L'8% della popolazione (-1 pp, SS: -1 pp) ritiene invece che la Svizzera spenda «troppo poco / veramente troppo poco» per la difesa.

5. Modelli di servizio alternativi e servizio civico

Modelli di servizio alternativi: in generale rispetto all'ultimo rilevamento effettuato nel 2015 si osservano cambiamenti rilevanti. Tutti i modelli di servizio, eccetto la variante di un servizio obbligatorio solo per gli uomini, riscontrano l'approvazione di una quota sensibilmente maggiore di intervistati. Un servizio obbligatorio per gli uomini con libera scelta tra servizio militare, civile o sociale è sostenuto da un numero notevolmente inferiore di intervistati rispetto al 2015, corrispondente al 52% (-8 punti percentuali). Gli

intervistati non sono dunque concordi su questo punto. Rispetto al 2015 le cittadine e i cittadini svizzeri rifiutano in modo deciso solamente l'estensione dell'obbligo di prestare servizio militare anche alle donne, che riscontra il 40% (+10 pp) dei consensi. Oltre al servizio obbligatorio per uomini e donne con libera scelta tra servizio militare, civile o sociale (67%, +14 pp) anche due possibili forme di servizio per stranieri riscuotono consensi, sebbene gli intervistati abbiano opinioni contrastanti riguardo all'introduzione di un servizio militare volontario per stranieri («introdurre un obbligo di servizio nel servizio civile o nel servizio sociale per gli stranieri di entrambi i sessi»: 58%, +23 pp; «instaurare il servizio militare anche per gli stranieri»: 52%).

Pertanto, contrariamente al 2015, tra tutti i modelli di servizio quello sostenuto maggiormente dalla popolazione è il servizio obbligatorio per uomini e donne: nel 2021 questo modello riscontra nettamente più approvazione rispetto a un obbligo di servizio solo per gli uomini.

Opinione relativa all'introduzione di un servizio civico generale obbligatorio: l'introduzione di un servizio civico generale obbligatorio è sostenuta complessivamente dal 63% della popolazione svizzera. Il 14% è «molto favorevole» e il 49% è «piuttosto favorevole». Invece complessivamente il 35% si dichiara contrario al servizio civico generale obbligatorio (il 27% «piuttosto» e l'8% «molto» contrario). La quota di persone interpellate che hanno indicato «non so» o «nessuna risposta» si attesta circa al 2%. La maggioranza dell'elettorato svizzero approva dunque l'introduzione di un servizio civico generale obbligatorio per le donne e gli uomini svizzeri.

Opinione relativa ai vantaggi e agli svantaggi di un servizio civico generale obbligatorio: tutti gli aspetti positivi indicati di un servizio civico generale obbligatorio per le donne e gli uomini svizzeri sono condivisi dalla netta maggioranza della popolazione. Nello specifico, il 78% delle persone intervistate è concorde sul fatto che un tale servizio permetterebbe di affrontare con successo le future sfide con cui sarà confrontata la Svizzera in vari ambiti. Il 74% delle cittadine e dei cittadini svizzeri ritiene che un servizio civico rappresenterebbe un beneficio sia per lo Stato che per la società civile e la stessa quota sostiene che promuoverebbe la coesione sociale in Svizzera. Per contro, la maggioranza della popolazione svizzera non condivide i tre aspetti negativi citati risultanti da un servizio civico generale obbligatorio. Che esso rappresenti un obbligo sproporzionato trova concorde il 43% delle persone interpellate. Il 38% teme che causerebbe costi troppo elevati per lo Stato e il 32% che sottrarrebbe importanti forze lavoro all'economia.

Conclusioni

Nel 2021 le cittadine e i cittadini svizzeri si sentono in generale molto sicuri. La paura della criminalità rimane ridotta e l'elettorato svizzero continua a sentirsi sicuro negli spazi pubblici. L'ottimismo nei confronti del futuro del Paese è diminuito in modo leggero ma significativo. Al contrario, lo sviluppo futuro della situazione politica a livello mondiale è valutato in modo significativamente più ottimistico rispetto al mese di gennaio del 2020. La fiducia generale nelle autorità e nelle istituzioni svizzere nel complesso si attesta a livelli superiori alla media e ha subito un sensibile aumento rispetto al 2020.

In generale le cittadine e i cittadini svizzeri si sentono minacciati in misura esigua. I risultati indicano che la popolazione ritiene che la sicurezza dei dati, la natura, i posti di lavoro e la coesione sociale siano i quattro aspetti più minacciati. Per quanto concerne la probabilità che diverse minacce si concretizzino, gli intervistati hanno fornito risposte corrispondenti a livelli medi. In particolare giudicano relativamente elevata la probabilità che si verifichino pandemie, ciberattacchi, si diffondano fake news o vi sia una crisi economica.

Anche nel 2021 l'elettorato svizzero rimane fedele al principio di neutralità, che gode del con-senso pressoché unanime. A differenza del 2020, la maggioranza della popolazione è favorevole alla neutralità differenziale. Malgrado vi siano voci critiche, la neutralità per le cittadine e i cittadini svizzeri è ancora un «valore intrinseco» che porta più vantaggi che svantaggi per il Paese.

A livello di politica estera aumenta leggermente la disponibilità all'apertura. La popolazione auspica l'autonomia nazionale e una cooperazione esclusivamente economica con l'UE. Men-tre l'integrazione nell'UE (sotto forma di avvicinamento o adesione) viene rifiutata in modo de-ciso, una cooperazione in forma blanda (sotto forma di buoni uffici, conferenze, mediazione nei conflitti, aiuto allo sviluppo) è sostenuta da una netta maggioranza. Nei confronti dell'ONU le persone intervistate mostrano un atteggiamento significativamente più positivo. Malgrado l'elettorato svizzero riveli un'opinione decisamente più positiva anche nei confronti della NATO, la maggioranza non è favorevole a un'adesione o un avvicinamento e il desiderio di autonomia sul piano militare continua a restare elevato.

Anche nel 2021 gli intervistati sono bendisposti nei confronti dell'esercito. Se nel mese di luglio del 2020 sono stati registrati massimi valori storici a seguito del primo impiego dell'Esercito svizzero nel quadro della lotta contro il coronavirus, l'inchiesta attuale mostra che i valori si sono nuovamente normalizzati.

Nel 2021 il modello di servizio alternativo che riscuote il maggior sostegno consiste in un servizio obbligatorio per le donne e gli uomini svizzeri con libera scelta tra servizio militare, civile o sociale. La maggioranza della popolazione è inoltre favorevole all'introduzione di un servizio civico generale obbligatorio per le donne e gli uomini svizzeri. Mentre le persone intervistate riconoscono i vantaggi di un tale servizio civico, solo la minoranza ne individua degli svantaggi.

Sintesi: anche se determinati valori dell'opinione pubblica riguardo alla politica estera, di sicurezza e di difesa svizzere sono mutati rispetto al 2020, la popolazione continua a

essere soddisfatta della Svizzera in quanto «caso particolare». Le cittadine e i cittadini svizzeri si sentono sicuri nel proprio Paese e nutrono una grande fiducia nei confronti delle istituzioni, tuttavia l'ottimismo con cui guardano al futuro del Paese ha subito un calo significativo. La maggioranza della popolazione sostiene un servizio civico generale obbligatorio per le donne e gli uomini svizzeri e lo valuta positivamente. Le cittadine e i cittadini svizzeri hanno un atteggiamento positivo nei confronti dell'esercito. Sul piano della politica estera l'elettorato svizzero predilige un Paese neutrale e politicamente autonomo che coopera con altri Stati esclusivamente a livello economico. Dato che viene attribuito grande valore alla neutralità, solo una minoranza dell'elettorato svizzero sostiene forme di cooperazione con l'UE e la NATO che riducono la sovranità.

Summary of the Survey “Security 2021”

Goals and Database

The study series “Security”, jointly conducted by the Military Academy (MILAC) at ETH Zurich (Swiss Federal Institute of Technology Zurich) and the Center for Security Studies (CSS) of ETH Zurich, is based on core questions and data going back to 1991 and, in some respects, even further. This approach is in line with the overall study concept, which aims to uncover tendencies and long-term trends in the formation of opinion on foreign, security, and defense policy in Switzerland based on representative surveys of the Swiss electorate. In 2021, the focus rests on the COVID-19-pandemic with its effects on selected areas of life, the Swiss population’s threat perception, and attitudes regarding a general compulsory citizen service for Swiss men and women. This year’s collection of data took place between 5 and 26 January 2021. For this purpose, 1228 voters from the three major language regions of Switzerland (German-speaking Switzerland, French-speaking Switzerland, Ticino) were interviewed by telephone by the opinion research institute LINK. The response behavior of the 1228 respondents could have been influenced by the following national and international events:

National Events:

- The declaration of an extraordinary situation by the Federal Council on 16 March 2020 as a result of the COVID-19-pandemic;
- The lockdown caused by the COVID-19-pandemic and the associated shutdown of public life as well as a home office recommendation or obligation;
- Staggered start of recruit school on 18 January 2021 and 8 February 2021, respectively (home-office recruit school);
- Two armed forces deployments for the benefit of civilian authorities to contain the COVID-19-pandemic in Switzerland from March to June 2020 and from November 2020.

International Events:

- Worldwide travel and curfew restrictions due to the ongoing worldwide COVID-19-pandemic;
- After the death of George Floyd in the US: strengthening of the Black Lives Matter movement;

- Brexit becomes reality: the UK leaves the European single market and customs union on 1 January 2021;
- On 6 January 2021, angry supporters of recently electorally defeated US President Donald Trump storm the Capitol in the US capital, Washington;
- On 21 January 2021, the inauguration of the new US President Joe Biden takes place.

The difference from the January survey of the previous year 2020 is indicated in brackets with \pm percentage points (pp). With a sample size of $N = 1228$, the possible sampling error in the 2021 survey is ± 2.9 pp in the worst case, with a confidence level of 95%. In other words, there is a probability of 95% that a value of x that we measured as 50% belongs to the population (Swiss electorate) and that the dispersion of X is between 47.1% and 52.9%. If not otherwise mentioned, the percentage changes in frequency from the previous year, shown in brackets, do not represent a significant change in opinion. Changes from the previous year that are statistically significant are explicitly mentioned in the text. In general, attitudes are assessed on a scale of 4 (“very”, “quite”, “rather not”, “not at all”). The figures shown refer to the total of all 1228 respondents. The answer categories “do not know” and “no answer” are also counted as valid answers.

Because the data for the study “Security 2020” were collected before the outbreak of the COVID-19-pandemic in Switzerland and Europe, the Military Sociology Department at ETH Zurich conducted a follow-up survey of 1016 persons (sampling error ± 3.1 pp) in July 2020 in order to be able to measure possible changes in the feeling of security, trust in institutions and authorities, and the influence of the CORONA 20 deployment of the Swiss Armed Forces. In this summary, reference is therefore also made to the results of the follow-up survey for certain questions.

Trends and Tendencies

1. Security and Threat Perceptions and Trust in Institutions

Evaluation of Switzerland’s near Future: The Swiss are significantly less optimistic about the future of Switzerland than they were in 2020. However, at 83% (-3 percentage points), significantly more Swiss are still optimistic about the future than reflected in the long-term mean of 72%. 7% (-2 pp) are “very” optimistic and 76% (-1 pp) are “quite” optimistic. Overall, 17% ($+4$ pp) of respondents are pessimistic about the future of Switzerland, with 16% ($+4$ pp) “quite” pessimistic and 1% (± 0 pp) “very” pessimistic. Here, the assessment of Switzerland’s near future remains statistically unchanged between January 2020 (86%) and the follow-up survey conducted in July 2020 (84%).

Assessment of the Geopolitical Situation: The Swiss view the global political situation as significantly better than in 2020.¹ However, a majority of 64% (–8 percentage points) of respondents continue to be pessimistic about global political developments. 5% (–5 pp) are “very” pessimistic about the future of the global political situation, while 59% (–3 pp) are “quite” pessimistic. 35% (+8 pp) are optimistic about the future of the world. The future situation is viewed “very” optimistically by 2% (+1 pp) of respondents and “quite” optimistically by 33% (+7 pp). Compared with the follow-up survey in July 2020, the assessment of the global political situation has also changed significantly in a positive direction.

General Sense of Security: The general sense of security remains very high in 2021. Since 2018, a constant 95% (± 0 percentage points) of Swiss citizens feel generally secure. Of these, 35% (–2 pp) feel “very” safe, and 60% (+2 pp) “quite” safe. Only 5% (± 0 pp) feel generally insecure. 5% (± 0 pp) of respondents say they feel “rather” unsafe, and 0% (± 0 pp) “totally” insecure. The general sense of security was apparently not affected by the COVID-19-pandemic, as is shown by the comparison with the follow-up survey in July 2020, in which 95% of Swiss respondents also felt safe.

Fear of Crime: The proportion of people who feel safe walking alone in their neighborhood after dark remains unchanged. Once again, 90% (± 0 percentage points) of respondents say they feel safe. 47% (± 0 pp) feel “very” safe, and 43% (± 0 pp) “quite” safe. 9% (± 0 pp) say they feel “rather” (8%, +1 pp) or “totally” unsafe (1%, –1 pp). 1% (± 0 pp) of respondents stated that they never walk alone after dark.

Subjective Sense of Security in Public Areas: Due to the restrictions in place in public areas during the survey, the question wording was adapted to the circumstances. Between January 2020 and January 2021, there is a significant increase in the perception of safety in public areas where there are many people. 88% (+4 percentage points) of respondents feel safe in public areas. 29% (+6 pp) feel “very” safe, and 59% (–2 pp) “quite” safe. 12% (–3 pp) of respondents feel unsafe in public areas, of whom 11% (–2 pp) feel “rather” and 1% (–1 pp) “very” unsafe. There was also a significant increase between January 2020 and the July 2020 follow-up survey (87%, +3 pp).

1 In the 2015 survey, the question concerning the assessment of the world political situation was presented with the wording “How do you see the development of the world political situation in the next five years?” and with the answer dimensions “very optimistic”, “quite optimistic”, “rather pessimistic” and “very pessimistic”. Since then, this question has replaced the previous question “Do you think that the world political situation will get better and have fewer tensions or get bleaker and have greater tensions in the next five years? Or will it remain more or less as it is today?”

Subjective Perception of Threat: As in 2015, the subjective perception of threat among the Swiss in selected sectors of society was also surveyed in 2021. Compared with 2015, the Swiss population feels only slightly threatened in the sectors of society surveyed in 2021. The average general threat perception of 4.5 (+0.1)² is clearly below “moderately threatened” and thus currently in the same range as in 2015 (4.4). The average subjective threat perceptions of all individual aspects also lie below “moderately threatened”. Compared to the average general threat perception of 4.5, the assessment of the threat to data security (5.2, -0.3), nature (5.2, +0.2), jobs (5.1, +0.2), and social cohesion (4.9, ±0.0) is significantly above the overall average (4.5). The four aspects mentioned were already above the average at that time in 2015 as well. Social security (e.g., unemployment or disability insurance; 4.6, -0.2) and the Swiss healthcare system (4.5, +0.1) are perceived as being under average threat. Swiss citizens perceive peace and order (4.0, -0.2), personal freedom (3.9, ±0.0), energy supply (3.8, -0.4), and basic democratic rights (3.6, -0.2) as being significantly less threatened than average.

Subjective Assessment of the Probability of Threat Occurrence: As in 2015, the subjective assessment of the probability of selected threats occurring was surveyed in 2021. With an overall mean value of 5.1 (+0.7 compared with 2015)³, respondents consider the occurrence of the following threats to be “moderately likely” and significantly higher than in 2015. This increase is due in particular to the fact that the probability of a pandemic (6.7, +2.7), a cyber-attack (6.2, +0.9), and an economic crisis (5.7, +0.7) are rated significantly higher than in 2015. Compared with 2015, the assessment of the probability of threat occurrence from organized crime (5.0, ±0.0), terrorist attacks (4.8, ±0.0), technical disasters (4.3, +0.1), and a military attack (2.5, ±0.0) remains statistically at the same level. Compared with 2015, respondents currently only rate the probability of a threat from migration (4.3, -0.4) as significantly lower. Compared with the current mean of 5.1, the perception of the probability of a pandemic (6.7), cyber-attacks (6.2), fake news (6.1, not asked in 2015), and an economic crisis (5.7) occurring is significantly above average. The threat from organized crime (5.0) is perceived to be of average likelihood. The probability of threats from terrorist attacks (4.8), technical disasters (4.3), migration (4.3), or a military attack (2.5) are perceived by the Swiss to be comparatively below average.

Areas of life Affected by COVID-19: Due to the COVID-19-pandemic, questions were also asked in January 2021 about individual affectedness in seven areas of life. Since this

2 The values correspond in each case to the rounded mean value of the valid answers collected using a scale from 1 to 10 (1 = “Not threatened”, 10 = “Very threatened”).

3 The values correspond in each case to the rounded mean value of the valid answers collected using a scale from 1 to 10 (1 = “Not likely”, 10 = “Very likely”).

is a personal assessment of the respondents, these data do not directly show the objective level of affectedness. The area of life most affected by the pandemic among Swiss people is their own leisure time behavior. 74% of respondents consider themselves affected in this area overall. A good third (34%) even speak of being "very strongly" affected, and 40% speak of being "quite strongly" affected. A majority of 70% of Swiss respondents report that the pandemic has affected their relations with their best colleagues. 27% see themselves "very strongly" affected, and 43% "quite strongly" affected. In the remaining five areas of life examined here, relatively fewer people are affected. In family life, 38% of Swiss people report that they are affected by the COVID-19-pandemic ("very strongly": 12%, "quite strongly": 26%). For every third respondent (33%), the pandemic also affects their working life ("very strongly": 14%, "quite strongly": 19%). 21% report an impact on mental health ("very strongly": 4%, "rather strongly": 17%), while 16% report an impact on physical health ("very strongly": 3%, "strongly": 13%). The smallest impact of the COVID-19-pandemic in January 2021 is felt with respect to the personal financial situation. 12% of Swiss citizens state that they are affected in this area ("very strongly": 4%, "quite strongly": 8%).

Trust in Authorities and Institutions: Overall, trust turns out to be very high in 2021 (2021: 6.8, +0.1 compared to 2020; Ø 2007-2021: 6.5, +0.3).⁴ The ranking according to the mean trust value of the eight regularly surveyed public institutions continues to be led by the police (7.9, ±0.0), followed by the courts (7.6, +0.2) and the Federal Council (7.3, +0.2). They are followed mid-range in the rankings by the Federal Parliament (+0.1) and the Swiss economy (±0.0), each with a mean value of 6.9. In line with the previous year, trust in the armed forces (6.8, +0.1) is identical to the mean value of the institutional trust index. As in previous years, trust in political parties (5.6, +0.2) and in the media (5.5, +0.1) is at a significantly lower level. Since 2018, trust in science has also been surveyed. Since then, science (7.8, +0.1) has received the second most trust. Compared with last year's survey, there has been a statistically significant increase in trust in the courts, the Federal Council, the Federal Parliament, and political parties in 2021. Average trust has also increased significantly compared to the previous year. Compared with the follow-up survey of July 2020, trust in the courts in January 2021 rose significantly to an all-time high and trust in the Federal Council fell significantly, but was still highest compared with the other survey years. In addition, the confidence score of the Federal Parliament in the summer of 2020 was at its highest level since the start of the measurement, before falling slightly thereafter. Overall, the results suggest that the Swiss trust the authorities and institutions in dealing with the COVID-19-pandemic.

⁴ The values correspond in each case to the rounded mean value of the valid answers, which were collected using a scale from 1 to 10 (1 = "no trust", 10 = "full confidence").

2. Neutrality

Neutrality: Support for neutrality remains statistically unchanged. At 96% (± 0 percentage points), Swiss respondents in 2021 are almost unanimously in favor of maintaining neutrality. In contrast, attitudes toward “differential neutrality”, which calls for a clear statement on political conflicts abroad and demands neutrality in military conflicts, have changed significantly in statistical terms. Whereas respondents disagreed on “differential neutrality” in the previous year, in 2021, a significantly larger majority of Swiss citizens (57%, +9 pp) agreed with this precept. The “de facto abandonment of neutrality” – the demand to take a clear stand not only in political but also in military conflicts – enjoys significantly more support in 2021, at 18% (+4 pp).

Functions of Neutrality: Currently, two of the six neutrality functions are assessed differently than in 2020. Agreement remains high on the view that Switzerland can mediate in conflicts and play a positive role in conflict resolution thanks to its neutral status (94%, -1 percentage point). In 2021, the Swiss also attach great importance to neutrality as a component of Swiss identity. For 84% (-2 pp) of respondents, neutrality is inseparably linked to the concept of the state. Significantly more respondents share the view that Switzerland is not drawn into international conflicts thanks to neutrality (71%, +4 pp). The view that Switzerland’s armed neutrality contributes to security and stability in Europe remains statistically unchanged among 59% (-1 pp) of Swiss respondents. While respondents were divided between 2017 and 2020 on whether neutrality could still be credibly protected by military means today, this opinion has statistically significantly decreased. A minority of 42% (-9 pp) still share this view in 2021. 23% (-1 pp) of respondents believe that a European defense alliance would offer Switzerland more protection than neutrality.

Critical Assessment of Neutrality: In 2021, it is even more evident than in previous years that the view that Switzerland could face negative consequences due to its neutrality is not very widespread among the Swiss electorate. Significantly fewer respondents (28%, -8 percentage points) agree with the view that close political and economic ties with other nations make neutrality impossible. The view that neutrality is an obstacle to economic cooperation with other European states remains statistically unchanged at 28% (-6 pp). Only 15% (-2 pp) of the Swiss share the view that Switzerland should give up neutrality as soon as it does not bring any advantages for Switzerland.

3. Foreign and Security Policy

Relations with the EU: The Swiss electorate’s skepticism about the EU, which has been evident since 2011, has continued in the current year. The approval ratings for both closer ties with and joining the EU are below average in a long-term comparison. By contrast, the pragmatic view of building stronger ties with the EU in economic matters continues to enjoy a high level of acceptance among the population. Thus, 83% (+2 percentage points) of the Swiss support the statement that Switzerland should not join the EU, but should strengthen economic cooperation with the EU. 40% (+6 pp) of respondents favor closer political ties with the EU. Compared with the previous year, 13% (± 0 pp) of Swiss respondents continue to call for unconditional accession to the EU.

International Cooperation without Institutional Ties that Diminish Sovereignty: Switzerland’s international and humanitarian engagement without sovereignty-reducing institutional ties, so-called “soft cooperation”, continues to enjoy a clear majority of support among the electorate in 2021. The three indicators of “soft cooperation” remain statistically unchanged. 75% (+1 percentage point) of respondents believe that Switzerland should play a more active role in international conferences. 71% (–1 pp) of the Swiss call for increased mediation in conflicts, and 65% (+2 pp) share the opinion that Switzerland should provide more development aid.

Swiss Participation in the UN: Since Switzerland joined the UN in 2002; attitudes toward the UN have been positive and mostly stable. In 2021, respondents are significantly more in favor of greater Swiss involvement in the UN. 67% (+9 percentage points) of the Swiss are currently in favor of a Swiss seat on the UN Security Council. In addition, 64% (+4 pp) of respondents support Switzerland’s active involvement in UN affairs. Both values have risen significantly compared to the previous year and are above the long-term average.

Readiness to Open Up to Security Alliances and Peacekeeping Forces: In 2021, support for security alliances with NATO and the UN is significantly stronger than in the previous year. Significantly more Swiss respondents call for Switzerland to provide the UN with Swiss peacekeeping troops (59%, +4 percentage points). In addition, willingness to establish closer ties with NATO has risen significantly to 45% (+9 pp). Support for Switzerland to join NATO has significantly increased and is currently demanded by a quarter of the Swiss (25%, +5 pp).

National Autonomy Generally and in Security-Related Matters: In 2021, support for the demand for economic and political autonomy is the same as in the previous year. 79% (+2 percentage points) share this opinion. 42% (−2 pp) of respondents support military autonomy in the sense that Switzerland should only rely on its own national defense. Significantly fewer Swiss believe that Switzerland should keep out of alliances and unions of any kind with other states. At 32% (−3 pp), approval for such ties is currently at a below-average level.

4. Defense Policy

Necessity of Swiss Armed Forces: The positive attitude of the Swiss towards the military continues in 2021. Compared to 2020, the perceived necessity of the armed forces remains statistically unchanged at 73% (−4 percentage points). Between January 2020 and the follow-up survey in July 2020, the opinion as to its necessity remains likewise unchanged (81%, +4 pp). Compared to the July 2020 follow-up survey, however, there is a statistically significant drop in the perception of necessity in 2021 from 81% to 73% (−8 pp). This means that approval is currently slightly above the long-term average of 72%. Compared with the population as a whole, the 18–29 year-old age group is more skeptical about the necessity of the Swiss Armed Forces. Compared with January 2020, they still consider the armed forces necessary in January 2021 at 59% (−4 pp). However, compared to the July 2020 follow-up survey, this figure has dropped from 71% to 59% (−12 pp), which is statistically significant.

Societal Role of the Swiss Armed Forces: Since 1976, the societal role of the Swiss Armed Forces has been measured on the basis of three multiple-choice questions as to whether the military is regarded as a central part of society, a necessary evil, or an institution worthy of abolition. In 2021, views concerning the societal role of the Swiss Armed Forces remain unchanged. For 45% (−1 percentage point) of the Swiss, the military plays “a central role” in 2021. For 39% (−1 pp) of respondents, the military is “a necessary evil”, and 14% (+1 pp) of respondents affirmed the abolition of the military in January 2021.

Militia Versus Professional Armed Forces: Since 2013, a clear majority of the Swiss electorate has favored the militia army over a professional armed forces. Support for the militia armed forces remains statistically unchanged between January 2020 and 2021 at 58% (+4 percentage points). A professional armed forces is approved of by 38% (−2 pp). Between the January 2020 survey and the July 2020 follow-up survey, there was a significant increase in support for the militia armed forces (57%, +3 pp). By contrast, support for a professional armed forces fell significantly (35%, −5 pp). Consent among the cohort of

conscripts (18–29 year-olds) for a professional armed forces remains statistically unchanged compared to both January 2020 (46%) and the July 2020 follow-up survey (38%), and is currently 48% (+2 pp). This demand was still a majority view among the young before 2013. Since then, only a minority of 18–29 year-olds are in favor of a professional military.

Abolition of Compulsory Military Service: Approval for the abolition of conscription remains statistically unchanged relative to the January 2020 survey (38%) as well as the July 2020 follow-up survey (39%, +1 percentage point) at 38% (± 0 pp). Since 2013, Swiss citizens again stand more firmly behind compulsory military service as a form of recruitment for the Swiss Armed Forces.

Satisfaction with the Performance of the Swiss Armed Forces: Satisfaction with the performance of the armed forces has been surveyed since 2011 on a scale of 1 to 10, with 1 meaning “not at all satisfied” and 10 “very satisfied”. While satisfaction was comparatively lower between 2011 and 2013, it rose steadily from 2014, with performance satisfaction of the armed forces falling again in 2018 as a result of the introduction of the Armed Forces Development (AFD) reform program. Compared with the previous year, average satisfaction in 2021 remains statistically unchanged at 6.4 (-0.1). Between the January 2020 survey and the July 2020 follow-up survey, average satisfaction increased significantly (6.7, +0.2). Compared to the follow-up survey, it decreased significantly again in 2021 (6.4, -0.3). Current satisfaction is in line with the long-term average of 6.4.

Defense Expenditure: Compared with the previous year and the follow-up survey, attitudes toward defense spending are statistically unchanged in July 2020. The proportion of respondents who consider defense spending to be “just right” remains statistically unchanged at 45% (-4 percentage points, follow-up survey: ± 0 pp). 43% (+6 pp, follow-up survey: +4 pp) share the view that Switzerland spends “far too much / too much” money on its defense. 8% (-1 %, follow-up survey: -1 pp) of the Swiss believe that Switzerland spends “too little / far too little” money on defense.

5. Alternative Service Models and Citizens Service

Alternative Service Models: In general, significant changes are evident compared to the last survey in 2015. With the exception of the model of compulsory service for men only, support for all models has increased significantly. However, approval of mandatory service for men, with a free choice between military, community, or social service, has fallen significantly compared to 2015, with 52% (-8 percentage points) in favor. Thus, respondents are divided regarding this idea. Compared to 2015, only compulsory mili-

tary service for women is clearly rejected by those surveyed, with 40% (+10 pp) in favor. In addition to compulsory service for men and women involving a free choice between military, community or social service (67%, +14 pp), two possible forms of service for foreigners also find acceptance. However, Swiss citizens disagree on introducing voluntary military service for foreigners (“introduction of compulsory community or citizen service for foreigners”: 58%, +23 pp; “introduction of voluntary military service for foreigners”: 52%). Consequently, in contrast to 2015, compulsory service for men and women is now clearly the most strongly supported of all service models and is currently obviously more popular than compulsory service for men only.

Attitude toward the Introduction of a General Mandatory Citizen Service: The introduction of a general mandatory citizen service meets with the approval of 63% of the Swiss population overall. 14% are “very much in favor” and 49% are “somewhat in favor”. In contrast, a total of 35% are against a general mandatory citizen service (27% “rather” and 8% “totally” against). The proportion responding with “don’t know / no answer” is around 2%. Thus, the majority of Swiss voters are currently in favor introducing a general mandatory citizen service for Swiss men and women.

Attitudes toward the Advantages and Disadvantages of a General Mandatory Citizen Service: All of the proposed positive aspects of a general mandatory citizen service for Swiss men and women are supported by a clear majority of the Swiss population. According to the survey, 78% of respondents agree that such a service would facilitate coping with future challenges in various areas. 74% of the Swiss see a citizen service as a benefit for both the state and civil society as well as a means of strengthening social cohesion in Switzerland. In contrast, the majority of Swiss people reject the three following negative aspects of a general mandatory citizen service mentioned. 43% agree with the statement that such a service would be a disproportionate compulsory obligation. Furthermore, 38% fear that it would entail excessively high costs for the state and 32% think that a citizen service would draw labor away from the economy.

Conclusion

Swiss people generally feel very secure in 2021. Fear of crime remains low and the Swiss electorate continues to feel safe in public areas. Optimism about the future of Switzerland has fallen slightly but significantly. On the other hand, people are significantly more optimistic about the future development of the global political situation than in January 2020. General trust in Swiss authorities and institutions is above average and has risen significantly compared with 2020.

Overall, the Swiss feel very little threatened. The four aspects of data security, nature, jobs, and social cohesion are seen as the most threatened by the population. Swiss people consider the probability of various threats occurring to be moderately possible. In particular, the probability of a pandemic, a cyber-attack, fake news, and an economic crisis are rated as comparatively high.

In 2021, the Swiss remain united and almost unanimous in their support for neutrality. Recently, a majority has been in favor of differential neutrality. Despite critical voices, neutrality is still “a value in itself” for the Swiss, which brings more advantages than disadvantages for Switzerland.

In terms of foreign policy, the Swiss electorate is conditionally more open. They want an autonomous Switzerland that only cooperates economically with the EU. While EU integration (in the form of closer ties or joining) is clearly rejected, soft cooperation (in the form of good offices, conferences, conflict mediation, development aid) is clearly favored. Respondents are significantly more positive about the UN. Although Swiss respondents are also significantly more positive about NATO, there is no majority in favor of joining or closer ties, and the desire for military autonomy remains strong.

Respondents are also positive about the Swiss Armed Forces in 2021. While historic highs were measured for the armed forces in the follow-up survey in July 2020 in the wake of the Swiss Armed Forces’ first Corona deployment, the current survey shows that the values have normalized.

Currently, the greatest support is for an alternative service model with mandatory service for Swiss citizens that offers a free choice between military, community or social service. The majority of respondents also support the introduction of a general mandatory citizen service for Swiss men and women. While the advantages of such a citizen service are affirmed, only a minority sees disadvantages.

Synthesis: Although certain values with regard to public opinion on Swiss foreign, security and defense policy have changed compared to 2020, the population is still satisfied with the “special case of Switzerland”. The Swiss feel secure in their country and place great trust in the institutions, even if they are significantly less confident about the future of Switzerland. A general mandatory citizen service for Swiss men and women is supported by a majority and viewed positively. Swiss people have a positive attitude towards the armed forces. In terms of foreign policy, the Swiss prefer a neutral, politically autonomous Switzerland that only cooperates with other countries in economic matters. Due to the high value of neutrality, sovereignty-diminishing cooperation with the EU and NATO is rejected.

1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2020

Das Interesse der Schweizer*innen an sicherheitspolitischen Themen kann kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Da sich dieser Zusammenhang bereits in früheren Jahren gezeigt hat, wird der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis eine «Chronologie meinungsbildender Ereignisse des Jahres 2020» vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Die Angaben beruhen auf einer Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich auf der Basis der Medienmitteilungen des Bundes (Daten in Klammern), der Chronologie der Vorjahre sowie weiterer Materialien erstellt.

1.1 COVID-19-Pandemie – Rivalität der Grossmächte – politische Fragmentierung im Westen – anhaltende Krisen an Europas Peripherie

Das zentrale globale Thema im Berichtsjahr 2020 war das Coronavirus. Die COVID-19-Pandemie stellte für praktisch alle Staaten – Demokratien wie Autokratien – eine umfassende gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Herausforderung dar. Zwar hatte sich die internationale Gemeinschaft im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) seit Jahrzehnten auf das absehbare Auftreten einer Pandemie vorbereitet. Gleichwohl stellte das Auftreten viraler Lungenentzündungen unbekanntem Ursprungs in der chinesischen Stadt Wuhan im Januar 2020 in doppelter Hinsicht eine Überraschung dar: Fachkreise und Politik überraschte erstens die Geschwindigkeit, mit der sich die Pandemie über den Globus ausbreitete. Ebenso überraschend war zweitens das Ausmass der durch die Politik ergriffenen Bewältigungsmassnahmen. Weder Ausgangssperren, umfassende Grenzschiessungen noch Exportsperrern für pandemierelevante Medizinprodukte waren in den Planungsgrundlagen für eine Grippe-Pandemie vorgesehen gewesen.

Im Vergleich mit den hinsichtlich Pandemieausbrüchen krisenerprobteren Ländern Asiens reagierten die Schweiz und die europäischen Staaten Anfang 2020 vorerst nur zögerlich auf die Warnhinweise der WHO. Im März 2020 ergriffen die meisten Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Kontext rasch ansteigender Fallzahlen ein ähnliches Set an Massnahmen. Diese Massnahmen führten zeitweise zu einem Beinahe-Stillstand des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Der Rest des Jahres war durch die mit der Bewältigung der

ersten und zweiten Welle der COVID-19-Pandemie verbundenen Herausforderungen geprägt, die sich je nach Land sehr unterschiedlich präsentierten.

Die COVID-19-Pandemie stellte nicht nur die einzelnen gesellschaftlichen und staatlichen Systeme vor umfassende Herausforderungen. Als globale Krise hatte sie auch einschneidende Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen. In sicherheitspolitischer Hinsicht beschleunigte sie bereits bestehende Tendenzen im internationalen System, insbesondere die sich bereits in den Vorjahren akzentuierende strategische Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten Amerikas (USA) und der Volksrepublik China, aber auch das russische Streben nach einer Einflussphäre in Abgrenzung zu Europa und den USA. Zwar hatte US-Präsident Donald Trump Chinas Umgang mit dem Ausbruch des Coronavirus anfangs noch gelobt, vor dem Hintergrund des rasanten Anstiegs der Fallzahlen in den USA begann er allerdings bald damit, China immer stärker für die Infektions- und Todesfälle im eigenen Land verantwortlich zu machen. Auch in Europa verschlechterte sich sowohl das Image Chinas als auch dasjenige von Russland im Berichtsjahr. Grund dafür war, dass beide Regierungen nach innen den Eindruck zu vermitteln versuchten, die Lage sei unter Kontrolle, während sie sich aussenpolitisch mit medienwirksamen medizinischen Schutzgüterlieferungen ins Szene zu setzen versuchten.

Der Ausbruch des Coronavirus hatte in der Anfangsphase für die chinesische Führung durchaus das Potenzial einer innenpolitischen Krise. Die aufkeimende Kritik an der Innenpolitik wurde jedoch mit rigorosen epidemiologischen Eindämmungs- und Überwachungsmassnahmen, einem Anstieg des chinesischen Nationalismus und einer vergleichsweise raschen wirtschaftlichen Erholung im Keim erstickt. In aussenpolitischer Hinsicht schien der chinesische Staatspräsident Xi Jinping entschlossen, das selbstbewusste Auftreten Chinas fortzusetzen und entlang der Grenzen Chinas die eigenen Interessen mit einem konfrontativen Vorgehen durchzusetzen. Exemplarisch kam dies mit dem Inkrafttreten des neuen Hongkonger Sicherheitsgesetzes im Juli 2020 zum Ausdruck, welches eine breite Verhaftungswelle auslöste. Mit der Schaffung der grössten Freihandelszone der Welt im Dezember 2020 unterstrich China gegen Jahresende seine Stellung als dominante Handelsmacht in der Asien-Pazifik-Region.

Auch für die Popularität des Regimes des russischen Präsidenten Wladimir Putin stellte die COVID-19-Pandemie einen Stresstest dar. Kurzfristig brauchte Putin die Unterstützung der Bevölkerung mit Blick auf das Referendum zur Verfassungsänderung, das aufgrund der Pandemie vom Mai in den Juli 2020 verschoben werden musste. Das erwartete positive Resultat erlaubte es Wladimir Putin, für zwei weitere Amtszeiten als Präsident zu kandidieren. Im Unterschied zu China flachte in Russland die gesellschaftliche Kritik am «System Putin» allerdings auch mittelfristig nicht ab. Dies lag auch daran, dass die ökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie die russische Wirtschaft, welche aufgrund der tiefen Ölpreise und der westlichen Sanktionen bereits zuvor schwächelte, viel härter

trafen, als dies in China der Fall war. Wie sehr sich das Regime um die innenpolitische Stabilität Sorgen machte, zeigte sich, als der russische Oppositionelle Alexei Nawalny Opfer eines Giftanschlages wurde. Spezial-Labore der deutschen Bundesregierung bestätigten, dass Nawalny mit einem vom russischen Geheimdienst entwickelten Kampfstoff vergiftet worden war. In aussenpolitischer Hinsicht lief Moskau zudem Gefahr, an der strategischen Partnerschaft mit China festhalten zu müssen, dabei allerdings in wirtschaftlicher Hinsicht zum Juniorpartner Chinas zu werden.

Auch im Westen dominierten im Zuge der COVID-19-Pandemie die innenpolitischen Herausforderungen. In aussenpolitischer Hinsicht wiederum bedeutete dies, dass sich die bestehenden politischen Fragmentierungstendenzen in Europa und zwischen Europa und den USA nicht abschwächten. In den USA eröffnete das demokratisch dominierte Repräsentantenhaus Mitte Januar 2020 das erste Amtsenthebungsverfahren gegen den US-Präsidenten Donald Trump, dem Machtmissbrauch in Zusammenhang mit der sogenannten Ukraine-Affäre vorgeworfen wurde. Drei Wochen später sprach die republikanische Mehrheit des Senats den US-Präsidenten Donald Trump in allen Anklagepunkten frei. Im Mai 2020 löste die Tötung von George Floyd durch Polizisten in Minneapolis die schwersten Unruhen in den USA seit 1968 aus. Unter dem Motto «Black Lives Matter» führte der Fall weltweit zu Protesten gegen strukturellen Rassismus und Polizeigewalt. Erst vier Tage nach dem offiziellen Wahltag der US-Präsidentschaftswahlen riefen die Medien auf der Basis vorläufiger Hochrechnungen den Wahlsieg der Demokraten Joe Biden und Kamala Harris aus. Donald Trump erkannte das Ergebnis nicht an, ohne allerdings jemals konkrete Beweise für eine Manipulation der Wahl vorzulegen. In tiefgehender politischer Polarisierung taumelten die USA dem Jahresende entgegen, während die Zahl der täglichen Neuinfektionen auf über 200'000 stieg.

Auch in den europäischen Staaten dominierten im Zuge der COVID-19-Pandemie die innenpolitischen Herausforderungen. Das durchaus vorhandene gemeinsame Krisenmanagement in den Strukturen des europäischen Seuchen- und Bevölkerungsschutzes wurde in der Bevölkerung kaum wahrgenommen. Dies auch daher, weil die nationalen Pandemielagen in zeitlicher und räumlicher Hinsicht sehr unterschiedlich verliefen und die Hauptverantwortung für die Bewältigung der gesundheitlichen Notlagen nicht bei den Zentralregierungen lag. Erst im Sommer 2020 einigten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) auf ein grösseres Finanzpaket zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung.

Anfang des Jahres stimmten das britische und das EU-Parlament dem Brexit-Abkommen zu, mit dem das Vereinigte Königreich Ende Januar 2020 aus der EU austrat, jedoch bis Ende 2020 Teil des EU-Binnenmarkts und der Zollunion blieb. Erst am 30. Dezember 2020 unterzeichneten die EU-Kommission und die britische Regierung ein langfristiges Handels- und Kooperationsabkommen, das am 1. Januar 2021 in Kraft trat.

Im Süden und Osten Europas waren die Entwicklungen wie bereits in den Vorjahren von anhaltenden Krisen geprägt. Dabei wurden lokale und regionale Konflikt dynamiken zunehmend von einem Ringen der Grossmächte um Einfluss sphären überlagert. Russland verfolgte seine strategischen Ambitionen von der Ukraine und Belarus über den Westbalkan bis in das Schwarze Meer (Nagorno-Karabakh) und das Mittelmeer (Syrien, Libyen) hinein. Die USA reduzierten ihre Militäreinsätze im Nahen und Mittleren Osten, blieben aber weiterhin der dominante politische und militärische Akteur in der Region. Dies insbesondere mit Blick auf den Konflikt mit der Islamischen Republik Iran, der Anfang 2020 zu eskalieren drohte, als die USA den iranischen General Soleimani mit einem Drohnenangriff töteten und der Iran dies mit einem Vergeltungsschlag auf zwei durch US-Militär benutzte Militärbasen im Irak beantwortete. Im Herbst vermittelten die USA Friedensverträge zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie zwischen Israel und dem Königreich Bahrain und stärkten so die regionale Allianz gegen den Iran.

Die durch die reduzierte Präsenz der USA entstandenen Lücken wurden durch andere Akteure wie Russland, die Türkei oder China gefüllt. Insbesondere die Türkei verfolgte eine konfrontativere Aussenpolitik, nicht nur hinsichtlich Syrien. Im August 2020 eskalierte der Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland und Zypern im östlichen Mittelmeerraum, als ein griechisches Marineschiff mit einem türkischen Kriegsschiff kollidierte, das ein türkisches Forschungsschiff auf der Suche nach Energieressourcen beschützte. Chinas Aktivitäten in der Region nahmen ebenfalls zu, allerdings primär mittels geökonomischer Investitionen im Kontext der «Belt and Road Initiative». Pekings primäres Interesse stellte weiterhin der gesicherte Zugang zu Rohöl aus dieser Region dar. In diesem Zusammenhang akzeptierte China, dass die USA mit Blick auf einen stabilen Ölpreis und die Schifffahrtssicherheit im Golf der zentrale Akteur bleiben. Pekings territoriale und militärische Ambitionen konzentrierten sich im Berichtszeitraum weiterhin auf die Chinesische Sonderverwaltungszone Hongkong, Taiwan, das Südchinesische Meer und die Grenze zu Indien.

1.2 Aussenpolitik: Strategie und COVID-19 – Frieden und Sicherheit – Uno und OSZE – Verhandlungen Schweiz-EU

Die aussenpolitischen Aktivitäten der Schweiz konzentrierten sich im Berichtszeitraum auf vier Schwerpunkte: die Strategieformulierung und die internationale Bewältigung der COVID-19-Pandemie, das Engagement im Bereich Frieden und Sicherheit, die Beiträge im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen (Uno) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie auf die Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Im Aussenpoli-

tischen Bericht 2019 legte der Bundesrat gleich zu Beginn des Jahres Rechenschaft über die wichtigsten aussenpolitischen Aktivitäten der Schweiz im Vorjahr ab (29.01.2020). Im Vordergrund hatten dabei die innenpolitischen Konsultationen in der Europafrage, die Beziehungen zu den Grossmächten sowie die Guten Dienste der Schweiz gestanden. Ebenfalls auf das Vorjahr zurück ging die Strategie zur internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 mit ihren neuen thematischen und geografischen Schwerpunkten, welche der Bundesrat am 19. Februar 2020 verabschiedete.

Die strategische Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit («IZA-Strategie 2021–2024») stellte ein erstes Resultat des nach Amtsantritt von Bundesrat Ignazio Cassis ausgelösten aussenpolitischen Strategiefindungsprozesses dar. Ende Januar 2020 verabschiedete der Bundesrat als zentrales Resultat dieses Prozesses die erstmals interdepartemental erarbeitete «Aussenpolitische Strategie für die Jahre 2020 bis 2023» (30.01.2020). Die Strategie definiert vier thematische Schwerpunkte (Frieden und Sicherheit; Wohlstand; Nachhaltigkeit; Digitalisierung), die in Europa, acht weltweit verteilten Schwerpunktländern (USA, Brasilien, Russland, Türkei, Südafrika, Indien, China, Japan) sowie im multilateralen Rahmen internationaler Organisationen möglichst kohärent umgesetzt werden sollen. Im Spätherbst folgte daraus abgeleitet die Verabschiedung der Schweizer Aussenpolitik im Mittleren Osten und Nordafrika (MENA-Strategie, 14.10.2020), mit der der Bundesrat das erste Mal einen strategischen Rahmen für alle Aktivitäten der Schweiz im Mittleren Osten und in Nordafrika vorlegte. Kurz darauf verabschiedete der Bundesrat ausserdem die «Strategie Digitalaussenpolitik 2021–2024» (04.11.2020). Die Strategie definiert vier Aktionsfelder (Digitale Gouvernanz; Wohlstand und nachhaltige Entwicklung; Cybersicherheit; digitale Selbstbestimmung) und zeigt auf, wie die Schweiz ihre Interessen und Werte im rasch an Bedeutung gewinnenden digitalen Raum vertreten will.

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie Anfang 2020 stellte für die internationale Zusammenarbeit eine umfassende Herausforderung dar, auch weil die gesundheitspolitische Verantwortung nicht bei den Zentralregierungen, sondern bei lokalen Akteuren lag. Entsprechend prägten zu Beginn der Krise weltweit unkoordinierte lokale und nationale Krisenmassnahmen das Bild. In Europa kam es anfangs März 2020 zu einer Kaskade von unkoordinierten Grenzschliessungen, die auch die Schweiz und ihre europäischen Nachbarstaaten erfassten (13.03.2020 bis 17.03.2020). Deutschland, Frankreich und Italien blockierten zeitweise den Export von medizinischem Verbrauchsmaterial, wobei insbesondere der Streit um die Ausfuhr von Masken die diplomatischen Beziehungen zur Schweiz belasteten (07.03.2020 und 13.03.2020). Entsprechend bemühte sich die Schweizer Diplomatie um ein mit den europäischen Seuchenschutzbehörden abgestimmtes koordiniertes Vorgehen bei der Lockerung der COVID-19-Massnahmen (21.04.2020). Auch bei der Rückführung von weltweit blockierten Staatsangehörigen arbeitete die Schweiz eng mit dem europäischen Bevölkerungsschutz zusammen. Ebenso wichtig war eine

Serie von Arbeitstreffen mit europäischen Nachbarstaaten mit Blick auf eine koordinierte Wiedereröffnung der Grenzen (16.03.2020, 17.03.2020 und 26.06.2020).

Die Bewältigung der COVID-19-Pandemie stellte im Berichtsjahr einen Schwerpunkt für praktisch alle Bereiche der internationalen Zusammenarbeit dar. An einem Treffen der Gesundheitsminister*innen der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) bekräftigte die Schweiz die zentrale Rolle der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für die internationale Bekämpfung von Pandemien (19.04.2020). Kurz darauf gewährte die Schweiz dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ein zinsloses Darlehen von CHF 200 Mio. und unterstützte den Katastrophenfonds des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit CHF 25 Mio. (30.04.2020). Mitte des Jahres vertrat Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga die Schweiz an einem weltweiten Gipfeltreffen zu Impfungen. Die Schweiz unterstützte die Global Alliance for Vaccines and Immunisation (Gavi) dabei mit CHF 30 Mio. (04.06.2020). Auch am virtuellen Jahrestreffen des IWF und der Weltbank sowie am Treffen der G20-Finanzminister*innen stand die gemeinsame Bewältigung der COVID-19-Pandemie im Zentrum der Diskussionen (14.10.2020).

Die Aktivitäten der Schweiz zugunsten von Frieden und Sicherheit stellen einen langjährigen Schwerpunkt der Schweizer Aussenpolitik dar. Anlässlich eines Webinars zu den Herausforderungen der COVID-19-Pandemie unterstrich Bundesrat Ignazio Cassis im Frühsommer 2020 das Potenzial der Kommunikationstechnologien für die Friedensarbeit. Gleichzeitig bleibe die physische Präsenz vor Ort eine Voraussetzung für einen erfolgreichen Einsatz zugunsten von Frieden und Sicherheit (19.05.2020). Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga bekräftigte anlässlich des ersten Präsidialbesuches in der Ukraine das Engagement der Schweiz zur Unterstützung einer friedlichen Lösung des Konfliktes im Osten der Ukraine (21.07.2020 bis 23.07.2020).

Auch ihr Engagement im humanitären Bereich führte die Schweiz fort. Anfang des Jahres zeigte sich die Schweiz besorgt über die erneute militärische Eskalation im Nordwesten Syriens (24.01.2020 und 28.02.2020). Im Kontext der vierten Syrienkonferenz der EU und der Uno zur Jahresmitte kündigte die Schweiz an, CHF 61 Mio. zugunsten der Unterstützung der Bevölkerung in Syrien und in der dortigen Region zur Verfügung zu stellen (30.06.2020). Nach einer verheerenden Explosion im Hafen von Beirut, die über hundert Todesopfer und tausende Verletzte forderte, reiste ein Schweizer Expertenteam nach Beirut, um die lokalen Behörden bei der Überprüfung des Zustands öffentlicher Gebäude und bei der Gesundheitsvorsorge in zwei Spitälern zu unterstützen (06.08.2020). Der Soforteinsatz der Humanitären Hilfe endete Anfang September (04.09.2020). Mitte Oktober erreichten die 19 Lastwagen des 12. Konvoi der Humanitären Hilfe der Schweiz die Region Donetsk in der Ukraine, um der lokalen Bevölkerung unter anderem medizinisches Material zur Überwindung der COVID-19-Pandemie zur Verfügung zu stellen (15.10.2020).

Krisenhafte Entwicklungen zeigten auch in diesem Berichtsjahr Auswirkungen auf das internationale Sanktionsregime der Schweiz. Anlässlich des ersten offiziellen Besuches eines Bundesrates in Belarus (Weissrussland) hatte Bundesrat Cassis Anfang des Jahres die Botschaft der Schweiz in Minsk eröffnet, um eine vertiefte Zusammenarbeit einzuleiten (13.02.2020). Als es im Zuge der Präsidentschaftswahlen im Sommer 2020 zu anhaltenden Unruhen kam und die Behörden mit Härte gegen friedliche Demonstranten vorzugehen begangen, forderte das Eidgenössische Departement für äussere Angelegenheiten (EDA) die belarussischen Behörden zur Zurückhaltung auf (11.08.2020). Da sich die Situation nicht entspannte, leitete die Schweiz Finanzsanktionen gegen 40 Personen ein, verhängte Ein- und Durchreiseverbote und ein Embargo für den Export von Rüstungsgütern (12.10.2020). Gegen Jahresende erweiterte der Bundesrat die Sanktionen auf weitere 15 Personen, darunter Präsident Alexander Lukaschenko (11.12.2020).

Auch das Engagement der Schweiz in der Uno und in der OSZE stand im Zeichen der Unterstützung von Frieden und Sicherheit weltweit. Im Frühsommer berief der Uno-Generalsekretär António Guterres den Schweizer Diplomaten Stéphane Rey in den beratenden Ausschuss des Fonds für Friedenskonsolidierung (28.05.2020). Anlässlich des 75-jährigen Bestehens der Uno bekräftigte die Schweiz die Absicht, unter dem Motto «A Plus For Peace» für einen nichtständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat für die Periode 2023 – 2024 zu kandidieren (26.06.2020). Ausgehend von der «Aussenpolitischen Strategie 2020 – 2023» legte der Bundesrat im Sommer vier Prioritäten (Bewältigung der Folgen der COVID-19-Pandemie, Uno-Reformen, Cybersicherheit und digitale Gouvernanz, Internationales Genf) für das Engagement der Schweiz im Uno-Sicherheitsrat 2023 – 2024 fest. Anlässlich eines virtuellen Anlasses im Kontext der Uno-Generalversammlung präsentierten die Bundespräsidentin und der Aussenminister der Schweiz die Schwerpunkte des Schweizer Engagements und lancierten die Schlussphase der Kandidatur (30.10.2020). Anfang des Jahres hatte sich Bundesrat Ignazio Cassis mit dem OSZE-Generalsekretär – dem Schweizer Diplomaten Thomas Greminger – getroffen, um sich bezüglich der Herausforderungen der OSZE auszutauschen (20.02.2020). Das breite Engagement der Schweiz im Rahmen der Institutionen und Aktivitäten der OSZE erhielt Mitte 2020 einen überraschenden Dämpfer. Die Vertreter*innen der Teilnehmerstaaten entschieden, die Amtszeit der Personen auf den vier höchsten OSZE-Positionen nicht zu verlängern (10.07.2020). Davon betroffen war auch der Schweizer OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger.

Durch den Austritt des Vereinigten Königreiches (UK) aus der EU am 31. Januar 2020 entstanden für die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem UK kurzfristig keine Änderungen, da die bilateralen Verträge Schweiz-EU für eine Übergangsperiode bis mindestens Ende 2020 auf das UK anwendbar blieben (31.01.2020). Im Rahmen der sogenannten «Mind the Gap»-Strategie hatte die Schweiz bereits in den Vorjahren fünf

Abkommen in verschiedenen Bereichen (Luftverkehr, Strassenverkehr, Versicherungen, Handelsabkommen, Rechte der Bürger*innen) ausgehandelt, um die zwischen der Schweiz und dem UK geltenden Rechte und Pflichten möglichst zu wahren. Gegen Jahresende unterzeichneten die Schweiz und das UK zusätzlich noch ein Abkommen über die Mobilität von Dienstleistungserbringern (14.12.2020) und ein Polizeiabkommen (15.12.2020).

Mit Blick auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU gelang es auch in diesem Jahr nicht, ein positives Verhandlungsergebnis zum institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU zu erzielen. Angesichts der Wahlen in der Schweiz und der ausstehenden Abstimmung zur Begrenzungsinitiative sowie des absehbaren Wechsels an der Spitze der EU-Kommission war die Klärung der offenen Fragen im Vorjahr erneut auf das kommende Jahr verschoben worden. Anlässlich des World Economic Forums (WEF) in Davos traf sich im Januar 2020 eine Delegation des Bundesrates mit der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (20.01.2020). Aufgrund der COVID-19-Pandemie verzögerten sich die Gespräche mit der EU dann allerdings, auch weil die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative vom 18. Mai 2020 auf den 27. September 2020 verschoben werden musste. Die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative) wurde mit 61,7% vom Volk deutlich abgelehnt (27.09.2020). Damit war der innenpolitische Weg frei für einen europapolitischen Neubeginn.

Mitte Oktober 2020 ernannte der Bundesrat Livia Leu zur neuen Staatssekretärin und führte die Direktion für europäische Angelegenheiten und die Politische Direktion in einem Staatssekretariat zusammen (14.10.2020). Damit war klar, dass der Bundesrat die Diskussionen mit der EU mit einer neuen Chefunterhändlerin aufnehmen wollte. Die Schweiz strebte Nachbesserungen beim Lohnschutz, den staatlichen Beihilfen und den Unionsbürgerrichtlinien an, während Brüssel am bestehenden Abkommen weitgehend festhalten wollte. Vorerst konzentrierte sich Brüssel allerdings auf die Verhandlungen eines Handelsabkommens mit dem UK. Mit Abschluss des «Brexit-Deals» begann sich am Jahresende abzuzeichnen, dass Brüssel im neuen Jahr eine rasche Klärung hinsichtlich des Rahmenabkommens mit der Schweiz anstreben könnte.

1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: WEA und COVID-19 – Rüstungspolitik – Auslandseinsätze – Cyber-Verteidigung

Im Bereich der Verteidigungs- und Armeepolitik konzentrierten sich die Umsetzungsarbeiten weiterhin auf das bereits 2017 beschlossene Reformprojekt unter dem Namen *Weiterentwicklung der Armee (WEA)*. Bedeutende Herausforderungen stellten sich dabei insbesondere im Bereich der Personalbestände. Im Vorjahr hatte der Bundesrat in der Botschaft zum Zivildienstgesetz eine Reihe von Massnahmen formuliert, mit denen die Anzahl der Zulassungen zum Zivildienst substanziell gesenkt und dadurch gleichzeitig

der Personalbestand der Armee gestärkt werden sollte. Im Januar hielt das Bundesamt für Zivildienst (ZIVI) fest, dass die Zahl der Zulassungen zum Zivildienst 2019 gegenüber dem Vorjahr um 1.9 Prozentpunkte abgenommen habe (16.01.2020). Kurz danach orientierte die Armee, dass sich die Militärdiensttauglichkeit 2019 gegenüber dem Vorjahr um 1.4 Pp erhöht habe (21.02.2020). Um die Attraktivität einer Kaderlaufbahn in der Armee weiter zu erhöhen, beschloss der Bundesrat im Frühjahr, die Ausbildungsgutschrift für zivile Ausbildungen neben Offizieren und höheren Unteroffizieren neu auch Unteroffizieren auszurichten und verabschiedete eine entsprechende gesetzliche Grundlage (22.04.2020). Angesichts der COVID-19-Pandemie entschied der Bundesrat, den Zeitplan für den für Ende 2020 vorgesehenen Bericht zur personellen Alimentierung von Armee und Zivildienst um mindestens ein halbes Jahr zu verschieben (16.08.2020).

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie stellte auch für die Armee eine umfassende Herausforderung dar. Anfang März wurde innerhalb der Armee der erste Corona-Fall gemeldet (03.03.2020). Kurz danach standen bis zu 800 Angehörige der Armee für subsidiäre Unterstützungsleistungen zur Verfügung (06.03.2020). Parallel zur Erklärung der ausserordentlichen Lage löste der Bundesrat nur knapp eine Woche später die grösste Mobilmachung seit dem Zweiten Weltkrieg aus und erhöhte die Zahl der im Assistenzdienst maximal aufzubietenden Armeeangehörigen auf 8000 (16.03.2020). Die subsidiären Leistungen der Armee erfolgten primär zugunsten des zivilen Gesundheitswesens, um einen Kollaps zu vermeiden, sowie zugunsten des Grenzschutzes und der Polizei. Einen Monat später verabschiedete der Bundesrat eine Botschaft zum Assistenzdienst der Armee und unterbreitete dem Parlament einen entsprechenden Bundesbeschluss (22.04.2020). Angesichts der rasch steigenden Infektionszahlen im Kontext der zweiten COVID-19 Welle beschloss der Bundesrat im Spätherbst auf Gesuch mehrerer Kantone den erneuten Einsatz der Armee im Assistenzdienst zugunsten des zivilen Gesundheitswesens. Das Truppenaufgebot umfasste maximal 2500 Armeeangehörige und sah vor, dass die Kantone ihre Gesuche erst dann stellen konnten, wenn sie sämtliche eigene zivile Mittel ausgeschöpft hatten (18.11.2020).

Die Armee unterstützte das zivile Gesundheitswesen auch bei der Gewährleistung der Versorgungssicherheit für Arzneimittel, Sanitäts- und Schutzmaterial. Ende März 2020 beauftragte der Bundesrat die Armeepotheke, die als einzige Bundesstelle über eine Grosshandelsbewilligung verfügte, mit der Beschaffung, Bewirtschaftung und Verteilung von Schutzmaterial und pharmazeutischen Produkten gemäss den Vorgaben des Bundesamtes für Gesundheit (BAG, 08.03.2020). Kurze Zeit später übernahm die Armeepotheke auch die Kontrolle über die Beschaffung von Beatmungsgeräten zugunsten der Spitäler und Kantone (29.03.2020). Am Jahresende wurde die Armeepotheke auch noch für die Lagerung, Verteilung und den Transport des Impfstoffes verantwortlich erklärt (29.12.2020). Bereits im Frühsommer war die Armeepotheke im Kontext eines

2018 angestossenen, durch COVID-19 beschleunigten Überprüfungsprozesses neu der Logistikkbasis der Armee unterstellt worden (18.02.2020).

Bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie war deutlich geworden, dass die Kantone und der Koordinierte Sanitätsdienst (KSD) der Armee unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich Aufgaben, Kompetenzen und Zuständigkeiten des KSD vertraten. Mitte Januar 2020 nahm eine von Bundesrätin Viola Amherd eingesetzte Projektgruppe mit Vertreter*innen von Bund und Kantonen ihre Arbeit auf. Zielsetzung war es, zu ermitteln, wie die Zusammenarbeit im Hinblick auf die Bewältigung von Krisenlagen verbessert werden könnte (16.02.2020). Im Kontext der COVID-19-Pandemie erarbeitete die Projektgruppe unter Federführung des KSD ein Konzept für die nationale Koordination der Intensivstationen. Damit sollte sichergestellt werden, dass alle schweizweit vorhandenen intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten optimal ausgelastet werden konnten (30.10.2020). Auch mit Blick auf die Aufrechterhaltung von Ausbildungsaktivitäten der Armee stellte die COVID-19-Pandemie eine grosse Herausforderung dar. Der Start der Sommerrekrutenschulen wurde dabei durch ein umfassendes Schutzkonzept ermöglicht, bei dem die Hygiene- und Verhaltensregeln des BAG in den Kader- und Rekrutenschulen der Armee umgesetzt wurden (14.05.2020).

Wie auch in den Vorjahren dominierten vor allem rüstungspolitische Themen die politische Agenda im Bereich der Verteidigungspolitik. Anfang des Jahres verabschiedete der Bundesrat die Armeebotschaft 2020 und beantragte den Zahlungsrahmen der Armee für die folgenden vier Jahre (20.02.2020). Die Botschaft konzentrierte sich auf die Führungsfähigkeit durch eine krisenresistente Telekommunikation, die Modernisierung der Bodentruppen bei den Schützenpanzern und die Reduktion der Anzahl Immobilienstandorte der Armee. Mitte des Jahres verabschiedete der Ständerat die Armeebotschaft ohne Gegenstimmen (16.06.2020). Der Nationalrat verabschiedete die Botschaft im Herbst ebenfalls, allerdings weniger deutlich als der Ständerat (23.09.2020).

Dass einzelne Beschaffungsprojekte immer wieder in die Kritik kommen, zeigte sich im Berichtszeitraum am Beispiel des Mörser-16-Waffensystems. Im Frühjahr hatte die armasuisse mitgeteilt, dass die Kriterien für die Truppentauglichkeit des Systems erfüllt seien (24.04.2020). Knapp zwei Monate später veröffentlichte die Eidgenössische Finanzkontrolle einen Prüfbericht, der das Beschaffungsprojekt hinsichtlich mangelnder Auswahl und fehlendem Wettbewerb kritisierte (25.06.2020). Auch in einem internen Bericht des Armeestabs, über den im Sommer gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz in den Medien orientiert wurde, waren zahlreiche Schwachstellen des Systems festgehalten worden.

Bereits im Vorjahr hatte Bundesrätin Viola Amherd eine externe Analyse der Abläufe bei Rüstungsbeschaffungen in Auftrag gegeben. Mitte des Berichtsjahres lagen die Ergebnisse und Empfehlungen der Firma Deloitte AG vor, die durch eine externe Begleitgruppe reflektiert und insgesamt bestätigt wurden (15.06.2020). Eine zentrale Empfehlung der Deloitte

AG war, dass die Rolle des Parlamentes in der Festlegung des langfristigen Fähigkeitsprofils der Armee gestärkt werden solle. Zudem sei eine bessere Steuerung der Beschaffungsprojekte zwischen der Gruppe Verteidigung und der armasuisse notwendig, was wiederum einen besseren Gesamtüberblick über die laufenden Beschaffungsprojekte voraussetze.

Im Fokus der rüstungspolitischen Debatte stand wie in den Vorjahren das Projekt Schutz des Schweizer Luftraums (*Air2030*), das die Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen und Luftverteidigungssystemen umfasst. Ende des Vorjahres hatte das Parlament dem Kauf neuer Kampfflugzeuge mit einer klaren Mehrheit zugestimmt (19.12.2019). Auf der Basis dieses politischen Grundsatzentscheides übergab armasuisse das zweite Set von Offertanfragen an die Regierungsstellen der Herstellerfirmen (10.01.2020). Aufgrund der COVID-19-Pandemie verschob das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) im Frühsommer den Abgabetermin für die Offerten in den November (12.05.2020). Im Spätherbst übergaben dann die Regierungsstellen die zweiten Offerten für ein neues Kampfflugzeug und für ein bodengestütztes Luftverteidigungssystem grösserer Reichweite an armasuisse (18.11.2020). Damit begann die Phase der Arbeiten an den Evaluationsberichten, die im ersten Quartal des Folgejahres abgeschlossen werden sollten. Parallel dazu vermeldete das VBS die erfolgreiche Umsetzung des Projektes *Luftpolizeidienst 24*. Ab Ende Dezember 2020 würden 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr zwei bewaffnete Kampfflugzeuge zum Einsatz bereitstehen (29.12.2020).

Angesichts der eskalierenden COVID-19-Pandemie hatte der Bundesrat im März 2020 entschieden, die für den 18. Mai 2020 vorgesehene Kampfjet-Initiative in den Herbst zu verschieben (18.03.2020). Ende Juni lancierte Bundesrätin Viola Amherd den Abstimmungskampf und argumentierte, die Schweiz brauche 32 Flugzeuge, um die Durchhaltefähigkeit sicherzustellen (26.06.2020). Der Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge vom 20. Dezember 2019 wurde im Herbst mit 50,1% Ja-Stimmen von dem Stimmbürger*innen überraschend knapp angenommen (27.09.2020). Damit dürften auch die weiteren geplanten grossen Rüstungsprojekte mit Blick auf die Erneuerung der Bodentruppen politisch umstritten bleiben.

Die militärischen Friedensförderungsbeiträge der Schweiz konzentrierten sich auch in diesem Berichtsjahr auf die Beiträge der *Swisscoy* zur multinationalen Kosovo Force (*KFOR*). Im November des Vorjahres hatte sich der Bundesrat unter Hinweis auf die fragile Lage vor Ort für eine Verlängerung des Engagements samt einer Erhöhung des Personalbestandes von 165 auf 195 Militärangehörige ausgesprochen (27.11.2019). Im Frühsommer stimmte der Nationalrat diesem Vorschlag zu (04.06.2020). Nur wenig später fand der Vorschlag auch im Ständerat Zustimmung (16.06.2020). Bundesrätin Viola Amherd hatte bereits im Vorjahr einen Bericht darüber in Auftrag gegeben, wie die Schweiz ihr Engagement in der militärischen Friedensförderung angesichts der Veränderungen im internationalen Umfeld weiterentwickeln soll. Der Bericht wurde unter

der Leitung der Sicherheitspolitik VBS unter Einbezug des EDA sowie weiterer externer Expert*innen erarbeitet. Auf der Basis dieses Berichtes beauftragte der Bundesrat das VBS im November, die militärische Friedensförderung künftig noch stärker auf qualitativ hochwertige Beiträge wie Aufklärungseinsätze mit Drohnen oder Lufttransporte mit Helikoptern auszurichten. Der geografische Fokus des Engagements solle stärker auf Afrika gelegt werden (25.11.2020).

Im Bereich der Cyber-Verteidigung machte ein Bericht der Revision des VBS zu Jahresbeginn deutlich, dass die relevanten Risiken des Departementes im Bereich Informationssicherheit nicht systematisch erfasst worden waren (09.02.2020). Im Frühsommer genehmigte der Bundesrat eine Vereinbarung mit der North Atlantic Treaty Organization (Nato) Communications and Information Agency (NCI Agency). Die internationale Zusammenarbeit solle es der Schweiz ermöglichen, noch gezielter vom spezialisierten Fachwissen der Agentur zu profitieren, um eigene Kompetenzen im Bereich Spitzentechnologien und Cyber zu fördern (08.05.2020). Eine entsprechende Vereinbarung wurde gegen Jahresende vom Schweizer Botschafter in Belgien unterzeichnet (25.11.2020). Bereits im Vorjahr hatte die Schweiz entschieden, dem Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence (CCDCoE) in Estland als Partnerstaat beizutreten. Im Berichtsjahr solle diese nun effektiv werden (19.06.2020). Im Spätherbst eröffnete der Bundesrat die Vernehmlassung zu verschiedenen Änderungen des Militärgesetzes und der Armeorganisation, die die Schaffung eines Kommando Cyber und den Ausbau der Milizbestände in diesem Bereich ermöglichen sollen (07.10.2020).

1.4 Innere Sicherheit: Terrorismus und Radikalisierung – Schengen, Asyl, Migration – Cyber-Sicherheit – subsidiäre Armeeeinsätze

Gestützt auf das Nachrichtendienstgesetz (Art. 70 NDG) verabschiedete der Bundesrat im Mai 2020 einen Bericht zur Beurteilung der Bedrohungslage der Schweiz. Die im sicherheitspolitischen Bericht 2016 (SIPOL B 2016) analysierten Bedrohungen – die erhöhte, von dschihadistischen Akteuren ausgehende Terrorbedrohung, der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel durch andere Staaten, Cyberangriffe auf Schweizer Interessen im In- und Ausland und wachsende regionale Spannungen im Kontext globaler Grossmachtrivalitäten – stünden weiterhin im sicherheitspolitischen Fokus der Schweiz (01.05.2020). In seinem Lagebericht «Sicherheit Schweiz 2020» vertiefte der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) die Bedrohungsanalyse. Die sicherheitspolitischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie liessen sich zwar noch nicht detailliert beantworten. Es sei aber bereits erkennbar, dass die Pandemie schon bestehende machtpolitische Gegensätze im internationale System weiter beschleunigen dürfte. Die verstärkten Spionageaktivitäten fremder Staaten in der Schweiz würden der Schweiz als Gaststaat schaden (27.10.2020).

Die Spionagetätigkeiten fremder Staaten in und aus der Schweiz beschäftigten die schweizerische Öffentlichkeit auch im Zuge von Enthüllungen in internationalen Medien, die Zuger Firma Crypto AG habe sich im Besitz des deutschen Bundesnachrichtendienstes (BND) und der amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA) befunden. Anfang März entschied das Büro des Nationalrats, es sei die Aufgabe der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDeL) als Aufsichtsorgan über die Nachrichtendienste, die in der Presse erhobenen Vorwürfe zu untersuchen. Ein Antrag der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP), eine Crypto-PUK (Parlamentarische Untersuchungskommission) einzusetzen, war bereits davor zurückgewiesen worden (03.03.2020). Angesichts des grossen Echos in den Medien hatte Bundesrat Guy Parmelin die laufenden Exportanträge der Crypto AG bereits Ende des Vorjahres sistiert (09.03.2020). Im November verabschiedete die GPDeL ihren Inspektionsbericht zum Fall Crypto (02.11.2020). Der NDB der Schweiz habe von der Zusammenarbeit mit den ausländischen Nachrichtendiensten, die grundsätzlich mit dem geltenden Recht vereinbar gewesen sei, profitiert. Falsch sei hingegen gewesen, dass die politische Führung der Schweiz erst 2019 über die Zusammenarbeit orientiert worden sei (10.11.2020). Etwas mehr als einen Monat später stellte die Bundesanwaltschaft das Strafverfahren ein, das sie im Frühjahr nach einer Strafanzeige des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) gegen die Crypto AG eingeleitet hatte (22.12.2020).

Im Rahmen der Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus unterstützte der Bund die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans von Kantonen, Gemeinden und Städten auch im Berichtsjahr mit einem Impulsprogramm (28.02.2020). Im Spätherbst organisierte der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) eine Fachtagung im Rahmen des Nationalen Aktionsplanes, an der verschiedene Formen von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus thematisiert wurden (25.11.2020). Bereits Anfang des Jahres hatte der Bundesrat beschlossen, dass die von europäischen Staaten gesammelten Flugpassagierdaten auch in der Schweiz für die Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Kriminalität genutzt werden sollen (12.02.2020). Im April 2020 erhob die Bundesanwaltschaft Anklage gegen einen irakischen Staatsangehörigen, der als von der Schweiz aus operierendes Mitglied für die terroristische Organisation «Islamischer Staat» (IS) aktiv gewesen sein soll (14.04.2020). Im Sommer erhob die Bundesanwaltschaft Anklage gegen zwei weitere Personen, die sich dem IS in der syrisch-irakischen Konfliktzone anzuschliessen versucht haben sollen (06.07.2020). Im Spätherbst untersuchte die Bundesanwaltschaft in Zusammenhang mit einem Tötungsdelikt in Morges ein mögliches terroristisches Motiv für die Tat (14.09.2020). Nur wenig später wurden im Rahmen von zwei Strafverfahren verschiedene Hausdurchsuchungen im Kanton Freiburg durchgeführt und vier Personen festgenommen, denen Verstösse gegen das Verbot, die Gruppierungen IS und Al-Qaida zu unterstützen, vorgeworfen wurden (02.10.2020).

Der Ausbruch des Coronavirus machte sich auch im Bereich der inneren Sicherheit mit umfassenden Auswirkungen bemerkbar. Bereits vor der Ausrufung der ausserordentlichen Lage am 16. März 2020 hatte die Schweiz die Einreisebeschränkungen für den Luftverkehr aus den Nachbarländern ausgeweitet (18.03.2020). Nur wenige Tage später wurden die Grenzkontrollen auf alle Schengen-Staaten ausgedehnt (25.03.2020). Damit verbunden sah sich die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) vor personelle Engpässe gestellt, weshalb sie im Rahmen des Assistenzeinsatzes der Armee mit Militärpolizist*innen und einem Milizbataillon unterstützt wurde (27.03.2020). Im engen Austausch mit den europäischen Nachbarstaaten beschloss der Bundesrat, die Einreisebeschränkungen für Erwerbstätige aus dem EU/EFTA¹-Raum schrittweise zu lockern und für Schweizer*innen und EU-Bürger*innen den Familiennachzug zu ermöglichen (29.04.2020). Mitte Juni konnte Bundesrätin Karin Keller-Suter den Bundesrat orientieren, dass die Schweiz die Grenzen zu allen EU/EFTA-Staaten wieder öffnen könne (05.06.2020).

In seinem Jahresbericht 2019 betonte das Bundesamt für Polizei (fedpol) die Bedeutung des internationalen Informationsaustauschs und der Digitalisierung für den Erfolg der nationalen und internationalen Polizeizusammenarbeit (05.06.2020). Bereits im Frühling hatte der Bundesrat zwei Botschaften an das Parlament überwiesen, mit denen die Zusammenarbeit der Polizei- und Migrationsbehörden im Schengen-Raum gestärkt werden soll. Einerseits soll das Schengener Informationssystem (SIS) weiterentwickelt werden, andererseits soll ein Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) geschaffen werden (06.03.2020). Im Sommer verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zur erweiterten Europäischen Grenz- und Küstenwache (Frontex), deren Mandat im Kontext der revidierten EU-Verordnung gestärkt und erweitert worden war (26.08.2020). Polizei-, Grenzkontroll- und Migrationsbehörden sollen damit die vorhandenen Informationen gezielter und effizienter nutzen können (02.09.2020).

Die COVID-19-Pandemie wirkte sich auch auf die Bereiche der Asyl- und Migrationspolitik aus. Gemäss dem Jahresbericht über die schweizerische Migrationspolitik war die irreguläre Migration nach Europa 2019 erneut generell zurückgegangen. Die Schweiz hatte im Vorjahr des Berichtsjahres die tiefste Zahl an Asylgesuchen seit 2007 verzeichnet (24.06.2020). Die erste Bilanz des Staatssekretariates für Migration (SEM) mit Blick auf die beschleunigten Asylverfahren fiel ebenfalls positiv aus. Die Asylverfahren hätten im Durchschnitt in 50 Tagen abgeschlossen werden können und die Zahl der freiwillig ausreisenden Personen sei deutlich gestiegen (06.02.2020). Die ausbrechende COVID-19-Pandemie zog Anfang April eine Anpassung der Asylverfahren mit Blick auf den Schutz der Gesundheit aller am Asylverfahren beteiligten Akteure nach sich (01.04.2020). Die vorerst auf drei Monate befristeten Massnahmen mussten im Sommer nochmals verlän-

1 Europäische Freihandelsassoziation.

gert werden (12.06.2020). Insgesamt konnte das SEM gegen Jahresende festhalten, dass die Asylverfahren und Wegweisungen auch während der Pandemie funktioniert hätten (05.11.2020). Aufgrund der COVID-19-Pandemie gingen die Asylgesuche in der Schweiz im zweiten Quartal im Vergleich mit der Vorjahresperiode um beinahe 60 Prozentpunkte (Pp) zurück (10.08.2020). Auch im dritten Quartal wurden 14.3 Pp weniger Asylgesuche eingereicht als im Vorjahr (23.10.2020).

Das Thema Cybersicherheit nahm im Kontext der COVID-19-Pandemie noch einmal an Bedeutung zu. Der durch den erzwungenen Wechsel ins «Home-Office» beschleunigte Digitalisierungsschub verdeutlichte die Bedeutung sicherer und stabiler Informations- und Telekommunikationssysteme (IT). Gleichzeitig wurde die COVID-19-Pandemie als Lockvogel für zahlreiche Cyberangriffe benutzt. Die Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) beschrieb in ihrem Halbjahresbericht, wie Betrüger*innen falsche Versprechungen bezüglich Informationen zum Virus oder gefälschte Bestellmöglichkeiten nutzten, um potenzielle Opfer zu täuschen oder eine Schadenssoftware zu verbreiten (29.10.2020). Im Frühsommer verabschiedete der Bundesrat die Verordnung über die Organisation des Bundes zum Schutz vor Cyberrisiken und beschloss einen Ausbau der personellen Ressourcen zur Umsetzung der «Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken 2020 – 2022» (NCS) (28.05.2020). Anfang Juli nahm das Nationale Zentrum für Cybersicherheit (NCSC) seine Arbeit auf. Das NCSC koordiniert gegen innen die Aktivitäten der Bundesverwaltung im Bereich IT-Sicherheit und stellt gegen aussen die Zusammenarbeit mit den Kantonen, der Wirtschaft und den Hochschulen sicher (29.05.2020). Im Sommer fand die achte Cyber-Landsgemeinde des Sicherheitsverbundes (SVS) statt, die der Umsetzung der NCS gewidmet war (27.08.2020). Im Dezember schliesslich beauftragte der Bundesrat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) damit, eine Vorlage zur Einführung einer Meldepflicht bei Cyberangriffen für die Betreiber*innen von kritischen Infrastrukturen auszuarbeiten (11.12.2020).

Wie seit vielen Jahren leistete die Armee auch 2020 subsidiäre Beiträge zur Unterstützung von Bund, Kantonen und Gemeinden. Der subsidiäre Sicherungseinsatz zugunsten des World Economic Forums (WEF) 2020 in Davos verlief reibungslos. Es gab weder sicherheitsrelevante Zwischenfälle noch gravierende Unfälle (24.01.2020). Die umfassenden subsidiären Assistenzdiensteseinsätze zugunsten der Gesundheitsbehörden, der EZV und der kantonalen Polizeikorps wurden bereits oben dargestellt.

2 Untersuchungsdesign

Die Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich führen seit 1991 in regelmässigen Abständen die bevölkerungsrepräsentative Befragung «Sicherheit» durch.

Dabei ist das Ziel dieser Erhebung die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden;
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden;
- den Grad der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft;
- die Neutralität allgemein und auf die verschiedenen Auffassungen der Neutralität;
- die Einstellung zum Militär im Allgemeinen und zur Schweizer Armee im Speziellen.

Neben dem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jedes Jahr auch Fragen zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. 2021 sind dies:

- Bedrohungswahrnehmung verschiedener Gesellschaftsbereiche;
- Eintrittswahrscheinlichkeit verschiedener Bedrohungsformen;
- Einstellung zu verschiedenen Dienstmodellen;
- Einstellung zu positiven und negativen Aspekten eines obligatorischen Bürgerdienstes für Schweizer Männer und Frauen;
- durch die COVID-19-Pandemie tangierte Lebensbereiche.

Neben der Analyse einzelner Aspekte der öffentlichen Meinung zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik fokussiert die Studienreihe «Sicherheit» auch auf die Frage, inwiefern die Einstellungen zu diesen drei Themen mit den Lebensbedingungen und der politischen Orientierung zusammenhängen. Dabei wird angenommen, dass die soziodemografischen Merkmale die Lebensumstände prägen. Zu den hier analysierten soziodemografischen Merkmalen gehören das Geschlecht¹, die regionale Zugehörigkeit²,

1 Traditionellerweise wird nach dem biologischen Geschlecht «Mann» und «Frau» unterschieden, das gefühlte oder wahrgenommene Geschlecht wurde nicht abgefragt (vgl. Frage S3, Anhang III).

2 Unterschieden wird nach Wohnort in einer der drei Sprachregionen Deutschschweiz (D-CH), Westschweiz (F-CH) und Tessin. Deren Zuordnung erfolgt anhand der Postleitzahl zu den fünf Werbemedienforschungs-Regionen (WEMF-Regionen).

das Alter³, das Bildungsniveau⁴ und das persönliche Netto-Einkommen⁵. Die politische Einstellung wird mit einer selbstdeklarierten Einstufung auf einer Links-Rechts-Achse mithilfe einer 11er-Skala⁶ erhoben.

Bei den soziodemografischen Einflüssen werden in Abhängigkeit des Skalenniveaus des jeweiligen soziodemografischen Faktors und Items verschiedene statistische Zusammenhangsmasse berechnet. Genauere Ausführungen hierzu befinden sich in Anhang I.

Da die Mehrheit der Interviews in der Deutschschweiz prinzipiell auf Mundart (Schweizerdeutsch) durchgeführt wird, wurden die Formulierungen im Fragebogen bewusst an die schweizerdeutsche Umgangssprache angepasst und helvetische Formulierungen verwendet (siehe Anhang III). Dadurch wird einerseits die Durchführung der Befragung auf Schweizerdeutsch erleichtert und andererseits wird verhindert, dass Interviewer*innen beim Vorlesen schweizerdeutsche Formulierungen wählen, die nicht dem Erhebungsinstrument entsprechen. Zwischen dem 5. und 11. November 2020 wurden die 2021 neu eingeführten Fragen in einem Pretest in der Deutschschweiz auf die Verständlichkeit ihrer Formulierungen getestet. Hierfür führte die Dozentur Militärsoziologie vor Beginn der Feldphase eine Interviewer*innen-Schulung beim Befragungsinstitut LINK durch. Ebenso führte die Dozentur Militärsoziologie für die Haupterhebung (5. bis 26. Januar 2021) eine Interviewer*innen-Schulung durch. Für die Erhebung in der französischsprachigen Schweiz und im Tessin wurden die Schulungsunterlagen durch die Dozentur Militärsoziologie übersetzt und die Interviewer*innen durch die jeweilige LINK-Laborleitung entsprechend ausgebildet.

- 3 Das Alter wird in drei verschiedene Kategorien unterteilt: 18–29-Jährige, 30–59-Jährige und ab 60-Jährige (vgl. Frage S2, Anhang III).
- 4 Anhand der Kategorisierung der Strukturhebung 2020 (ehemalige Volkszählung) des Bundesamtes für Statistik (BFS 2020a) wird das Bildungsniveau erhoben. Dabei wird die Bildung in dreizehn verschiedene Kategorien eingeteilt. Personen, die die obligatorische Schule oder maximal eine einjährige Vorlehre absolviert haben, haben ein «tiefes Bildungsniveau». Befragte, welche eine berufliche Grundausbildung (Lehre) oder maximal eine Gymnasiale Maturität (bzw. Berufsmaturität) absolviert haben, werden zum «mittleren Bildungsniveau» gezählt. Personen, die eine höhere Fachschule, eine Fachhochschule oder eine Universität besucht haben, weisen ein «hohes Bildungsniveau» aus. Details hierzu befinden sich im Anhang III bei der Frage Q25 des Fragebogens der Studie «Sicherheit 2021» und können dort nachgelesen werden.
- 5 Anhand des monatlichen persönlichen Netto-Einkommens (vgl. Frage Q27, Anhang III) wird das Einkommen gemessen. Hierzu wurde eine offene Frage gestellt. Der Einkommens-Median in der Bevölkerung zeigt, dass die Hälfte der in der Schweiz wohnhaften Personen ein Äquivalenzeinkommen von weniger als CHF 49905 pro Jahr aufweist. Das Äquivalenzeinkommen von CHF 49905 wird durch zwölf (Anzahl Monate) geteilt. Dies ergibt das persönliche monatliche Nettoeinkommen von CHF 4158.75 (BFS 2020b). Das Medianeinkommen der 2021er Stichprobe liegt bei CHF 4400. Dabei erstreckt sich das «tiefe Einkommen» von CHF 0 bis 3149 (70% vom Median) und das «mittlere Einkommen» von CHF 3150 bis 6674. Zur Kategorie «hohes Einkommen» werden Schweizer*innen gezählt, welche über CHF 6675 als monatliches persönliches Netto-Einkommen angeben.
- 6 Befragte, die auf der Skala der politischen Selbsteinstufung von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» einen Wert zwischen 0 und 4 angeben, werden in dieser Studie als politisch links orientiert bezeichnet. Diejenigen, die sich mit einem Wert von 5 einstufen, werden zur Mitte gezählt und zur politischen Rechten jene mit einem Wert zwischen 6 und 10 (vgl. Frage Q26, Anhang III).

3 Datenbasis

Bedingt durch die COVID-19-Pandemie wurde im Juli 2020 eine verkürzte Nachbefragung (NBF) zur Erhebung im Januar 2020 durchgeführt. Aufgrund dessen wird im Folgenden sowohl die Datenbasis der NBF im Juli 2020 als auch diejenige der Januar-Erhebung 2021 beschrieben.

Nachbefragung (NBF) der Studie «Sicherheit 2020» im Juli 2020

Die Daten für die Studie «Sicherheit 2020» wurden vor der COVID-19-Pandemie im Januar 2020 (6. bis 24. Januar 2020) erhoben. Die Schweizer Armee wurde in Folge der COVID-19-Pandemie zu ihrem grössten Einsatz seit Ende des Zweiten Weltkrieges aufgebildet. Aufgrund dieser besonderen Umstände führte die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich vom 6. bis 25. Juli 2020, nach der Beendigung des Armeeeinsatzes (16. März bis 30. Juni 2020) bei 1016 Schweizer Stimmbürger*innen eine telefonische NBF zur Studie «Sicherheit 2020» in der Deutsch-, Westschweiz, als auch im Tessin durch. Dabei wurden ausgewählte Fragen der Studienreihe «Sicherheit» erneut erhoben, um mögliche Effekte der COVID-19-Pandemie und des Armeeeinsatzes auf die Haltung der Schweizer Stimmbevölkerung in Fragen der Sicherheit und Verteidigungspolitik zu eruieren.

Durchschnittlich dauerte ein Interview 11.4 Minuten und die Bruttoausschöpfungsquote lag bei 21.4%. Da die vorgegebenen Quoten des Bundesamts für Statistik (BFS) für Geschlecht, Alter und sprachregionale Zugehörigkeit (siehe Tabelle 3.1) erfüllt wurden, ist die Stichprobe (N=1016) ungewichtet und repräsentativ für die Schweizer Stimmbevölkerung.

Tabelle 3.1:

Quotenplan der Nachbefragung im Juli 2020 – Schweizer Stimmbevölkerung

Merkmal	Absolute Anzahl Interviews	Anzahl Interviews in %	BFS 2018 in %
Geschlecht			
Männer	488	48	48
Frauen	528	52	52
Alter			
18–29 Jahre	174	17	17
30–59 Jahre	491	48	49
60+ Jahre	351	35	34
Region			
D-CH	749	74	74
F-CH	225	22	22
Tessin	42	4	4
Total	1016	100	100

Bei der im Juli 2020 durchgeführten NBF liegt der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei ± 3.1 Pp. Dies bedeutet, dass ein von uns gemessener Wert von 50% für X mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zur Grundgesamtheit (Schweizer Stimmbevölkerung) gehört und dass die Streuung von X zwischen 46.9% und 53.1% liegt.

Aufgrund des gekürzten Zeitfensters (maximal 12 Minuten) konnten im Rahmen der NBF nicht alle Standardfragen abgedeckt werden und so wurden lediglich Fragen zum Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, zum Vertrauen und zur Armee gestellt. Auf die im Juli 2020 erhobenen Werte wird in der vorliegenden Publikation im vierten, fünften und achten Kapitel eingegangen.¹

Studie «Sicherheit 2021»

Im Rahmen der Studie «Sicherheit 2021» wurden insgesamt 1228 Schweizer Stimmbürger*innen der drei Landesteile Deutschschweiz, Westschweiz und dem Tessin mittels einer repräsentativen telefonischen Umfrage interviewt. Die Interviews wurden zwischen dem 5. und dem 26. Januar 2021 durch das Befragungsinstitut LINK durchgeführt. Hierbei kam das CATI-Verfahren (Computer Assisted Telephone Interview) zur Anwendung. Die statistische Auswertung wurde mit SPSS Version 24 durchgeführt.

Die Stichprobenauswahl erfolgte anhand der Random-Quota-Methode (Alter, Geschlecht, Region). Seit 2016 werden für die Befragung ausschliesslich Personen des LINK CATI-Pools² kontaktiert. Da die Daten die Repräsentativität der Stichprobe gewährleisten und die vorgegebenen Quoten erfüllt sind, sind sie ungewichtet. 2021 liegt die Brutto-Ausschöpfungsquote bei 26.3%. Durchschnittlich dauerte ein Interview 27.9 Minuten. Um dem Nutzungsverhalten der Gesellschaft im Kommunikationsbereich gerecht zu werden, wurden neben Festnetznummern auch Mobiltelefonnummern verwendet. 2021 wurden insgesamt 32% der Interviews über Mobiltelefone geführt. Tabelle 3.2 zeigt die Verteilung der interviewten Personen nach Geschlecht, Alter und Region. In der letzten Tabellenspalte ist zum Vergleich die aktuellste Bevölkerungsstatistik des BfS aufgeführt.³

- 1 Wenn nicht anders erwähnt, entsprechen die in Klammern ausgewiesenen prozentualen Häufigkeitsveränderungen der Erhebung im Januar 2020 und der NBF zur Erhebung im Januar 2021 nicht einem signifikanten Meinungswandel. Veränderungen zur Januar-Erhebung 2021, welche statistisch signifikant sind, werden explizit im Text erwähnt.
- 2 Der LINK CATI-Pool umfasst zurzeit rund 300 000 Schweizer*innen und besteht aus drei Kategorien: Kategorie 1: Mobile Onlys, die nur über einen Mobiltelefonanschluss erreichbar sind. Kategorie 2: Personen, die über einen nicht eingetragenen Festnetzanschluss verfügen. Kategorie 3: Personen, die über einen eingetragenen Festnetzanschluss verfügen. Aus dem LINK-CATI-Pool wird eine Zufallsstichprobe gezogen.
- 3 BfS 2020c.

Die Stichprobe ist repräsentativ, da sich die Verteilung in der Stichprobe und derjenigen der Stimmbevölkerung deckt.

Tabelle 3.2
Quotenplan 2021 – Schweizer Stimmbevölkerung

Merkmal	Absolute Anzahl Interviews	Anzahl Interviews in %	BFS 2019 in %
Geschlecht			
Männer	591	48	48
Frauen	637	52	52
Alter			
18–29 Jahre	208	17	17
30–59 Jahre	583	48	49
60+ Jahre	437	35	34
Region			
D-CH	902	74	74
F-CH	276	22	22
Tessin	50	4	4
Total	1228	100	100

Weil die Studie auch auf die unterschiedliche Zustimmung nach soziodemografischen Merkmalen fokussiert, wird zusätzlich zum Alter, zum Geschlecht und zur regionalen Zugehörigkeit die Zusammensetzung der Stichprobe hinsichtlich Bildungsgrad und politischer Einstellung beschrieben (siehe Tabelle 3.3).

Tabelle 3.3

Der Bildungsgrad und die politische Einstellung der Befragten seit 1999 bis 2021 (nur gültige Antworten / ohne keine Angabe)

Jahr	Bildung			Politische Einstellung			MW*	SD**
	tief	mittel	hoch	links	Mitte	rechts		
1999	19%	60%	21%	27%	41%	32%	5.13	1.71
2000	17%	61%	22%	32%	36%	32%	5.02	2.04
2001	13%	61%	26%	30%	38%	32%	5.05	1.77
2002	17%	58%	25%	28%	41%	31%	5.12	1.88
2003	19%	61%	20%	24%	51%	25%	5.04	1.59
2004	9%	61%	30%	30%	36%	34%	5.19	1.73
2005	11%	58%	31%	31%	36%	33%	5.14	2.08
2006	17%	58%	25%	32%	42%	26%	4.89	1.58
2007	19%	57%	24%	25%	37%	38%	5.26	1.84
2008	14%	55%	31%	30%	39%	31%	5.10	1.76
2009	13%	52%	35%	30%	37%	33%	5.13	1.85
2010	13%	53%	34%	27%	35%	38%	5.30	1.79
2011	13%	57%	30%	22%	41%	37%	5.44	1.74
2012	8%	56%	36%	29%	37%	34%	5.20	1.64
2013	9%	56%	35%	28%	35%	37%	5.25	1.84
2014	9%	52%	39%	27%	37%	36%	5.24	1.82
2015	7%	56%	37%	31%	34%	35%	5.15	1.81
2016	8%	53%	39%	29%	32%	39%	5.31	1.82
2017	7%	53%	40%	28%	34%	38%	5.24	1.77
2018	6%	50%	44%	27%	35%	38%	5.27	1.66
2019	6%	51%	43%	29%	32%	39%	5.27	1.84
2020	6%	48%	46%	34%	29%	37%	5.09	1.94
2021	6%	44%	50%	36%	31%	33%	5.01	1.81
Durchschnitt	12%	56%	32%	29%	37%	34%	5.17	1.80

* Mittelwert (MW, basierend auf ursprünglicher Datenskalierung der politischen Einstellung von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts»)

** Standardabweichung (SD)

Das Bildungsniveau der Befragten 2021 unterscheidet sich vom Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2021. Aktuell sind Befragte mit hoher Bildung statistisch signifikant stärker vertreten. 2021 haben 6% (± 0 Prozentpunkte) der Befragten ein tiefes, 44% (-4 Pp) ein mittleres und 50% ($+4$ Pp) ein hohes Bildungsniveau. Die Analyse der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF), basierend auf der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) zeigt, dass sich in den letzten zwanzig Jahren (1996–2016) der Bildungsstand der Schweizer*innen verändert hat. Immer mehr Schweizer*innen haben einen hohen tertiären Bildungsabschluss. Im Gegenzug gibt es weniger Schweizer*innen mit einer tiefen oder mittleren Bildung (Wolter 2017). Die aktuellste SAKE-Publikation

zeigt, dass 15% der Schweizer*innen ein tiefes, 50% ein mittleres und 35% ein hohes Bildungsniveau haben (BfS 2021a). Der Langzeitvergleich verdeutlicht, dass der Anteil der Personen mit hohem Bildungsniveau stetig zunimmt. Dieser Trend zeigt sich auch in den Daten der Studienreihe «Sicherheit». Während das tiefe und mittlere Bildungsniveau der Schweizer*innen kontinuierlich zurückgegangen ist, ist der Anteil Personen mit einer hohen Bildung gestiegen.

Die politische Einstellung bleibt im Vorjahresvergleich statistisch unverändert: 36% (+2 Pp) der Befragten zählen sich zum politisch linken Lager, 31% (+2 Pp) zur politischen Mitte und 33% (-4 Pp) stufen sich auf der rechten Seite des politischen Spektrums ein. Im langjährigen Mittel (1999 bis 2021) verteilt sich die politische Einstellung verstärkt auf der linken Seite des politischen Spektrums (+7 Pp). Der Anteil jener, welche sich zur politischen Mitte zählen, ist aktuell 6 Prozentpunkte tiefer und die rechte Seite des politischen Spektrums liegt aktuell 1 Prozentpunkt unter dem langjährigen Durchschnitt. Die klassische Selbstpositionierung von Wähler*innen anhand einer Links-Rechts-Skala zu ermitteln ist eine weit verbreitete Methode, um die politische Einstellung der Befragten zu messen (Bauer et al. 2017). Sowohl bei der Auswertung der *Selects*-Daten (Tresch et al. 2020) als auch bei den VOTO/VOX-Analysen (gfs.bern 2016; Milic et al. 2020) wird die Skala schweizweit angewandt, obwohl es durchaus auch kritische Meinungen dazu gibt. So wird die Möglichkeit, sich in der Mitte zuzuordnen, beispielsweise als kritisch betrachtet, da sie auch viele Unentschlossene anziehen dürfte (Geser 2008). Zudem ist auch unklar, ob die Selbsteinschätzung auf der Skala wirklich unabhängig von der politischen Einstellung ist (Bauer et al. 2017). Nichtsdestotrotz verfügt die Skala über eine hohe Zuverlässigkeit und Übereinstimmung der Ergebnisse (Geser 2008). Die Resultate der Studienreihe «Sicherheit» (siehe Tabelle 3.2) überschneiden sich grundsätzlich mit denen der Abstimmungen des 27. September 2020 (links: 29%, Mitte: 39%, rechts: 32%; Milic et al. 2020)⁴. Dieser Befund stützt die Validität der erhobenen Daten.

In Anhang III sind die Häufigkeitsverteilungen der 2021 gestellten Fragen und deren Antworten aufgeführt. Bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt der mögliche Stichprobenfehler im ungünstigsten Fall $\pm 2.9\%$. Wo nicht anders erwähnt, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrössen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant ($\alpha = 5\%$). Zusätzliche Informationen zur Methodik und zu den verwendeten Einstellungstypologien befinden sich in Anhang I bzw. in Anhang II. Die Veränderungen in Prozentpunkten geben Veränderungen im Vergleich zur Erhebung im Januar 2020 an.

In der untenstehenden Tabelle 3.4 werden alle Datenerhebungen zur aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Jahre 1976 bis 2021 aufgeführt, auf die in diesem Bericht Bezug genommen wird. Neben dem Publikationstitel werden

4 Nur gültige Antworten

das Erscheinungsjahr und die Stichprobe (Anzahl der befragten Stimmbürger*innen, N), der zeitliche Erhebungszeitraum (falls vorhanden) und das mit der Feldarbeit beauftragte Befragungsinstitut ausgewiesen.

Tabelle 3.4
Wichtigste Datenerhebungen 1976 bis 2021

Jahr	Publikation	N	Erhebungszeitraum	Institut
1976	Meyer (1976). <i>Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung</i>	1872	1976	Isopublic
1983	Haltiner & Anker (1986). <i>Die Bürger und seine Verteidigung: Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz</i>	1786	06.–10.1983	gfs
1986	Riklin & Frei (1986). <i>Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»</i>	666	1986	gfs
1988	Riklin & Laggner (1988). <i>Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»</i>	676	1988	gfs
1989/90	Haltiner & Gut (1990). <i>Nachbefragung zur Abstimmung vom 26.11.1989; Initiative «Schweiz ohne Armee»: Abstimmungsmotive und sicherheitspolitische Meinungstrends – eine erste Auswertung</i>	1061	12.1989	Isopublic
1990	Riklin & Hafen (1990). <i>Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»</i>	686	1990	gfs
1990/91	Buri et al. (1991). <i>Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung</i>	1005	17.11.1990–28.02.1991	Explora
1992	Haltiner & Bertossa (1993). <i>Stand der Sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung: Eine Untersuchung am Beispiel der Wehrpolitischen Initiativen</i>	1003	16.11.1992–08.12.1992	Demoscope
1993	Haltiner & Spillmann (1994). <i>Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1003	04.–06.1993	Isopublic
1994	Haltiner (1994). <i>Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung</i>	827	1994	Isopublic
1995	Haltiner (1995). <i>Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	795	21.02.–21.03.1995	IHA
1995/II	Haltiner et al. (1996). <i>Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	801	05.–07.1995	Isopublic
1996	Haltiner (1996). <i>Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	821	22.02.–16.04.1996	Isopublic
1997	Haltiner et al. (1997). <i>Sicherheit '97</i>	1014	24.02.–11.03.1997	Demoscope
1998	Haltiner (1998). <i>Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1000	24.02.–15.03.1998	Isopublic
1999	Haltiner et al. (1999). <i>Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1201	01.–02.1999	IPSO
1999/II	Haltiner et al. (1999). <i>Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1009	08.1999	Demoscope

2000	Haltiner et al. (2000). <i>Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1202	01.–02.2000	Demoscope
2001	Haltiner et al. (2001). <i>Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1235	01.–02.2001	Isopublic
2002	Haltiner et al. (2002). <i>Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1201	02.2002	Demoscope
2003	Haltiner et al. (2003). <i>Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1202	11.01.–05.02.2003	GfS, Bern
2003/II	Haltiner et al. (2003). <i>Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1002	07.04.–14.04.2003	Demoscope
2004	Haltiner et al. (2004). <i>Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1200	07.01.–09.02.2004	Isopublic
2004/II	Haltiner et al. (2004). <i>Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	803	22.03.–28.03.2004	Demoscope
2005	Haltiner et al. (2005). <i>Sicherheit 2005 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1200	17.01.–04.02.2005	Demoscope
2006	Haltiner et al. (2006). <i>Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1200	16.01.–06.02.2005	LINK
2006/II	Haltiner et al. (2006). <i>Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	826	23.10.–01.11.2006	Isopublic
2007	Haltiner et al. (2007). <i>Sicherheit 2007 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1200	15.01.–10.02.2007	Isopublic
2008	Haltiner et al. (2008). <i>Sicherheit 2008 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1200	14.01.–02.02.2008	Demoscope
2009	Szvircev Tresch et al. (2009). <i>Sicherheit 2009 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1200	07.01.–28.01.2009	Isopublic
2010	Szvircev Tresch et al. (2010). <i>Sicherheit 2010 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1200	12.01.–11.02.2010	Isopublic
2011	Szvircev Tresch et al. (2011). <i>Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1209	17.01.–04.02.2011	Demoscope
2012	Szvircev Tresch et al. (2012). <i>Sicherheit 2012 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1200	12.01.–06.02.2012	Isopublic
2013	Szvircev Tresch et al. (2013). <i>Sicherheit 2013 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1200	09.01.–19.01.2013, 23.01.–12.02.2013	Isopublic

2014	Szvircev Tresch et al. (2014). <i>Sicherheit 2014 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1200	06.01.–24.01.2014	Isopublic
2015	Szvircev Tresch et al. (2015). <i>Sicherheit 2015 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1239	06.01.–11.02.2015	Léger
2016	Szvircev Tresch et al. (2016). <i>Sicherheit 2016 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1211	04.01.–23.01.2016	LINK
2017	Szvircev Tresch et al. (2017). <i>Sicherheit 2017 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1209	04.01.–23.01.2017	LINK
2018	Szvircev Tresch et al. (2018). <i>Sicherheit 2018 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1209	04.01.–30.01.2018	LINK
2019	Szvircev Tresch et al. (2019). <i>Sicherheit 2019 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1213	07.01.–26.01.2019	LINK
2020	Szvircev Tresch et al. (2020). <i>Sicherheit 2020 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1227	06.01.–24.01.2020	LINK
2020/II	Szvircev Tresch et al. (2020). <i>Nachbefragung Sicherheit 2020</i>	1016	06.07.–25.07.2020	LINK
2021	Szvircev Tresch et al. (2021). <i>Sicherheit 2021 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend</i>	1228	05.01.–26.01.2021	LINK

4 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt

Die jährlich wiederkehrenden Fragen zum Sicherheitsempfinden und der Wahrnehmung der Zukunft der Schweiz sowie der Welt werden mit fünf verschiedenen Fragen erhoben. Seit 1991 wird das Sicherheitsgefühl mit dem allgemeinen Sicherheitsempfinden gemessen (Abschnitt 4.1). Seit 2016 wird diese Frage zusätzlich durch die Einschätzung zur Kriminalitätsfurcht (Abschnitt 4.2) und mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum (Abschnitt 4.3) komplettiert. Die subjektive Wahrnehmung der Zukunft der Schweiz und der Welt wird anhand von zwei Fragen erhoben: einerseits durch die Einschätzung der künftigen Entwicklung der Schweiz (Abschnitt 4.4), andererseits durch die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der weltpolitischen Lage (Abschnitt 4.5). Aufgrund der COVID-19-Pandemie werden in diesem Jahr auch Fragen zur individuellen Betroffenheit durch die Pandemie in sieben Lebensbereichen gestellt (Abschnitt 4.6). Analog zu den Jahren 2014 und 2015 wird im Jahr 2021 das Bedrohungsempfinden (Abschnitt 4.7) und die Wahrscheinlichkeitseinschätzung von Bedrohungen (Abschnitt 4.8) der Schweizer*innen untersucht.

4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Das allgemeine Sicherheitsempfinden bringt die unspezifische Wahrnehmung einer Person zum Ausdruck, wonach die in ihrer aktuellen Lebenssituation als wichtig empfundenen Aspekte als ungefährdet betrachtet werden.¹ Befragte geben seit 1991 ihr allgemeines Sicherheitsgefühl auf der vierstufigen Skala «sehr» oder «eher» sicher, sowie «eher» oder «ganz» unsicher an. Mehrfach wurde in der Studienreihe «Sicherheit» im Anschluss an die Frage zum allgemeinen Sicherheitsempfinden gefragt, woran die Befragten spontan bei der Nennung des Begriffs «Sicherheit» denken (Buri et al. 1991, 5; Haltiner et al. 1999, 48; Szvircsev Tresch et al. 2011, 81–87).

Zum Thema «Sicherheit» wird seit 2018 jährlich auch vom Schweizerischen Versicherungsverband (SVV) eine Befragung unter dem Titel «Sicherheitsmonitor» durchgeführt. Im Sicherheitsmonitor 2018 wurde eine offene Frage zum Begriff «Sicherheit» mit dem Wortlaut «Können Sie in wenigen Worten beschreiben, was Sicherheit für Sie bedeutet?» gestellt (Schweizerischer Versicherungsverband 2018, 23). Teilt man die Nennungen entsprechend den Kategorien «objektive Sicherheit» (die gemessene Sicherheit vor Bedrohungen

1 Ein Vergleich der Wichtigkeit und Gefährdung verschiedener Sicherheitsaspekte findet sich bei (Haltiner et al. 2004, 71–75).

in Form der polizeilichen Kriminalstatistik, das sogenannte Hellfeld²) und «subjektive Sicherheit» (Sicherheit als Gefühl) ein, zeigt sich, dass vor allem die subjektive Sicherheit genannt wird. Aus Sicht der Befragten ist Sicherheit also in erster Linie ein Gefühl. Die objektive Sicherheit wird weniger oft erwähnt und spielt daher eine eher untergeordnete Rolle (Ferst 2019a, 27). Diese Erkenntnis wird durch den Befund gestützt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl nicht zwingend die objektive Gefährdungslage widerspiegelt (Lange 2006, 323; Baier 2019, 6; Ferst 2019b).

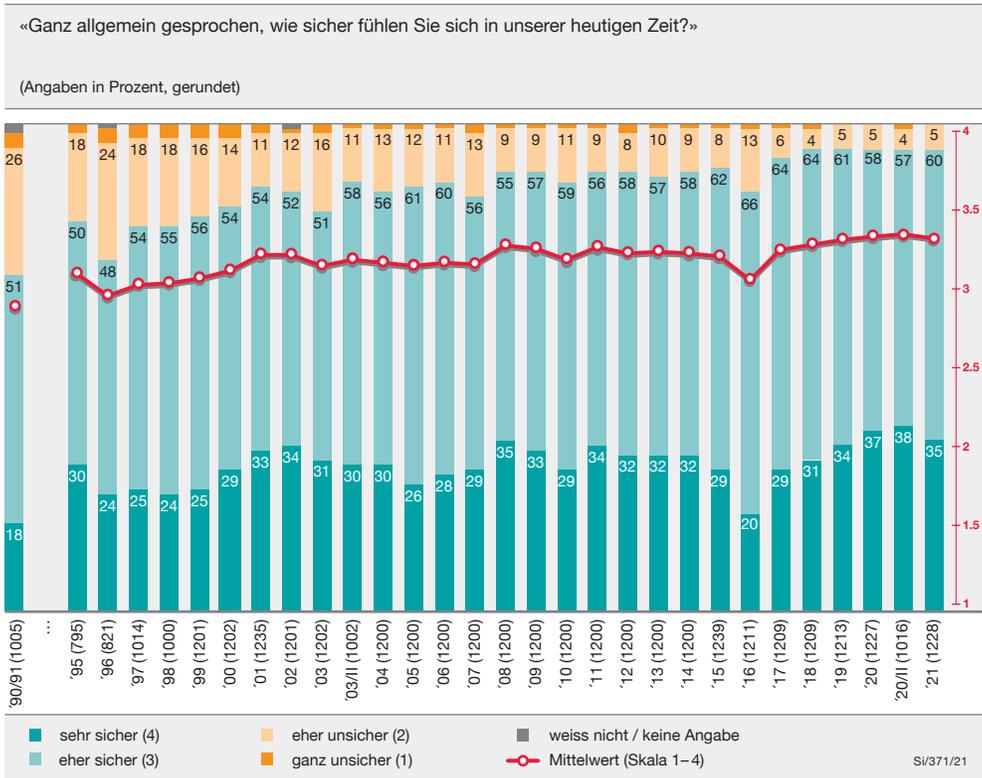
Womit steht ein hohes allgemeines Sicherheitsgefühl einer Person in Zusammenhang? Gemäss dem «Sicherheitsmonitor» der Jahre 2019 und 2020 hat die eigene Familie einen grossen Einfluss auf das allgemeine Sicherheitsgefühl. Laut einer Mehrheit der Befragten sind auch der Arbeitsplatz und der Freundeskreis zentral. Etwa genauso wichtig für ein hohes Sicherheitsgefühl sind funktionierende staatliche Institutionen, wie etwa die Polizei, die Armee und die Sozialversicherungen. Es zeigen sich teilweise deutliche Unterschiede aufgrund des Geschlechts, des Alters oder der politischen Orientierung einer Person (Schweizerischer Versicherungsverband 2020, 8 – 11).

Seit Erhebungsbeginn des allgemeinen Sicherheitsempfindens im Jahr 1991 fühlen sich durchschnittlich 87% (1991 bis 2021) der Schweizer*innen «sehr» oder «eher» sicher. Über die Jahre betrachtet ist das allgemeine Sicherheitsempfinden relativ stabil geblieben. Während sich Schweizer*innen in den Neunzigerjahren im Schnitt (1991 bis 1999: 77%) etwas weniger sicher fühlten, zeigt sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts, dass das allgemeine Sicherheitsempfinden höher ist (Durchschnitt 2000 bis 2021: 89%).

Auch im Jahr 2021 fühlt sich eine grosse Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung im Allgemeinen sicher (siehe Abbildung 4.1). 95% der Befragten (± 0 Prozentpunkte im Vergleich zum Januar 2020) geben an, dass sie sich entweder «sehr» (35%, -2 Pp) oder «eher» (60%, $+2$ Pp) sicher fühlen. 5% (± 0 Pp) fühlen sich hingegen «eher» unsicher, 0% (± 0 Pp) fühlen sich «sehr» unsicher. Das allgemeine Sicherheitsempfinden hat sich seit 2018 nicht signifikant verändert. Damit verbleibt das Sicherheitsgefühl der Schweizer*innen auf einem sehr hohen Niveau (Mittelwert: 3,3, ± 0). Daran ändert auch die COVID-19-Pandemie nichts, wie der Vergleich zur Nachbefragung (NBF) im Juli 2020, also nach den ersten Massnahmen des Bundesrates in der ausserordentlichen Lage (Schweizerischer Bundesrat 2020b), zeigt. Auch damals fühlten sich 95% der Befragten im Allgemeinen sicher.

2 Der Begriff Hellfeld wird in Abschnitt 4.2 detailliert erklärt.

Abbildung 4.1
Allgemeines Sicherheitsempfinden



Soziodemografische Einflüsse: Männer fühlen sich im Allgemeinen etwas sicherer als Frauen ($CC = 0.12$). Dies ist darauf zurückzuführen, dass Männer sich häufiger als Frauen «sehr» sicher fühlen (Männer: 41%, Frauen: 29%). Ähnlich ist es bei Personen mit hoher Bildung, die sich häufiger als Personen mit mittlerer und tiefer Bildung «sehr» sicher fühlen (tief: 25%, mittel: 29%, hoch: 41%; $\gamma = 0.26$).³ Das allgemeine Sicherheitsempfinden unterscheidet sich zudem aufgrund des Einkommens einer Person. Personen mit einem hohen Einkommen fühlen sich signifikant häufiger «sehr» sicher als Personen mit mittlerem Einkommen, und diese wiederum häufiger als Personen mit einem tiefen

3 In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinal- und intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Erfolgt die Interpretation des Zusammenhangs mit dem Wortlaut «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» wird dies demzufolge stets mit einem positiven Korrelationskoeffizienten ausgewiesen. Findet der Wortlaut «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» für die Interpretation des Zusammenhangs Verwendung, wird dies mit einem negativen Korrelationskoeffizienten verdeutlicht.

Einkommen (tief: 26%, mittel: 35%, hoch: 45%; $\gamma = 0.25$). Keine Unterschiede ergeben sich aufgrund der Sprachregion, dem Alter oder der politischen Orientierung.

Vergleicht man diese soziodemografischen Variablen in einer linearen Regression, so bestätigt sich der positive Effekt eines hohen Einkommens und der hohen Bildung auf das allgemeine Sicherheitsempfinden. Das Geschlecht verliert jedoch an statistischer Signifikanz. Dies deutet darauf hin, dass das tiefere allgemeine Sicherheitsempfinden der Frauen teilweise dadurch erklärt werden kann, dass sie im Schnitt weniger verdienen. Berücksichtigt man in einer Regression nur die Bildung und das Geschlecht, so bleibt der Geschlechtereffekt bestehen.

4.2 Kriminalitätsfurcht

Der Begriff «allgemeines Sicherheitsgefühl» bezeichnet die Einschätzung des Einzelnen, dass seine eigene Sicherheit gewährleistet ist. Das «allgemeine Sicherheitsgefühl» erfasst zum einen Besorgnisse anlässlich von Kriminalität, Rechtsbrüchen oder Ordnungsstörungen wie auch Beeinträchtigungen der Sicherheit, welche nicht durch Kriminalität hervorgerufen werden, z.B. die Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes (Lange 2006, 322). Während das allgemeine subjektive Sicherheitsgefühl damit sowohl mittelbare als auch unmittelbare Gefährdungen der eigenen Person misst, bezieht sich die Kriminalitätsfurcht hingegen nur auf unmittelbare Gefährdungen der eigenen Person durch Kriminalität (ebd.). Neben dem allgemeinen Sicherheitsempfinden wird seit 2016 auch die Angst vor Kriminalität in der vorliegenden Studienreihe regelmässig erhoben.

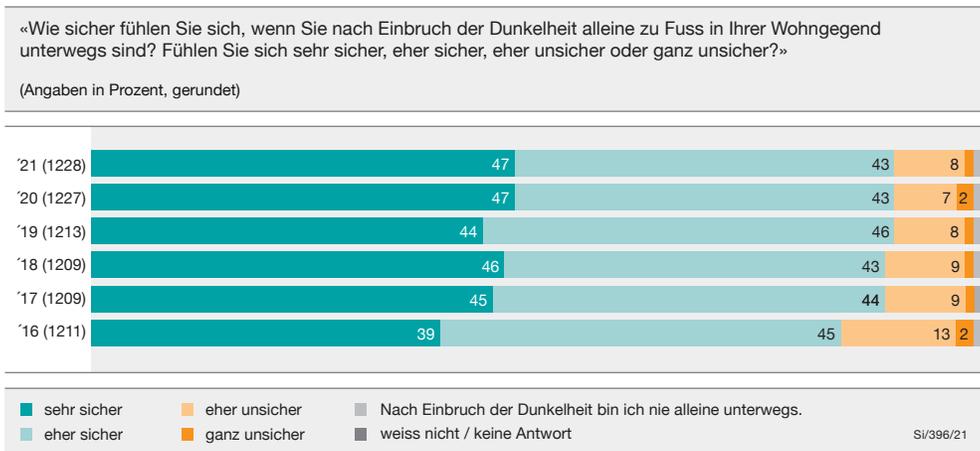
In der kriminologischen Forschung hat sich die Frage «Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie abends allein in Ihrer Nachbarschaft unterwegs sind?» als Standardindikator der Kriminalitätsfurcht etabliert (Lange et al. 2009, 238). Dieser Indikator der Kriminalitätsfurcht ist jedoch teils umstritten, da er vor allem diffuse Ängste, wie die «Angst vor dem Alleinsein» und die «Angst vor der Dunkelheit» misst (Kury et al. 2004, 144), ohne dabei das Wort «Kriminalität» im Wortlaut explizit zu nennen (Häfele 2013, 101). Studien zeigen, dass bei geschlossenen Fragen – wie es etwa der Standardindikator ist – die Kriminalitätsfurcht in der Regel erheblich überschätzt wird. Aufgrund dessen sind Studien zur Kriminalitätsfurcht mit Vorsicht zu interpretieren (Kury et al. 2004, 145). Trotz diesen inhaltlichen und konzeptionellen Einschränkungen wird der Kriminalitätsfurcht-Standard-Indikator in Studien oft verwendet.

Durch die inhaltliche Analyse der verschiedenen Frageformulierungen wurde für die Studienreihe «Sicherheit» eine leicht angepasste Frage eingeführt: «Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss in Ihrer Wohngegend unterwegs sind? Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?». Die inhaltliche Ergänzung «zu Fuss» führt dazu, dass das Sicherheitsgefühl nicht

durch die Fortbewegung mittels Fahrrad, öffentlichem Verkehr oder Auto beeinflusst wird (Ferst 2016, 33–36).

90% (± 0 Prozentpunkte) der Schweizer*innen fühlen sich nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss in ihrer Wohngegend sicher (siehe Abbildung 4.2). Davon fühlen sich 47% «sehr» sicher, 43% (± 0 Pp) «eher» sicher. 8% (+1 Pp) fühlen sich hingegen «eher» unsicher und 1% (-1 Pp) fühlt sich «sehr» unsicher. Wiederum 1% (± 0 Pp) ist nach Einbruch der Dunkelheit nie alleine zu Fuss unterwegs. Damit befindet sich die Kriminalitätsfurcht im Jahr 2021 unverändert auf einem tiefen Niveau.

Abbildung 4.2 Kriminalitätsfurcht



Soziodemografische Einflüsse: Der soziodemografische Hintergrund einer Person steht in einem klaren Zusammenhang mit der Kriminalitätsfurcht. Frauen haben eine deutlich höhere Kriminalitätsfurcht als Männer (Frauen: 13%, Männer: 4%; $CC = 0.30$). Zudem fühlt sich eine Mehrheit der Männer (63%) «sehr» sicher, wenn sie im Wohnquartier nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss unterwegs sind, während sich nur 33% der Frauen «sehr» sicher fühlen. Personen ab 60 Jahren fürchten sich häufiger vor Kriminalität als Personen zwischen 30 und 59 Jahren (ab 60-Jährige: 12%, 30–59-Jährige: 6%, 18–29-Jährige: 11%; $\gamma = 0.16$). Auch die Bildung und das Einkommen stehen in Zusammenhang mit der Kriminalitätsfurcht. Höhere Bildung geht einher mit einer tieferen Kriminalitätsfurcht (tief: 25%, mittel: 9%, hoch: 6%; $\gamma = -0.25$). Personen mit einem hohen Einkommen verspüren weniger Angst, wenn sie im Wohnquartier nach Einbruch der Dunkelheit zu Fuss alleine unterwegs sind (tief: 13%, mittel: 9%, hoch: 3%; $\gamma = -0.27$).

Berücksichtigt man die Wohngegend einer Person, so zeigt sich in einer linearen Regression, dass Personen, die auf dem Land leben, sich etwas sicherer fühlen als Personen,

die in einer Stadt oder Agglomeration⁴ wohnen, wenn sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss unterwegs sind. Die Sprachregion sowie die politische Orientierung stehen jedoch nicht in Zusammenhang mit der Furcht vor der klassischen Kriminalität.

Der oben beschriebene Umstand, dass sich Frauen und ältere Personen mehr vor Kriminalität fürchten, wird in der kriminologischen Forschung unter dem Begriff «Kriminalitätsfurcht-Paradox» (Lange 2006, 323) diskutiert. Obwohl Frauen und ältere Personen statistisch gesehen seltener Opfer einer Straftat werden, geben sie häufiger an, sich vor Kriminalität zu fürchten. Der Begriff «Kriminalitätsfurcht-Paradox» ist jedoch ungünstig, da die objektive und subjektive Gefahrenlage unterschiedlich eingeschätzt werden. Infolgedessen sollte in diesem Zusammenhang der Begriff «Kriminalitätsfurcht-Diskrepanz» verwendet werden, da die Kriminalitätsfurcht schlussendlich Ausdruck der unterschiedlichen Einschätzungen der objektiven und subjektiven Bedrohungssituationen darstellt (Ferst 2016, 69). Die Erklärung für die rationale «Kriminalitätsfurcht-Diskrepanz» liegt in einem bei Frauen und älteren Personen stärker ausgeprägten Vermeidungsverhalten, einer höheren Risikoeinschätzung, höhere Vulnerabilität und einer tieferen Einschätzung der eigenen Fähigkeiten, eine Gefahr abzuwehren (Copingfähigkeit: Lange 2006, 323). Das Vermeidungsverhalten in gewissen Situationen führt bei Frauen und älteren Personen zur Verringerung der Viktimisierungs-Wahrscheinlichkeit⁵ (Ziegler et al. 2011, 27). Junge Männer fühlen sich gemäss den meisten Studienergebnissen am sichersten, obwohl sie statistisch gesehen häufiger Opfer einer Straftat werden.

Zusätzlich wird dieser Umstand bei Männern mit Gewöhnungsprozessen in Verbindung gebracht. Männer haben weniger Angst, weil sie sich an die alltägliche Gewalt gewöhnt haben oder die Angst verdrängen (Schwind 2013, 433). Da sich Frauen und ältere Befragte trotz geringerer Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden (Viktimisierungs-Wahrscheinlichkeit), unsicherer fühlen, ist auch in den aktuellen Daten der Studie «Sicherheit 2021» eine gewisse «Kriminalitätsfurcht-Diskrepanz» festzustellen. Zudem haben Untersuchungen gezeigt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl und die objektive Gefährdungslage nicht zwingend voneinander abhängen (Lange 2006, 323; Ferst 2019b; Baier 2019). Das heisst, dass eine Person grosse Furcht vor Kriminalität haben kann, obwohl sie objektiv nicht bedroht ist. Und umgekehrt kann eine Person keine Furcht vor Kriminalität verspüren, obwohl sie objektiv bedroht ist.

Die reale Kriminalität kann durch die polizeiliche Kriminalstatistik (Hellfeld der Kriminalität) nicht vollumfänglich dargestellt werden. Die Aussagekraft des Hellfelds über die insgesamt vorkommende Kriminalität ist dahingehend eingeschränkt, weil der Polizei nicht alle begangenen Straftaten gemeldet werden. Die polizeiliche Kriminalstatistik ist

4 Anhand der Postleitzahl wird der Wohnort in Agglomeration, Land und Stadt eingeteilt.

5 Viktimisierungs-Wahrscheinlichkeit: beschreibt die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden.

eine Anzeigestatistik, die jeweils nur Delikte registriert, die bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden bzw. Delikte, die die Polizei im Rahmen ihrer Tätigkeit aufdeckt (Baier 2019, 9). In der Literatur werden nicht gemeldete Straftaten auch als Dunkelfeld oder als Dunkelziffer («latente» Kriminalität) bezeichnet. Die Forschung zur Kriminalitätsfurcht gehört zur Dunkelfeldforschung. Indes gibt es zwischen dem Hellfeld und dem Dunkelfeld keine feste Relation, da das Verhältnis je nach Delikt unterschiedlich ausfällt (Schwind 2013, 39). Somit ist das Hellfeld der Kriminalität nur ein Ausschnitt der realen Kriminalität und daher alleingegenommen nicht genug aussagekräftig (Eifler & Pollich 2014, 32). Der wahrgenommenen (subjektiven) Einschätzung kommt damit eine hohe Bedeutung zu (Lange 2006, 323; Ferst 2016, 69).

Weitere signifikante Unterschiede: Auch dieses Jahr zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsfurcht und dem allgemeinen Sicherheitsempfinden ($\gamma = 0.55$): Eine geringe Kriminalitätsfurcht trägt massgeblich zu einem höheren allgemeinen Sicherheitsempfinden bei, bzw. je sicherer sich eine Person im Allgemeinen fühlt, desto geringer ist dessen Kriminalitätsfurcht.

4.3 Subjektives Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum

Seit 2016 wird in der Studienreihe «Sicherheit» regelmässig das subjektive Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum erfasst. Anlass dazu gaben die in Europa seit 2015 vermehrt verübten Terroranschläge an stark frequentierten Orten (Neue Zürcher Zeitung 2018a). Die Standardfrage zum subjektiven Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum lautet: «Wie sicher fühlen Sie sich an öffentlichen Orten, wo es viele Leute hat? Zum Beispiel an Sportanlässen, Konzerten und Bahnhöfen?». Da aufgrund der COVID-19-Pandemie während eines grossen Teils des Jahres 2020 und auch während der Befragung im Januar 2021 keine Konzerte und Sportanlässe mit Publikum erlaubt waren, wurde die Frage den Umständen angepasst. Bereits seit der NBF im Juli 2020 lautet die Formulierung deshalb: «Wie sicher fühlen Sie sich an öffentlichen Orten, wo es viele Leute hat? Zum Beispiel an Bahnhöfen, auf öffentlichen Plätzen oder in Einkaufszentren?». Damit soll sichergestellt werden, dass trotz den während dem Zeitpunkt der Befragung geltenden Massnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie (Schweizerischer Bundesrat 2021) das Sicherheitsempfinden an all jenen Orten gemessen werden kann, wo sich noch mehrere Personen gleichzeitig aufhalten können.

88% (+4 Prozentpunkte) der Schweizer*innen fühlen sich im öffentlichen Raum sicher (siehe Abbildung 4.3). 29% (+6 Pp) bekunden, dass sie sich «sehr» sicher, 59% (−1 Pp), dass sie sich «eher» sicher fühlen. 12% (−3 Pp) fühlen sich unsicher («eher» unsicher: 11%, −2 Pp; «sehr» unsicher: 1%, −1 Pp). 0% (−1 Pp) geben an, dass sie sich nie an öffentlichen

Orten befinden, wo es viele Leute hat. Bereits in der NBF im Juli 2020 fühlten sich mit 87% der Befragten signifikant mehr Personen an stark frequentierten Orten «sehr» oder «eher» sicher als im Januar 2020. Der Wert aus der Nachbefragung sowie der aktuelle Wert entsprechen einem Höchststand seit dem Beginn der Messung im Jahr 2016.

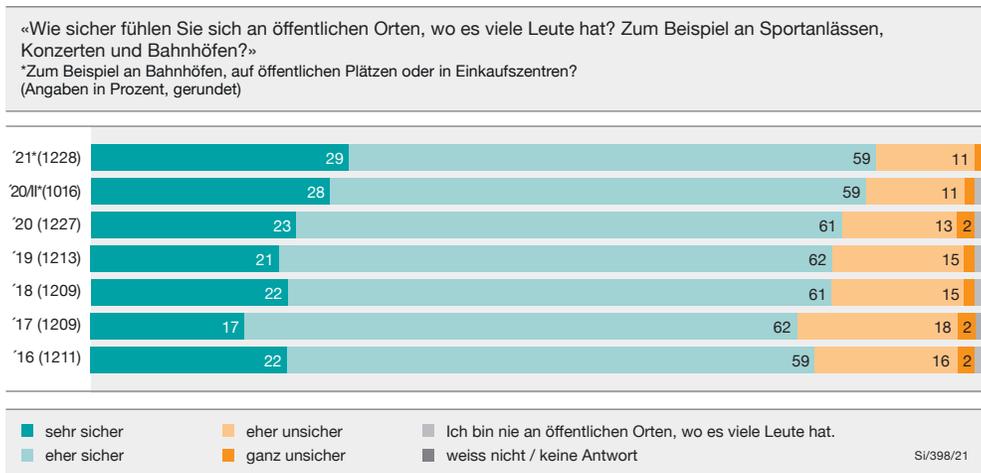
Worauf diese vergleichsweise hohen Werte in den Befragungen vom Juli 2020 und Januar 2021 zurückzuführen sind, kann nicht abschliessend eruiert werden. Möglich ist, dass die behördlich verordneten Einschränkungen im öffentlichen Raum zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie (Veranstaltungsverbote, Verbote von grösseren Menschenansammlungen, Abstandsregeln, etc.) zu einer Verbesserung des Sicherheitsgefühls geführt haben. Nicht auszuschliessen ist jedoch auch ein Frage-Effekt, da die Frage-Formulierung angepasst wurde.

Erstaunlich sind die hohen Werte vom Januar 2021 insofern trotzdem, da besonders in der zweiten Jahreshälfte 2020 verschiedene terroristisch motivierte Anschläge in geografischer Nähe zur Schweiz verübt wurden. Anzumerken sind besonders der Terroranschlag in Wien vom 2. November 2020 (Bundeskanzleramt 2020) sowie verschiedene islamistisch motivierte Übergriffe in Frankreich (Neue Zürcher Zeitung 2020a). Auch in der Schweiz wurden im Jahr 2020 zwei Angriffe mit islamistisch motiviertem Terrorismus in Verbindung gebracht: das Tötungsdelikt in Morges vom 12. September 2020 und der Angriff auf zwei Frauen in einem Einkaufszentrum in Lugano am 24. November 2020 (Tagesanzeiger 2020). Diese Ereignisse scheinen keinen Einfluss auf das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum im Vergleich zum Juli 2020 bewirkt zu haben.

In den vergangenen Jahren schwankte das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum aufgrund von Terroranschlägen in naher zeitlicher und örtlicher Entfernung. So kann der Rückgang des Sicherheitsempfindens im Jahr 2017 insbesondere dem Attentat auf den Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016 zugeschrieben werden (Szvircsev Tresch et al. 2017, 74). In den folgenden Jahren hat sich möglicherweise auch eine gewisse gesellschaftliche Resilienz gegenüber terroristischen Anschlägen entwickelt, worauf das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum nach einem verübten Anschlag in Europa nicht zwangsläufig tangiert wird.

Abbildung 4.3

Subjektives Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum



Soziodemografische Einflüsse: Das subjektive Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum wird, wie auch das allgemeine Sicherheitsempfinden und die Kriminalitätsfurcht, nicht nur durch messbare Gefahren und Bedrohungen, sondern auch durch soziodemografische Faktoren beeinflusst.

Analog zur Kriminalitätsfurcht (vgl. Abschnitt 4.2) fühlen sich Frauen und Personen ab 60 Jahren weniger sicher im öffentlichen Raum, an denen es viele Leute hat. Dies liegt insbesondere daran, dass sich Frauen und Personen ab 60 Jahren weniger häufig «sehr» sicher fühlen als Männer (Männer: 35%, Frauen: 24%; $CC = 0.15$) und jüngere Personen (ab 60-Jährige: 37%, 30–59-Jährige: 32%, 18–29-Jährige: 22%; $\gamma = -0.18$). Auch die Wohnregion einer Person beeinflusst das Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum. So fühlen sich Westschweizer*innen tendenziell weniger häufig «sehr» sicher (D-CH: 32%, F-CH: 20%, Tessin: 30%; $CC = 0.13$). Personen mit hoher Bildung fühlen sich insgesamt sicherer («sehr» und «eher») an stark frequentierten Orten als Personen mit mittlerer und tiefer Bildung (tief: 82%, mittel: 84%, hoch: 92%; $\gamma = 0.26$). In einer linearen Regression zeigt sich zudem, dass Personen, die sich politisch links positionieren, sich etwas häufiger sicher fühlen als Personen in der politischen Mitte und rechts davon. Allerdings scheint der Unterschied in diesem Jahr nur geringfügig zu sein. Beim Einkommen wird die Tendenz der vergangenen Jahre, dass sich Personen mit einem hohen Einkommen sicherer fühlen, nicht bestätigt.

Weitere signifikante Unterschiede: Auch dieses Jahr zeigen sich zwischen den drei Fragen zum Sicherheits- und Bedrohungsempfinden starke und signifikante Zusammenhänge.

Wer sich im öffentlichen Raum, wo es viele Leute hat, sicher fühlt, der fürchtet sich auch weniger vor der klassischen Kriminalität ($\gamma = -0.48$) und fühlt sich auch im Allgemeinen sicherer ($\gamma = 0.55$). Da im Grunde genommen die drei Fragen das Sicherheitsgefühl in unterschiedlichen Situationen messen, erstaunt der starke und statistisch signifikante Zusammenhang zwischen den drei Fragen zum Sicherheits- und Bedrohungsempfinden nicht. Zusammenfassend bekunden besonders Frauen und Personen ab 60 Jahren ein geringeres Sicherheitsempfinden, während hohe Bildung mit einem etwas höheren Sicherheitsempfinden einhergeht.

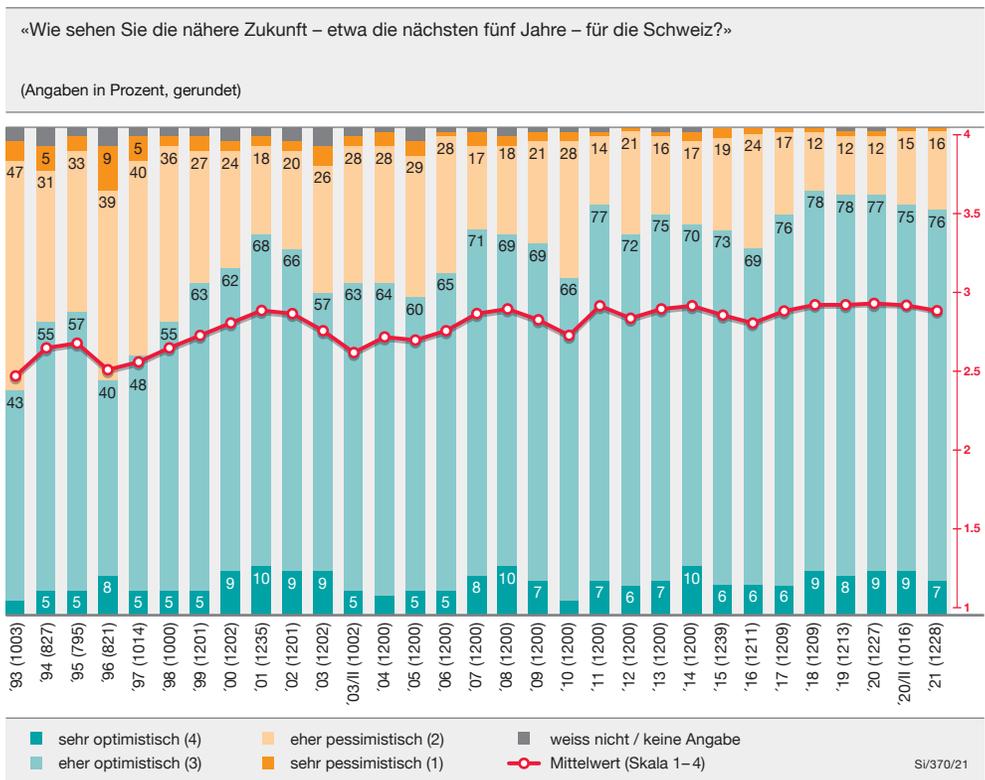
4.4 Zukunftseinschätzung der Schweiz

In den vergangenen drei Jahren schauten Schweizer*innen besonders optimistisch in die Zukunft der Schweiz. Wie in der Studie «Sicherheit 2019» anhand einer offenen Frage überprüft wurde, waren insbesondere die «gute Wirtschaftslage», das «grosse Vertrauen in die Institutionen und die Demokratie» sowie die «gute Sicherheitslage» massgebend für diesen grossen Zukunftsoptimismus verantwortlich (Szvircsev Tresch et al. 2019, 94–97). In der Vergangenheit war eine positive Zukunftseinschätzung nicht immer so verbreitet. In den 1990er Jahren blickte zeitweise nur gut die Hälfte der Befragten optimistisch auf die kommenden fünf Jahre. Im Jahr 2001 erreichte der auf die Schweiz bezogene Zukunftsoptimismus seinen vorläufigen Höhepunkt. Danach ging der Zukunftsoptimismus leicht zurück, begann Mitte der Nullerjahre wieder anzusteigen und übertraf 2008 den Höchstwert aus dem Jahr 2001. 2009 und 2010 wurde erneut ein Rückgang registriert, der zeitlich mit dem Höhepunkt der damaligen Finanz- und Wirtschaftskrise zusammenfällt. Die nachfolgenden Jahre verzeichneten einen deutlichen überdurchschnittlichen Zukunftsoptimismus für die Schweiz, mit Ausnahme des Jahres 2016. Der 2016 vorübergehend gesunkene Zukunftsoptimismus reiht sich zeitlich in die Flüchtlingskrise und die erhöhte Terrorismusgefahr in Europa ein. Wie verhält sich die Zukunftseinschätzung der Schweiz im Jahr 2021?

Im Vergleich zum Jahr 2020 schauen im Januar 2021 etwas weniger Schweizer*innen optimistisch auf die Zukunft ihres Landes (siehe Abbildung 4.4). 83% (–3 Prozentpunkte) sprechen sich optimistisch hinsichtlich der Zukunft der Schweiz aus («sehr» optimistisch: 7%, –2 Pp; «eher» optimistisch: 76%, –1 Pp). Der Anteil an Personen, die sich pessimistisch äussert, ist hingegen auf 17% (+4 Pp) gestiegen, da mehr Personen «eher» pessimistisch (16%, +4 Pp) sind. Nach wie vor zeigt sich 1% (± 0 Pp) «sehr» pessimistisch. Damit ist der Zukunftsoptimismus sowohl im Vergleich zum Januar 2020 als auch im Vergleich zur NBF im Juli 2020 signifikant gesunken. Mit 83% blicken jedoch nach wie vor deutlich mehr Schweizer*innen optimistisch in die Zukunft als im Vergleich zum langjährigen Mittelwert von 72%.

Abbildung 4.4

Subjektive Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz



Soziodemografische Einflüsse: Die zu grossen Teilen optimistische Zukunftseinschätzung für die Schweiz findet sich bei allen hier untersuchten soziodemografischen Gruppen gleichermaßen wieder. Personen mit einem hohen Einkommen zeigen sich dabei etwas häufiger optimistisch als Personen mit einem tiefen Einkommen (tief: 79%, mittel: 82%, hoch: 88%; $\gamma = 0.16$). Männer sind leicht zuversichtlicher als Frauen in Hinblick auf die Zukunft der Schweiz (Männer: 85%, Frauen: 80%; $CC = 0.10$). Anhand einer linearen Regression ergibt sich auch bei der politischen Orientierung ein Zusammenhang mit der Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der Schweiz. Je weiter rechts die politische Orientierung liegt, desto seltener werden die nächsten fünf Jahre der Schweiz optimistisch bewertet.

Weitere signifikante Unterschiede: Die Zukunftseinschätzung der Schweiz steht in Zusammenhang mit dem Sicherheitsempfinden. Dies gilt für alle drei in dieser Studie untersuchten Dimensionen der Sicherheit: allgemeines Sicherheitsempfinden ($\gamma = 0.50$),

Kriminalitätsfurcht ($\gamma = -0.27$), und Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum ($\gamma = 0.31$). Man kann also davon ausgehen, dass je grösser das Sicherheitsempfinden einer Person ist, desto positiver schaut sie auf die Zukunft der Schweiz.

4.5 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

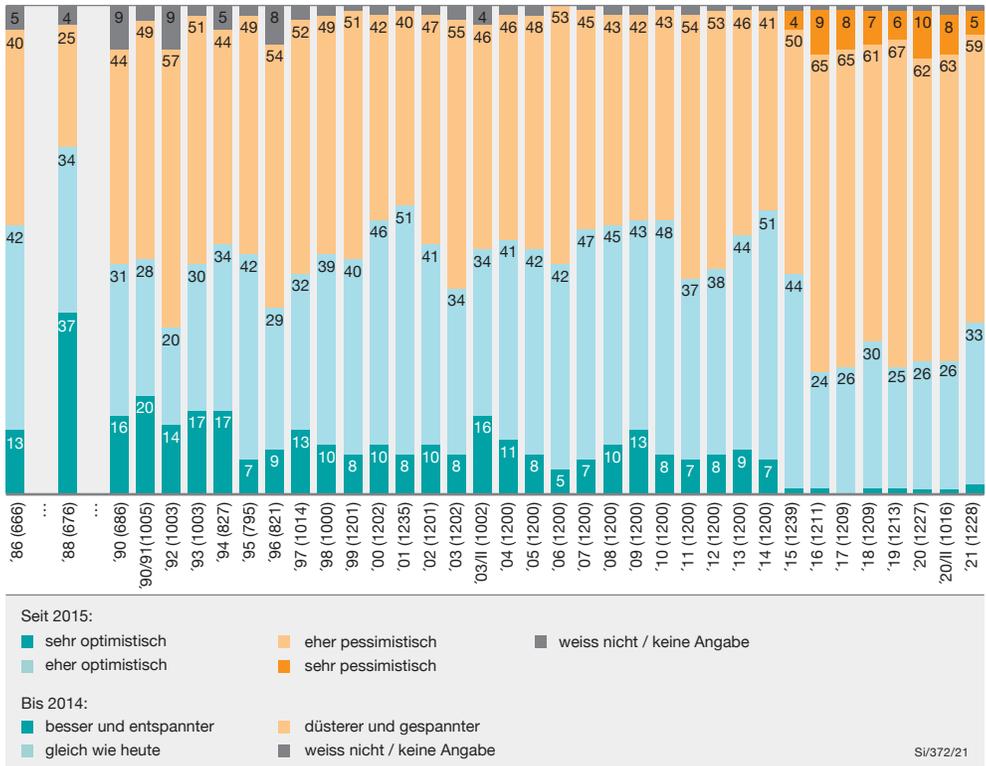
Zwischen 2016 und 2021 blickten jeweils rund 70% der Schweizer*innen pessimistisch auf die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage. Aufgrund der Auswertung einer offenen Frage in der Studie «Sicherheit 2019» kann interpretiert werden, dass dieser Weltpessimismus in erster Linie auf die «Machtpolitik der Grossmächte USA, China und Russland», den «politischen Instabilitäten» und auf den «aufkommenden Nationalismus und Rechtspopulismus» zurückzuführen ist (Szvircsev Tresch et al. 2019, 169–178).

Obwohl im Januar 2021 nach wie vor eine deutliche Mehrheit der Schweizer*innen die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage pessimistisch betrachtet, so ist der Pessimismus im Vergleich zum Januar 2020 signifikant und damit deutlich gesunken (siehe Abbildung 4.5). Aktuell schätzen 64% (–8 Prozentpunkte) der Schweizer*innen die weltpolitische Entwicklung pessimistisch ein («sehr» pessimistisch: 5%, –5 Pp; «eher» pessimistisch: 59%, –3 Pp). Umgekehrt bedeutet dies, dass 35% (+8% Pp) optimistisch auf die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage schauen («sehr» optimistisch: 2%, +1 Pp; «eher» optimistisch: 33%, +7 Pp). Dies sind wesentlich mehr Optimist*innen als noch im Juli 2020 (27%), als die Zukunftseinschätzung nach den ersten Monaten der COVID-19-Pandemie erhoben wurde. Worauf dieser überdurchschnittlich hohe Wert zurückzuführen ist, lässt sich anhand der Daten nicht vollends bestimmen. Eine mögliche Erklärung könnte der hoffnungsbringende Start der Impfung gegen das Coronavirus in vielen Ländern im Januar 2021 sein. Wie die Daten zur offenen Frage aus der Studie «Sicherheit 2019» zeigen, könnte jedoch auch der Regierungswechsel in den USA zu einer positiveren Sicht auf die weltpolitische Lage beigetragen haben. Damals war die Aussicht auf einen möglichen bevorstehenden Regierungswechsel in den USA für einige Befragte mit ein Grund, weshalb sie sich bereits vor zwei Jahren optimistisch äusserten (Szvircsev Tresch et al. 2019, 176–177). So ist es möglich, dass aktuell mehr Personen davon ausgehen, dass die neue Administration in den USA kooperativer und berechenbarer sein wird als unter der alten Präsidentschaft (Haas et al. 2020).

Abbildung 4.5

Subjektive Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der weltpolitischen Lage

«Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?»
 Seit 2015: «Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren: sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?»
 (Angaben in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der weltpolitischen Lage steht nur sehr begrenzt in Zusammenhang mit soziodemografischen Merkmalen. Es sind besonders Personen ab 60 Jahren, die vergleichsweise weniger optimistisch in die Zukunft schauen (18–29-Jährige: 40%, 30–59-Jährige: 40%, ab 60-Jährige: 27%; $\gamma = -0.18$).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Zukunftseinschätzung der weltpolitischen Lage sowie die Zukunftseinschätzung der Schweiz stehen in einem deutlichen Zusammenhang zueinander ($\gamma = 0.61$). Je optimistischer eine Person die weltpolitische Lage beurteilt, desto optimistischer schätzt sie die zukünftige Entwicklung der Schweiz ein, und umgekehrt.

Zudem geht ein hohes allgemeines Sicherheitsempfinden tendenziell mit einer optimistischeren Einschätzung der weltpolitischen Lage einher ($\gamma = 0.28$).

Fazit: Sicherheitsempfinden und Zukunftseinschätzung der Schweiz und der Welt: Schweizer*innen fühlen sich nach wie vor sehr sicher. Mit 95% bleibt das allgemeine Sicherheitsempfinden auf einem der höchsten je gemessenen Werte, während die Kriminalitätsfurcht konstant tief bleibt. Bereits in der NBF vom Juli 2020 hat sich abgezeichnet, dass Schweizer*innen sich an öffentlichen Orten, an denen es viele Leute hat, sogar etwas sicherer fühlen als bisher. Mit einem Wert von 83% und einem leichten Rückgang von 3 Prozentpunkten sehen jedoch etwas weniger Personen optimistisch in die Zukunft der Schweiz als im Jahr 2020.

Hervorzuheben ist der markante Anstieg an Personen, die optimistisch auf die kommende Entwicklung der weltpolitischen Lage schauen. Mit 64% ist zwar nach wie vor die Mehrheit der Schweizer*innen pessimistisch eingestellt, doch mit einem Wert von 35% bringen deutlich mehr Schweizer*innen ihren Optimismus zum Ausdruck als noch in den letzten fünf Jahren.

4.6 Subjektive Einschätzung der Betroffenheit verschiedener Lebensbereiche aufgrund der COVID-19-Pandemie

Am 25. Februar 2020 wurde in der Schweiz der erste Fall des neuen Coronavirus, COVID-19 genannt, registriert. Am 28. Februar 2020 ergriff der Bundesrat die ersten ausserordentlichen Massnahmen zur Eindämmung der Krankheit, indem Veranstaltungen mit mehr als 1000 Personen verboten wurden (Schweizerischer Bundesrat 2020a). Gleichzeitig startete eine erste Kampagne mit Verhaltensempfehlungen an die Bevölkerung, welche die Übertragung des Virus verhindern sollen: gründliches Händewaschen, in Taschentuch oder Armbeuge husten und niesen, bei Fieber und Husten zu Hause bleiben (BAG 2020a). So begann in der Schweiz die Zeit, in der sich weite Teile der Gesellschaft mit der COVID-19-Pandemie konfrontiert sahen.

Die gesundheitlichen Folgen der COVID-19-Pandemie tangierten immer mehr Menschen. In zwei sogenannten Wellen stiegen im Jahr 2020 die Fallzahlen an, so dass zeitweise wöchentlich deutlich über 1000 Personen hospitalisiert werden mussten und über 500 Personen an den Folgen der Erkrankung verstarben (BAG 2021a). Es wurden besonders gefährdete Personengruppen identifiziert, bei denen ein schwerer Erkrankungsverlauf besonders häufig zu erwarten war, etwa aufgrund von Vorerkrankungen oder des hohen Alters (BAG 2021b). Um die Spitäler zu entlasten respektive einer möglichen Überlastung zuvorzukommen, wurden sowohl in der ersten als auch in der zweiten Welle nicht unmittelbar notwendige medizinische Eingriffe verschoben (Neue Zürcher Zeitung 2020b).

Um die gesundheitlichen Auswirkungen des neuen Virus in Grenzen zu halten, wurde eine Reihe von weitgreifenden Massnahmen beschlossen. Am 16. März 2020 erklärte der Bundesrat die «ausserordentliche Lage», was zahlreiche Folgen für die verschiedensten Gesellschaftsbereiche hatte. Öffentliche sowie private Veranstaltungen wurden untersagt, Restaurants sowie alle nicht unmittelbar notwendigen Geschäfte und Dienstleistungen wurden geschlossen, der Grenzverkehr von Personen wurde nahezu vollständig verboten, zudem waren Personenansammlungen untersagt und von Treffen mit anderen Personen wurde strengstens abgeraten. Der Schulunterricht sowie die Büroarbeit fanden weitestgehend von Zuhause aus statt. Zur gleichen Zeit wurde auch die Armee mit bis zu 8000 Armeeinghörigen zur Unterstützung des Gesundheitswesens und der Grenzwaiche aufgebildet (Schweizerischer Bundesrat 2020b). Zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Massnahmen wurden mehrere Hilfspakete im Eilverfahren beschlossen und umgesetzt. Die Möglichkeit zur Kurzarbeit wurde ausgedehnt, es wurden Überbrückungskredite gesprochen, sowie verschiedene kantonale und nationale Härtefallkredite geschaffen (EFD 2020, SECO 2021).

Obwohl gemäss Epidemienengesetz die «ausserordentliche Lage» per 19. Juni 2020 zugunsten einer «besonderen Lage» aufgehoben wurde und gewisse Massnahmen zeitweise auch gelockert werden konnten, regelte eine Vielzahl an Vorkehrungen bis Ende des Jahres 2020 und darüber hinaus das Verhalten der Menschen in den verschiedensten Lebensbereichen. Auch während des Befragungszeitraums der Studie «Sicherheit 2021» im Januar 2021 waren zahlreiche Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Kraft bzw. wurden während der Befragung verschärft. Restaurants, Kulturbetriebe, Sportanlagen und Freizeiteinrichtungen waren geschlossen. Zusätzlich wurden per 18. Januar 2021 nicht unmittelbar notwendige Geschäfte geschlossen, eine Home-Office-Pflicht eingeführt, sowie Kontaktmöglichkeiten auf maximal fünf Personen beschränkt (Schweizerischer Bundesrat 2021).

Angesicht der zahlreichen und weitgreifenden Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie stellt sich die Frage, wo in der Gesellschaft die Konsequenzen am meisten spürbar sind. Dazu wurden in der Befragung zur Studie «Sicherheit 2021» sieben verschiedene Lebensbereiche einer Person ausgewählt und danach gefragt, wie stark jemand in diesen Bereichen jeweils von der COVID-19-Pandemie betroffen war (siehe Abbildung 4.6). Da es sich um eine persönliche Einschätzung der befragten Personen handelt, zeigen diese Daten nicht unmittelbar die objektive Betroffenheit. Vielmehr handelt es sich um die subjektiv empfundene Belastung durch die Pandemie, d.h. die Einschätzung kann von einer Person zur anderen unterschiedlich ausfallen, obwohl sich beide in einer ähnlichen Lage befinden.

Der bei Schweizer*innen durch die COVID-19-Pandemie am stärksten betroffene Lebensbereich ist das eigene Freizeitverhalten. Etwa drei Viertel (74%) der Befragten sehen

sich insgesamt in diesem Bereich betroffen. Gut ein Drittel (34%) spricht gar von einer «sehr starken» Betroffenheit und 40% geben an, «eher» stark davon betroffen zu sein. Diese hohen Werte sind mitunter auf die über einen langen Zeitraum hinweg geschlossenen Freizeit- und Kultureinrichtungen zurückzuführen. Für 26% scheinen Massnahmen im Freizeit- und Kulturbereich weniger problematisch zu sein, da 18% sich als «eher nicht» und 8% als «gar nicht» betroffen sehen.

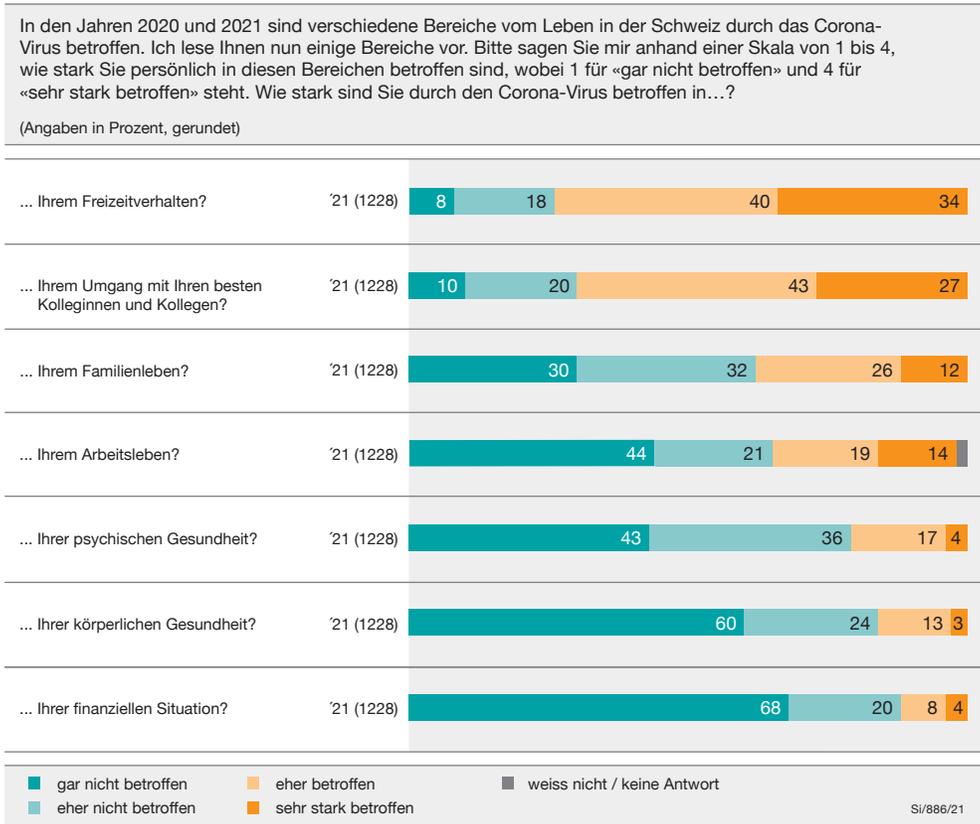
Eine grosse Mehrheit von 70% der Schweizer*innen berichtet auch, dass sie durch die Pandemie im Umgang mit ihren besten Kolleg*innen betroffen sind. 27% sehen sich darin «sehr stark» betroffen und 43% «eher stark». Abstandsregeln sowie Einschränkungen persönlicher Treffen scheinen deutlich spürbar zu sein. 30% der Schweizer*innen sehen sich durch die Pandemie jedoch nicht betroffen im Umgang mit den besten Kolleg*innen («eher nicht»: 20%, «gar nicht»: 10%).

Während beim Freizeitverhalten und beim Umgang mit den besten Kolleg*innen eine klare Mehrheit der Schweizer*innen ihre Betroffenheit durch die Pandemie ausdrückt, so scheinen in den restlichen fünf hier untersuchten Lebensbereichen deutlich weniger Personen berührt worden zu sein. Im Familienleben berichten 38% der Schweizer*innen, dass sie durch die COVID-19-Pandemie betroffen seien («sehr stark»: 12%, «eher stark»: 26%). Hingegen scheinen 62% der Schweizer*innen im Familienleben nicht sonderlich durch die Pandemie betroffen zu sein («eher nicht»: 32%, «gar nicht»: 30%). Ähnlich sieht es beim Arbeitsleben aus, wo 65% der Schweizer*innen eine geringe (21%) oder gar keine (44%) Betroffenheit verspüren. Für jeden dritten Befragten wirkt sich die Pandemie jedoch auf das Arbeitsleben aus («sehr stark»: 14%, «eher stark»: 19%). 2% der Befragten wählten beim Arbeitsleben die Optionen «weiss nicht» oder «keine Antwort», wobei es sich hier nahezu ausschliesslich um Personen über 60 Jahre handelt, die sich vermutlich in Rente befinden, da die Mehrheit der Befragten über 60 Jahre auch über 65 Jahre alt ist.

Relativ ähnlich werden die psychische sowie die körperliche Betroffenheit durch die Pandemie wahrgenommen. 21% berichten von einer Betroffenheit der psychischen Gesundheit, während 16% von einer Betroffenheit der körperlichen Gesundheit sprechen. Der Anteil der «sehr stark» Betroffenen ist mit 4% respektive 3% nahezu gleich. Einen grossen Unterschied zeigt sich jedoch bei Personen, die «gar nicht» betroffen sind. Während 43% angeben, dass sie in der psychischen Gesundheit «gar nicht» betroffen sind, so nennen bei der körperlichen Gesundheit 60% diese Kategorie. Insgesamt gibt die Mehrheit weder körperliche noch psychische Belastungen aufgrund der Pandemie an. Die psychische Gesundheit wurde jedoch im Vergleich zur körperlichen Gesundheit seltener als «gar nicht» betroffen (körperliche Gesundheit: 60%, psychische Gesundheit: 43%) beschrieben. Unter den Befragten, welche gesundheitliche Betroffenheit rapportieren, wird die Betroffenheit psychischer Gesundheit stärker hervorgehoben als die Betroffenheit körperlicher Gesundheit.

Die geringsten Auswirkungen der Pandemie im Januar 2021 sind bei der persönlichen finanziellen Situation zu verspüren. Hier nennen 12% der Schweizer*innen eine Betroffenheit («sehr stark»: 4%, «eher stark»: 8%). Bei 88% hat die Pandemie (noch) keine spürbaren Auswirkungen auf die persönlichen Finanzen («eher nicht»: 20, «gar nicht»: 68%). Inwiefern hier die verschiedenen nationalen und kantonalen Unterstützungsprogramme einen Beitrag zu dieser tiefen Betroffenheit leisten, lässt sich nicht eindeutig feststellen.

Abbildung 4.6
Subjektive Einschätzung der Betroffenheit aufgrund des Coronavirus



Soziodemografische Einflüsse: Haben die soziodemografischen Merkmale einer Person einen Einfluss auf das Ausmass der Betroffenheit durch die Pandemie in den verschiedenen Lebensbereichen? Ein erster Blick über alle Lebensbereiche hinweg deutet darauf hin, dass insbesondere aufgrund der sprachregionalen Herkunft, des Geschlechts sowie der politischen Orientierung kaum Unterschiede vorhanden sind. Hingegen erweist sich

das Alter einer Person in vielen Bereichen als entscheidend dafür, wie stark eine Person durch die COVID-19-Pandemie betroffen ist.

Grosse Generationenunterschiede bei der Betroffenheit durch die Pandemie zeigen sich insbesondere beim Arbeitsleben ($\gamma = 0.51$). 51% der jungen Erwachsenen sind durch die Pandemie im Arbeitsleben betroffen, jeder Vierte sogar «sehr stark». Bei den 30–59-Jährigen berichten mit 43% insgesamt signifikant weniger Personen von einer Betroffenheit im Arbeitsleben (17% «sehr stark»), während es bei den Personen ab 60 Jahren mit 13% (6% «sehr stark») deutlich am wenigsten sind. Bei den jungen Erwachsenen steht somit die Betroffenheit im Arbeitsleben an dritter Stelle der am meisten betroffenen Lebensbereiche, mit deutlichem Abstand vor der Betroffenheit im Familienleben. Ebenfalls eine deutlich grössere Betroffenheit bei den 18–29-Jährigen zeigt sich beim Freizeitverhalten ($\gamma = 0.23$). 82% der jungen Erwachsenen berichten insgesamt von einer Betroffenheit in diesem Lebensbereich, gar 50% sprechen dabei von einer «sehr starken» Betroffenheit. Im Gegensatz dazu sind es mit insgesamt 75% signifikant weniger Personen bei den 30–59-Jährigen und mit 69% wiederum signifikant weniger Betroffene im Freizeitverhalten bei Personen ab 60 Jahren (35% respektive 26% «sehr stark»). Ein Drittel der 18–29-Jährigen berichtet auch von einer psychischen Betroffenheit. Damit sind die jungen Erwachsenen häufiger als die anderen beiden Altersgruppen von psychischen Belastungen durch die Pandemie betroffen (18–29-Jährige: 33%, 30–59-Jährige: 20%, ab 60-Jährige: 17%; $\gamma = 0.20$). Im Familienleben sind hingegen Personen ab 60 Jahre signifikant häufiger betroffen als 18–29-Jährige (18–29-Jährige: 29%, 30–59-Jährige: 38%, ab 60-Jährige: 44%; $\gamma = 0.09$). Jedoch finden sich in allen Altersgruppen mit rund 12% genau gleich viele Personen, die von einer «sehr starken» Betroffenheit im Familienleben berichten. Beim Umgang mit den/der besten Kolleg*innen sowie bei der körperlichen Gesundheit und der finanziellen Situation zeigen sich keine Generationenunterschiede.

Die Bildung einer Person steht in Zusammenhang mit der Betroffenheit im Arbeitsleben, sowie mit der Betroffenheit im Umgang mit den/der besten Kolleg*innen und im Freizeitverhalten. Personen mit hoher Bildung sind häufiger durch die COVID-19-Pandemie im Arbeitsleben betroffen als Personen mit einem mittleren Bildungsniveau (tief: 28%, mittel: 26%, hoch: 40%; $\gamma = 0.22$). Das Freizeitverhalten von Personen mit hoher Bildung scheint zudem stärker betroffen zu sein als das Freizeitverhalten von Personen mit einem tiefen Bildungsabschluss (tief: 59%, mittel: 71%, hoch: 78%; $\gamma = 0.19$). Analog dazu sehen sich Personen mit hoher Bildung häufiger im Umgang mit den/der besten Kolleg*innen betroffen als Personen mit tiefer Bildung (tief: 50%, mittel: 66%, hoch: 76%; $\gamma = 0.15$).

Das Einkommen einer Person steht in Zusammenhang mit dem Ausmass der Betroffenheit in der finanziellen Situation. Personen mit einem tiefen Einkommen berichten häufiger davon, durch die COVID-19-Pandemie finanziell betroffen zu sein (tief: 15%, mittel: 11%, hoch: 9%; $\gamma = 0.20$).

Das Geschlecht beeinflusst die Betroffenheit in der psychischen Gesundheit, wobei Frauen etwas häufiger berichten, psychisch durch die Pandemie betroffen zu sein als Männer (Frauen: 26%, Männer: 16%; $CC = 0.14$). Auch die politische Orientierung steht in Zusammenhang mit der empfundenen psychischen Betroffenheit. Personen des politischen linken Spektrums erwähnen häufiger eine psychische Belastung durch die Pandemie als Personen des politischen rechten Spektrums (links: 25%, Mitte: 21%, rechts: 17%; $\gamma = 0.15$).

Die wahrgenommene Betroffenheit der körperlichen Gesundheit durch die COVID-19-Pandemie scheint nicht von soziodemografischen Eigenschaften abhängig zu sein, d.h. sie ist bei allen hier untersuchten Bevölkerungsgruppen etwa gleich verteilt.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Betroffenheit durch die COVID-19-Pandemie hauptsächlich eine Frage der Generationenzugehörigkeit ist, zumindest hinsichtlich der hier untersuchten soziodemografischen Merkmale. In drei der hier untersuchten Lebensbereiche sind die jungen Erwachsenen stärker von der Pandemie betroffen. Am stärksten ist dies bei der Betroffenheit im Arbeitsleben, aber auch beim Freizeitverhalten und bei der psychischen Gesundheit der Fall.

Weitere signifikante Unterschiede: Viel stärker als mit soziodemografischen Eigenschaften steht die Betroffenheit in einem Lebensbereich im Zusammenhang mit der Betroffenheit in einem anderen der hier untersuchten Lebensbereiche. Es gibt also eine gewisse Tendenz zur Mehrfachbelastung. D.h. Personen, die in einem Lebensbereich durch die Pandemie betroffen sind, sind häufiger auch in anderen Lebensbereichen betroffen. Die erfragten Lebensbereiche korrelieren untereinander.

So stehen das Freizeitverhalten, der Umgang mit den/der besten Kolleg*innen sowie das Familienleben in deutlichem Zusammenhang zueinander. Personen, die in ihrem Freizeitverhalten betroffen sind, sind häufiger auch im Umgang mit den/der besten Kolleg*innen ($\gamma = 0.41$) und im Familienleben betroffen ($\gamma = 0.29$). Personen, die im Familienleben betroffen sind, sind wieder häufiger auch im Umgang mit den/der besten Kolleg*innen betroffen ($\gamma = 0.41$). Die Betroffenheit in all diesen Lebensbereichen steht wiederum in Zusammenhang mit einer erhöhten Betroffenheit bei der psychischen Gesundheit. Dies gilt insbesondere für die Betroffenheit im Familienleben ($\gamma = 0.34$).

Die Betroffenheit im Arbeitsleben steht wiederum in deutlichem Zusammenhang mit einer erhöhten Betroffenheit im finanziellen Bereich ($\gamma = 0.45$), im Freizeitverhalten ($\gamma = 0.28$) sowie mit einer höheren Betroffenheit der psychischen Gesundheit ($\gamma = 0.28$). Beispielsweise nennen 23% der Personen, die in ihrem Arbeitsleben betroffen sind, auch eine Betroffenheit in der finanziellen Situation. Die Betroffenheit im Arbeitsleben steht in keinem Zusammenhang mit der Betroffenheit im Familienleben und im Umgang mit den/der besten Kolleg*innen.

Eine höhere Betroffenheit in der finanziellen Situation steht weiter in Zusammenhang mit einer höheren Betroffenheit in der psychischen Gesundheit ($\gamma = 0.37$). So nennen 35% der Personen, die angeben, finanziell durch die Pandemie betroffen zu sein, dass sie auch in ihrer psychischen Gesundheit betroffen sind. Damit sind Personen, die in ihrer finanziellen Situation betroffen sind, bei den Personen mit einer psychischen Betroffenheit deutlich übervertreten.

Die körperliche und die psychische Betroffenheit gehen ebenfalls häufig einher ($\gamma = 0.45$). 30% der Personen, die eine psychische Betroffenheit kundtun, sind auch in der körperlichen Gesundheit betroffen. Damit sind sie mehr als doppelt so häufig in der körperlichen Gesundheit betroffen als Personen, die keine psychische Betroffenheit aufweisen. Eine stärkere Betroffenheit in der körperlichen Gesundheit geht zudem einher mit einer stärkeren Betroffenheit in der finanziellen Situation ($\gamma = 0.35$) und im Familienleben ($\gamma = 0.28$).

Es wird nun die Frage untersucht, inwiefern die Betroffenheit durch die COVID-19-Pandemie in den unterschiedlichen Lebensbereichen mit dem Sicherheitsempfinden und dem Zukunftsoptimismus einer Person zusammenhängt. Es gibt kaum grosse Korrelationen zwischen der Betroffenheit durch die Pandemie und den Variablen zum Sicherheitsgefühl und den Zukunftsaussichten. Grundsätzlich scheint eine Person also optimistisch oder pessimistisch in die Zukunft der Schweiz und der Welt zu schauen, unabhängig davon, ob sie von der Pandemie betroffen ist oder nicht. Dies gilt sehr ähnlich auch für die verschiedenen Formen des Sicherheitsempfindens. Es gibt jedoch ein paar wenige Ausnahmen. So haben Personen, die sich durch die Pandemie in ihrer finanziellen Situation und in ihrer körperlichen Gesundheit betroffen fühlen, häufiger ein tiefes allgemeines Sicherheitsempfinden ($\gamma = -0.30$, sowohl für den Zusammenhang mit der finanziellen Situation als auch mit der körperlichen Gesundheit). Personen, die durch die Pandemie in ihrer körperlichen Gesundheit betroffen sind, fürchten sich zudem häufiger vor Kriminalität ($\gamma = 0.24$).⁶ Zudem schätzen Personen, die sich in ihrem Freizeitverhalten betroffen fühlen, die Zukunft der weltpolitischen Lage etwas pessimistischer ein ($\gamma = 0.14$), nicht jedoch die Zukunft der Schweiz. Die hier beschriebenen Zusammenhänge wurden in einer Regression überprüft, d.h. sie bestehen unabhängig von möglichen Einflüssen durch soziodemografische Variablen.

6 Hier könnte die im Abschnitt 4.2 beschriebene Vulnerabilität eine Rolle spielen. Personen, die körperlich durch die Pandemie beeinträchtigt wurden, fühlen sich vulnerabler, und weisen dadurch eine etwas höhere Kriminalitätsfurcht auf.

Fazit subjektive Einschätzung der Betroffenheit aufgrund der COVID-19-Pandemie:

Zusammenfassend kann für die Betroffenheit durch die Pandemie festgehalten werden, dass neben dem Alter einer Person zusätzlich die gleichzeitige Betroffenheit in den verschiedenen Lebensbereichen mitentscheidend ist. Dies ergibt gewisse kumulative Effekte, bei denen bestimmte Personen einer besonderen Belastung ausgesetzt sind, während andere nur geringfügige oder gar keine Betroffenheit verspüren. So erhöht beispielsweise die Betroffenheit in jedem weiteren Lebensbereich die Betroffenheit in der psychischen Gesundheit zusätzlich.⁷ Diese kumulativen Effekte treten unabhängig vom Geschlecht, der Bildung, dem Einkommen, der sprachregionalen Herkunft oder der politischen Orientierung einer Person auf. Die Betroffenheit durch die COVID-19-Pandemie steht kaum in Zusammenhang mit dem aktuellen Sicherheitsempfinden und dem Zukunftsoptimismus einer Person.

7 Dieser kumulative Effekt wird auch im «Ersten Teilbericht» über den Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG) erwähnt. Die COVID-19-Pandemie wirke als «Brennglas», wonach «Faktoren wie eingeschränkte soziale Kontakte oder geringe Selbstwirksamkeit, aber auch finanziell prekäre Verhältnisse oder psychische Vorerkrankungen eher mit negativen Auswirkungen der Krise auf die Psyche verbunden sind» (Stocker et al., 2020).

6. Der Corona-Monitor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG)

Die 6. Runde des SRG Corona-Monitors fand vom 8. bis zum 13. Januar 2021 statt. Somit überschneidet sich der Befragungszeitraum mit der Erhebung für die Studie «Sicherheit 2021». Die Befragung wurde online durchgeführt und erreichte 43 797 Personen ab 15 Jahren in der Deutschschweiz sowie in der italienisch- und französischsprachigen Schweiz. Die Teilnahme erfolgte einerseits über ein Webportal der SRG, andererseits über das Online-Panel von Sotomo. Die Stichprobe wurde nach Alter, Bildung und politischer Orientierung gewichtet, um ein repräsentatives Bild der Schweizer Wohnbevölkerung zu erhalten. Die Umfrage gibt sehr detailliert Auskunft über die Einschätzung der Lage durch die Wohnbevölkerung und die Folgen der Pandemie in den verschiedenen Lebensbereichen. Unter anderem wurde danach gefragt, welche Folgen auf persönlicher Ebene besonders gefürchtet werden. Eine klare Mehrheit von 61% nennt «eingeschränkte Freiheiten». Gut die Hälfte der Befragten fürchtet sich auch vor «sozialer Isolation/Einsamkeit». Deutlich weniger Personen nennen hingegen «finanzielle Einbussen» (27%) oder den «Arbeitsplatzverlust» (19%) als befürchtete Folgen der Pandemie auf persönlicher Ebene. Klar zu erkennen bei dieser Frage sind Unterschiede zwischen den Generationen. «Arbeitsplatzverlust» und «finanzielle Einbussen» werden deutlich häufiger von Personen im Erwerbsalter genannt. Die Furcht vor «sozialer Isolation/Einsamkeit» ist besonders bei den 15–34-Jährigen ausgeprägt.

Die Befragungsteilnehmenden wurden auch gefragt, was sie im Pandemie-Alltag am meisten vermissen. Neben einer «allgemeinen Unbeschwertheit» erreichen auch die Optionen «Umarmungen/körperliche Nähe» sowie «Reisemöglichkeiten» eine Zustimmung von über 60%. 36% nennen einen «normalen Berufs-/Ausbildungsalltag» und 17% «finanzielle Sicherheit». Etwa ein Viertel nennt «Ausgang» und «Sportveranstaltungen». Auch hier sind es tendenziell die jüngeren Generationen, die mehr Aspekte vermissen, insbesondere ein «normaler Berufs-/Ausbildungsalltag» sowie «Ausgang» und «Sportveranstaltungen».

Der Gemütszustand im Januar 2021 hat sich laut dem SRG Corona-Monitor seit Beginn der Pandemie leicht verschlechtert. Insgesamt sind es 9% der Befragten, die angeben, dass es ihnen «schlecht» oder «sehr schlecht» geht. Auch hier sind es die jüngeren Generationen, die stärker im Gemütszustand belastet sind.

Bosshard, C., Bühler, G., Craviolini, J., Hermann, M., Krähenbühl, D. (2021). 6. SRG Corona-Monitor. 15.01.2021. Studienbericht. 25.03.2021.
<https://sotomo.ch/site/projekte/corona-krise-monitoring-der-bevoelkerung-januar-2021>

Das Befinden der Schweizer Bevölkerung in Zeiten von COVID-19, Studie durchgeführt von LINK

Das Befragungsinstitut LINK hat zwischen dem 13. und dem 19. Januar 2021 eine Onlineumfrage zur COVID-19-Pandemie in der Deutsch- und Westschweiz durchgeführt. 1019 Personen im Alter zwischen 15-79 Jahren haben an der Umfrage teilgenommen. Die Ergebnisse wurden entsprechend des Alters, des Geschlechts und der Region gewichtet, um eine für die Schweizer Wohnbevölkerung repräsentative Stichprobe zu erhalten.

Insgesamt zeigt sich, dass sich das Wohlbefinden seit Januar 2020 für knapp 48% der Befragten nicht verändert hat. 37% berichten von einer Verschlechterung des Wohl-

befindens im Verlauf des vergangenen Jahres, während sich für 15% das Wohlbefinden verbessert hat. Bei der ältesten Generation hat sich das Wohlbefinden weniger häufig verschlechtert als bei den jüngeren Generationen. Neben weiteren Aspekten wurden die Teilnehmenden auch gefragt, durch welche Ereignisse jemand in ihrem Haushalt aufgrund der Pandemie betroffen ist oder war. 63% nennen, dass Hobbies, wie etwa Sporttreiben, nicht mehr ausgeübt werden konnten. 44% sagen, dass mindestens jemand im Haushalt durch die Einschränkungen der Kontakte mit Angehörigen emotional belastet sei. 38% nennen das Verschieben von Ferien. Bei gut jeder vierten Person ist jemand im Haushalt von Kurzarbeit betroffen, bei knapp 17% hatte jemand Angst vor dem Arbeitsplatzverlust und bei knapp 7% hat jemand den Arbeitsplatz tatsächlich verloren. Mit jeweils 5% sind medizinische Konsequenzen der Pandemie am geringsten vertreten.

LINK (2021). *Das Befinden der Schweizer Bevölkerung in Zeiten von COVID-19*. Ausgewählte Ergebnisse, Studie durchgeführt von LINK.

Der 6. SRG Corona-Monitor, die COVID-19 Studie von LINK und die Studie «Sicherheit 2021» im Vergleich

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Stichproben (z.B. befragt die Sicherheitsstudie nur stimmberechtigte Bürger*innen) und Frageformulierungen können die Zahlenwerte der einzelnen Studien nicht direkt miteinander verglichen werden. Trotz allem können gewisse Gemeinsamkeiten aus allen drei Umfragen festgehalten werden.

Für einen Grossteil der Bevölkerung bedeutet die COVID-19-Pandemie in erster Linie Beeinträchtigungen im Freizeitverhalten. In der Studie «Sicherheit 2021» nennen diesen Aspekt 74% der Befragten, beim SRG Corona-Monitor fürchten sich die meisten Befragten vor «eingeschränkten Freiheiten» und Vermissen die Reisemöglichkeiten, bei der COVID-19 Studie von LINK waren über 60% von Einschränkungen beim Ausüben der Hobbies betroffen. Ebenfalls von einer Mehrheit der Bevölkerung als belastend empfunden ist der erschwerte zwischenmenschliche Austausch mit nahestehenden Personen. Laut der Studie «Sicherheit 2021» sind 70% der Befragten darin betroffen. Gemäss SRG Corona-Monitor fürchtet sich die Hälfte der Befragten vor Isolation und Einsamkeit und über 60% vermissen körperliche Nähe in Form von Umarmungen. Laut LINK-Studie ist mit einem Wert von 44% die Betroffenheit durch Einschränkungen im Kontakte mit Angehörigen an zweiter Stelle der meistgenannten Aspekte.

Deutlich geringer ist im Allgemeinen die Betroffenheit im Arbeitsleben. Während in der Studie «Sicherheit 2021» etwas mehr als 20% im Arbeitsleben betroffen ist, vermissen laut SRG Corona-Monitor 36% einen «normalen Berufs-/Ausbildungsalltag» und 19% fürchten sich vor einem Arbeitsplatzverlust. Gemäss LINK-Studie ist bei knapp 25% der Personen mindestens jemand von Kurzarbeit betroffen, bei 17% hat jemand Angst vor dem Arbeitsplatzverlust aufgrund der Pandemie und bei 7% hat jemand die Stelle bereits verloren.

Von finanziellen und gesundheitlichen Folgen der Pandemie war bis im Januar 2021 ein relativ geringer Anteil an Personen betroffen. In der Studie «Sicherheit 2021» belegen aufgelistet nach der Häufigkeit der Nennungen die finanzielle Situation und die körperliche Gesundheit die letzten beiden Ränge. Zwar befürchtet laut SRG Corona-Monitor etwa

ein Viertel der Befragten finanzielle Einbussen, jedoch sind es 17% der Personen, welche «finanzielle Sicherheit» in der Pandemie fehlt. Dies ist der geringste Wert aller gemessenen Aspekten. Bei der LINK-Studie bilden nach der Häufigkeit der Nennungen angeordnet medizinische Folgen das Schlusslicht.

In der Studie «Sicherheit 2021» wurde nach der «psychischen Gesundheit» gefragt, im SRG Corona-Monitor wird vom «Gemütszustand» gesprochen, in der LINK-Studie wiederum vom «Wohlbefinden». Trotz den unterschiedlichen Messkonzepten zeigt sich übereinstimmend, dass ein relativ geringer Anteil an Personen bis im Januar 2021 durch die COVID-19-Pandemie stark psychisch belastet wurde.

Übereinstimmend ist auch der Befund, dass jüngere Generationen in vielen Lebensbereiche stärker betroffen sind als die älteren Generationen.

4.7 Bedrohungsempfinden: Subjektive Einschätzung der Bedrohungen zehn ausgewählter Gesellschaftsbereiche

Das allgemeine Sicherheitsempfinden hängt stark mit der Wahrnehmung zusammen, inwieweit immaterielle oder materielle Dinge⁸ als bedroht erachtet werden. Wenn Dinge, die einem wichtig sind, als nicht gefährdet eingestuft werden, kann sich dies im Empfinden von Sicherheit ausdrücken. Andersherum kann das Empfinden von Sicherheit dazu führen, dass Befragte für sie wichtige Dinge als nicht gefährdet einstufen. Die Richtung der Kausalität zwischen dem allgemeinen Sicherheitsempfinden und Bedrohungsempfinden wird in diesem Abschnitt nicht näher untersucht und offengelassen. Zusätzlich wird nochmals festgehalten, dass sich Sicherheit nie rein objektiv messen lässt, sondern stets eine subjektive Komponente darin enthalten ist (Lange 2006, 323; Maduz et al. 2018, 4; Baier 2019, 6; Ferst 2019a, 27).

In diesem Abschnitt geht es um diese subjektive Komponente. Es wird untersucht, wie stark die Schweizer*innen jeweils die Datensicherheit, die Natur, die Arbeitsplätze, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die soziale Sicherheit⁹, das Schweizer Gesundheitswesen, die Ruhe und Ordnung, die persönliche Freiheit, die Energieversorgung und die demokratischen Grundrechte als bedroht einschätzen. Das Bedrohungsempfinden wurde mit der Frage: «Wie stark sehen Sie ... bedroht?» erhoben. Die Befragten konnten ihre Einschätzungen anhand einer 10er Skala von 1 «überhaupt nicht bedroht» bis 10 «sehr stark bedroht» vornehmen. In der Mitte der 10er Skala liegt der rechnerische Wert von 5.5. Dieser Wert ist folglich als «mittelmässig bedroht» zu interpretieren.

2021 fühlt sich die Schweizer Bevölkerung in den erfragten Gesellschaftsbereichen wenig bedroht. Dies geht mit dem hohen allgemeinen Sicherheitsempfinden einher (vgl. Abschnitt 4.1). Der Mittelwert des Bedrohungsempfindens der zehn erfassten Gesellschaftsbereiche liegt mit 4.5 (gegenüber 2015 ein Zunahme von +0.1)¹⁰ deutlich unterhalb von «mittelmässig bedroht». Das mittlere allgemeine Bedrohungsempfinden wurde im Rahmen der Studie «Sicherheit 2015» das letzte Mal gemessen (Szvircsev Tresch et al. 2015, 80–82) und liegt aktuell im selben statistischen Bereich.

Schweizer*innen bewerten die erfragten Aspekte angeordnet nach absteigendem mittleren Bedrohungsempfinden wie folgt (siehe Abbildung 4.7): Datensicherheit (5.2, –0.3), Natur (5.2, +0.2), Arbeitsplätze (5.1, +0.2), gesellschaftlicher Zusammenhalt (4.9, ±0.0), soziale Sicherheit (4.6, –0.2), Schweizer Gesundheitswesen (4.5, +0.1), Ruhe und

8 Dinge im Sinne von: existierende Gegenstände, Eigenschaften, Beziehungen, Sachverhalte oder Ereignisse.

9 Im Fragebogen wurde als Beispiel eine gesicherte Arbeitslosen- oder Invalidenversicherung genannt.

10 Als Vergleichsjahr werden die Werte der Studie «Sicherheit 2015» (Szvircsev Tresch et al. 2015, 80–84) herangezogen.

Ordnung (4.0, -0.2), persönliche Freiheit (3.9, ±0.0), Energieversorgung (3.8, -0.4), demokratische Grundrechte (3.6, -0.2).

Gegenüber 2015 schätzen die Befragten 2021 nur die Bedrohung der Arbeitsplätze als signifikant höher ein. Die Arbeitsplätze waren zum Zeitpunkt der Befragung im Januar 2021 aufgrund der Massnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie stärker unter Druck (Rütti 2021), woraus sich diese höhere Bewertung erklären lässt. Im Vergleich zu 2015 liegt das Bedrohungsempfinden gegenüber der Natur, des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, des Schweizer Gesundheitswesens sowie der persönlichen Freiheit statistisch auf demselben Niveau. Die Datensicherheit, die soziale Sicherheit, Ruhe und Ordnung, die Energieversorgung sowie die demokratischen Grundrechte werden gegenüber 2015 als weniger gefährdet empfunden.

Trotz der allgemein tiefen Einschätzung des Bedrohungsempfindens zeigen sich Unterschiede bei den Ausprägungsstärken. Im Vergleich zum mittleren allgemeinen Bedrohungsempfinden (4.5) liegt die Bewertung von der Bedrohung der Datensicherheit, der Natur, der Arbeitsplätze sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts signifikant über dem Durchschnitt. Diese vier genannten Aspekte lagen auch 2015 bereits über dem damaligen Gesamtdurchschnitt. Daraus lässt sich ableiten, dass diese vier Aspekte Dauerthemen sind, welche die Bevölkerung als verhältnismässig kritisch bewertet.

Die soziale Sicherheit (z.B. Arbeitslosen- oder Invalidenversicherung) und das Schweizer Gesundheitswesen werden als durchschnittlich bedroht empfunden. Trotz der phasenweise hohen Belastung des Schweizer Gesundheitssystem im Rahmen der COVID-19-Pandemie (NSC-TF 2020), steigt dessen Bedrohungsbeurteilung 2021 gegenüber dem Jahr 2015 nicht signifikant.¹¹ Eine weitere Studie bestätigt die hier vorliegenden Resultate: Zwischen Juli und August 2020 wurden im Rahmen der Studie «Credit Suisse Sorgenbarometer» mit einem Mixed-Mode-Verfahren 1798 Stimmberechtigte Schweizer*innen gebeten, aus einer Liste mit Sorgen jene fünf auszuwählen, welche sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen (gfs.bern 2020a). Zum Zeitpunkt der Befragung waren die Massnahmen zur Bekämpfung des neuen Coronavirus weitgehend gelockert und die ausserordentliche Lage wurde auf den 19. Juni 2020 beendet (BAG 2020b). Die Trendanalyse des «Credit Suisse Sorgenbarometers» mass im Sommer 2020 keinen Anstieg der allgemeinen Problemwahrnehmung im Bereich des Gesundheitswesens (gfs.bern 2020a, 7).

Als signifikant unterdurchschnittlich gefährdet nehmen die Schweizer*innen die Ruhe und Ordnung, die persönliche Freiheit, die Energieversorgung und die demokratischen Grundrechte wahr. Dieser Befund ist insofern hervorzuheben, da es im Januar 2021

¹¹ Es ist möglich, dass aufgrund der COVID-19-Pandemie die Befragung unmittelbar betroffener kranker Personen sowie ausgelasteter Personen aus dem Gesundheitsbereich weniger Chancen hatte in die Stichprobe aufgenommen zu werden. Diese denkbaren Verzerrungen werden jedoch nicht als systematisch und damit problematisch gesehen.

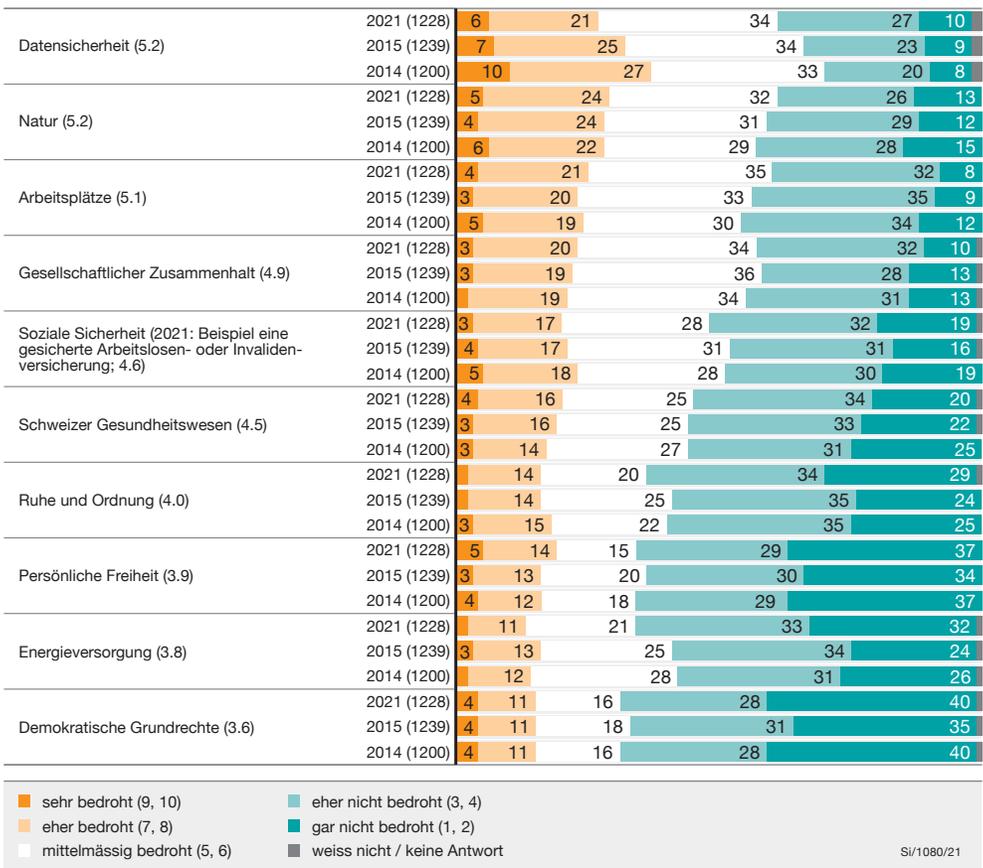
durchaus zu Beschränkungen der persönlichen Freiheit in einzelnen Bereichen aufgrund der COVID-19-Pandemie gekommen ist (BAG 2021c). Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung scheint im Januar 2021 tendenziell diese Beschränkungen jedoch nicht als dauerhafte Bedrohung der persönlichen Freiheit oder demokratischer Grundrechte aufzufassen. Andere Studien kommen mit Ihren Messungen in diesem Punkt zu anderen Resultaten (Bosshard et al. 2021).

Abbildung 4.7

Subjektive Einschätzung des Bedrohungsempfindens der Bedrohungen ausgewählter Gesellschaftsbereiche

«Es gibt für uns wichtige Sachen und Werte, welche sowohl durch andere Staaten, Gruppierungen oder Individuen als auch durch Ereignisse wie Umweltkatastrophen bedroht werden können. Wie stark sehen Sie ... bedroht?»

(Angaben in Prozent, gerundet und nach gerundetem Mittelwert sortiert)



Keiner der erfragten Bedrohungsaspekte wird von der Schweizer Bevölkerung als mehrheitlich bedroht gesehen. 2021 werden alle Bedrohungsformen am häufigsten als nicht gefährdet («gar nicht bedroht» oder «eher nicht bedroht») bezeichnet. Am zweithäufigsten beurteilt das Schweizer Stimmvolk die einzelnen Aspekte als «mittelmässig bedroht». Jeweils nur eine kleine Minderheit empfindet die erfragten Bedrohungsformen als «eher bedroht» oder «sehr bedroht».

Von einer relativen Mehrheit wird die Datensicherheit (37%, +5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2015), die Natur (39%, -2 Pp), die Arbeitsplätze (40%, -4 Pp) sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt (42%, +1 Pp) als nicht gefährdet («gar nicht bedroht» oder «eher nicht bedroht») angesehen. Die soziale Sicherheit sieht die Hälfte der Schweizer*innen als nicht gefährdet an (51%, +4 Pp). Alle anderen erfragten Bedrohungsformen werden jeweils von einer absoluten Mehrheit der Bevölkerung als nicht bedroht betrachtet. 54% (-1 Pp) der Stimmbürger*innen finden, dass das Schweizer Gesundheitswesen nicht gefährdet ist und 63% (+4 Pp) erachten die Ruhe und Ordnung in der Schweiz als nicht bedroht. Ferner bewertet eine Mehrheit der Schweizer*innen die persönliche Freiheit (66%, +2 Pp) und die Energieversorgung (65%, +7 Pp) als ungefährdet. Schliesslich sieht eine absolute Mehrheit der Bevölkerung die demokratischen Grundrechte (68%, +2 Pp) als nicht bedroht.

Es zeigt sich, dass je tiefer der Mittelwert des Bedrohungsempfinden eines Aspektes ist, desto signifikant öfters kategorisieren Schweizer*innen den Aspekt als «gar nicht bedroht». In anderen Worten, die geringe Bedrohung eines Aspektes im Vergleich zu anderen ist speziell auf die signifikant stärkere Ausprägung der Kategorie «gar nicht bedroht» zurückzuführen. Der Anteil der Schweizer*innen, welche ein Thema als «eher nicht bedroht» oder «sehr bedroht» bezeichnen, bleibt dagegen unabhängig von dessen Mittelwert stabil.

Soziodemografische Einflüsse: Wie stark die verschiedenen erfragten Aspekte als bedroht wahrgenommen werden, divergiert grundsätzlich nur schwach nach soziodemografischen Merkmalen. Am häufigsten zeigen sich Unterschiede bei den Sprachregionen. Dort gibt es bei den Themen Natur, Arbeitsplätze, Soziale Sicherheit, Ruhe und Ordnung, Persönliche Freiheit und Energieversorgung signifikante Meinungsunterschiede. Dabei empfinden die Westschweizer*innen im Mittel die genannten Aspekte als signifikant stärker bedroht als die deutschsprachigen Einwohner*innen. Dieses Bild deckt sich jedoch nicht mit dem allgemeinen Sicherheitsempfinden innerhalb der Sprachregionen, da sich in allen drei Sprachregionen das allgemeine Sicherheitsempfinden nicht voneinander unterscheidet.

Ebenfalls gewisse Unterschiede zwischen den Befragten bestehen aufgrund des Bildungsniveaus und Einkommen. Signifikante Unterschiede in Bezug auf die Bildung zeigen sich bei den Themen Arbeitsplätze, Ruhe und Ordnung, persönliche Freiheit, Energieversorgung und demokratische Grundrechte. In der Tendenz weisen Personen

mit hohem Bildungsniveau eine tiefere Bedrohungswahrnehmung auf als Personen mit tiefer Bildung. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in einer Regression mit den anderen soziodemografischen Variablen die Bildung mehrheitlich an Bedeutung verliert. Einzig bei den demokratischen Grundrechten zeigt sich klar, dass Personen mit hoher Bildung diese als weniger bedroht betrachten als Personen mit mittlerer und tiefer Bildung.

Beim Einkommen zeigt sich grundsätzlich, dass Personen mit einem hohen Einkommen ein geringeres Bedrohungsempfinden äussern. Dies gilt für die Gefährdung der Arbeitsplätze, von Ruhe und Ordnung, der persönlichen Freiheit sowie der demokratischen Grundrechte. Bei der Gefährdung der Natur sowie der sozialen Sicherheit gibt es besonders zwischen Personen mit hohem und tiefem Einkommen unterschiedliche Einschätzungen, wobei wiederum ein hohes Einkommen mit einer geringeren Bedrohungswahrnehmung einhergeht.

Signifikante Geschlechterunterschiede sind bei der Wahrnehmung der Bedrohung von der Natur, den Arbeitsplätzen, von dem Schweizer Gesundheitswesen sowie von Ruhe und Ordnung festzustellen. Diese Gesellschaftsaspekte werden von Männern signifikant weniger oft als gefährdet wahrgenommen als von Frauen. Dies deckt sich mit dem Befund, dass Frauen eine höhere Risikowahrnehmung aufweisen als Männer (Hausman et al. 2007). Für die demokratischen Grundrechte äussern Frauen im Mittel ebenfalls ein grösseres Bedrohungsempfinden. Allerdings bestätigt sich dieser Befund in einer Regression mit den anderen soziodemografischen Variablen nicht, da die negativere Bewertung der Frauen in erster Linie auf das tiefere Einkommen zurückzuführen ist.

Die politische Selbsteinschätzung hängt signifikant damit zusammen, wie stark die Natur als bedroht angesehen wird. Politisch links Orientierte schätzen die Gefahr für die Natur höher ein als die Mitte, und diese wiederum stärker als die Rechten. Hingegen stufen politisch links Orientierte die Bedrohungswahrnehmung von Ruhe und Ordnung, der persönlichen Freiheit, der Energieversorgung und der demokratischen Grundrechte tiefer ein als Personen der beiden anderen politischen Lager.

Aufgrund des Alters zeigen sich unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen bei der Ruhe und Ordnung, der Energieversorgung und den demokratischen Grundrechten. Je älter eine Person ist, desto stärker sieht sie Ruhe und Ordnung in der Schweiz bedroht. Bei der Energieversorgung sind es ab 60-Jährige, welche eine erhöhte Gefahr sehen. 18–29-Jährige sehen die demokratischen Grundrechte weniger stark bedroht als die älteren Altersgruppen.

Weiter zeigt sich, dass Personen, die in der Stadt leben, sowohl die Natur als auch die soziale Sicherheit als stärker gefährdet wahrnehmen als Personen, die auf dem Land oder in der Agglomeration leben. Dieser Zusammenhang ist unabhängig von anderen soziodemografischen Merkmalen, wie dem Einkommen, Alter oder der politischen Einstellung.

Im Folgenden werden die besprochenen bivariaten Zusammenhänge in Form einer Tabellenübersicht (vgl. Tabelle 4.1) dargestellt. Um Effektstärken bivariater Zusammenhänge unterschiedlich skalierten Variablen mit sich unterscheidenden Anzahl von Antwortkategorien gut vergleichen zu können, wird in der Tabellenübersicht auf das Zusammenhangsmass Cramérs V (siehe Anhang I Methode) zurückgegriffen. Die Richtungsinterpretation der Effektstärke entspricht der Verteilung innerhalb der Kreuztabelle.

Tabelle 4.1

Korrelationen zwischen der Einschätzung des Bedrohungsempfindens und soziodemografischen Merkmalen sowie weiteren Einflüssen

2021

	Datensicherheit	Natur	Arbeitsplätze	Gesellschaftlicher Zusammenhalt	Soziale Sicherheit	Gesundheitswesen	Ruhe und Ordnung	Persönliche Freiheit	Energieversorgung	Demokratische Grundrechte
Soziodemografische Einflüsse										
Weiblich		+	+			+	+			+
Deutschschweiz		-	-		-		-	-	-	
Je älter							+		+	+
Je höher gebildet			-				-	-	-	-
Je politisch rechter		-					+	+	+	+
Je höher das Einkommen		-	-		-		-	-		-
In der Stadt wohnend		+			+					
Weitere Einflüsse										
Höheres allgemeines Sicherheitsgefühl	-	-	-	-	-	-	--	--	-	--
Zukunft Schweiz positiver	--	-	--	--	--	-	--	--	-	--
Weltpolitische Lage positiver	--	--	--	--	-	-	--	-	-	--

+ und - kleine, positive oder negative Effektstärken: $V = 0.1 - < 0.2$

++ und -- mittlere, positive oder negative Effektstärken: $V = 0.2 - < 0.3$

+++ und --- grosse, positive oder negative Effektstärken: $V > 0.3$

In den Zeilen der Tabelle sind die einzelnen untersuchten soziodemografischen Merkmale aufgelistet. Die Spalten beinhalten die Einschätzungen des Bedrohungsempfindens der erfragten Aspekte. Lesebeispiel: Für die Ausprägung «weiblich» einer befragten Person steigt das Bedrohungsempfinden für die Themen Natur, Arbeitsplätze, Gesundheitswesen, Ruhe und Ordnung sowie demokratische Grundrechte gegenüber der Ausprägung «männlich». Die Zusammenhänge sind zwar signifikant, jedoch gering. Allgemein sind alle Zusammenhänge der soziodemografischen Merkmale mit dem Bedrohungsempfinden als klein einzustufen.

Weitere signifikante Einflüsse: In Tabelle 4.1 sind zudem bivariate Zusammenhänge zu weiteren Einflüssen aufgelistet, welche mit dem Bedrohungsempfinden korrelieren. Für alle Bedrohungsformen wurde untersucht, wie stark diese mit dem allgemeinen Sicherheitsempfinden und der Zukunftseinschätzung für die Schweiz sowie der Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der weltpolitischen Lage zusammenhängen. Alle diese Einflüsse haben kleine bis mittlere signifikante Effektstärken. Das allgemeine Sicherheitsempfinden ist insbesondere dann tief, wenn die Bedrohungsempfindung von Ruhe und Ordnung, der persönlichen Freiheit oder der demokratischen Grundrechte von den Befragten als tiefer eingestuft wird. Eine positivere Zukunftseinschätzung der Schweiz sowie der weltpolitischen Lage korreliert mit einem signifikant tieferen Bedrohungsempfinden für alle abgefragten Aspekte.

Zusammenfassend kann argumentiert werden, dass Personen, welche sich im Allgemeinen sicher fühlen, positiv in die Zukunft der Schweiz und der Welt schauen, die hier untersuchten Gesellschaftsbereiche als weniger bedroht einstufen.

Die aktuelle Umfrage wurde inmitten der COVID-19-Pandemie durchgeführt. Inwiefern hat die Pandemie einen Einfluss auf das Bedrohungsempfinden gegenüber den hier abgefragten Gesellschaftsbereichen? Ein Indiz geben die Antworten zur persönlichen Betroffenheit durch die Pandemie (vgl. Abschnitt 4.6). Wer durch die Pandemie in der finanziellen Situation stärker betroffen ist, sieht die Arbeitsplätze und die persönliche Freiheit stärker bedroht. Personen, die durch die Pandemie stärker in der psychischen Gesundheit betroffen sind, sehen den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die persönlichen Freiheiten eher bedroht. Wenn jemand im Familien- oder Arbeitsleben betroffen ist, so sieht er die soziale Sicherheit in der Schweiz stärker gefährdet. Diese Effekte sind unabhängig von den soziodemografischen Variablen. Somit kann festgehalten werden, dass die COVID-19-Pandemie in gewissen Fällen durchaus zu einem leichten Anstieg des Bedrohungsempfindens geführt hat.

Hinzuzufügen ist, dass die zehn erfragten Bedrohungsformen stark untereinander korrelieren. So ist z.B. die Bedrohung persönlicher Freiheiten nicht vollkommen abtrennbar von Bedrohungen demokratischer Grundrechte. Oder der Verlust von Arbeitsplätzen führt zu mehr Arbeitslosen, welche eine höhere Last für die Arbeitslosenversicherung bedeutet und damit als Bedrohung der sozialen Sicherheit aufgefasst werden kann. Eine Faktorenanalyse (hier nicht im Detail ausgewiesen) zeigt, dass das Bedrohungsempfinden über alle Aspekte hinweg als eindimensional aufzufassen ist. Dies bedeutet, dass eine Kategorisierung der erfragten Gesellschaftsbereiche nicht sinnvoll ist. Man sieht in der Tendenz alle Bereiche entweder eher bedroht oder eher nicht bedroht. Personen, welche einen Bereich als bedrohter empfinden, stufen auch alle anderen Bereiche tendenziell als bedrohter ein.

Multivariate Regressionsrechnungen zeigen, dass generell nur sehr wenige Zusammenhänge zwischen dem Bedrohungsempfinden und dem Vertrauen in die Institutionen bestehen. Befragte können die Aspekte als bedroht empfinden und trotzdem Vertrauen gegenüber Institutionen aussprechen, welche zuständig sind, die Sicherheit dieser Aspekte aufrecht zu erhalten. Wenn man den Gerichten vertraut, empfindet man die Bedrohung von Arbeitsplätzen, der sozialen Sicherheit, des Gesundheitswesens, der Ruhe und Ordnung sowie der demokratischen Grundrechte tiefer.

Weiter zeigt sich, dass je tiefer das Vertrauen in die Wirtschaft, desto eher wird die Natur als bedroht empfunden. Ein tieferes Vertrauen in die Polizei geht einher mit einem höheren Bedrohungsempfinden bezüglich der persönlichen Freiheiten. Je tiefer das Vertrauen in den Bundesrat ist, desto eher werden die demokratischen Grundrechte als bedroht empfunden. Zusätzlich hängt auch das Interesse an Sicherheitspolitik mit dem Bedrohungsempfinden zusammenzuhängen. Dies gilt für die Bedrohung der Datensicherheit, des gesellschaftlichen Zusammenhalts, von Ruhe und Ordnung sowie der Energiesicherheit. Wer sich für Sicherheitspolitik interessiert, stuft diese Bereiche als gefährdeter ein.

Fazit zur subjektiven Einschätzung des Bedrohungsempfinden zehn ausgewählter Gesellschaftsbereiche: 2021 fühlt sich die Schweizer Bevölkerung in den erfragten Gesellschaftsbereichen wenig bedroht. Das mittlere allgemeine Bedrohungsempfinden liegt auf einer 10er Skala mit 4.5 deutlich unterhalb von «mittelmässig bedroht» und damit aktuell in demselben Bereich wie 2015 (4.4). Es zeigt sich, dass die vier Aspekte Datensicherheit, Natur, Arbeitsplätze sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt von der Bevölkerung vergleichsweise als bedrohter angesehen werden, als die soziale Sicherheit (z.B. Arbeitslosen- oder Invalidenversicherung) und das Schweizer Gesundheitswesen. Schweizer*innen empfinden die Ruhe und Ordnung, die persönliche Freiheit, die Energieversorgung und die demokratischen Grundrechte als kaum bedroht. Alles in allem fühlt sich die Bevölkerung in der Schweiz sehr sicher.

4.8 Eintrittswahrscheinlichkeit: Subjektive Einschätzung ausgewählter Bedrohungen

Wie bereits 2015 wurden auch 2021 neben dem Bedrohungsempfinden verschiedener Gesellschaftsaspekte die Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit von neun ausgewählten Bedrohungsformen erfragt. Dabei wurden die Umfrageteilnehmer*innen gefragt, für wie hoch sie die Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass die Schweizer Bevölkerung durch eine bestimmte Bedrohungsform beeinträchtigt werden könnte. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit wurde für die Bedrohung durch eine Pandemie, durch Cyber-

Angriffe, durch Fake News¹², durch eine Wirtschaftskrise, durch organisierte Kriminalität, durch Terroranschläge, durch technische Katastrophen, durch Migration sowie durch einen militärischen Angriff erhoben. Die Befragten konnten ihre Einschätzung jeweils auf einer 10er Skala von 1 «überhaupt nicht wahrscheinlich» bis 10 «absolut wahrscheinlich» angeben. In der Mitte der 10er Skala liegt der rechnerische Wert von 5.5. Dieser Wert ist folglich als «mittelmässig bedroht» zu interpretieren.

Schweizer*innen erachten die Wahrscheinlichkeit des Eintretens der ausgewählten Bedrohungsformen mit einem Gesamtmittelwert von 5.1 als «mittelmässig wahrscheinlich». Der Mittelwert aller erfassten Wahrscheinlichkeitseinschätzungen liegt mit 5.1 (+0.7) signifikant höher als 2015 (4.4).¹³

Eine Faktorenanalyse (nicht ausgewiesen) zeigt, dass die erfragten Wahrscheinlichkeitsbeurteilungen als eindimensional aufzufassen sind. Dies bedeutet, dass eine Kategorisierung der erfragten Eintrittswahrscheinlichkeiten in unterschiedliche Bedrohungstypen nicht sinnvoll ist. Die Mittelwerte der einzelnen Wahrscheinlichkeitseinschätzungen werden im Folgenden deshalb jeweils einzeln beschrieben.

Das Schweizer Stimmvolk bewertet die Wahrscheinlichkeit des Eintretens der erfragten Bedrohungsformen absteigend angeordnet nach gerundetem Mittelwert wie folgt (siehe Abbildung 4.8): Pandemie (6.7, +2.7), Cyber-Angriffe (6.2, +0.9), Fake News (6.1), Wirtschaftskrise (5.7, +0.7), organisierte Kriminalität (5.0, ±0.0), Terroranschläge (4.8, ±0.0), technische Katastrophen (4.3, +0.1), Migration (4.3, -0.4), militärischer Angriff (2.5, ±0.0).

Die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie, eines Cyber-Angriffes und einer Wirtschaftskrise werden gegenüber 2015 als signifikant höher eingestuft. Insbesondere die Wahrscheinlichkeitsbeurteilung dieser drei Themen führt 2021 dazu, dass der Mittelwert aller Wahrscheinlichkeitswerte signifikant ansteigt. Dies ist unmittelbar auf die Effekte der COVID-19-Pandemie sowie auf eine zunehmende Sensibilisierung zum Thema Cybersicherheit zurückzuführen.

Cordey (2020) untersucht die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Sicherheit im Cyberraum. Die Pandemie hat dazu geführt, dass sich Cyber-Angriffe auf kritische Infrastrukturen in jenen Sektoren, welche durch die Pandemie stark betroffen waren, häufen. Geografisch fokussieren sich Cyber-Angriffe auf Pandemiehotspots (ebd. 4). Durch die Homeoffice-Verordnung ab dem 18. Januar 2021 (BAG 2021c) beschleunigt sich die Digitalisierung zusätzlich (insbesondere Nutzung von Cloud-Infrastruktur und Vernetzung) und führt dazu, dass sich die Privatwirtschaft stärker potenziellen Cyber-

12 Im Fragebogen wurde dieses Item durch die Bemerkung «Verbreitung von falschen Informationen» ergänzt.

13 Als Vergleichsjahr werden die Werte der Studie «Sicherheit 2015» (Szvircsev Tresch et al. 2015, 84–87) herangezogen. Im Jahr 2015 wurde die Einschätzung von Fake News noch nicht erfragt. Auch ohne die Berücksichtigung der Werte Fake News für die Mittelwertbildung ist es 2021 zu einer signifikanten Zunahme der Bedrohungswahrscheinlichkeiten gekommen.

Angriffen ausgesetzt sieht. Es zirkulieren vermehrt Coronavirus-bezogene Malware und Phishing Mail (Cordey 2020). Damit kommen auch Nutzer*innen potenziell häufiger mit Cyber-Angriffen direkt in Kontakt.

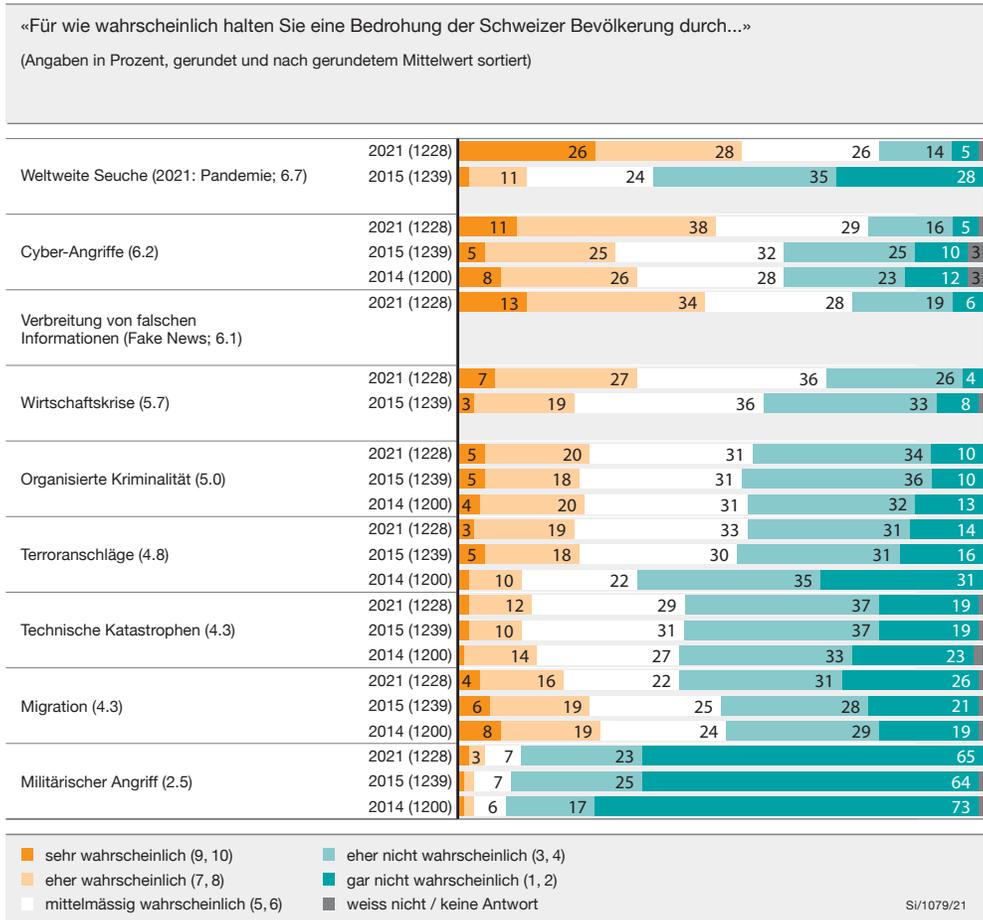
Im Vergleich zu 2015 liegt die Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit einer Bedrohung durch organisierte Kriminalität, durch Terroranschläge, aufgrund technischer Katastrophen sowie durch einen militärischen Angriff statistisch auf demselben Niveau. Gegenüber 2015 schätzen die Befragten im aktuellen Jahr nur die Wahrscheinlichkeit einer Bedrohung durch Migration als signifikant tiefer ein. Vermutlich liegt dies vor allem daran, dass die europäische Flüchtlingskrise besonders in den Jahren 2014 und 2015 als akut wahrgenommen wurde, während zum Zeitpunkt der Befragung im Januar 2021 die Migrationsproblematik weniger stark im Fokus der Öffentlichkeit stand.

Die Wahrscheinlichkeitseinschätzungen zeigen eine im Unterschied zum Bedrohungsempfinden (vgl. Abschnitt 4.7) grosse Spannweite auf. Im Vergleich zur mittleren allgemeinen Wahrscheinlichkeitseinschätzung liegt die Ansicht über die Bedrohungswahrscheinlichkeit durch eine Pandemie, durch Cyber-Angriffe, durch Fake News sowie durch eine Wirtschaftskrise signifikant über dem Durchschnitt. Auf Fake News basierende Desinformationskampagnen werden aktiv zur hybriden Kriegsführung eingesetzt, wie das Paradebeispiel der Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 zeigt (Maschmeyer 2021). Neuste Studien kommen zum Ergebnis, dass während der Ukraine Krise insbesondere «traditionelle, nicht digitale, Medien die wichtigsten Verteilerstationen von Desinformation» (ebd., 4) waren. Maschmeyer hält fest, dass mit grosser Wahrscheinlichkeit die Wirksamkeit von Desinformationen als geopolitisches Machtinstrument überschätzt wird, jedoch bei knappen Mehrheiten in der öffentlichen Meinung potenziell entscheidend sein kann (ebd.). Ebenso kann unterschwellig eingesetzte Desinformation die Bevölkerung zu Unruhen anstiften, wie der Sturm auf das Kapitol in Washington am 6. Januar 2021 gezeigt hat (Häsler Sansano 2021, 8). Da die Schweizer Bevölkerung militärische Angriffe für äusserst unwahrscheinlich hält, ist davon auszugehen, dass Schweizer*innen bei der Bewertung der Bedrohungswahrscheinlichkeit durch Fake News sich insbesondere um nichtmilitärische Folgen wie Unruhen oder Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft sorgen.

Als durchschnittlich wahrscheinlich wird die Bedrohung durch organisierte Kriminalität empfunden. Für vergleichsweise unterdurchschnittlich wahrscheinlich halten die Schweizer*innen eine Gefährdung durch Terroranschläge, durch technische Katastrophen, durch Migration oder durch einen militärischen Angriff.

Abbildung 4.8

Subjektive Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit ausgewählter Bedrohungen



Die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie (54%, +41 Prozentpunkte im Vergleich zu 2015) wird von einer absoluten, aber knappen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung als hoch («eher wahrscheinlich» oder «sehr wahrscheinlich») angesehen. 2015 hat eine klare Mehrheit der Schweizer*innen eine Pandemie mit 63% noch als tief («eher nicht wahrscheinlich» oder «gar nicht wahrscheinlich») eingeschätzt. In Westafrika kam es 2014/2015 zum bisher grössten Ebolafieber-Ausbruch in der Geschichte (RIK 2016), welche jedoch auf die Schweizer Bevölkerung keine grösseren Auswirkungen hatte. Dies lässt vermuten, dass erst die direktere Betroffenheit mit einer Seuche dazu führt, dass deren Wahrscheinlichkeitseinschätzung in grossem Ausmasse steigt. Maduz et al. (2018) erfassten mittels einer Online-Befragung (N = 758) in der Deutsch- und Westschweiz die persönliche

Gefährdungseinschätzung von 15–79-Jährigen. Die Studie zeigt auf, dass 40,8% der Befragten 2017 ihre persönliche Sicherheit durch eine Epidemie / Pandemie als «eher gefährdet» oder «stark gefährdet» einstufen (ebd., 14). Diese Daten lassen sich aufgrund der Frageform und Studiendesigns jedoch nicht direkt mit denen einer Wahrscheinlichkeitseinschätzung vergleichen. Von knapp der Hälfte der Befragten wird 2021 auch die Wahrscheinlichkeit von Cyber-Angriffen (49%, +19 Pp) sowie eine Bedrohung durch Fake News (47%) für möglich gehalten.

Die Wahrscheinlichkeit einer Wirtschaftskrise wird am meisten als mittelmässig möglich (36%, ± 0 Pp) empfunden. Es muss jedoch beachtet werden, dass gegenüber 2015 der Zuwachs von Schweizer*innen, welche eine Wirtschaftskrise für Wahrscheinlich halten +12 Pp beträgt und 2015 eine Wirtschaftskrise vor allem als wenig wahrscheinlich beurteilt wurde. Wie im Vergleichsjahr wird auch 2021 eine Bedrohung durch organisierte Kriminalität (44%, -2 Pp) und durch Terroranschläge (45%, -2 Pp) als wenig wahrscheinlich betrachtet. Während der Befragung im Januar 2015 wurde am 7. Januar der medienwirksame islamistisch motivierte Terroranschlag auf die Satirezeitung «Charlie Hebdo» in Paris verübt (SRF 2015). 2015 stieg im Vergleich zu 2014 die Wahrscheinlichkeitseinschätzung von Terrorschlägen signifikant an. Der damalige Anstieg könnte mit dem Anschlag zusammengehängt haben (Szvircsev Tresch et al. 2015, 84). Im Jahr 2020 wurden in der Schweiz zwei Angriffe mit islamistisch motiviertem Terrorismus in Verbindung gebracht (vgl. Abschnitt 4.3; Tagesanzeiger 2020). Dass die Wahrscheinlichkeitseinschätzung von Terroranschlägen aktuell im gleichen Bereich wie 2015 liegt, könnte mit diesen Angriffen zusammenhängen.

Alle anderen erfragten Bedrohungsformen werden wie im Jahr 2015 jeweils von einer absoluten Mehrheit der Bevölkerung als nicht wahrscheinlich betrachtet. So sehen 56% (± 0 Pp) der Schweizer*innen technische Katastrophen in der Schweiz als unwahrscheinlich. 57% (+8 Pp) der Stimmbürger*innen finden, dass Bedrohungen durch Migration unwahrscheinlich sind und 88% (-1 Pp) erachten die Wahrscheinlichkeit von Bedrohungen durch einen militärischen Angriff als tief; davon sogar 65% als sehr tief.

Soziodemografische Einflüsse: Die Wahrscheinlichkeitseinschätzung der erfragten Bedrohungen variiert nach soziodemografischen Merkmalen. Allerdings sind die Unterschiede wie beim Bedrohungsempfinden (vgl. Abschnitt 4.7) gering. Wie beim Bedrohungsempfinden (vgl. Abschnitt 4.7) sind am häufigsten Unterschiede aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Sprachregion feststellbar. Westschweizer*innen beurteilen dabei die Wahrscheinlichkeit einer Bedrohung tendenziell höher als deutschsprachige Schweizer*innen. Signifikante Unterschiede zeigen sich bei der Wahrscheinlichkeitsbeurteilung einer Pandemie, von Cyber-Angriffen, von Fake News, einer Wirtschaftskrise, von technischen Katastrophen und von Migration.

Das Geschlecht der Befragten bewirkt signifikante Unterschiede bei der Beurteilung der Bedrohungswahrscheinlichkeit durch eine Pandemie, eine Wirtschaftskrise, durch organisierte Kriminalität, durch Terroranschläge sowie durch militärische Angriffe. Bei diesen Themen gilt, dass sich Frauen stärker darum sorgen, dass eine dieser Bedrohungsformen eintreffen könnte. Dass die Wahrscheinlichkeitsbeurteilung von Männern damit tiefer ausfällt, deckt sich mit den Erkenntnissen aus dem Jahr 2015 (Szvircsev Tresch et al. 2015, 86). Ebenso konnte dieser geschlechterspezifische Unterschied bereits beim Bedrohungsempfinden gezeigt werden.

Die politische Selbsteinschätzung korreliert massgeblich damit, wie wahrscheinlich eine Bedrohung durch Migration bewertet wird. Je weiter rechts sich eine befragte Person einschätzt, desto wahrscheinlicher bewertet diese eine Bedrohung durch Migration. Bei der Bewertung der organisierten Kriminalität, von Terroranschlägen und einem militärischen Angriff ist zu beobachten, dass links Orientierte die Wahrscheinlichkeiten signifikant tiefer einschätzen als Personen, die sich in der Mitte oder im rechten politischen Spektrum einordnen.

Wie bereits beim Bedrohungsempfinden bei gewissen Gesellschaftsbereichen zeigt sich auch bei der Wahrscheinlichkeitseinschätzung, dass jüngere Befragte die Situation tendenziell entspannter sehen als ältere Befragte. Bedrohungen durch organisierte Kriminalität, durch Terroranschläge, durch Migration oder durch militärische Angriffe werden von jüngeren Personen als signifikant weniger wahrscheinlich beurteilt.

Auch das Bildungsniveau steht teilweise in Zusammenhang mit der Einschätzung der Bedrohungswahrscheinlichkeit. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Migration und militärische Angriffe. Diese werden von Personen mit hoher Bildung als unwahrscheinlicher eingestuft als von Personen mit mittlerer und tiefer Bildung. Bei der Bedrohung durch die organisierte Kriminalität und technische Katastrophen sind es Personen aus der tieferen Bildung, welche die Bedrohung leicht höher einstufen. Die Bedrohung durch eine Wirtschaftskrise, durch technische Katastrophen und militärische Angriffe scheint auch in leichtem Zusammenhang mit dem Einkommen einer Person zu stehen. Mit Ausnahme der Bedrohung durch technische Katastrophen handelt es sich jedoch um einen indirekten Effekt des Geschlechts, da Frauen sowohl eine Wirtschaftskrise als auch militärische Eingriffe als wahrscheinlicher sehen. In der Bedrohung durch technische Katastrophen sehen jedoch tatsächlich Personen mit einem tiefen Einkommen eine grössere Wahrscheinlichkeit.

Tabelle 4.2 setzt, wie in Abschnitt 4.7 erklärt, die besprochenen bivariaten Zusammenhänge einander gegenüber.

Tabelle 4.2

Korrelationen zwischen der Einschätzung der Bedrohungswahrscheinlichkeit und soziodemografischen Merkmalen sowie weiteren Einflüssen

2021

	Pandemie	Cyber-Angriff	Fake News	Wirtschaftskrise	Organisierte Kriminalität	Terroranschläge	Technische Katastrophen	Migration	Militärische Angriffe
Soziodemografische Einflüsse									
Weiblich	+			++	+	+			++
Deutschschweiz	--	-	-	-			-	-	
Je älter					+	+		+	+
Je höher gebildet					-		-	-	-
Je politisch rechter					+	+		++	+
Je höher das Einkommen				-			-		-
Weitere Einflüsse									
Höheres allgemeines Sicherheitsgefühl	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Höhere Kriminalitätsfurcht	+			+	+	+	+	+	+
Zukunft Schweiz positiver	-	-	-	--	-	-	-	-	-
Weltpolitische Lage positiver	-	-	-	-	--	-	-	-	-

+ und - kleine, positive oder negative Effektstärken: $V = 0.1 - < 0.2$

++ und -- mittlere, positive oder negative Effektstärken: $V = 0.2 - < 0.3$

+++ und --- grosse, positive oder negative Effektstärken: $V > 0.3$

In den Zeilen der Tabelle sind die einzelnen untersuchten soziodemografischen Merkmale aufgelistet. Die Spalten beinhalten die Einschätzungen der Bedrohungswahrscheinlichkeit der erfragten Aspekte. Lesebeispiel: Je politisch rechter sich eine befragte Person selbst einstufte, desto höher sieht diese die Wahrscheinlichkeit einer Bedrohung durch die organisierte Kriminalität, Terroranschläge, Migration und militärische Angriffe.

Dass Deutschschweizer*innen eine Pandemie für weniger möglich halten als Westschweizer*innen und Tessiner*innen, lässt sich, wenn auch nicht ausschliesslich, über das Ausmass, wie stark die einzelnen Sprachregionen von COVID-19-Fallzahlen betroffen waren, erklären. Frauen zeigen zudem eine allgemein höhere Risikoeinschätzung (vgl. Hausman et al. 2007). Dies zeigt sich insbesondere darin, dass sie finanzielle und militärische Bedrohungen mit einer grösseren Wahrscheinlichkeit für möglich halten.

Weitere signifikante Einflüsse: Wie beim Bedrohungsempfinden wurde auch für die Einschätzungen der Bedrohungswahrscheinlichkeiten untersucht, wie stark diese mit dem allgemeinen Sicherheitsempfinden, der Zukunftseinschätzung für die Schweiz sowie der weltpolitischen Lage zusammenhängen (Tabelle 4.2). Zusätzlich wurde noch die Kri-

minalitätsfurcht hinzugezogen. Für fast alle untersuchten bivariaten Zusammenhänge sind kleine bis mittlere signifikante Effektstärken feststellbar. Mit höherem allgemeinen Sicherheitsempfinden geht eine tiefere Anzahl der Nennungen, welche die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Bedrohungsform als erhöht einstufen, einher. Eine höhere Kriminalitätsfurcht hingegen korreliert positiv mit der Beurteilung der Wahrscheinlichkeit der erfragten Bedrohungsform mit Ausnahme von der Wahrscheinlichkeitsbeurteilung von Bedrohungen durch Cyber-Angriffe oder Fake News, bei denen keine signifikanten Korrelationen gemessen werden. Mit einer positiven Beurteilung der Zukunft der Schweiz sowie einer positiveren Sicht auf die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage korrespondieren tiefere Wahrscheinlichkeitsbeurteilungen von Bedrohungen.

Mittels linearen Regressionen wurde weiter untersucht, inwiefern das Interesse an Sicherheitspolitik mit den Wahrscheinlichkeitseinschätzungen zusammenhängen. Im Allgemeinen wird festgestellt, dass Personen, die ein stärkeres Interesse an Sicherheitspolitik angeben, die Eintrittswahrscheinlichkeit von Bedrohungen höher bewerten. Dies gilt für die Beurteilung von Bedrohungen durch Cyber-Angriffe, durch Fake News, durch Terroranschläge, durch technische Katastrophen, durch Migration und durch militärische Angriffe. Eine höhere Einstufung der Wahrscheinlichkeit von Cyber-Angriffen, einer Wirtschaftskrise oder technischer Katastrophen geht einher mit einem tieferen Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft. Personen, welche die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie höher einstufen, geben eine grössere Betroffenheit durch die COVID-19-Pandemie im Arbeits- und Familienleben sowie im Umgang mit dem/der besten Kolleg*in an und haben ein höheres Vertrauen in die Wissenschaft. Das Vertrauen in die Medien ist für Befragte tiefer, wenn diese eine höhere Gefährdung der Gesellschaft durch Fake News rapportieren. Personen, welche ein höheres Vertrauen in die Armee haben, sehen militärische Angriffe als wahrscheinlicher.

Die neun erfragten Wahrscheinlichkeitsbeurteilungen korrelieren untereinander. Zudem liegt hinter den erfragten Aspekten jeweils nur eine Messdimension: Man hält Bedrohungen für wahrscheinlicher oder man hält diese für nicht wahrscheinlicher, unabhängig von der Bedrohungsform. Personen, welche eine bestimmte Bedrohungsform für wahrscheinlicher halten, stufen auch alle anderen Bedrohungsformen tendenziell als wahrscheinlicher ein. Theoretische Forschungen zum Thema Bedrohung zeigen, dass sich neue Bedrohungen mit der klassischen Bedrohungsform des bewaffneten Konfliktes vermengen (Häsler Sansano 2021, 2) und sich untereinander nicht trennscharf abgrenzen. Gemeinsam an den neuen Bedrohungsformen ist, dass sie geografisch näher rücken, stärker untereinander verknüpft und unübersichtlicher geworden sind (ebd.). Aufgrund der vernetzten Welt machen Bedrohungen z.B. durch den Klimawandel, Cyberangriffe oder terroristische Anschläge vor nationalen Grenzen nicht Halt (ebd., 8). Die Vermengung, Vernetzung und Nicht-Abgrenzbarkeit von Bedrohungen stützen die Beobachtung, dass

wenn Personen eine bestimmte Bedrohung wahrnehmen, auch andere Bedrohungen wahrgenommen werden.

Fazit zur subjektiven Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit ausgewählter Bedrohungen: Schweizer*innen erachten die Wahrscheinlichkeit des Eintretens der ausgewählten Bedrohungsformen mit einem Gesamtmittelwert von 5.1 (+0.7) als «mittelmässig wahrscheinlich» und damit höher als 2015 (4.4). Dieser Anstieg ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass gegenüber 2015 die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie, eines Cyber-Angriffes und einer Wirtschaftskrise als höher eingestuft werden. Es lässt sich daraus der Schluss ableiten, dass wenn Bedrohungsformen eine gewisse Aktualität aufweisen, deren Wahrscheinlichkeit des Eintretens höher bewertet wird.

Fazit: Auch im Januar 2021 fühlen sich Schweizer*innen sehr sicher und empfinden zentrale Gesellschaftsbereiche in der Schweiz als nur sehr wenig bedroht. Während der Zukunftsoptimismus für die Schweiz auf hohem Niveau etwas gesunken ist, sehen die Befragten die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage weniger pessimistisch als in den vergangenen fünf Jahren. Eine Mehrheit der Schweizer*innen ist durch die COVID-19-Pandemie im Freizeitverhalten und im Umgang mit den besten Kolleg*innen betroffen. Bei den anderen hier untersuchten Lebensbereichen fällt die Betroffenheit deutlich geringer aus. Insgesamt hat die COVID-19-Pandemie keinen unmittelbaren Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Schweizer*innen.

Hinsichtlich des Bedrohungsempfindens spezifischer Gesellschaftsbereiche zeigt sich im Vergleich zum Jahr 2015 einzig bei den Arbeitsplätzen eine Zunahme der wahrgenommenen Gefährdung. Bei den Bedrohungsformen wird gegenüber 2015 die Wahrscheinlichkeit einer Pandemie, eines Cyber-Angriffes und einer Wirtschaftskrise höher eingestuft. Hingegen hat die wahrgenommene Bedrohung der Schweiz durch die Migration abgenommen.

5 Vertrauen in ausgewählte öffentliche Institutionen und Behörden

Vertrauen ist ein vielschichtiges Konzept. Was meinen wir, wenn wir einer Person sagen, dass wir ihr vertrauen? Das Magazin (Das Magazin 2018) ging dieser Frage in einem Essay nach und stellte fest, dass das moderne Leben ohne Vertrauen nicht funktionieren könne. Jeden Tag verlassen wir uns darauf, dass sich die anderen Verkehrsteilnehmer*innen an die Regeln halten, der Zug pünktlich fährt und die behandelnden Ärzt*innen ihr Bestes geben. Vertrauen gibt uns eine gewisse Planungs- und Handlungssicherheit und ermöglicht uns, dass wir uns auf unsere Mitmenschen verlassen können. Grund dafür ist, dass wir bis zu einem gewissen Grad abschätzen können, wie unsere Mitmenschen handeln werden. Gemäss Luhmann dient das Vertrauen «einer Reduktion der Komplexität» (Luhmann 1968, 20). Vertrauen ist also gewissermassen eine Heuristik, die uns vereinfacht, Entscheidungen zu fällen, sobald wir in etwas oder eine Person Vertrauen gefasst haben. Wir verlassen uns auf unser Vertrauen, weil es sehr kostenintensiv wäre, wenn wir in jeder Alltagssituation gänzlich neu beurteilen müssten, wie sich andere wohl verhalten würden. Luhmann (Luhmann 1968) bezeichnet das Vertrauen aber als eine «riskante Vorleistung», da man nie wissen könne, wie andere reagieren und handeln werden. Ohne diese riskante Vorleistung wäre der menschliche Alltag sehr mühsam und beschwerlich. Vertrauen ist daher auch mit den Begriffen Sicherheit und Stabilität verbunden.

Die Neue Zürcher Zeitung (Neue Zürcher Zeitung 2018b) ergründete im Herbst 2018 verschiedene Aspekte des Vertrauens und lieferte eine mit diversen Beispielen gespickte Übersicht zu dieser Thematik. Zuerst wurde die Frage gestellt, wie Vertrauen überhaupt entstehen kann. So wurde beispielsweise die Geschichte eines gesellschaftlich geächteten israelischen Militärdienstverweigerers, der einem Fotojournalisten Vertrauen schenkte und bei dessen Fotoserie erkennbar mitmachte, erzählt. Oder auch die Geschichte einer Journalistin, die sich das Vertrauen einer rechtsradikalen Widerstandsbewegung erarbeitete – und so Teil eines Jugendcamps sein konnte –, welche ansonsten sehr misstrauisch gegenüber Fremden ist (Neue Zürcher Zeitung 2018c). In beiden Fällen brauchten die Journalist*innen Zeit und wiederkehrende Interaktionen, um das Vertrauen ihrer Zielpersonen zu erlangen. Die Neue Zürcher Zeitung (Neue Zürcher Zeitung 2018d) erzählte ausserdem das Beispiel eines Schweizer Kampffjetpiloten, der das Vertrauen in seine Fähigkeiten nur langsam zurückgewinnen konnte, nachdem er mit einem Kampfflieger der Schweizer Luftwaffe abgestürzt war. Und wie er den Dienst zwei Jahre später quittierte, obwohl er mittlerweile wieder regelmässig flog. Grund für die Quittierung des Dienstes war der Flugzeugabsturz eines guten Freundes, welcher dabei ums Leben kam.

Vertrauen kann man jedoch nicht nur in Einzelpersonen haben, sondern auch in Gruppen von Menschen, Organisationen und Institutionen. Beispielsweise in staatliche Organisationen, wie Regierungen, Parlamente, Parteien, in die Landeswährung oder in das Rechtssystem. Staatliche Institutionen basieren inhärent auf Beständigkeit und Vertrauen, was eine gewisse Handlungs- und Planungssicherheit gewährleistet. Die Neue Zürcher Zeitung (Neue Zürcher Zeitung 2018e) schrieb dazu in einem Erfahrungsbericht aus Venezuela, wie die Hyperinflation das Vertrauen in die staatlichen Institutionen untergrub und Venezolaner*innen sich dafür scheinbar gegenseitig wieder verstärkt vertrauten. Diese Beispiele zeigen, wie wertvoll Vertrauen in staatliche Institutionen ist und wie nachhaltig die Schädigung dessen sein kann. Im internationalen Vergleich zeigen sich dabei teils grosse Unterschiede zwischen dem allgemeinen Vertrauen in Institutionen (Neue Zürcher Zeitung 2018f).

Dabei wird das Vertrauen durch verschiedene Faktoren beeinflusst. So sind in vielen Ländern die Korruption, mafiose Strukturen, schlecht funktionierende Justizsysteme und Bürgerkriege die Hauptgründe für das fehlende Vertrauen in staatliche Institutionen. Ein Grund für fehlendes Vertrauen kann auch ein fehlerhaftes Kommunikationsverhalten sein. Da den meisten Stimmbürger*innen die Zeit fehlt, sich grundlegend über Organisationen zu informieren, müssen sie sich auf deren Kommunikation verlassen. Die Theorie des öffentlichen Vertrauens argumentiert hier, dass eine kompetente, transparente und moralisch korrekte Kommunikation vertrauensfördernd wirken kann, das Gegenteil jedoch vertrauenshemmend ist (Bentele 1994).

Eine andere Sicht auf das Vertrauen in politische Institutionen besagt hingegen, dass das Vertrauen in Behörden und Institutionen nicht unabdingbar sei. Jede öffentliche Institution brauche stattdessen eine sorgfältige und aufmerksame Kontrolle von aussen. Das konsequente Einhalten von Gesetzen und die effiziente Erfüllung der Aufgaben bilden den besten Weg, um eine funktionierende Gesellschaft zu ermöglichen. Uneingeschränktes Vertrauen der Bürger*innen sei in dieser Hinsicht nicht förderlich (Budnik 2018). Man kann daher von einem ambivalenten Verhältnis zwischen Vertrauen und funktionierenden Institutionen ausgehen. Gerade in demokratischen Staaten beruht der Erfolg von Institutionen auf der Möglichkeit, sein Misstrauen zu äussern und unabhängige Untersuchungen einzufordern (Decker et al. 2019, 12).

Gleichwohl kann dies als Indikator für eine gut funktionierende und stabile Gesellschaft gewertet werden, wenn Bürger*innen ein hohes Vertrauen in Behörden und Institutionen haben. Das Vertrauen in eine staatliche Institution, bzw. in eine Behörde, kann einerseits die Zufriedenheit, bzw. die Unzufriedenheit, mit der Leistung ausdrücken, andererseits die Akzeptanz und Legitimation dieser Institution für die Gesellschaft insgesamt aufzeigen. In der Regel werden kurzfristige Vertrauensschwankungen mit der Zufriedenheit oder

Unzufriedenheit der erbrachten Leistungen in Zusammenhang gebracht. Längerfristige Veränderungen stehen dagegen mit der Legitimation der jeweiligen Behörde oder Institution in Beziehung. Während kurzfristige Vertrauensschwankungen zu einem gewissen Grad normal sind, deutet ein langfristig beobachteter Vertrauensverlust in eine staatliche Institution auf eine Legitimationskrise hin.

Als erstes wird in diesem Kapitel auf das Vertrauen der Schweizer Stimmbevölkerung in neun ausgewählte Institutionen und Behörden eingegangen. Danach wird das Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheitsgefühl bzw. Zukunftsoptimismus analysiert.

5.1 Institutionen-Vertrauensindex

Das Vertrauen in ausgewählte Institutionen und Behörden wird seit 1995 regelmässig erhoben.¹ Zu den abgefragten Institutionen und Behörden gehören die Armee, der Bundesrat, das Eidgenössische Parlament, die Gerichte, die Medien, die politischen Parteien, die Polizei und die Schweizer Wirtschaft. Seit 2018 wird zusätzlich auch das Vertrauen der Schweizer Stimmbevölkerung in die Wissenschaft erhoben. Das Vertrauen wird anhand einer Skala von 1 bis 10 gemessen, wobei 1 «überhaupt kein Vertrauen» und 10 «volles Vertrauen» bedeutet. In Tabelle 5.1 sind die gerundeten Mittelwerte in absteigender Rangfolge dargestellt. Beim Institutionen-Vertrauensindex wird die Wissenschaft nicht berücksichtigt, weil sie erst im vierten Jahr erhoben wird.

Das allgemeine Vertrauen in die regelmässig untersuchten Institutionen fällt im Jahr 2021 sehr hoch aus. Mit einem Mittelwert von 6.8 (+0.1 im Vergleich zum Januar 2020) schliesst auch das Jahr 2021 an die Serie der vergangenen Jahre an, welche sich durch ihr überdurchschnittlich hohes Vertrauen auszeichnen (\bar{X} 2007–2021: 6.5, +0.3). Das Vertrauen in sämtliche befragte Institutionen und Behörden ist im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt signifikant höher. Dies kann als Zeichen der hohen Legitimität und Stabilität der zentralen politischen Institutionen in der Schweiz und in der Zufriedenheit in diese interpretiert werden.

In diesem Jahr erreicht der Vertrauenswert der Gerichte einen Höchststand der jährlichen Erhebungen.² Für die Polizei und die Schweizer Wirtschaft werden die Werte des Vorjahres bestätigt. Die Vertrauenswerte der Wissenschaft, der Armee sowie der Medien haben sich unmerklich erhöht. Signifikant angestiegen gegenüber dem Januar 2020

1 Seit 2015 wird der Vertrauensindex ab dem Jahr 2007 dargestellt. Seither werden – im Gegensatz zu früheren Berichten – neu auch die politischen Parteien in die Berechnung für das mittlere Vertrauen miteinbezogen. Dies hat zur Folge, dass das mittlere Vertrauen im Vergleich zur Studie «Sicherheit 2014» andere Werte aufweist. Für Daten vor 2007 bzw. die Berechnung des mittleren Vertrauens ohne politische Parteien kann die Studie «Sicherheit 2014» konsultiert werden (Svircev Tresch et al. 2014, 103).

2 Die Vertrauenswerte des Bundesrates und des Eidgenössischen Parlamentes erreichten in der Nachbefragung im Juli 2020 einen historischen Höchstwert (vgl. Abschnitt «Unterschied zur Nachbefragung im Juli 2020»).

sind die Vertrauenswerte der Gerichte, des Bundesrats, des Eidgenössischen Parlaments in Bern, der politischen Parteien sowie das durchschnittliche Vertrauen. Im Gegensatz zum Vorjahr sind somit alle Vertrauenswerte entweder gestiegen oder stabil geblieben. Der leichte Anstieg des Vertrauens in die Institutionen und Behörden hängt vermutlich mit der COVID-19-Pandemie zusammen.

Die Rangfolge des Vertrauens in die Institutionen und Behörden, gemessen am jeweilig gerundeten Vertrauens-Mittelwert, bleibt im Jahr 2021 beinahe unverändert, ausser dass das Eidgenössische Parlament neu gleichauf mit der Schweizer Wirtschaft ist. Nach wie vor erfährt die Polizei unter den Institutionen und Behörden das höchste Vertrauen (7.9, ± 0.0), gefolgt von den Gerichten (7.6, $+0.2$) und dem Bundesrat (7.3, $+0.2$). Dem Eidgenössischen Parlament ($+0.1$) und der Schweizer Wirtschaft (± 0.0) wird mit einem Mittelwert von 6.9 gleich viel Vertrauen entgegengebracht. Wie bereits im Vorjahr entspricht das Vertrauen in die Armee mit 6.8 ($+0.1$) Punkten dem Mittelwert von 6.8 des Institutionen-Vertrauensindex. Die nach wie vor relativ hohe Standardabweichung (SD) bei der Armee verweist darauf, dass die Meinungen bezüglich Vertrauen in die Armee stärker differieren als bei den anderen Institutionen. Entsprechend des Trends der letzten Jahre ist das Vertrauen in die politischen Parteien (5.6, $+0.2$) und in die Medien (5.5, $+0.1$) deutlich tiefer.

Seit 2018 wird zudem das Vertrauen in die Wissenschaft erhoben. Für den Fortbestand einer Gesellschaft ist die Wissenschaft essentiell, da durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse Innovationen in den verschiedensten Gesellschaftsbereichen generiert werden können. Im Idealfall stehen Wissenschaftler*innen als Expert*innen zur Verfügung und vertreten eine von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Interessen unabhängige Position.³ Daher ist von Interesse, inwiefern Schweizer*innen der Wissenschaft diese Rolle zusprechen.

Das Vertrauen in die Wissenschaft erreicht mit 7.8 ($+0.1$) den zweithöchsten Vertrauenswert aller erfragten Institutionen und bewegt sich seit Messbeginn in einem stabilen und hohen Bereich. Dies verweist auf eine beständige vertrauensvolle Haltung in der Schweizer Bevölkerung. Der ausgesprochen hohe Wert zeugt zudem davon, dass die Wissenschaft von den Schweizer*innen nach wie vor als unabhängige und seriöse gesellschaftliche Institution wahrgenommen wird. Die Wissenschaft weist darüber hinaus die tiefste Standardabweichung (SD) auf. Dies entspricht dem Trend der letzten Jahre. Somit herrscht bezüglich Vertrauen in die Wissenschaft am meisten Einigkeit unter den Schweizer*innen. Es kann nicht bestimmt werden, inwieweit die Befragten beim allgemeinen Begriff «Wissenschaft» eher an Natur- oder Sozial- und Geisteswissenschaften

3 Vgl. die «Swiss National COVID-19 Science Task Force» als aktuelles Beispiel einer solchen wissenschaftlichen Expertengruppe (BAG 2020c).

Tabelle 5.1
Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 2007 bis 2021
Institutionen-Vertrauensindex (VI): gerundete Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10
(1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen», nach Vertrauensmass sortiert)

	'07	'08	'09	'10	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'20/II	'21	SD	20/21	20/II/21	VI	07-21	07-21/21	Δ
Polizei	7.3	7.2	6.9	7.2	7.1	7.6	7.6	7.5	7.7	7.9	7.9	8.0	8.0	7.9	7.8	7.9	1.6	±0.0	+0.1	1.1	7.6	0.3	0.3
Wissenschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.6	7.6	7.7	7.7	7.8	1.5	+0.1	+0.1	1.0	7.7	0.1	0.1
Gerichte allgemein	7.0	7.0	6.7	6.9	6.6	7.0	7.1	7.0	7.2	7.3	7.4	7.4	7.4	7.4	7.3	7.6	1.7	+0.2*	+0.3*	0.8	7.1	0.5	0.5
Bundesrat	6.3	6.5	6.5	5.9	5.9	6.8	6.7	6.7	7.0	7.0	7.1	7.0	7.1	7.1	7.7	7.3	1.9	+0.2*	-0.4*	0.5	6.8	0.5	0.5
Eidg. Parlament	6.1	6.3	6.2	5.9	5.7	6.2	6.3	6.4	6.4	6.5	6.6	6.4	6.7	6.8	7.1	6.9	1.7	+0.1*	-0.2	0.1	6.4	0.5	0.5
CH-Wirtschaft	6.7	6.7	6.2	6.4	6.6	6.6	6.6	6.9	6.8	6.8	6.9	7.0	7.0	6.9	7.0	6.9	1.6	±0.0	-0.1	0.1	6.7	0.2	0.2
Armee	6.6	6.5	5.9	6.1	6.0	6.3	6.2	6.4	6.5	6.7	6.8	6.6	6.6	6.7	6.8	6.8	2.1	+0.1	±0.0	0.0	6.5	0.3	0.3
Politische Parteien	5.1	5.2	4.9	5.1	4.9	5.1	5.3	5.4	5.3	5.3	5.5	5.4	5.6	5.4	5.5	5.6	1.7	+0.2*	+0.1	-1.2	5.3	0.3	0.3
Medien	5.0	4.9	4.6	4.9	4.9	5.1	5.3	5.2	5.3	5.1	5.5	5.7	5.8	5.4	5.4	5.5	1.9	+0.1	+0.1	-1.3	5.2	0.3	0.3
VI	6.3	6.3	6.0	6.1	6.0	6.3	6.4	6.4	6.5	6.6	6.7	6.7	6.8	6.7	6.8	6.8	1.2	+0.1*	±0.0	-	6.5	0.3	0.3

* signifikanter Unterschied, t-test, 5% Irrtumswahrscheinlichkeit

SD Standardabweichung

VI Institutionen-Vertrauensindex⁴ (Mittelwert des Vertrauens in alle Institutionen, ohne das Vertrauen in die Wissenschaft)

Δ Differenz

Ø Durchschnitt

4 Reliabilität des Vertrauensindex 2020 mit Gesamtvertrauen: Cronbachs $\alpha = 0.87$.

gedacht haben, da keine Definition vorgegeben wurde.⁵ Das Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich hat im Jahr 2020 in Zusammenarbeit mit dem Institut für Kommunikationswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster eine COVID-19-Edition des «WissensCHAftsbarometer Schweiz» publiziert. Die Resultate dieser Studie zeigen, dass die Schweizer Bevölkerung in der COVID-19-Pandemie ein erhöhtes Vertrauen in die Wissenschaft hat. So bewerteten 67% (+11 Prozentpunkte) der Schweizer Wohnbevölkerung ihr Vertrauen in die Wissenschaft als «hoch» oder «sehr hoch» (WissensCHAftsbarometer Schweiz COVID-19-Edition 2020).⁶ Die dargelegten Befunde können als Ausdruck davon betrachtet werden, dass die Wissenschaft im Allgemeinen in der Schweizer Wohn- und Stimmbevölkerung grosses Ansehen geniesst.

Unterschied zur Nachbefragung (NBF) im Juli 2020: Im Vergleich zur NBF hat sich das Vertrauen in die Gerichte und in den Bundesrat in diesem Jahr signifikant verändert. Das Vertrauen in die Gerichte lag im Juli 2020 bei einem Mittelwert von 7.3 und ist seitdem um +0.3 Punkte gestiegen. Das Vertrauen in den Bundesrat erreichte im Juli 2020 einen Höchststand (7.7, +0.4 gegenüber Januar 2021) und ist unterdessen zwar wieder leicht gesunken, aber gegenüber den anderen Erhebungsjahren am höchsten. Der erreichte Höchststand des Vertrauenswertes in den Bundesrat im Sommer 2020 und das immer noch sehr grosse Vertrauen im Januar 2021 kann als Indiz dafür betrachtet werden, dass die Schweizer Bevölkerung dem Bundesrat im Umgang mit der COVID-19-Pandemie generell vertraut. Das Vertrauen in die weiteren Institutionen und Behörden ist 2021 gegenüber der Nachbefragung unverändert geblieben oder hat sich nicht signifikant verändert. So liegt das durchschnittliche Gesamtvertrauen in beiden Erhebungen bei 6.8.

Soziodemografische Einflüsse: Es ist anzunehmen, dass eigene Erfahrungen das Vertrauen in Behörden und öffentliche Institutionen beeinflussen. So könnte das Vertrauen höher ausfallen, wenn man eine Institution aufgrund der eigenen Sozialisation als stärker legitimiert betrachtet (Luhmann 1968). Die wahrgenommene Legitimation einer Institution kann je nach Geschlecht, Sprachregion, Alter, Bildungsgrad und politischer

- 5 Verschiedene Studien zeigen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Wissenschaft je nach Thema stark variiert. In Deutschland geniesst beispielsweise die «Forschung zu erneuerbaren Energien» (53%) deutlich mehr Anerkennung als diejenige zur «Gentechnik» (17%) (Wissenschaft im Dialog/TNS Emnid 2016). Das Vertrauen in die Wissenschaft unterscheidet sich auch in Abhängigkeit von der Forschungsorganisation, wobei Wissenschaftler*innen an Universitäten (56%) mehr Vertrauen entgegengebracht wird als Wissenschaftler*innen aus der Industrie und Wirtschaft (30%) (Wissenschaft im Dialog/Kantar Emnid 2019).
- 6 Die Daten der COVID-19 Edition des «WissensCHAftsbarometer Schweiz» wurden im November 2020 im Rahmen einer repräsentativen Online-Befragung der Schweizer Wohnbevölkerung (Deutsch /Französisch / Italienisch) ab 15 Jahren mit Internetzugang (N = 1072) erhoben.

Einstellung variieren. Tabelle 5.2 veranschaulicht die bivariaten Korrelationen zwischen dem Vertrauen in Institutionen und Behörden und den soziodemografischen Merkmalen anhand des Zusammenhangsmasses Cramérs V (siehe Anhang I Methode, Abschnitt II). Die Tabellenübersicht bezieht sich auf Cramérs V, um Effektstärken bivariater Zusammenhänge unterschiedlich skaliertter Variablen mit sich unterscheidender Anzahl von Antwortkategorien gut vergleichen zu können. Die Richtungsinterpretation der Effektstärke entspricht der Verteilung innerhalb der Kreuztabelle von zwei Variablen. Diese Zusammenhänge bleiben auch in einer multiplen linearen Regression bestehen, sofern nicht anders angegeben.

Tabelle 5.2

Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und soziodemografischen Merkmalen

2021

	Polizei	Gerichte	Bundesrat	CH-Wirtschaft	Eidg. Parlament	Armee	Politische Parteien	Medien	Wissenschaft
Weiblich		-		--					-
Deutschschweiz					-		+		
Je älter		-				+			-
Je höher gebildet		+							+
Je politisch rechter	+			++		++		-	-

+ und - kleine, positive oder negative Effektstärken: $V = 0,1 - <0,2$

++ und -- mittlere, positive oder negative Effektstärken: $V = 0,2 - <0,3$

+++ und --- grosse, positive oder negative Effektstärken: $V > 0,3$

Das Vertrauen in die Polizei ist je nach politischer Einstellung unterschiedlich. Politisch links Orientierte bringen der Polizei weniger Vertrauen entgegen als Personen der politischen Mitte und des politisch rechten Lagers (links: 7.60, Mitte: 7.99, rechts: 8.05; $\gamma = -0.14$).⁷ Dieser Zusammenhang zwischen der politischen Einstellung und dem Vertrauen in die Polizei ist im langjährigen Vergleich sehr stabil.

Beim Vertrauen in die Gerichte unterscheiden sich die verschiedenen soziodemografischen Gruppen stärker voneinander. Unterschiede nach Bildungsniveau und Alter einer Person sind seit Jahren vorhanden. Befragte mit hoher Bildung haben ein signifikant

7 In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinal- und intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Erfolgt die Interpretation des Zusammenhangs mit dem Wortlaut «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» wird dies demzufolge stets mit einem positiven Korrelationskoeffizienten ausgewiesen. Findet der Wortlaut «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» für die Interpretation des Zusammenhangs Verwendung, wird dies mit einem negativen Korrelationskoeffizienten verdeutlicht.

höheres Vertrauen in die Gerichte als Personen mit tiefer und mittlerer Bildung (tief: 7.26, mittel: 7.35, hoch: 7.82; $\gamma = 0.18$). 18–29-Jährige vertrauen den Gerichten zudem signifikant mehr als Personen ab 60 Jahren (18–29-Jährige: 7.89, 30–59-Jährige: 7.64, ab 60-Jährige: 7.34; $\gamma = 0.15$). In diesem Jahr ist ausserdem das Vertrauen der Männer signifikant höher als dasjenige der Frauen (Frauen: 7.48, Männer: 7.68; $CC = 0.14$). Der Einfluss des Geschlechts entfällt allerdings in einer multiplen linearen Regression.

Wie bereits im letzten Jahr besteht zwischen den soziodemografischen Gruppen Konsens bezüglich Vertrauen in den Bundesrat. Der langjährige Effekt, dass Personen mit höherer Bildung ein höheres Vertrauen in den Bundesrat haben, ist daher in diesem Jahr nicht erkennbar.

Hingegen ist der Effekt, dass je politisch rechter eine Person steht, desto höher das Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft, dieses Jahr noch stärker ausgeprägt (links: 6.43, Mitte: 6.95, rechts: 7.37; $\gamma = 0.29$). Auch zwischen den Geschlechtern zeigen sich wie bereits in den letzten Jahren Unterschiede. Frauen haben demnach ein signifikant tieferes Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft als Männer (Frauen: 6.64, Männer: 7.17; $CC = 0.20$). Dieser Effekt ist etwas stärker als letztes Jahr.

Dieses Jahr weisen Deutschschweizer*innen in das Eidgenössische Parlament signifikant weniger Vertrauen auf als Personen aus den anderen beiden Sprachregionen der Schweiz (D-CH: 6.84, F-CH: 7.22, Tessin: 7.22; $CC = 0.12$).

Entsprechend den letzten Jahren wird das Vertrauen in die Armee massgeblich durch die politische Einstellung einer Person bestimmt. Je weiter rechts sich jemand positioniert, desto grösser ist das Vertrauen in die Armee (links: 5.85, Mitte: 7.15, rechts: 7.41; $\gamma = 0.36$). Dieser Effekt ist seit Messbeginn äusserst stabil. Konstant hält sich ausserdem der Effekt des Alters auf das Vertrauen in die Armee. Zum wiederholten Mal nimmt das Vertrauen in die Armee mit steigendem Alter zu. Dabei unterscheiden sich alle drei Altersgruppen signifikant voneinander (18–29-Jährige: 6.20, 30–59-Jährige: 6.69, ab 60-Jährige: 7.15; $\gamma = 0.20$). Dieser Einfluss ist etwas grösser als im Vorjahr und verschwindet im Gegensatz zum Vorjahr nicht, wenn die politische Orientierung einer Person berücksichtigt wird. Zusätzlich zeigt sich, dass Personen mit einem erhöhten sicherheitspolitischen Interesse der Armee mehr vertrauen ($\gamma = 0.23$). Wird in einer Regression berücksichtigt, ob jemand an Sicherheitspolitik interessiert ist und zudem Militärdienst geleistet hat, wird das Geschlecht ebenfalls signifikant. Vergleicht man demnach Männer und Frauen, die keinen Militärdienst geleistet haben, dann haben Frauen das grössere Vertrauen in die Armee als die Männer.

Wie bereits im Vorjahr bringen dieses Jahr Personen aus der Deutschschweiz den politischen Parteien ein signifikant höheres Vertrauen entgegen als Befragte aus den anderen beiden Sprachregionen (D-CH: 5.74, F-CH: 5.22, Tessin: 5.69; $CC = 0.15$).

Übereinstimmend mit früheren Jahren unterscheidet sich das Vertrauen in die Medien nach politischer Orientierung signifikant. Politisch rechts ausgerichtete Personen bringen den Medien demnach ein tieferes Vertrauen entgegen als Befragte, die sich in der politischen Mitte oder im politisch linken Lager einordnen (links: 5.77 Mitte: 5.54, rechts: 5.10; $\gamma = -0.16$).

Das Vertrauen in die Wissenschaft unterscheidet sich nach soziodemografischer Zugehörigkeit etwas stärker als in den Vorjahren. Seit Messbeginn des Vertrauens in die Wissenschaft im Jahr 2018 besteht der Effekt, dass mit steigender Bildung auch das Vertrauen in die Wissenschaft zunimmt (tief: 7.51, mittel: 7.49, hoch: 8.01; $\gamma = 0.23$). Analog zu den Jahren 2018 und 2019 übt das Geschlecht einen Einfluss auf das der Wissenschaft entgegengebrachte Vertrauen aus. Frauen vertrauen der Wissenschaft signifikant weniger als Männer (Frauen: 7.59 Männer: 7.92; $CC = 0.14$). Erstmals zeigt sich ein signifikanter Unterschied zwischen den Altersgruppen und dem Vertrauen in die Wissenschaft. 18–29-Jährige vertrauen der Wissenschaft mehr als Personen zwischen 30 und 59 Jahren und Personen ab 60 Jahren (18–29-Jährige: 8.14, 30–59-Jährige: 7.66, ab 60-Jährige: 7.69; $\gamma = 0.10$). In einer multiplen linearen Regression ist dieser Einfluss jedoch nicht mehr vorhanden. Ebenfalls zum ersten Mal unterscheidet sich das Vertrauen in die Wissenschaft in Abhängigkeit von der politischen Orientierung einer Person. Politisch links Orientierte haben ein signifikant höheres Vertrauen in die Wissenschaft als die politische Mitte und Personen des politisch rechten Spektrums (links: 8.04 Mitte: 7.63, rechts: 7.61; $\gamma = 0.13$). Generell vertrauen Personen, die sich politisch links einstufen, von allen Institutionen der Wissenschaft am meisten.

Unterschied zur Nachbefragung (NBF) im Juli 2020: Das Antwortverhalten der diesjährigen Befragung unterscheidet sich nicht wesentlich nach soziodemografischer Zugehörigkeit von der NBF. Im Sommer 2020 waren drei statistisch signifikante Zusammenhänge vorhanden, die ein halbes Jahr später nicht mehr vorkommen. In der Nachbefragung zeigte sich der Effekt, dass Befragte aus der Deutschschweiz der Polizei und den Gerichten mehr vertrauten als Personen aus den anderen Sprachregionen der Schweiz. Zudem zeigte sich ein höheres Vertrauen von Personen ab 60 Jahren in den Bundesrat gegenüber der jüngsten Altersgruppe (18–29-Jährige).

5.2 Verhältnis zwischen Vertrauen, Sicherheitsgefühl und Zukunftsoptimismus

In hoch arbeitsteilig organisierten Gesellschaften wie der Schweiz ist Vertrauen eine wichtige sicherheitsstiftende Funktion. In dem Masse, in welchem Abläufe und das Funktionieren lebenswichtiger komplexer Systeme von den einzelnen Gesellschafts-

mitgliedern immer weniger oder nicht (mehr) durchschaut werden können, hilft Vertrauen, Komplexität zu reduzieren (Luhmann 1968). Vertrauen manifestiert sich dabei als ein Gefühl, dass «Personen oder Instanzen die Dinge schon richtigmachen» werden. Es kann angenommen werden, dass ein Zusammenhang zwischen einer optimistischen Zukunftserwartung für die Schweiz bzw. dem Sicherheitsgefühl und dem Vertrauen in Institutionen besteht. Somit stellt sich die Frage, wie eng das Vertrauen in Institutionen und das Sicherheitsgefühl bzw. die Zuversicht für die Schweiz miteinander verknüpft sind.

In Tabelle 5.3 sind die Koeffizienten der signifikanten Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die erfassten Institutionen und dem allgemeinen Sicherheitsempfinden, bzw. dem Zukunftsoptimismus in die Schweiz dargestellt.⁸ Ein positiver Wert bedeutet, dass Befragte, die einer Institution vertrauen, sich sicherer fühlen bzw. optimistischer in die Zukunft der Schweiz blicken. Zurzeit weisen die Korrelationsmasse aller Institutionen und Behörden auf positive Zusammenhänge hin.

*Tabelle 5.3
Signifikante Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen
und Sicherheitsgefühl bzw. nationalem Optimismus 2021*

	Allgemeines Sicherheitsgefühl γ	Zukunftsoptimismus bezüglich Schweiz γ
	2021	2021
Polizei	0.22	0.23
Gerichte allgemein	0.21	0.35
Bundesrat	0.34	0.43
Schweizer Wirtschaft	0.25	0.31
Eidg. Parlament	0.30	0.34
Armee	0.11	0.12
Politische Parteien	0.17	0.34
Medien	0.16	0.33
Wissenschaft	0.22	0.33

Das allgemeine Sicherheitsempfinden steht regelmässig in deutlichem Zusammenhang mit dem Vertrauen in die öffentlichen Institutionen. So zeigt sich auch in diesem Jahr, dass Personen, die den öffentlichen Institutionen mehr vertrauen, sich im Allgemeinen sicherer fühlen, bzw. wer sich im Allgemeinen sicherer fühlt, vertraut den Institutionen auch stärker.

Im Jahr 2021 steht das Vertrauen in den Bundesrat und in das Eidgenössische Parlament vergleichsweise am stärksten in Beziehung zum allgemeinen Sicherheitsgefühl.

⁸ Hier wird der Gamma-Koeffizient (γ) verwendet, da die Variablen allgemeines Sicherheitsgefühl und Zukunftsoptimismus bezüglich Schweiz dieselbe Dimension (eine 4er-Skala, «sehr», «eher», «eher nicht», «überhaupt nicht») haben. Daher ist es möglich, die Effektstärken der Gamma-Koeffizienten untereinander zu vergleichen.

Dies bedeutet, dass Schweizer*innen, die ein hohes Vertrauen in den Bundesrat und das Eidgenössische Parlament haben, sich im Allgemeinen sicherer fühlen bzw. wer sich sicher fühlt, vertraut dem Bundesrat und dem Eidgenössischen Parlament. Bereits im Vorjahr war die Korrelation des Vertrauens in den Bundesrat und des allgemeinen Sicherheitsgefühls am höchsten. Wer zudem ein hohes Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft hat, fühlt sich ebenfalls im Allgemeinen sicherer. Ebenso fühlen sich Befragte, die der Polizei, den Gerichten oder der Wissenschaft stärker vertrauen, sicherer. Nach wie vor schwächer ist dagegen die Wechselwirkung zwischen dem allgemeinem Sicherheitsempfinden und dem Vertrauen in die Medien sowie dem Vertrauen in die Armee. Letzterer Zusammenhang ist erneut am wenigsten stark ausgeprägt. Zudem ist die Korrelationen zwischen dem Vertrauen in die politischen Parteien und dem allgemeinen Sicherheitsgefühl schwächer als im Vorjahr.

Das Vertrauen in die Behörden und Institutionen steht insbesondere auch in Zusammenhang damit, wie eine Person die nähere Zukunft der Schweiz einschätzt. Dies ist entsprechend dem Vorjahr am stärksten beim Vertrauen in den Bundesrat ausgeprägt. Die Aussage, dass ein stärkeres Vertrauen mit einer positiveren Einschätzung der Zukunft einhergeht, gilt zudem auch für die Gerichte, die Schweizer Wirtschaft, das Eidgenössische Parlament, die politischen Parteien, die Medien und die Wissenschaft. Die Wechselwirkung zwischen dem Zukunftsoptimismus bezüglich der Schweiz und dem Vertrauen in die Polizei ist demgegenüber etwas geringer. Der Zusammenhang zwischen Vertrauen in die Armee und dem Optimismus bezüglich der Zukunft der Schweiz ist zudem immer noch vergleichsweise weniger deutlich ausgeprägt.

Die erläuterten Zusammenhänge bleiben auch in einer multiplen linearen Regression unter Kontrolle der soziodemografischen Variablen Alter, Bildungsniveau, Geschlecht, Sprachregion, politische Einstellung und Einkommen bestehen.

Fazit: Schweizer*innen haben nach wie vor ein hohes Vertrauen in die zentralen Institutionen der Gesellschaft. In diesem Jahr erreicht das Vertrauen in die Gerichte den Höchstwert der gesamten Messreihe. Im Sommer 2020, als die Nachbefragung durchgeführt wurde, zeigte sich ein historischer Höchstwert beim Vertrauen in den Bundesrat. Gegenüber dem letzten Jahr sind alle Vertrauenswerte entweder gestiegen oder stabil geblieben. Diese Entwicklung kann mit der COVID-19-Pandemie in Verbindung gebracht werden. Dies würde bedeuten, dass Schweizer*innen den Behörden und Institutionen im Umgang mit der COVID-19-Pandemie vertrauen. Das Vertrauen in die Gerichte, den Bundesrat, das Eidgenössische Parlament und in die politischen Parteien sowie folglich auch das mittlere Vertrauen ist gegenüber der Befragung im Januar 2020 statistisch signifikant gestiegen. Im Vergleich zur Nachbefragung hat sich das Vertrauen

in die Gerichte im Januar 2021 signifikant erhöht, dasjenige in den Bundesrat ist signifikant gesunken, aber im Jahresvergleich immer noch am höchsten.

Unverändert ist das Vertrauen der Schweizer*innen in die Polizei, die Wissenschaft und die Gerichte am höchsten. Auch dem Bundesrat wird nach wie vor überdurchschnittlich stark vertraut, während das Eidgenössische Parlament, die Schweizer Wirtschaft und die Armee in der Rangfolge nach Vertrauens-Mittelwert im mittleren Bereich liegen. Am wenigsten wird immer noch den politischen Parteien und den Medien vertraut. Es bestehen fortwährend gewisse Unterschiede beim Vertrauen in die Institutionen aufgrund soziodemografischer Merkmale. Dennoch sind keine beträchtlichen Gräben in der Gesellschaft festzustellen. Die stärksten Unterschiede sind nach politischer Einstellung. Demnach vertrauen Personen, die sich politisch rechts orientieren, besonders stark der Schweizer Wirtschaft und der Armee. Insgesamt zeigt sich einmal mehr, dass die öffentlichen Institutionen in der Schweiz zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl und zu einer optimistischen Zukunftsaussicht beitragen.

Trendstudie der Credit Suisse «Sorgenbarometer 2020»

Der «Credit Suisse Sorgenbarometer» untersucht jährlich die politischen und wirtschaftlichen Sorgen der Schweizer Stimmbevölkerung. Die Daten des «CS Sorgenbarometer 2020» wurden zwischen Juli und August 2020 in der ganzen Schweiz erhoben. Hierfür wurden insgesamt 1798 Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz nach einem Mixed-Mode-Ansatz befragt: 500 Face-to-Face, 478 via gfs.bern-Panel und 820 durch Online-Opt-in als Online-Rekrutierung über Social Media. Die Daten wurden nach methodischen und soziodemografischen (Alter/Geschlecht interlocked, Sprachregion und Partei) Kriterien gewichtet.

Die Kernthemen des «CS Sorgenbarometers» beinhalten die Sorgenwahrnehmung der Schweizer*innen sowie die Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Situation in der Schweiz. Dazu gehört auch die jährliche Erhebung des Vertrauens in Akteure aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Medien. Das Vertrauen wird jeweils auf einer Skala von 1 («kein Vertrauen») bis 7 («grosstes Vertrauen») gemessen.

Die Daten des «CS Sorgenbarometer 2020» verweisen nach dem deutlichen Einbruch des Vertrauens in nahezu allen abgefragten Institutionen im letzten Jahr auf eine Zunahme des Vertrauens. Das Vertrauen in den Bundesrat ist dabei am meisten gestiegen (Antwortoptionen 5–7 auf der Skala) und erreicht mit 68% (+18 Prozentpunkte) beinahe den Höchststand von 2013. Das Vertrauen in das Eidgenössische Parlament ist mit 51% (Ständerat, +7 Pp) und 48% (Nationalrat, +8 Pp) vergleichsweise hoch und hat sich gegenüber dem Vorjahr signifikant verändert. Genauso sieht das Vertrauen in die staatliche Verwaltung mit 48% (+8 Pp) aus. Am meisten, jedoch etwas weniger als im Vorjahr, wird der Polizei vertraut (70%, –2 Pp). Ebenfalls verhältnismässig hoch, jedoch leicht gesunken, ist das Vertrauen in das Bundesgericht (63%, –3 Pp), die Schweizerische Nationalbank (57%, –1 Pp) sowie die Armee mit 48% (–2 Pp). Des Weiteren sind die Vertrauenswerte der bezahlten Zeitungen (36%, +6 Pp), der politischen Parteien (22%, +5 Pp), der EU (19%, +5 Pp) und der Gratiszeitungen (17%, +1 Pp) angestiegen. Diesen Institutionen wird jedoch auf vergleichsweise tiefem Niveau vertraut. Das Vertrauen in das Fernsehen liegt mit 36% (–8 Pp) in der Mitte und ist gesunken.

Credit Suisse (Schweiz) AG, Public Policy Switzerland (Hrsg.) (2020). *Kompass für die Schweiz. Die Schweiz im Jahr der Pandemie: Resultate und Interpretationen zum Credit Suisse Sorgenbarometer 2020*. gfs.bern (2020a). *Wiederbelebung der Willensnation Schweiz in Zeiten der Krise*. Credit Suisse Sorgenbarometer 2020. Bern. Credit Suisse Sorgenbarometer 2020. Bern.

«Chancenbarometer 2020»

Das «Chancenbarometer» wurde im Jahr 2020 lanciert und wird fortan als jährliche Studie publiziert. Die Studie fokussiert speziell auf Chancen und möchte diese sowohl sichtbar als auch greifbarer machen. Die Grundgesamtheit umfasst Einwohner*innen der Schweiz ab 16 Jahren, die Deutsch, Französisch oder Italienisch sprechen. Die Datenerhebung für den «Chancenbarometer 2020» erfolgte schweizweit zwischen dem 11. August 2020 und dem 7. September 2020. Insgesamt wurden 3298 Personen befragt, 1003 aus dem gfs.bern-Panel und 2295 durch freie Online-Rekrutierung via Social Media und News-Plattformen. Die Daten wurden nach soziodemografischen Kriterien (Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Siedlungsart, Bildung, Partei) gewichtet, um die Schweizer Bevölkerung möglichst repräsentativ abzubilden.

Zu den Chancen und Herausforderungen zählt auch das Vertrauen in die Demokratie. Insgesamt zeigt sich ein hohes Vertrauen in die politischen Institutionen der Schweiz. Der Vertrauensanteil wurde binär gemessen (geringeres Vertrauen vs. grösseres Vertrauen). Das grösste Vertrauen erreichen der Bundesrat und das Rechtssystem der Schweiz mit je 72%. Grösseres Vertrauen haben die Bürger*innen der Schweiz auch in das Schweizer Parlament (66%). Etwas geringer, aber im internationalen Vergleich immer noch hoch, ist das Vertrauen in die politischen Parteien der Schweiz mit 49%.

LARIX Foundation (Hrsg.) (2020). *Chancenbarometer 2020. Wie wir die Schweiz von morgen gestalten*. (Projektleitung: Prof. Dr. Tina Freyburg, Universität St. Gallen; Projektpartner: gfs.bern).

«MOSAiCH COVID-19-Befragung Welle 1 und Welle 2»

Ergänzend zur jährlich stattfindenden sozialwissenschaftlichen MOSAiCH-Studie (Measurement and Observation of Social Attitudes in Switzerland) wurden vom Schweizer Kompetenzzentrum für Sozialwissenschaften (FORS) zwischen dem 30. April und dem 13. Juli 2020 (Erhebungswelle 1) sowie dem 2. Oktober und dem 1. November 2020 (Erhebungswelle 2) die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Gesellschaft in der Schweiz erhoben. Zur Teilnahme an diesen spezifischen COVID-19-Erhebungen wurden Personen eingeladen, die an der MOSAiCH 2020-Befragung teilgenommen haben, die zwischen Februar und April 2020 stattfand. Die Online-Befragungen der ersten Welle umfasst 2421 gültige Interviews und diejenige der zweiten Welle 1270 gültige Interviews von Personen, die in Privathaushalten in der Schweiz leben und mindestens 18 Jahre alt sind. Für eine bessere Repräsentativität der Schweizer Bevölkerung wurden die Ergebnisse nach den Variablen Alter, Geschlecht, Familienstand, Nationalität, Geburtsland, Stadt/Land, NUTS-2-Region (Klassifikation von Gebietseinheiten gemäss der europäischen Systematik «Nomenclature des unités territoriales statistiques») und Haushaltsgrösse gewichtet.

Das Vertrauen in verschiedene Schweizer Institutionen wurde auf einer 11er-Skala (0 «überhaupt kein Vertrauen» bis 10 «absolutes Vertrauen») abgefragt. Am meisten vertraut die Schweizer Bevölkerung den universitären Forschungszentren mit einem Mittelwert von 7.55 in der ersten Welle (W1) und 7.30 in der zweiten Welle (W2). Ebenfalls sehr hoch sind die Vertrauenswerte in das Bundesamt für Gesundheit (W1 = 7.26, W2 = 6.44) und den Bundesrat (W1 = 7.14, W2 = 6.70). Das Vertrauen in die kantonalen Behörden (W1 = 6.60,

W2=6.13) und das Schweizer Parlament (National- und Ständerat, W1=6.31, W2=6.12) bewegt sich im Mittelfeld. Etwas weniger Vertrauen hat die Bevölkerung der Schweiz in die Nachrichtenmedien (W1=4.84, W2=4.96) und die Wirtschaft (Geschäftswelt und Industrie, W1=4.24, W2=4.71).

Michèle Ernst Stähli, Karin Nisple, Gian-Andrea Monsch, Franziska Ehrler, Michael Ochsner, Alexandre Pollien, Marlène Sapin (2020). *MOSAICH COVID-19. Measurement and Observation of Social Attitudes in Switzerland 2020. Study on Environment and related topics – COVID-19 complement Wave 1+2_BETA* Version [Dataset]. FORS – Centre de compétences suisse en sciences sociales. Distributed by FORS, Lausanne, 2020.

<https://doi.org/10.23662/FORS-DS-1206-2>

Die VOTO-Studien

Nach jeder eidgenössischen Volksabstimmung werden seit 1977 Stimmbürger*innen aus allen Sprachregionen der Schweiz zu ihren Motiven für die Annahme oder Ablehnung der einzelnen politischen Abstimmungsvorlagen befragt. Diese Wahl- und Abstimmungsnachbefragungen wurden bis im Juni 2016 unter der Bezeichnung VOX-Analysen publiziert. Von September 2016 bis September 2020 wurde dieses Projekt unter dem Namen VOTO veröffentlicht.⁹ Im Rahmen dieser bevölkerungsrepräsentativen VOTO-Befragungen wurden jeweils rund 1500 Telefoninterviews mit Stimmberechtigten durchgeführt. Neben den Motiven umfassen die VOTO-Studien zusätzliche Konzepte wie das Vertrauen in ausgewählte Institutionen. Für die hier dargestellte Zusammenfassung der Vertrauenswerte wurden die Daten zu den Abstimmungsterminen am 9. Februar 2020 (N=1506) und am 27. September 2020 (N=1513) ausgewertet. Dabei wurde das durchschnittliche Vertrauen für die einzelnen Institutionen der beiden Befragungen für den jeweiligen Befragungszeitpunkt berechnet.

Auf einer 11er-Skala (0 «überhaupt nicht vertrauen» bis 10 «vollständig vertrauen») wurde das Vertrauen in verschiedene Schweizer Institutionen gemessen. Dem Bundesrat wird nach wie vor am meisten Vertrauen entgegengebracht. Im September 2020 lag der Wert bei 7.5, währenddem der Wert im Februar 2020 noch entsprechend dem Vorjahr 7.0 betrug. Das Vertrauen in das Parlament (6.8, +0.2) und die Schweizer Wirtschaft (6.9, +0.4) sind im September 2020 gegenüber Februar 2020 leicht höher bewertet worden. Das Vertrauen in die politischen Parteien (5.4) ist unverändert geblieben und das Vertrauen in die Medien (5.1, +0.1) etwas gestiegen. Damit zeigten sich im Februar 2020 im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentliche Veränderungen. Im September 2020 war jedoch insgesamt ein leicht erhöhtes Vertrauen in diese Institutionen erkennbar. Dabei ist insbesondere das Vertrauen in den Bundesrat gestiegen.

Bernhard, L., Scaperrotta, L. (2020). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar 2020*. FORS, ZDA, LINK: Lausanne/Aarau/Luzern. Daten unter: <https://forsbase.unil.ch>

Milic, T., Feller, A., Kübler, D. (2020). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2020*. FORS, ZDA, LINK: Lausanne/Aarau/Luzern. Daten unter: <https://forsbase.unil.ch>

⁹ Seit November 2020 läuft das Forschungsprojekt wieder unter der ehemaligen Bezeichnung VOX. Seitdem werden die Daten neu online und mittels Papierfragebogen erhoben (gfs.bern 2021). Die Daten zur Abstimmung am 29. November 2020 können in der Studie "Sicherheit 2021" noch nicht berücksichtigt werden, weil die Daten bis Redaktionsschluss noch nicht veröffentlicht wurden.

Der «CS Sorgenbarometer 2020», der «Chancenbarometer 2020», «MOSAiCH COVID-19-Befragung Welle 1 und Welle 2» die beiden VOTO-Studien 2020 im Vergleich mit der Studie «Sicherheit 2021»

Die Daten der Studie «Sicherheit 2021» zeigen ein signifikant gestiegenes Gesamtvertrauen gegenüber dem Vorjahr und zudem ein hohes Vertrauen in die einzelnen erfragten Institutionen und Behörden. Am meisten Vertrauen wird der Polizei, der Wissenschaft, den Gerichten und dem Bundesrat entgegengebracht. Im mittleren Bereich liegen das Eidgenössische Parlament, die Schweizer Wirtschaft und die Armee. Die beiden letzten Plätze werden von den politischen Parteien und den Medien belegt.

Die Daten des «CS Sorgenbarometer 2020» deuten gegenüber dem Vorjahr tendenziell auf ein erhöhtes Vertrauen in Institutionen und Akteure in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Medien hin und sind damit konsistent mit den Befunden der Studie «Sicherheit 2021». Entsprechend der Rangordnung der diesjährigen Sicherheitsstudie wird der Polizei am meisten vertraut. Anstelle des Bundesgerichts befindet sich im Jahr 2020 der Bundesrat neu knapp hinter der Polizei auf dem zweiten Rang der Vertrauensreihenfolge. Dem Bundesgericht wird gemäss dem «CS Sorgenbarometer» nun am drittmeisten vertraut. Somit ist die Rangordnung dennoch nach wie vor sehr ähnlich wie diejenige der Studie «Sicherheit 2021». In der Sicherheitsstudie ist das Vertrauen in den Bundesrat zwar signifikant, aber nicht so deutlich wie im «CS Sorgenbarometer» angestiegen. Ebenfalls befinden sich die Medien und die politischen Parteien auf den hinteren Rängen der Vertrauensreihenfolge. Das Vertrauen in das Parlament ist gestiegen, liegt aber nach wie vor zusammen mit der Armee im mittleren Bereich.

Die Vertrauenswerte zu politischen Institutionen des 2020 als Gegenpol zum «CS Sorgenbarometer» lancierten «Chancenbarometers 2020» weisen eine ähnliche Rangfolge wie die Studie «Sicherheit 2021» auf. Gemäss dem «Chancenbarometer 2020» wird dem Bundesrat und dem Schweizer Rechtssystem am meisten vertraut. Das Vertrauen in das Schweizer Parlament ist ebenfalls in der Mitte und die politischen Parteien liegen auf dem letzten Platz.

Die Befunde der beiden 2020 durchgeführten VOTO-Studien zeigen ebenfalls ein ähnliches Bild wie die Ergebnisse der Sicherheitsstudie in Bezug auf das Vertrauen in Schweizer Institutionen. Wie im Vorjahr genießt der Bundesrat das höchste Vertrauen der abgefragten Institutionen, gefolgt von der Schweizer Wirtschaft und dem Parlament. Auf den letzten Rängen liegen die politischen Parteien und die Medien.

In den Erhebungswellen 1 und 2 der MOSAiCH COVID-19-Befragung sind ebenfalls ähnliche Entwicklungstendenzen erkennbar. Von den erfragten Institutionen wird der Wissenschaft am meisten vertraut. Auch in dieser Studie ist das Vertrauen in den Bundesrat hoch. Ebenfalls im Mittelfeld der Vertrauenswerte befindet sich das Vertrauen in das Parlament (National- und Ständerat). Tiefer sind hingegen die Vertrauenswerte der Nachrichtenmedien und der Wirtschaft. Im Gegensatz zu den anderen Institutionen sind hier die Werte von der ersten zur zweiten Erhebungswelle leicht angestiegen.

Generell ist in den verglichenen Befragungen eine relativ konsistente Rangordnung des Vertrauens in die zentralen Schweizer Institutionen erkennbar.

In Bezug auf die COVID-19-Pandemie zeigt sich in allen fünf Studien, dass das bereits hohe Vertrauen in die Schweizer Behörden und Politik tendenziell gestiegen ist. Das Vertrauen in die Armee hat sich jedoch trotz der grössten Mobilmachung seit dem Zweiten Weltkrieg im Zuge des ersten CORONA Einsatzes der Armee nicht signifikant verändert. Auch die Medien konnten keinen signifikanten Vertrauensgewinn verzeichnen.

6 Neutralität

Die Neutralität ist ein zentraler Bestandteil der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik. Aufgrund dessen ist die Untersuchung der Einstellungen zur Neutralität ein Kernthema der Studienreihe «Sicherheit». Für den Kleinstaat Schweiz ist die Neutralität ein Instrument und Mittel zum Zweck zugleich. Deren Funktion passt sich stets an verändernde politische Rahmenbedingungen an. Konzeptionell ist damit die Neutralität einem steten Wandel unterworfen (Bender 2014, 44) und von Natur aus ein flexibler Begriff mit entsprechend grossem Interpretationsspielraum (Lottaz 2019a). Die Neutralität eines Kleinstaates ist aus einer neorealistischen Sichtweise ein rationales Mittel, um die Sicherheit eines Landes zu gewährleisten (Jesse 2006). Im Liberalismus werden hingegen die Wichtigkeit von innerstaatlichen Akteur*innen und die Wohlstandsmaximierung als Ziele der Staaten angesehen (Schimmelfennig 2015). Die Neutralität hat aus dieser Perspektive eine weniger klar definierte Bedeutung.

Wie in den folgenden Kapiteln aufgezeigt wird, ist die Einstellung der Schweizer*innen zur Aussenpolitik von einer gewissen Widersprüchlichkeit geprägt: Zum einen will man den internationalen Handel verstärken und die daraus resultierenden Wohlstandsgewinne einfahren. Zum anderen ist der Wunsch nach politischer Autonomie stark ausgeprägt und verunmöglicht internationale Kooperation mit gewissen internationalen Organisationen (vgl. Kapitel 7).

Die Zustimmung zur Beibehaltung der Neutralität (Neutralitätsprinzip) hat einen Einfluss auf die Befürwortung möglicher aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsformen der Schweiz mit internationalen Organisationen und Staaten. Was das ideale Mass an politischer Öffnung für die Schweiz ist, steht in Abhängigkeit davon, wie weit der Neutralitätsbegriff gefasst wird. Ein Beitritt zur Europäischen Union (EU) oder zum Nordatlantikpakt (Nato) kommt somit beispielsweise eher für Personen in Frage, welche der Neutralität einen geringeren Wert beimessen. Wer hingegen eine umfassendere Neutralität fordert, wird politische Zusammenschlüsse oder Bündnisse mit dem Ausland stärker ablehnen (siehe Abbildung 6.1 in Abschnitt 6.1).

Die Schweizer Neutralität wird im ersten Abschnitt dieses Kapitels erläutert. Danach wird die Zustimmung zum Neutralitätsprinzip, zur spezifischen Ausgestaltungsform der differenziellen Neutralität (militärisch neutral bleiben, jedoch Wirtschaftssanktionen mittragen) sowie der de-facto Aufgabe der Neutralität (bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen) beschrieben. Im dritten Abschnitt wird auf die Haltung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber den verschiedenen Funktionen (Solidaritäts- und Identitätsfunktion und sicherheitspolitische Funktionen), welche die Neutralität

innehaben kann, eingegangen. Inwieweit die Neutralität die politischen Entscheide der Eidgenossenschaft beeinflusst und ob sie nicht eher als ein Wert an sich wahrgenommen wird, oder ob die Neutralität als ein Hindernis der Schweizer Aussenpolitik gesehen wird, wird im vierten Abschnitt analysiert. Dazu werden die Einstellungen gegenüber der wirtschaftlich-politischen, militärischen und absoluten Autonomie beschrieben. Im letzten Teil dieses Kapitels werden Befragte in vier Gruppen (Cluster) eingeteilt. Dabei bringen die vier Cluster «Neutralitätsdissonante», «Neutralitätspragmatiker», «Neutralitätstraditionalisten» und «Neutralitätskritiker» typische Haltungen der Schweizer*innen gegenüber der Neutralität der Schweizer*innen zum Ausdruck.

6.1 Die Schweizer Neutralität

Die Schweizer Neutralität wird über ihren Rechtsstatus, welcher die militärische Nicht-Beteiligung an bewaffneten Konflikten zwischen Drittstaaten beinhaltet, definiert. Der sich daraus ergebende Verzicht kann immerwährend oder zeitlich begrenzt sein (EDA 2009, 25). Der in der Neutralität innewohnende Kerngedanke bezieht sich somit auf die Haltung der Schweiz gegenüber militärischen Konflikten zwischen Drittstaaten (Goetschel 2007). Die Schweizer Neutralität charakterisiert sich durch drei Merkmale: *Sie ist selbstgewählt, immerwährend (mit der Option des freien Verzichtes) und bewaffnet* (VBS und EDA 2004, 2).

Bei der Anerkennung der Schweizer Neutralität durch den Wiener Kongress 1815 wurde die Neutralität auch als Dienst an der Völkergemeinschaft begriffen. Die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz sollten auch zur Stabilisierung Europas beitragen. Damit hat die Neutralität, neben der innenpolitisch relevanten Funktion als zentrales Element für die Ausgestaltung der nationalen Sicherheitspolitik im internationalen Rahmen, auch eine friedens- und sicherheitspolitische Funktion für Europa (Fanzun & Lehmann 2000). Bereits die Verfasser der Schweizerischen Bundesverfassung des Jahres 1848 betrachteten die Neutralität als ein Instrument zur Wahrung der Unabhängigkeit, weshalb die Neutralität nicht in den Zweckartikel der Bundesverfassung aufgenommen wurde. Der Bundesrat und die vereinigte Bundesversammlung (National- und Ständerat) sind dafür zuständig, dass die Neutralität von der Schweiz international eingehalten und respektiert wird (VBS und EDA 2004, 11).

Bis heute regelt das Haager Übereinkommen des Jahres 1907 die Rechte und Pflichten eines neutralen Staates, wobei deren Anwendung in Bezug auf die zunehmend häufiger vorkommenden innerstaatlichen Konflikte nicht bedacht wurde (VBS und EDA 2004, 11). Das wichtigste Recht eines neutralen Staates ist die Unverletzbarkeit des eigenen souveränen Territoriums. Die Pflichten eines neutralen Staates sind vielfältig. Die Teilnahme an bewaffneten Konflikten zwischen Drittstaaten ist ebenso verboten wie die Unterstützung

von kriegführenden Parteien mit Waffen und Truppen oder die Mitgliedschaft in einer militärischen Allianz wie der Nato. Zudem müssen neutrale Staaten in der Lage sein, ihr Territorium militärisch eigenständig zu verteidigen (VBS und EDA 2004,11). Das Festhalten an der Schweizer Neutralität bedingt entsprechend eine langfristig kohärente Politik zur Vermeidung jeglicher Entschlüsse, welche die Rechte und Pflichten der Haager Übereinkommen verletzen würden (Schwok 2014). Konkret bedeutet dies einerseits die Nichtbeteiligung der Schweiz an internationalen Organisationen mit sicherheitspolitischen Aufgaben, bei denen eine Beistandsverpflichtung besteht, sowie andererseits ein Verzicht der Schweiz, sich an diskriminierenden Sanktionen gegenüber einer einzelnen Partei zu beteiligen (Schwok 2014). Der Nordatlantikvertrag sieht so eine Beistandsverpflichtung vor. Gemäss Artikel 5 verpflichten sich die Parteien der Nato im Falle eines Angriffes auf ein Nato-Mitglied «unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Massnahmen, einschliesslich der Anwendung von Waffengewalt [...]» (Nato 1949, Art. 5) zu treffen, um der angegriffenen Nation Beistand zu leisten.

Für Wirtschaftssanktionen der Vereinten Nationen (Uno) und der EU findet das Neutralitätsrecht allerdings keine Anwendung. Jeder neutrale Staat entscheidet eigenständig und souverän, ob er sich an Wirtschaftssanktionen beteiligt oder nicht (VBS und EDA 2004, 12–13). Rechtliche Massnahmen, welche der Uno-Sicherheitsrat im Namen der internationalen Gemeinschaft für die Wiederherstellung des Friedens gefasst hat, dürfen mitgetragen werden, ohne dass dadurch das Neutralitätsrecht verletzt wird (Vereinte Nationen 1945). Liegt jedoch, wie im Falle des Irak-Konfliktes 2003 keine Uno-Resolution vor, mit welcher der Uno-Sicherheitsrat ein militärisches Eingreifen autorisiert, muss die Schweiz die oben beschriebenen Rechte und Pflichten wahrnehmen, die sich aus ihrem Status als neutraler Staat ergeben und darf weder politisch noch militärisch aktiv werden (VBS und EDA 2004, 9). Durch die geografische Nähe und die wirtschaftlichen Interdependenzen¹ ist es für die Schweiz allerdings kaum mehr möglich, wirtschaftliche Sanktionen der EU nicht mitzutragen. Goetschel (2007, 86) sieht daher die (wirtschafts-)politische Relevanz der Neutralität auf dem Rückzug (siehe auch EDA 2016).

Da die Neutralität zu gewissen Teilen in Abhängigkeit zum weltpolitischen Kontext steht, haben sich deren Auslegung und Interpretationen über die Jahre hinweg verändert (Bender 2014, 44). Dies, obwohl die Neutralität ein völkerrechtlich verankertes Konzept ist, dessen Handhabung von Fall zu Fall im Ermessen der politischen Handlungsträger*innen liegt (Goetschel 2007; Lottaz 2019a). 1920 trat die Schweiz dem Völkerbund bei und war fortan berechtigt, die dort vereinbarten Wirtschaftssanktionen mitzutragen. Damit wurde erstmals in der Geschichte der Schweiz ein differenzielles Neutralitätsverständnis (Möglichkeit zur Einsetzung von Friedenstruppen sowie der Beteiligung an wirtschaft-

1 Gegenseitige Abhängigkeiten zwischen Akteur*innen bei ihrer Aufgabenerfüllung.

lichen Sanktionen gegenüber sanktionierten Staaten) angewandt. Nach den erfolglosen Sanktionen des Völkerbunds gegenüber Italien wechselte 1938 die Schweiz wieder von der differenziellen zur absoluten/integralen Auslegung der Neutralität (weder militärische noch wirtschaftliche Sanktionen gegenüber anderen Staaten) zurück (siehe Tabelle 6.1). Das integrale/absolute Verständnis der Neutralität, welches während beiden Weltkriegen angewandt wurde, verwehrt jegliche militärische Beteiligung der Schweiz an zwischenstaatlichen Konflikten sowie an wirtschaftlichen Sanktionen (VBS und EDA 2004, 6).

Das Schweizer Neutralitätsverständnis veränderte sich mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erneut. Durch das Entsenden militärischer Beobachter*innen zur Überprüfung der Einhaltung der Waffenstillstandslinie (Demarkationslinie) zwischen Nord- und Südkorea führte dazu, dass seit 1953 ein aktives Neutralitätsverständnis angewandt wird. Dieses ermöglichte es der Schweiz, aktiv an Friedenssicherungsmissionen teilzunehmen und mit anderen Staaten im Rahmen von Friedensmissionen militärisch zu kooperieren (VBS und EDA 2004, 12f.).

Im Zuge der Auflösung der bipolaren Weltordnung 1989/1990 veränderte sich die Bedrohungslage abermals und die Schweiz passte ihr Neutralitätsverständnis den neuen Rahmenbedingungen an. Aufgrund der Zunahme innerstaatlicher Konflikte und terroristischer Angriffe, aber auch durch die steigende wirtschaftliche Verflechtung (Interdependenz), baute die Schweiz ihre internationale Kooperation in der Aussen- und Sicherheitspolitik konsequent aus (VBS und EDA 2004, 15). So beschloss der Bundesrat während des ersten Golfkrieges 1990/1991 den autonomen Nachvollzug der Wirtschaftssanktionen der Uno. Damit wurde die Neutralität wieder auf eine «differenzielle Art und Weise» interpretiert, welche die Teilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen und an nichtmilitärischen internationalen Organisationen grundsätzlich erlaubt (VBS und EDA 2004, 18) – allerdings ohne den Begriff «differenziell» explizit zu benutzen.

Die Mitwirkung oder eine Mitgliedschaft der Schweiz in internationalen Organisationen wie der Uno wird allerdings durch die Schweizer Neutralitätspolitik nicht verunmöglicht. Im Januar 2002 sprachen sich im Rahmen der Studie «Sicherheit 2002» 58% der Schweizer*innen für einen Uno-Beitritt der Schweiz aus (Haltiner et al. 2002, 93; im Abschnitt 7.4 wird detailliert auf die Einstellungen gegenüber der Uno eingegangen). Am 3. März 2002 befürworteten 54.6% der Schweizer Stimmbevölkerung die Volksinitiative zum Schweizer Beitritt zur Uno (gfs.bern 2002; EDA 2009, 33; BfS 2021b). Mit dem Uno-Beitritt verpflichtete sich die Schweiz, die wirtschaftlichen Sanktionen der Uno mitzutragen und deren militärischen Sanktionen zumindest nicht zu behindern (VBS und EDA 2004).

Die Debatte, ob ein Beitritt der Schweiz zur EU oder zur Nato mit der Schweizer Neutralitätspolitik vereinbar ist, beschäftigte Schweizer*innen in der Vergangenheit immer wieder. Grundsätzlich wäre ein EU-Beitritt der Schweiz mit dem Neutralitätsrecht

insofern vereinbar, solange die EU keine für alle Mitglieder bindende gegenseitige militärische Beistandspflicht einführen würde (VBS und EDA 2004, 13). Beispielsweise sind Finnland, Irland, Malta, Österreich und Schweden neutrale EU-Mitgliedsstaaten. Die fünf Genannten kooperieren mit der Nato, ohne dabei dem Bündnis beigetreten zu sein. Während die beiden skandinavischen Länder Finnland und Schweden die Bezeichnung «neutral» durch den Begriff «Bündnisfreiheit» ersetzt haben, halten Österreich, Irland und Malta an der klassischen Neutralität fest (Lottaz 2019b). Aufgrund der Klausel der gegenseitigen militärischen Beistandspflicht im Falle eines Konflikts ist ein Nato-Beitritt der Schweiz nicht mit dem Kerngedanken der Neutralität vereinbar. Die gegenseitige militärische Beistandspflicht ist somit das kritische Element, welches über einen allfälligen Beitritt der Schweiz zu verschiedenen internationalen und supranationalen Organisationen (EU und Nato) entscheidet. Ein Beitritt, respektive eine Mitgliedschaft der Schweiz in der Nato ist nur möglich, wenn die Schweiz ihre Neutralität aufgibt. Sowohl das absolute/integrale als auch das differenzielle Neutralitätsverständnis verbieten diese Art der gegenseitigen militärischen Beistandspflicht. Die Neutralität hat damit auch das Potenzial, den Beitritt der Schweiz zur EU direkt oder indirekt zu verunmöglichen (Morris & White 2011). Der Rückgang an klassischen zwischenstaatlichen Konflikten und die zeitgleiche Zunahme an nichtmilitärischen Bedrohungen stellen das Festhalten an der klassischen Neutralitätspolitik aber in Frage (Goetschel 2007). Tabelle 6.1 zeigt die Entwicklung der Interpretation der Schweizer Neutralität auf.

Tabelle 6.1

Neutralitätsverständnisse und deren Implikationen für die Aussenpolitik der Schweiz

Neutralitätsverständnis	Definition und Anwendung	Aussenpolitische Bedeutung
Absolute/integrale Neutralität 1815–1920 und 1938–1953	Die Schweiz bleibt sowohl bei wirtschaftlichen Sanktionen als auch bei militärischen Massnahmen neutral.	Die Schweiz ist komplett neutral und unterlässt jegliche Teilnahme an Konflikten, Sanktionen oder Friedenssicherungsmissionen.
Differenzielle Neutralität 1920–1938 und 1990–heute*	Die Schweiz beteiligt sich zwar an wirtschaftlichen Sanktionen, nicht aber an militärischen Massnahmen. (Wobei Entschlüsse des Uno Sicherheitsrates gemäss Kapitel XII der Charta nicht mit Kriegen gleichgesetzt sind und demnach prinzipiell zulässig wären.)	Die Schweiz verzichtet auf eine militärische Beteiligung an Konflikten, kann jedoch unbewaffnete oder zum Selbstschutz bewaffnete Friedenstruppen entsenden und sich an wirtschaftlichen Sanktionen beteiligen.
Aktive Neutralität 1953–1989	Die Schweiz beteiligt sich nicht an wirtschaftlichen Sanktionen aber an friedensfördernden Massnahmen. Durch eine aktive und solidarische Aussenpolitik hat die Schweiz die Möglichkeit, auf diplomatischer Ebene an verschiedenen friedensfördernden Missionen teilzunehmen.	Die Schweiz verzichtet auf eine militärische Beteiligung an Konflikten. Sie kann jedoch Staaten, welche beispielsweise die Genfer Konventionen verletzen, öffentlich tadeln und Verhandlungen zur Friedensförderung implementieren.

* Wird heute jedoch nicht mehr als solche bezeichnet

Die betreffend die Beteiligung an Uno-Wirtschaftssanktionen und dem Beitritt zu internationalen Organisationen flexible und gleichzeitig betreffend die Nicht-Teilnahme an militärischen Massnahmen strikte Auslegung der Neutralität führten zu einem vielschichtigen Verständnis der Neutralität innerhalb der Schweizer Bevölkerung, dessen Verlauf im Folgenden näher betrachtet wird.

Da sich hinter dem semantischen Begriff «Schweizer Neutralität» viele verschiedene Auffassungen sowie unterschiedliche Verständnisse über deren Funktionen vereinigen, werden in der Studienreihe «Sicherheit» vier Hauptdimensionen der Neutralität unterschieden und das Neutralitätsverständnis anhand dieser Messdimensionen mit zwölf verschiedenen Items erhoben (siehe Tabelle 6.2).

*Tabelle 6.2
Erhebung der verschiedenen Auffassungen und Funktionen der Neutralität*

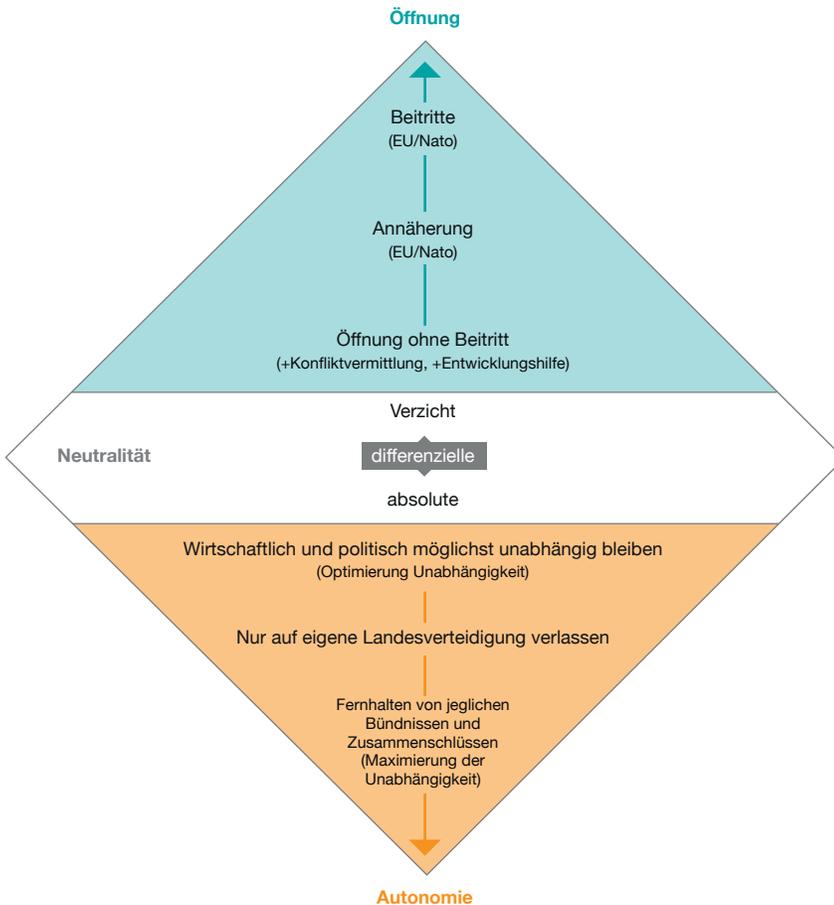
Hauptdimension	Unterdimension	Item
Allgemeine Einstellung zur Neutralität	Neutralitätsprinzip	«Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.»
	Differenzielle Neutralität	«Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.»
	De-facto Aufgabe der Neutralität	«Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.»
Neutralitätsfunktionen	Solidaritätsfunktion, Vermittlerrolle	«Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.»
	Identitätsfunktion	«Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.»
Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität	Dank Neutralität keine Konflikte	«Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.»
	Neutralität als Stabilisator der Sicherheitslage in Europa	«Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei»
	Bewaffnete Neutralität nicht glaubhaft	«Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.»
	Schutzwirkung eines militärischen Bündnisses	«Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung der Neutralität.»
Kritische Betrachtungen der Neutralität	Interdependenz verunmöglicht Neutralität	«Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.»
	Neutralität als Handlungshindernis	«Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.»
	Neutralität als finaler Wert	«Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.»

Die verschiedenen Stufen einer möglichen Kooperationsbereitschaft der Schweiz mit Akteuren der internationalen Politik werden in Abbildung 6.1 gezeigt. Dabei hängt die Kooperationsbereitschaft wesentlich von der Auslegung der Neutralität ab. Durch die Anwendung des differenziellen Neutralitätsverständnisses (militärisch neutral bleiben, aber Wirtschaftssanktionen mittragen) kann die Schweiz einen Mittelweg zwischen Öff-

nung und Autonomie wählen. Dabei entspricht die maximale Öffnungsbereitschaft der Schweiz einer de-facto Aufgabe der Neutralität (bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen). Die maximale Autonomie der Schweiz basiert auf einem absoluten/integralen Neutralitätsverständnis – sowohl politisch als auch militärisch neutral zu sein.

Abbildung 6.1

Kontinuum von maximaler Öffnungsbereitschaft zu maximaler Autonomie. Darstellung anhand des Fragenkatalogs der Studienreihenreihe «Sicherheit»



6.2 Allgemeine Zustimmung zur Neutralität

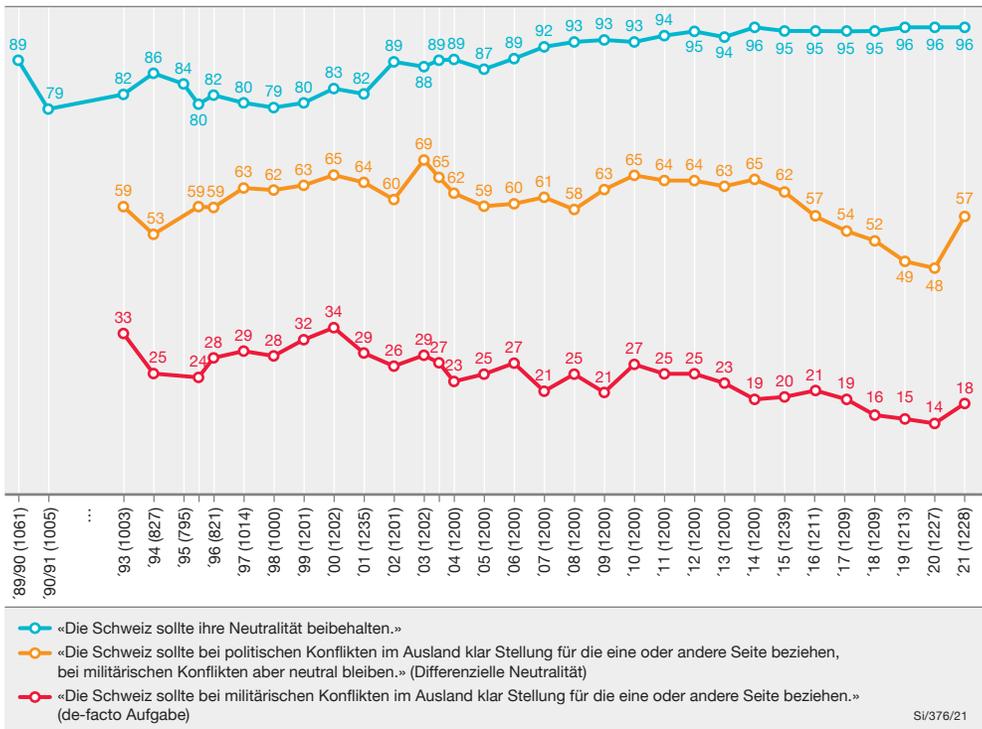
Als einen wichtigen aussenpolitischen Grundsatz der Schweiz genießt das Neutralitätsprinzip (Beibehaltung der Neutralität) seit Messbeginn eine äusserst hohe Zustimmung in der Stimmbevölkerung (siehe Abbildung 6.2, blaue Linie). Die durchschnittliche Zustimmung zum Neutralitätsprinzip liegt zwischen 1989 bis 2021 bei 89%. Während sich zwischen 1989 und 1997 noch vergleichsweise grosse Veränderungen in der Zustimmung zeigten, zeichnet sich seit 1998 ein klarer und deutlicher Trend ab: Die Zustimmungswerte für die Beibehaltung der Schweizer Neutralität wachsen langsam, aber konstant. Gegenüber dem Vorjahr sprechen sich unverändert 96% (± 0 Prozentpunkte) der Schweizer*innen dafür aus, dass die Neutralität beizubehalten sei. Mit dem Festhalten des Neutralitätsgrundsatzes sind 74% «sehr» und 22% «eher» einverstanden. Damit liegt der 2021 gemessene Wert deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 89%. Seit 2019 wird der Höchstwert von 96% gemessen.

Abbildung 6.2

Verschiedene Einstellungen zur Neutralität

«Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Die sehr hohe Zustimmung des Neutralitätsprinzips hängt 2021 nicht von der Sprachregion, dem Alter, dem Bildungsniveau sowie dem Einkommen der Befragten ab. Das Neutralitätsprinzip wird aber durch die politische Einstellung bestimmt. Politisch links eingestellte Schweizer*innen stimmen im Gegensatz zur politischen Mitte und den politisch rechts eingestellten Befragten signifikant weniger stark zu (links: 93%, Mitte: 98%, rechts: 98%; $\gamma = -0.35$).² Eine multiple Regression mit

2 In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinal- und intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Erfolgt die Interpretation des Zusammenhangs mit dem Wortlaut «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» wird dies demzufolge stets mit einem positiven Korrelationskoeffizienten ausgewiesen. Findet der Wortlaut «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» für die Interpretation des Zusammenhangs Verwendung, wird dies mit einem negativen Korrelationskoeffizienten verdeutlicht.

allen soziodemografischen Variablen³ zeigt, dass die politische Einstellung der wichtigste Faktor ist. Beim Geschlecht zeigt sich ebenfalls ein signifikanter Unterschied: Männer geben bei dieser Frage signifikant häufiger «sehr einverstanden» als Antwort als Frauen (Männer: 78%, Frauen: 70%; CC = 0.11).

Weitere signifikante Unterschiede: Mit der Einstellung zur Neutralität korrelieren die Einstellungen der Schweizer*innen gegenüber der EU, der Nato sowie gegenüber wirtschaftlich-politischer Autonomie und dem bilateralen Weg der Schweiz mit der EU stark. Je stärker eine Person einen EU- oder Nato-Beitritt befürwortet, desto kleiner ist die Zustimmung zur Neutralität (EU: $\gamma = -0.50$; Nato: $\gamma = -0.30$). Mit zunehmendem Wunsch nach politischer und wirtschaftlicher Autonomie steigt die Zustimmung zur Neutralität stark an ($\gamma = 0.55$). Und je stärker der bilaterale Weg der Schweiz mit der EU befürwortet wird, desto stärker wird das Neutralitätsprinzip bejaht ($\gamma = 0.21$).

Aber auch die Einstellung gegenüber der Schweizer Armee übt einen Einfluss auf die Zustimmung zur Neutralität aus. Je stärker die Armee für notwendig gehalten wird ($\gamma = 0.37$) und je grösser die Zufriedenheit mit deren Leistungen ist ($\gamma = 0.26$), desto stärker sprechen sich Schweizer*innen für die Beibehaltung der Neutralität aus.

Differenzielle Neutralität

Mit der Beteiligung an den Wirtschaftssanktionen der Uno gegen den Irak begann die Schweiz im Jahr 1990 die Neutralität wieder differenziell zu interpretieren, ohne jedoch diesen Ausdruck explizit in der öffentlichen Kommunikation zu benutzen (VBS und EDA 2004; vgl. Tabelle 6.1). Das differenzielle Neutralitätsverständnis erlaubt der Schweiz eine politische Positionierung in ausländischen Konflikten und eine strikte Einhaltung der militärischen Neutralität.

Während 2015, 2016 und 2017 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr die Zustimmung zur differenziellen Neutralität jedes Jahr signifikant gesunken ist, unterscheidet sich die weitergehende Verminderung der Zustimmungsrates in den letzten drei Jahren nicht mehr signifikant gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (siehe Abbildung 6.2, orange Linie). Der seit 2014 anhaltend linear sinkende Trend setzt sich bis 2020 fort. 2021 wird der Trend der letzten sieben Jahre gebrochen, da die Zustimmung zur differenziellen Neutralität signifikant ansteigt. Waren sich 2020 Schweizer*innen bezüglich der differenziellen Betrachtungsweise der Neutralität mit 48% uneinig, steht 2021 mit 57% (+9 Pp) der Befragten die Bevölkerung wieder mehrheitlich hinter dieser Auslegung der Neutralität.

3 Im Folgenden wird nur auf die soziodemografischen Einflüsse und weiteren signifikanten Unterschiede eingegangen, welche sowohl bei bivariaten Zusammenhangsmassen (Kontingenzkoeffizient und Gamma) als auch in einer multiplen Regression bestehen bleiben.

Dabei werden für die Antwortkategorie «sehr einverstanden» 17% und bei der Kategorie «eher einverstanden» 40% gemessen. 2021 wird derselbe Wert wie 2016 gemessen.

Soziodemografische Einflüsse: Die differenzielle Auslegung der Neutralität divergiert nach Alter und Sprachregion. Ab 60-Jährige stimmen der differenziellen Neutralität signifikant stärker zu als 30–59-Jährige und 18–29-Jährige. Im Gegensatz zu den 30–59-Jährigen und ab 60-Jährigen sind sich Junge bei der Zustimmung der differenziellen Neutralität uneinig (18–29-Jährige: 49%, 30–59-Jährige: 54%, ab 60-Jährige: 65%; $\gamma = 0.21$).

In der Westschweiz wird die differenzielle Neutralität signifikant weniger oft als in der Deutschschweiz und im Tessin befürwortet. Westschweizer*innen sind sich mit 47% Zustimmung bei der differenziellen Auslegung der Neutralität uneinig. In der Deutschschweiz und im Tessin wird das differenzielle Neutralitätsverständnis mehrheitlich befürwortet (F-CH: 47%, D-CH: 60%, Tessin: 64%; $CC = 0.18$).

Weitere signifikante Unterschiede: Während ein verstärktes Engagement für Anliegen der Uno ($\gamma = 0.28$) durch Befürworter*innen der differenziellen Neutralität befürwortet wird, lehnen diese gleichzeitig einen Beitritt zur EU ($\gamma = -0.26$) und zur Nato ($\gamma = -0.18$) ab.

De-facto Aufgabe der Neutralität

Würde die Schweiz auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen, käme dies einer de-facto Aufgabe der Neutralität gleich (vgl. Tabelle 6.2). Bei der Zustimmung zur de-facto Aufgabe der Neutralität wird aktuell eine signifikante Zunahme festgestellt und der sich seit 2000 abzeichnende Rückgang damit leicht abgeschwächt (siehe Abbildung 6.2, rote Linie). 18% (+4 Pp) der Schweizer*innen sprechen sich für die de-facto Aufgabe der Schweizer Neutralität aus. Hiermit sind 4% der Befragten «sehr» und 14% «eher» einverstanden. Der aktuelle Zustimmungswert liegt 6 Pp unter dem langjährigen Durchschnitt von 24%. Trotz der signifikanten Zunahme der Zustimmung ist eine de-facto Aufgabe der Neutralität für das Schweizer Stimmvolk kein Thema.

Soziodemografische Einflüsse: Deutschschweizer*innen befürworten eine de-facto Aufgabe der Neutralität signifikant stärker als Westschweizer*innen (D-CH: 20%, F-CH: 12%; $CC = 0.23$). Junge lehnen diese Vorgabe signifikant stärker als die beiden anderen Altersgruppen ab (18–29-Jährige: 11%, 30–59-Jährige: 18%, ab 60-Jährige: 22%; $\gamma = -0.17$). Befragte des politisch linken Spektrums befürworten die de-facto Aufgabe signifikant stärker als Befragte der politischen Mitte und rechts davon (links: 22%, Mitte: 16%, rechts: 16%; $\gamma = 0.15$).

Weitere signifikante Unterschiede: Ähnlich wie bei der Zustimmung zum Neutralitätsprinzip ist auch die Einstellung zur de-facto Aufgabe der Neutralität stark davon abhängig, wie Befragte gegenüber der EU, der Nato und der Uno eingestellt sind. Je weniger eine Person einen EU- oder Nato-Beitritt zustimmt, respektive gegen eine noch stärkere Zusammenarbeit mit der Uno ist, desto weniger möchte diese die Neutralität de-facto aufgeben (EU-Beitritt: $\gamma = 0.37$; Nato-Beitritt: $\gamma = 0.29$; Uno-Anliegen: $\gamma = 0.20$).

Seit Messbeginn geniesst das allgemeine Prinzip der Neutralität eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung, welche sich seit der Jahrhundertwende tendenziell noch akzentuiert hat. Aktuell hat sich allerdings das Neutralitätsverständnis verändert. Die seit 2018 herrschende Uneinigkeit hinsichtlich der differenziellen Neutralität besteht nicht mehr. 2021 spricht sich eine Mehrheit der Stimmbevölkerung für die differenzielle Auslegung der Neutralität aus. Nach wie vor wird eine de-facto Aufgabe der Neutralität nur von einer Minderheit gefordert. Dadurch, dass der differenziellen Neutralität aktuell signifikant stärker und mehrheitlich zugestimmt wird, wird das Neutralitätsverständnis klarer. Obwohl die Zustimmung zur de-facto Aufgabe der Neutralität signifikant gestiegen ist, wird sie von einer grossen Mehrheit immer noch verworfen.

6.3 Neutralitätsfunktionen

Historisch betrachtet verfolgte die Schweizer Neutralität bisher verschiedene Ziele (VBS und EDA 2004, 21). Aufgrund dessen sind im Schweizer Staatsrecht unterschiedliche Neutralitätsfunktionen definiert. Im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» wird seit 1993 die Bevölkerungswahrnehmung dreier ausgewählter Funktionen der Neutralität (*Solidaritätsfunktion*, *Identitätsfunktion* und *sicherheitspolitische Funktion*) dargestellt.⁴ Grundsätzlich zeigt der Langzeitvergleich auf, dass mit der äusserst hohen Zustimmung der Schweizer Bevölkerung zur Beibehaltung der Neutralität (Neutralitätsprinzip) auch hohe Befürwortungen der verschiedenen Neutralitätsfunktionen einhergehen.

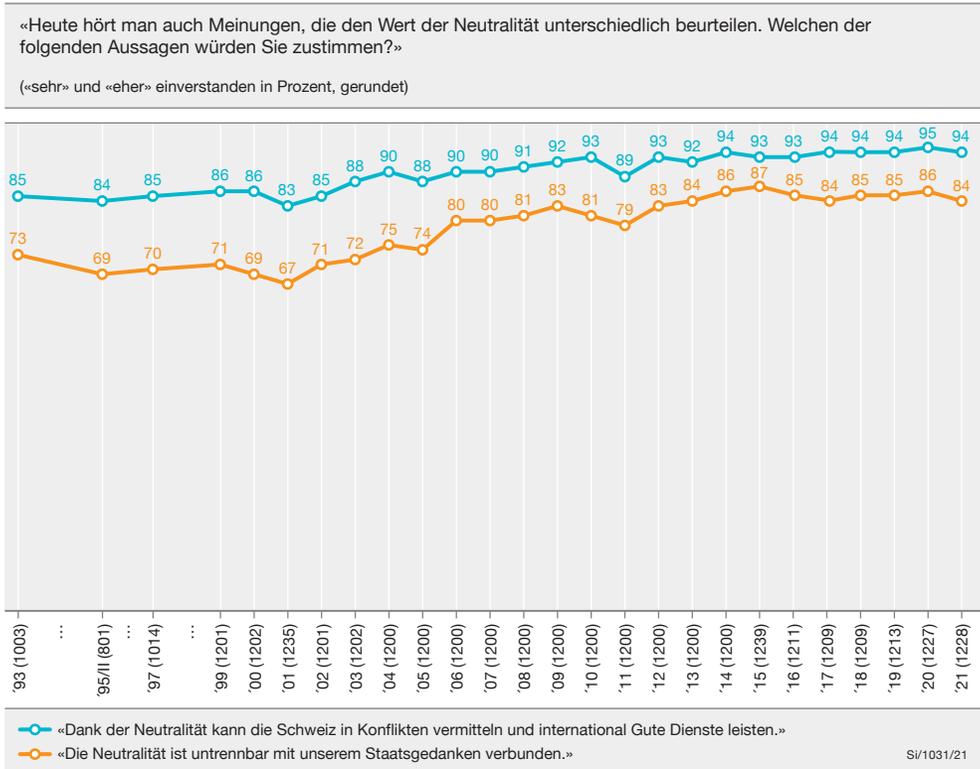
Solidaritäts- und Identitätsfunktion

Die *Solidaritätsfunktion* – die Ansicht, dass die Schweiz dank der Neutralität in Konflikten vermitteln und Gute Dienste leisten kann – bleibt 2021 statistisch betrachtet unverändert und erhält mit 94% ungebrochen grossen Zuspruch bei Schweizer*innen (–1 Prozentpunkt, siehe Abbildung 6.3, blaue Linie). Mit dieser Aussage sind 49% «sehr» und 45% «eher» einverstanden. Auch die Zustimmung zur Identitätsfunktion, dass die Neutralität untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden ist, bleibt im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls statistisch unverändert und liegt aktuell bei 84% (–2 Pp) (Abbildung

⁴ Für eine ausführliche Beschreibung der Funktionen vgl. Haltiner & Spillmann 1994.

6.3, orange Linie). Mit der Identitätsfunktion sind 43% der Befragten «sehr» und 41% «eher» einverstanden. Der Trend der beiden parallel verlaufenden Zustimmungslinien setzt sich auch 2021 weiter fort. Ausserdem liegen beide Werte aktuell über ihrem langjährigen Jahresdurchschnitt von 90% (Zustimmung zur Solidaritätsfunktion) respektive 79% (Zustimmung zur Identitätsfunktion).

Abbildung 6.3
Solidaritäts- und Identitätsfunktion



Soziodemografische Einflüsse: Wie bereits im letzten Jahr stimmen Schweizer*innen mit einem tiefen Bildungsniveau der Solidaritätsfunktion der Neutralität signifikant weniger stark zu als Schweizer*innen mit hoher Bildung (tief: 85%, mittel: 94%, hoch: 95%; $\gamma = -0.20$). Junge befürworten diese Auffassung weniger stark (18–29-Jährige: 90%, 30–59-Jährige: 95%, ab 60-Jährige: 95%; $\gamma = -0.18$). Männer stimmen signifikant öfter zu, dass die Schweiz aufgrund der Neutralität einen Beitrag zur internationalen Solidarität leistet (Männer: 95%, Frauen: 93%; $CC = 0.16$).

Von den jeweils untersuchten soziodemografischen Einflüssen stehen nur die politische Selbsteinschätzung und das Alter in Zusammenhang mit der Einstellung zur *Identitätsfunktion* der Neutralität – die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden. Die tiefste Zustimmung stammt von Personen des politisch linken Spektrums, welche sich signifikant von Personen der politischen Mitte und rechts davon unterscheiden (links: 79%, Mitte: 87%, rechts: 87%; $\gamma = -0.20$). Junge Befragte sind mit dieser Vorgabe weniger oft «sehr einverstanden» als Befragte der mittleren Alterskategorie und ab 60-Jährige (18–29-Jährige: 32%, 30–59-Jährige: 42%, ab 60-Jährige: 50%; $\gamma = -0.16$).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Zustimmung zur Neutralität korreliert stark mit der Zustimmung zu den verschiedenen Funktionen der Neutralität. Schweizer*innen, welche die Neutralität befürworten, stimmen auch der Identitätsfunktion ($\gamma = 0.59$) und der Solidaritätsfunktion der Neutralität ($\gamma = 0.50$) eher zu. Die starke Korrelation zwischen der Zustimmung zum Neutralitätsprinzip und der Identitätsfunktion der Neutralität lässt darauf schliessen, dass die Neutralität als ein zentraler Teil der Schweizer Identität betrachtet wird. Befürworter*innen der Identitätsfunktion sind nicht bereit, die Neutralität aufzugeben, auch wenn sie keine Vorteile mehr für die Schweiz bringen sollte ($\gamma = -0.49$).

Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität

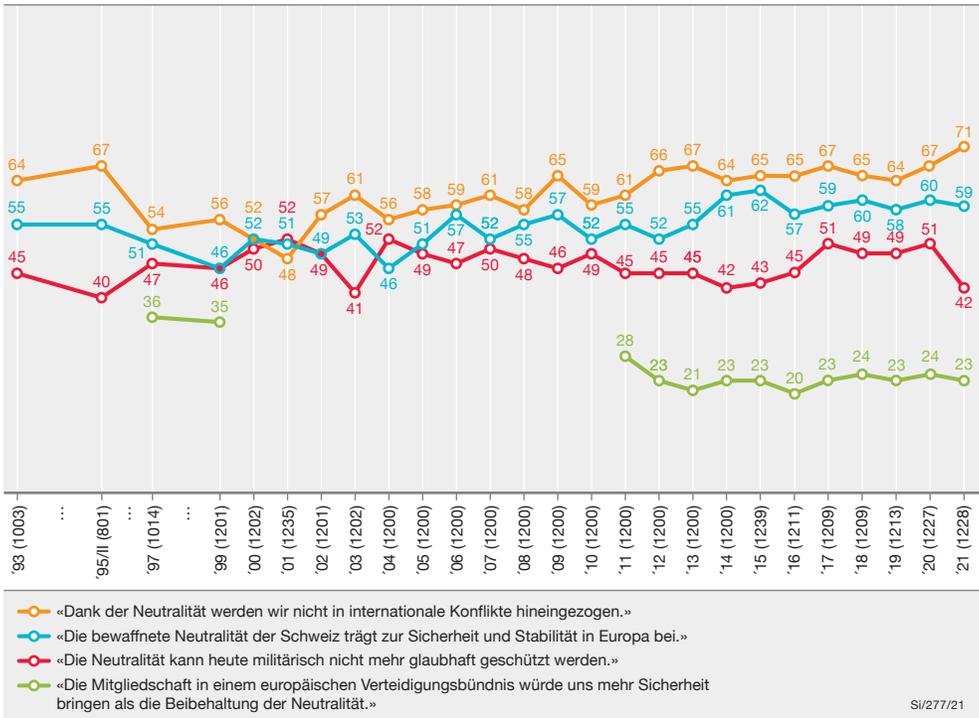
Im klassischen Diskurs galt die Neutralität primär als ein sicherheitspolitisches Instrument. Die Zustimmungswerte zu den sicherheitspolitischen Funktionen der Neutralität sind gegenüber der Identitäts- und Solidaritätsfunktion deutlich tiefer (siehe Abbildung 6.4).

Abbildung 6.4

Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität

«Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



Die prozentuale Zustimmung zu den vier verschiedenen sicherheitspolitischen Funktionen der Neutralität über den gesamten Erhebungszeitraum ist in Abbildung 6.4 dargestellt. Während zwei der vier sicherheitspolitischen Funktionen (siehe Abbildung 6.4, blaue und grüne Linie) statistisch unverändert gegenüber dem Vorjahr sind, haben sich die Auffassungen, dass dank der Neutralität die Schweiz nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird (orange Linie) und dass die Neutralität heute nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann (rote Linie), signifikant verändert.

Signifikant mehr Schweizer Stimmbürger*innen sind der Auffassung, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird (71%, +4 Pp). Mit dieser Aussage sind 23% «sehr» und 48% «eher» einverstanden. Aktuell liegt die Zustimmungsrate mit 10 Pp deutlich über dem langjährigen Schnitt von 61% und 2021 wird bei dieser Vorgabe ein historischer Höchstwert gemessen.

Unverändert sehen 59% (–1 Pp) der Befragten in der Neutralität einen Beitrag der Schweiz für die Sicherheit und Stabilität in Europa (blaue Linie, langjähriger Schnitt: 55%). 16% der Befragten geben hier «sehr» und 43% «eher» einverstanden als Antwort.

Die Meinung, wonach die Schweiz im Ernstfall fähig sein muss, ihre Neutralität militärisch glaubhaft verteidigen zu können, ist ein weiterer integraler Bestandteil des schweizerischen Neutralitätskonzepts. Der langjährige Schnitt (1993 bis 2021) von 47% Zustimmung zeigt, dass sich Schweizer*innen uneins sind, ob die Neutralität heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann. Da die aktuelle Zustimmung auf 42% (–9 Pp) signifikant gesunken ist, hat sich die Uneinigkeit zu Gunsten einer Minderheitsmeinung verändert. 9% der Befragten sind mit dieser Ansicht «sehr» und 33% «eher» einverstanden.

Die sicherheitspolitische Alternative, in der Form einer Kooperation in einem europäischen Verteidigungsbündnis, wird weiterhin nur von einer Minderheit der Schweizer*innen gewünscht (23%, –1 Pp). Dabei antworten 4% der Befragten mit «sehr» und 19% mit «eher» einverstanden. Das aktuell gemessene Resultat entspricht dem bekannten Trend der letzten Jahre: Ein Beitritt zu einem europäischen Verteidigungsbündnis wird grossmehrheitlich abgelehnt (Durchschnitt 2011 bis 2021: 25% Zustimmung), dies, obwohl die militärische Verteidigung der Neutralität durchaus kritisch betrachtet wird.

Soziodemografische Einflüsse: Für die vier gestellten Vorgaben der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität gilt, dass es keinen signifikanten Zusammenhang mit dem Alter, dem Bildungsniveau oder dem Einkommen der Befragten gibt. Bei allen vier Aussagen variieren die Antworten vor allem nach der politischen Einstellung. Stimmbürger*innen, die sich politisch links einordnen, sind signifikant weniger häufig der Meinung, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen werden würde, als Personen, die sich in der Mitte oder rechts positionieren (links: 64%, Mitte: 73%, rechts: 75%; $\gamma = -0.18$). Die Ansicht, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte verwickelt werden, wird in der Westschweiz am wenigsten stark unterstützt (D-CH: 72%, F-CH: 64%, Tessin: 88%; $CC = 0.19$).

Während sich politisch links Eingestellte mit 47% uneinig sind, ob die bewaffnete Neutralität der Schweiz zur Sicherheit und Stabilität in Europa beiträgt, sind Befragte der politischen Mitte und Rechte mehrheitlich davon überzeugt (links: 47%, Mitte: 68%, rechts: 65%; $\gamma = -0.25$). Ab 60-Jährige geben hier signifikant öfters «sehr einverstanden» als Antwort als die anderen beiden Alterskategorien (sehr einverstanden: 18–29-Jährige: 13%, 30–59-Jährige: 14%, ab 60-Jährige: 22%; $\gamma = 0.14$).

Während jeweils nur eine Minderheit der politischen Mitte und der politisch rechts Eingestellten der Meinung sind, dass die Neutralität heute nicht mehr glaubhaft geschützt

werden kann, sind sich Befragte des politisch linken Spektrums in dieser Frage uneinig (links: 49%, Mitte: 40%, rechts: 36%; $\gamma = -0.20$).

Politisch rechts eingestellte Befragte sind signifikant weniger von einer Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis und den sich daraus ergebenden Sicherheiten unter Aufgabe der Neutralität überzeugt als Personen der Mitte und des linken Spektrums (links: 26%, Mitte: 25%, rechts: 16%; $\gamma = -0.22$).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Aussagen, dass die Neutralität der Schweiz zur Sicherheit und Stabilität in Europa beiträgt, sowie dass die Neutralität heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann, stehen in Zusammenhang mit der Einstellung zur Notwendigkeit, dem Vertrauen in die Armee als auch zur Vollausrüstung des Schweizer Militärs. Schweizer*innen, welche die Armee für notwendig halten ($\gamma = 0.49$), der Armee stärker vertrauen ($\gamma = 0.35$) sowie sich für eine «vollständig ausgerüstete» Armee aussprechen ($\gamma = 0.46$) sind auch verstärkt mit der Aussage einverstanden, dass die Schweizer Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beiträgt. Personen, die der Ansicht sind, dass die Neutralität nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann, halten die Armee für weniger notwendig ($\gamma = 0.28$).

Zusammenfassend wird somit festgehalten: Während Armeebefürworter*innen die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität als gegeben ansehen, wird diese von Armeegegner*innen angezweifelt.

Ob Schweizer*innen einem europäischen Verteidigungsbündnis zustimmen, steht in engem Zusammenhang mit ihrer Befürwortung eines Beitritts der Schweiz zur EU und zur Nato (vgl. Abschnitt 7.2). Wer einen EU- oder Nato-Beitritt der Schweiz befürwortet, stimmt auch deutlich häufiger einem europäischen Verteidigungsbündnis zu (EU-Beitritt: $\gamma = 0.42$; Nato-Beitritt: $\gamma = 0.45$). Je tiefer die Zustimmung zur Beibehaltung der Neutralität, desto stärker findet ein europäisches Verteidigungsbündnis Unterstützung ($\gamma = -0.46$).

Die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität unterscheiden sich von der sicherheitspolitischen Dimension sowohl hinsichtlich der stärkeren Befürwortung als auch im langfristigen Trend. Seit der ersten Erhebung im Jahr 1993 verlaufen die Entwicklungen der Zustimmung zur Solidaritäts- und Identitätsfunktion beinahe parallel zu jener der Zustimmung des Neutralitätsprinzips. In den Neunzigerjahren des 20. Jahrhunderts war die Unterstützung beider Dimensionen stabil, jedoch weniger breit in der Bevölkerung abgestützt als nach 2002. Auch die Zustimmung zur sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität scheint sich nach 2002 tendenziell erhöht zu haben. Es kann daher angenommen werden, dass mit der veränderten Bedrohungswahrnehmung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA die früheren Zweifel an der schweizerischen Sicherheitspolitik abgenommen haben. Verglichen mit der Solidaritäts-

und Identitätsfunktion ist die Zunahme der Unterstützung der sicherheitspolitischen Funktion ähnlich ausgeprägt, wenn auch auf einem deutlich tieferen Niveau. Auch dieses Jahr spaltet sich die Zustimmung zur sicherheitspolitischen Dimension der Neutralität hauptsächlich entlang der politischen Zugehörigkeit der Schweizer*innen. Die aktuelle Erhebung zeigt, dass der Trend der vier vergangenen Jahre unterbrochen wurde, denn nur noch eine Minderheit (42%) der Schweizer Stimmbevölkerung ist 2021 der Auffassung, dass die Schweiz im Ernstfall nicht fähig wäre, ihre Neutralität militärisch glaubhaft verteidigen zu können.

Trend Radar: COVID-19. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbilder in Zeiten der Pandemie. Kompakte Ergebnisse zur inneren und sozialen Lage.

Trend Radar 3/2020

Mit der Publikationsreihe «Trend Radar» veröffentlicht das Zentrum für menschenorientierte Führung und Wehrpolitik (ZMFW) an der Landesverteidigungsakademie, basierend auf repräsentativen Bevölkerungsbefragungen, empirische sozialwissenschaftliche Erkenntnisse über die innere und soziale Lage des Österreichischen Bundesheeres. Für den Trend Radar 3/2020 wurden zwischen dem 14. Juli und dem 28. Juli 2020 insgesamt 1408 Österreicher*innen ab 15 Jahren befragt (Mixed-Mode-Ansatz: Online-Interviews und Computer-Assisted Personal Interviews). Bei Österreicher*innen findet die Solidaritätsfunktion der Neutralität, dass Österreich dank ihr in internationale Konflikte vermitteln und international Gute Dienste leisten kann, von 81% der Befragten Zuspruch. 75% der Befragten stimmen der Identitätsfunktion der Neutralität, dass diese untrennbar mit dem Staatsgedanken Österreichs verbunden sei, zu. Mit der Ansicht, dass die Neutralität Österreichs zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitrage (sicherheitspolitische Funktion für Europa) sind 69% einverstanden und weitere 66% stimmen der Aussage zu, dass Österreich durch die Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird (sicherheitspolitische Funktion für Österreich).

Prinz, W. H., Rakowsky, S., Lackinger, S., Heisig, S. (2020/3). *Trend Radar: COVID-19. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbilder in Zeiten der Pandemie*. 2020 Kompakte Ergebnisse zur inneren und sozialen Lage. Wien: Bundesministerium für Landesverteidigung.

Der österreichische Trend Radar 3/2020 und die Studie «Sicherheit 2021» im Vergleich

Die Resultate der Studie «Sicherheit 2021» zeigen, dass 94% der Schweizer*innen die Solidaritätsfunktion und 84% die Identitätsfunktion der Neutralität befürworten. Die Zustimmung zu den sicherheitspolitischen Funktionen der Neutralität liegen bei 71% (Dank Neutralität keine Konflikte) und 59% (Neutralität als Stabilisator der Sicherheitslage in Europa).

Sowohl die österreichische wie auch die Schweizer Bevölkerung bewerten ihre jeweilige Neutralität positiv. In der Schweiz findet die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität mehr Unterstützung als in Österreich. Im Gegenzug wird der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität für Europa in Österreich stärker als in der Schweiz zugestimmt. In der Schweiz erhält die Einstellung, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird, mehr Unterstützung als in Österreich.

6.4 Neutralität: Instrument der Aussenpolitik, finaler Wert oder Hindernis?

Neben der Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung zur Neutralität im Allgemeinen sowie zu deren spezifischen Ausgestaltungsformen wird in der Studienreihe «Sicherheit» auch erhoben, inwieweit die Neutralität als Instrument der Aussenpolitik angesichts der heutigen internationalen Verflechtungen (Interdependenzen) noch umgesetzt werden kann, und ob ihr Schweizer*innen einen Wert an sich zuschreiben. Wie im darauffolgenden Kapitel 7 (Abschnitt 7.1) dargestellt wird, stellt sich die Frage, in welchem Umfang die zunehmenden Interdependenzen im aktuellen globalen Zeitalter zu einem Hindernis für die Umsetzung der Schweizer Neutralität werden könnten.

Die tatsächliche Realisierbarkeit der Schweizer Neutralität, in Abhängigkeit mit den zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen, wurde in den Jahren 2017 (37%), 2019 und 2020 (je 36%) so stark wie noch nie seit Messbeginn in Frage gestellt (siehe Abbildung 6.5, orange Linie). Aktuell ist die Zustimmung statistisch signifikant gesunken und liegt bei 28% (–8 Prozentpunkte). Mit dieser Vorgabe sind 5% der Befragten «sehr» und 23% «eher» einverstanden.

Der Auffassung, dass die Schweiz aufgrund der Neutralität nicht mehr mit den europäischen Nachbarn handeln kann (blaue Linie), wird aktuell statistisch unverändert von 28% (–6 Pp) der Schweizer*innen zugestimmt. Auch hier geben 5% der Befragten «sehr» und 23% «eher» einverstanden als Antwort. Damit liegt der 2021 gemessene Wert deutlich unter dem langjährigen Schnitt von 36%.

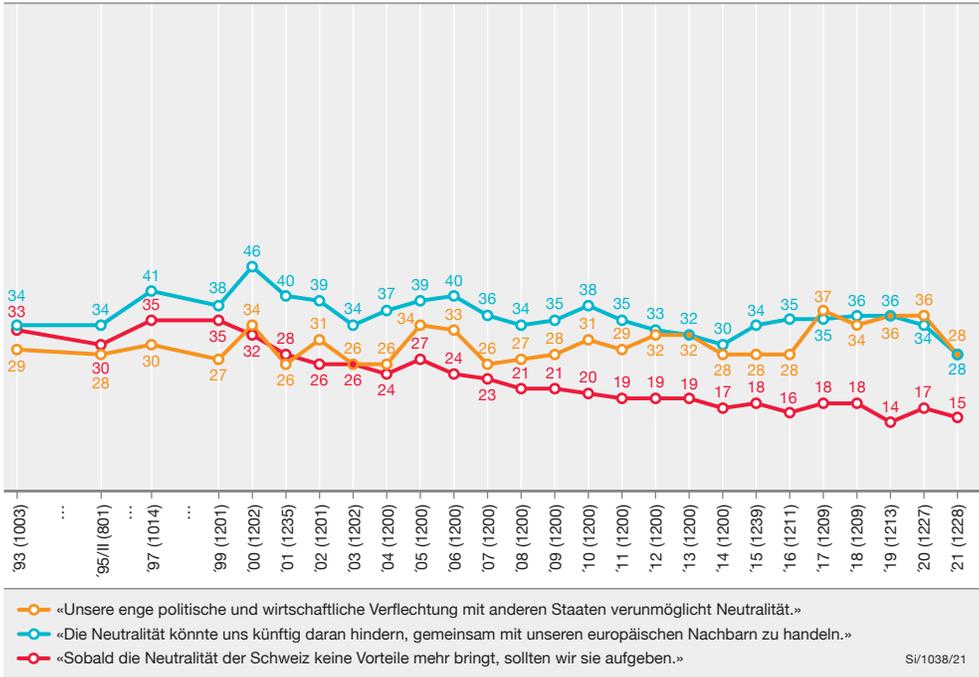
Gegenüber dem Vorjahr liegt die Zustimmung für die Ansicht, dass die Neutralität aufzugeben sei, wenn sie keine Vorteile mehr bringe (rote Linie) aktuell statistisch unverändert bei 15% (–2 Pp). 4% der Befragten sind hiermit «sehr» und 11% «eher» einverstanden. Aufgrund dessen wird angenommen, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten in der Neutralität einen Wert an sich sieht, welcher, unabhängig von der Bewertung des möglichen Nutzens, aufrechterhalten werden soll.

Abbildung 6.5

Neutralität und internationale Verflechtung. Neutralität als finaler Wert

«Heute hört man auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Frauen (29%) sind signifikant öfter als Männer (25%; $CC = 0.17$) der Ansicht, dass die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten ein Hindernis für die Neutralität sei. 32% der Frauen sind ebenfalls der Ansicht, dass die Schweiz aufgrund ihrer Neutralität an Handlungsspielraum mit dem europäischen Umfeld verliert, während Männer dieser Aussage nur mit 23% zustimmen ($CC = 0.18$). Politisch links Stehende sehen die Neutralität durch die engen politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen mit anderen Staaten signifikant stärker verunmöglicht als Befragte der politischen Mitte und des rechten politischen Spektrums (links: 33%, Mitte: 25%, rechts: 23%; $\gamma = 0.18$). 31% der Befragten des politisch linken Spektrums sehen in der Neutralität einen Hinderungsgrund im Handel mit den europäischen Nachbarn. Befragte des politisch rechten Spektrums sind signifikant weniger oft dieser Auffassung (links: 31%, Mitte: 26%, rechts: 25%; $\gamma = 0.12$).

Letztlich übt auch das Einkommen einen signifikanten Einfluss darüber aus, ob man der Meinung ist, dass die Neutralität das Handeln mit anderen Staaten verhindere. Befragte mit hohem Einkommen sehen mit 31% signifikant mehr Probleme als die anderen beiden Einkommensklassen (tief: 25%, mittel: 27%, hoch: 31%; $\gamma = 0.15$). Die Mehrheit der Schweizer*innen sieht weder durch die engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen noch durch die Neutralität selbst negative Implikationen für das Handeln mit den Nachbarn der Schweiz.

Über alle soziodemografischen Variablen hinweg wird die Aufgabe der Neutralität, sofern sie keine Vorteile mehr bringen sollte, grossmehrheitlich abgelehnt.

Weitere signifikante Unterschiede: Schweizer*innen, welche nicht an der Neutralität der Schweiz festhalten möchten, wenn sie keine Vorteile mehr bringt, betrachten die wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen der Schweiz mit anderen Staaten als Hindernis für die Neutralität ($\gamma = -0.33$). Und ausserdem sind Schweizer*innen, die nicht an der Neutralität ohne Vorteile festhalten möchten, häufiger der Meinung, dass die Neutralität künftig die Schweiz daran hindern könnte, gemeinsam mit den europäischen Nachbarn zu handeln ($\gamma = -0.40$).

Ein weiterer interessanter Befund ist die starke Korrelation zwischen der Ansicht, die Neutralität aufzugeben, wenn diese keine Vorteile mehr bringt und der Einstellung zu den verschiedenen Neutralitätskonzepten, welche im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» abgefragt werden. So korrelieren die Identitäts- ($\gamma = 0.49$) und Solidaritätsfunktion ($\gamma = 0.31$) deutlich stärker mit der Einschätzung der Neutralität als finalen Wert (in dem Sinne, sie auf keinen Fall aufgeben zu wollen), als die sicherheitspolitische Funktion, dass die bewaffnete Neutralität der Schweiz zur Stabilität und Sicherheit in Europa beiträgt ($\gamma = 0.21$). Die Berechnungen zeigen, dass der finale Wert, welcher der Neutralität zugeschrieben wird, stark von der Beurteilung der Identitäts- und der Solidaritätsfunktion abhängig ist. Befragte, welche bereit sind die Neutralität aufzugeben, wenn sie keine Vorteile mehr bringt, könnten sich zudem eher einen EU ($\gamma = 0.28$) oder Nato ($\gamma = 0.29$) Beitritt vorstellen.

Zusammenfassend zeigt sich somit für das Jahr 2021 Folgendes: Schweizer*innen sehen weder in der zunehmenden internationalen Verflechtung der Schweiz noch in der Neutralität selbst ein Hindernis oder eine Einschränkung der aussenpolitischen Handlungsfähigkeit für die Schweiz. Zusätzlich ist nur eine Minderheit der Befragten bereit, die Neutralität aufzugeben, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Die hohe Zustimmung zur Neutralität dürfte insbesondere auf die positiv wahrgenommenen Vorteile (Konfliktvermittlung, Gute Dienste, Beitrag zur Sicherheit, Stabilität in Europa und Schutz vor Einmischung in internationalen Konflikten) zurückzuführen sein. Neben

den beschriebenen wahrgenommenen Vorteilen der Neutralität ist die Neutralität für 84% der Schweizer*innen ein identitätsstiftendes Element. Auch wenn die Sorge um die Beibehaltung der Neutralität in einer globalisierten Welt signifikant gesunken ist, beurteilt knapp ein Drittel der Schweizer*innen diese kritisch: Jeweils 28% der Befragten sehen einerseits durch die wirtschaftliche und politische Verflechtung ein Problem für die Neutralität und andererseits empfinden sie die Neutralität als ein zukünftiges Handelshindernis mit benachbarten europäischen Staaten. Dennoch unterstützt die Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung auch 2021 die Neutralität deutlich und weist ihr nach wie vor einen finalen Wert zu, welchen es unabhängig von den wahrgenommenen Vor- oder Nachteilen zu erhalten gilt.

6.5 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

Durch eine Cluster-Analyse (siehe Anhang I) werden Personen anhand ihrer Auffassungen zu einem Thema so zu Gruppen zusammengefasst, dass in einer Gruppe eine möglichst homogene Gruppenmeinung herrscht. Für die nachfolgenden Analysen werden die Befragten anhand ihrer Antworten zu acht Fragen zur Neutralität in vier verschiedene Gruppen (Cluster) eingeteilt (siehe Abbildung A in Anhang II). Eine befriedigende Lösung, um interpretierbare Gruppeneinteilungen zu erhalten, bildet eine Vier-Gruppen-Einteilung. 2021 lassen sich von den insgesamt 1228 Befragten 1085 in eine der vier Gruppen zuordnen (siehe Abbildung 6.6).⁵ Die vorhandene Auffassung zur Neutralität unterscheidet sich dabei zwischen den jeweiligen Gruppen. In den folgenden Abschnitten werden die vier Cluster mit ihren unterschiedlichen Einstellungen gegenüber der Neutralität beschrieben. Zudem wird jeweils auf die demografische Zusammensetzung der Gruppen in Bezug auf die Gesamtstichprobe von N = 1228 eingegangen.

Eine rein zufällige Verteilung der Befragten innerhalb der gebildeten vier Gruppen würde bedeuten, dass auch die soziodemografischen Merkmale der Befragten zufällig in den vier Gruppen verteilt sind. Die Folge wäre, dass alle Verteilungen aller soziodemografischen Merkmale in den Clustern der Verteilung in der Stichprobe entsprechen würden.

Konkret heisst dies zum Beispiel, dass von allen «Neutralitätsdissonanten», zu welchen 34% der Antwortenden gezählt werden, 48% Männer und 52% Frauen sein müssten, (vgl. Kapitel 3, Tabelle 3.1) um die natürliche Verteilung in der Bevölkerung widerzuspiegeln. Prozentuale Abweichungen der Verteilung soziodemografischer Merkmale einer Gruppe gegenüber der Verteilung in der Stichprobe weisen auf eine spezielle Zusammensetzung der Gruppe hin. Zwischen den vier Neutralitätsclustern bestehen signifikante Abweichungen

5 Aktuell lassen sich 143 (12%) Befragte aufgrund fehlender Angaben keinem der vier Neutralitätstypen zuordnen. Damit beziehen sich die Prozentangaben zu den vier Neutralitätstypen nur auf 1085 (88%) und nicht auf die Gesamtstichprobe von 1228 Personen (100%).

bei der politischen Einstellung ($CC = 0.22$) der befragten Personen. Die Verteilungen dieses soziodemografischen Merkmals wird pro Neutralitätsgruppe in Bezug zur Verteilung in der Gesamtstichprobe ($N = 1228$) im Absatz «soziodemografische Zusammensetzung» jeweils beschrieben.

Gegenüber 2020 ist die Verteilung der «Neutralitätsdissonanten» (34%, +2 Prozentpunkte) und «Neutralitätskritikern» (19%, +1 Pp) statistisch betrachtet unverändert. Gegenüber dem Vorjahr hat der Anteil der «Neutralitätstraditionalisten» (25%, +3 Pp) statistisch zugenommen und derjenige der «Neutralitätspragmatiker» (22%, -6 Pp) ist statistisch signifikant gesunken.

«**Neutralitätsdissonanten**» (34% der Antwortenden, +2 Pp, siehe Abbildung 6.6, blaue Linie): Befragte, die sich diesem Typus zuordnen lassen, zeichnen sich durch eine widersprüchliche Haltung gegenüber Neutralitätsfragen aus. «Neutralitätsdissonante» stimmen allen drei Funktionen der Neutralität – der sicherheitspolitischen Funktion, der Solidaritäts- und Identitätsfunktion – grossmehrheitlich zu. Dabei erhalten besonders die Solidaritäts- (98%) und die Identitätsfunktion (97%) hohe Zustimmungswerte. Auch die Aussage, dass die Neutralität die Schweiz vor internationalen Konflikten verschone (89%) und eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe (83%), wird von einer sehr deutlichen Mehrheit der «Neutralitätsdissonanten» befürwortet.

Gleichzeitig beurteilen sie die Umsetzbarkeit der Neutralität jedoch vergleichsweise kritisch. 40% der «Neutralitätsdissonanten» stimmen der Aussage zu, dass die Neutralität aktuell nicht mehr militärisch glaubhaft verteidigt werden könne. 34% der «Neutralitätsdissonanten» sind der Ansicht, dass die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten die Neutralität der Schweiz verunmöglicht. 44% sind der Auffassung, dass die Neutralität die internationale Zusammenarbeit verunmögliche und die Schweiz künftig vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten könne. Trotz dieser kritischen Haltung sind «Neutralitätsdissonante» nicht bereit, auf die Neutralität zu verzichten, selbst wenn diese der Schweiz eindeutig keine Vorteile mehr brächte (20%).

Diese ambivalente Haltung legt ein gewisses Mass an Verunsicherung zu Tage. Personen dieses Clusters sehen einerseits mögliche Schwierigkeiten bezüglich der Schweizer Neutralität, halten aber trotz allem an ihr fest. «Neutralitätsdissonante» stellen die sicherheitspolitischen Vorteile der Neutralität den aussenpolitischen Nachteilen gegenüber. Im Zeitraum von 1997 bis 2021 macht die Gruppe der «Neutralitätsdissonanten» anteilmässig zwischen 24% und 33% aus. 2021 umfasst die Gruppe 34% (+2 Pp) der Befragten. Deren prozentuale Gruppengrösse bleibt damit statistisch betrachtet unverändert. Der aktuelle Wert liegt über dem langjährigen Durchschnitt von 29% und ist der höchste seit Messbeginn.

Soziodemografische Zusammensetzung der «Neutralitätsdissonanten»: Diese Gruppe tendiert politisch zur Mitte oder leicht nach rechts. Bei den «Neutralitätsdissonanten» sind Befragte des politischen linken Spektrums untervertreten.

«Neutralitätspragmatiker» (22%, –6 Pp, orange Linie): «Neutralitätspragmatiker» stimmen der Identitäts- (100%) und der Solidaritätsfunktion (95%) fast geschlossen zu. 59% der «Neutralitätspragmatiker» sind der Ansicht, dass die Neutralität heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann. Gleichzeitig glauben nur 10% der «Neutralitätspragmatiker», dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann. Sie sind sich dahingehend einig, dass die Schweiz dank der Neutralität weniger in internationale Konflikte hineingezogen wird (75%). Zugleich sind sie jedoch skeptisch, ob die Interdependenzen die Neutralität zunehmend verunmöglichten (23%) und ob die Neutralität gemeinsames Handeln mit Nachbarstaaten beeinträchtigen würde (16%). Einigkeit herrscht darüber, dass «Neutralitätspragmatiker» die Neutralität nicht aufgeben wollen (3%), auch wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr brächte.

«Neutralitätspragmatiker» sehen in der Neutralität vor allem einen symbolischen Wert. Sie halten lieber an der Neutralität fest, als sie abzuschaffen, und dies, obwohl ihnen mögliche Nachteile durchaus bewusst sind. Nach dem der Anteil der «Neutralitätspragmatiker» 2017 signifikant auf 22% gesunken war, wurden für die Folgejahre wieder höhere Werte gemessen (2018: 28%, 2019: 29%, 2020: 28%). Der aktuelle Wert (22%) entspricht dem 2017 gemessenen Wert von 22% und liegt unter dem langjährigen Schnitt von 28% und ist gegenüber dem Vorjahr statistisch signifikant gesunken.

Soziodemografische Zusammensetzung der «Neutralitätspragmatiker»: Die Gruppe der «Neutralitätspragmatiker» unterscheidet sich bezüglich der soziodemografischen Zusammensetzung nicht signifikant von der Gesamtstichprobe (N = 1228).

«Neutralitätstraditionalisten» (25%, +3 Pp, rote Linie): Befragte mit einer traditionellen Neutralitätsauffassung stimmen der Solidaritäts- (100%) und Identitätsfunktion (95%) wie auch den sicherheitspolitischen Funktionen der Neutralität – dass die Neutralität die Schweiz vor internationalen Konflikten verschone (82%) und eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe (89%) – überaus stark und deutlich zu. Ausserdem sprechen sie sich sehr klar gegen jegliche kritische Beurteilung der Neutralität aus. Sowohl die Auffassung, die Schweizer Neutralität stelle ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit anderen europäischen Staaten dar (2%), als auch die Idee, dass die zunehmende internationale Verflechtung Neutralität verunmögliche, lehnen sie deutlich ab (7%). Nur 12% der «Neutralitätstraditionalisten» befürchten, dass die militärische Verteidigung der Neutralität nicht mehr realisierbar sei. Sie würden die Neutralität auch dann nicht aufgeben wollen, wenn diese keine Vorteile mehr bringen würde (2%).

«Neutralitätstraditionalisten» schreiben damit der Neutralität eine hohe symbolische Wirkung zu, die zum normativen Selbstzweck wird. Aus ihrer Sicht ist die Neutralität eng mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden und vermag damit die politischen Beziehungen zum Ausland nicht zu beeinträchtigen. Seit 1997 liegt der Anteil der «Neutralitätstraditionalisten» zwischen 21% und 34%. Seit 2007 ist der Anteil konstant unter 30%. Der Anteil der «Neutralitätstraditionalisten» ist gegenüber 2021 signifikant gestiegen und liegt aktuell bei 25% (+3 Pp).

Soziodemografische Zusammensetzung der «Neutralitätstraditionalisten»: «Neutralitätstraditionalisten» sind vorwiegend männlich und politisch rechts eingestellt.

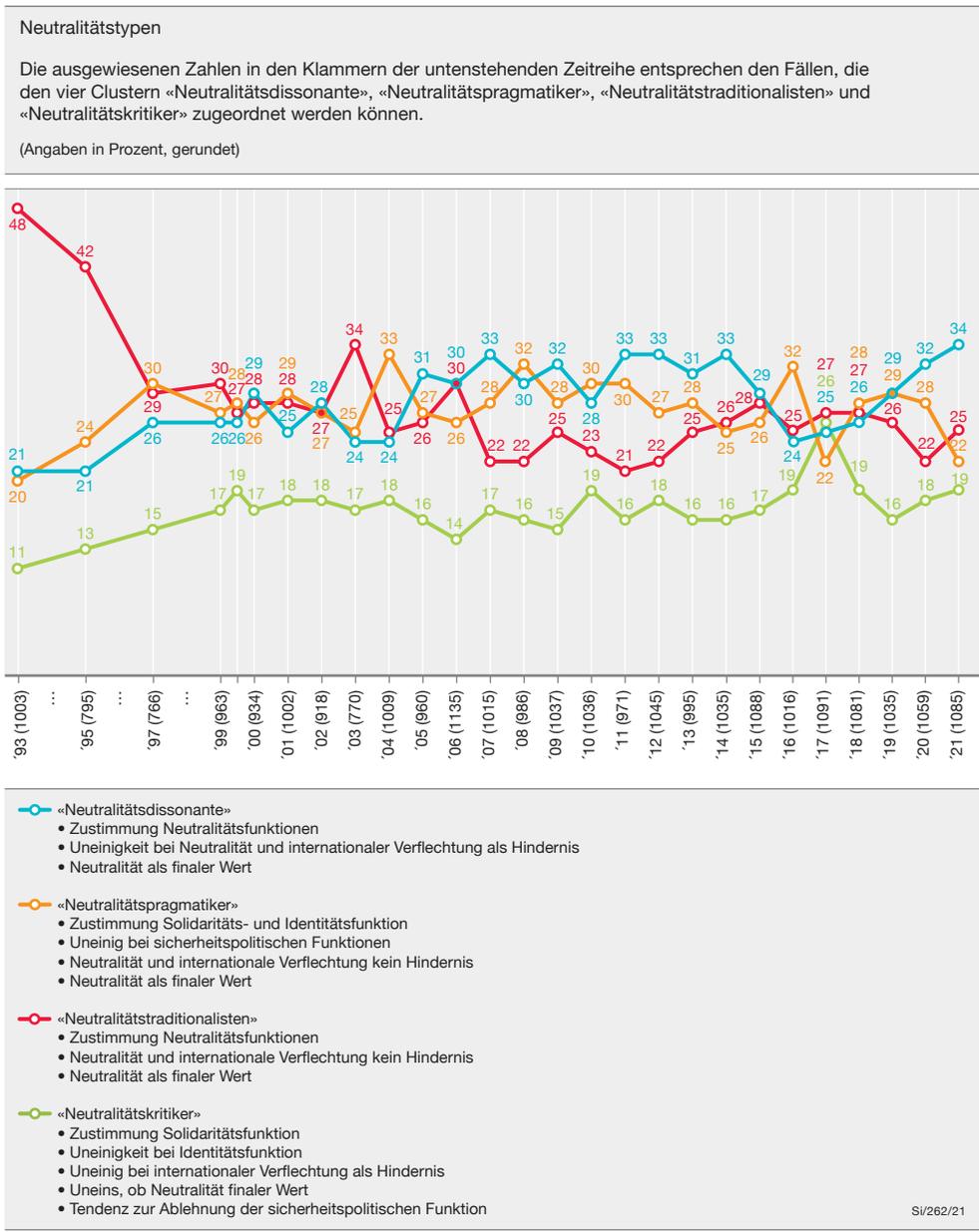
«**Neutralitätskritiker**» (19%, +1 Pp, grüne Linie): «Neutralitätskritiker» haben die entgegengesetzte Einstellung zur Neutralität wie die «Neutralitätstraditionalisten». «Neutralitätskritiker» stimmen zwar der Solidaritätsfunktion (87%) zu; die Zustimmung hierzu ist allerdings deutlich geringer als bei den anderen drei Neutralitätstypen. Auch stimmen nur 41% der «Neutralitätskritiker» der Identitätsfunktion zu. Sie anerkennen zwar die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität (75%), sehen jedoch darin nur einen geringen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität für Europa (25%). «Neutralitätskritiker» sind skeptisch, ob die Neutralität die Verwicklung der Schweiz in internationale Konflikte verhindern kann (34%). Ausserdem sind sie sich uneinig, ob die enge internationale Verflechtung der Schweiz die Neutralität zunehmend verunmöglicht (50%) und ob die Neutralität die Schweiz am gemeinsamen Handeln mit anderen europäischen Staaten hindert (47%). Im Vergleich zu den drei bereits vorgestellten Neutralitätstypen findet bei den «Neutralitätskritikern» die Frage nach der Abschaffung der Neutralität, insofern diese keine Vorteile mehr bringen würde, mit Abstand am meisten Zuspruch: 41% der «Neutralitätskritiker» befürworten dies.

Daraus lässt sich folgern, dass aus Sicht der «Neutralitätskritiker» die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, insbesondere den zunehmenden Interdependenzen, zwar nicht mehr entspricht, aber nichtsdestotrotz ein wichtiger Teil des Schweizer Selbstverständnisses ausmacht. Aller Kritik zum Trotz ist auch die Abschaffung der Neutralität bei den «Neutralitätskritikern» eine Minderheitsforderung. Der Typus «Neutralitätskritiker» bewegt sich im Beobachtungszeitraum 1997 bis 2021 anteilmässig zwischen 14% und 26%. Der Anteil der «Neutralitätskritiker» liegt aktuell statistisch betrachtet unverändert bei 19% (+1 Pp).

Soziodemografische Zusammensetzung der «Neutralitätskritiker»: Bei den «Neutralitätskritikern» sind politisch links Eingestellte stark übervertreten.

Abbildung 6.6

Die Neutralitätstypen und ihre anteilmässigen Veränderungen von 1993 bis 2021 (in Prozent, gerundet)



Nach wie vor stellt das Jahr 2017 eine Ausnahme dar, in dem sich die Clustergrößen aller vier Neutralitätstypen auf einem sehr ähnlichen Niveau befanden. Im Vergleich zum Vorjahr unterscheiden sich die Clustergrößen 2021 wieder stärker voneinander. Es kann vermutet werden, dass die eher angespannte und volatile weltpolitische Sicherheitslage der letzten Jahre dazu geführt hat, dass die verschiedenen Auslegungen der Neutralität zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlich bewertet wurden. Gegenüber dem Vorjahr haben die «Neutralitätstraditionalisten» signifikant zu und die «Neutralitätspragmatiker» signifikant abgenommen. Die «Neutralitätsdissonanten» und die «Neutralitätskritiker» sind statistisch betrachtet unverändert und verharren auf dem Vorjahresniveau.

Fazit: Wie seit Messbeginn halten auch im Jahr 2021 Schweizer Stimmbürger*innen klar an der Neutralität fest und eine Aufgabe der Neutralität steht für die Mehrheit der Bevölkerung ausser Frage. Schweizer*innen sehen auch im Jahr 2021 deutlich mehr Vor- als Nachteile in der Neutralität für die Schweiz und wollen klar an der Neutralität der Schweiz festhalten.

Die Uneinigkeit der differenziellen Auslegung der Neutralität (politisch Stellung beziehen, aber militärisch neutral bleiben) hat sich aufgelöst und die Zustimmung dazu ist statistisch signifikant gestiegen (57%). Zwar ist die Zustimmung zur de-facto Aufgabe der Neutralität (auch bei militärischen Konflikten klar Stellung beziehen) signifikant gestiegen, wird aber nach wie vor nur von einer Minderheit gefordert.

Solidaritäts- und Identitätsfunktion: Bezüglich der Funktionen der Neutralität zeigt sich, dass die Zustimmung bei beiden weiterhin sehr hoch und statistisch unverändert ist.

Sicherheitspolitische Funktionen der Neutralität: Die Zustimmung zur Neutralität als Schutzwirkung, nicht in internationale Konflikte hineingezogen zu werden, ist statistisch signifikant gestiegen. Die Schutzfunktion der bewaffneten Neutralität als Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in Europa wird gleich wie im Vorjahr beurteilt. Waren sich Befragte 2020 hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität uneinig, so zeigt sich 2021, dass eine Minderheit (42%) der Ansicht zustimmt, dass die Schweiz ihre Neutralität heute nicht mehr glaubhaft schützen könne. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zustimmung statistisch signifikant gesunken. Obwohl die Neutralität kritisch bewertet wird, ist eine Aufgabe der Neutralität zu Gunsten eines europäischen Verteidigungsbündnisses lediglich eine Minderheitsmeinung.

Neutralität und internationale Verflechtung: Jeweils rund ein Drittel der Schweizer Stimmbevölkerung sieht sowohl in den engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen mit anderen Staaten, als auch in der Neutralität selbst ein Hindernis für das gemeinsame Agieren mit den europäischen Nachbarn. Die Forderung, dass die Neutralität aufgegeben werden sollte, sofern sie keine Vorteile mit sich bringen würde, ist seit jeher ein Anliegen einer kleinen Minderheit. Die Daten können dahingehend interpretiert

werden, dass Schweizer*innen in der Neutralität mehr Vorteile und fast keine Nachteile sehen und dass sie die Neutralität als finalen Wert betrachten.

Neutralitätstypen: Wie jedes Jahr wurden auch dieses Jahr Befragte anhand ihrer Meinungen zur Neutralität in vier Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe bilden die «Neutralitätsdissonanten»: Sie stellen die sicherheitspolitischen Vorteile der Neutralität den aussenpolitischen Nachteilen gegenüber. Trotz der wahrgenommenen Unstimmigkeiten und Schwierigkeiten halten sie an der Neutralität fest. Die «Neutralitätspragmatiker» (zweite Gruppe) sehen in der Neutralität einen eher symbolischen Nutzen. Obwohl ihnen mögliche Nachteile bewusst sind, halten sie lieber an der Neutralität fest, als sie aufzugeben. Für die dritte Gruppe, den «Neutralitätstraditionalisten», hat die Neutralität eine hohe symbolische Wirkung und einen normativen Selbstzweck. Die vierte Gruppe sind die «Neutralitätskritiker», welche die Neutralität vor allem kritisch betrachten. Trotz allem sprechen sich auch «Neutralitätskritiker» für das Festhalten an der Neutralität aus.

7 Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen

Aus Sicht der Schweizer Stimmbürger*innen: Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Wird eine umfassende politische und wirtschaftliche Autonomie der Schweiz oder eine sich politisch öffnende Schweiz, die sich verstärkt international engagiert, befürwortet? Während in Kapitel 6 die verschiedenen Ansichten zur Neutralität beschrieben wurden, befasst sich das vorliegende Kapitel mit der Kooperationsbereitschaft der Schweizer*innen in Bezug auf verschiedene aussen- und sicherheitspolitische Optionen. Hierunter fallen Einstellungen der Schweizer*innen gegenüber der Europäischen Union (EU), gegenüber internationalen Kooperationen ohne institutionelle Bindung (weiche Kooperation), das gewünschte Engagement innerhalb der Vereinten Nationen (Uno) und ihr Verhältnis zu sicherheitspolitischen Allianzen mit der Nordatlantikpakt-Organisation (Nato). Zudem werden Fragen gestellt, die das allgemeine Bestreben nach nationaler Autonomie der Schweiz messen. Eine Typologie zur aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft der Schweizer*innen rundet das Kapitel ab und zeichnet dabei den Trend von 1993 bis 2021 nach.

7.1 Die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz

Die Wahrnehmungen der Bevölkerung zur Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz ist im Hinblick auf mögliche Kooperationsformen, welche im Laufe des 20. Jahrhunderts aufkamen, für einen Kleinstaat wie die Schweiz von grosser Bedeutung. Dies auch, weil die (halb)-direkte Konkordanzdemokratie in der Schweiz stark ausgebaut ist (EDA 2011, 36). Aus diesem Grund werden Fragen zu möglichen Kooperationsformen und zur aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft bereits seit den Neunzigerjahren regelmässig abgefragt.

Im Fach «Internationalen Beziehungen», als Teildisziplin der Politikwissenschaften, gibt es verschiedene theoretische Erklärungsansätze, welche das Zusammenspiel von Nationalstaaten beschreiben und erklären. Der Neorealismus negiert grösstenteils die Relevanz von innerstaatlichen Akteuren und nimmt an, dass Staaten als einheitliche Akteure gegen aussen auftreten («unitary actors»). Dabei wird vom Überlebensinteresse jedes einzelnen Staates ausgegangen, welches sämtlichen anderen Zielen übergeordnet wird. Im Liberalismus hingegen wird die Sicherheit, bzw. das Überleben jedes Staates nicht zur Maxime erklärt, sondern ist lediglich noch als untergeordnetes Ziel der Nationalstaaten vorhanden. Wichtiger ist die Wohlstandsmaximierung eines Landes, wobei die Aussenpolitik die Aggregation der Präferenzen sämtlicher Akteure eines Landes darstellt (Schimmelfennig 2015).

In Bezug zur Schweiz ist vor allem die Neutralität als Strategie für Kleinstaaten von Bedeutung (vgl. Kapitel 6). Deren Bedeutung variiert je nach theoretischer Perspektive: Der

Neorealismus sieht die Neutralität als rationales Kalkül eines Kleinstaates, sich international zwischen unfreundlichen und sich rivalisierenden Staaten die eigene Autonomie und das Überleben zu garantieren (Jesse 2006). Anders sieht es im Liberalismus aus: Hier wird angenommen, dass die Maxime der Selbsterhaltung spätestens seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges zweitrangig ist. Es ist also nicht mehr das Überleben der Staaten, sondern die wirtschaftliche Prosperität und die internationale Kooperation, bzw. die Vertiefung von wirtschaftlichen Interdependenzen, welche für Staaten relevant sind (Joenniemi 1993). Die Schweizer Neutralität steht jedoch in Konflikt mit der als erstrebenswert angesehenen internationalen Verflechtung, welche der Liberalismus in der vermehrten Integration der Nationalstaaten in internationalen Organisationen vorsieht (Morris & White 2011). Aus diesem Grund eignet sich die neorealistische Sichtweise wohl besser, um die Schweizer Aussenpolitik zu analysieren (Andrey 2010).

Die Analyse der Schweizer Sicherheits- und Aussenpolitik kann aus drei Blickwinkeln betrachtet werden: aus jener der *Akteure*, der *Interaktionen* und der *Institutionen*. *Akteure* können Staaten, Organisationen oder Einzelpersonen sein und variieren je nach Fragestellung. Mit *Interaktionen* ist die Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Akteuren gemeint (Schimmelfenning 2015). *Interaktionen* finden auf verschiedenen Ebenen des Staatengefüges statt und formen gemeinsam die Schweizer Sicherheits- und Aussenpolitik. Nach Krasner (1983) sind *Institutionen* als Sets von Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsabläufen, nach denen sich Akteure in einem gewissen Umfeld richten, definiert. Die Neutralität kann demzufolge als Institution betrachtet werden, da sie den ausserpolitischen Spielraum der Schweiz beeinflusst (Havel 2000).

Die Akteure, welche an der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik beteiligt sind, sind einerseits andere Staaten, aber andererseits auch supranationale Organisationen, wie die EU, die Uno oder die Nato. Mit der verstärkten Globalisierung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind die wirtschaftlichen und politischen Interdependenzen weltweit angestiegen. Im Falle der Schweiz ist spezifisch die EU zu nennen, welche die Schweiz, mit der Ausnahme von Liechtenstein, komplett umschliesst und einen grossen Einfluss auf die Schweizer Aussenpolitik hat (Hirschi et al. 1999). Aber auch Normen, welche sich in institutionellen Gefüges wie der Uno oder deren Suborganisationen, oder in nicht-institutionellen Rahmen entwickelt haben, beeinflussen Schweizer Interessen und Handlungsoptionen im internationalen Kontext. Die Aussenpolitische Strategie 2020 bis 2023 des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) definiert die Schwerpunkte der Schweizer Aussenpolitik: Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit, Digitalisierung (EDA 2020, 9). Da das internationale Umfeld für die Schweizer Wirtschaft immer anspruchsvoller wird, ist das Engagement für gute Rahmenbedingungen und Marktzugang sowohl in Europa als auch global zentral. Da die EU mittlerweile der grösste Handelspartner der Schweiz geworden ist (EDA 2020,

21), kommt der Konsolidierung des bilateralen Wegs mit der EU eine grosse und wichtige Bedeutung zu (EDA 2020, 8). Auf der individuellen Ebene können somit unzählige Akteure Einfluss auf die Ausgestaltung der aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz haben (Allison 1969).

Interaktionen sind abhängig von den Präferenzen und Strukturkonstellationen der einzelnen Staaten im internationalen Kontext (Schimmelfennig 2015). Als mögliche Interaktionen werden die Koordination, Kooperationen und Verhandlungen in verschiedenen Politikfeldern verstanden, welche von Akteuren situationsgerecht angewendet werden, um ihre Ziele durchzusetzen. Die Globalisierung und die zunehmende Verflechtung der Nationalstaaten, aber auch das vermehrte Aufkommen von globalen Problemen, wie z. B. Klimawandel, Cyberangriffe, Pandemien oder Terrorismus, führen dazu, dass viele Probleme nicht mehr von einzelnen Nationalstaaten alleine gelöst werden können (vgl. dazu auch Schimmelfennig 2015). Dies lässt sich auch auf die Sicherheitspolitik übertragen. So wird Sicherheit heute nicht mehr alleine als militärische Sicherheit begriffen, sondern mit den Dimensionen Gesellschaft, Ökonomie, Ökologie und Kultur erweitert und die Unterscheidung zwischen innerer und äusserer Sicherheit aufgehoben («erweiterter Sicherheitsbegriff»; Daase & Rülzig 2016, 15). Kooperationen bergen aber auch gewisse Risiken, da man nicht weiss, ob sich die anderen beteiligten Akteure ebenfalls kooperativ zeigen. Unter Umständen kann Kooperation deshalb mit hohen Kosten verbunden sein (Schimmelfennig 2015).

Um das Risiko und die Unsicherheit der Kooperation zu verkleinern, kann es nützlich sein, Institutionen zu etablieren. Institutionen sind Regelwerke, welche von allen beteiligten Akteuren befolgt werden müssen, falls sie mit den restlichen beteiligten Staaten kooperieren wollen (Krasner 1983). Diese Funktion wird häufig an internationale Organisationen übertragen, welche diese Regelwerke umsetzen: Durch ihren zentralisierten Aufbau und ihre Unabhängigkeit von den einzelnen Staaten eignen sich diese besonders, um die Zusammenarbeit effizienter zu gestalten (Abbott & Snidal 1998). Beispiele dafür sind die Uno und die EU. Dabei dürfte die EU jene supranationale Organisation mit der grössten Autonomie in der Geschichte sein.

Die Schweizer Aussenpolitik wird von zwei gegensätzlichen Interessen geprägt: dem Interesse an internationalem Handel und dem Ziel der politischen Autonomie. Der internationale Handel und die daraus resultierenden Interdependenzen haben gesteigerten Wohlstand zum Ziel, welcher mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit für Frieden zwischen den beteiligten Ländern einhergeht (Gilpin 2001, 67–68). Dies ist jedoch auch auf die geografische Nähe und auf eine Teilung von demokratischen und rechtstaatlichen Prinzipien zurückzuführen. Die Schweizer Neutralität fördert aber das Interesse, politische Autonomie zu wahren (Christin & Trechsel 2002). Diese teils gegensätzliche Interessenlage bietet eine Vielzahl von aussen- und sicherheitspolitischen Optionen für

die Schweiz. Wenn man argumentiert, dass vielfältige Interdependenzen das Staatensystem überlagern und diese zur Kooperation zwingen, kann die absolute Autonomie (vgl. 6. Kapitel, Abbildung 6.1) der Schweiz als «Trittbrettfahrtum» in der internationalen Politik interpretiert werden. Dabei gibt es eine zunehmende Anzahl von Problemen, welche nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene gelöst werden können. Dies bedeutet auch, dass die Schweiz Einfluss bei der Lösung dieser Probleme preisgibt. Demgegenüber steht die maximale Öffnung der Schweiz, welche jedoch Probleme mit dem heutigen Neutralitätsverständnis mit sich bringen würde und die Autonomie der Schweiz zu einem gewissen Grad beschneiden würde (Fanzun & Lehmann 2000). Diese Option würde der Schweiz jedoch ein verstärktes Mitspracherecht geben.

Die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik ist facettenreich. In der Studienreihe «Sicherheit» werden aussen- und sicherheitspolitische Aspekte in verschiedene Dimensionen eingeteilt, die mittels 13 verschiedener Items gemessen werden (vgl. Tabelle 7.1).

Tabelle 7.1

Erhebung der unterschiedlichen Dimensionen der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik.

Hauptdimension	Unterdimension	Item
Beziehungen zur EU	Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt (bilateraler Weg)	«Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.» Vor 2004: «Die Schweiz sollte dem EWR, nicht aber der EU beitreten.»
	Politische Annäherung an die EU	«Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.»
	Vorbehaltloser Beitritt zur EU	«Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.» Vor 2020: «Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.»
Weiche Kooperation	Aktivere Rolle an internationalen Konferenzen	«Die Schweiz sollte bei internationalen Konferenzen eine aktivere Rolle spielen.»
	Vermehrte Vermittlung in Konflikten	«Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.»
	Vermehrte Entwicklungshilfe	«Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.»
Kooperation mit der Uno	Verstärktes Engagement für Anliegen der Uno	«Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen.» «Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der Uno, anstreben.» Vor 2002: «Die Schweiz sollte der Uno beitreten.»
	Friedenstruppen für die Uno	«Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.»
Sicherheitspolitische Kooperationen	Annäherung an die Nato	«Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.»
	Beitritt zur Nato	«Die Schweiz sollte der Nato beitreten.»
	Wirtschaftlich-politische Autonomie	«Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.»
Wirtschaftlich-politische, militärische und absolute Autonomie	Militärische Autonomie	«Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.»
	Absolute Autonomie	«Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.»

Am Ende dieses Kapitels wird anhand dieser Indikatoren eine Typologie zur aussen- und sicherheitspolitischen Öffnungsbereitschaft der Schweizer*innen vorgestellt und diskutiert.

7.2 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bindung oder Annäherung an die Europäische Union

Der verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt (siehe Abbildung 7.1, blaue Linie) wird unverändert stark zugestimmt (83%, +2 Prozentpunkte). Aktuell zeigen sich 36% der Befragten mit dem bilateralen Weg «sehr» und 47% «eher» einverstanden. Die Zustimmungsrate liegt über dem langjährigen Schnitt von 77%. Seitdem diese Frage im Jahr 2004 eingeführt wurde, findet der bilaterale Weg grossen mehrheitlichen Zuspruch bei der Stimmbevölkerung, welcher sich bis 2012 kontinuierlich erhöht hat. Seit 2012 wird der bilaterale Weg der Schweiz mit der EU von über 80% der Schweizer*innen befürwortet.

Über die letzten zehn Jahre ist die Einstellung der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber einer politischen Annäherung an die EU (orange Linie) stabil geblieben. Im Jahr 2011 wurde hinsichtlich der Bereitschaft zur politischen Annäherung an die EU ein nachhaltiger Wendepunkt im Meinungsbild der Schweizer Stimmbevölkerung festgestellt. Herrschte vor 2011 unter Schweizer*innen bzgl. der Annäherung der Schweiz an die EU Uneinigkeit, wird diese seit 2011 nur noch von einer Minderheit befürwortet. Der Zeitreihenvergleich seit 2011 zeigt, dass die Zustimmung in diesem Zusammenhang relativ konstant ist. Der Anteil derer, welche die politische Annäherung der Schweiz an die EU befürworten, ist statistisch unverändert und liegt aktuell bei 40% (+6 Pp). Mit dieser Aussage sind 7% «sehr» und 33% «eher» einverstanden. Mit 31% Zustimmung zu dieser Aussage wurde 2017 ein historischer Tiefstwert gemessen. Die diesjährige Zustimmungsrate liegt deutlich unter der durchschnittlichen Befürwortung von 50% (Zeitverlauf 1989 bis 2021).

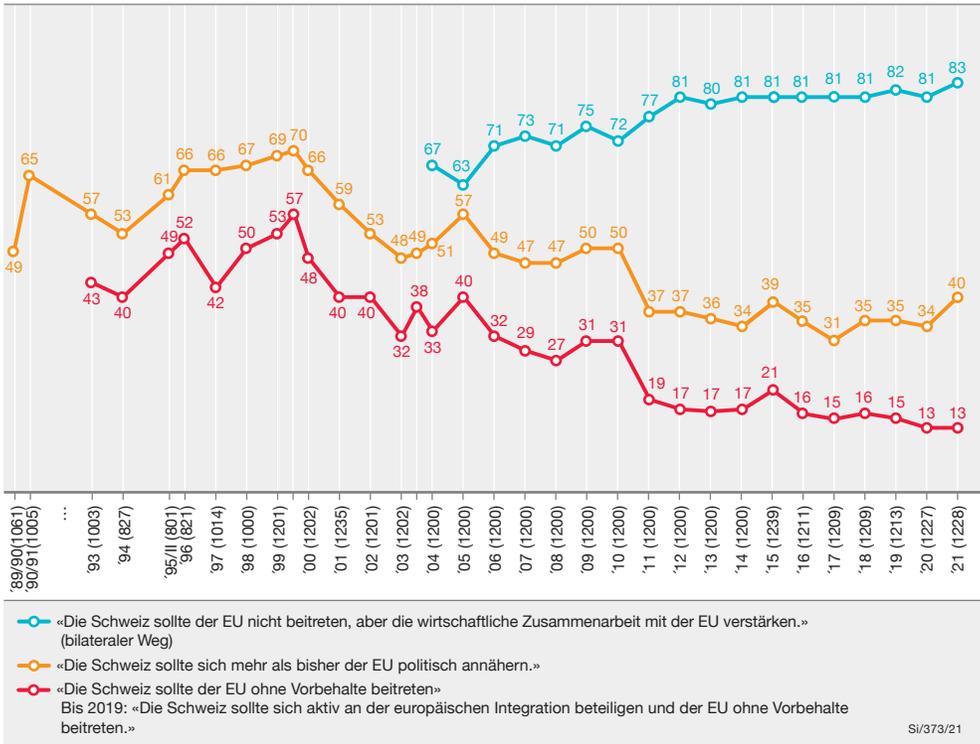
Neben der Unterstützung der politischen Annäherung an die EU verliert auch die Zustimmung zu einem vorbehaltlosen EU-Beitritt (rote Linie; langjähriger Schnitt 1993 bis 2021: 32%) ab 2011 deutlich an Bedeutung. 2021 sprechen sich 13% (± 0 Pp) der Befragten für einen vorbehaltlosen Beitritt zur EU aus. 4% der Befragten geben an «sehr» und 9% «eher» mit dieser Aussage einverstanden zu sein. Der 2020 gemessene historische Tiefpunkt wird 2021 bestätigt. Als mögliche Erklärung für den Tiefstwert in den Jahren 2020 und 2021 können die über Monate hinziehenden Verhandlungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU im Jahr 2020 sowie der definitive Austritt des Vereinigten Königreichs auf den 1. Januar 2021 herangezogen werden. Damit fiel die finale Phase der Brexit-Verhandlungen in die Phase der Datenerhebung der Studie «Sicherheit 2020» (06.01.2020 bis 24.01.2020). Zum 1. Januar 2021 trat das bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich in Kraft (EDA 2021). Während

der Datenerhebung der Studie «Sicherheit 2021» (05.01.2021 bis 26.01.2021) wurde entsprechend oft in nationalen und internationalen Medien über den Brexit berichtet.

Abbildung 7.1
Europäische Integration

«Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



Bezüglich der Europapolitik lässt sich ein markanter Bruch im Meinungsbild der Schweizer Stimmbürger*innen über den gesamten Erhebungszeitraum der Studienreihe «Sicherheit» ausmachen. Während in den Neunzigerjahren eine klare Mehrheit eine politische Annäherung an die EU befürwortete, war selbst ein Beitritt stellenweise denkbar oder erreichte nur ganz knapp keine Mehrheit in der Stimmbevölkerung. Ab dem Jahr 2000 zeichnete sich ein Abwärtstrend bei der Zustimmung zur politischen Annäherung und zu einem EU-Beitritt ab. Zwischen 2003 und 2005 gab es eine kurzfristige Umkehrung dieses Trends. Seit 2006 nahm die Zustimmung zu einer politischen Annäherung und einem EU-Beitritt wieder ab. 2011 wurde ein weiterer spürbarer Rückgang verzeichnet, als die Zustimmungswerte

statistisch signifikant sanken. Dieser Meinungsumschwung fällt zeitlich mit der Finanz- und Eurokrise und dem darauffolgenden Erstarken verschiedenster euroskeptischer Parteien zusammen. Rump kommt in ihrem Vergleich von 14 EU-Ländern und Norwegen und der Schweiz als nicht EU-Länder im Aussenvergleich zwischen 2002 und 2016 zum Schluss, dass der Euroskeptizismus generell zugenommen hat und dass diese Zunahme als Folge der Staatsschulden- und Finanzkrise in Europa zu verstehen ist (Rump 2020, 183–184). In der gleichen Zeit, in der die Zustimmung zu einer politischen Annäherung und einem vorbehaltlosen EU-Beitritt abnahm, stieg die Befürwortung für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU bis 2012. Seither wird der bilaterale Weg der Schweiz von durchschnittlich 81% (Durchschnitt 2011 bis 2021) der Schweizer*innen befürwortet.

Soziodemografische Einflüsse: Ob Schweizer*innen für oder gegen eine EU-Annäherung sind, wird am stärksten durch die politische Einstellung erklärt. Eine politische Annäherung an die EU wird mehrheitlich und signifikant stärker von Befragten des politischen linken Spektrums gefordert (58%). Diese Vorgabe ist bei der politischen Mitte und den Rechten nicht mehrheitsfähig (Mitte: 38%, rechts: 25%; $\gamma = 0.42$).¹ Während sich Westschweizer*innen bzgl. einer EU-Annäherung mit 50% Zustimmung uneinig sind, wird dieses Vorhaben in der Deutschschweiz nur von 37% und damit signifikant weniger stark unterstützt ($CC = 0.19$). Betreffend eines EU-Beitrittes zeigt sich beim Alter der Befragten ein signifikanter Unterschied: ab 60-Jährige stimmen diesem mit 17% signifikant stärker zu als 30–59-Jährige und 18–29-Jährige (ab 60-Jährige: 17%, 30–59-Jährige: 12%, 18–29-Jährige: 8%; $\gamma = 0.18$). Im Gegensatz zum EU-Beitritt wird der bilaterale Weg von allen soziodemografischen Gruppen und den deren Subgruppen mehrheitlich befürwortet und es lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den einzelnen soziodemografischen Merkmalen feststellen.

Weitere signifikante Unterschiede: Die Einstellungen der Schweizer*innen gegenüber der EU stehen in negativem Zusammenhang mit den Zustimmungen zu den verschiedenen Funktionen der Neutralität. So besteht ein signifikant negativer Zusammenhang zwischen dem Wunsch nach der Beibehaltung der Neutralität und der Zustimmung zu einem EU-Beitritt oder einer EU-Annäherung ($\gamma = -0.50$ bzw. $\gamma = -0.41$). Schweizer*innen, die einen vorbehaltlosen EU-Beitritt befürworten, lehnen den bilateralen Weg mit der EU häufiger ab ($\gamma = 0.20$).

1 In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinal- und intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Erfolgt die Interpretation des Zusammenhangs mit dem Wortlaut «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» wird dies demzufolge stets mit einem positiven Korrelationskoeffizienten ausgewiesen. Findet der Wortlaut «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» für die Interpretation des Zusammenhangs Verwendung, wird dies mit einem negativen Korrelationskoeffizienten verdeutlicht.

Die Trendstudie: «CS Sorgenbarometer 2020» und der «Europa Barometer 2020» der Credit Suisse

Der «Credit Suisse Sorgenbarometer» untersucht seit 1976 jedes Jahr die politischen und wirtschaftlichen Sorgen der Schweizer Stimmbevölkerung. Für den «Sorgenbarometer 2020» wurden 1798 Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz über verschiedene Kanäle (Mixed-Mode-Ansatz) befragt: 500 Personen Face-to-Face, 478 aus dem gfs-Panel und 820 durch freie Online-Rekrutierung über Social Media. Der Befragungszeitraum erstreckte sich dabei von Juli bis August 2020. Nach soziodemografischen (Alter/ Geschlecht interlocked, Sprachregion und Partei) und methodischen Kriterien wurden die erhobenen Daten gewichtet (gfs.bern 2020a, 5).

Die Beziehungen der Schweiz zur EU werden nach wie vor als ein wichtigstes Problemfeld genannt. Aus Sicht der Befragten stehen die Beziehungen der Schweiz zur EU auf dem sechsten Platz der zehn dringendsten Probleme der Schweiz (gfs.bern 2020a, 8). Weiter wird in der Studie das Vertrauen in zwölf verschiedene Institutionen anhand einer Skala von 1 bis 7, wobei 1 «kein Vertrauen» und 7 «grosses Vertrauen» bedeuten, gemessen. In den letzten drei Jahren ist das Vertrauen in die EU stark gesunken. Die EU belegt mit einem Mittelwert von 3.2 den letzten Platz des Vertrauens-Indexes 2020. Somit bringen Schweizer*innen der EU nur ein geringes Vertrauen entgegen (gfs.bern 2020a, 17).

Die Credit Suisse publizierte zusätzlich im November 2020 den «Europa Barometer 2020». Das Ziel des Europa Barometers ist es, Erkenntnisse über die Schweiz und ihr Verhältnis zu Europa aus Sicht der Stimmberechtigten zu gewinnen. Dabei sind die Daten des «CS Sorgenbarometers 2020» und des «Europa Barometers 2020» dieselben (gfs.bern 2020b, 4). 76% der Befragten empfinden die bilateralen Verträge mit der EU als wichtig. 9% der Befragten würden dem EWR beitreten wollen und nur 7% unterstützen einen EU-Beitritt (gfs.bern 2020b, 13 – 14).

gfs.bern (2020a). *Wiederbelebung der Willensnation Schweiz in Zeiten der Krise*. Credit Suisse Sorgenbarometer 2020. Bern.

gfs.bern (2020b). *Mehr Verhandlungsmut gewünscht: Schweizer Stimmbevölkerung will Weiterentwicklung der Beziehungen zur EU, wünscht sich aber eine selbstbewusstere Aussenpolitik*. Credit Suisse Europa Barometer 2020. Bern.

«Standort Schweiz 2020 – Europafragen»

Mit dem Hauptziel, das Meinungsbild der Schweizer Stimmberechtigten rund um die bilateralen Verträge mit der EU auszuleuchten, wurde der siebte Bericht «Standort Schweiz 2020 – Europafragen» im Juni 2020 veröffentlicht. Hierfür führte das Meinungsforschungsinstitut gfs.bern zwischen dem 29. April und dem 6. Juni 2020 bei 2005 Stimmberechtigten der Schweiz computerunterstützte Telefoninterviews (CATI) durch. Die Auswertung zeigt, dass 49% der Stimmberechtigten «nur» oder «eher» Vorteile in den bilateralen Verträgen sehen und 18% nehmen «nur» oder «eher» Nachteile wahr. 28% sind ambivalent und bemerken Vor- und Nachteile. 3% der Befragten sehen weder Vor- noch Nachteile und 2% können sich keine Meinung dazu bilden (gfs.bern 2020c).

gfs.bern (2020c). *Herr und Frau Schweizer suchen geregelte Beziehungen zur EU*. Standort Schweiz 2020 – Europafragen. Bern.

Der «CS-Sorgenbarometer 2020», der «Europa Barometer 2020», «Standort Schweiz 2020 – Europafragen» und die Studie «Sicherheit 2021» im Vergleich

Die Ergebnisse der Studie «Sicherheit 2021» zeigen, dass sich eine klare und deutliche Mehrheit von 83% der Schweizer*innen lediglich eine wirtschaftliche Kooperation mit der EU wünscht. Die Einstellungen gegenüber einer politischen Annäherung (40%) und eines EU-Beitritts der Schweiz (13%) bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Beide finden nur bei einer Minderheit Zuspruch.

Die vier oben beschriebenen Studien zeigen ein sehr ähnliches Bild davon, wie die Schweizer*innen gegenüber der europäischen Integration eingestellt sind. Ein EU-Beitritt der Schweiz wird nur von einer kleinen Minderheit gefordert, wobei deren Zustimmung zwischen 7% und 13% liegt. Die Befürwortung zu einer ausschliesslich wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU findet hingegen sowohl in der Studie «Sicherheit 2021» eine grosse Mehrheit von 83% als auch im «Europa Barometer 2020» der Credit Suisse, bei dem sich 76% der Befragten für die Wichtigkeit der bilateralen Verträge aussprechen. Gemäss dem Bericht «Standort Schweiz 2020 – Europafragen » sehen 49% Vorteile in den Bilateralen und 28% nehmen neben den Vorteilen auch Nachteile wahr.

Gemeinsam gilt für die vier beschriebenen Studien: Während die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU von einer Bevölkerungsmehrheit begrüsst wird, wird eine Annäherung oder ein Beitritt zur EU nur von der Minderheit gefordert

Generell zeigt sich in den vier verschiedenen Befragungen ein relativ konsistentes Bild, wie Schweizer*innen gegenüber der EU eingestellt sind.

7.3 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

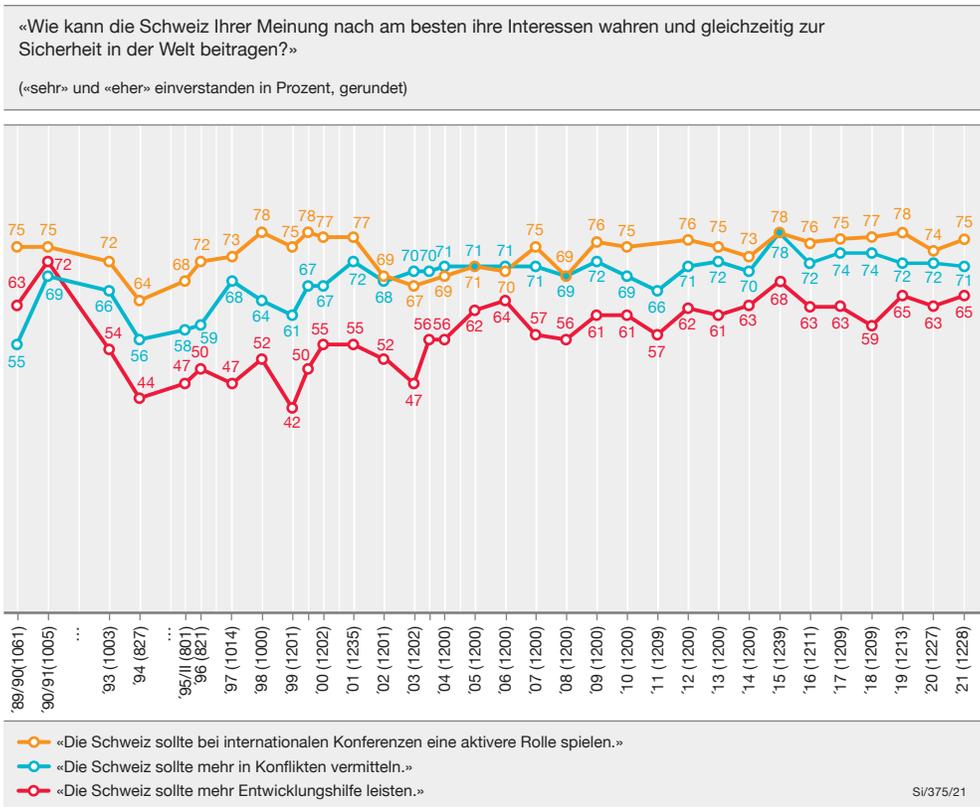
Über die letzten Jahre ist die Zustimmung zu nicht-institutionellen («weichen») Kooperationsformen mit anderen Staaten relativ stabil geblieben. Auch im Jahr 2021 setzt sich dieser Trend fort. 75% (+1 Prozentpunkt) der Befragten sind der Auffassung, dass die Schweiz bei internationalen Konferenzen eine aktivere Rolle spielen soll (siehe Abbildung 7.2, orange Linie). Mit dieser Aussage sind 21% «sehr» und 54% «eher» einverstanden. Unverändert oft wird eine verstärkte Vermittlungsrolle der Schweiz in Konflikten von 71% (-1 Pp, blaue Linie) der Befragten unterstützt. 27% antworten hier mit «sehr» und 44% mit «eher» einverstanden. Der aktuelle Wert befindet sich leicht über dem langjährigen Schnitt von 68%. Über den gesamten Erhebungszeitraum werden für beide Einstellungen hohe Zustimmungsraten verzeichnet.

Die Zustimmung für eine Verstärkung der Entwicklungshilfe verharrt 2021 statistisch unverändert bei 65% (+2 Pp, rote Linie). Aktuell liegt sie über dem langjährigen Schnitt von 57%.

Der Zeitreihenvergleich zeigt, dass die Schweizer Stimmbevölkerung seit Erhebungsbeginn der Studienreihe «Sicherheit» grossmehrheitlich hinter einem starken nicht-

institutionellen Engagement der Schweiz in Form von internationaler Konfliktvermittlung oder im Rahmen von internationalen Konferenzen steht. Zwischen 1993 und 2003 war sich die Stimmbevölkerung hinsichtlich höherer Entwicklungshilfe nicht einig. Seit 2004 zeichnet sich eine deutliche Mehrheit ab, die eine Anhebung des Budgets für Entwicklungshilfe befürwortet. Im Jahr 2015 wurden bei allen drei Kooperationsformen Höchstwerte gemessen. Es ist naheliegend, dass die damaligen Werte in Zusammenhang mit dem Schweizer Vorsitz bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durch den damaligen Bundespräsidenten Didier Burkhalter im Jahr 2014 stehen. Das damalige verstärkte internationale Engagement der Schweiz wurde von der Schweizer Bevölkerung positiv wahrgenommen und bewertet.

Abbildung 7.2
Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen
(«weiche» Kooperation)



Soziodemografische Einflüsse: Während sich bei der aktiveren Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen keine soziodemografischen Unterschiede zeigen, wird die Einstellung gegenüber vermehrtem Vermitteln in Konflikten durch die politische Einstellung, das Bildungsniveau, das Geschlecht und das Alter beeinflusst.

In Bezug auf die Vermittlung in Konflikten sind Schweizer*innen, die sich politisch links orientieren, signifikant stärker einverstanden. Je stärker sich eine Person rechts einstuft, desto geringer werden die Zustimmungswerte (links: 79%, Mitte: 73%, rechts: 63%; $\gamma = -0.23$). Junge stimmen im Gegensatz zu den Befragten ab 60 Jahren dieser Ansicht signifikant weniger oft zu (18–29-Jährige: 60%, 30–59-Jährige: 72%, ab 60-Jährige: 76%; $\gamma = -0.13$) und Männer unterstützen die Vorgabe signifikant stärker als Frauen (Männer: 75%, Frauen: 68%; $CC = 0.12$).

Bei der Einstellung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe spielen die Sprachregion, das Alter, und die politische Einstellung eine signifikante Rolle, wobei die unterschiedlichen Einstellungen in Bezug auf die politische Selbsteinschätzung am stärksten sind. Politisch rechts Orientierte sind sich mit einer Zustimmung von 51% uneinig, ob mehr Geld für die Entwicklungshilfe ausgegeben werden sollte. Schweizer*innen der politischen Mitte und links davon stimmen dagegen mehrheitlich für mehr Geld für die Entwicklungshilfe (links: 83%, Mitte: 62%; $\gamma = 0.41$). Dabei fällt der Zustimmungsunterschied von 32% zwischen den sich links und rechts einstuftenden Befragten auf und unterstreicht die stark voneinander abweichende Position der beiden politischen Lager hinsichtlich der Geldvergabe für Entwicklungshilfe. Westschweizer*innen stimmen dieser Aussage signifikant stärker zu als Deutschschweizer*innen und Tessiner*innen (D-CH: 60%, F-CH: 83%, Tessin: 72%; $CC = 0.25$). Junge befürworten sie signifikant stärker als die beiden älteren Alterskohorten (18–29-Jährige: 76%, 30–59-Jährige: 63%, ab 60-Jährige: 64%; $\gamma = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede: Wer eine aktive Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen begrüsst, stimmt sowohl einer verstärkten Konfliktvermittlung ($\gamma = 0.52$) als auch einer Erhöhung der Entwicklungshilfe häufiger zu ($\gamma = 0.38$). Die verstärkte Vermittlung in Konflikten steht in positivem Zusammenhang mit der Solidaritätsfunktion der Neutralität: Wer eine verstärkte Konfliktvermittlung der Schweiz begrüsst, befürwortet auch häufiger, dass die Schweiz dank der Neutralität in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten kann ($\gamma = 0.37$).

7.4 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Erhöhtes Engagement in der Uno

Zwischen 1983 und 1995 wurde eine institutionelle Kooperation in Form eines Schweizer Beitritts zur Uno nur von einer durchschnittlichen Minderheit von 40% unterstützt (vgl.

Abbildung 7.3). Aufgrund dessen erstaunt es nicht, dass die Schweizer Stimmbevölkerung am 16. März 1986 den Beitritt zur Uno mit 75.7% Nein-Anteil an der Urne versenkte (BK 1986). Die Daten der Studienreihe «Sicherheit» bilden den Zeitverlauf der Zustimmung und den Meinungsumschwung der Bevölkerung gegenüber der Uno eindrücklich ab. Während sich 1996 Schweizer*innen bzgl. eines Uno-Beitritts der Schweiz mit 51% Zustimmung uneinig waren, zeigt sich seit 1997, dass eine durchschnittliche Mehrheit von 60% diesem zustimmte. Im Januar 2002 sprachen sich 58% der Befragten der Studie «Sicherheit 2002» für einen Uno-Beitritt der Schweiz aus (Haltiner et al. 2002, 89). Am 3. März 2002 wurde die eidgenössische Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (Uno)» von einer Mehrheit von 54.6% der Stimmbevölkerung angenommen (BK 2002). Bei der Uno-Abstimmung 2002 wurde das Ständemehr mit dem kleinsten möglichen Mehr von 13 Ständen (Kantonen) erreicht. Die im Anschluss der Abstimmung durchgeführte Abstimmungsnachbefragung (VOX-Analyse) zeigte, dass es einen Konflikt zwischen den Westschweizer Kantonen und den städtischen Deutschschweizer Kantonen auf der einen Seite und den ländlichen Deutschschweizer Kantonen und dem Kanton Tessin auf der anderen Seite gab (gfs.bern 2002). So stimmten sämtliche Westschweizer Kantone zusammen mit den Deutschschweizer Kantonen Bern, Solothurn, beider Basel, Luzern, Zug und Zürich für den Beitritt. Der für das Jahr 2002 beschriebene Konflikt hatte sich bei der Uno-Abstimmung 1986 und der später durchgeführten Abstimmungsnachbefragung noch nicht gezeigt. Zusätzlich zeigte die Nachabstimmungs-Analyse, dass 2002 von den Bundesratsparteien lediglich die Anhänger*innen der SVP die Vorlage ablehnten und als einzige soziodemografische Gruppe eine geringere Zustimmung zum Uno-Beitritt als in der Abstimmung von 1986 aufwiesen (gfs.bern 2002).

Durch den Beitritt der Schweiz zur Uno 2002 wurden in der Studienreihe «Sicherheit 2003» zwei neue Indikatoren, welche das vermehrte Engagement der Schweiz in der Uno messen, eingeführt. Seither ersetzen diese beiden Items die Aussage, dass die Schweiz der Uno beitreten sollte (siehe Abbildung 7.3, rote Linie). Seit 2003 werden beide Indikatoren jeweils von einer Bevölkerungsmehrheit bejaht (blaue und orange Linie).

Im Vergleich zu 2020 werden beide Einstellungen gegenüber der Uno durch die Befragten signifikant stärker befürwortet. 64% (+4 Prozentpunkte; 18% «sehr» einverstanden, 46% «eher» einverstanden) der Schweizer*innen stimmen der Ansicht zu, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen sollte (blaue Linie, langjähriger Schnitt: 61%).

Die Zustimmung zur Aussage, die Schweiz solle einen Sitz im Sicherheitsrat anstreben (orange Linie, langjähriger Schnitt: 61%), unterstützen bei der diesjährigen Erhebung 67% (+9 Pp), wovon 23% «sehr» und 44% «eher» damit einverstanden sind. Somit wird ein verstärktes Engagement der Schweiz im Rahmen der Uno von einer soliden Mehrheit

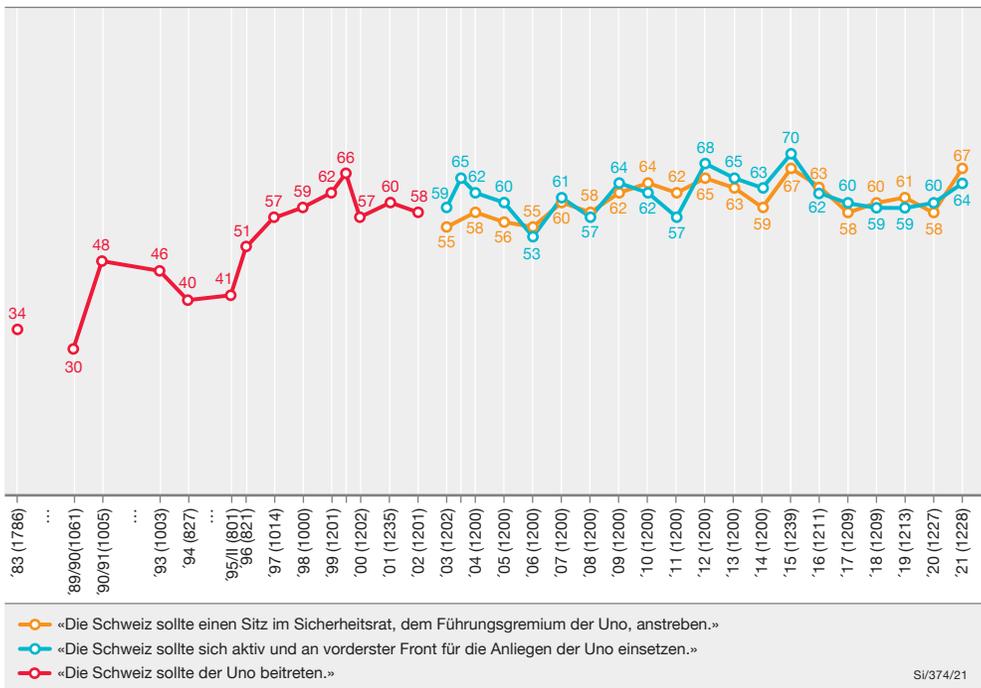
der Schweizer*innen unterstützt. Zwischen 2003 und 2021 schwankten die Zustimmungswerte für die beiden Aussagen zwischen 53% und 70%.

Der langjährige Verlauf der beiden Uno-Fragen ist relativ konstant, unterliegt jedoch jährlichen Schwankungen, welche auf jeweils aktuelle Thematiken in der Weltpolitik zurückzuführen sein dürften. In der jeweiligen Ausgabe der Studie «Sicherheit» werden diese im Kapitel «Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse» aufgeführt. Beispielsweise wurden 2015, wie bei der Bereitschaft zur internationalen Kooperation ohne institutionelle Anbindungen (vgl. Abschnitt 7.3), Höchstwerte für die Bereitschaft für ein erhöhtes Engagement in der Uno gemessen. Dies dürfte ebenfalls auf den Schweizer Vorsitz bei der OSZE im Jahr 2014 zurückzuführen sein. Seit 2015 sind die Zustimmungswerte wieder etwas zurückgegangen und befinden sich jetzt im langjährigen Schnitt.

Abbildung 7.3
Einstellungen zur Uno

«Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



SI/374/21

Soziodemografische Einflüsse: Je stärker rechts eine Person eingestellt ist, desto kritischer wird ein Sitz im Uno-Sicherheitsrat bewertet. Nichtsdestotrotz wird diese Vorgabe von allen drei politischen Spektren befürwortet (rechts: 59%, Mitte: 66%, links: 76%; $\gamma = 0.24$). Je weiter links sich eine Person einstuft, desto stärker ist die Zustimmung, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen sollte (links: 78%, Mitte: 64%, rechts: 54%; $\gamma = 0.36$). Bei den politisch rechts Orientierten ist die mehrheitliche Zustimmung mit 54% vergleichsweise knapp.

Weitere signifikante Unterschiede: Befragte, die der Meinung sind, dass uns ein europäisches Verteidigungsbündnis mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität, sind signifikant stärker damit einverstanden, dass die Schweiz einen Sitz im Sicherheitsrat der Uno anstreben sollte ($\gamma = 0.20$).

7.5 Sicherheit und Interessenwahrung durch internationale Kooperation: Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen

Die institutionalisierte sicherheitspolitische Kooperation kann verschiedene Formen annehmen. Im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» werden seit 1993 jährlich drei für die Schweiz in Frage kommende sicherheitspolitische Kooperationsformen erhoben. Dabei wird mit der Einstellung bezüglich der Bereitstellung von Schweizer Friedenstruppen für Uno-Missionen, der Annäherung und dem Beitritt zur Nato die Bereitschaft der Schweizer*innen zur Kooperation in sicherheitspolitischen Allianzen gemessen. Aktuell leisten 27 Schweizer*innen als Militärbeobachter*innen und Stabsoffiziere einen unbewaffneten Einsatz in sechs verschiedenen Uno-Missionen im Nahen Osten, in der Demokratischen Republik Kongo, im Südsudan, in Mali und in der Westsahara (SWISSINT 2021). Über den gesamten Erhebungszeitraum zeigen sich bei der Zustimmung zu den drei Kooperationsformen ähnliche Trendverläufe (siehe Abbildung 7.4).

Die Ansicht, dass die Schweiz der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte, ist im Vergleich zum Vorjahr signifikant gestiegen und liegt aktuell bei 59% (+4 Prozentpunkte, blaue Linie). Mit dieser Aussage sind aktuell 14% der Befragten «sehr» und 45% «eher» einverstanden. Die aktuelle Zustimmung liegt über dem langjährigen Durchschnitt von 56%. Seit 1997 wird das Entsenden von Friedenstruppen für Uno-Missionen mehrheitlich von der Schweizer Stimmbevölkerung befürwortet. Die Jahre 2011 und 2014 bilden hier mit einer Befürwortung von 49% respektive 50% eine Ausnahme, da sich Befragte in beiden Jahren statistisch betrachtet bezüglich einer Zustimmung oder Ablehnung uneinig waren. Der sich seit 2015 abzeichnende leichte Aufwärtstrend wurde 2020 unterbrochen, setzt sich aber dieses Jahr wieder fort.

Ebenfalls wird 2021 eine signifikante Zunahme bei der Zustimmung zur Nato-Annäherung registriert. 45% (+9 Pp, orange Linie) der Befragten stimmen einer Annäherung zu, wobei 7% mit «sehr» und 38% mit «eher» einverstanden antworten. Im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt von 37% wird aktuell mit 45% ein überdurchschnittlich hoher Zustimmungswert gemessen.

Auch ein Beitritt der Schweiz zur Nato wird 2021 signifikant stärker von der Stimmbevölkerung befürwortet. So teilen 25% (+ 5 Pp, rote Linie) der Befragten diese Auffassung. Mit dieser Vorgabe zeigen sich 4% «sehr» und 21% «eher» einverstanden. Damit liegt der diesjährige Zustimmungswert über dem langjährigen Durchschnitt von 21%.

Der langjährige Vergleich zeigt, dass die Zustimmungs-Rangfolge der drei sicherheitspolitischen Kooperationsformen gleichgeblieben ist. Der Bereitstellung von Schweizer Uno-Friedenstruppen (Schnitt: 56%) wird am stärksten zugestimmt, gefolgt von einer Nato-Annäherung (langjähriger Schnitt: 37%). Die stets kleinste Befürwortung (Schnitt: 21%) in der Stimmbevölkerung erhält ein Beitritt zur Nato. Dieser Umstand dürfte einerseits auf die Neutralität der Schweiz, die die Mitgliedschaft in einem militärischen Bündnis verbietet² (Swissinfo 2019), und andererseits auf die Intensität der Kooperation zurückzuführen sein. Denn je bindender ein Engagement ist und wahrgenommen wird, desto stärker wird es abgelehnt.

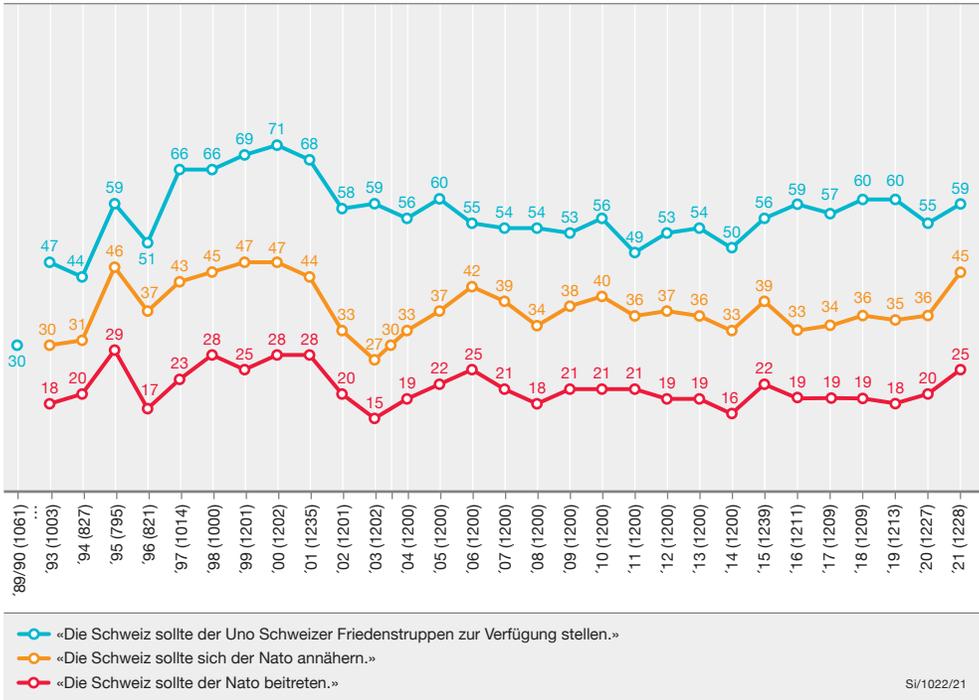
2 Ein Beitritt der Schweiz in die, respektive eine Mitgliedschaft in der Nato ist nur möglich, wenn die Schweiz ihre Neutralität aufgibt.

Abbildung 7.4

Einstellungen zu sicherheitspolitischen Allianzen

«Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Soziodemografische Unterschiede zeigen sich nur beim Nato-Beitritt. Männer lehnen diesen signifikant stärker als Frauen ab (Männer: 73%, Frauen: 59%; CC = 0.22). Befragte mit hoher Bildung lehnen einen Nato-Beitritt signifikant stärker ab als Personen mit tiefem Bildungsniveau (hoch: 71%, mittel: 63%, tief: 53%; $\gamma = 0.20$).

Weitere signifikante Unterschiede: Befürworter*innen einer Nato-Annäherung der Schweiz stimmen auch verstärkt einem Nato-Beitritt zu ($\gamma = 0.79$). Schweizer*innen, die gegenüber einer Kooperation mit der Nato positiv eingestellt sind, sind auch signifikant eher bereit, die Neutralität aufzugeben, wenn sie der Schweiz keine Vorteile mehr bringt (Nato-Annäherung: $\gamma = 0.20$; Nato-Beitritt: $\gamma = 0.29$). Damit geht einher, dass Nato-Befürworter*innen sich eher dafür aussprechen, dass die Schweiz in militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung beziehen sollte (Nato-Annäherung: $\gamma = 0.21$; Nato-Beitritt: $\gamma = 0.29$) und ein europäisches Verteidigungsbündnis der Schweiz mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität (Nato-Annäherung: $\gamma = 0.42$; Nato-Beitritt: $\gamma = 0.45$).

7.6 Betonung nationaler Autonomie

Mit den drei letzten Indikatoren, welche Aufschluss über die Einstellungen gegenüber der wirtschaftlich-politischen, der militärischen als auch der absoluten Autonomie geben, wird der von der Stimmbevölkerung gewünschte Autonomiegrad der Schweiz gemessen. Dabei misst die wirtschaftliche und politische Autonomie, ob die Schweiz wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben sollte (siehe Abbildung 7.5, blaue Linie). Das Item «die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen» misst die militärische Autonomie der Schweiz (orange Linie). Als letztes misst die absolute Autonomie, inwieweit sich die Schweiz von jeglichen Bündnissen und Zusammenschlüssen mit anderen Staaten fernhalten sollte (rote Linie).

Dabei erreicht die Frage zur wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit seit Messbeginn 1993 die grösste Befürwortung bei den Befragten (siehe Abbildung 7.5). Die zweitgrösste Zustimmung wird jeweils für die militärische Autonomie gemessen. Die absolute Autonomie, nach der sich die Schweiz von sämtlichen Bündnissen und Zusammenschlüssen fernhalten soll, erhielt bisher jedes Mal die geringste Zustimmung.

Gegenüber dem Vorjahr bleibt die Zustimmung zur wirtschaftlichen und politischen Autonomie statistisch unverändert. Damit vertreten aktuell 79% (+2 Prozentpunkte) der Befragten die Ansicht, dass die Schweiz wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben sollte. Mit dieser Vorgabe sind 40% der Befragten «sehr» und 39% «eher» einverstanden. Da die durchschnittliche jährliche Zustimmungsrates bei 66% liegt, wird für das Jahr 2021 mit einem Wert von 79% eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung gemessen.

Ebenfalls statistisch unverändert gegenüber dem Vorjahr bleibt die Einstellung zur militärischen Autonomie. 2021 ist eine Minderheit von 42% (−2 Pp) der Auffassung, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen soll. Dabei antworteten 12% der Befragten mit «sehr» und 30% mit «eher» einverstanden. Die 2021 gemessene Zustimmung liegt unter der durchschnittlichen jährlichen Zustimmungsrates von 48%. Die durchschnittliche Zustimmungsrates zeigt zudem, dass sich Schweizer*innen hinsichtlich der militärischen Autonomie im Schnitt zwischen 1993 und 2021 nicht einig sind.

Die Zustimmung zur absoluten Autonomie ist gegenüber dem Vorjahr statistisch signifikant gesunken. Aktuell bejahen 32% (−3 Pp) der Befragten die Aussage, dass sich die Schweiz von sämtlichen Bündnissen und Zusammenschlüssen fernhalten und somit eine absolute Form der Autonomie vertreten sollte. Hiermit sind 7% der Stimmbürger*innen «sehr» und 25% «eher» einverstanden.

In den Neunzigerjahren wurden für die drei Indikatoren beträchtliche Fluktuationen registriert. So wurden zu Beginn der 1990er Jahre relativ hohe Werte und dann ab Mitte der Dekade Tiefstwerte gemessen. Ab 2000 stiegen die Werte dann wieder an und erreichten das Niveau der frühen Neunzigerjahre.

Die wirtschaftlich-politische Autonomie gegenüber anderen Staaten kletterte zu Beginn des Jahrtausends kontinuierlich und erreichte 2013 einen Höchstwert von 81%. Wurde 2019 ein Rückgang festgestellt, so zeigt sich aktuell, dass die wirtschaftliche und politische Autonomie der Schweiz gleich stark wie 2020 unterstützt wird. Auch dieses Jahr liegt sie mit 79% deutlich über dem langjährigen Schnitt von 66%.

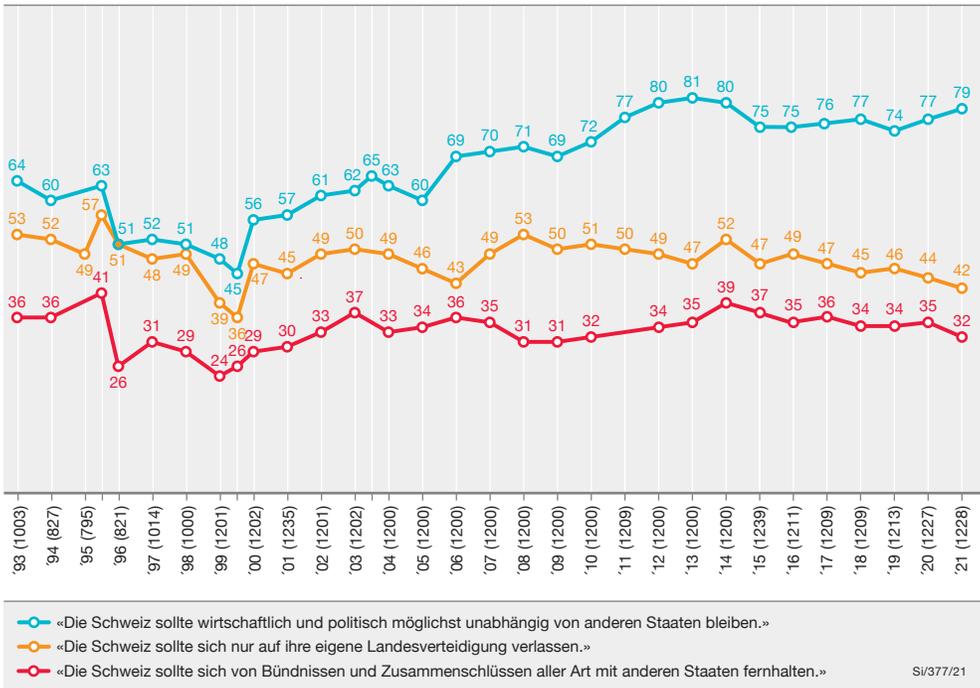
Ein umgekehrter Trend ist für die militärische Autonomie feststellbar. Wenn auch in den letzten zehn Jahren tendenziell leicht sinkend, ist sie im Vergleich zum Vorjahr auf einem ähnlichen Niveau und liegt momentan mit 42% unter dem langjährigen Schnitt von 48%. Seit 2017 zeigt sich, dass Schweizer*innen hierzu eine klarere Meinung haben und die militärische Autonomie tendenziell ablehnen.

Dem dritten und letzten Indikator, der absoluten Autonomie, stimmt jeweils nur eine Minderheit der Befragten zu. Abgesehen von den beiden Extrem-Werten 1995 (41%) und 1999 (24%) sind wenige Schwankungen auszumachen.

Abbildung 7.5
Indikatoren zur Betonung nationaler Autonomie

«Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Die politische Selbstverortung ist einmal mehr die wichtigste soziodemografische Variable, welche die Zustimmung zu den verschiedenen aussenpolitischen Autonomieformen erklärt. Je stärker rechts eine Person eingestellt ist, desto grösser ist die Zustimmung zur wirtschaftlichen und politischen Autonomie (links: 67%, Mitte: 82%, rechts: 89%; $\gamma = 0.35$). Diese wird von allen drei politischen Ausrichtungen befürwortet. Politisch links Eingestellte stimmen der militärischen Autonomie signifikant weniger stark zu als Anhänger*innen der politischen Mitte und rechts davon. Letztere und die politische Mitte sind sich bezüglich der Zustimmung mit 53% respektive 47% uneinig (links: 28%, Mitte: 47%, rechts: 53% $\gamma = -0.32$). Schweizer*innen des politisch linken Spektrums befürworten die absolute Autonomie signifikant weniger stark als Befragte der politischen Mitte und rechts davon (links: 20%, Mitte: 34%, rechts: 42%; $\gamma = -0.26$). Dabei wird eine absolute Autonomie von allen drei Ausprägungen der politischen Einstellung abgelehnt.

Sowohl bei der wirtschaftlichen und politischen Autonomie als auch bei der militärischen Autonomie ist das Bildungsniveau der Befragten die zweite soziodemografische Variable mit grossem Erklärungspotential. Befragte mit hoher Bildung stimmen der wirtschaftlichen und politischen Autonomie signifikant weniger oft zu als die anderen beiden Bildungskategorien (hoch: 74%, mittel: 85%, tief: 87%; $\gamma = -0.25$). Nichtsdestotrotz wird sie von allen drei Bildungskategorien befürwortet. Mit steigendem Bildungsniveau nimmt die Zustimmung zur militärischen Autonomie der Schweiz ab (tief: 68%, mittel: 48%, hoch: 36%; $\gamma = -0.26$). Während die militärische Autonomie Befragte mit tiefer Bildung mehrheitlich befürworten, lehnen Schweizer*innen mit hoher Bildung diese mehrheitlich ab.

Von den drei Sprachregionen stimmt nur das Tessin stärker der militärischen Autonomie zu. Während dieses Anliegen im Tessin mit 62% mehrheitlich und signifikant stärker unterstützt wird, wird es in der West- und Deutschschweiz nur von einer Minderheit bejaht (D-CH: 42%, F-CH: 42%, Tessin: 62%; $CC = 0.12$). Dasselbe Bild zeigt sich zwischen den drei Sprachregionen bei der absoluten Autonomie. Während Tessiner*innen signifikant stärker der Aussage zustimmen, dass sich die Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten sollte, findet dieses Anliegen in der Deutsch- und Westschweiz weniger Zuspruch (D-CH: 33%, F-CH: 26%, Tessin: 46%; $CC = 0.19$). Die absolute Autonomie wird in allen drei Sprachregionen abgelehnt.

Für die Begründung der militärischen Autonomie als auch für die absolute Autonomie lässt sich zusätzlich das Alter als erklärende Variable hinzuziehen. Bei beiden Vorgaben unterscheiden sich die ab 60-Jährigen in ihrem Antwortverhalten signifikant von den anderen beiden Alterskategorien. Während sich ab 60-Jährige bezüglich der militärischen Autonomie mit 51% uneinig sind, wird sie von den beiden anderen Alterskategorien mehrheitlich abgelehnt (18–29-Jährige: 34%, 30–59-Jährige: 40%; $\gamma = 0.17$). Ab

60-jährige Schweizer*innen (38%) stimmen der absoluten Autonomie signifikant stärker zu als 18–29-Jährige (24%) und 30–59-Jährige (30%; $\gamma = 0.17$), wobei sie von allen drei Alterskategorien abgelehnt wird.

Die drei Einkommensklassen sind sich dahingehend einig, dass die Schweiz gegenüber Bündnissen oder Zusammenschlüssen jeglicher Art offen sein sollte. Befragte mit tiefem Einkommen stimmen aber der absoluten Autonomie signifikant öfter zu als Schweizer*innen mit hohem Einkommen (tief: 37%, mittel: 32%, hoch: 29%; $\gamma = 0.13$).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Frage zur wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der Schweiz sowie jener, dass sich die Schweiz nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen solle (militärische Autonomie; $\gamma = 0.35$), korrelieren mit verschiedenen Einstellungen gegenüber der Schweizer Armee. Befragte, welche die wirtschaftlich-politische Autonomie befürworten, halten die Schweizer Armee häufiger für notwendig ($\gamma = 0.26$). Befürworter*innen der militärischen Autonomie sind zufriedener mit deren Leistung ($\gamma = 0.26$). Befürworter*innen der wirtschaftlich-politischen und der militärischen Autonomie sind sich dahingehend einig, dass die Schweiz eine «vollständig ausgerüstete» Armee unterhalten sollte (wirtschaftlich politische Autonomie: $\gamma = 0.32$; militärische Autonomie: $\gamma = 0.38$).

Die VOTO-Studien

Jeweils direkt nach jeder eidgenössischen Volksabstimmung werden seit 1977 die Motive der Stimmbürger*innen für die Annahme oder Ablehnung der einzelnen politischen Abstimmungsvorlagen durch bevölkerungsrepräsentative Befragungen erhoben. Neben den Abstimmungsmotiven wird auch die Öffnungsbereitschaft der Schweizer*innen eruiert. Deshalb werden die Befragungsteilnehmer*innen regelmässig gefragt, ob sie sich eine Schweiz wünschen, die sich nach aussen öffnet oder eine Schweiz, die sich vor äusseren Einflüssen verschliesst. In der Vergangenheit waren diese Wahl- und Abstimmungsnachbefragungen als VOX-Analysen bekannt. Unter dem Namen VOTO wird dieses Projekt seit 2016 weitergeführt und veröffentlicht. Dabei werden jeweils knapp 1500 Stimmberechtigte in der ganzen Schweiz telefonisch befragt. Im Folgenden wird auf die Abstimmung vom 27. September 2020 eingegangen. Hierfür wurden zwischen dem 29. September und dem 10. Oktober 2020 durch das Meinungsforschungsinstitut LINK 1513 stimmberechtigte Schweizer*innen befragt.

Auf einer Skala von 1 («Schweiz, die sich vermehrt nach aussen öffnet») bis 6 («Schweiz, die sich vermehrt verschliesst») können Befragte ihre Öffnungsbereitschaft angeben. Dabei sprechen sich 73% der Befragten für eine sich vermehrt öffnende Schweiz aus, während 23% der Befragten eine Schweiz bevorzugen, die sich eher vor äusseren Einflüssen verschliessen sollte. 4% haben hierzu keine Meinung.

Milic, T., Feller, A., Kübler, D. (2020). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2020*. ZDA, FORS, LINK: Aarau/Lausanne/Luzern. Daten unter: <https://forsbase.unil.ch>

Die VOTO-Studien und die Studie «Sicherheit 2021» im Vergleich

Gemäss der VOTO-Analyse zur Abstimmung vom 27. September 2020 befürworteten 73% der Schweizer*innen eine aussenpolitische Öffnung und 23% ziehen demgegenüber eine aussenpolitische Isolation der Schweiz vor. Dieser Befund zeigt ein ähnliches Bild wie die Studie «Sicherheit 2021», in der sich 65% der Befragten gegen eine aussenpolitische Isolation aussprechen, in dem sie die Aussage «die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten» (absolute Autonomie) ablehnen. Auch die Resultate aus der VOTO-Studie zeigen, dass sich Schweizer*innen eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU wünschen, jedoch ohne der EU beizutreten.

7.7 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend von 1993 bis 2021

Bislang wurde in diesem Kapitel die aussenpolitische Öffnungsbereitschaft der Schweizer*innen anhand von 13 verschiedenen Items ermittelt. Traditionellerweise werden seit 1993 neun Fragen für die Bildung einer Kooperationstypologie³ verwendet. Hierfür werden sieben Fragen zu sämtlichen Kooperationsarten sowie zwei Fragen zur Neutralität (Zustimmung zum Neutralitätsprinzip und zur differenziellen Neutralität) verwendet (siehe Anhang II). Anhand der Clusterbildung lassen sich drei charakteristische Haltungen bezüglich der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz ableiten.

Zwischen den drei Kooperationsclustern zeigen sich bezüglich der politischen Einstellung ($CC = 0.34$) und dem Alter ($CC = 0.15$) statistisch signifikante Abweichungen. Die Verteilungen der beiden genannten soziodemografischen Merkmale werden pro Kooperationsgruppe in Bezug zur Verteilung in der Gesamtstichprobe ($N = 1228$) jeweils im Absatz «soziodemografische Zusammensetzung» beschrieben.

Gegenüber 2020 ist die Verteilung der «harten Öffnungswilligen» (27%, +3 Prozentpunkte), der «Autonomisten» (35%, +2 Pp) als auch der «weichen Öffnungswilligen» (38%, -5 Pp) statistisch betrachtet gleichgeblieben.

«**Harte Öffnungswillige**» (27% der Antwortenden, +3 Pp, siehe Abbildung 7.6, rote Linie): Befragte dieser Kategorie befürworten eine aussenpolitische Öffnung und somit einen gewissen Souveränitätsverlust stärker als der Rest der Befragten. Obwohl sie die Neutralität mehrheitlich befürworten, stehen sie ihr vergleichsweise kritisch gegenüber. Einem vorbehaltlosen EU-Beitritt stimmt eine Minderheit der «harten Öffnungswilligen» mit 45% zu. Sowohl eine politische Annäherung an die EU (77%) als auch eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit, ohne der EU beizutreten (77%) wird jeweils von einer grossen Mehrheit befürwortet. Des Weiteren stimmt diese Gruppe allen nicht-institutionellen internationalen («weichen») Kooperationsformen stark zu. So wird eine aktivere Rolle bei internationalen Konferenzen von 93% der «harten Öffnungswilligen» befürwortet, eine vermehrte Konfliktvermittlung wird von 85% und ein grösseres Engagement in der Entwicklungshilfe wird von 86% gutgeheissen. Dasselbe Muster zeigt sich beim Engagement innerhalb der Uno: 84% möchten, dass die Schweiz einen Sitz im Sicherheitsrat anstrebt und 83% sind für eine aktive Schweiz, die sich an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzt. Für die Bereitstellung von Schweizer Friedenstruppen

3 Die Typologie wurde anhand der Cluster-Methode gebildet (vgl. Anhang I und Anhang II). 2021 lassen sich 175 (14%) der Befragten keinem der drei Kooperationstypen zuordnen. Die Prozentangaben zu den drei Kooperationstypen beziehen sich deshalb nur auf 1053 (86%) und nicht auf die Gesamtstichprobe von 1228 Personen (100%).

für die Uno stimmen 73%. Dagegen wird eine sicherheitspolitische Kooperation mit der Nato deutlich kritischer bewertet: Während 61% eine Nato-Annäherung der Schweiz befürworten, stimmt einem Nato-Beitritt nur einer Minderheit von 36% zu. «Harte Öffnungswillige» sind sowohl gegen die wirtschaftlich-politische (47%), die militärische (31%) als auch die absolute Autonomie (24%) der Schweiz eingestellt.

Die «harten Öffnungswilligen» sind gegenüber einer aussenpolitischen Öffnung und Kooperation positiv eingestellt, sie stehen Beitritten zur EU und Nato als auch der wirtschaftlich-politischen, der militärischen und der absoluten Autonomie jedoch skeptisch gegenüber.

Soziodemografische Zusammensetzung der «harten Öffnungswilligen»:⁴ Politisch ist die Gruppe links einzuordnen, da überdurchschnittlich viele politisch links orientierte Personen sich hier zusammenfinden, wogegen die politische Mitte und die politische Rechte untervertreten sind. Ab 60-Jährige sind gegenüber den 18–29-Jährigen und 30–59-Jährigen bei den «harten Öffnungswilligen» übervertreten.

«**Autonomisten**» (35%, +2 Pp, orange Linie): Die «Autonomisten» bilden das Gegenstück zu den «harten Öffnungswilligen». Sie interpretieren die Neutralität eng und lehnen sowohl die differenzielle Neutralität, als auch einen EU-Beitritt (1% Zustimmung) sowie eine politische Annäherung an die EU deutlich ab (16%). Eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt wird grossmehrheitlich befürwortet (78%). «Weiche» Kooperationen, die keine institutionellen Bindungen im internationalen Rahmen nach sich ziehen, werden vergleichsweise kritisch bewertet: Lediglich die aktive Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen wird von einer knappen Mehrheit (56%) befürwortet. Während bei der Frage der vermehrten Konfliktvermittlung mit 48% Zustimmung Uneinigkeit herrscht, wird eine höhere Entwicklungshilfe nicht unterstützt (43%). Ausserdem sind sich «Autonomisten» nicht einig, ob die Schweiz einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat einnehmen sollte (Zustimmung 49%). Ebenfalls werden die Auffassungen, dass sich die Schweiz aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen (36%) und der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte (44%) nur von einer Minderheit gutgeheissen. «Autonomisten» sind auch gegenüber sicherheitspolitischen Bündnissen mit der Nato negativer als «harte Öffnungswillige» und «weiche Öffnungswillige» eingestellt. Ein Nato-Beitritt (14%) und eine Nato-Annäherung (21%)

4 Eine rein zufällige Verteilung der Befragten in drei Gruppen würde bedeuten, dass auch die soziodemografischen Merkmale der Befragten zufällig in den drei Gruppen verteilt sind. Die Folge wäre, dass alle Verteilungen aller soziodemografischen Merkmale in den Clustern der Verteilung in der Stichprobe entsprechen würden. Konkret heisst dies zum Beispiel, dass von allen «harten Öffnungswilligen», zu welchen 27% der Antwortenden gezählt werden, 48% Männer und 52% Frauen sein müssten (vgl. Kapitel 3, Tabelle 3.1), um die natürliche Verteilung in der Bevölkerung widerzuspiegeln. Prozentuale Abweichungen der Verteilung soziodemografischer Merkmale einer Gruppe gegenüber der Verteilung in der Stichprobe weist auf eine spezielle Zusammensetzung der Gruppe hin.

werden jeweils von einer kleinen Minderheit der «Autonomisten» begrüsst. Während die wirtschaftlich-politische Autonomie (92%) als auch die militärische Autonomie (56%) mehrheitlich befürwortet wird, wird die absolute Autonomie (45%) abgelehnt.

«Autonomisten» charakterisieren sich dadurch, dass sie institutionell bindende aussenpolitische Kooperationsformen grundsätzlich ablehnen und auch gegenüber nicht-institutionellen («weichen») Kooperationen kritisch eingestellt sind. Während die wirtschaftlich-politische Autonomie sehr stark und die militärische Autonomie mehrheitlich unterstützt wird, lehnen auch «Autonomisten» die absolute Autonomie der Schweiz ab.

Soziodemografische Zusammensetzung der «Autonomisten»: Sie sind vor allem politisch rechts eingestellt und weniger in der politischen Mitte oder links davon zu verorten. Bezüglich dem Alter der «Autonomisten» zeigt sich, dass diese vor allem zwischen 30 bis 59 Jahre alt sind.

«**Weiche Öffnungswillige**» (38%, –5 Pp, blaue Linie): Zwischen den «Autonomisten» und den «harten Öffnungswilligen» ist die dritte ökonomisch-politisch unterscheidbare Gruppe («weiche Öffnungswillige») anzusiedeln. Während die «weichen Öffnungswilligen» einer aussenpolitischen Kooperation der Schweiz grundsätzlich positiv gegenüberstehen, beurteilen sie feste institutionelle Bindungen skeptisch. Der differenziellen Neutralität stimmen «weiche Öffnungswillige» mehrheitlich zu. Betreffend einem EU-Beitritt sind sie so skeptisch wie die «Autonomisten» (1%), und auch eine politische Annäherung an die Organisation wird nur von 40% gewünscht. Mit 97% unterstützen sie eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt am stärksten. «Weiche», nicht-institutionelle internationale Kooperationen werden von den «weichen Öffnungswilligen» deutlich befürwortet (aktivere Rolle an Konferenzen: 88%; mehr in Konflikten vermitteln: 87%; mehr Entwicklungshilfe leisten: 74%). Ebenfalls wird ein verstärktes Engagement in der Uno (Sitz im Sicherheitsrat: 81%; aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen: 86%; Friedenstruppen zur Verfügung stellen: 68%) von den «weichen Öffnungswilligen» stark unterstützt. Während eine Nato-Annäherung bei 67% Zuspruch und damit von allen drei Gruppen am stärksten unterstützt wird, wird ein Beitritt zur Nato abgelehnt (37%). Die «weichen Öffnungswilligen» stimmen der wirtschaftlich-politischen Autonomie mit 93% am stärksten zu. Dagegen werden die militärische Autonomie (42%) und die absolute Autonomie (28%) mehrheitlich abgelehnt.

Die «weichen Öffnungswilligen» lehnen institutionelle Kooperationen mit der EU und Nato deutlich ab, während nicht-institutionelle Kooperationsformen klar unterstützt werden. Während die wirtschaftlich-politische Autonomie deutlich befürwortet wird, werden sowohl die militärische als auch die absolute Autonomie klar abgelehnt.

Soziodemografische Zusammensetzung der «weichen Öffnungswilligen»: Die «weichen Öffnungswilligen» unterscheiden sich nicht signifikant von der Gesamtstichprobe (N = 1228).

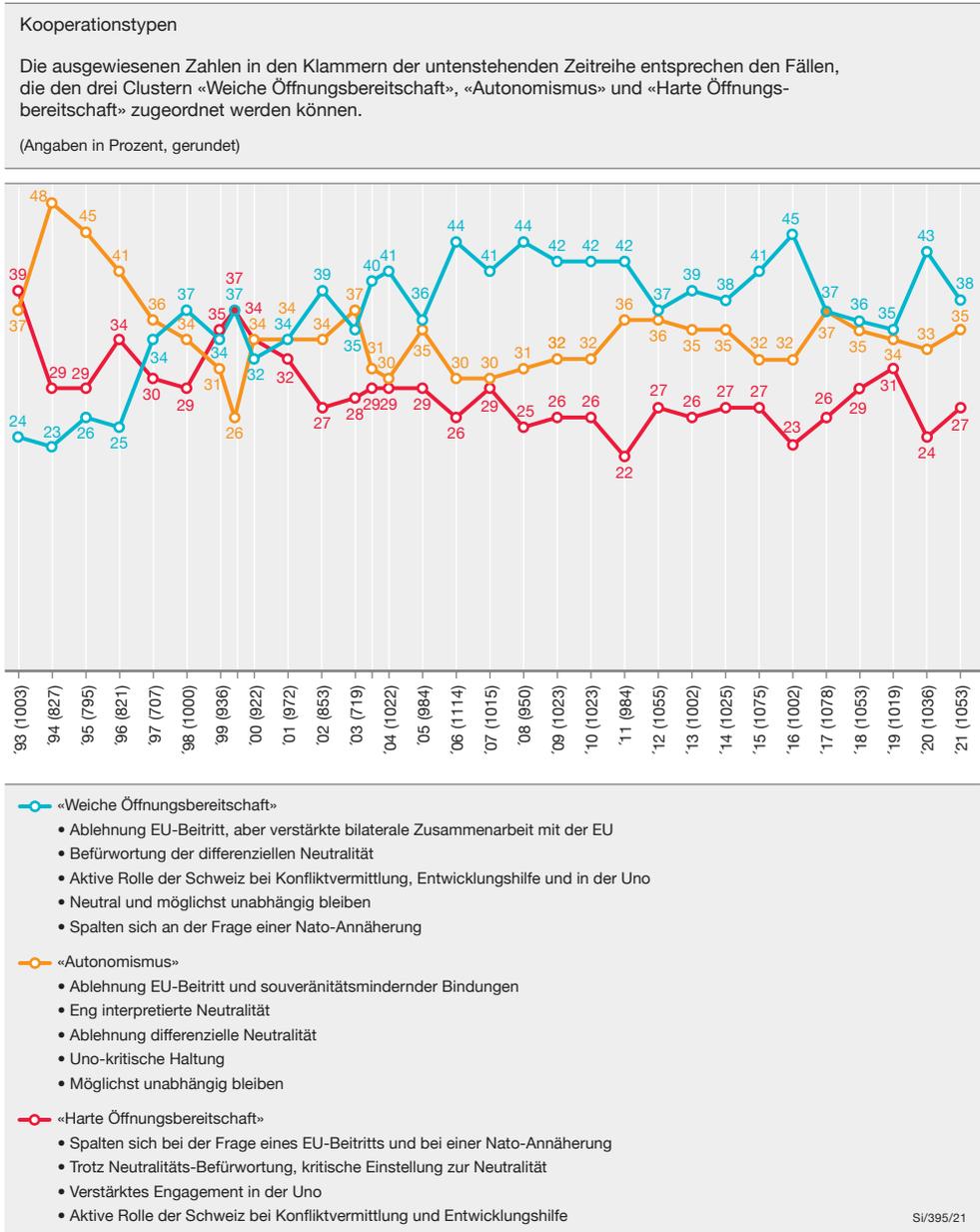
Während der Anteil der «harten Öffnungswilligen» 2019 so hoch wie seit 2001 nicht mehr war, ist er seither wieder gesunken und befindet sich 2021 unter dem langjährigen Schnitt (28%). Seit 2002 liegt der Anteil derjenigen, welche eine «harte» aussenpolitische Öffnung unterstützen, im Bereich von 22% bis 31% der Befragten. Noch in den Neunzigerjahren war der Anteil der «harten Öffnungswilligen» grösseren Schwankungen unterlegen und durchschnittlich auf einem höheren Niveau. Seit Anfang des 21. Jahrhunderts hat sich der Anteil jedoch stabilisiert.

Während der Anteil der «weichen Öffnungsbereiten» zu Beginn der Neunzigerjahre auf relativ tiefem Niveau war, erhöhte sich der Anteil gegen Ende des Jahrzehnts auf einen Drittel. Mitte der Nullerjahre stieg der Anteil der «weichen Öffnungsbereiten» auf einen Höchststand und blieb auf diesem hohen Niveau bis 2016. Nachdem in den vergangenen drei Jahren etwa ein Drittel der Befragten dieser Gruppe angehörte, liegt 2021 die Anzahl der «weichen Öffnungswilligen» wieder auf dem Niveau des Jahres 2014.

Nach der richtungweisenden EWR-Abstimmung 1992 waren die «Autonomisten» die klar grösste Gruppe, verloren anteilmässig bis zum Ende des Jahrzehnts jedoch beträchtlich und entsprechen seitdem einem guten Drittel der Schweizer Stimm- und Wahlberechtigten. Detailliertere Darstellungen der unterschiedlichen Ausprägungen der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationstypen finden sich in Anhang II.

Abbildung 7.6

Die Kooperationstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993 bis 2021



Fazit: Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Einstellungen der Schweizer Stimmbewölkerung zu den verschiedenen aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsformen leicht verändert.

Dabei bleibt die Einstellung gegenüber der EU unverändert. Während nach wie vor dem bilateralen Weg – verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit ohne EU-Beitritt – mehrheitlich und stark zugestimmt wird, wird eine Annäherung und ein Beitritt zur EU nur von einer Minderheit gefordert. Während sich bei der Bewertung des bilateralen Weges der Schweiz und dem EU-Beitritt keine statistisch signifikanten soziodemografischen Unterschiede zeigen, spielt bei der EU-Annäherung die politische Einstellung eine wichtige Rolle. Ebenfalls unverändert gegenüber 2020 bleibt die aussen- und sicherheitspolitische Kooperationsbereitschaft, die sogenannte «weiche» Kooperation. So wird die aktivere Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen, die vermehrte Konfliktvermittlung und höhere Entwicklungshilfe mehrheitlich unterstützt.

Im Gegensatz zum Vorjahr sind Schweizer*innen gegenüber der Uno signifikant positiver eingestellt. Sowohl die Vorgabe, dass sich die Schweiz an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen als auch einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat anstreben sollte, werden signifikant stärker gefordert. Nach wie vor werden beide Auffassungen von einer Mehrheit gefordert. Dabei wird die Einstellung gegenüber einem Sitz der Schweiz im Uno Sicherheitsrat stark durch die politische Einstellung beeinflusst.

Zudem werden auch sicherheitspolitische Allianzen mit der Nato und der Uno signifikant stärker befürwortet. Eine Mehrheit der Schweizer*innen unterstützt die Ansicht, dass die Schweiz der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte. Obwohl die Schweizer Stimmbewölkerung gegenüber einer Kooperation mit der Nato signifikant positiver eingestellt ist, werden eine Annäherung und ein Beitritt zur Nato jeweils nur von einer Minderheit gefordert.

Der Drang nach wirtschaftlich-politischer Autonomie ist bei Schweizer*innen ungebrochen gross und wird stark unterstützt. Die militärische Autonomie der Schweiz wird nach wie vor von einer Minderheit gefordert. Daneben hat sich die Einstellung gegenüber der absoluten Autonomie – die Schweiz solle sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten – signifikant verändert. Der Anteil, der dieser Vorgabe zustimmt, ist gegenüber 2020 statistisch signifikant gesunken. Aktuell ist rund ein Drittel der Befragten mit dieser Vorgabe einverstanden.

Bei den Kooperationstypen zeigen sich drei unterschiedlich grosse Lager, die sich bezüglich der Kooperationsbereitschaft klar voneinander unterscheiden. Nach wie vor bilden die «weichen Öffnungswilligen» (38%) die grösste Gruppe, welche sich dadurch charakterisieren, dass sie weiche Kooperationen befürworten und institutionelle und bindende Kooperationen ablehnen. Die zweitgrösste Gruppe sind die «Autonomisten» (35%), welche weichen Kooperationsformen kritisch gegenüberstehen und harte,

institutionell-bindende Kooperationsformen klar ablehnen. Die kleinste Gruppe bilden die «harten Öffnungswilligen» (27%). Während sie zum einen aussenpolitischer Kooperationen positiv gesinnt sind und im Zuge dessen einen gewissen Souveränitätsverlust am stärksten akzeptieren, lehnen sie zum anderen einen Beitritt zur EU und Nato ab.

8 Das Verhältnis Armee und Gesellschaft

Die Schweizer Armee wird neben Aussenpolitik, Bevölkerungsschutz, Nachrichtendienst, Polizei, Wirtschaftspolitik, Zollverwaltung und Zivildienst *im Sicherheitspolitischen Bericht 2016 des Bundesrates* als eines der sicherheitspolitischen Instrumente der Schweiz definiert (VBS 2016, 81f.). Aufgrund dessen und weil in der Schweiz die Wehrpflicht und das Milizsystem eine grosse historische und gesellschaftliche Rolle spielen, erhält die Armee in der Studienreihe «Sicherheit» grosse Aufmerksamkeit. Das Verhältnis zwischen der Armee und der Gesellschaft (zivil-militärische Beziehungen) wird traditionellerweise anhand von sechs Dimensionen gemessen. Dabei ist als erste Dimension die Wahrnehmung der Notwendigkeit der Armee zu nennen. Zweitens wird der gewünschte Ausrüstungs- und Ausbildungsstand der Armee und drittens die gesellschaftliche Rolle der Armee erfragt. Zudem werden die Einstellungen zur Rekrutierungs- und Mobilisierungsform (4), zur Zufriedenheit mit der Leistung der Armee (5) und schlussendlich die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben als sechste Dimension erhoben.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie und der damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Restriktionen (Lockdown) in der Schweiz ab dem 16. März 2020 führte die Dozentur Militärsoziologie im Juli 2020 eine Nachbefragung (NBF) mit ausgewählten Fragen der Studienreihe «Sicherheit» durch (vgl. Kapitel 3, Datenbasis). Insgesamt zeigen die Auswertungen zum Verhältnis Armee und Gesellschaft, dass im Vergleich zu den Januarerhebungen 2020 und 2021 die Schweizer Armee im Juli 2020 in einigen Bereichen signifikant positiver wahrgenommen wurde. So wurde im Juli die Milizarmee stärker unterstützt und Schweizer*innen waren signifikant zufriedener mit der Leistung der Armee. Ausserdem stieg die Zustimmung zu einer «sehr gut ausgebildeten» und «vollständig ausgerüsteten» Armee ebenfalls signifikant. Die Vermutung liegt nahe, dass der Einsatz der Schweizer Armee von März bis Juni 2020 (CORONA 20) zu dieser positiven Beurteilung der Schweizer Armee im Juli 2020 beigetragen hat. Insgesamt zeigt sich, dass dieser positive Effekt in der Januarbefragung 2021 nicht mehr vorhanden ist und die armeebezogenen Einstellungen wieder auf demselben Niveau, oder sogar leicht tiefer liegen als im Januar 2020.

8.1 Notwendigkeit der Armee

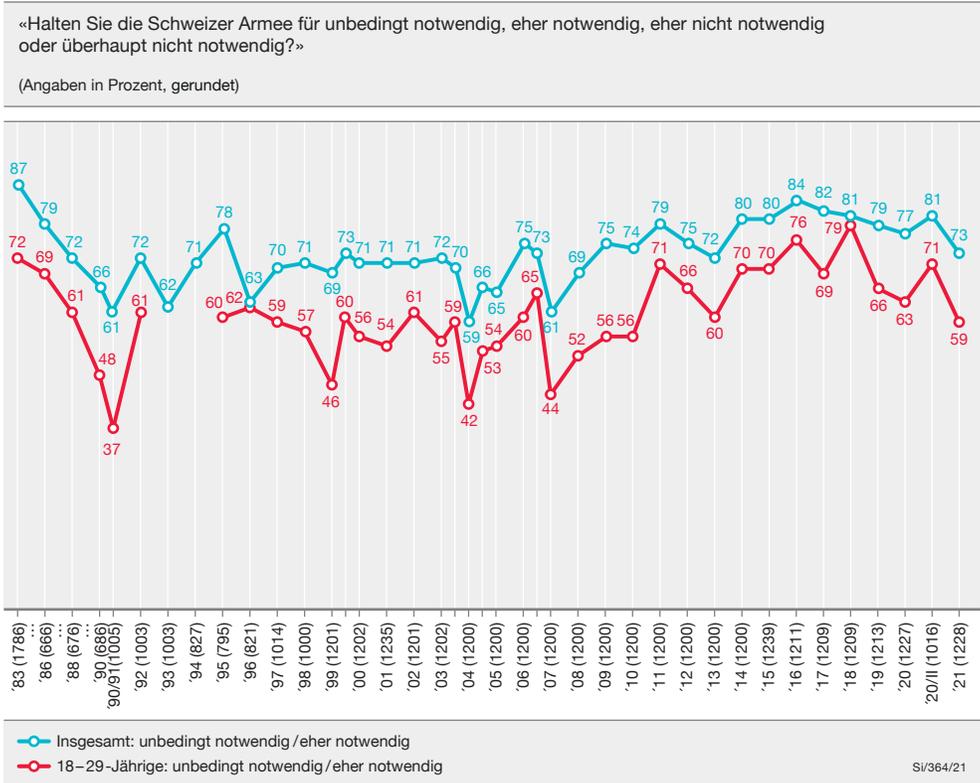
Für die Beschreibung der zivil-militärischen Beziehungen zwischen der Schweizer Stimmbevölkerung und des Militärs ist die generelle Legitimation des staatlichen Gewaltinstruments «Armee» ein wichtiges Merkmal. Dabei ist die Frage nach der Notwendigkeit der

Schweizer Armee ein genereller Indikator, welcher die Legitimation des Militärs in der Schweiz messen kann. Zwischen 1983 und 1990 wurde die Notwendigkeit in unregelmässigen und seit 1991 in jährlichen und regelmässigen Abständen erhoben.

Die Betrachtung der Zustimmungswerte zur Notwendigkeit der Armee (Summe der Antwortkategorien «unbedingt notwendig» und «eher notwendig») über die vergangenen 38 Jahre zeigt (siehe Abbildung 8.1), dass die Legitimation der Armee keinem klaren Trend folgt. Zwischen 1983 bis 1990 sank die Akzeptanz kontinuierlich und erreichte im Jahr 1991 mit 61% einen im Vergleich sehr tiefen Wert. Seit 1992 ist ein volatiler Aufwärtstrend zu beobachten, ohne jedoch dabei auf die hohen Zustimmungswerte zu Beginn der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts zurückzukehren. In den Jahren 2004 und 2007 sank die Zustimmung stark, was wahrscheinlich mit der zu dieser Zeit eingeführten Reform *Armee XXI* zusammenhängen dürfte (für eine detaillierte Analyse der Zustimmungswerte über die Zeit vgl. Szvircsev Tresch et al. 2011, 142f.). Das Jahr 2014 stellt einen Wendepunkt dar. Zwischen 2014 und 2020 beurteilten durchschnittlich 80% der Befragten das Militär als notwendig, was einer überdurchschnittlichen Zustimmung entspricht.

Dieser Trend schwächt sich 2021 leicht ab und die Einstellung zur Notwendigkeit bewegt sich mit 73% (−4 Prozentpunkte) wieder prozentual auf dem Niveau von 2013 bzw. auf der durchschnittlichen Zustimmungswerte zur Notwendigkeit der Schweizer Armee in den Jahren 1983 bis 2021. Statistisch betrachtet ist aber diese Einstellung gegenüber dem Vorjahr unverändert. 2021 geben 29% (± 0 Pp) der Befragten an, dass die Schweizer Armee «unbedingt notwendig» sei. 44% (−4 Pp) der befragten Schweizer*innen halten sie für «eher notwendig». 27% (+4 Pp) der Schweizer*innen erachten aktuell die Schweizer Armee als nicht notwendig und stellen damit die Legitimation der Armee in Frage. Für 20% (+3 Pp) ist das Militär «eher nicht» notwendig und 7% (+1 Pp) der Befragten halten es als «überhaupt nicht» notwendig. Während die Zustimmung zur Notwendigkeit zwischen der Januarbefragung 2020 (77%) und der NBF im Juli 2020 (81%) auf gleich hohem Niveau verharrte, lässt sich eine signifikante Abnahme zwischen Juli 2020 und Januar 2021 feststellen. Inwiefern diese Abnahme auch mit der Abstimmung zum Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, welche ganz knapp mit 50.1% (BfS 2021b) angenommen wurde, zusammenhängt, kann aus den Daten zwar nicht abgeleitet werden, weist aber eine gewisse Plausibilität auf, da die im Abstimmungskampf verwendeten Argumente auch teilweise die Notwendigkeit der Armee hinterfragten.

Abbildung 8.1
Notwendigkeit der Armee



Soziodemografische Einflüsse: Auch 2021 zeigt sich, dass – wie seit 2014 – die Notwendigkeit der Armee über alle soziodemografischen Gruppen wie Geschlecht, Sprachregionen, Altersklassen und Bildungsgruppen hinweg mehrheitlich befürwortet wird. 2021 haben aber nur die politische Einstellung als auch das Alter einen signifikanten Einfluss auf die Bewertung der Notwendigkeit.¹ Nach wie vor gilt: Die Einstellung gegenüber der Notwendigkeit der Armee wird am stärksten durch die politische Einstellung beeinflusst. Je stärker rechts eine Person eingestellt ist, desto notwendiger empfindet sie die

1 Im Folgenden werden nur soziodemografische Einflüsse aufgeführt, bei denen der signifikante Einfluss sowohl bivariat als auch in einer multiplen Regression bestätigt wird.

Armee (rechts: 86%, Mitte: 85%, links: 51%; $\gamma = 0.53$).² Dabei sind sich die ansonsten militärkritisch eingestellten politisch links orientierten Befragten mit 51% Zustimmung hinsichtlich der Notwendigkeit uneinig.

Die 18–29-Jährigen, die Kohorte der Wehpflichtigen, sind weiterhin signifikant kritischer gegenüber der Schweizer Armee eingestellt als die älteste Altersgruppe (18–29-Jährige: 59%, 30–59-Jährige: 74%, ab 60-Jährige: 79%; $\gamma = -0.20$). Gegenüber dem Vorjahr bleibt diese Einstellung der Jungen statistisch betrachtet unverändert, hat sich aber gegenüber der NBF, bei welcher sich 71% dieser Altersklasse für die Armee aussprach, signifikant verändert. Der aktuelle Werte von 59% (–4 Pp) liegt im langjährigen Durchschnitt von 60%.

8.2 Ausrüstung und Ausbildung der Armee

Während die Zustimmung zur Notwendigkeit Aufschluss über die allgemeine Legitimation und Akzeptanz der Armee in der Schweizer Stimmbevölkerung gibt, geben die Antworten zur Ausrüstung und Ausbildung der Armee Auskunft über die funktionale Relevanz,³ welche Schweizer*innen der Armee beimessen. Dabei wurde die Frage zur Ausrüstung und Ausbildung der Armee in der Studienreihe «Sicherheit» bis 2014 mit einem einzelnen Item erhoben. Die bis dahin verwendete Itemformulierung lautete: «Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten». Dieses Item ist methodisch ungünstig, da es zwei Dimensionen gleichzeitig misst: Ausbildung und Ausrüstung.

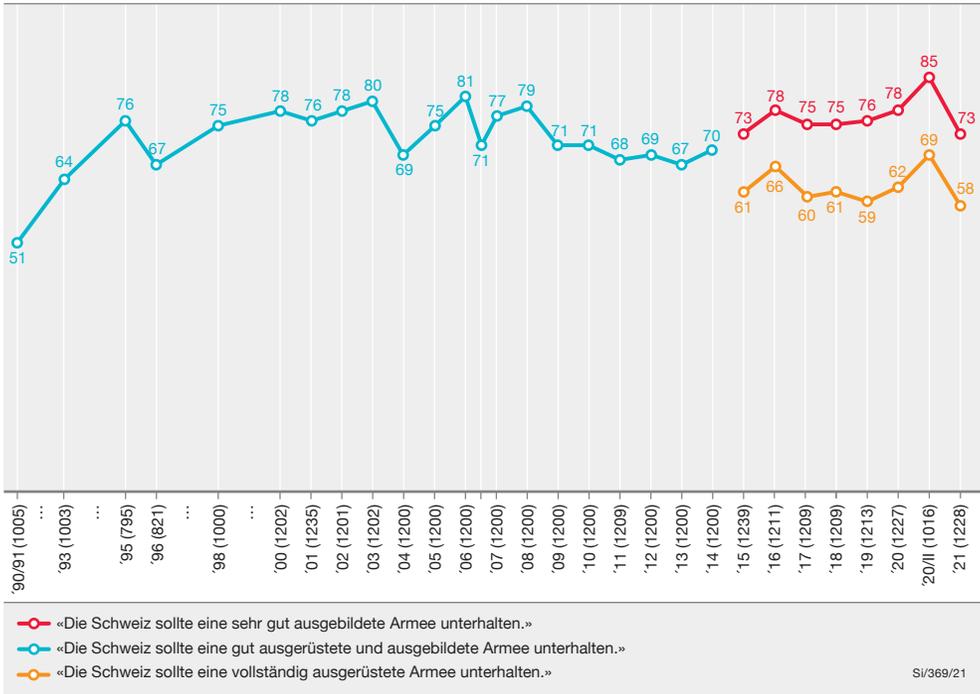
Daher wurden im Rahmen der Studie «Sicherheit 2015» die beiden Aspekte zum ersten Mal mit zwei einzelnen Items erfragt, wobei diese eine inhaltliche Zuspitzung erhielten. Seither wird bei der Ausrüstung nicht mehr nach einer «gut ausgerüsteten» Armee gefragt, sondern eine «vollständig ausgerüstete» Armee steht im Mittelpunkt des Interesses. Bei der Ausbildung wird nicht mehr die Meinung zu einer «gut ausgebildeten» Armee erhoben, sondern es wird die Einstellung zu einer «sehr gut ausgebildeten» Armee abgefragt. Aufgrund der Neuformulierung dieser beiden Items ist seit 2015 der direkte Vergleich zu den vorangegangenen Jahren methodisch unzulässig (Szvircsev Tresch et al. 2015, 138). Nichtsdestotrotz sind in der Abbildung 8.2 die Formulierung von 1990 bis 2014 sowie die beiden neuen Vorgaben seit dem Jahr 2015 aufgeführt, um zumindest einen visuellen Vergleich darstellen zu können.

- 2 In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinalskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Ein positiver Korrelationskoeffizient ist demzufolge stets als eine «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» Aussage zu interpretieren. Eine negative Korrelation weist auf einen «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» Zusammenhang hin.
- 3 Eine funktionierende Armee setzt ein gewisses Mass an guter Ausrüstung und guter Ausbildung als Rahmenbedingungen voraus. Die Wichtigkeit, welche diesen zwei Rahmenbedingungen zugeschrieben wird, gibt Auskunft über die Relevanz einer funktionierenden Armee.

Abbildung 8.2
Ausrüstung und Ausbildung der Schweizer Armee

«Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?»

(«sehr» und «eher» einverstanden in Prozent, gerundet)



Wie bereits in den Vorjahren korrelieren auch 2021 die beiden 2015 eingeführten Vorgaben («sehr gut ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee) sehr stark ($\gamma = 0.81$): Personen, welche eine «sehr gut ausgebildete» Armee fordern, unterstützen mehrheitlich auch eine Vollausrüstung der Armee. Oder umgekehrt: Wer eine «vollständig ausgerüstete» Armee als wichtig erachtet, bejaht mit grosser Wahrscheinlichkeit auch eine «sehr gut ausgebildete» Armee.

2021 erhalten beide Einstellungen gegenüber dem Vorjahr wie auch gegenüber der NBF signifikant weniger Unterstützung. In der Priorisierung der beiden Items zeigt sich weiterhin das bekannte Bild: Nach wie vor wird eine «sehr gut ausgebildete» Armee gegenüber einer «vollständig ausgerüsteten» Armee als wichtiger erachtet. 73% (−5 Prozentpunkte) der Schweizer*innen stimmen der Aussage zu, dass die Schweiz eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten sollte. 30% der Befragten sind damit «sehr einverstanden» und 43%, «eher einverstanden». Hingegen stimmen nur 58% (−4 Pp) der Aussage zu, dass

die Schweiz eine «vollständig ausgerüstete» Armee benötige («sehr einverstanden»: 22%, «eher einverstanden»: 36%). Die Höchstwerte mit 86% («sehr gut ausgebildet» bzw. 69% «vollständig ausgerüstet») bei der NBF im Juli 2020 ragen heraus und sind wahrscheinlich aufgrund des positiv wahrgenommenen CORONA 20-Einsatzes der Armee in dieser Deutlichkeit entstanden, denn die zwei Vorgaben unterscheiden sich auch gegenüber der Januarbefragung 2020 zur NBF signifikant.

Soziodemografische Einflüsse: Bei der Befürwortung einer «sehr gut ausgebildeten» Armee bestehen signifikante Unterschiede nach dem Alter, dem Geschlecht und der politischen Einstellung, wobei das letztgenannte Merkmal am stärksten differiert: Je stärker sich Befragte politisch rechts verorten, desto stärker unterstützen sie eine «sehr gut ausgebildete» Armee (rechts: 86%; Mitte: 79%, links: 56%; $\gamma = 0.46$). Den gleichen Effekt lässt sich beim Alter feststellen: Je älter die Personen sind, desto mehr stimmen sie der Vorlage zu (ab 60-Jährige: 78%, 30–59-Jährige: 74%, 18–29-Jährige: 60%; $\gamma = 0.19$). Dieses Jahr lässt sich auch ein Geschlechterunterschied feststellen. Männer befürworten mit 78% eine «sehr gut ausgebildete» Armee, Frauen stimmen diesem Item nur mit 68% zu ($CC = 0.17$).

Bei der Einstellung zur Vollausrüstung der Schweizer Armee bestehen ebenfalls soziodemografische Unterschiede. Auch hier ist die politische Orientierung jenes Merkmal, welches am meisten abstuft. Von links über die politische Mitte bis rechts steigt die Befürwortung einer vollausrüsteten Armee deutlich und signifikant an (links: 35%, Mitte: 66%, rechts: 75%; $\gamma = 0.49$). Schweizer*innen mit tiefer Bildung stimmen der Vollausrüstung des Schweizer Militärs signifikant stärker zu als Personen mit mittlerer und hoher Bildung (tief: 75%, mittel: 60%, hoch: 54%; $\gamma = 0.13$). Männer unterstützen eine «vollständig ausgerüstete» Armee signifikant stärker als Frauen (Männer: 66%, Frauen: 50%; $CC = 0.19$). Die jüngste Alterskategorie zeigt eine kritischere Einstellung gegenüber einer Vollausrüstung als die beiden anderen Altersgruppen (18–29-Jährige: 50%, 30–59-Jährige: 57%, ab 60-Jährige: 63%; $\gamma = -0.15$).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee hat einen starken Einfluss auf die Einstellung zu einer «sehr gut ausgebildeten» und einer «vollständig ausgerüsteten» Armee. Schweizer*innen, die ihr Militär als notwendig erachten, befürworten die Vollausrüstung ($\gamma = 0.81$) und eine sehr gute Ausbildung der Armeemitglieder ($\gamma = 0.78$).

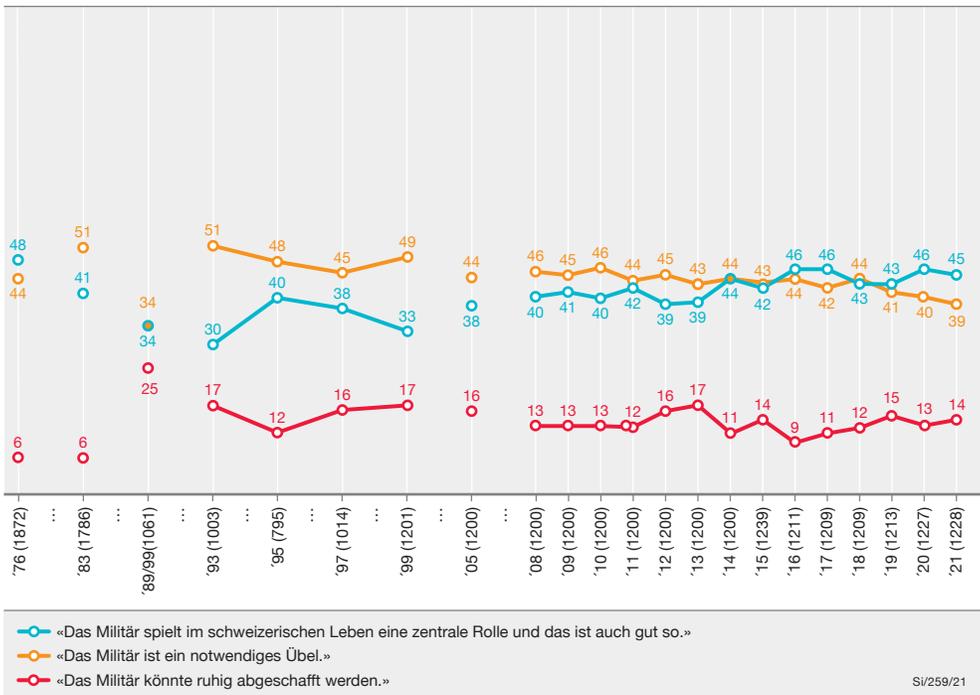
8.3 Gesellschaftliche Rolle der Armee

Die Armee ist zum einen ein sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz (VBS 2016, 81f.) und hat zum anderen auch eine gesellschaftliche Integrationsfunktion, die zum gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweizer Bevölkerung beiträgt (Würmli 2015, 68). Diese Doppelfunktion des Militärs kann zu einer höheren Legitimität der Institution führen. Gleichzeitig zeigt aber diese Doppelfunktion auch den Stellenwert auf, welchen Schweizer*innen dem Militär für die Gesellschaft zuschreiben. Die gesellschaftliche Rolle der Armee, das heisst die Identifikation mit der Landesverteidigung und die Bewertung des Militärischen in der Schweiz, wird seit 1976 in unregelmässigen Abständen, seit 2008 in regelmässigem Abstand anhand einer Frage mit drei Antwortmöglichkeiten erhoben (Abbildung 8.3).

Abbildung 8.3
Die gesellschaftliche Rolle der Armee

«Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.»

(Angaben in Prozent, gerundet)



SI/259/21

Die gesellschaftliche Relevanz der Schweizer Armee wird seit 1976 mit den drei Vorgaben, dass das Militär eine «zentrale Rolle in der Gesellschaft spiele», ein «notwendiges Übel» oder eine «abschaffungswürdige Institution» sei, gemessen. Die gesellschaftliche Bedeutung der Armee bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert. Für 45% (-1 Prozentpunkt) der Schweizer*innen nimmt das Militär nach wie vor eine zentrale Rolle im schweizerischen Leben ein. Gleichzeitig bezeichnen 39% (-1 Pp) der Befragten die Armee als ein notwendiges Übel und für 14% (+1 Pp) der Schweizer*innen ist die Armee eine abschaffungswürdige Institution. Für 2021 wird im langjährigen Vergleich ein überdurchschnittlich hoher Wert des Zentralitätsgedankens (45%; Durchschnitt 1976 bis 2021: 41%) und für die Ansicht, dass die Armee ein notwendiges Übel sei, mit 39% ein unterdurchschnittlich tiefer Wert (Durchschnitt 1976 bis 2021: 44%) gemessen. Aktuell liegt die Auffassung, dass die Armee eine «abschaffungswürdige Institution» mit 14% im langjährigen Durchschnitt. Im Zeitverlauf unterliegt die positive Betrachtungsweise der Armee Schwankungen, welche mit den geostrategischen Veränderungen Europas und der Welt in Verbindung gebracht werden können. Das Militär als nationales Identifikationssymbol wurde insbesondere mit dem Ende des Kalten Krieges 1989/1990 verstärkt hinterfragt (Svircev Tresch 2011, 6). Im Jahr 1989 bewerteten nur 34% der Bevölkerung die Armee als eine gesellschaftlich zentrale Institution und ein Viertel (25%) sah in ihr eine abschaffungswürdige Institution. Allerdings wurde auch die Notwendigkeit der Armee mit 61% während dieser Zeit kritischer beurteilt. Vom Ende der Achtzigerjahre bis Ende der Neunzigerjahre beurteilten Schweizer*innen das zivil-militärische Verhältnis in der Schweiz vergleichsweise kritisch (Würmli 2015, 166). Von 1999 bis 2013 verläuft die Beurteilung auf einem mittleren Niveau. Seit 2014 messen Schweizer*innen ihrer Armee wieder mehr Bedeutung zu.

Soziodemografische Einflüsse: Die politische Orientierung einer Person schlägt sich auch in der Einstellung der gesellschaftlichen Bedeutung der Armee nieder. Je rechter sich Befragte politisch einstufen, desto grösser ist die Zustimmung zur zentralen Rolle der Armee (rechts: 63%, Mitte: 53%, links: 21%). Schweizer*innen des politisch linken Spektrums betrachten das Militär überwiegend als ein notwendiges Übel (links: 49%, Mitte: 39%, rechts: 30%). 29% der links Positionierten stimmen der Armeeabschaffung zu. Diese Ansicht wird bei den Rechten von 5% und jenen der politischen Mitte von 7% geteilt (CC = 0,38 für alle Vorgaben). Beim Alter sind es die Jungen, welche sich signifikant von den beiden anderen Alterskategorien unterscheiden. Der Zentralitätscharakter der Armee wird von ihnen zu 35% unterstützt, während die 30–59-Jährigen (45%) und die ab 60-Jährigen (52%) signifikant höhere Werte ausweisen. So ist es auch folgerichtig klar, dass die 18–29-Jährigen der Armeeabschaffung überdurchschnittlich stark zu stimmen (18–29-Jährige: 23%, 30–59-Jährige: 13%, ab 60-Jährige: 11%; CC = 0,14). Ausserdem

stimmen Befragte mit hohem Bildungsniveau dem Zentralitätsgedanken signifikant weniger oft zu als Schweizer*innen mit tiefer Bildung (hoch: 38%, mittel: 52%, tief: 57%, $CC = 0.14$).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Einstellung, dass das Militär in der Schweizer Gesellschaft eine zentrale Rolle spielt, steht in Verbindung mit weiteren Einstellungen zur Armee: Befragte, welche die Notwendigkeit der Armee bejahen ($CC = 0.64$), im Allgemeinen mit der Leistung der Armee zufrieden sind ($CC = 0.56$), die Vollausrüstung ($CC = 0.53$) fordern und der Armee vertrauen ($CC = 0.50$), befürworten die zentrale Rolle des Militärs überdurchschnittlich stark.

8.4 Wehr- und Rekrutierungsform

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee seit Erhebungsbeginn stets von einer Mehrheit bejaht wurde, war die Mehrheit der Stimmbevölkerung nicht immer mit der Miliz als Wehrform einverstanden. Mit dem Begriff «Wehrform» wird unter anderem verstanden, wie Personal für die Armee rekrutiert wird. Die Rekrutierung von Angehörigen der Armee kann auf zwei unterschiedliche Arten erfolgen: Erstens, die Rekrutierung kann durch eine gesetzlich geregelte Wehrpflicht als Zwang erfolgen. Oder zweitens durch einen Vertrag und somit auf Freiwilligkeit beruhen. Im letzteren Fall müsste die Rekrutierung über den zivilen Arbeitsmarkt erfolgen. Ein zweiter wesentlicher Faktor der Wehrform ist neben der Personalgewinnung die Art der Verfügbarkeit des Personals. Dabei wird zwischen stehenden Armeen bzw. Berufsarmeen und Milizarmeen unterschieden (Szvircsev Tresch 2010, 6). Die Merkmale einer Milizarmee sind die fehlende Präsenz und die gestaffelte Dienstpflicht. Es ist eine Armee, welche «in Friedenszeiten nur zu einer kurzfristigen Ausbildung in zeitlich sich wiederholenden Übungen zusammentritt und nur über ein kleines Berufskader verfügt» (Szvircsev Tresch 2010, 7).

Im Zentrum dieses Abschnitts steht die Frage, wie die Stimmbevölkerung über die Art und Weise der Rekrutierung denkt – Wehrpflicht in Form einer Zwangsrekrutierung oder Freiwilligkeit – und auch, welche Streitkräfteform die nationale Sicherheit in Zukunft besser gewährleistet. Dabei geht es um die Einstellung gegenüber einer Miliz- oder Berufarmee. Seit 1976 wird in der Studienreihe «Sicherheit» die Meinung bezüglich der beiden Wehrmodelle erfragt (siehe Abbildung 8.4). Dabei zeigt der Zeitreihenverlauf, dass die Schweizer Bevölkerung seit 2013 wieder deutlicher die Milizarmee und die Wehrpflicht präferiert. Somit hat die Zustimmung zu einer Berufarmee, welche mit Freiwilligen alimentiert wird, abgenommen. In der Bevölkerungsmeinung zeigten sich in den Jahren zuvor teilweise grosse Schwankungen hinsichtlich der präferierten Wehrstruktur der Schweizer Armee.

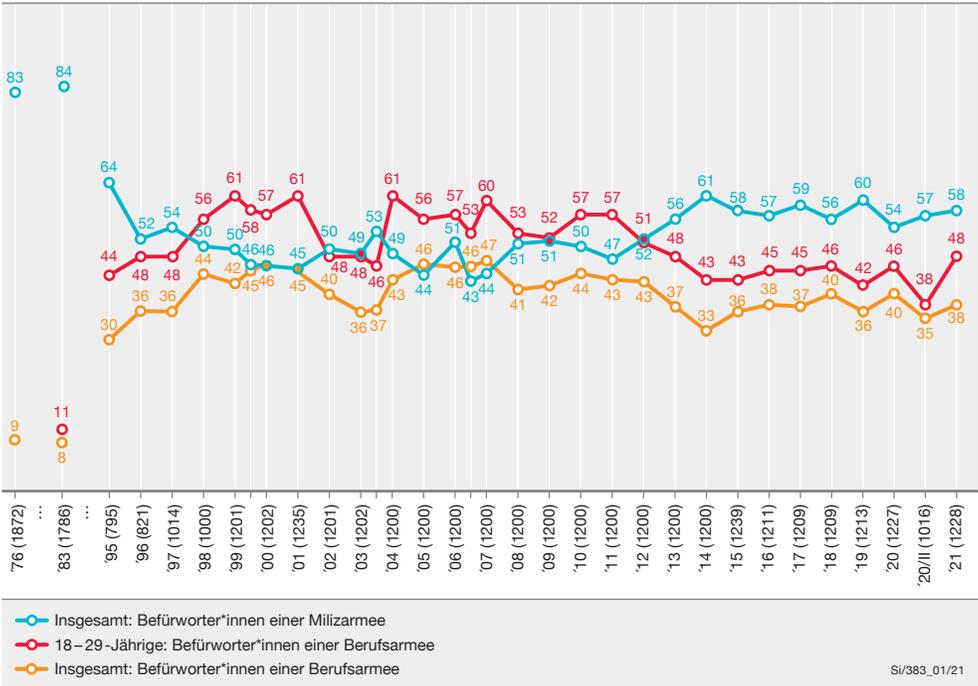
Während die Siebzigerjahre und Achtzigerjahre des 20. Jahrhunderts von einem breiten Konsens in Bezug auf die Milizarmee als die richtige Wehrstruktur geprägt waren, nahm in den Neunzigerjahren die Unterstützung einer Berufsarmee zu. Seit der Jahrtausendwende des 21. Jahrhunderts hielten sich die Befürworter*innen einer Milizarmee und jene einer Berufsarmee mit kleinen Schwankungen die Waage. Das Jahr 2013 stellt bis anhin einen historischen Wendepunkt dar. Seit 2013 manifestiert sich eine breitere Unterstützung der Bevölkerung für eine Milizarmee mit einem Höhepunkt im Jahr 2014 mit einer Zustimmung von 61%, und ebenfalls im Jahr 2019 mit 60%. 2021 ist der Anteil der Befürworter*innen einer Milizarmee gegenüber dem Vorjahr statistisch gleich hoch geblieben. Die aktuelle Zustimmung beträgt 58% (+4 Prozentpunkte; NBF: 57%), damit liegt sie aktuell über dem langjährigen Schnitt von 54%. Eine Berufsarmee wird von 38% (-2%; NBF: 35%) der Schweizer*innen befürwortet und liegt im langjährigen Durchschnitt. Der Anteil von Befragten, welche zu dieser Einstellung keine Meinung abgeben konnten, bleibt mit 5% (-1 Pp) gleich.

Abbildung 8.4

Wehrstruktur: Milizarmee versus Berufsarmee

«Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?»

(Angaben in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Politisch rechts Eingestellte und Personen der politischen Mitte stimmen der Milizarmee signifikant stärker zu als politisch links Positionierte (rechts: 68%, Mitte: 60%, links: 46%; $CC = 0.16$). Eine Berufsarmee findet in keinem der drei politischen Lager eine Mehrheit. Die Zustimmung zu dieser ist bei politisch links Eingestellten mit 46% am höchsten.

Obwohl die 18–29-Jährigen im langjährigen Mittel (50%) zwischen 1976 und 2021 einer Berufsarmee 2021 mit 48% (+2 Pp) unterdurchschnittlich stark zustimmen, zeigt sich dennoch erneut, dass sie im Vergleich zu den 30–59-Jährigen (37%) und den ab 60-Jährigen (33%; $CC = 0.10$) stärker eine Berufsarmee präferieren. Besonders kritisch gegenüber der Berufsarmee eingestellt waren die Jungen bei der NBF im Juli 2020 mit 38%. Mit kleinen Unterbrüchen in der Mitte der Neunzigerjahre und zu Beginn des 21. Jahrtausends favorisierte diese Altersgruppe bis 2011 jeweils eine Berufsarmee. Wahrscheinlich infolge der Sensibilisierung der Bevölkerung durch die Diskussion zur Wehrpflichtabschaffungs-

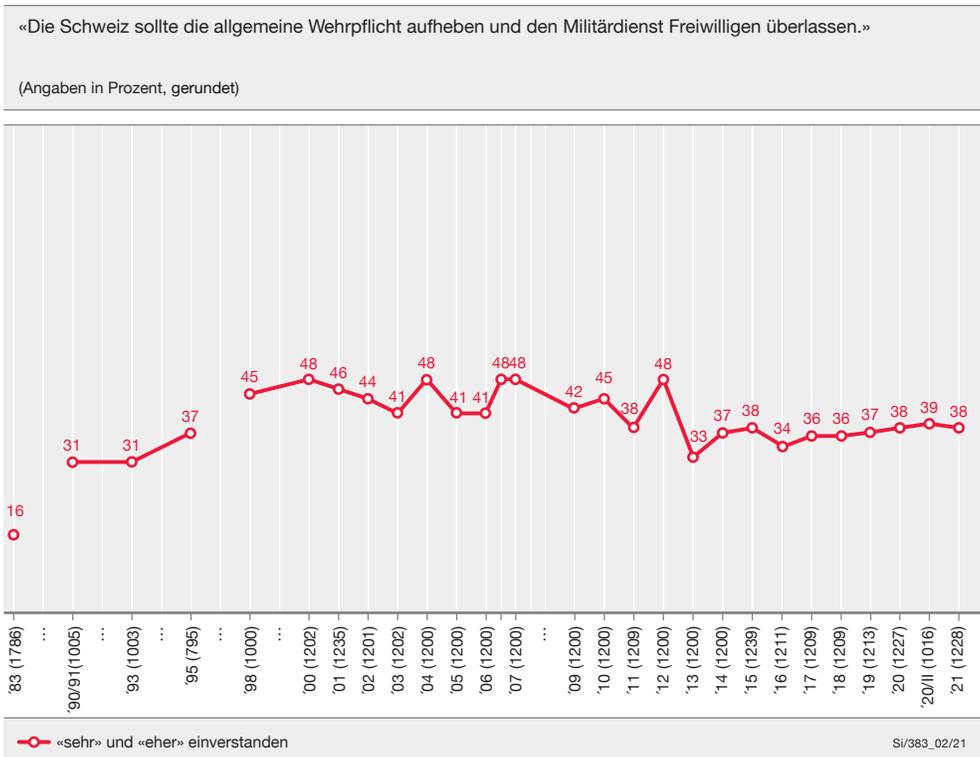
Initiative im Jahr 2013 ist seitdem die Befürwortung der Berufsarmee bei der Alterskohorte der Wehrpflichtigen nie mehr über die 50% Marke gestiegen.

Weitere signifikante Unterschiede: Befragte, die eine Milizarmee gegenüber einer Berufsarmee favorisieren, sind zufriedener mit der Leistung (CC = 0.29), erachten die Armee als notwendiger (CC = 0.33) und unterstützen eine «sehr gut ausgebildete» Armee (CC = 0.20).

Wehrpflicht

Gegenüber dem Vorjahr wie auch der NBF im Juli 2020 bleibt die Einstellung zur Abschaffung der Wehrpflicht unverändert. 38% (±0 Pp, bzw. -1 Pp) der Schweizer*innen befürworten 2021 eine Abschaffung der Wehrpflicht (siehe Abbildung 8.5). Mit dieser Vorgabe sind 18% «sehr» und 20% «eher» einverstanden. Der aktuelle Wert liegt im langjährigen Mittelwert von 39%.

Abbildung 8.5
Zustimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht



61% (± 0 Pp) der Befragten lehnen die Abschaffung der Wehrpflicht ab und sprechen sich somit für deren Erhaltung aus. Seit 2013 zeigt sich eine deutliche Ablehnung der Abschaffung der Wehrpflicht. Inwiefern diese hohe Zustimmung zur Wehrpflicht mit der im Jahr 2013 durchgeführten und mit 73.2% abgelehnten Abstimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht (BfS 2021b) zusammenhängt, kann mit den Daten nicht eruiert werden, doch es scheint plausibel, dass die Bevölkerung bezüglich der Frage der Wehrform während des Abstimmungskampfes stärker sensibilisiert wurde. Möglich ist auch, dass die auf den 1. Januar 2018 implementierte und in Teilschritten umgesetzte Armee reform *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* (Schweizer Armee 2021) ebenfalls einen Einfluss auf die starke Befürwortung der Wehrpflicht hatte und hat.

Soziodemografische Einflüsse: Bezüglich der Einstellung zur Wehrpflicht zeigen sich zwischen dem Alter, Einkommen und der politischen Einstellung Unterschiede. Politisch links positionierte Schweizer*innen stimmen der Wehrpflichtabschaffung überdurchschnittlich und signifikant stärker zu (56%). Jeweils eine Minderheit der politischen Mitte und rechts davon teilt diese Auffassung (Mitte: 30%, rechts: 26%; $\gamma = 0.39$). Mit zunehmendem Alter sinkt die Zustimmung zur Wehrpflichtabschaffung signifikant (18–29-Jährige: 53%, 30–59-Jährige: 39%, ab 60-Jährige: 30%; $\gamma = -0.21$). Die Jungen sind sich bezüglich der Abschaffung der Wehrpflicht somit uneinig. Befragte mit tiefem Einkommen stimmen einer Abschaffung signifikant stärker zu als Schweizer*innen mit mittlerem und hohem Einkommen (tief: 48%, mittel: 37%, hoch: 36%; $\gamma = 0.17$).

Anhand der Antworten nach der Art der Rekrutierungsform (Freiwilligkeit versus Zwang) und der Struktur (Miliz- versus Berufsarmee) lässt sich die Schweizer Bevölkerung generell wie folgt charakterisieren: Auf der einen Seite stehen jüngere Personen und die politisch links Eingestellten, welche die Wehrpflicht und das Milizsystem kritischer beurteilen und weniger stark unterstützen. Auf der anderen Seite finden sich ältere Befragte und sich politisch rechts oder in der Mitte Positionierende, welche sich mit der auf der Wehrpflicht basierenden Milizarmee stärker identifizieren.

Wie bereits in den Jahren zuvor, untersuchen wir wiederum folgende zwei Forschungsfragen:

- Wie gefestigt sind die Einstellungen der Schweizer*innen zur Beibehaltung bzw. zur Abschaffung der Wehrpflicht und der Milizarmee?
- Gehen beide Forderungen Hand in Hand oder lassen sich Unterschiede in der Meinungsbildung finden?

Anhand einer Kreuztabellierung der beiden Einstellungsfragen zur Wehrpflicht und Wehrstruktur können die Präferenzen der Befragten analysiert werden (siehe Tabelle 8.1). 45% (+3 Pp) der Schweizer*innen stehen hinter dem heute bestehenden Schweizer System: Sie sprechen sich für die Milizarmee aus und stimmen gegen die Aufhebung der Wehrpflicht. 23% der Befragten (-1 Pp) präferieren eine professionalisierte Armee und wünschen sich das Ende der Wehrpflicht herbei. Somit sprechen sie sich für das heutige europäische Standardmodell aus.

Tabelle 8.1

Zustimmung zur Aufhebung der Wehrpflicht und zur Wehrstruktur⁴

Kreuztabellierung der Antworten nach dem Item «Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst freiwillig machen» und der Frage «Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?» (nach Jahren)
(Angaben in Prozent, gerundet)

System	Antwortkombination	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'21
Heutiges Schweizer System	Für Miliz und gegen Aufhebung Wehrpflicht	38	38	48	50	46	46	46	45	47	42	45
Freiwillige Miliz	Für Miliz, aber für Aufhebung Wehrpflicht	9	14	8	11	12	10	12	10	12	12	13
Diskrepantes Antwortverhalten	Für Berufsarmee, aber gegen Aufhebung Wehrpflicht	18	10	15	9	12	15	15	16	13	16	14
Heutiges europäisches Standardmodell	Für Berufsarmee und für Aufhebung Wehrpflicht	24	32	22	23	23	22	22	24	23	24	23
	Weiss nicht / keine Antwort	11	6	7	7	7	7	5	5	5	6	5
	Total	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

13% (+1 Pp) der Schweizer*innen unterstützen das Milizsystem bei gleichzeitiger Beendigung der Wehrpflicht, was dem Modell einer freiwilligen Miliz entsprechen würde. 14% (-2 Pp) der Befragten geben eine widersprüchliche Antwort: Sie ziehen die Berufsarmee dem Milizmodell vor, sind aber gegen die Aufhebung der Wehrpflicht, was zu einem diskrepanten Antwortverhalten führt. Es kann sein, dass diese Personen in der Frage des Wehrmodells indifferent eingestellt sind oder die Unterschiede zwischen Miliz- und Berufsarmee nicht kennen. 2021 liegt der Anteil «weiss nicht / keine Antwort» bei 5% (-1 Pp). Seit 2013 ist die Verteilung zu den verschiedenen Varianten vergleichsweise recht stabil.

4 Für eine bessere Übersicht und Lesbarkeit der Tabelle wurden nur die Werte der letzten zehn Jahre berücksichtigt. Die Zahlen der Jahre 1995, 1998, 2001, 2004, 2007 und 2010 sind in der Studie Sicherheit 2020 aufgeführt.

8.5 Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee

Die Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee aus Sicht der Stimmbürger*innen ist für das Verständnis der zivil-militärischen Beziehungen wichtig. Aufgrund dessen wird im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» seit 2011 jährlich erhoben, wie zufrieden die Schweizer Stimmbevölkerung mit der Leistung der Armee ist. Die Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee bleibt gegenüber der Januarbefragung 2020 statistisch unverändert. Auf einer Skala von 1 «überhaupt nicht zufrieden» bis 10 «sehr zufrieden» geben die Befragten der Armee im Schnitt eine Bewertung von 6.4 (–0.1). Dieser Wert liegt im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2021 (6.3, siehe Tabelle 8.2). Gegenüber der NBF im Juli 2020, bei der die Zufriedenheit der Leistung der Armee einen Spitzenwert von 6.7 erreichte, liegen die Werte der beiden Januarbefragungen 2020 und 2021 signifikant tiefer.

Tabelle 8.2
Zufriedenheit mit der Leistung der Armee

Gerundete Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10 (1 = «überhaupt nicht zufrieden», 10 = «sehr zufrieden»)

	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'20/II NBF	'21	SD	Δ	Ø
Zufriedenheit mit Leistung der Armee	6.0	6.2	6.1	6.3	6.3	6.5	6.5	6.3	6.5	6.5	6.7	6.4	1.9	–0.1	6.4

SD Standardabweichung
Δ Differenz
Ø Durchschnitt

Soziodemografische Einflüsse: Schweizer*innen, die sich politisch links einstufen, beurteilen die Leistung der Armee im Mittel signifikant kritischer als Befragte der politischen Mitte und als politisch rechts Eingestellte. Dabei weicht der Mittelwert der politisch links Eingestellten mit 5.4 um –1.0 am stärksten vom Gesamtmittelwert (6.4) ab. Die Mittelwerte der Anhänger*innen der politischen Mitte (6.8) und Rechten (7.0) liegen dabei über der durchschnittlichen Zufriedenheit der Gesamtbevölkerung (6.4; $\gamma = 0.36$). Gegenüber dem letzten Jahr hat vor allem die Zufriedenheit auf der politisch linken Seite stark abgenommen (–0.4), während Mitte und Rechts mehr oder weniger die gleichen Werte aufweisen. Neben der politischen Einstellung differenziert auch das Alter und Bildungsniveau bei der Einschätzung der Leistung der Armee. Je jünger die Befragten sind, desto signifikant kritischer beurteilen sie die Leistung der Armee (18–29-Jährige: 5.7, 30–59-Jährige: 6.4, ab 60-Jährige: 6.8; $\gamma = -0.21$). Während die zwei älteren Gruppen die gleichen Werte vorweisen wie 2020, sind vor allem die jüngeren noch kritischer eingestellt (–0.5). Befragte mit hoher Bildung (6.1) sind signifikant weniger zufrieden mit der Leistung der Armee als Schweizer*innen mit mittlerer (6.7) und tiefer Bildung (6.7; $\gamma = 0.19$).

Zusammengefasst nach soziodemografischen Merkmalen zeigt sich folgendes Bild: Politisch links eingestellte Schweizer*innen, Personen mit hoher Bildung und die jüngeren Befragte bewerten den Leistungsausweis der Armee kritischer. Politisch rechts Stehende und ältere Personen sind zufriedener mit der Leistung der Armee.

Weitere signifikante Unterschiede: Schweizer*innen, die zufrieden mit der Leistung der Armee sind, erachten sie als notwendig ($\gamma = 0.62$) und haben ein überdurchschnittlich hohes Vertrauen in sie ($\gamma = 0.59$). Zudem spielt die Armee für Personen, welche eine höhere Zufriedenheit mit der Armee bekunden, häufiger eine zentrale gesellschaftliche Rolle ($CC = 0.56$). Eine höhere Zufriedenheit mit der Leistung der Armee steht auch in Bezug mit einer stärkeren Befürwortung des Milizsystems ($CC = 0.29$). Diese Zusammenhänge werden auch bei der Berechnung einer multiplen linearen Regression mit weiteren soziodemografischen Variablen (politische Einstellung, Alter, Region, Geschlecht, Bildung und Einkommen) bestätigt (korrigiertes $r^2 = 0.54$).

8.6 Verteidigungsausgaben

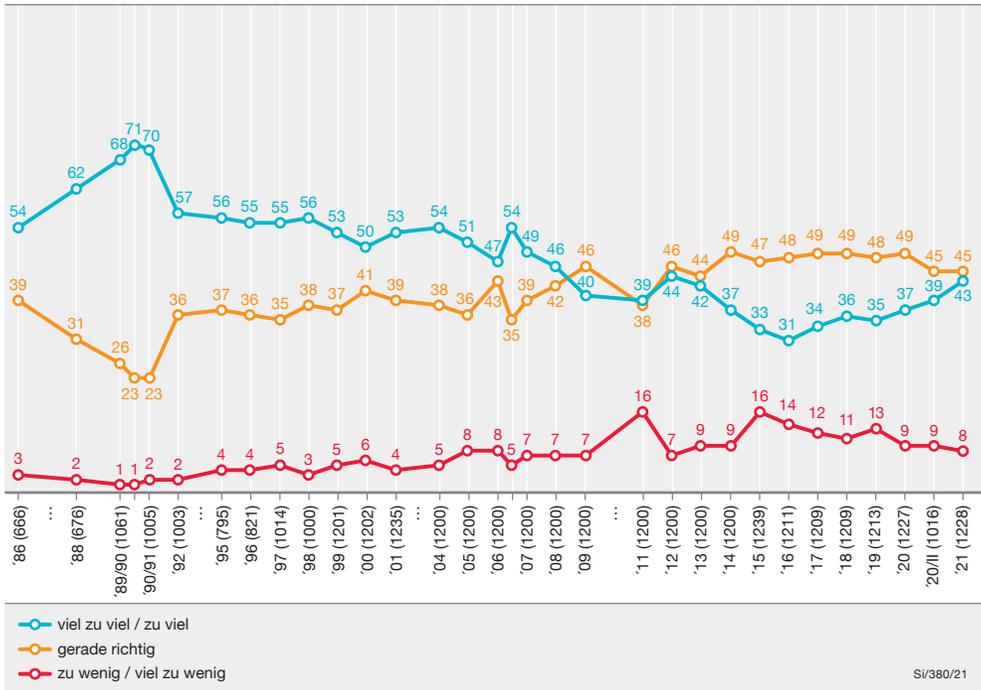
Ein weiterer wichtiger und aufschlussreicher Indikator für die Beschreibung der Beziehung zwischen der Gesellschaft und der Armee ist die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben, welche aufzeigt, inwieweit Schweizer Stimmbürger*innen bereit sind, Ressourcen für das Militär als auch für die Sicherheit der Schweiz im weitesten Sinne bereitzustellen. Insbesondere in Friedenszeiten sind die finanziellen Aufwendungen für die Armee bzw. das Verteidigungsdepartement ein kontrovers diskutiertes Politikfeld, welches Politiker*innen als auch die Stimmbevölkerung gleichermaßen spaltet. So war bei der Abstimmung vom 27. September 2020 zu den neuen Kampffliegern die hohen Kosten ein sehr prominentes Gegenargument zum Bundesbeschluss (Easyvote 2020; Milic et al. 2020, 51).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Beurteilung der Verteidigungsausgaben der Schweizer*innen nicht verändert (siehe Abbildung 8.6). 45% der Schweizer*innen betrachten die Ausgaben als «gerade richtig» bzw. als angemessen (−4 Prozentpunkte). Für 8% sind diese sogar zu gering (−1 Pp; «zu wenig»). Hingegen geben 43% (+6 Pp) der Befragten an, dass die Schweiz «viel zu viel / zu viel» für die Verteidigung ausbebe. Trotz den prozentualen Veränderungen um 6% lässt sich kein statistischer Unterschied zur Januarbefragung 2020 sowie auch zur NBF feststellen.

Abbildung 8.6
Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben

«Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?»

(Angaben in Prozent, gerundet)



Nach wie vor ist eine Mehrheit von 53% der Meinung, dass die Verteidigungsausgaben angemessen oder zu gering seien, und folgt demzufolge einem Trend, der seit 2009 vorhanden ist, aber in einer deutlich abgeschwächten Form: Seit 2009 ist der Anteil, welcher die Verteidigungsausgaben für «gerade richtig» hält oder diese erhöhen will (durchschnittliche Zustimmung: 59%), stärker in der Bevölkerung vertreten als der Anteil, welcher sich weniger Finanzen für die Armee wünscht. Aktuell wird mit 43% Zustimmung für eine Budgetkürzung ein unterdurchschnittlich tiefer Wert gemessen. Die durchschnittliche Zustimmung (1986–2021) liegt bei 48%. Es kann durchaus sein, dass die Diskussion über die Finanzierung der *Weiterentwicklung der Armee (WEA)* bei der Mehrheit der Bevölkerung dazu geführt hat, dass Befragte die Verteidigungsausgaben in den vergangenen Jahren als angemessen beurteilen.

Bei der deskriptiven Betrachtung der Einstellung zu den Verteidigungsausgaben über die Zeit zeigt sich, dass seit 2011 ein deutlicher Meinungsumschwung in der Bevölkerung

stattgefunden hat. Bis zum Jahr 2011 waren Schweizer*innen gegenüber der Höhe des Budgets kritischer eingestellt. Zwischen 1986 und 1991 stieg der Anteil der Befragten, die glaubten, es würde «viel zu viel» und «zu viel» für die Verteidigung ausgegeben, rasch an. 1991 hielten 70% der Schweizer*innen die Ausgaben für zu hoch. Seit 1992 ist zu beobachten, dass die Einstellung bei Schweizer*innen, das Verteidigungsbudget sei «gerade richtig» bemessen, kontinuierlich zunimmt und der Anteil der Personen, die angeben, es werde «viel zu viel» und «zu viel» ausgegeben, sinkt. Dieser Mechanismus beschleunigte sich von 2011 bis 2016. Seit 2017 lässt sich aber konstatieren, dass der Anteil jener, welche die Ausgaben als zu hoch bewerten, kontinuierlich von 31% auf 43% steigt. Dennoch, 2021 weist die Schweizer Stimmbevölkerung im langjährigen Vergleich weiterhin eine positive Einstellung gegenüber den Verteidigungsausgaben zu Gunsten der Schweizer Armee auf.

Soziodemografische Einflüsse: Zwischen den drei politischen Lagern zeigen sich auch 2021 signifikante Unterschiede. Von links über die Mitte bis nach rechts nimmt die Einstellung signifikant ab, dass die Schweiz «zu viel / viel zu viel» Geld für ihre Verteidigung ausgibt (links: 68%, Mitte: 37%, rechts: 23%; $\gamma = -0.53$). Vor allem politisch links Positionierte teilen diese Meinung 2021 wesentlich stärker (+11%). Bei der Auffassung, dass «zu wenig / viel zu wenig» Geld für die Verteidigung ausgegeben werde, zeigt sich der gegenteilige Trend. 15% der politisch rechts Eingestellten vertreten diese Ansicht, hingegen aber nur 7% der politischen Mitte und 2% der politisch links Eingestellten. Zudem haben Frauen signifikant stärker die Meinung, dass «zu viel / viel zu viel» Geld ausgegeben wird als Männer (Frauen: 49%, Männer: 37%; $CC = 0.17$). Während eine Mehrheit der 18–29-Jährigen (59%) der Auffassung ist, dass die Schweiz «zu viel / viel zu viel» Geld für ihre Verteidigung ausgibt, wird diese Einstellung nur von einer Minderheit der 30–59-Jährigen (43%) und von 35% der ab 60-Jährigen geteilt ($\gamma = 0.21$).

Weitere signifikante Unterschiede: Mit der Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee ($\gamma = 0.78$), mit der Forderung nach einer «vollständig ausgerüsteten» Armee ($\gamma = 0.74$) und mit steigender Zufriedenheit mit der Leistung ($\gamma = 0.56$) nimmt auch die Befürwortung nach höheren Verteidigungsausgaben zu. Auch bei der Berechnung einer multiplen linearen Regression mit soziodemografischen Variablen (politische Einstellung, Alter, Region, Geschlecht, Bildung und Einkommen) werden diese Zusammenhänge bestätigt (korrigiertes $r^2 = 0.48$).

Fazit: 2021 bewerten Schweizer*innen ihre Armee als durchschnittlich notwendig, nachdem in der NBF im Juli 2021 die Notwendigkeit als sehr hoch bewertet wurde. Diesen auf den CORONA 20-Einsatz der Armee zurückführende positive Effekte konnte somit nicht ins Jahr 2021 hinübergetragen werden. Bei der Beurteilung der Notwendigkeit

spielen die politische Einstellung und das Alter eine wichtige Rolle. Bei der gesellschaftlichen Positionierung wird vor allem der zentralen Rolle des Militärs für die Gesellschaft zugestimmt. Dabei sind das Alter, das Bildungsniveau als auch die politische Einstellung wichtige Erklärungsfaktoren für die Bewertung der gesellschaftlichen Rolle. Signifikant weniger Befragte fordern eine «sehr gut ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee. Bei beiden Items haben das Geschlecht, das Alter und die politische Einstellung einen signifikanten Einfluss. Das Milizsystem als Wehrform wird gleich stark unterstützt wie im Vorjahr. Die Bewertung der Wehrform steht in Abhängigkeit mit der politischen Einstellung und dem Alter der Befragten. Die Bevölkerung ist mit der Leistung der Schweizer Armee gleich zufrieden wie 2020. Die Zufriedenheit mit der Leistung wird stark durch die politische Einstellung, das Alter und das Bildungsniveau der Befragten beeinflusst. Auch gegenüber der Höhe der Verteidigungsausgaben sind die Befragten gleich eingestellt. Hierbei spielt die politische Einstellung, das Alter sowie die Sprachregion eine gewichtige Rolle.

Im langjährigen Vergleich haben Schweizer*innen weiterhin ein positives Bild gegenüber der Armee. Gegenüber dem Vorjahr unverändert bleibt die Erkenntnis, dass die Armee von Männern, älteren Befragten und politisch rechts Stehenden signifikant positiver bewertet wird als von Frauen, jüngeren Befragten und politisch links Eingestellten.

Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland

Bevölkerungsbefragung 2020

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMS-Bw) führt seit 1996 jährlich eine repräsentative Bevölkerungsbefragung zu den sicherheits- und verteidigungspolitischen Einstellungen der deutschen Bundesbürger*innen durch. Die Daten der Bevölkerungsbefragung 2020 wurden zwischen dem 18. Juli und dem 26. August 2020 mittels computergestützter persönlicher Interviews (CAPI) bei 2277 Bundesbürger*innen ab 16 Jahren erhoben. Bei deutschen Bundesbürger*innen genießt die Bundeswehr nach wie vor ein hohes gesellschaftliches Ansehen. 82% der Befragten geben an, gegenüber der Bundeswehr positiv eingestellt zu sein. Ausserdem ist das Vertrauen in die Bundeswehr ebenfalls hoch, da 86% der Befragten der Bundeswehr ihr Vertrauen aussprechen. Hinsichtlich den Verteidigungsausgaben zeigt sich, dass 42% der Befragten der Auffassung sind, dass diese erhöht werden sollten. 40% der Befragten sprechen sich für gleichbleibende Verteidigungsausgaben aus. Eine starke Verringerung der Ausgaben für die Bundeswehr wird von 12% der Befragten gefordert.

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) (2020). *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2020*. Potsdam, Oktober 2021.

Die deutsche Bevölkerungsbefragung 2020 und die Studie «Sicherheit 2021» im Vergleich

Die Ergebnisse der Studie «Sicherheit 2021» zeigen, dass die Bevölkerung insgesamt positiv gegenüber ihrer Armee eingestellt ist und dass 73% der Schweizer*innen ihre Armee als notwendig erachten. Das Vertrauen der Schweizer*innen gegenüber der Schweizer Armee ist überdurchschnittlich hoch. Auch in der Schweiz fällt die Beurteilung der Verteidigungsausgaben positiv aus. 45% der Schweizer Stimmbürger*innen bewerten die Verteidigungsausgaben der Schweizer Armee als «gerade richtig» und 43% finden die Ausgaben zu hoch. 8% der Schweizer*innen sind der Ansicht, dass zu wenig Geld für die Verteidigung ausgegeben werde.

Sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz wird die Armee von der jeweiligen Bevölkerung positiv bewertet. In beiden Ländern ist das Vertrauen in die Streitkräfte hoch. Die kumulative Forderung nach gleichbleibenden oder höheren Verteidigungsausgaben ist in Deutschland (82%) höher als in der Schweiz (53%). Die beiden beschriebenen Befragungen zeigen, dass sowohl die Deutsche Bundeswehr als auch die Schweizer Armee von der jeweiligen Bevölkerung positiv wahrgenommen werden.

9 Alternative Dienstmodelle und allgemeiner obligatorischer Bürgerdienst¹

In der Studienreihe «Sicherheit» wird in unregelmässigen Abständen die Zustimmung zu verschiedenen Dienstmodellen als Alternative zur Wehrpflicht erhoben. Im Jahr 2021 ist aufgrund aktueller politischer und medialer Debatten zusätzlich von Interesse, wie die Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber der Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes und dessen Vor- und Nachteilen eingestellt ist.

Im ersten Teil dieses Kapitels wird die Akzeptanz der Schweizer*innen für verschiedene alternative Wehrmodelle erläutert. Diese wurde zuletzt im Jahr 2015 erfragt. Der zweite Teil des Kapitels befasst sich mit der erstmals erhobenen Einstellung zur Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes für Schweizer Männer und Frauen (vgl. Service Citoyen 2021). Zunächst wird die Zustimmung der Schweizer*innen zu einem solchen Bürgerdienst beleuchtet. Schliesslich wird deren Meinung zu negativen und positiven Aspekten eines obligatorischen Bürgerdienstes dargelegt.

9.1 Alternative Dienstmodelle

Vor einigen Jahren wurde die Diskussion in der Öffentlichkeit um alternative Dienstformen zur Wehrpflicht wieder verstärkt aufgenommen. Die politische Debatte um die Zukunft der Schweizer Armee und des damit verbundenen Wehrmodells wurde damals anlässlich einer eidgenössischen Abstimmung zur Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) im Jahr 2013 aufgerollt. Diese wurde am 22. September 2013 jedoch deutlich mit 73.2% Gegenstimmen verworfen. Im Januar 2015 entfachte Avenir Suisse auf politischer Ebene mit der Publikation «Bürgerstaat und Staatsbürger» erneut eine Diskussion zum freiwilligen Milizsystem in der Schweiz, wobei zwar die Armee explizit aus der Analyse ausgeschlossen, aber dennoch in den weiterführenden Diskursen erwähnt wurde (Avenir Suisse 2015). Auch der Bundesrat reagierte auf die mit der Wehrpflichtabschaffungsinitiative verbundene Diskussion zu verschiedenen Dienstmodellen. Er beschloss an seiner Sitzung vom 9. April 2014, dass eine breit abgestützte Studiengruppe die Zukunft des Dienstpflichtsystems untersuchen sollte (Bundesrat 2014). Die Arbeitsgruppe von Vertreter*innen verschiedener Bundesstellen, kan-

¹ Unter dem Begriff «Bürgerdienst» fassen wir Dienste zugunsten der Allgemeinheit sowohl von Männern als auch von Frauen zusammen. Aus Gründen der Lesbarkeit nutzen wir das offizielle Wording «Bürgerdienst» und verzichten auf die genderkonforme Variante «Bürger*innendienst».

tonaler Regierungs- und Fachkonferenzen, von Verbänden und Organisationen verfasste einen Bericht, der verschiedene Lösungsvorschläge von Modellen aufzeigt, welche mit der Wehrpflicht und dem Milizsystem vereinbar sind. Die Studiengruppe gelangte 2016 zum Schluss, dass keine unmittelbare Notwendigkeit bestehe, das Dienstpflichtsystem grundlegend zu verändern (Studiengruppe Dienstpflichtsystem 2016).

Im gesamteuropäischen Raum haben die klassischen Wehrpflichtarmeen seit dem Ende des Kalten Krieges deutlich an Bedeutung verloren. Dies hängt vor allem auch mit der Nato und den neuen geostrategischen Realitäten zusammen, welche es den Bündnispartnern erlauben, ihre Personalbestände zu reduzieren und es somit nicht mehr notwendig ist, grosse stehende Massenarmeen zu unterhalten. Als Folge davon haben ab 1992 die meisten europäischen Staaten im Zuge der Transformation der Streitkräfte die Wehrpflicht ausgesetzt (Szvircsev Tresch 2005; Werkner 2006). Jüngste Beispiele dafür sind Serbien (1. Januar 2011) und Deutschland, das auf Mitte 2011 ebenfalls zu einem Freiwilligenheer übergegangen ist. In Norwegen wurde hingegen im Jahr 2014 als erstes europäisches Land die Wehrpflicht für Männer und Frauen eingeführt. Seit der Wiedereinführung der Wehrpflicht in Schweden 2018 (in den Jahren 2010–2017 wurde die Wehrpflicht ausgesetzt) ist die Wehrpflicht dort ebenfalls geschlechtsneutral. In mehreren europäischen Ländern wird derzeit sowohl über die allgemeine Wehrpflicht für Männer als auch die geschlechtsneutrale Wehrpflicht debattiert (Österberg et al. 2020; vgl. auch Manigart et al. 2018). In der Schweiz steht eine Erweiterung des militärischen Dienstes auf eine allgemeine Dienstpflicht in Form von Militär-, Zivil- oder Sozialdienst für Männer und seit einiger Zeit für Männer und Frauen (vgl. Abschnitte 9.2. und 9.3) im Vordergrund der Diskussionen. Insbesondere über einen obligatorischen Dienst für Männer mit Militär-, Zivil- oder Sozialdienst – teilweise unter Beibehaltung des Armeeprimats – wird in der Schweizer Politik schon seit längerem debattiert. Die eidgenössischen Räte beschäftigen sich jeweils mit entsprechenden parlamentarischen Motionen dazu (Haltiner & Svzircsev Tresch 2005; Haltiner, Wenger & Würmli 2007).

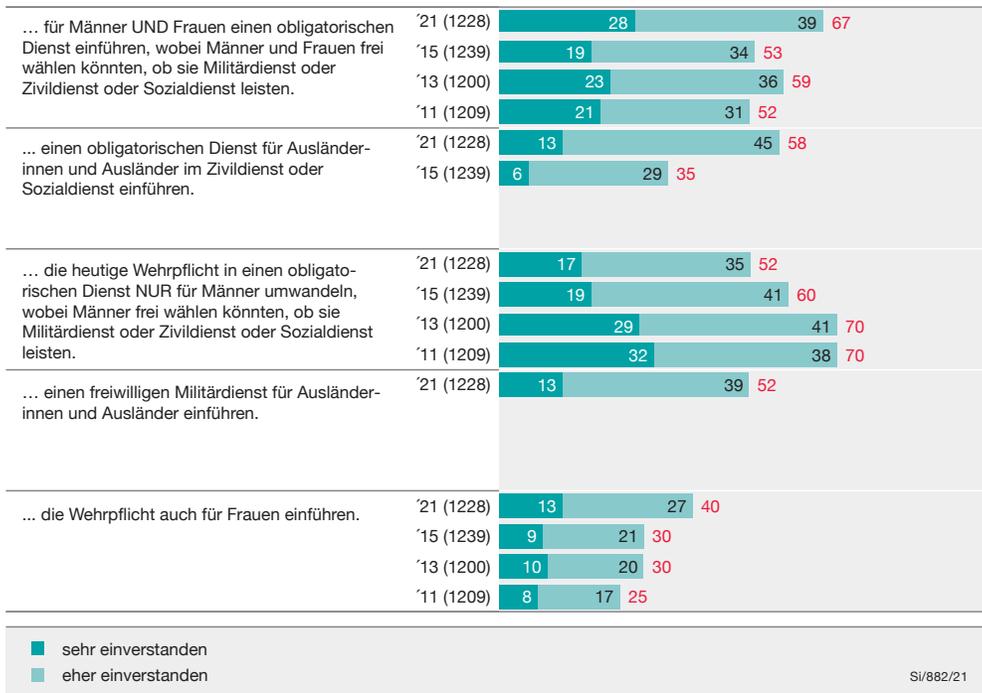
Daher ist von Interesse, wie die Schweizer Bevölkerung momentan zu alternativen Formen der Dienstleistung und zur Wehrpflicht steht. In Abbildung 9.1 wird die Bevölkerungsmeynung zu fünf vorgeschlagenen Dienstmodellen «allgemeine Dienstpflicht für Männer und Frauen», «obligatorische sozial-zivile Dienstpflicht für Ausländer*innen», «allgemeine Dienstpflicht nur für Männer», «freiwilliger Militärdienst für Ausländer*innen» und «Wehrpflicht auch für Frauen» dargestellt.

Abbildung 9.1

Zustimmung zu verschiedenen Dienstmodellen

«Die Schweiz kennt die allgemeine Wehrpflicht für Männer als Dienstmodell. Es gibt aber auch andere Dienstmodelle. Sagen Sie uns bitte zu jedem ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte ...»

(Angaben in Prozent, gerundet. In roter Schrift ist die jeweilige Summe angegeben.)



Einführung eines obligatorischen Dienstes für Männer und Frauen mit freier Wahl für Militärdienst, Zivildienst oder Sozialdienst

Gegenüber 2015 wird die Dienstpflicht sowohl für Männer als auch für Frauen statistisch signifikant stärker begrüsst und wird aktuell von 67% (+14 Prozentpunkte) unterstützt. Damit liegt die Zustimmung deutlich über dem mehrjährigen Durchschnitt von 58%. Im Gegensatz zur letzten Erhebung im Jahr 2015 wird ein obligatorischer Dienst für Männer und Frauen von allen Dienstmodellen am stärksten befürwortet und findet somit mehr Befürwortung als eine Dienstpflicht nur für Männer. Dazu können mehrere Ursachen, wie z.B. die Genderdiskussion oder ein vermehrter Einbezug von Frauen in die Sicherheitsorgane der Schweiz (vgl. Kommunikation Verteidigung 2021), beigetragen haben. Bei Männern findet dieses Modell nach wie vor signifikant mehr Anklang als bei Frauen (Männer: 70%, Frauen: 65%; CC = 0.12) (siehe bzgl. Korrelationen mit soziodemographischen Faktoren).

mografischen Merkmalen auch Tabelle 9.1). Hervorzuheben ist, dass dieses Modell nun auch für eine Mehrheit der Frauen überzeugend ist. Politisch rechts orientierte Personen stimmen dem Modell signifikant weniger zu als politisch links und in der politischen Mitte stehende Personen (rechts: 59%, Mitte: 73%, links: 71%; $\gamma = -0.15$).²

*Einführung eines obligatorischen Dienstes im Zivil- oder Sozialdienst für Ausländer*innen*

Die Einstellung gegenüber einer Dienstpflicht im zivilen oder sozialen Bereich für Ausländer*innen wird mit 58% (+23 Pp) signifikant mehr bejaht als noch vor sechs Jahren. Von allen erfragten Varianten alternativer Dienstmodelle hat dieses Modell im Vergleich zur letzten Erhebung im Jahr 2015 am meisten Zustimmung dazugewonnen. Diesem Modell stimmen dabei signifikant mehr Frauen zu (Frauen: 61%, Männer: 56%; $CC = 0.11$). Zudem hat die politische Einstellung einen kleinen Einfluss: Politisch rechts ausgerichtete Personen sind mit diesem Modell weniger einverstanden als Personen des politisch linken Spektrums und der politischen Mitte (rechts: 54%, Mitte: 61%, links: 61%; $\gamma = -0.09$).

Umwandlung der heutigen Wehrpflicht in einen obligatorischen Dienst nur für Männer, wobei sie frei wählen könnten, ob sie Militär-, Zivil- oder Sozialdienst leisten

Die Dienstpflicht für Männer mit freier Wahl der Dienstart hat in den letzten beiden Erhebungen markant an Zustimmung verloren. So ist die Befürwortung eines solchen Dienstes von 60% im Jahr 2015 auf 52% (-8 Pp) signifikant gesunken. Davor (2011 und 2013) fand die Ausweitung einer Wehrpflicht für Männer auf eine Männerdienstpflicht 70% Zustimmung in der Schweizer Bevölkerung. Somit ist die Bevölkerung bezüglich eines obligatorischen Dienstes nur für Männer erstmals gespalten. Die Idee findet weiterhin auffallend mehrheitlich Zuspruch bei Frauen (Frauen: 58%, Männer: 46%; $CC = 0.14$).³ Dieser Effekt verschwindet jedoch, wenn in einer Regression berücksichtigt wird, ob jemand Militärdienst geleistet hat oder nicht. Die vorliegenden Befragungsdaten veranschaulichen, dass Personen, die Militärdienst geleistet haben, eher gegen einen obligatorischen Dienst nur für Männer sind (Befürwortung MD geleistet: 40%, Befürwortung kein MD geleistet: 60%; $CC = 0.19$). In der Deutschschweiz ist die Unterstützung für dieses Modell immer noch signifikant tiefer als in der Westschweiz (D-CH: 50%, F-CH:

- 2 In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinal- und intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Erfolgt die Interpretation des Zusammenhangs mit dem Wortlaut «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» wird dies demzufolge stets mit einem positiven Korrelationskoeffizienten ausgewiesen. Findet der Wortlaut «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» für die Interpretation des Zusammenhangs Verwendung, wird dies mit einem negativen Korrelationskoeffizienten verdeutlicht.
- 3 Verglichen mit dem Modell eines obligatorischen Dienstes für Männer und Frauen, welches eine deutliche Mehrheit der Frauen gutheisst, ist der Zuspruch der Frauen zu einem solchen Modell nur für Männer erstaunlich hoch. Die vorliegenden Daten zeigen, dass Frauen, die sehr einverstanden mit einer Dienstpflicht nur für Männer sind, tatsächlich auch eher einem obligatorischen Dienst für Männer und Frauen zustimmen ($\gamma = 0.14$).

61%; $CC = 0.13$). Zusätzlich zeigt sich, dass Personen, die sich stärker für Sicherheitspolitik interessieren, sich seltener für einen obligatorischen Dienst für Männer mit freier Wahl aussprechen ($\gamma = -0.18$).

*Einführung eines freiwilligen Militärdienstes für Ausländer*innen*

Die Idee eines freiwilligen Militärdienstes für die ausländische Bevölkerung der Schweiz wird von 52% der Schweizer*innen gutgeheissen und findet somit keine klare Einigkeit.⁴ Frauen unterstützen diesen Vorschlag signifikant häufiger als Männer (Frauen: 60%, Männer: 44%; $CC = 0.19$). Berücksichtigt man in einer Regression auch, ob jemand Militärdienst geleistet hat oder nicht, verliert das Geschlecht an Signifikanz. Wer Militärdienst geleistet hat, ist eher gegen einen freiwilligen Militärdienst für Ausländer*innen (Befürwortung MD geleistet: 36%, Befürwortung kein MD geleistet: 61%; $CC = 0.24$). In der Deutschschweiz und im Tessin wird diese Idee signifikant weniger stark als in der Westschweiz befürwortet (D-CH: 50%, F-CH: 62%, Tessin: 40%; $CC = 0.12$). Die jüngste Altersgruppe steht der Einführung eines freiwilligen Militärdienstes für die ausländische Bevölkerung eindeutig am positivsten gegenüber (18–29-Jährige: 72%, 30–59-Jährige: 52%, ab 60-Jährige: 43%; $\gamma = 0.24$). Zudem sind signifikant mehr Personen des linken politischen Lagers damit einverstanden als Personen aus der politischen Mitte und dem rechten Spektrum (links: 62%, Mitte: 51%, rechts: 43%; $\gamma = 0.19$).

Einführung der Wehrpflicht auch für Frauen

Die Ausweitung der Wehrpflicht auch auf Frauen wird nach wie vor von der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung abgelehnt. Die Unterstützung der Stimmbürger*innen hat jedoch signifikant zugenommen und liegt nun bei 40% (+10 Pp). Männer bejahen ein solches Modell wie bereits 2015 signifikant häufiger, wohingegen Frauen damit weniger einverstanden sind (46% versus 35%; $CC = 0.12$). Deutschschweizer*innen zeigen signifikant mehr Zustimmung als die Westschweiz und das Tessin (D-CH: 43%, F-CH: 33%, Tessin: 26%; $CC = 0.15$). Personen ab 60 Jahren stimmen diesem Wehrpflichtmodell am meisten zu. Sie unterscheiden sich signifikant von den beiden anderen Altersgruppen (ab 60-Jährige: 46%, 30–59-Jährige: 36%, 18–29-Jährige: 38%; $\gamma = 0.13$). Dies hängt wohl damit zusammen, dass sich ältere Personen stärker für Sicherheitspolitik interessieren ($\gamma = 0.18$) (vgl. Kapitel 10), denn wird das sicherheitspolitische Interesse in einer multiplen linearen Regression berücksichtigt, hat das Alter keinen signifikanten Einfluss mehr. Insgesamt ist festzustellen, dass Befragte mit einem grösseren sicherheitspolitischen Interesse eine Wehrpflicht für Frauen eher begrüssen ($\gamma = 0.17$). Die Zustimmung der politisch links

4 Dieses Jahr wurde zum ersten Mal präzisiert, dass ein solcher Militärdienst für Ausländer*innen auf freiwilliger Basis zu verstehen ist. Davor lautete das Item im Fragebogen «... den Militärdienst auch für Ausländer einführen.». Aufgrund dieser Änderung wird diese Vorgabe als neues Modell betrachtet.

stehenden Personen ist signifikant geringer als die Zustimmung der politischen Mitte und des politisch rechten Lagers (links: 34%, Mitte: 44%, rechts: 44%; $\gamma = -0.12$). Der generell tiefere Zuspruch dieses Modells im Vergleich zu einer Dienstpflicht für Männer und Frauen lässt darauf schliessen, dass ein obligatorischer Dienst für Schweizer*innen gegenüber einer allgemeinen Wehrpflicht bevorzugt wird.

Tabelle 9.1 stellt die besprochenen bivariaten Zusammenhänge zwischen den einzelnen Modellen und den soziodemografischen Merkmalen einander gegenüber. Um Effektstärken bivariater Zusammenhänge unterschiedlich skalierten Variablen mit sich unterscheidender Anzahl von Antwortkategorien gut vergleichen zu können, bezieht sich die Tabellenübersicht auf das Zusammenhangsmass Cramérs V (V; siehe Anhang I Methode). Die Richtungsinterpretation der Effektstärke entspricht der Verteilung innerhalb der Kreuztabelle von zwei Variablen. Die erläuterten Zusammenhänge zwischen der Akzeptanz verschiedener Dienstmodelle und soziodemografischer Merkmale gemäss Tabelle 9.1 bleiben auch in einer multiplen linearen Regression bestehen.

Tabelle 9.1

Korrelationen zwischen Dienstmodellen und soziodemografischen Merkmalen

2021

	Weiblich	Deutsch-schweiz	Je älter	Je politisch rechter
Obligatorischer Dienst nur für Männer mit freier Wahl	+	-		
Obligatorischer Dienst für Männer und Frauen mit freier Wahl	-			-
Obligatorischer Dienst für Ausländer*innen im zivil-sozialen Bereich	+			-
Wehrpflicht für Männer und Frauen	-	+	+	+
Freiwilliger Militärdienst für Ausländer*innen	+	-	-	-

+ und - kleine, positive oder negative Effektstärken: $V = 0.1 - < 0.2$

++ und -- mittlere, positive oder negative Effektstärken: $V = 0.2 - < 0.3$

+++ und --- grosse, positive oder negative Effektstärken: $V > 0.3$

Weitere signifikante Unterschiede: Es besteht ein starker Zusammenhang zwischen der Zustimmung zur Wehrpflicht für Frauen und zu einer Dienstpflicht für Männer und Frauen ($\gamma = 0.43$). Dies bedeutet, dass je stärker eine Person einen obligatorischen Dienst für Männer und Frauen befürwortet, desto eher begrüsst sie auch die Wehrpflicht für Frauen. Des Weiteren sind Personen, die sich einverstanden mit der Einführung einer Dienstpflicht für Männer und Frauen zeigen, auch eher einverstanden mit einer Dienstpflicht für Ausländer*innen im Zivil- oder Sozialbereich ($\gamma = 0.26$). Interessant ist zudem, dass je mehr die Einführung eines obligatorischen Dienstes im Zivil- oder Sozialbereich

für Ausländer*innen befürwortet wird, desto eher wird auch ein freiwilliger Militärdienst für Ausländer*innen unterstützt ($\gamma = 0.27$).

Fazit: Bisher wurde die Umwandlung der Wehrpflicht in eine Dienstpflicht nur für Männer mit freier Wahl zwischen Militär-, Zivil- oder Sozialdienst stets präferiert. Der gesellschaftliche Diskurs scheint sich in den letzten Jahren dahingehend verändert zu haben, dass die Bereitschaft, Frauen in einen obligatorischen Dienst einzubeziehen, in der Schweizer Stimmbevölkerung aktuell eine deutliche Mehrheit findet und von allen Modellen am meisten befürwortet wird. Generell sind gegenüber 2015 markante Veränderungen ersichtlich. Bis auf das Modell einer Dienstpflicht nur für Männer hat sich die Zustimmung aller Modelle signifikant erhöht. Im Vergleich zu 2015 wird von den Schweizer*innen nur die Wehrpflicht auch für Frauen abgelehnt. Zugleich erfährt neben einem obligatorischen Dienst für Männer und Frauen auch eine Dienstform für Ausländer*innen Zustimmung. Die grössten Unterschiede nach soziodemografischen Merkmalen zeigen sich generell nach Geschlecht, Region und politischer Einstellung. Mögliche Konsequenzen (z.B. finanzieller und administrativer Art) von alternativen Dienstmodellen wurden nicht in den Fragekomplex aufgenommen. Aus den Daten kann nicht abgeleitet werden, ob die Zustimmung unter Berücksichtigung solcher zusätzlichen Faktoren weiterhin so deutlich vorhanden wäre.

9.2 Einstellung zur Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes

In der Öffentlichkeit und in der Politik werden Diskussionen zu einem Bürgerdienst geführt. Bei diesen Debatten geht es um die Ausweitung der Wehrpflicht für Männer auf einen allgemeinen obligatorischen Dienst an der Allgemeinheit für Männer und Frauen. Demzufolge wird in der Studie «Sicherheit 2021» angestrebt, die aktuellen Debatten um die Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes wissenschaftlich zu erfassen, indem Daten für politische Diskussionen zur Verfügung gestellt werden.⁵

Seit 2013 liefert die Denkfabrik Avenir Suisse Denkanstösse zu einem Bürgerdienst (vgl. z.B. «Ein Bürgerdienst für alle», Avenir Suisse 2013), zuletzt im Artikel «Skizze eines allgemeinen Bürgerdienstes» (Avenir Suisse 2018). Die Studiengruppe Dienstpflichtsystem hat 2016 einen Bericht zur Sicherstellung der Personalressourcen der Armee veröffentlicht, der zwei Jahre zuvor vom Bundesrat in Auftrag gegeben wurde. Die allgemeine

⁵ Aktuell liegen kaum empirische Studien zu einem allgemeinen Bürgerdienst vor. Im Jahr 2015 wurden 17-jährige Jugendliche in der Schweiz zu ihrer Ansicht eines Dienstes an der Allgemeinheit als Alternative zur Wehrpflicht befragt. Die Hälfte der 1990 Jugendlichen stimmte einem Bürgerdienst zu, gut ein Viertel war dagegen und ein knappes Viertel hatte keine Meinung (Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ 2015).

Dienstpflicht ist darin eines von vier vorgeschlagenen Modellen. Ein Bürgerdienst als länger dauernde und inhaltlich breitere Alternative zur allgemeinen Dienstpflicht (ein über sicherheitspolitische Aufgabengebiete hinausgehender Dienst wie z.B. in der Feuerwehr, im Gesundheitswesen oder Umweltschutz) wird in der Beschreibung dieses Modells aufgezeigt, abschliessend wird jedoch nicht näher darauf eingegangen (Studiengruppe Dienstpflichtsystem 2016; vgl. auch Abschnitt 9.1).

Über die letzten zehn Jahre wurden insgesamt mehrere politische Vorstösse (insbesondere Postulate) von verschiedenen politischen Parteien eingereicht. Zuletzt hat im September 2020 die FDP/Die Liberalen die Diskussion um einen Bürgerdienst auf politischer Ebene mit einer Motion neu lanciert. Sie fordert darin einen Bürgerdienst, mit welchem primär die Weiterentwicklung des Milizsystems und die Sicherung der Bestände von Armee und Zivilschutz garantiert werden soll. Ausserdem sollte ein allgemeiner obligatorischer Dienst zur Gleichberechtigung beitragen. Der Bundesrat zeigte sich offen für eine Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems, lehnte die Motion jedoch mit der Begründung ab, dass vor Abschluss des Alimentierungsberichts im Sommer 2021 kein bestimmtes Dienstpflichtsystem festgelegt werden soll. Dieser Alimentierungsbericht wurde im Jahr 2017 dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) in Auftrag gegeben und soll die personellen Bedürfnisse von Armee und Zivilschutz analysieren und eine langfristige Entwicklung aufzeigen (Motion 20.4062). Demgegenüber engagiert sich der in der Westschweiz gegründete Verein Service Citoyen zur Förderung des Milizengagements für einen Bürgerdienst, der die Gesellschaft und die Umwelt in den Vordergrund stellt. Im Jahr 2015 veröffentlichte der Verein ein Manifest für einen Bürgerdienst (Service Citoyen 2015) und 2021 strebt er die Lancierung einer Volksinitiative eines Bürgerdienstes an, der die aktive Solidarität und den Zusammenhalt in der Schweiz fördern soll. Währenddem der Sollbestand der Armee garantiert ist, kann ein solcher Milizdienst in Form eines zivilen Dienstes mit öffentlichem Interesse (Zivildienst und -schutz, freiwillige Feuerwehr, evtl. kommunales politisches Mandat etc.) absolviert werden, um unter anderem aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Zur Debatte steht auch der Einbezug von Personen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft in einen solchen Dienst (unter Ausschluss des Militärdienstes) (Service Citoyen 2021).

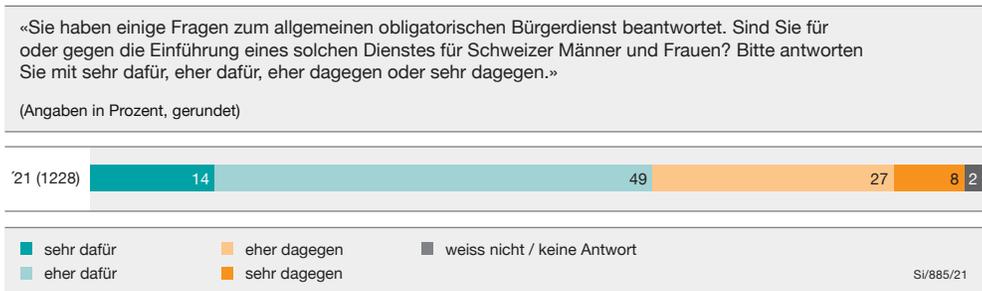
Die Einführung eines Bürgerdienstes ist zudem ein polarisierendes Thema. Es wird auf politischer und juristischer Ebene kontrovers diskutiert, ob ein solcher Dienst mit dem Zwangsarbeitsverbot gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem Übereinkommen über Zwangs- und Pflichtarbeit vereinbar ist (Studiengruppe Dienstpflichtsystem 2016; Swissinfo 2020).

Zunächst wird im Folgenden auf die generelle Frage zur Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes eingegangen. Es ist anzumerken, dass die Befragten vor dieser Frage nach den Modellen zu alternativen Dienstformen (vgl. Abschnitt 9.1) und zu Vor- und Nachteilen eines solchen Bürgerdienstes (vgl. Abschnitt 9.3) befragt wurden.⁶ Somit zeigt die Frage über die Zustimmung zur Einführung eines allgemeinen Bürgerdienstes auf, inwiefern die Befragten mit mehr Wissen zu alternativen Dienstformen und zu Vor- und Nachteilen eines Bürgerdienstes eher für oder gegen einen allgemeinen obligatorischen Bürgerdienst sind.

Abbildung 9.2 bildet das aktuelle Meinungsbild der Schweizer*innen gegenüber einer Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes für Schweizer Männer und Frauen ab. Die Einführung eines solchen Dienstes findet bei gesamthaft 63% der Schweizer Bevölkerung Zuspruch. 14% sind «sehr dafür» und 49% sind «eher dafür». Demgegenüber sprechen sich insgesamt 35% gegen einen allgemeinen obligatorischen Bürgerdienst aus (27% «eher» und 8% «sehr» dagegen). Der Anteil «weiss nicht / keine Antwort» liegt bei rund 2%. Die Einführung eines obligatorischen Dienstes für Männer und Frauen mit freier Wahl für Militärdienst, Zivildienst oder Sozialdienst wurde davor mit 67% gutgeheissen (vgl. Abschnitt 9.1). Daraus lässt sich schlussfolgern, dass der Zustimmungsteil zu einem obligatorischen Bürgerdienst mit 63% Zustimmung nach der Beantwortung verschiedener Fragen zu alternativen Dienstmodellen immer noch sehr hoch ist.

Abbildung 9.2

Zustimmung zur Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes



Soziodemografische Einflüsse: Die deutlichste Zustimmung zu einem allgemeinen obligatorischen Bürgerdienst zeigen die Westschweizer*innen mit 75%. Ihr Zuspruch ist signifikant höher als derjenige der Deutschschweizer*innen (D-CH: 60%, F-CH: 75%, Tessin: 70%; CC = 0.14). Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung weisen die Männer eine

6 Im Fragebogen wurde die Zustimmung zur Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes erst am Schluss dieses Frageblocks erhoben, damit die Befragten mittels der beiden vorhergehenden Fragenbatterien mehr Informationen zu dieser neuen Thematik hatten.

überdurchschnittlich hohe Zustimmung auf und unterscheiden sich signifikant von den Frauen (Männer: 68%, Frauen: 60%; $CC = 0.15$). Die Idee eines solchen Dienstes findet vor allem bei den 18–29-Jährigen Anklang (18–29-Jährige: 68%, 30–59-Jährige: 64%, ab 60-Jährige: 61%; $\gamma = 0.10$). Der Zusammenhang ist schwach ausgeprägt und verschwindet in einer multiplen linearen Regression mit allen soziodemografischen Variablen. Bei den weiteren soziodemografischen Variablen sind keine signifikanten Unterschiede bezüglich der Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes vorhanden. Die vorliegenden Befragungsdaten veranschaulichen jedoch, dass je grösser das Interesse für Sicherheitspolitik, desto grösser ist die Befürwortung eines solchen Dienstes ($\gamma = 0.15$).

Weitere signifikante Unterschiede: Die Einstellung zur Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes und die Einstellung zur Einführung eines obligatorischen Dienstes für Männer und Frauen (vgl. Abschnitt 9.1) stehen in starkem Zusammenhang zueinander ($\gamma = 0.53$). Je grösser die Zustimmung zur Einführung eines obligatorischen Dienstes für Männer und Frauen, desto grösser ist auch die Befürwortung der Einführung eines Bürgerdienstes. Dies macht folglich deutlich, dass Personen, welche einen Bürgerdienst befürworten, grundsätzlich auch dem Modell eines obligatorischen Dienstes für Männer und Frauen zugestimmt haben. Entsprechend dem Zusammenhang zwischen der Befürwortung eines obligatorischen Dienstes für Männer und Frauen und der Wehrpflicht für Frauen (vgl. Abschnitt 9.1) besteht auch ein starker Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu einem allgemeinen obligatorischen Bürgerdienst und der Einführung der Wehrpflicht für Frauen ($\gamma = 0.31$). Der signifikante Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu einem obligatorischen Dienst für Männer und Frauen und der Begrüssung eines obligatorischen Dienstes für Ausländer*innen im zivilen oder sozialen Bereich (vgl. Abschnitt 9.1) wird hier ebenfalls bestätigt. Demzufolge sind Personen, die der Einführung einer Dienstpflicht für Ausländer*innen im Zivil- oder Sozialbereich stark zustimmen auch eher für einen allgemeinen Bürgerdienst für Männer und Frauen ($\gamma = 0.24$).

Fazit: Die Mehrheit der Schweizer*innen bejaht aktuell die Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes. In Anbetracht dessen, dass die Einführung eines solchen Dienstes die Frauen am meisten betreffen würde, ist ihre Zustimmung sehr hoch. Es fällt auf, dass sich die Westschweizer*innen am deutlichsten dafür aussprechen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass der Verein «Service Citoyen», der sich seit Jahren für die Einführung eines allgemeinen Bürgerdienstes engagiert, in der Westschweiz gegründet wurde und dort besonders aktiv ist.

9.3 Einstellungen gegenüber Funktionen eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes

Da die Einführung eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes wissenschaftlich kaum erforscht ist, wurden den Befragten in dieser Studie positive und negative Aspekte eines solchen Dienstes in Form von Aussagen vorgelesen. Diese Aussagen basieren auf aktuellen Debatten zur vorliegenden Thematik (vgl. Abschnitt 9.2). Zu den positiven Funktionen eines Bürgerdienstes zählen demnach die Bewältigung verschiedener Herausforderungen, die Förderung von Solidarität und Integration sowie ein sozialer Zusammenhalt in der Schweiz. Eine Studie der Universität St. Gallen, die sich mit zentralen Herausforderungen und Trends der Langzeitpflege in der Schweiz auseinandersetzt, hat in diesem Zusammenhang aufgezeigt, dass die Einführung eines allgemeinen Bürgerdienstes zu einer kosteneffizienteren Ausgestaltung der Langzeitpflege beitragen könnte (Institut für Versicherungswirtschaft der Universität St. Gallen 2019).

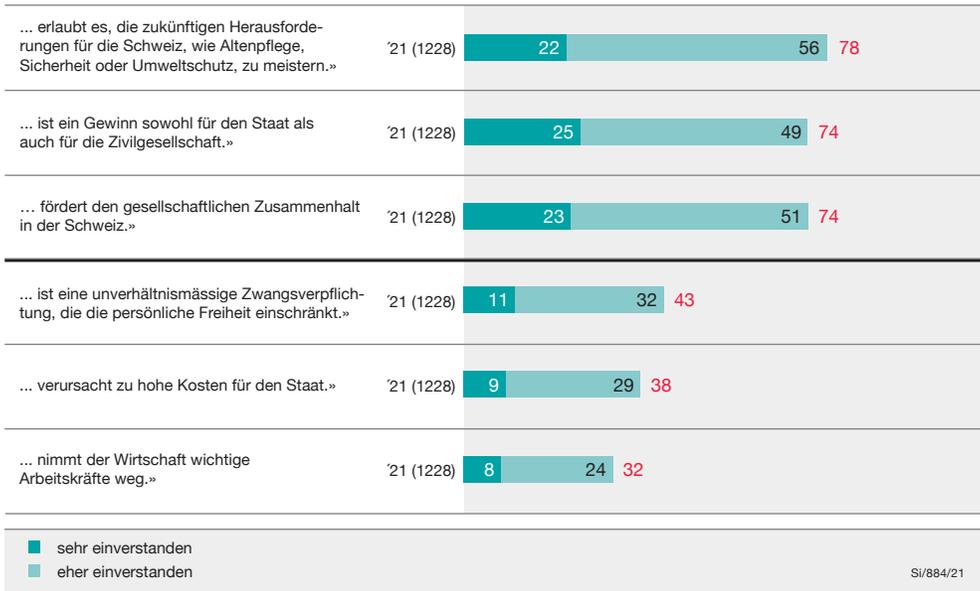
Die Einstellungen der Schweizer*innen gegenüber verschiedenen Funktionen eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes wurden mittels sechs Aussagen erhoben (siehe Abbildung 9.3). Dabei wurden den Befragten zufallsvariierend insgesamt drei positive und drei negative Aussagen vorgelegt. Dadurch kann, im Gegensatz zu den erfragten alternativen Dienstmodellen (vgl. Abschnitt 9.1), erfasst werden, wie die Schweizer Stimmbewölkerung mögliche Konsequenzen eines solchen Dienstes bewertet.

Abbildung 9.3

Zustimmung zu verschiedenen Funktionen eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes

«In letzter Zeit wird die Einführung von einem allgemeinen obligatorischen Bürgerdienst diskutiert. Danach sollen Schweizerinnen und Schweizer einen Dienst für die Gesellschaft in der Armee, im Zivildienst, im Zivilschutz oder als Sozialdienst machen. Unter Sozialdienst fällt ein Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr oder ein politisches Amt auf Gemeindeebene. Zum allgemeinen Bürgerdienst haben wir einige Aussagen. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jeder, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Ein obligatorischer Bürgerdienst für Schweizer Männer und Frauen... »

(Angaben in Prozent, gerundet. In roter Schrift ist die jeweilige Summe angegeben.)

*Zustimmung zu positiven Aspekten eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes*

Die positiven Items (siehe Abbildung 9.3, obere drei Aussagen) werden von drei Viertel der Schweizer Bevölkerung unterstützt. 78% sind der Meinung, dass ein allgemeiner obligatorischer Bürgerdienst es ermöglichen würde, zukünftige Herausforderungen wie Altenpflege, Sicherheit oder Umweltschutz zu meistern. Je 74% sehen in einem solchen Dienst einen Gewinn für den Staat und die Zivilgesellschaft und eine Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Schweiz. Die Zustimmung der Männer ist signifikant höher als diejenige der Frauen (siehe bzgl. Korrelationen mit soziodemografischen Merkmalen Tabelle 9.2). In einer multiplen linearen Regression ist der Einfluss des Geschlechts auf die Beurteilung der Aussage des Gewinns für den Staat und die Zivilgesellschaft nicht mehr signifikant. Des Weiteren ist festzustellen, dass Deutschschweizer*innen mit den

drei positiven Aspekten weniger einverstanden sind als die Westschweiz und das Tessin.⁷ Diese Funktionen eines Bürgerdienstes stossen jedoch in allen drei Sprachregionen mit über 70%, in der Westschweiz gar konstant mit mindestens 80%, auf Anklang. Politisch rechts gesinnte Personen stehen der Aussage, dass dadurch zukünftige Herausforderungen gemeistert werden können, signifikant weniger positiv gegenüber als Personen des politisch linken Lagers.

Zustimmung zu negativen Aspekten eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes

Demgegenüber werden die negativen Aussagen (siehe Abbildung 9.3, untere drei Items) durchweg abgelehnt. Am wenigsten Zustimmung erhält die Aussage, dass ein Bürgerdienst der Wirtschaft wichtige Arbeitskräfte wegnimmt (32%). 38% der Befragten befürchten zu hohe Kosten für den Staat. Zudem sind sich diesbezüglich rund 8% der Befragten unsicher oder haben keine Antwort gegeben. Für 43% der Schweizer*innen stellt ein solcher Dienst eine unverhältnismässige Zwangsverpflichtung dar, durch welche die persönliche Freiheit eingeschränkt wird. Frauen denken signifikant häufiger als Männer, dass dies zu hohe Kosten für den Staat bedeutet und eine unverhältnismässige Zwangsverpflichtung darstellt. Beim Geschlecht fällt zudem auf, dass Frauen bei den negativen Items signifikant öfters mit «weiss nicht» antworten («nimmt der Wirtschaft wichtige Arbeitskräfte weg»: Frauen 5%, Männer: 1%; «verursacht zu hohe Kosten für den Staat»: Frauen 10%, Männer: 4%; «ist eine unverhältnismässige Zwangsverpflichtung, die die persönliche Freiheit einschränkt»: Frauen: 3%, Männer: 1%). Je höher gebildet, desto grösser ist die Ablehnung dieser drei negativen Aspekte eines Bürgerdienstes. Dies ist besonders bei den Aussagen über die zu hohen Kosten für den Staat sowie über die unverhältnismässige Zwangsverpflichtung festzustellen, bei denen gut die Hälfte der Personen mit einer tiefen Bildung zustimmt. Schweizer*innen, die sich politisch links einstufen, denken signifikant weniger oft als Befragte der politischen Mitte und als politisch rechts Orientierte, dass ein solcher Dienst zu hohe Kosten für den Staat verursachen würde.

In Tabelle 9.2 werden die erläuterten bivariaten Zusammenhänge zwischen den genannten Funktionen und den soziodemografischen Merkmalen einander gegenübergestellt. Wiederum beziehen sich die Zusammenhänge auf Cramérs V (V; siehe Anhang I Methode). Dabei zeigt sich, dass vor allem Frauen kritischer gegenüber einem solchen Bürgerdienst eingestellt sind. Sofern nicht anders erwähnt, haben die Zusammenhänge in einer multiplen linearen Regression Bestand.

7 Die Westschweiz und das Tessin wurden für die Mittelwert-Tests zu einer Variable vereint, weil die Fallzahl in der italienischsprachigen Schweiz nur bei knapp 50 liegt.

Tabelle 9.2

Korrelationen zwischen Funktionen eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes und soziodemografischen Merkmalen

2021

	Weiblich	Deutsch-schweiz	Je höher gebildet	Je politisch rechter
Fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweiz	-	-		
Ist ein Gewinn für Staat und Zivilgesellschaft	-	-		
Erlaubt es, zukünftige Herausforderungen für die Schweiz zu meistern		-		-
Nimmt der Wirtschaft wichtige Arbeitskräfte weg			-	
Verursacht zu hohe Kosten für den Staat	+		-	+
Ist eine unverhältnismässige Zwangsverpflichtung	+		-	

+ und - kleine, positive oder negative Effektstärken: $V = 0.1 - < 0.2$

++ und -- mittlere, positive oder negative Effektstärken: $V = 0.2 - < 0.3$

+++ und --- grosse, positive oder negative Effektstärken: $V > 0.3$

Weitere signifikante Unterschiede: Zwischen den positiven Aspekten einer allgemeinen Bürgerdienstpflicht und der Zustimmung zu einem obligatorischen Dienst für Männer und Frauen (vgl. Abschnitt 9.1) sind hohe Korrelationen vorhanden. Wer mit einer Dienstpflicht für Männer und Frauen sehr einverstanden ist, sieht damit verbunden eine Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Schweiz ($\gamma = 0.37$), einen Gewinn für den Staat und die Zivilgesellschaft ($\gamma = 0.49$) und eine Bewältigung von zukünftigen Herausforderungen in der Schweiz ($\gamma = 0.39$). Sehr stark ist der Zusammenhang zwischen den positiven Funktionen eines Bürgerdienstes und der Zustimmung zu einem allgemeinen obligatorischen Bürgerdienst. Wer einen solchen Dienst befürwortet, glaubt einerseits an eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ($\gamma = 0.74$), an einen Gewinn für Staat und Zivilgesellschaft ($\gamma = 0.79$) und daran, dass zukünftige Herausforderungen damit gemeistert werden können ($\gamma = 0.72$). Andererseits finden diese Personen, dass ein solcher Bürgerdienst der Wirtschaft keine Arbeitskräfte wegnimmt ($\gamma = -0.46$), keine zu hohen Kosten für den Staat verursacht ($\gamma = -0.46$) und keine unverhältnismässige Zwangsverpflichtung ist, welche die persönliche Freiheit einschränkt ($\gamma = -0.60$).

Fazit: Einerseits werden die erfragten positiven Aspekte eines allgemeinen obligatorischen Bürgerdienstes (Bewältigung von zukünftigen Herausforderungen in verschiedenen Bereichen, Gewinn für Staat und Zivilgesellschaft und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Schweiz) von einer deutlichen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung begrüsst. Andererseits sind die meisten Schweizer*innen mit den genannten negativen Aspekten eines solchen Dienstes nicht einverstanden und lehnen demnach die Aussagen ab, dass damit eine unverhältnismässige Zwangsverpflichtung, zu hohe Kosten für den

Staat sowie der Wegfall von Arbeitskräften in der Wirtschaft verbunden sind. Sowohl Männer als auch Frauen zeigen sich gegenüber der Einführung eines Bürgerdienstes positiv gestimmt, wobei die Zustimmung der Männer signifikant höher als diejenige der Frauen ist. Die Idee eines solchen Dienstes stösst in allen Sprachregionen eindeutig auf Anklang. In der Westschweiz werden die positiven Funktionen sogar mit über 80% befürwortet. Höher gebildete Personen sind den erfragten negativen Funktionen gegenüber weniger skeptisch eingestellt als Personen mit tiefer Bildung. Zudem lassen die Daten darauf schliessen, dass die Zustimmung unter politisch links Orientierten etwas grösser ist als unter den politisch rechts Eingestellten. Zwischen den Altersgruppen sind keine signifikanten Unterschiede erkennbar. Zudem zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Einstellung gegenüber den genannten Funktionen und der Zustimmung zu einem Bürgerdienst (vgl. Abschnitt 9.2) und der Befürwortung des Modells eines obligatorischen Dienstes für Männer und Frauen mit freier Wahl zwischen Militär-, Zivil- und Sozialdienst (vgl. Abschnitt 9.1).

10 Sicherheitspolitisches Interesse

Nur wer sich für Sicherheitspolitik interessiert, wird relevante Informationen aufnehmen können und sich sicherheitspolitisch engagieren. Für die Sicherheitspolitik der Schweiz, mit ihren direktdemokratischen Institutionen, die auf ein hohes Mass an Bürger*innenengagement angewiesen sind, ist die öffentliche Beteiligung der Bürger*innen am sicherheitspolitischen Geschehen von zentraler politischer Bedeutung. Über einen Grossteil des Jahres 2020 waren weite Teile der Gesellschaft mit der Bewältigung der COVID-19-Pandemie beschäftigt, d.h. es standen hauptsächlich gesundheits- und wirtschaftspolitische Themen im Fokus. Wie steht es um das Interesse für Sicherheitspolitik bei den Schweizer*innen in Zeiten der COVID-19-Pandemie?

Als erstes Indiz kann die Stimmbeteiligung an der Abstimmung zur Beschaffung neuer Kampffjets vom 27. September 2020 herangezogen werden. Mit 59.4%¹ gehört die Beteiligung an dieser Abstimmung zu einer der höchsten seit Einführung des Frauenstimmrechts im Jahr 1971 (BfS 2021b). Damit reiht sich die Abstimmung über die Kampffjets in die Reihe der zahlreichen sicherheitspolitischen Abstimmungen ein, bei denen ebenfalls eine sehr hohe Stimmbeteiligung registriert wurde. Zu erwähnen sind etwa die Abstimmungen «Schweiz ohne Armee» aus dem Jahr 1989 (69.2%), zum UNO-Beitritt (2002: 58.4%), über das Schengen-Dublin-Abkommen (2005: 56.6%), zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (2014: 56.3%) oder die zwei armeespezifischen Vorlagen im Jahr 1993 («Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» und «40 Waffenplätze sind genug», mit jeweils 55.6%). Die Stimmbeteiligung der sechs genannten Abstimmungen liegt damit deutlich über der langjährigen durchschnittlichen Stimmbeteiligung von 43% (BfS 2021b). Das Bedürfnis der Schweizer*innen, sich bei sicherheitspolitischen Fragen an der Entscheidungsfindung zu beteiligen, scheint damit vergleichsweise gross zu sein.² Die Abstimmung über die Beschaffung neuer Kampffjets im September 2020 deutet darauf hin, dass dies auch in Zeiten der COVID-19-Pandemie weiterhin der Fall ist.

Fragt man konkret danach, wie stark sich jemand für die nationale Sicherheit interessiert, geben aktuell 62% (+15 Prozentpunkte) der Befragten an, sich «sehr» (17%, +5 Pp) oder «eher stark» (45%, +10 Pp) zu interessieren (siehe Abbildung 10.1). Gegenüber 2020

1 Die hohe Wahlbeteiligung ist vermutlich unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass über fünf Vorlagen gleichzeitig abgestimmt wurde. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde die eidgenössische Abstimmung vom 17. Mai 2020 auf den 27. September 2020 verschoben.

2 In der Studie «Sicherheit 2020» konnte aufgezeigt werden, dass Personen, die häufig an Abstimmungen teilnehmen, sich in der Tendenz auch stärker für sicherheitspolitische Fragen interessieren (Szvircsev Tresch et al. 2020, 207).

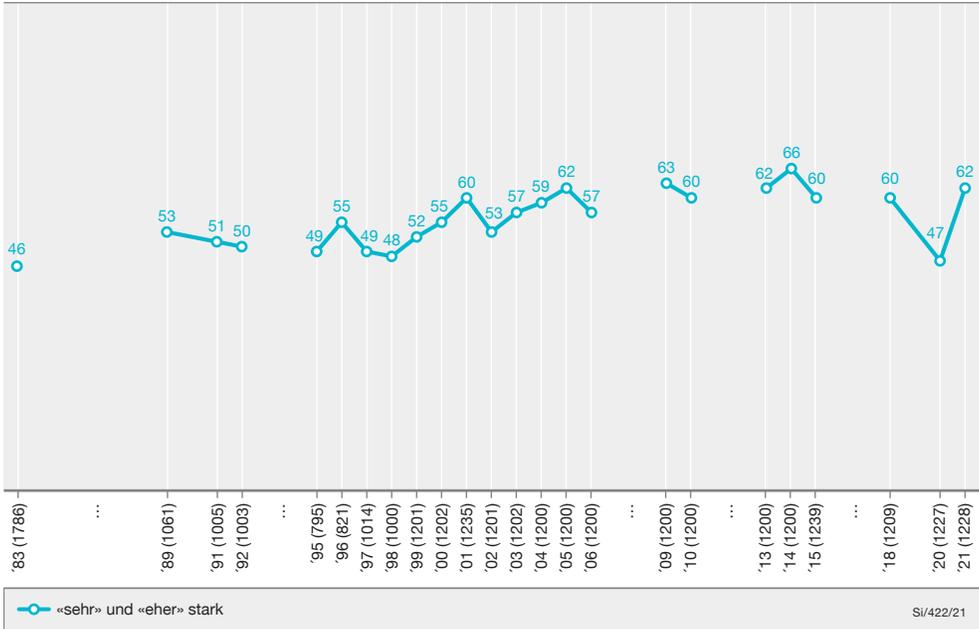
ist das sicherheitspolitische Interesse statistisch signifikant gestiegen, denn im Januar 2020 wurden deutlich tiefere Werte gemessen. Es ist davon auszugehen, dass dieser vergleichsweise sehr tiefe Wert auf die Platzierung der Frage des sicherheitspolitischen Interesses im Fragebogen des Jahres 2020 zurückzuführen ist. Damals wurde sie direkt nach einer Reihe von Fragen zum verteidigungspolitischen Wissen gestellt. Diese Wissensfragen könnten einen Teil der Befragten verunsichern und sie dazu veranlassen haben, ein tieferes Interesse für Sicherheitspolitik zu äussern. Aktuell bekunden noch 38% (-15 Pp) der Befragten ein geringes Interesse für Sicherheitspolitik (36%, -12 Pp, «ein bisschen» und 2%, -3 Pp, «überhaupt nicht» interessiert).

Das sicherheitspolitische Interesse wird seit 1983 in unregelmässigen Abständen gemessen. Über alle Messzeitpunkte hinweg liegt der durchschnittliche Anteil an Personen, die sich für Sicherheitspolitik interessieren, bei 56%. Damit entspricht der aktuelle Wert von 62% einem überdurchschnittlichen Interesse an sicherheitspolitischen Fragen. Der höchste Wert wurde mit 66% im Jahr 2014 gemessen. Es fällt jedoch auf, dass die Aufmerksamkeit bezüglich sicherheitspolitisch relevanter Themen seit der Jahrtausendwende deutlich höher liegt als in den 1980er und 1990er Jahren. Seit einigen Jahren bleibt das sicherheitspolitische Interesse relativ stabil bei einem Anteil von gut 60%.

Abbildung 10.1
Sicherheitspolitisches Interesse

«Sie haben in unserer Umfrage einige Fragen zur Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit?»

(Angaben in Prozent, gerundet)



Soziodemografische Einflüsse: Das Interesse an Sicherheitspolitik variiert deutlich zwischen den soziodemografischen Gruppen. Bei Frauen ist das sicherheitspolitische Interesse im Durchschnitt tiefer als bei Männern (Frauen: 53%, Männer: 71%; $CC = 0.23$). Dies liegt vor allem am besonders tiefen Anteil an Frauen, die signifikant weniger angeben, sich «sehr stark» für Sicherheitspolitik zu interessieren (Frauen: 9%, Männer: 24%). Das sicherheitspolitische Interesse unterscheidet sich weiter entsprechend der politischen Orientierung einer Person. Befragte, die sich rechts von der Mitte positionieren, interessieren sich häufiger für Sicherheitspolitik als Personen der politischen Mitte oder links davon (links: 57%, Mitte: 58%, rechts: 73%; $\gamma = 0.23$).³ Dieser Unterschied ist ebenfalls vor allem

3 In der Studie weisen die Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten γ auf die Richtung des inhaltlichen Zusammenhangs zwischen ordinal- und intervallskalierten Merkmalen und nicht auf die den Antwortkategorien zugrundeliegenden Werte hin. Erfolgt die Interpretation des Zusammenhangs mit dem Wortlaut «Je mehr ... desto mehr» bzw. «Je weniger ... desto weniger» wird dies demzufolge stets mit einem positiven Korrelationskoeffizienten ausgewiesen. Findet der Wortlaut «Je mehr ... desto weniger» bzw. «Je weniger ... desto mehr» für die Interpretation des Zusammenhangs Verwendung, wird dies mit einem negativen Korrelationskoeffizienten verdeutlicht.

auf die Differenz bei der Kategorie «sehr stark» interessiert zurückzuführen (links: 12%, Mitte: 12%, rechts: 26%). Auch das Alter und das Einkommen einer Person beeinflussen das Interesse an Sicherheitspolitik. Die jüngere Altersgruppe weist ein tieferes Interesse auf als Personen ab 30 Jahren und ist hinsichtlich des sicherheitspolitischen Interesses unentschlossen (18–29-Jährige: 52%, 30–59-Jährige: 60%, ab 60-Jährige: 68%; $\gamma = -0.18$). Personen mit hohem Einkommen zeigen zudem ein grösseres Interesse für Sicherheitspolitik (tief: 52%, mittel: 61%, hoch: 72%; $\gamma = 0.26$). In einer multiplen Regression mit den soziodemografischen Variablen wird zudem ersichtlich, dass das sicherheitspolitische Interesse in der Deutschschweiz stärker präsent ist als in der Westschweiz. Die Bildung einer Person steht hingegen nicht in Zusammenhang damit, ob sie sich für Sicherheitspolitik interessiert oder nicht.

Zusammengefasst kann festgehalten werden: Am stärksten ist das sicherheitspolitische Interesse bei Männern aus der Deutschschweiz, ab 60 Jahren, im rechten politischen Spektrum mit einem vergleichsweise hohen Einkommen vorhanden.

Vergleich mit VOTO-Studie 2020 (Milic et al. 2020): Vergleicht man das aktuelle Interesse an Sicherheitspolitik der Schweizer Stimmbevölkerung mit dem allgemeinen Politikinteresse, fällt auf, dass die Werte vergleichsweise ähnlich sind. Gemäss der «VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2020»⁴ sind 65% der Befragten «sehr» oder «eher» an Politik im Allgemeinen interessiert. Insofern kann von einer gewissen Überschneidung zwischen dem allgemeinen Interesse an Politik und dem spezifischen Interesse an Sicherheitspolitik ausgegangen werden.

Aufschlussreich ist jedoch nicht nur der Vergleich zwischen dem Interesse an Sicherheitspolitik und dem generellen Politikinteresse im absoluten Ausmass, sondern auch in Bezug auf die soziodemografischen Einflüsse. Hier zeigt sich, dass jüngere Personen und Frauen ein geringeres Interesse an Politik im Allgemeinen aufweisen (Milic et al. 2020). Zudem lässt sich feststellen, dass insbesondere in der Deutschschweiz das Interesse an Politik höher ist als in der Westschweiz und dem Tessin. Diese Ergebnisse stimmen mit den Befunden zum Interesse an Sicherheitspolitik überein. Somit scheinen Frauen, jüngere Personen und Personen aus der Westschweiz und dem Tessin nicht nur weniger an Sicherheitspolitik, sondern gleichermassen auch weniger an Politik im Allgemeinen interessiert zu sein.

Hingegen zeigen sich beim Bildungsniveau und bei der politischen Einstellung unterschiedliche Effekte auf das Interesse an Politik im Allgemeinen und beim sicherheitspolitischen Interesse. Mit steigendem Bildungsniveau steigt das generelle Politikinteresse

4 Für die betreffende VOTO-Studie wurden zwischen dem 29. September und dem 10. Oktober 2020 durch das Meinungsforschungsinstitut LINK 1513 stimmberechtigte Schweizer*innen befragt (Milic et al. 2020, 8).

(Milic et al. 2020). Spezifisch gefragt nach dem Interesse für Sicherheitspolitik sind jedoch keine Unterschiede aufgrund des Bildungsniveaus feststellbar, wie die Daten der Studie «Sicherheit 2021» zeigen. Dieser Befund weist darauf hin, dass sich Befragte mit tiefem Bildungsniveau eher für Sicherheitspolitik als für Politik im Allgemeinen interessieren. Bei der politischen Orientierung zeigen die VOTO-Daten, dass Personen, die sich in der politischen Mitte einstufen, ein geringeres Interesse an Politik im Allgemeinen haben als Personen des politischen linken und rechten Spektrums. Das Politikinteresse zwischen Personen aus dem linken und rechten Spektrum unterscheidet sich nicht. Allerdings zeigt sich beim Interesse an Sicherheitspolitik, dass politisch rechts Eingestellte ein grösseres Interesse bekunden.

Weitere signifikante Unterschiede: Neben den soziodemografischen Unterschieden zeigen sich in Regressionsanalysen weitere Zusammenhänge beim Interesse an Sicherheitspolitik. So besteht ein klarer Zusammenhang zwischen dem Interesse an Sicherheitspolitik und der Notwendigkeit der Armee. Personen, die die Armee für notwendig erachten, interessieren sich überdurchschnittlich häufig für Sicherheitspolitik ($\gamma = 0.39$). 68% der Befragten, die sich für die Notwendigkeit der Armee aussprechen, interessieren sich auch für Sicherheitspolitik, während sich von denjenigen Personen, die sich nicht für die Notwendigkeit der Armee aussprechen, nur eine Minderheit von 46% für Sicherheitspolitik interessiert. Zusätzlich zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit den aktuellen Verteidigungsausgaben der Schweiz und dem sicherheitspolitischen Interesse ($\gamma = 0.32$). Eine klare Mehrheit der Personen, die mit dem aktuellen Budget zufrieden sind, oder das Budget als zu tief bewerten, interessiert sich für Sicherheitspolitik. Hingegen interessiert sich von den Personen, die das aktuelle Budget als zu hoch bewerten, nur gut die Hälfte tatsächlich für sicherheitspolitische Aspekte. Diese Zusammenhänge bestehen unabhängig von der politischen Einstellung einer Person.

Fazit: Das Interesse an der nationalen Sicherheitspolitik liegt zurzeit über dem langjährigen Durchschnitt. Seit der Jahrtausendwende ist das sicherheitspolitische Interesse jedoch relativ stabil bei einem Anteil von 59%. Männer, politisch rechts Orientierte, Personen aus der Deutschschweiz sowie Schweizer*innen mit einem hohen Einkommen interessieren sich am stärksten für sicherheitspolitische Belange. Vergleichsweise tief ist das Interesse an Sicherheitspolitik bei den 18–29-Jährigen. Ein Vergleich mit den «VOTO»-Daten für das allgemeine Interesse an Politik zeigt, dass das allgemeine Interesse an Politik in der Bevölkerung etwa gleich hoch ist wie das sicherheitspolitische Interesse.

Literaturhinweise

Verwendete Literatur

- Abbott, K.W., Snidal, D. (1998). Why states act through formal international organizations. *Journal of conflict resolution*, 42(1), 3–32.
- Allison, G.T. (1969). Conceptual models and the Cuban missile crisis. *American political science review*, 63(3), 689–718.
- Andrey, M. (2010). Security Implications of Neutrality: Switzerland in the Partnership for Peace Framework. *Connections: The Quarterly Journal*, 9(4), 83.
- Atteslander, P. (2010). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Avenir Suisse (2013). Ein *Bürgerdienst für alle*. *Der freiwillige Einsatz im Milizsystem wird immer unbeliebter*. Was tun?. 05.03.2021. <https://www.avenir-suisse.ch/ein-buergerdienst-fur-alle>
- Avenir Suisse (2015). *Bürgerstaat und Staatsbürger. Milizpolitik zwischen Mythos und Moderne*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Avenir Suisse (2018). *Skizze eines allgemeinen Bürgerdienstes. Einbezug aller Bevölkerungsschichten und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes*. 05.03.2021. <https://www.avenir-suisse.ch/skizze-eines-allgemeinen-buergerdienstes>
- Bacher, J. (1994). *Clusteranalyse*. München: Oldenbourg.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W., Weiber, R. (2011). *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. 13., überarb. Aufl. Berlin: Springer.
- BAG (2020a). *Neues Coronavirus: «So schützen wir uns»: BAG lanciert Informationskampagne für die Bevölkerung*. 27.02.2020. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78273.html>
- BAG (2020b). *Coronavirus: Bundesrat beschliesst weitgehende Lockerungen per 6. Juni*. 27.05.2020. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-79268.html>

- BAG (2020c). «*Swiss National COVID-19 Science Task Force*»: *Angepasstes Mandat und neue Leitung*. Artikel vom 20.07.2020, 10.03.2021. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-79879.html>
- BAG (2021a). *Situationsbericht zur epidemiologischen Lage in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein – Woche 5* (01.02–07.02.2021).
- BAG (2021b). *Coronavirus: Besonders gefährdete Personen*. 06.04.2021. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/krankheiten/ausbrueche-epidemien-pandemien/aktuelle-ausbrueche-epidemien/novel-cov/krankheit-symptome-behandlung-ursprung/besonders-gefaehrdete-menschen.html>
- BAG (2021c). *Coronavirus: Bundesrat verlängert und verschärft Massnahmen*. 13.01.2021. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-81967.html>
- Baier, D. (2019). *Kriminalitätsopfererfahrungen und Kriminalitätswahrnehmungen in der Schweiz Ergebnisse einer Befragung*. Institut für Delinquenz und Kriminalprävention, Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, August 2019.
- Bauer, P.C., Barberá, P., Ackermann, K., Venetz, A. (2017). Is the Left-Right Scale a Valid Measure of Ideology? *Political Behavior*, 39(3), 553–583.
- Bender, L. (2014). *Neutralität als Mittel der Sicherheitsgewährleistung. Über die Herausforderung, Andere von der eigenen Friedfertigkeit zu überzeugen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bentele, G. (1994). Öffentliches Vertrauen – normative und soziale Grundlage für Public Relations. In: Armbrecht, W., Zabel, U. J. (Hrsg.). *Normative Aspekte der Public Relations. Grundlegende Fragen und Perspektiven. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS, 131–158.
- Bernhard, L., Scaperrotta, L. (2020). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 9. Februar 2020*. FORS, ZDA, LINK: Lausanne/Aarau/Luzern. Daten unter: <https://forsbase.unil.ch>
- BfS (2020a). *Übersetzungshilfe Strukturhebung 2020*. 17.02.2021. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/erhebungen/volkszaehlung/vierkernelemente/strukturhebung.assetdetail.14981900.html>
- BfS (2020b). *Einkommensverteilung*. 17.02.2021. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/wohlfahrtsmessung/alle-indikatoren/wirtschaft/einkommensverteilung.html>

- BfS (2020c). *Strukturerhebung SE2019*. STATPOP/BFS; nur Schweizer Bevölkerung (31.12.2019).
- BfS (2021a). *Höchste abgeschlossene Ausbildung in der Schweiz 2019*. 18.02.2021. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.asset-detail.15404053.html>
- BfS (2021b). *Stimmbeteiligung. Stimmberechtigte, Stimmbeteiligung, Anzahl Urnengänge seit 1990*. 18.03.21. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen/stimmbeteiligung.html>
- BK (1986). *Vorlage Nr. 338 Übersicht, Volksabstimmung vom 16.03.1986*. 11.03.2021. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/19860316/det338.html>
- BK (2002). *Vorlage Nr. 485 Übersicht, Volksabstimmung vom 03.03.2002*. 11.03.2021. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20020303/det485.html>
- Bortz, J. (1984). *Lehrbuch der empirischen Forschung*. Berlin: Springer.
- Bortz, J., Döring, N. (2006). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. 4., überarb. Auflage. Berlin: Springer.
- Bortz, J., Schuster, C. (2010). *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler*. 7., vollst. überarb. und aktual. Aufl. Berlin: Springer.
- Bosshard, C., Bühler, G., Craviolini, J., Hermann, M., Krähenbühl, D. (2021). 6. SRG *Corona-Monitor*. 15.01.2021. *Studienbericht*. 25.03.2021. <https://sotomo.ch/site/projekte/corona-krise-monitoring-der-bevoelkerung-januar-2021>
- Budnik, C. (2018). Trust, Reliance, Democracy. *International Journal of Philosophical Studies*, 26 (2), 221–239.
- Bundeskanzleramt (2020). *Rede von Bundeskanzler Sebastian Kurz in der Nationalrats-sitzung in Reaktion auf den Terroranschlag am 2. November 2020*. 13.02.2021. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/bundeskanzler-sebastian-kurz/reden-bundeskanzler-sebastian-kurz/rede-in-der-nationalratssitzung-in-reaktion-auf-den-terroranschlag-am-2-november-2020.html>
- Bundesrat (2014). *Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems*. Mitteilung vom 11.04.2014. 09.03.2021. <https://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msg-id=52645>

- Buri, C., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). *Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH.
- Christin, T., Trechsel, A. H. (2002). Joining the EU? Explaining public opinion in Switzerland. *European Union Politics*, 3(4), 415–443.
- Cordey, S. (2020). *The Evolving Cyber Threat Landscape during the Coronavirus Crisis*. Cyberdefense report. Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich.
- Credit Suisse (Schweiz) AG, Public Policy Switzerland (Hrsg.) (2020). *Kompass für die Schweiz. Die Schweiz im Jahr der Pandemie: Resultate und Interpretationen zum Credit Suisse Sorgenbarometer 2020*.
- Daase, C., Rühlig, N. T. (2016). Der Wandel der Sicherheitskultur nach 9/11. In: Fischer, S., Masala, C. (Hrsg.). *Innere Sicherheit nach 9/11. Sicherheitsbedrohungen und (immer) neue Sicherheitsmassnahmen?* Wiesbaden: Springer Fachmedien, 13–33.
- Das Magazin (2018). *Was ist das eigentlich: Vertrauen?* 13.10.2018. <https://www.dasmagazin.ch/2018/10/12/was-ist-das-eigentlich-vertrauen>
- Decker, F., Best, V., Fischer, S., Küppers, A. (2019). *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Diaz-Bone, R. (2013). *Statistik für Soziologen*. 2., überarb. Aufl. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Diekmann, A. (2007). *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Easyvote (2020). *Kampfflugzeuge*, 27. September 2020. <https://www.easyvote.ch/de/abstimmungen/archiv/27-9-20/kampfflugzeuge>
- EDA (2009). *ABC des Völkerrechts*. 04.03.2021. <https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/Voelkerrecht/ABC-des-Voelkerrechts>
- EDA (2011). *Das politische System der Schweiz*. Präsenz Schweiz, Bern.
- EDA (2016). *Aussenpolitische Strategie 2016–2019*. 04.03.2020. https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/SchweizerischeAussenpolitik/Aussenpolitische-Strategie_DE.pdf

- EDA (2020). *Aussenpolitische Strategie 2020–2023*. 04.03.2021. <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/das-eda/publikationen/alle-publikationen.html/content/publikationen/de/eda/schweizer-aussenpolitik/Aussenpolitische-Strategie-2020-2023.html>
- EDA (2021). *Schweizerische Europapolitik. Beziehungen Schweiz–UK nach dem Brexit*. 10.03.2021. <https://www.eda.admin.ch/dea/de/home/verhandlungen-offene-themen/offene-themen/brexit.html>
- EFD (2020). *COVID19 Überbrückungshilfe*. 03.03.2021. <https://www.efd.admin.ch/efd/de/home/covid19-ueberbrueckungshilfe/infos.html>
- Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ (2015). *Ich und meine Schweiz. Befragung von 17-jährigen Jugendlichen in der Schweiz*. Forschungsbericht Nr. 13/15. Bern, 10. Juni 2015.
- Eifler, S., Pollich, D. (2014). *Empirische Forschung über Kriminalität. Methodologische und methodische Grundlagen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Fanzun, J.A., Lehmann, P. (2000). *Die Schweiz und die Welt*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konflikkanalyse der ETH Zürich.
- Ferst, T. (2016). *Kriminalitätsfurcht- Standardindikator des Schweizer Elektors. «Inwiefern beeinflussen Geschlecht, Alter, politische Einstellung, Bildung und Einkommen die Kriminalitätsfurcht?» Eine Untersuchung basierend auf den Daten der Studienreihe «Sicherheit 2016»*. Unveröffentlichte MAS-Abschlussarbeit an der Universität Bern.
- Ferst, T. (2019a). Das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit in der Schweiz. Was Schweizerinnen und Schweizer unter «Freiheit» und «Sicherheit» verstehen und wie sie deren Verhältnis beurteilen. *SLAK-Journal 3–19*, 18–30.
- Ferst, T. (2019b). *Einstellungen zu Extremismus und Terrorismus in der Schweiz*. Unveröffentlicht. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich, Birmensdorf.
- Geser, H. (2008). The limits of ideological globalization. Current patterns of «left and right» in different geographical regions. *Sociology in Switzerland: World Society and International Relations 5*: University of Zurich.
- gfs.bern (2002). *Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 3. März 2002*. Vox-Analyse. Hauptergebnisse. Bern, April 2002.
- gfs.bern (2016). *Links-Rechts-Einschätzung*. 26.02.18. <http://www.gfsbern.ch/de-ch/Publikationen/VOX-Trend>
- gfs.bern (2020a). *Wiederbelebung der Willensnation Schweiz in Zeiten der Krise*. Credit Suisse Sorgenbarometer 2020. Bern. Credit Suisse Sorgenbarometer 2020. Bern.

- gfs.bern (2020b). *Mehr Verhandlungsmut gewünscht: Schweizer Stimmbevölkerung will Weiterentwicklung der Beziehungen zur EU, wünscht sich aber eine selbstbewusstere Aussenpolitik*. Credit Suisse Europa Barometer 2020. Bern.
- gfs.bern (2020c). *Herr und Frau Schweizer suchen geregelte Beziehungen zur EU*. Standort Schweiz 2020 – Europafragen. Bern.
- gfs.bern (2021). *Informationen & FAQ zum VOX-Projekt*. 01.03.2021. <https://vox.gfsbern.ch/de/informationen-faq-zum-vox-projekt/#das-vox-projekt-heute>
- Gilpin, R. (2001). *Global Political Economy. Understanding the International Economic Order*. New Jersey: Princeton University Press.
- Goetschel, L. (2007). Neutralität: Handicap oder Branding der Schweizer Aussenpolitik. In: Kreis, G. (Hrsg.). *Die Schweizer Neutralität. Beibehalten, umgestalten oder doch abschaffen?* Zürich: Werd Verlag, 81–94.
- Haas, M., Vuille, A., Schepers, N., Larsen, H., Merz, F., Watanabe, L., Gemünden, M., Kamasa, J., Carlson, B., Masuhr, N. (2020). *Sicherheitspolitische Trends 2021 – 2029: Die Post-COVID-19 Welt*. CSS Briefing Note. Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich.
- Hausman, A. J., Hanlon, A. and Seals, B. (2007). Social capital as a mediating factor in emergency preparedness and concerns about terrorism. *Journal of Community Psychology*, 35(8), 1073–1083. doi: 10.1002/jcop.20203. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1002/jcop.20203>.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev, T. (1999). *Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH und Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvirceev, T. (2002). *Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und Militärakademie an der ETH.

- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev Tresch, T. (2004). *Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Szvircev Tresch, T. (2005). «Bürgerheer wohin? Alternative Wehrformen in der aktuellen politischen Diskussion.» In: Wenger, A. (Hrsg.) (2005). *Bulletin 2005 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH: Zürich, 23–44.
- Haltiner, K.W., Wenger, U., Würmli, S. (2007). *Allgemeine Dienstpflicht – Leitbild oder Schnee von gestern?* MILAK Schriftenreihe Nr. 8, Zürich.
- Havel, B. F. (2000). *An international law institution in crisis: rethinking permanent neutrality*. Ohio St. LJ, 61–167.
- Häfele, J. (2013). *Die Stadt, das Fremde und die Furcht vor Kriminalität*. Wiesbaden: Springer VS.
- Häsler Sansano, G. (2021). *Sicherheitspolitik: Was sind die Bedrohungen der Zukunft?* In: Neue Zürcher Zeitung. 25.02.2021. <https://www.nzz.ch/schweiz/sicherheitspolitik-was-sind-die-bedrohungen-der-zukunft-ld.1598146?reduced=true>.
- Hirschi, C., Serdült, U., Widmer, T. (1999). Schweizerische Aussenpolitik im Wandel: Internationalisierung, Globalisierung und Multilateralisierung. *Swiss Political Science Review*, 5(1), 31–56.
- Institut für Versicherungswirtschaft der Universität St. Gallen (2019). *Die Zukunft der Langzeitpflege in der Schweiz*. St. Gallen: Verlag Institut für Versicherungswirtschaft der Universität St. Gallen. I-VW HSG Schriftenreihe, Band 66.
- Jesse, N. G. (2006). Choosing to go it alone: Irish neutrality in theoretical and comparative perspective. *International Political Science Review*, 27(1), 7–28.
- Joenniemi, P. (1993). Neutrality beyond the Cold War. *Review of International Studies*, 19(3), 289–304.
- Kommunikation Verteidigung (2021). *Frauen in der Schweizer Armee*. Artikel vom 09.02.2021. 10.03.2021 <https://www.vtg.admin.ch/de/armee.detail.news.html/vtg-internet/verwaltung/2021/21-02/a-stab---frauen-in-der-schweizer-armee.html>
- Kury, H., Lichtblau, A., Neumaier A., Obergfell-Fuchs, J. (2004). Zur Validität der Erfassung von Kriminalitätsfurcht. *Soziale Probleme* 15(2), 141–165.

- Krasner, S. D. (Ed.). (1983). *Structural causes and regime consequences: regimes as intervening variables*. Ithaca and London: Cornell University Press.
- Lange, H.-J. (2006). *Wörterbuch zur Inneren Sicherheit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lange, H.-J., Ohly, H.-P., Reichertz, J. (2009). *Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- LARIX Foundation (Hrsg.) (2020). *Chancenbarometer 2020. Wie wir die Schweiz von morgen gestalten*. (Projektleitung: Prof. Dr. Tina Freyburg, Universität St. Gallen; Projektpartner: gfs.bern).
- LINK (2021). *Das Befinden der Schweizer Bevölkerung in Zeiten von COVID-19. Ausgewählte Ergebnisse*. Studie durchgeführt von LINK. Luzern.
- Lottaz, P. (2019a). *Über die Auslegung der Neutralität. Schon viele Staaten bezeichneten sich als neutral, aber mit unterschiedlichen Auslegungen. Eine Analyse von Historiker Pascal Lottaz*. 23.03.2021. <https://www.nau.ch/news/stimmen-der-schweiz/pascal-lottaz-uber-die-auslegung-der-neutralitat-65543520>
- Lottaz, P. (2019b). *Pascal Lottaz über die verschiedenen neutralen Staaten. Die neutralen Staaten bilden einen speziellen Club: Die Schweiz ist also nicht allein. Eine Analyse von Historiker Pascal Lottaz*. 18.03.2021. <https://www.nau.ch/news/stimmen-derschweiz/pascal-lottaz-uber-die-verschiedenen-neutralen-staaten-65547898>
- Luhmann, N. (1968). *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Maduz, L., Roth, F., Prior, T., Wolf, A. (2018). *Individuelle Katastrophenvorsorge: Gefährdungswahrnehmung, Kenntnisse und Informationsbedürfnisse der Schweizer Bevölkerung*. Risk and resilience report. Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich.
- Manigart, P., op den Buijs, T., van Doorn, E., Jonsson, E., Lecoq, V., Moelker R., Österberg, J., Otis, N., Brundtland Steder, F., Szvirsev Tresch, T. (2018). *The Impact of Demographic Change on Recruitment and Retention of Personnel in European Armed Forces. Final report. Opinions of Young Prospects and International Experts*. European Defence Agency. Mai 2018.
- Maschmeyer, L. (2021). *Digitale Desinformation: Erkenntnisse aus der Ukraine*. CSS Analysen zur Sicherheitspolitik. Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich. 23.03.2021. <https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CSSAnalyse278-DE.pdf>

- Milic, T., Feller, A., Kübler, D. (2020). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 2020*. ZDA, FORS, LINK: Aarau/Lausanne/Luzern. Daten unter: <https://forsbase.unil.ch>
- Morris, K., White, T. J. (2011). Neutrality and the European Union: The case of Switzerland. *Journal of Law and Conflict Resolution*, 3(7), 104–111.
- Motion 20.4062 von FDP-Liberale Fraktion (2020). *Bürgerinnen- und Bürgerdienst. Weiterentwicklung des Milizsystems und Sicherung der Bestände*. Eingereicht am 23.09.2020 im Nationalrat. 05.03.2021. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20204062>
- NATO (1949). *Der Nordatlantikvertrag*. Washington DC, 4. April 1949. 23.03.2020. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17120.htm?selectedLocale=de
- Neue Zürcher Zeitung (2018a). *Terroranschläge in Europa seit 2015*. 16.02.2018. <https://www.nzz.ch/international/chronik-terrorismus-anschlaege-gegen-europaeer-seit-charlie-hebdo-ld.9262>
- Neue Zürcher Zeitung (2018b). *Was ist Vertrauen überhaupt? Eine Annäherung in 32 Fakten und Anekdoten*. 05.04.2019. <https://www.nzz.ch/vertrauen/vertrauen-was-ist-das-32-episoden-ld.1421094>
- Neue Zürcher Zeitung (2018c). *Fünf Fotojournalisten erzählen, wie sie das Vertrauen ihrer Protagonisten gewonnen haben*. 05.04.2019. <https://www.nzz.ch/vertrauen/vertrauen-gewinnen-fotojournalisten-erzaehlen-wie-es-gelingt-ld.1422797>
- Neue Zürcher Zeitung (2018d). *Wie es ein Pilot schaffte, nach einem Absturz trotzdem wieder zu fliegen*. 19.10.2018. <https://www.nzz.ch/vertrauen/wie-ein-pilot-nach-einem-absturz-das-vertrauen-wieder-fand-ld.1425584>
- Neue Zürcher Zeitung (2018e). *Wie funktioniert ein Land ohne funktionierende Währung? Ein Erfahrungsbericht aus Venezuela*. 12.10.2018. <https://www.nzz.ch/vertrauen/venezuela-wenn-vertrauen-in-waehrung-und-institutionen-zerbricht-ld.1426671>
- Neue Zürcher Zeitung (2018f). *Wo Vertrauen zunimmt und wo es schwindet – wir haben Personen auf der ganzen Welt gefragt, wem sie vertrauen*. 05.10.2018. <https://www.nzz.ch/vertrauen/vertrauen-wo-es-zunimmt-und-wo-es-schwindet-ld.1414872>
- Neue Zürcher Zeitung (2020a). *Islamistischer Terror in Frankreich: Nur zwei Berufungen nach Urteilen im «Charlie-Hebdo»-Prozess, fünf weitere Verdächtige nach Mord an Lehrer in Gewahrsam*. 09.12.2020. <https://www.nzz.ch/international/islamistischer-terror-in-frankreich-die-neusten-entwicklungen-ld.1583304?reduced=true>

- Neue Zürcher Zeitung (2020b). *Welche Operationen die Spitäler jetzt wegen Corona verschoben*. 19.11.2020. <https://www.nzz.ch/schweiz/welche-operationen-die-spitaeler-wegen-corona-verschieben-ld.1587601?reduced=true>
- NSC-TF (2020) *Überblick und Lagebericht am 30. Oktober 2020*. National COVID-19 Science Task Force. https://sciencetaskforce.ch/wp-content/uploads/2020/11/201030_Ueberblick_und_Lagebericht_D.pdf
- Österberg, J., Nilsson, J., Hellum, N. (2020). The Motivation to Serve in the Military Among Swedish and Norwegian Soldiers. A Comparative Study. *Journal of Defense Resources Management*, 11(1), 30–42.
- Prinz, W. H., Rakowsky, S., Lackinger, S., Heisig, S. (2020/3). *Trend Radar: COVID-19. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbilder in Zeiten der Pandemie*. 2020 Kompakte Ergebnisse zur inneren und sozialen Lage. Wien: Bundesministerium für Landesverteidigung.
- RIK (2016). *Informationen zum Ebolafieber-Ausbruch in Westafrika 2014/2015*. 17.02.2021. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/E/Ebola/Kurzinformation_Ebola_in_Westafrika.html;jsessionid=2F32631D7489ACF3363D85B5A41Co297.internet062?nn=2370426.
- Rump, M. (2020). *Die Wahl euroskeptischer Parteien als Folge der Finanz- und Staatsschuldenkrise: Ein Vergleich von 16 europäischen Ländern zwischen 2002 und 2016*. 24.03.2021. [https://ul.qucosa.de/landing-page/?tx_dlf\[id\]=https%3A%2F%2Ful.qucosa.de%2Fapi%2Fqucosa%253A73292%2Fmets](https://ul.qucosa.de/landing-page/?tx_dlf[id]=https%3A%2F%2Ful.qucosa.de%2Fapi%2Fqucosa%253A73292%2Fmets)
- Rütti, N. (2021). *Der Lockdown gefährdet das Schweizer Erfolgsmodell*. In: Neue Zürcher Zeitung, 08.02.2021. <https://www.nzz.ch/meinung/der-lockdown-gefaehrdet-das-schweizer-erfolgsmodell-ld.1600623?reduced=true>
- Schimmelfennig, F. (2015). *Internationale Politik*. Paderborn: UTB.
- SECO (2021). *Neues Coronavirus*. 31.03.2021. https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Arbeit/neues_coronavirus.html
- Service Citoyen (2015). *Manifeste pour un service citoyen. Manifest für einen Bürgerdienst*. 1. Auflage. Genf, 2015.
- Service Citoyen (2021). *«Einer für alle, alle für einen». Für einen Bürgerdienst*. 05.03.2021. <https://servicecitoyen.ch/de/#iuxbtbbmxs>
- SRF (2015). *Rückblick: Tage des Terrors in Frankreich*. <https://www.srf.ch/news/international/rueckblick-tage-des-terrors-in-frankreich>.

- Schweizer Armee (2021). *Schweizer Armee. Weiterentwicklung der Armee*. 23.03.2021. <https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/themen/wea.html>
- Schweizerischer Bundesrat (2020a). *Verordnung vom 28. Februar 2020 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19)*. 04.03.2020. <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2020/107/de>
- Schweizerischer Bundesrat (2020b). *Coronavirus: Bundesrat erklärt die «ausserordentliche Lage» und verschärft die Massnahmen*. 17.03.2020. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-78454.html>
- Schweizerischer Bundesrat (2021). *Coronavirus: Bundesrat verlängert und verschärft Massnahmen*. 13.01.2021. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-81967.html>
- Schweizerischer Versicherungsverband (2018). *SVV Sicherheitsmonitor 2018. Die Schweiz zwischen Sicherheit, Risiko und Freiheit*. 20.02.2020. <https://www.svv.ch/de/der-svv/svv-publikationen/weitere-publikationen/svv-sicherheitsmonitor>
- Schweizerischer Versicherungsverband (2020). *SVV Sicherheitsmonitor 2020. Sicherheit, Stabilität und Perspektiven der Gesellschaft in der Schweiz*. 23.02.2021 <https://www.svv.ch/de/der-svv/svv-publikationen/svv-sicherheitsmonitor-2020>
- Schwind, H.-D. (2013). *Kriminologie. Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen*. Heidelberg: Kriminalistik.
- Schwok, R. (2014). *Die Schweizer Aussenpolitik nach Ende des Kalten Kriegs*. Zürich: Neue Zürcher Zeitung.
- Stähli, M. E., Nisple, K., Monsch, G., Ehrler, F., Ochsner, M., Pollien, A., Sapin, M. (2020). *MOSAiCH COVID-19. Measurement and Observation of Social Attitudes in Switzerland 2020*. Study on Environment and related topics – COVID-19 complement Wave 1+2_BETA Version [Dataset]. FORS – Centre de compétences Suisse en sciences sociales. Distributed by FORS, Lausanne, 2020. <https://doi.org/10.23662/FORS-DS-1206-2>.
- Stocker, D., Jäggi, J., Liechti, L., Schläpfer, D., Németh, P., & Künzi, K. (2020). *Der Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung in der Schweiz. Erster Teilbericht*. Bern: Bundesamt für Gesundheit.
- Studiengruppe Dienstpflichtsystem (2016). *Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem vom 15. März 2016*. (Leitung: alt Nationalrat Arthur Loepfe).

- Swissinfo (2019). *Schweiz – Nato: ein langer Flirt ohne Hochzeit*. 12.03.2021. https://www.swissinfo.ch/ger/70-jahre-nato_schweiz---nato--ein-langer-flirt-ohne-hochzeit/44874512
- Swissinfo (2020). *Alle in der Schweiz sollen Bürgerdienst leisten – doch ist diese Idee überhaupt legal?*. 05.03.2021. https://www.swissinfo.ch/ger/menschenrechte_alle-in-der-schweiz-sollen-buergerdienst-leisten---doch-ist-diese-idee-ueberhaupt-legal-/45554872
- SWISSINT (2021). *Militärische Friedensförderung. UN Military Experts on Mission & Stabsoffiziere*. Factsheet. 12.03.2021. <https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/einsaetze-und-operationen/militaerische-friedensfoerderung/missionen/militaerbeobachter-und-stabsoffiziere.html#ui-collapse-616>
- Szvircev Tresch, T. (2005). *Europas Streitkräfte im Wandel: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft. Eine empirische Untersuchung europäischer Streitkräfte 1975 bis 2003*. Dissertation, Universität Zürich, Zürich.
- Szvircev Tresch, T. (2010). *Gibt es das «ideale» Wehrmodell? Wehrmodelle im Vergleich*. Jahresschrift 2010 der AOG. Allgemeine Offiziersgesellschaft von Zürich und Umgebung. Dübendorf, 6–11.
- Szvircev Tresch, T. (2011). The Transformation of Switzerland's Militia Armed Forces and the Role of the Citizen in Uniform. *Armed Forces & Society*, Volume 37, Number 2, 239–260.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2011). *Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Craviolini, J., Vogler-Bisig, E., Krämer, E., Pfister, S. (2014). *Sicherheit 2014 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Ferst, T., Pfister, S., Rinaldo, A. (2015). *Sicherheit 2015 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.

- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Moehlecke de Baseggio, E., Schneider, O., Scurrall, J.V. (2017). *Sicherheit 2017 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Giovanoli, M., Moehlecke de Baseggio, E., Reiss, T., Rinaldo, A., Schneider, O., Scurrall, J. V. (2019). *Sicherheit 2019 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J. (2020). *Sicherheit 2020 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.
- Tagesanzeiger (2020). *Wenn Terroristen die Schweiz als Ziel haben*. 26.11.2020. <https://www.tagesanzeiger.ch/wenn-terroristen-die-schweiz-als-ziel-haben-320925062696>
- Tresch, A., Lauener, L., Bernhard, L., Lutz, G., Scaperrotta, L. (2020). *Eidgenössische Wahlen 2019. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*. Lausanne: Selects- FORS.
- VBS (2016). *Neuer sicherheitspolitischer Bericht der Schweiz*. 22.03.2021. <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/45068.pdf>
- VBS und EDA (2004). *Die Neutralität der Schweiz*. 12.03.2021. <https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/aussenpolitik/voelkerrecht/Die%20Neutralitaet%20oder%20Schweiz.pdf>
- Vereinte Nationen (1945). *United Nations Charter. Chapter Seven, Action with Respect to Threats to the Peace, Breaches of the Peace and Acts of Aggression*. 18.03.2021. <https://www.un.org/securitycouncil/content/repertoire/actions>
- Werkner, I. J. (2006). *Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee? Wehrstruktur im europäischen Vergleich*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Wissenschaft im Dialog / TNS Emnid (2016). *Wissenschaftsbarometer 2016*. 05.03.2018. https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/Dokumente_16/Wissenschaftsbarometer2016_web.pdf
- Wissenschaft im Dialog / Kantar Emnid (2019). *Wissenschaftsbarometer 2019*. 26.03.2020. https://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/Dokumente_19/Broschuere_WisWissenschaftsbarometer2019.pdf

- Wissenschaftsbarometer Schweiz COVID-19 Edition (2020). *Wissenschaftsbarometer COVID-19 Edition – Tabellenband*. 04.03.2021. https://wissenschaftsbarometer.ch/wp-content/uploads/2021/03/Tabellenband_Wissenschaftsbarometer_2020_DE.pdf
- Wolter, S.C. (2017). *Der Bildungsmittelstand steigt auf*. 07.02.2020. https://dievolkswirtschaft.ch/content/uploads/2017/11/DV_I2-2017_DE.pdf
- Würmli, S. (2015). *Die Entwicklung der zivil-militärischen Beziehungen in der Schweiz. Eine Analyse anhand von stimmbevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen, 1983–2013*. Zürich: Buchbinderei Bommer GmbH.
- Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) (2020). *Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2020*. Potsdam, Oktober 2020.
- Ziegler, D., Kudlacek, D., Fischer, T. A. (2011). Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. *Forschungsforum Öffentliche Sicherheit Schriftenreihe Sicherheit* Nr. 5, 1–92.

Quellenhinweise nach chronologischer Reihenfolge zu den Daten der Erhebungsreihe «Sicherheit» (siehe Tabelle 3.4)

- Meyer, R. (1976). *Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung*. Unveröffentlichte Randauszählung. Bern: Soziologisches Institut der Universität Bern.
- Haltiner, K.W., Anker, H. (1986). *Die Bürger und seine Verteidigung: Sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz*. Auswertung einer Repräsentativbefragung. Bern: Institut für Soziologie, Universität Bern.
- Riklin, A., Frei, Ch. (1986). *Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Laggner, B. (1988). *Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.

- Haltiner, K.W., Gut, H. (1990). *Nachbefragung zur Abstimmung vom 26.II.1989; Initiative «Schweiz ohne Armee»: Abstimmungsmotive und sicherheitspolitische Meinungstrends – eine erste Auswertung*. Unterbözberg: Militärwissenschaftliche Arbeitsgruppe des Ausbildungschefs Armeestabsteil 360.1.
- Riklin, A., Hafen, Th. (1990). *Bericht zum UniVox-Thema IVb «Verteidigung»*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). *Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L. (1993). *Stand der Sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung: Eine Untersuchung am Beispiel der Wehrpolitischen Initiativen*. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH.
- Haltiner, K.W. (1994). *Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung*. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W. (1995). *Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1996). *Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 38. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH.
- Haltiner, K.W. (1996). *Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). *Sicherheit '97. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH.

- Haltiner, K.W. (1998). *Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 4. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J., Szvircev T. (1999). *Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH und Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2000). *Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2001). *Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und Militärische Führungsschule an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2002). *Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev Tresch, T. (2003). *Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev Tresch, T. (2004). *Sicherheit 2004 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircev Tresch, T., Würmli, S. (2005). *Sicherheit 2005 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Szvircev Tresch, T., Würmli, S. (2006). *Sicherheit 2006 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.

- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U. (2007). *Sicherheit 2007 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Würmli, S., Wenger, U., Lipowicz, A. (2008). *Sicherheit 2008 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Pletscher M., Wenger U. (2009). *Sicherheit 2009 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2010). *Sicherheit 2010 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Bisig, E. (2011). *Sicherheit 2011 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Würmli, S., Craviolini, J., Vogler-Bisig, E. (2012). *Sicherheit 2012 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Craviolini, J., Krämer, E., Sokoli, E. (2013). *Sicherheit 2013 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Craviolini, J., Vogler-Bisig, E., Krämer, E., Pfister, S. (2014). *Sicherheit 2014 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Ferst, T., Pfister, S., Rinaldo, A. (2015). *Sicherheit 2015 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.

- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., Ferst, T., Graf, T., Pfister, S., Rinaldo, A., (2016). *Sicherheit 2016 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Moehlecke de Baseggio, E., Schneider, O., Scurrall, J.V. (2017). *Sicherheit 2017 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Giovanoli, M., Moehlecke de Baseggio, E., Schneider, O., Scurrall, J.V. (2018). *Sicherheit 2018 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Birmensdorf: Center for Security Studies der ETH und Militärakademie an der ETH.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Giovanoli, M., Moehlecke de Baseggio, E., Reiss, T., Rinaldo, A., Schneider, O., Scurrall, J. V. (2019). *Sicherheit 2019 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.
- Szvircev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J. (2020). *Sicherheit 2020 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.

Anhang I Methode

I Die Qualität der Variablen¹

Variablen unterscheiden sich voneinander bezüglich ihrer Eigenschaften, der Zulässigkeit der Aussagen sowie der Transformationen, die mithilfe von ihnen getroffen und durchgeführt werden können. Die verschiedenen Ausprägungen der Variablen können durch Zahlen dargestellt werden, welche die gemessenen Beziehungen widerspiegeln. Skalenniveaus definieren, welche Eigenschaften und Beziehungen die Variablen an sich aufweisen. Die zugelassenen Berechnungen und Aussagen variieren somit nach Skalenniveau und nehmen mit der Zunahme des Skalenniveaus zu.

Eine Skala, die nur Zuordnungen zu verschiedenen Merkmalsausprägungen beinhaltet, heisst *Nominalskala* (z. B. Staatszugehörigkeit, Religion, Beruf, Geschlecht, Haarfarbe); eine, deren Werte Rangordnungen zulässt, die Abstände dazwischen aber nicht quantifiziert, d.h. nicht sinnvoll interpretiert werden können, wird *Ordinalskala* genannt (z.B. militärische Grade, Bildungsabschlüsse, Ranglisten im Fussball). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, welche somit quantifiziert werden können, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Temperatur in Grad Celsius/Fahrenheit, IQ-Skala, Kalendersysteme). Zuletzt gibt es noch die *Ratio-* bzw. *Verhältnisskala*, die zusätzlich einen natürlichen Nullpunkt aufweist, womit auch Aussagen über Verhältnisse zwischen Merkmalsausprägungen getroffen werden können (z. B. metrische Einheiten, Alter, Einkommen). In den Sozialwissenschaften liegen die empirischen Daten jedoch sehr selten in Form einer Verhältnisskala vor.

II Korrelationen und Koeffizienten²

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der deskriptiven (beschreibenden) Statistik. Als geeignete Masse haben sich sogenannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, welche ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen darstellen. Im Folgenden werden die verwendeten Zusammenhangsmasse einzeln beschrieben und erläutert.

1 Vgl. Atteslander 2010; Bortz & Döring 2006.

2 Vgl. Bortz 1984; Bortz & Döring 2006; Atteslander 2010; Diekmann 2007.

Viele Korrelationskoeffizienten geben neben der Stärke des Zusammenhangs zusätzlich die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Dies ist durch das Skalenniveau bedingt. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmen, auch der Frage B zu und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, spricht man von einem positiven Zusammenhang. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen würde und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte und ordinalskalierte Variablen (vgl. Abschnitt I) der sogenannte *Kontingenzkoeffizient* (CC), der *Gamma-Koeffizient* (γ), *Cramérs V* (V) und der *Spearman-Koeffizient* (ρ) verwendet.³

Der *Kontingenzkoeffizient* (CC) nach Karl Pearson erfasst den Zusammenhang zweier nominalskalierter Variablen (z.B. Geschlecht, Region). Der Wertebereich des CC variiert zwischen 0 und +1. Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und +1 einen perfekten Zusammenhang zwischen den Merkmalen. Das Zusammenhangsmass *Cramérs V* (V) ist eine von Harald Cramér entwickelte Masszahl für die Stärke der Zusammenhänge kategorialer Daten. Das Mass basiert, wie auch der Kontingenzkoeffizient, auf einer Normierung des χ^2 -Wertes (χ^2). V variiert im Wertebereich zwischen 0 bis +1 und ist unabhängig von der Tabellengröße und Fallzahlen. Dadurch ist das Mass geeignet, die Stärke des Zusammenhanges von Variablenpaaren zu vergleichen, welche eine unterschiedliche Anzahl von Ausprägungen haben (Diaz-Bone 2013, 85). Der *Gamma-Koeffizient* (γ) nach Goodman und Kruskal und der *Spearman-Koeffizient* (ρ) gelangen zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen ordinalskaliert (z.B. Alterskategorien, Bildung, Einkommenskategorien, politische Einstellung) sind. Der Wertebereich der beiden Koeffizienten variiert zwischen -1 und +1. Ein negativer Wert zeigt einen negativen Zusammenhang und umgekehrt. Je näher er bei 0 ist, desto schwächer ist der Zusammenhang.

Die *Produkt-Moment-Korrelation* (r), auch *Pearsonscher-Koeffizient* genannt, wird für Korrelationen intervallskalierter Variablen verwendet. Der Wertebereich variiert ebenfalls zwischen -1 und +1.

Signifikanz: In der Sozialforschung wird meistens mit Stichproben gearbeitet, da Vollerhebungen der untersuchten Grundgesamtheit (Population) meist nicht verfügbar oder sehr kostenintensiv und nicht praktikabel sind. Deshalb beziehen sich die Korrela-

3 In der Studie «Sicherheit» werden für Tabellen, in denen Cramérs V aufgrund der Vergleichbarkeit von Effektstärken bivariater Zusammenhänge von unterschiedlich skalierten Variablen mit ungleicher Anzahl von Antwortkategorien als Zusammenhangsmass angegeben ist, nur signifikante Korrelationen berücksichtigt, welche auf den Berechnungen der CC- und Gamma-Werte beruhen.

tionskoeffizienten in den allermeisten Fällen, und so auch die der Studienreihe «Sicherheit», auf die gezogene Stichprobe (N) und haben deshalb teilweise einen zufälligen Charakter. Es kann sein, dass in diesen Stichproben eine Korrelation auftritt, die es in der Gesamtpopulation nicht gibt. Anders ausgedrückt: Die statistische Inferenz ist nicht gesichert. Konkret würde dies in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1228-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der Schweizer Stimmbevölkerung (Grundgesamtheit) einen gewissen Fehlerbereich aufweist, da die Stichprobe zufällig gezogen wurde. Die Grösse dieses Fehlerbereichs wird durch die Grösse der Stichprobe und der Varianz innerhalb der Stichprobe beeinflusst. Um zu bestimmen, ob eine Korrelation in einer Stichprobe auch in der Gesamtpopulation auftritt, wird jeweils ein p-Wert (Signifikanzwert) ausgerechnet und ausgewiesen. Dieser Wert drückt die Wahrscheinlichkeit aus, dass die Korrelation zufällig zustande kam und nicht in der Gesamtpopulation vorhanden ist (dass wir beispielsweise einen Zusammenhang zwischen Geschlecht und Augenfarbe in unserer Stichprobe finden, den es in der Wirklichkeit nicht gibt). Deshalb wird sie auch Irrtumswahrscheinlichkeit genannt. Normalerweise wird in den Sozialwissenschaften der Grenzwert von 0.05 verwendet. Das heisst, dass das Risiko der Schlussfolgerung, dass eine Korrelation vorhanden ist, wenn tatsächlich keine Korrelation vorhanden ist, 5% beträgt.

Bei Zusammenhängen mit einem p-Wert von unter 0.05 (5%) wird deshalb von einem signifikanten Zusammenhang gesprochen. Ist dies gegeben, wird davon ausgegangen, dass der gemessene Zusammenhang auch für die Grundgesamtheit zutrifft.

III Cronbachs Alpha⁴

Cronbachs Alpha α ist ein Reliabilitätsmass, welches die interne Konsistenz von verschiedenen intervallskalierten Items (z.B. Vertrauensindex 10er Skala) wiedergibt. Es ist ein Mass für die Konstanz des Zusammenhangs zwischen den gemessenen und den tatsächlichen Werten. Cronbachs Alpha gibt dabei den Anteil der beobachteten Item-Varianz aus, die als wahrheitsgetreu gilt. Der sinnvoll interpretierbare Wertebereich liegt zwischen 0 und +1.

IV Das Testen von Zusammenhangshypothesen mittels χ^2 -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete χ^2 -Test beruht auf dem $k \times l$ - χ^2 -Verfahren zur Überprüfung von Zusammenhangshypothesen, wobei k die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und l die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals

4 Vgl. Diekmann 2007, 254; Bortz & Döring 2006.

bezeichnen (Atteslander 2010, 285f.). Es wird geprüft, ob sich k voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von k unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zu Stande gekommen sind.

V Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels Mittelwert-Tests⁵

Anhand des t -Tests wird untersucht, ob sich die Mittelwerte einer Variable zweier Stichproben, oder einer Variable mit zwei Gruppen in einer Stichprobe, voneinander signifikant unterscheiden. Der Mittelwert ist der Durchschnittswert aller Nennungen und errechnet sich durch die Summe aller genannten Werte, geteilt durch die Anzahl Nennungen. Ist die zu untersuchende Variable nicht normalverteilt und damit die Voraussetzung dieses Mittelwerttests nicht gegeben, eignet sich das auf der Rangierung der Daten basierende, nicht-parametrische Unterschiedsmass des U -Test von Mann-Whitney. Eine Untersuchung der Mittelwerte von drei und mehr Stichproben bzw. Gruppen erlaubt die einfaktorielle Varianzanalyse. Wie dem t -Test liegt ihr die Annahme der Normalverteilung zugrunde. Die einfaktorielle Varianzanalyse zeigt dabei an, ob signifikante Mittelwertunterschiede auftreten. Welche Gruppen bzw. Stichproben sich dabei unterscheiden, berechnet die einfaktorielle Varianzanalyse nicht. Mittels im Nachhinein eingerichteter Tests (sog. Post hoc Tests), kann diesem Manko der einfaktoriellen Varianzanalysen entgegengetreten werden. Post hoc Tests führen nur dann zu einem interpretierbaren Resultat, wenn die einfaktorielle Varianzanalyse signifikante Gruppenunterschiede anzeigt. Als Post hoc Test findet in dieser Studie der Scheffe-Test Verwendung. Der Scheffe-Test berechnet bei ungleicher Gruppengröße automatisch die homogenen Untergruppen. Dabei wird eine Gewichtung vorgenommen, welche die unterschiedlichen Gruppengrößen berücksichtigt.

Ist die Annahme der Normalverteilung nicht gegeben, so wird auf den nicht-parametrischen Kruskal-Wallis-Test zurückgegriffen.

5 Vgl. Bortz & Schuster 2010.

VI Clusteranalyse⁶

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster intern möglichst homogen und extern möglichst heterogen sein sollten. Mit anderen Worten: Die Elemente eines Clusters sollen möglichst ähnlich sein und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den Ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden, das heisst, das erste Objekt jedes Clusters (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster werden vorgegeben. Es wird dann versucht, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; man verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER des Statistikprogramms SPSS Version 24, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Die Clusteranalyse erzeugt zwei wichtige Informationen: Jedem einzelnen Clusterzentrum wird ein Wert zugeordnet und jedes Objekt wird einem Cluster zugeteilt. Daraus ergibt sich die Clusterzugehörigkeit, die als eine neue Variable betrachtet werden kann, mit der sich arbeiten lässt. In der Studienreihe «Sicherheit» wird das QUICK CLUSTER-Verfahren für die Typologien der Neutralitätsauffassung («Neutralitätsdissonante», «Neutralitätspragmatiker», «Neutralitätstraditionalisten», «Neutralitätskritiker») und Kooperationstypen («Harte Öffnungswillige», «Autonomisten», «Weiche Öffnungswillige») angewandt.

6 Vgl. Bortz 1984; Bacher 1994.

VII Einfache (bivariate) und multivariate Regressionsanalyse⁷

Die Regressionsanalyse dient zwei statistischen Fragestellungen: Einerseits wird sie zur Vorhersage einer erklärten (abhängigen) Variable durch erklärende (unabhängige) Variablen angewandt. Bei der Regressionsanalyse geht man in der Regel von einem linearen Zusammenhang aus (je-desto-Beziehung) und im Gegensatz zur Korrelation, die einen ungerichteten Zusammenhang untersucht, wird bei der Regressionsanalyse aufgrund theoretischer Vorkenntnisse eine Richtung der Beziehung vorbestimmt. Es kann zum Beispiel untersucht werden, wie stark sich der Verkauf eines Produktes verändern wird, wenn die Ausgaben für die Werbung verdoppelt werden.

So werden anhand der Regressionsgleichung die theoretisch begründeten Ursache-Wirkung-Beziehungen (Kausalitäten) untersucht. Es wird berechnet, wie gut sich die erklärte Variable durch die erklärenden Variablen beobachten lässt, das heisst, welche *Varianz* (erklärte Veränderung der abhängigen durch die unabhängige Variable) durch letztere erklärt werden kann und welchen Beitrag die erklärenden Variablen zur Varianzaufdeckung der erklärten Variable beitragen. Es können auch Aussagen über die Stärke der einzelnen unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable getroffen werden. Wenn man also zum Beispiel wissen will, ob und wie gut sich die politische Partizipation durch die Bildung, durch das Elternhaus und durch das Vertrauen in die Politik erklären lässt, dann bedient man sich der Regressionsanalyse.

Es wird zwischen einfachen, bzw. bivariaten, und multivariaten Regressionen unterschieden. Bei ersterer wird lediglich eine erklärende (unabhängige) Variable in das Modell genommen. Werden hingegen mehrere erklärende Variablen beigezogen, dann handelt es sich um eine multiple oder multivariate Regression. Im Text wird das korrigierte R-Quadrat (adjusted r^2) ausgewiesen. Dieses gibt den Anteil der erklärten Varianz der abhängigen Variable im Verhältnis zur gesamten Varianz an.

Die abhängige Variable der Regressionsgleichung muss mindestens intervallskaliert sein. Ist sie nominal- oder ordinalskaliert, wird eine logistische oder Probit-Regressionsanalyse durchgeführt. Hierbei wird im Text das Nagelkerke- r^2 ausgewiesen.

⁷ Vgl. Backhaus et al. 2011.

Anhang II Typologien

I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften ist die Cluster-Analyse. Damit können in weiten Teilen ähnliche Einstellungsprofile zu Mustern zusammengefasst werden. Dabei sollen die verschiedenen Typen möglichst wenig Ähnlichkeiten mit den anderen Mustern aufweisen. Die Typenbildung erfolgt durch einen Optimierungsprozess, d.h., es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang I, Abschnitt VI).

Die hier vorgestellten Cluster-Bildungen wurden erstmals mit den Daten des Jahres 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Basis für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster bezüglich der internationalen Kooperationsbereitschaft und der Neutralitätsauffassung in der Schweizer Stimmbevölkerung.¹

Untenstehend sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien «Neutralitätsauffassung» und «ausen- und sicherheitspolitische Kooperationsbereitschaft» für die Daten 2021 numerisch wiedergegeben (Tabellen I und III) und in den Abbildungen A und B grafisch dargestellt. Die numerischen Cluster-Zentren der Daten 2020 sind für Vergleichszwecke ebenfalls abgebildet (Tabellen II und IV).

Um eine einfachere und bessere Lesbarkeit und Interpretation zu gewährleisten, wurde aus inhaltlichen Gründen die Skala der Abbildungen (A und B) umgedreht (1 = «gar nicht einverstanden» bis 4 = «sehr einverstanden»). Lesebeispiel: Je grösser der Mittelwert ist, desto eher sind Befragte mit dieser Ansicht einverstanden. Damit sind die unten dargestellten Mittelwerte der verwendeten Items nicht deckungsgleich mit jenen der Tabellen I bis IV. Die hier abgebildeten Mittelwerte werden für die Berechnung der Neutralitätscluster 2021 und 2020 und der Kooperationscluster 2021 und 2020 verwendet.

1 Im Jahresband «Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend» wird das theoretische Konzept der Typologien entsprechend erklärt (Haltiner & Spillmann 1994, 15–18).

Tabelle 1

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2021 (Mittelwerte).

Diese Mittelwerte werden für die Berechnung der Neutralitäts-Cluster 2021 verwendet.

	Zentrum Cluster 1 («Kritiker»)	Zentrum Cluster 2 («Pragmatiker»)	Zentrum Cluster 3 («Dissonante»)	Zentrum Cluster 4 («Traditionalisten»)
Solidaritätsfunktion, Vermittlerrolle: «Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.» (Gute Dienste leisten)	1.92	1.59	1.55	1.22
Identitätsfunktion: «Die Neutralität ist untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden.» (Neutralität als Staatsgedanken)	2.67	1.46	1.65	1.31
Sicherheitspolitische Funktion I: «Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.» (Dank Neutralität keine Konflikte)	2.77	2.09	1.92	1.84
Sicherheitspolitische Funktion II: «Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.» (Neutralität stabilisiert Sicherheitslage in Europa)	2.91	3.13	1.89	1.68
Bewaffnete Neutralität: «Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.» (Bewaffnete Neutralität nicht glaubhaft)	2.07	2.33	2.63	3.33
Neutralität als Instrument: «Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.» (Neutralität aufgeben, wenn keine Vorteile mehr)	2.59	3.51	2.95	3.80
Kritische Beurteilung der Neutralität und Interdependenz: «Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.» (Interdependenz verunmöglicht Neutralität)	2.49	2.95	2.69	3.46
Kritische Beurteilung: Neutralität als Handlungshindernis: «Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.» (Neutralität als Handlungshindernis)	2.54	3.09	2.50	3.60

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle II

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2020 (Mittelwerte)

Diese Mittelwerte wurden 2020 für die Berechnung der Neutralitäts-Cluster 2020 verwendet.

	Zentrum Cluster 1 («Kritiker»)	Zentrum Cluster 2 («Pragmatiker»)	Zentrum Cluster 3 («Dissonante»)	Zentrum Cluster 4 («Traditionalisten»)
Solidaritätsfunktion, Vermittlerrolle: «Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.» (Gute Dienste leisten)	2.00	1.42	1.51	1.17
Identitätsfunktion: «Die Neutralität ist untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden.» (Neutralität als Staatsgedanken)	2.53	1.65	1.58	1.36
Sicherheitspolitische Funktion I: «Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.» (Dank Neutralität keine Konflikte)	2.69	2.45	1.79	1.92
Sicherheitspolitische Funktion II: «Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.» (Neutralität stabilisiert Sicherheitslage in Europa)	3.05	2.76	1.87	1.58
Bewaffnete Neutralität: «Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.» (Bewaffnete Neutralität nicht glaubhaft)	1.98	2.20	2.43	3.45
Neutralität als Instrument: «Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.» (Neutralität aufgeben, wenn keine Vorteile mehr)	2.45	3.66	3.06	3.75
Kritische Beurteilung der Neutralität und Interdependenz: «Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.» (Interdependenz verunmöglicht Neutralität)	2.33	2.89	2.44	3.56
Kritische Beurteilung: Neutralität als Handlungshindernis: «Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.» (Neutralität als Handlungshindernis)	2.34	3.25	2.36	3.64

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2021 (Mittelwerte).

Lesebeispiel: Je grösser der Mittelwert ist, desto eher sind Befragte mit dieser Ansicht einverstanden.

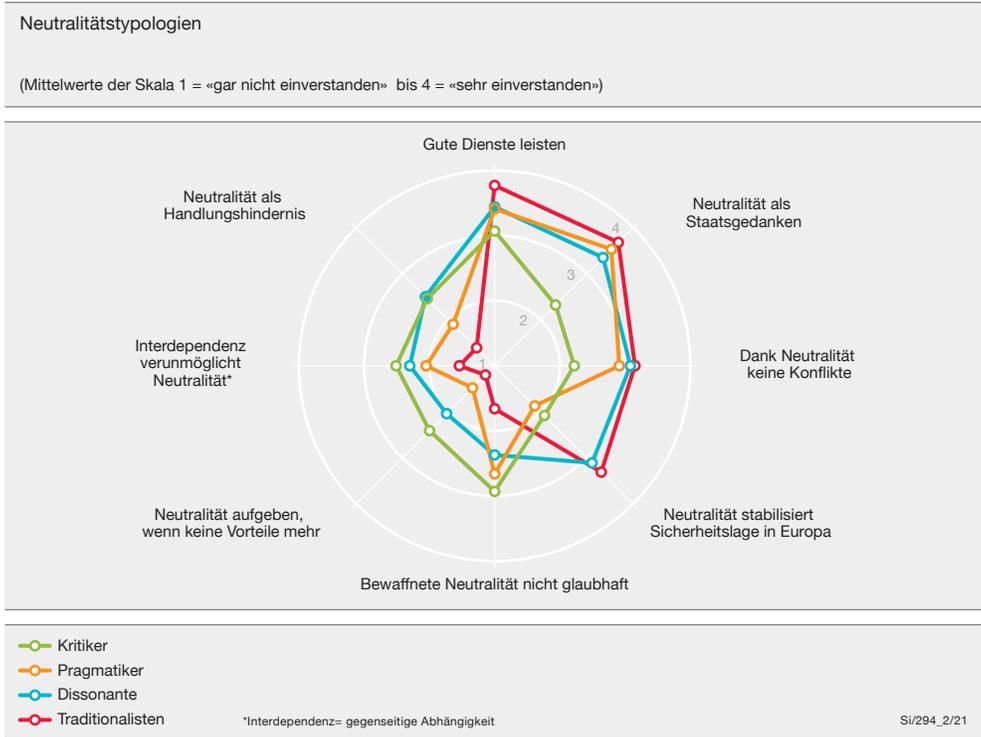


Tabelle III

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft 2021.

Diese Mittelwerte werden für die Berechnung der Kooperations-Cluster 2021 verwendet.

	Zentrum Cluster 1 («Harte Öffnung»)	Zentrum Cluster 2 («Weiche Öffnung»)	Zentrum Cluster 3 («Autonomisten»)
Harte Kooperation mit EU: «Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.» (EU-Beitritt)	2.52	3.73	3.81
Sicherheitspolitische Allianz mit Nato: «Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.» (Nato-Annäherung)	2.38	2.31	3.09
Weiche Kooperation mit Uno: «Die Schweiz sollte sich aktiv für die Anliegen der Uno einsetzen.» (Engagement für Uno-Anliegen)	1.85	1.90	2.79
Weiche Kooperation durch Konfliktvermittlung: «Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.» (Konfliktvermittlung)	1.78	1.77	2.62
Weiche Kooperation durch Entwicklungshilfe: «Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.» (Entwicklungshilfe)	1.76	2.05	2.69
Bilateraler Weg mit EU: «Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.» (Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU)	2.07	1.48	1.98
Differenzielle Neutralität: «Die Schweiz sollte politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.» (Militärisch neutral – politisch aktiv)	2.13	2.08	2.93
Neutralitätsprinzip: «Die Schweiz sollte die Neutralität beibehalten.» (Beibehaltung der Neutralität)	1.71	1.15	1.18
Wirtschaftliche und politische Autonomie: «Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.» (Wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit)	2.57	1.56	1.56

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle IV

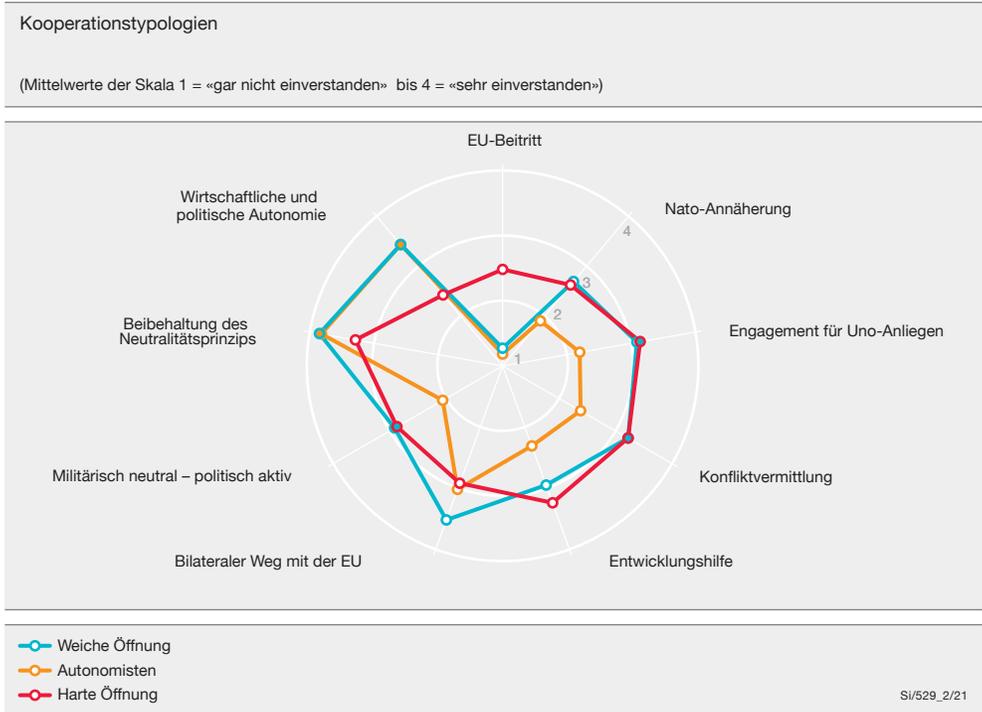
Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft 2020. Diese Mittelwerte wurden 2020 für die Berechnung der Kooperations-Cluster 2020 verwendet.

	Zentrum Cluster 1 («Harte Öffnung»)	Zentrum Cluster 2 («Weiche Öffnung»)	Zentrum Cluster 3 («Autonomisten»)
Harte Kooperation mit EU: «Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.» (EU-Beitritt)	2.47	3.75	3.81
Sicherheitspolitische Allianz mit Nato: «Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.» (Nato-Annäherung)	2.46	2.56	3.23
Weiche Kooperation mit Uno: «Die Schweiz sollte sich aktiv für die Anliegen der Uno einsetzen.» (Engagement für Uno-Anliegen)	1.84	2.07	3.01
Weiche Kooperation durch Konfliktvermittlung: «Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.» (Konfliktvermittlung)	1.82	1.93	2.44
Weiche Kooperation durch Entwicklungshilfe: «Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.» (Entwicklungshilfe)	1.74	2.07	2.84
Bilateraler Weg mit EU: «Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.» (Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU)	2.29	1.49	2.12
Differenzielle Neutralität: «Die Schweiz sollte politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.» (Militärisch neutral – politisch aktiv)	2.25	2.28	3.14
Neutralitätsprinzip: «Die Schweiz sollte die Neutralität beibehalten.» (Beibehaltung der Neutralität)	1.78	1.22	1.18
Wirtschaftliche und politische Autonomie: «Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.» (Wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit)	2.60	1.66	1.64

1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung B

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft 2021 (Mittelwerte). Lesebeispiel: Je grösser der Mittelwert ist, desto eher sind Befragte mit dieser Ansicht einverstanden.



Anhang III

I Sicherheit 2021 – Fragebogen und Häufigkeitstabellen

Befragungszeitraum: 05.–26. Januar 2021
Stichprobenziehung: Random-Quota-Verfahren, N = 1228; Deutschschweiz,
Westschweiz, Tessin
Befragungsinstitut: LINK, Luzern

Die helvetischen Frageformulierungen wurden bewusst gewählt, da die Interviews in der Deutschschweiz prinzipiell auf Schweizerdeutsch (Mundart) durchgeführt wurden.

Guten Tag, hier ist ... Ich läute Ihnen im Auftrag vom Bund an.

Wir vom Forschungsinstitut LINK sind mit der Durchführung von einer Befragung von Stimmberechtigten zum Thema Sicherheit beauftragt worden. Wären Sie bereit, dazu ein paar Fragen zu beantworten?
Das Interview dauert ungefähr 25 bis 30 Minuten.

Zunächst einige Einstiegsfragen.

S1.

Sind Sie mindestens 18 Jahre alt und in der Schweiz auf eidgenössischer Ebene stimmberechtigt?

ja.....1
nein2
---> bei «nein»: Abbruch!

S2.

Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

... Jahre

S3.

[INT: Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).]

Mann.....1
Frau2

Als Nächstes stelle ich Ihnen jetzt einige allgemeine Fragen zum Thema Sicherheit.

Q 1

Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» geniesst und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

[Nur 1 Antwort pro Zeile]

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt kein Vertrauen								volles Vertrauen	

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....99

keine Antwort99

[Reihenfolge der Items zufallsvariieren]

Inwiefern genießt/geniessen ... Ihr Vertrauen?

- A der Bundesrat
- B das Eidgenössische Parlament in Bern
- C die Gerichte
- D die Polizei
- E die Armee
- F die Medien
- G die Schweizer Wirtschaft
- H die politischen Parteien
- I die Wissenschaft

Q 2**Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?****Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?**

sehr sicher	1
eher sicher	2
eher unsicher	3
ganz unsicher	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9

Q 3**Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss in Ihrer Wohngegend unterwegs sind? Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?**

sehr sicher	1
eher sicher	2
eher unsicher	3
ganz unsicher	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9
<i>Nach Einbruch der Dunkelheit bin ich nie alleine unterwegs.</i>	97

Q 4**Wie sicher fühlen Sie sich an öffentlichen Orten, wo es viele Leute hat. Zum Beispiel an Sportanlässen, Konzerten und Bahnhöfen. Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?**

sehr sicher	1
eher sicher	2
eher unsicher	3
ganz unsicher	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9
<i>Ich bin nie an öffentlichen Orten, wo es viele Leute hat.</i>	97

Q 5

Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

sehr optimistisch	1
eher optimistisch.....	2
eher pessimistisch.....	3
sehr pessimistisch	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
<i>weiss nicht.....</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9

Q6

Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

sehr optimistisch	1
eher optimistisch.....	2
eher pessimistisch.....	3
sehr pessimistisch	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
<i>weiss nicht.....</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur weltpolitischen Lage an Sie.

Q7

Es gibt für uns wichtige Werte und Sachen, wo bedroht werden können. Bitte sagen Sie mir für die folgenden Werte und Sachen, wie stark Sie diese aktuell in der Schweiz bedroht sehen. Verwenden Sie dazu eine 10er Skala, wobei 1 «überhaupt nicht bedroht» und 10 «sehr stark bedroht» bedeutet. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

[Nur 1 Antwort pro Zeile]

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt nicht bedroht								sehr stark bedroht	

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....	99
keine Antwort	99

[Reihenfolge zufallsvariieren]

Wie stark sehen Sie ...

- A die Arbeitsplätze in der Schweiz bedroht?
- B die demokratischen Grundrechte in der Schweiz bedroht?
- C den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Schweiz bedroht?
- D die Ruhe und Ordnung in der Schweiz bedroht?
- E die soziale Sicherheit in der Schweiz wie zum Beispiel eine gesicherte Arbeitslosen- oder Invalidenversicherung bedroht?
- F das Gesundheitswesen in der Schweiz bedroht?
- G die Datensicherheit in der Schweiz bedroht?
- H die Natur in der Schweiz bedroht?
- I die persönliche Freiheit in der Schweiz bedroht?
- J die Energieversorgung in der Schweiz bedroht?

Q8

Ich lese Ihnen mögliche Bedrohungsarten für die Schweizer Bevölkerung vor und bitte Sie anzugeben, wie hoch Sie die Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass eine solche Bedrohung in nächster Zukunft eintrifft. Verwenden Sie auch hier bitte eine 10er Skala, wobei 1 «überhaupt nicht wahrscheinlich» und 10 «absolut wahrscheinlich» bedeutet.

[Nur 1 Antwort pro Zeile]

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt nicht wahrscheinlich							absolut wahrscheinlich		
[INT. nicht vorlesen]									
weiss nicht.....									99
keine Antwort									99

[Reihenfolge der Items zufallsvariieren]

Für wie wahrscheinlich halten Sie eine Bedrohung von der Schweizer Bevölkerung ...?

- A durch die organisierte Kriminalität
- B durch Migration
- C durch einen militärischen Angriff
- D durch Terroranschläge
- E durch technische Katastrophen
- F durch Cyber-Angriffe
- G durch eine Pandemie
- H durch eine Wirtschaftskrise
- I durch die Verbreitung von falschen Informationen (Fake News)

[INT.: von Zeit zu Zeit Einstiegssatz «Für wie wahrscheinlich halten Sie eine Bedrohung der Schweizer Bevölkerung...?» wiederholen

Begriffserklärungen nur bei Nachfrage:

- Technische Katastrophen: Beispiele: Blackout, AKW-Unfall, Staudammbruch und ähnliches.
- Cyber-Angriffe: Ein Cyber-Angriff ist ein Angriff auf die Computer- und Informationsnetze von Personen oder Organisationen, um Schaden zuzufügen.
- Pandemie: eine «neu, aber zeitlich begrenzt in Erscheinung tretende, weltweite starke Ausbreitung einer Infektionskrankheit mit hohen Erkrankungszahlen und auch mit schweren Krankheitsverläufen». Aktuell befinden wir uns mit Corona in einer Pandemie. Die Frage ist, wie wahrscheinlich Sie ein erneutes Auftreten einer Pandemie als Bedrohung für die Schweizer Bevölkerung einschätzen].

Q9

In den Jahren 2020 und 2021 sind verschiedene Bereiche vom Leben in der Schweiz durch den Corona-Virus betroffen. Ich lese Ihnen nun einige Bereiche vor. Bitte sagen Sie mir anhand einer Skala von 1 bis 4, wie stark Sie persönlich in diesen Bereichen betroffen sind, wobei 1 für «gar nicht betroffen» und 4 für «sehr stark betroffen» steht.

gar nicht betroffen.....	1
eher nicht betroffen.....	2
eher betroffen.....	3
sehr stark betroffen.....	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort.....</i>	<i>9</i>

[Reihenfolge der Items zufallsvariieren]

Wie stark sind Sie durch den Corona-Virus betroffen in...?

- A Ihrem Arbeitsleben
- B Ihrer körperlichen Gesundheit
- C Ihrer psychischen Gesundheit
- D Ihrer finanziellen Situation
- E Ihrem Freizeitverhalten
- F Ihrem Familienleben
- G Ihrem Umgang mit Ihren besten Kolleginnen und Kollegen

[INT. nur bei Nachfrage]

- *Freizeitverhalten: Beispiele Reisen, Konsum, Verabredungen*
- *Beste Kolleginnen und Kolleginnen: Damit sind Ihnen nahestehende Personen gemeint, mit denen Sie im privaten Bereich zusammen Zeit verbringen.]*

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Politik und zur weltpolitischen Lage an Sie.

Q10

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden.....	1
eher einverstanden	2
eher nicht einverstanden	3
gar nicht einverstanden	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort</i>	<i>9</i>

[Reihenfolge der Items zufallsvariieren]

- A Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.
- C Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.
- D Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- E Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
- F Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.
- G Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
- H Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.
- I Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium von der Uno, anstreben.
- J Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen von der Uno einsetzen.

[INT. nicht vorlesen]

Definition EU = Europäische Union.]

Q11

Ich habe hier noch einmal einige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden.....	1
eher einverstanden	2
eher nicht einverstanden	3
gar nicht einverstanden	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort</i>	<i>9</i>

[Reihenfolge A–I zufallsvariieren, J muss immer die letzte Antwort sein!]

- A Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.
- B Die Schweiz sollte eine vollständig ausgerüstete Armee unterhalten.
- C Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.
- D Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.
- E Die Schweiz sollte sich der Nato annähern.
- F Die Schweiz sollte der Nato beitreten.
- G Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.
- H Die Schweiz sollte bei internationalen Konferenzen eine aktivere Rolle spielen.
- I Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.
- J Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.

Q12

Die Schweiz kennt die allgemeine Wehrpflicht für Schweizer Männer als Dienstmodell. Es gibt aber auch andere Dienstmodelle. Sagen Sie uns bitte zu jedem, welches ich Ihnen jetzt vorlesen werde, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden..... 1
- eher einverstanden 2
- eher nicht einverstanden 3
- gar nicht einverstanden 4

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*..... 8
- keine Antwort* 9

[Reihenfolge der Items zufallsvariieren]

Die Schweiz sollte...

- A ... die Wehrpflicht auch für Frauen einführen.
- B ... einen freiwilligen Militärdienst für Ausländerinnen und Ausländer einführen.
- C ... die heutige Wehrpflicht in einen obligatorischen Dienst NUR für Männer umwandeln, wobei Männer frei wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten.
- D ... für Männer UND Frauen einen obligatorischen Dienst einführen, wobei Männer und Frauen frei wählen könnten, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten.
- E ... einen obligatorischen Dienst für Ausländerinnen und Ausländer im Zivildienst oder Sozialdienst einführen.

Q13

In letzter Zeit wird die Einführung von einem allgemeinen obligatorischen Bürgerdienst diskutiert. Danach sollen Schweizerinnen und Schweizer einen Dienst für die Gesellschaft in der Armee, im Zivildienst, im Zivilschutz oder als Sozialdienst machen. Unter Sozialdienst fällt ein Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr oder ein politisches Amt auf Gemeindeebene. Zum allgemeinen Bürgerdienst haben wir einige Aussagen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden.....	1
eher einverstanden	2
eher nicht einverstanden	3
gar nicht einverstanden	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9

[Reihenfolge der Items zufallsvariieren]

Ein obligatorischer Bürgerdienst für Schweizer Männer und Frauen...

- A fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Schweiz
- B ist ein Gewinn sowohl für den Staat als auch für die Zivilgesellschaft.
- C erlaubt es, die zukünftigen Herausforderungen für die Schweiz, wie Altenpflege, Sicherheit oder Umweltschutz, zu meistern.
- D nimmt der Wirtschaft wichtige Arbeitskräfte weg.
- E verursacht zu hohe Kosten für den Staat.
- F ist eine unverhältnismässige Zwangsverpflichtung, wo die persönliche Freiheit einschränkt.

Q14

Sie haben einige Fragen zum allgemeinen obligatorischen Bürgerdienst beantwortet. Sind Sie für oder gegen die Einführung von einem solchen Dienst für Schweizer Männer und Frauen? Bitte antworten Sie mit sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen.

sehr dafür.....	1
eher dafür	2
eher dagegen	3
sehr dagegen	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	<i>8</i>
<i>keine Antwort</i>	<i>9</i>

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Neutralität an Sie.

Q15

Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Heute hört man auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden.....	1
eher einverstanden	2
eher nicht einverstanden	3
gar nicht einverstanden	4

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9

[Reihenfolge der Items zufallsvariieren]

- A Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.
- B Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.
- C Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
- D Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.
- E Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.
- F Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
- G Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.
- H Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.
- I Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung von der Neutralität.

Jetzt kommen wir zum letzten Thema, der Schweizer Armee

Q16

Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

- unbedingt notwendig.....1
- eher notwendig2
- eher nicht notwendig3
- überhaupt nicht notwendig.....4

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*.....8
- keine Antwort*9

Q17

Über die Bedeutung von dem Militär für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.

[INT. vorlesen]

- Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so.....1
- Das Militär ist ein notwendiges Übel.2
- Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.3

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*.....8
- keine Antwort*9

Q18

Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

- Milizarmee auch in Zukunft genügend1
- Wir würden eine Berufsarmee brauchen.....2

[INT. nicht vorlesen]

- weiss nicht*.....8
- keine Antwort*9

Q19

Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

viel zu viel	1
zu viel	2
gerade richtig	3
zu wenig.....	4
viel zu wenig	5
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
<i>weiss nicht.....</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9

Q20

Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung von der Schweizer Armee? Bitte geben Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10 an, wie zufrieden Sie sind. 1 bedeutet, dass Sie «überhaupt nicht zufrieden» sind, 10 bedeutet, dass Sie «sehr zufrieden» sind. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt nicht zufrieden								sehr zufrieden	
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>									
<i>weiss nicht.....</i>									98
<i>keine Antwort</i>									99

Zuletzt noch ein paar Fragen zu Ihrer Person.

Q21

Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen von der nationalen Sicherheit?

[INT: vorlesen]

sehr stark.....	1
eher stark.....	2
ein bisschen.....	3
überhaupt nicht.....	4
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>	
weiss nicht.....	8
keine Antwort	9

Q22

Sind Sie in der Schweizer Armee, im Zivildienst oder im Zivilschutz eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

[INT. vorlesen]

Ja, im Militär	1
Ja, im Zivildienst.....	2
Ja, im Zivilschutz	3
Ja, zuerst im Militär, dann im Zivildienst	4
Ja, zuerst im Militär, dann im Zivilschutz.....	5
Nein, ich bin nirgends eingeteilt	6

[INT. nicht vorlesen]

<i>weiss nicht.....</i>	8
<i>keine Antwort</i>	9

Q23**Welches ist Ihre Muttersprache, d.h. die Sprache, in der Sie normalerweise denken?**

deutsch	1
französisch	2
italienisch.....	3
rätoromanisch	4
andere Sprache.....	5

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q24**Sind Sie von Geburt an Schweizer/Schweizerin?**

ja.....	1
nein	2

[INT. nicht vorlesen]

keine Antwort	9
---------------------	---

Q25**Welches ist die höchste Ausbildung, wo Sie abgeschlossen haben oder wo Sie zurzeit machen?**

[INT. nicht vorlesen, sondern den untenstehenden Items zuordnen.

Bei Unklarheiten nachfragen]

Keine Ausbildung.....	1
Bis maximal 7 Jahre obligatorische Schule.....	2
Obligatorische Schule (Real-, Sekundar-, Bezirks-, Orientierungsschule, Pro-, Untergymnasium, Sonderschule)	3
1-jährige Vorlehre, 1-jährige allgemeinbildende Schule, 10. Schuljahr, 1-jährige Berufswahlschule, Haushaltslehrjahr, Sprachschule (mindestens 1 Jahr) mit Schlusszertifikat, Sozialjahr, Brückenangebote oder ähnliche Ausbildung.....	4
2- bis 3-jährige Diplommittelschule, Verkehrsschule, Fachmittelschule FMS oder ähnliche Ausbildung.....	5
Berufliche Grundbildung (Anlehre, 2- bis 4-jährige Berufslehre oder Vollzeitberufsschule, Handelsdiplom, Lehrwerkstätte oder ähnliche Ausbildung)	6
Gymnasiale Maturität, Lehrkräfte-Seminar (vorbereitende Ausbildung für Lehrkräfte von Kindergärten, Primarschule, Handarbeit, Hauswirtschaft).....	7
Berufs- oder Fachmaturität.....	8
Höhere Fach- und Berufsausbildung mit eidg. Fachausweis, eidg. Diplom oder Meisterdiplom, Höhere Fachschule für Technik (Technikerschule TS), für Wirtschaft (HKG) oder ähnliche höhere Fachschule (2 Jahre Voll- oder 3 Jahre Teilzeitstudium).....	9
Höhere Fachschule (Vorgänger von Fachhochschulen, z.B. HTL, HWV, HFG, HFS) inklusive Nachdiplome (3 Jahre Voll- oder 4 Jahre Teilzeitstudium)	10
Bachelor (Universität, ETH, Fachhochschule, pädagogische Hochschule).....	11
Master, Lizentiat, Diplom, Staatsexamen, Nachdiplom (Universität, ETH, Fachhochschule, pädagogische Hochschule)	12
Doktorat, Habilitation	13
[INT. nicht vorlesen]	
<i>weiss nicht</i>	98
<i>keine Antwort</i>	99

Q26

«Links, Mitte und Rechts» sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» etwa stehen?

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
ganz links								ganz rechts	
<i>[INT. nicht vorlesen]</i>									
weiss nicht.....									98
keine Antwort.....									99

Q27

Wie viel verdienen Sie etwa («öppe») im Monat? Denken Sie dabei an das effektive Netto-Einkommen, also das, was Sie aus allen Einkünften zusammen pro Monat ausbezahlt bekommen.

[INT. offene Frage, nachfragen und Nennungen notieren]

Verdienst pro Monat:

[INT: wenn Bedenken kommen darauf reagieren und HERVORHEBEN, dass die Angabe komplett anonym ist]

[INT. nicht vorlesen]

weiss nicht.....	98
keine Antwort.....	99

Besten Dank für das Interview!

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»
 S1: Sind Sie mindestens 16 Jahre alt und in der Schweiz auf eidgenössischer Ebene stimmberechtigt?

27. Juni 2021
 Studien-Nr.: 20.0753 //JI

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	D-CH (A)	F-CH (B)	ICH (C)	MANN (D)	FRAU (E)	16-29 (F)	30-59 (G)	60+ (H)	LINKS (I)	MITTE (J)	RECHTS (K)	TIEF (L)	MITTEL (M)	HOCH (N)
TOTAL	1228	902	276	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS ungewichtet	1228	902	276	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gvw. (100 %)	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
ja	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
nein, nicht stimmberechtigt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Proportions/Meanst. Column Total (5% risk level) - ABC- DIE - FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

SZ: Darf ich Sie zuerst fragen wie alt Sie sind?

27. Juni 2021
Studien-Nr.: 20.0753 //JI

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	D-CH (A)	F-CH (B)	I-CH (C)	MANN (D)	FRAU (E)	18-29 (F)	30-59 (G)	60+ (H)	LINKS (I)	MITTE (J)	RECHTS (K)	TIEF (L)	MITTEL (M)	HOCH (N)
TOTAL	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS ungewichtet	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gew. (100 %)	146	51	8	195	193	298	563	437	228%*	10,8%	15,6%	5,9%	17,0%	18,2%
18-29 Jahre	16,5%	18,5%	16,0%	17,9%	16,0%	100,0%*	JK	46	61	4	69	112
30-59 Jahre	43,1	129	23	287	296	..	563	..	194	172	195	27	223	332
60+ Jahre	47,5%	47,8%	46,7%	48,6%	46,5%	..	100,0%*	..	46,2%	46,6%	50,0%	39,7%	41,2%	53,9%*
Proportions/Mean:	32,9	68	19	198	209	..	497	..	131	157	134	37	208	279*
small base	35,7%	34,8%	38,0%	33,5%	37,5%	..	100,0%*	FG	31,2%	42,5%*	34,4%	54,4%*	41,8%*	27,0%*

Proportions/Mean: Columns Total (6% risk level) - ABC - DIE - F/GH - I/JK - LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

SS, Geschlecht

27. Juni 2021
Studien-Nr.: 20.0753 //JH

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
Männlich	604	436	136	25	591	..	106	297	198	167	149	241	26	166	207
	48.1%	48.6%	47.7%	46.0%	100.0%*	..	51.0%	49.2%	45.3%	44.5%	40.4%	61.8%*	42.6%	30.0%	50.6%*
Weiblich	637	464	146	27	..	637	102	296	239	233	220	149	39	346	249
	51.9%	51.4%	52.6%	54.0%	..	100.0%*	49.0%	50.8%	54.7%	55.5%	59.6%*	38.2%	57.4%	64.0%*	40.4%*

Proportions/Meanst. Column Total (5% risk level) - ABC- DIE - FGH-IJK-LMN

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

S4: Region

27. Juni 2021
Studien-Nr.: 20.0753 //JI

	REGION			GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
TOTAL	902	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616	
BASIS ungewichtet	902	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616	
BASIS gew. (100 %)	100,0%*	-	-	49,8%	46,4%	14,0%	63,1%	69,2%	3,9%	27,1%	26,5%	26	148	145,5	
D-CH	73,5%	-	-	74,1%	72,8%	71,8%	73,9%	73,7%	78,9%	73,4%	73,1%	42,6%	77,3%*	73,9%	
F-CH	27,6%	-	-	25,9%	27,2%	24,5%	22,1%	22,0%	20,6%	21,7%	23,3%	34	100	139	
I-CH	41,1%	-	-	3,9%	4,2%	3,8%	3,9%	4,3%	2,8%	4,8%	3,6%	7,4%	4,3%	3,6%	

Proportions/Mean: Columns Tiered (6% risk level) - ABC - DIE - F/GH - I/JK - LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Siedlungsart

27. Juni 2021
Studien-Nr.: 20.0753 //JH

	REGION			GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	D-CH (A)	F-CH (B)	I-CH (C)	MANN (D)	FRAU (E)	18-29 (F)	30-59 (G)	60+ (H)	LINKS (I)	MITTE (J)	RECHTS (K)	TIEF (L)	MITTEL (M)	HOCH (N)
TOTAL	1228	902	276	507	591	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS ungewichtet	1228	902	276	507	591	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gwr. (100 %)	800	595	215	44	457	163	451	346	329	295	297	46	416	494
Stadt/Agglo	78,2%	77,6%	78,3%	88,0%	77,3%	78,4%	77,4%	79,2%	78,3%	80,2%	78,2%	72,1%	77,3%	79,7%
Land	268	202	60	6	134	45	132	91	91	73	93	19	123	125
	21,8%	22,4%	21,7%	12,0%	22,7%	21,6%	22,6%	20,8%	21,7%	19,8%	23,8%	27,9%	22,7%	20,3%

Proportions/Meanst. Column Total (5% risk level) - ABC- DIE - FGH-IJK-LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q1: Ich meine Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen gemessen.

ÜBERSICHT

	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)
	BUNDESRAT	PARLAMENT IN BERN	GERICHTE	POLIZEI	ARMEE	MEDIEN	SCHWEIZER WIRTSCHAFT	POLITISCHE PARTEIEN	WISSENS- SCHAFT
BASIS ungewichtet	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
BASIS gew. (100 %)	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
voll. Vertrauen	(10)	109 8.9%	123 10.0%	159 12.9%	90 7.3%	11 0.9%	48 3.9%	9 0.7%	132 10.7%
		BEFGH	BEFGH	ABCEFGH	BEFGH		PH		BEFGH
	(09)	193 15.7%	230 18.7%	293 23.9%	122 9.9%	25 2.0%	110 8.9%	14 1.1%	244 19.9%
		BEFGH	ABCEFGH	ABCEFGH	FH		FH		ABEFGH
	(08)	382 30.9%	388 31.3%	396 32.1%	288 23.5%	123 10.0%	323 26.3%	106 8.6%	405 32.9%
		EFH	BEFGH	BEFGH	BEFGH		PH		BEFGH
	(07)	252 20.5%	304 24.4%	217 17.7%	292 23.8%	293 23.8%	312 25.4%	246 20.0%	238 19.4%
		ACDEFHI			CD	CD	ACDEFHI		
	(06)	105 8.6%	173 14.1%	95 7.7%	68 5.5%	155 12.6%	214 17.4%	289 23.5%	92 7.5%
		ACDI	ACDI	ACDI	ACDI	ACDI	ACDI	ABCEDEFGH	D
	(05)	80 6.5%	111 9.0%	90 7.3%	56 4.6%	149 11.9%	137 11.2%	305 24.8%	71 5.8%
		D	ADI	D	ABCDI	ABCEDEGI	ACDI	ABCEDEFGI	
	(04)	44 3.6%	53 4.3%	28 2.3%	14 1.1%	50 4.1%	46 3.7%	120 9.8%	17 1.4%
		CDI	CDI	CDI	CDI	ABCEDEG	CDI	ABCEDEG	
	(03)	29 2.4%	26 2.1%	19 1.5%	15 1.2%	98 8.0%	22 1.8%	65 5.3%	9 0.7%
		DI	I		CDGI	ABCEDEGHI	I	ABCEDEGI	
	(02)	14 1.1%	12 1.0%	9 0.7%	7 0.6%	57 4.6%	12 1.0%	31 2.5%	7 0.6%
					ABCEDEGI	ABCEDEGHI		ABCEDEGI	
Überhaupt kein Vertrauen	(01)	18 1.5%	7 0.6%	7 0.6%	10 0.8%	47 3.8%	8 0.7%	27 2.2%	3 0.2%
		CDI	I		BCDGI	ABCEDEGHI		CDGI	
wies nicht	(08)	2 0.2%	20 1.6%	20 1.6%	1 0.1%	2 0.2%	0 0.0%	14 1.1%	6 0.5%
			ABDFGI		ADF		D	ADJ	
keine Antwort	(09)	-	-	-	-	1 0.1%	2 0.2%	2 0.2%	4 0.3%
						ABD		ABD	
Top-Three-Boxes	684 55.7%	595 48.2%	741 60.3%	835 68.2%	503 40.7%	150 12.2%	461 37.2%	129 10.5%	704 56.9%
		BEFGH	ABEFGH	ABCEFGH	PH		PH		ABEFGH
Bottom-Three-Boxes	61 5.0%	53 4.3%	35 2.9%	32 2.6%	97 7.9%	202 16.4%	42 3.4%	123 10.0%	19 1.5%
		CDI	I		ABCDGI	ABCEDEGHI	I	ABCDGI	
ANTW	1226	1220	1206	1227	1213	1225	1218	1212	1218
MME	7.33	6.94	7.58	7.87	6.77	5.46	6.90	5.62	7.75
EFH	1.97	1.79	1.79	1.62	2.08	1.94	1.64	1.65	1.85
STAW									

Proportions/Mean. All Columns Testet (5% risk level)

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q1A: Ich nehme Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen gemässen. der Bundesrat

	TOTAL	REGION				GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU													
		D-CH	F-CH	ICH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)		
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616															
BASIS gvw. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616															
vollst. Vertrauen	(10)	109	76	27	5	61	48	21	43	45	30	30	44	7	51	51															
		8.9%	8.8%	9.6%	6.0%	10.3%	7.5%	10.1%	7.4%	10.3%	7.1%	8.1%	11.3%	10.3%	9.4%	8.3%															
(09)	183	143	41	9	94	99	40	78	75	72	65	50	11	69	112																
		15.7%	14.9%	14.9%	15.9%	15.5%	19.2%	13.4%	17.2%	17.1%	17.6%	12.8%	16.2%	11.6%	18.2%																
(08)	360	295	67	15	173	210	4	167	148	140	150	110	17	130	146																
		31.1%	31.4%	31.5%	24.0%	20.1%	33.0%	22.6%	28.0%	33.8%	32.3%	28.2%	25.0%	33.1%	30.0%																
(07)	252	183	57	12	118	134	44	120	88	87	75	78	12	106	134																
		20.3%	20.7%	24.0%	21.0%	21.2%	20.6%	20.1%	20.7%	20.3%	20.0%	21.6%	17.6%	19.6%	21.8%																
(06)	195	74	26	5	48	59	17	65	23	36	31	34	5	48	69																
		15.9%	8.2%	9.4%	10.0%	7.8%	8.3%	8.2%	11.1%	5.3%	8.8%	8.4%	8.7%	7.4%	7.4%	9.7%															
(05)	80	55	21	4	41	39	16	37	27	26	19	29	10	35	34																
		6.5%	6.1%	7.6%	6.9%	6.1%	7.7%	6.3%	6.2%	6.2%	5.1%	7.4%	14.7%	6.5%	5.5%																
(04)	44	35	9	2	23	21	10	22	12	10	11	20	2	23	17																
		3.6%	3.7%	3.3%	4.0%	3.6%	4.8%	3.8%	2.7%	2.4%	3.0%	5.1%	5.9%	4.3%	2.8%																
(03)	29	25	3	1	22	7	5	12	12	10	9	10	1	18	11																
		2.4%	2.8%	1.1%	2.0%	3.7%	2.4%	2.1%	2.7%	2.4%	2.4%	2.6%	3.3%	1.8%																	
(02)	14	11	3	1	8	10	2	9	3	1	3	9	0	8	5																
		1.1%	1.2%	1.1%	0.7%	1.6%	1.0%	1.5%	0.7%	0.2%	0.8%	2.3%	1.7%	0.8%																	
(01)	18	14	2	2	10	8	5	9	4	5	5	6	2	9	7																
		1.5%	1.6%	0.7%	4.0%	1.7%	2.4%	1.5%	0.9%	1.2%	1.4%	1.5%	2.9%	1.7%	1.1%																
(00)	2	2	-	-	-	2	1	1	-	1	1	-	-	2	-																
		0.2%	0.2%	-	-	0.3%	0.5%	0.2%	-	0.2%	0.3%	-	-	0.4%	-																
(99)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-																
Top-Three-Boxes	684	505	155	24	327	357	108	308	268	244	215	204	35	299	348																
		55.7%	56.0%	56.2%	48.0%	55.3%	56.0%	51.9%	52.8%	61.3%	58.3%	52.3%	61.5%	55.3%	56.5%																
Bottom-Three-Boxes	61	50	6	3	36	25	12	30	19	16	17	25	2	36	23																
		5.0%	5.5%	2.9%	6.0%	6.1%	3.9%	5.8%	5.1%	3.8%	4.6%	6.4%	2.8%	6.0%	3.7%																
ANTW	1226	900	276	50	591	635	207	562	437	419	368	390	68	539	616																
MIME	733	732	742	708	730	736	725	721	753	744	743	718	716	722	744																
STAW	187	190	174	203	196	178	205	186	178	170	180	204	203	198	175																

Proportions/Mean: Columns Tested (0% risk level) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
*small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q18: Ich nehme Ihnen jetzt einige Einordnungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen gemässen. das Eidgenössische Parlament in Bern

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU										
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29			30-59			60+			LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(D)	(E)	(E)	(F)	(F)	(G)	(G)	(H)	(H)	(I)	(I)	(J)	(J)	(K)	(K)	(L)	(L)	(M)	(M)	(N)	(N)	(O)	(O)			
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	208	583	437	
vollst. Vertrauen	60	37	21	5	53	57	14	19	27	14	19	27	14	19	27	14	19	27	14	19	27	14	19	27	14	19	27	14	19	27	
	4.9%	4.1%	7.6%*	4.0%	5.6%	4.2%	6.7%	3.3%	6.2%	3.3%	4.6%	6.4%	3.3%	4.6%	6.4%	3.3%	4.6%	6.4%	3.3%	4.6%	6.4%	3.3%	4.6%	6.4%	3.3%	4.6%	6.4%	3.3%	4.6%	6.4%	
(09)	107	70	30	7	52	55	29	42	36	35	34	35	34	35	34	35	34	35	34	35	34	35	34	35	34	35	34	35	34	35	34
	8.7%	7.8%	10.9%	14.0%	8.8%	8.6%	13.9%*	7.2%	8.2%	8.3%	9.2%	9.0%	8.6%	8.3%	9.2%	9.0%	8.6%	8.3%	9.2%	9.0%	8.6%	8.3%	9.2%	9.0%	8.6%	8.3%	9.2%	9.0%	8.6%	8.3%	9.2%
(08)	309	245	76	16	143	168	71	161	151	157	153	150	153	150	153	150	153	150	153	150	153	150	153	150	153	150	153	150	153	150	153
	27.6%	27.2%	27.5%	36.0%	24.2%	26.8%	27.4%	27.6%	27.7%	30.2%	27.8%	25.9%	30.2%	27.8%	25.9%	30.2%	27.8%	25.9%	30.2%	27.8%	25.9%	30.2%	27.8%	25.9%	30.2%	27.8%	25.9%	30.2%	27.8%	25.9%	30.2%
(07)	324	242	73	9	156	168	49	159	116	113	103	99	17	139	168	26.9%	27.9%	25.4%	25.0%	25.7%	27.3%	26.9%	27.9%	25.4%	25.0%	25.7%	27.3%	26.9%	27.9%	25.4%	25.0%
	26.8%	26.4%	26.4%	18.0%	26.4%	26.4%	23.6%	27.3%	26.5%	26.9%	27.9%	25.4%	25.0%	25.7%	27.3%	26.9%	27.9%	25.4%	25.0%	25.7%	27.3%	26.9%	27.9%	25.4%	25.0%	25.7%	27.3%	26.9%	27.9%	25.4%	25.0%
(06)	173	125	38	10	83	90	23	64	55	59	48	54	7	64	90	11.1%	18.1%	12.8%	14.0%	13.0%	13.8%	14.0%	13.0%	13.8%	14.0%	13.0%	13.8%	14.0%	13.0%	13.8%	
	14.1%	13.9%	13.8%	20.0%	14.0%	14.1%	11.1%	18.1%	12.8%	14.0%	13.0%	13.8%	14.0%	13.0%	13.8%	14.0%	13.0%	13.8%	14.0%	13.0%	13.8%	14.0%	13.0%	13.8%	14.0%	13.0%	13.8%	14.0%	13.0%	13.8%	
(05)	111	87	23	1	58	53	12	46	53	37	38	31	13	54	44	5.8%	7.9%	12.1%*	8.8%	10.3%	7.9%	19.1%*	10.0%	7.1%	11.8%*	10.0%	7.1%	11.8%*	10.0%	7.1%	
	9.0%	9.6%	8.3%	2.0%	9.8%	8.3%	5.8%	7.9%	12.1%*	8.8%	10.3%	7.9%	5.8%	7.9%	12.1%*	9.0%	9.6%	8.3%	2.0%	9.8%	8.3%	5.8%	7.9%	12.1%*	8.8%	10.3%	7.9%	19.1%*	10.0%	7.1%	
(04)	53	42	10	1	54	49	9	29	30	19	15	20	2	24	27	4.3%	5.0%	3.4%	4.5%	3.3%	5.1%	2.5%	2.5%	4.4%	2.5%	2.5%	4.4%	2.5%	2.5%	4.4%	
	4.3%	4.7%	3.6%	2.0%	5.8%	3.0%	4.3%	5.0%	3.4%	4.5%	3.3%	5.1%	2.5%	2.5%	4.4%	4.3%	5.0%	3.4%	4.5%	3.3%	5.1%	2.5%	2.5%	4.4%	2.5%	2.5%	4.4%	2.5%	2.5%	4.4%	
(03)	26	24	2	-	21	5	5	15	6	8	4	12	1	9	16	2.1%	2.7%	0.7%	3.6%*	0.8%	2.4%	2.6%	1.4%	1.9%	1.1%	3.1%	1.5%	1.7%	2.6%		
	2.1%	2.7%	0.7%	-	3.6%*	0.8%	2.4%	2.6%	1.4%	1.9%	1.1%	3.1%	1.5%	1.7%	2.6%	2.1%	2.7%	0.7%	3.6%*	0.8%	2.4%	2.6%	1.4%	1.9%	1.1%	3.1%	1.5%	1.7%	2.6%		
(02)	12	11	1	-	8	1	8	4	1	4	1	2	7	1	6	1.0%	1.2%	0.4%	0.7%	0.3%	0.7%	0.8%	0.7%	0.5%	1.8%	-	1.1%	1.0%			
	1.0%	1.2%	0.4%	-	0.7%	1.3%	1.9%	0.7%	0.8%	0.7%	0.5%	1.8%	-	1.1%	1.0%	1.0%	1.2%	0.4%	0.7%	0.3%	0.7%	0.8%	0.7%	0.5%	1.8%	-	1.1%	1.0%			
(01)	15	11	2	2	5	10	3	9	3	2	6	5	1	9	5	1.2%	1.2%	0.7%	4.0%	0.8%	1.6%	1.4%	0.6%	1.6%	1.3%	1.5%	1.7%	0.8%			
	1.2%	1.2%	0.7%	4.0%	0.8%	1.6%	1.4%	0.6%	1.6%	1.3%	1.5%	1.7%	0.8%	1.5%	1.7%	1.2%	1.2%	0.7%	4.0%	0.8%	1.6%	1.4%	0.6%	1.6%	1.3%	1.5%	1.7%	0.8%			
(00)	8	6	-	-	3	6	3	5	-	3	2	2	1	1	1	0.7%	0.8%	-	0.3%	0.9%	0.8%	0.7%	0.5%	0.5%	-	1.3%	0.2%				
	0.7%	0.8%	-	-	0.3%	0.9%	0.8%	0.7%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	-	1.3%	0.2%	0.7%	0.8%	-	0.3%	0.9%	0.8%	0.7%	0.5%	0.5%	-	1.3%	0.2%				
(99)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Top-Three-Boxes	506	352	127	27	228	278	100	222	184	176	154	160	27	229	248	41.2%	38.0%	46.0%	54.0%	38.6%	43.6%	42.1%	41.9%	41.7%	41.0%	39.7%	42.3%	40.3%			
	41.2%	38.0%	46.0%	54.0%	38.6%	43.6%	42.1%	41.9%	41.7%	41.0%	39.7%	42.3%	40.3%	41.2%	38.0%	46.0%	54.0%	38.6%	43.6%	42.1%	41.9%	41.7%	41.0%	39.7%	42.3%	40.3%					
Bottom-Three-Boxes	53	46	5	2	30	23	12	28	13	13	12	24	2	24	27	4.3%	5.0%	1.8%*	4.0%	5.1%	3.6%	3.1%	3.3%	6.4%	2.8%	4.4%					
	4.3%	5.0%	1.8%*	4.0%	5.1%	3.6%	3.1%	3.3%	6.4%	2.8%	4.4%	2.5%	2.5%	4.4%	4.3%	5.0%	1.8%*	4.0%	5.1%	3.6%	3.1%	3.3%	6.4%	2.8%	4.4%						
ANTW	1220	894	276	50	589	631	205	578	437	417	367	388	68	534	615	6.94	6.94	7.22	7.22	6.62	7.01	6.98	7.00	6.89	7.00	6.94	6.93				
MIME	694	694	172	222	685	702	7.12	6.62	7.01	6.98	7.00	6.89	7.00	6.94	6.93	173	1.75	1.62	1.79	1.78	1.68	1.59	1.68	1.88	1.88	1.79	1.66				
STAW	173	1.75	1.62	1.79	1.78	1.68	1.59	1.68	1.88	1.88	1.79	1.66																			

Proportions/Mean: Columns Tested (0% risk level) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
 *small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q1D: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen genießen. die Polizei

27. Jan. 2021
Studien-Nr.: 20.0753 //JI

Anhang III

ungewichtet

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU																									
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29			30-59			60+			LINKS			MITTE			RECHTS			TIEF			MITTEL			HOCH										
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)	(AD)	(AE)	(AF)	(AG)	(AH)	(AI)	(AJ)	(AK)	(AL)	(AM)	(AN)					
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616																														
BASIS gwr. (100 %)	100	111	99	6	79	69	36	69	54	46	51	61	19	74	72																														
vollst. Vertrauen	12,9%	12,3%	14,1%	18,0%	13,4%	12,6%	17,3%	11,8%	12,4%	10,0%	13,8%	15,6%	17,6%	13,7%	11,7%																														
(09)	283	226	46	11	138	145	42	140	101	92	71	111	14	120	149																														
B	25	16	7%	22,0%	23,4%	22,8%	20,2%	24,0%	23,1%	21,9%	19,2%	28,5%*	20,6%	22,2%	24,2%																														
(08)	398	299	69	14	168	210	58	179	159	157	144	156	24	169	169																														
	32,2%	32,5%	32,2%	28,0%	31,5%	33,0%	27,9%	30,7%	36,4%	30,2%	30,0%*	26,9%	35,3%	33,6%	30,7%																														
(07)	219	156	57	6	104	115	34	108	77	77	65	71	11	93	115																														
	17,9%	17,3%	20,7%	12,0%	17,6%	18,1%	16,3%	17,6%	18,2%	18,3%	17,6%	18,2%	16,2%	17,2%	18,7%																														
(06)	63	45	21	5	39	38	13	37	19	34	14	19	1	28	38																														
	5,5%	4,7%	7,6%	10,0%	5,1%	6,0%	6,3%	6,3%	4,1%	7,4%	3,8%	4,9%	1,5%	5,2%	6,2%																														
(05)	56	38	15	3	28	28	12	28	16	30	16	8	3	21	32																														
	4,6%	4,2%	5,4%	6,0%	4,7%	4,4%	5,8%	4,8%	3,7%	7,1%*	4,3%	2,1%	4,4%	3,9%	5,2%																														
(04)	14	14	-	-	7	7	4	6	4	5	1	5	7	7	7																														
	1,1%	1,6%	-	-	1,2%	1,1%	1,9%	1,0%	0,9%	1,2%	0,3%	1,5%	-	1,3%	1,1%																														
(03)	15	9	5	1	6	9	3	7	5	8	4	3	-	8	7																														
	1,2%	1,0%	1,6%	2,0%	1,0%	1,4%	1,4%	1,2%	1,1%	1,9%	1,1%	0,8%	-	1,5%	1,1%																														
(02)	7	5	2	-	5	2	2	4	1	3	2	2	2	4	1																														
	0,6%	0,6%	0,7%	-	0,8%	0,3%	1,0%	0,7%	0,2%	0,7%	0,5%	0,5%	2,9%*	0,7%	0,2%																														
(01)	10	7	2	1	8	2	4	4	2	5	-	4	1	4	5																														
überhaupt kein Vertrauen	0,8%	0,6%	0,7%	2,0%	1,4%	0,3%	1,9%	0,7%	0,5%	1,2%	-	1,0%	1,5%	0,7%	0,8%																														
(00)	1	1	-	-	E	1	-	1	-	J	-	-	-	-	-																														
weiss nicht	0,1%	0,1%	-	-	0,2%	-	-	0,2%	-	-	-	-	-	-	-																														
(99)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-																														
keine Antwort	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-																														
Top-Three-Boxes	838	630	174	34	403	435	136	388	314	261	296	277	50	376	410																														
	68,2%	69,6%	63,0%	68,0%	68,2%	68,3%	65,4%	66,6%	71,9%	62,1%*	72,1%	71,9%	71,9%	69,5%	66,6%																														
Bottom-Three-Boxes	32	21	9	2	19	13	9	15	8	16	6	9	3	16	13																														
	2,6%	2,3%	3,3%	4,0%	3,2%	2,0%	4,3%	2,6%	1,8%	3,6%	1,6%	2,3%	4,4%	3,0%	2,1%																														
ANTW	1227	901	276	50	591	636	208	562	437	420	368	390	68	541	615																														
MIME	7,87	7,90	7,74	7,84	7,89	7,75	7,83	7,97	7,60	7,99	8,05	7,88	7,84																																
STAW	1,62	1,60	1,66	1,88	1,72	1,53	1,93	1,62	1,46	1,76	1,41	1,61	1,83	1,64	1,59																														

Proportions/Mean: Columns Tested (0% risk level) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
*small base

LINK Institut für Markt- und Sozialforschung, Luzern

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q1E: Ich nehme Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen gemässen. die Arme

	TOTAL	REGION				GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU										
		D-CH		F-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)													
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616												
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616												
vollst. Vertrauen	(10)	60	65	27	4	65	54	8	35	47	7	31	45	10	41	38												
		7.3%	6.5%	9.8%	8.0%	9.5%*	5.3%	3.8%	6.0%	10.6%*	1.7%*	8.4%	12.3%*	14.7%*	7.6%	6.3%												
	(09)	122	86	27	9	62	60	18	52	52	22	39	58	7	58	56												
		9.9%	9.5%	9.9%	10.5%	9.4%	8.7%	8.9%	11.9%	5.2%*	10.6%	14.9%*	10.3%	10.7%	9.1%													
	(08)	268	214	65	11	147	141	37	135	115	65	103	103	15	138	133												
		23.5%	23.4%	23.9%	22.0%	22.1%	17.8%	23.2%	20.5%	15.7%*	28.2%*	27.7%*	23.5%	25.5%	21.6%													
	(07)	262	199	49	14	109	153	37	138	87	84	83	78	17	114	130												
		21.3%	22.1%	17.6%	18.4%	24.0%	17.8%	23.7%	19.9%	20.0%	22.5%	20.0%	25.0%	21.1%	21.1%													
	(06)	155	123	31	1	71	52	3	35	65	53	75	37	40	6	69												
		12.6%	13.6%	11.2%	2.0%*	12.0%	13.2%	17.3%*	11.3%	12.1%	17.1%*	10.0%	10.3%	8.8%	10.9%	14.6%												
	(05)	149	107	37	5	65	84	29	85	35	77	40	27	7	62	80												
		12.1%	11.9%	13.4%	10.0%	11.0%	13.2%	13.9%	14.6%	8.0%*	18.3%*	10.8%	6.9%*	10.3%	11.5%	13.0%												
	(04)	53	39	8	3	25	25	2	21	10	21	10	5	7	19	31												
		4.1%	4.3%	2.8%	6.0%	4.2%	3.9%	7.7%*	4.1%	2.3%	6.9%*	3.2%	1.8%*	-	3.5%	5.0%												
	(03)	39	28	11	-	20	19	8	18	13	24	6	9	2	17	20												
		3.2%	3.1%	4.0%	-	3.4%	3.0%	3.8%	3.1%	3.0%	5.7%*	1.6%	2.3%	2.9%	3.1%	3.2%												
	(02)	57	16	11	-	14	13	0	12	5	3	5	5	1	15	14												
		2.2%	1.8%	4.0%*	-	2.4%	2.0%	4.3%*	2.1%	1.4%	3.3%	1.6%	1.5%	1.5%	2.2%	2.3%												
überhaupt kein Vertrauen	(01)	31	23	5	3	20	11	7	14	10	22	2	5	2	13	16												
		2.5%	2.5%	1.6%	6.0%	3.4%	1.7%	3.4%	2.3%	5.2%*	0.5%*	1.3%	2.9%	2.4%	2.6%													
weder nicht	(08)	15	10	2	-	3	10	3	4	5	7	2	2	8	4													
		1.0%	1.1%	0.7%	-	0.3%	1.6%	1.4%	0.7%	1.1%	0.7%	0.5%	-	1.5%	0.6%													
keine Antwort	(99)	3	1	2	-	3	-	-	3	-	-	3	-	1	2	3												
		0.2%	0.1%	0.7%	-	0.5%	-	-	0.7%	-	-	0.3%	0.5%	-	-	0.5%												
Top-Three-Boxes		500	356	120	24	265	235	63	222	215	95	174	214	33	237	228												
		40.7%	39.5%	43.5%	48.0%	44.8%*	36.9%*	30.3%*	38.1%*	49.2%*	22.6%*	47.2%*	54.9%*	48.5%	43.8%	37.0%												
Bottom-Three-Boxes		97	67	27	3	54	43	24	44	29	60	14	20	5	42	50												
		7.9%	7.4%	9.8%	6.0%	9.1%	6.8%	11.9%*	7.5%	6.6%	14.6%*	3.8%*	5.1%*	7.4%	7.8%	8.1%												
ANTW		1213	891	272	50	589	654	205	579	429	417	361	386	68	533	609												
MIME		677	675	679	706	682	673	620	669	715	585	715	741	722	687	663												
STAW		206	201	218	221	219	193	216	200	202	210	180	190	209	206	205												

Proportions/Mean; Columns Tested (0% risk level) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
*small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q1: Ich nehme Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen gemässen. die Medien

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU														
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29			30-59			60+			LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH				
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)					
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616		
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616		
BASIS gew. (100 %)	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%		
vollst. Vertrauen	11	7	4	-	7	4	3	5	3	4	5	3	4	2	5	6	11	8	4	1	9	15	10	15	10	15	10	15	10	15	10	15	10	
	0.9%	0.8%	1.4%	-	1.2%	0.6%	1.4%	0.9%	0.7%	1.0%	0.5%	1.3%	1.0%	0.5%	1.3%	1.0%	0.8%	0.6%	0.5%	0.8%	1.0%	0.8%	0.6%	0.5%	0.8%	0.6%	0.5%	0.8%	0.6%	0.5%	0.8%	0.6%	0.5%	
(09)	25	16	3	6	12	13	3	13	9	11	8	4	1	9	15	10	25	16	3	6	12	13	3	13	9	11	8	4	1	9	15	10	25	
	2.0%	1.8%	1.1%	12.0%+	2.0%	2.0%	1.4%	2.2%	2.1%	2.8%	2.2%	1.0%	1.5%	1.7%	2.4%	2.0%	2.0%	1.4%	1.1%	1.2%	1.0%	1.5%	1.7%	1.0%	1.5%	1.7%	1.0%	1.5%	1.7%	1.0%	1.5%	1.7%	1.0%	
(08)	103	69	27	AD	67	53	26	53	44	46	36	35	35	7	53	63	103	69	27	AD	67	53	26	53	44	46	36	35	7	53	63	103		
	100.0%	100.0%	100.0%	9.8%	6.0%	11.3%	8.8%	12.5%	9.1%	10.1%	11.4%	9.8%	9.2%	10.3%	9.6%	10.2%	100.0%	100.0%	100.0%	9.8%	6.0%	11.3%	8.8%	12.5%	9.1%	10.1%	11.4%	9.8%	9.2%	10.3%	9.6%	10.2%		
(07)	263	188	59	16	134	129	33	128	102	103	92	57	15	115	131	116	263	188	59	16	134	129	33	128	102	103	92	57	15	115	131	116		
	21.4%	20.8%	21.4%	32.0%	22.7%	20.3%	15.9%	24.9%	14.6%	24.8%	24.9%	14.6%	22.1%	21.3%	21.3%	21.3%	21.4%	20.8%	21.4%	32.0%	22.7%	20.3%	15.9%	24.9%	14.6%	24.8%	24.9%	14.6%	22.1%	21.3%	21.3%	21.3%		
(06)	214	154	45	8	97	117	35	87	91	89	49	67	7	68	105	102	17.4%	18.2%	15.2%	16.0%	18.4%	18.4%	17.3%	14.9%	20.8%	21.9%+	13.3%	17.2%	10.3%	18.1%	17.7%	17.7%		
	17.4%	18.2%	15.2%	16.0%	18.4%	18.4%	11.1%	12.9%	10.3%	12.2%	13.1%	11.8%	10.2%	12.2%	13.1%	11.8%	17.4%	18.2%	15.2%	16.0%	18.4%	18.4%	17.3%	14.9%	20.8%	21.9%+	13.3%	17.2%	10.3%	18.1%	17.7%	17.7%		
(05)	244	178	56	10	108	136	40	115	89	65	83	85	20	108	116	116	19.9%	19.7%	20.3%	18.3%	21.4%	19.7%	20.4%	15.5%	22.5%	21.8%	29.4%+	20.0%	20.0%	18.6%	18.6%	18.6%		
	19.9%	19.7%	20.3%	18.3%	21.4%	19.7%	20.4%	15.5%	22.5%	21.8%	29.4%+	20.0%	18.6%	18.6%	18.6%	18.6%	19.9%	19.7%	20.3%	18.3%	21.4%	19.7%	20.4%	15.5%	22.5%	21.8%	29.4%+	20.0%	20.0%	18.6%	18.6%	18.6%		
(04)	143	105	34	4	67	78	23	75	45	45	45	51	8	69	89	89	11.6%	11.6%	12.3%	8.0%	11.9%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	
	11.6%	11.6%	12.3%	8.0%	11.9%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.6%	11.6%	12.3%	8.0%	11.9%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	
(03)	88	76	20	2	43	55	19	55	24	29	32	35	2	48	48	48	8.0%	8.4%	7.2%	4.0%	7.3%	8.6%	9.1%	9.4%	5.5%	6.9%	8.7%	9.0%	2.9%	8.9%	7.8%	7.8%		
	8.0%	8.4%	7.2%	4.0%	7.3%	8.6%	9.1%	9.4%	5.5%	6.9%	8.7%	9.0%	2.9%	8.9%	7.8%	7.8%	8.0%	8.4%	7.2%	4.0%	7.3%	8.6%	9.1%	9.4%	5.5%	6.9%	8.7%	9.0%	2.9%	8.9%	7.8%	7.8%		
(02)	57	41	16	-	58	59	12	59	15	15	14	29	5	29	29	29	4.6%	4.5%	5.8%	-	4.7%	4.6%	5.8%	5.1%	3.4%	3.8%	3.8%	5.3%	7.4%	5.4%	3.7%	3.7%		
	4.6%	4.5%	5.8%	-	4.7%	4.6%	5.8%	5.1%	3.4%	3.8%	3.8%	5.3%	7.4%	5.4%	3.7%	3.7%	4.6%	4.5%	5.8%	-	4.7%	4.6%	5.8%	5.1%	3.4%	3.8%	3.8%	5.3%	7.4%	5.4%	3.7%	3.7%		
(01)	47	33	13	1	25	22	12	21	14	10	8	25	1	24	22	22	3.8%	3.7%	4.7%	2.0%	4.2%	3.5%	3.2%	2.4%	2.2%	6.4%+	1.5%	4.4%	3.6%	3.6%	3.6%	3.6%		
	3.8%	3.7%	4.7%	2.0%	4.2%	3.5%	3.2%	2.4%	2.2%	6.4%+	1.5%	4.4%	3.6%	3.6%	3.6%	3.6%	3.8%	3.7%	4.7%	2.0%	4.2%	3.5%	3.2%	2.4%	2.2%	6.4%+	1.5%	4.4%	3.6%	3.6%	3.6%	3.6%		
(00)	2	1	1	-	2	2	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	0.2%	0.1%	0.4%	-	0.3%	-	0.2%	0.2%	0.2%	0.3%	-	0.3%	-	0.3%	-	0.3%		
	0.2%	0.1%	0.4%	-	0.3%	-	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.2%	0.1%	0.4%	-	0.3%	-	0.2%	0.2%	0.2%	0.3%	-	0.3%	-	0.3%	-	0.3%		
keine Antwort	1	-	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	1	-	-	-	0.1%	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
	0.1%	-	0.4%	-	0.2%	-	-	0.2%	-	-	-	-	0.2%	-	-	-	0.1%	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Top-Three-Boxes	159	116	34	9	86	73	32	71	56	63	46	45	10	64	84	84	12.9%	12.9%	13.4%	18.0%	14.6%	11.5%	12.8%	15.0%	12.2%	12.6%	12.5%	11.5%	14.7%	11.5%	13.6%	13.6%		
	12.9%	12.9%	13.4%	18.0%	14.6%	11.5%	12.8%	15.0%	12.2%	12.6%	12.5%	11.5%	14.7%	11.5%	13.6%	13.6%	12.9%	12.9%	13.4%	18.0%	14.6%	11.5%	12.8%	15.0%	12.2%	12.6%	12.5%	11.5%	14.7%	11.5%	13.6%	13.6%		
Bottom-Three-Boxes	202	150	49	3	96	106	43	106	53	54	54	83	8	101	93	93	16.4%	15.8%	12.8%	6.0%+	16.2%	16.6%	16.6%	12.7%+	12.9%+	14.6%	14.3%	11.8%	16.7%	15.1%	15.1%	15.1%		
	16.4%	15.8%	12.8%	6.0%+	16.2%	16.6%	16.6%	12.7%+	12.9%+	14.6%	14.3%	11.8%	16.7%	15.1%	15.1%	15.1%	16.4%	15.8%	12.8%	6.0%+	16.2%	16.6%	16.6%	12.7%+	12.9%+	14.6%	14.3%	11.8%	16.7%	15.1%	15.1%	15.1%		
ANTW	1225	901	274	50	588	637	207	562	436	419	369	388	68	541	613	613	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	
	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
MIME	548	546	546	536	622	533	540	530	538	505	577	534	510	500	537	537	54.8%	54.6%	54.6%	53.6%	62.2%	53.3%	54.0%	53.0%	53.8%	50.5%	57.7%	53.4%	51.0%	50.0%	53.7%	53.7%		
	54.8%	54.6%	54.6%	53.6%	62.2%	53.3%	54.0%	53.0%	53.8%	50.5%	57.7%	53.4%	51.0%	50.0%	53.7%	53.7%	54.8%	54.6%	54.6%	53.6%	62.2%	53.3%	54.0%	53.0%	53.8%	50.5%	57.7%	53.4%	51.0%	50.0%	53.7%	53.7%		
STAW	194	192	2.01	1.74	1.99	1.88	2.10	1.96	1.81	1.84	1.83	2.03	1.93	1.95	1.92	1.92	19.4%	19.2%	2.01	1.74	1.99	1.88	2.10	1.96	1.81	1.84	1.83	2.03	1.93	1.95	1.92			
	19.4%	19.2%	2.01	1.74	1.99	1.88	2.10	1.96	1.81	1.84	1.83	2.03	1.93	1.95	1.92	1.92	19.4%	19.2%	2.01	1.74	1.99	1.88	2.10	1.96	1.81	1.84	1.83	2.03	1.93	1.95	1.92			

Proportions/Mean: Columns Tested (0% risk level) - ABC- DIE - FGH - IJK- LMN
 *small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q1G: Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen gewinnen. die Schweizer Wirtschaft

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU											
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		18-29			30-59			60+			LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(D)	(E)	(E)	(F)	(F)	(G)	(H)	(H)	(I)	(I)	(J)	(K)	(K)	(L)	(L)	(M)	(M)	(N)	(N)	(O)	(O)	(P)	(P)	(Q)	(Q)		
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616
vollst. Vertrauen	(10)	4.1%	3.6%	2.0%	5.6%*	2.4%	1.5%	3.8%	3.8%	4.1%	1.9%	3.3%	7.2%*	7.4%	4.6%	2.8%	3.9%	4.1%	3.6%	2.0%	5.6%*	2.4%	1.5%	3.8%	3.8%	4.1%	1.9%	3.3%	7.2%*	7.4%	4.6%	2.8%
(09)	110	73	26	11	72	38	25	55	30	23	30	48	3	42	65	10.6%	8.1%	9.4%	22.0%*	6.0%	12.2%*	6.0%	12.0%	9.4%	6.9%	5.5%	8.1%	12.3%*	4.4%	7.8%	10.6%	
(08)	303	231	75	18	187	147	45	144	130	77	105	130	18	151	153	24.8%	25.6%	27.2%	34.0%*	23.1%	29.7%	18.3%*	28.5%	33.3%*	26.5%	27.9%	24.8%	24.8%	24.8%	24.8%	24.8%	
(07)	312	232	71	9	139	173	47	156	109	111	101	92	16	135	160	25.4%	25.7%	18.0%	23.5%	27.2%	23.8%	24.7%	29.7%	18.3%*	28.5%	33.3%*	26.5%	27.9%	24.8%	24.8%	24.8%	
(06)	203	165	31	6	119	137	32	95	70	85	65	42	7	68	105	16.3%	18.1%	11.2%	12.0%	13.7%	18.7%	15.4%	18.5%	18.5%	10.3%	15.9%	17.2%	10.3%	15.9%	17.2%		
(05)	137	97	38	2	57	80	28	56	53	64	33	36	16	53	68	11.2%	10.6%	13.6%	4.0%	9.6%	12.6%	13.5%	9.6%	12.1%	15.2%*	23.5%*	23.5%*	9.8%	9.2%	11.0%		
(04)	45	35	10	1	30	38	11	24	11	11	7	7	1	19	27	3.7%	3.5%	3.6%	2.0%	3.0%	4.4%	5.3%	4.1%	2.5%	6.4%*	6.4%*	3.0%	1.8%*	3.5%	4.4%		
(03)	22	15	6	1	4	18	3	12	7	14	4	2	2	9	11	1.8%	1.7%	2.2%	2.0%	0.7%	2.8%*	1.4%	2.1%	1.6%	3.3%*	1.1%	0.5%	2.9%	1.7%	1.8%		
(02)	12	7	4	1	8	11	2	8	2	4	2	2	1	5	8	1.0%	0.8%	1.4%	2.0%	1.4%	0.6%	1.0%	1.4%	0.5%	1.4%	1.1%	0.5%	1.4%	1.1%	0.5%		
(01)	8	7	-	1	2	6	2	5	1	1	4	2	2	6	2	0.7%	0.6%	1.1%	2.0%	0.3%	0.9%	1.0%	0.9%	0.2%	1.1%	0.5%	0.2%	1.1%	0.5%			
weiss nicht	8	5	3	-	1	7	1	5	2	3	2	1	1	6	1	0.7%	0.6%	1.1%	2.0%	0.3%	0.9%	1.0%	0.9%	0.5%	0.7%	0.5%	0.3%	1.5%	1.1%	0.2%		
keine Antwort	2	2	-	-	2	2	-	2	-	2	1	1	1	2	-	0.2%	0.2%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	
Top-Three-Boxes	481	341	111	29	281	200	82	221	178	108	144	206	26	218	236	39.2%	37.6%	40.2%	58.0%*	31.4%	39.4%	40.7%	39.6%	52.8%*	38.2%	40.3%	40.3%	38.3%	38.3%	38.3%		
Bottom-Three-Boxes	42	29	10	3	14	28	7	25	10	21	12	6	2	22	18	3.4%	3.2%	3.6%	6.0%	2.4%	4.4%	3.4%	4.3%	2.5%	5.6%*	3.3%	1.5%*	2.8%	4.1%	2.9%		
ANTW	1218	897	271	50	590	628	207	578	433	416	366	389	67	533	615	6.90	6.88	6.91	7.28	7.17	6.64	6.85	6.97	6.43	6.95	7.37	6.88	6.91	6.89			
STAW	164	163	165	184	162	162	175	170	152	163	160	154	164	170	159	1.64	1.63	1.65	1.84	1.62	1.62	1.75	1.70	1.52	1.63	1.60	1.54	1.64	1.70			

Proportions/Mean: Columns Tested (0% risk level) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
*small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

QH: Ich nehme Ihnen jetzt einige Einmündungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen ganlassen. die politischen Parteien

	REGION				GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	ICH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	68*	541	616	
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	68*	541	616	
BASIS gew. (100 %)	0	7	2	-	6	3	3	2	4	-	1	6	3	4	2	
vollst. Vertrauen	0.7%	0.8%	0.7%	-	1.0%	0.5%	1.4%	0.3%	0.9%	-	0.3%	2.1%*	4.1%*	0.7%	0.3%	
(09)	14	12	-	2	9	5	4	7	3	4	2	6	3	5	6	
	1.1%	1.3%	-	4.0%	1.5%	0.8%	1.9%	1.2%	0.7%	1.0%	0.5%	1.5%	4.4%*	0.9%	1.0%	
(08)	105	77	23	5	59	47	22	51	33	27	35	42	11	48	50	
	8.6%	8.5%	8.3%	12.0%	10.0%	7.4%	10.8%	8.7%	7.6%	6.4%	9.3%	10.6%	11.8%	8.9%	8.1%	
(07)	246	200	39	7	120	126	56	103	87	91	76	73	10	99	137	
	20.0%	22.2%	14.1%	14.0%	20.3%	19.8%	26.9%*	17.7%	19.9%	21.7%	20.6%	18.7%	14.7%	18.3%	22.2%	
(06)	269	229	51	14	151	118	GH	144	99	84	84	101	0	138	145	
	23.5%	24.8%	18.5%	28.0%	22.2%	24.8%	22.1%	24.7%	22.7%	22.4%	22.8%	25.9%	13.2%	25.1%	23.1%	
(05)	305	216	81	8	124	181	37	140	128	113	99	80	23	141	141	
	24.8%	23.9%	29.3%	16.0%	21.0%	28.4%*	17.8%	24.0%	29.3%*	26.9%	26.8%	20.5%	33.8%	26.1%	22.9%	
(04)	103	75	28	8	74	29	14	65	46	46	52	43	1	59	65	
	8.3%	8.1%	14.1%*	16.0%	12.5%*	7.2%*	6.7%	11.3%	9.2%	9.3%	8.7%	11.0%	4.4%	9.6%	10.6%	
(03)	65	44	19	2	34	31	10	31	24	24	18	20	6	23	36	
	5.3%	4.9%	6.9%	4.0%	5.8%	4.9%	4.8%	5.3%	5.5%	5.7%	4.9%	5.1%	8.6%	4.3%	5.8%	
(02)	51	21	10	-	15	15	7	15	8	13	5	7	-	15	19	
	2.5%	2.3%	3.6%	-	2.7%	2.4%	3.4%	2.7%	1.8%	3.1%	2.2%	1.8%	-	2.2%	3.1%	
(01)	27	15	10	2	15	12	5	15	7	7	10	7	2	11	14	
	2.2%	1.7%	3.6%	4.0%	2.5%	1.9%	2.4%	2.6%	1.6%	1.7%	2.7%	1.8%	2.9%	2.0%	2.3%	
(08)	14	12	2	1	3	11	4	8	2	7	2	3	1	8	4	
	1.1%	1.3%	0.4%	2.0%	0.5%	1.7%	1.9%	1.4%	0.5%	1.7%	0.5%	0.8%	1.5%	1.7%	0.6%	
(09)	2	1	1	-	2	2	-	2	-	2	-	2	-	1	-	
	0.2%	0.1%	0.4%	-	0.3%	0.3%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	-	0.2%	-	
Top-Three-Boxes	129	96	25	8	74	55	29	60	40	31	38	56	14	57	58	
	10.5%	10.6%	9.1%	16.0%	12.5%	8.6%	13.9%	10.3%	9.2%	7.4%*	10.3%	14.4%*	20.6%*	10.5%	9.4%	
Bottom-Three-Boxes	123	80	39	4	65	58	22	62	39	44	38	34	8	46	69	
	10.0%	8.8%	14.0%*	6.0%	11.0%	9.1%	10.6%	10.6%	8.9%	10.5%	9.6%	8.1%	11.8%	8.3%	11.2%	
ANTW	1212	889	274	49	588	624	204	575	433	413	365	387	67	531	612	
MIWE	574	522	569	562	562	562	562	562	562	562	562	562	562	562	562	
STAW	165	160	173	178	175	155	178	166	156	157	162	171	196	160	166	

Proportions/Mean: Columns Tested (0% risk level) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
 *small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q1: Ich nehme Ihnen jetzt einige Einstellungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und ich möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen gemässen. die Wissenschaft

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU								
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(D)	(E)	(E)	(F)	(F)	(G)	(G)	(H)	(H)	(I)	(I)	(J)	(J)	(K)	(K)	(L)	(L)	(M)	(M)	(N)	(N)	(N)	(N)
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	390	68*	541	616												
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	390	68*	541	616												
BASIS gew. (100 %)																												
vollst. Vertrauen	(10)	102	64	37	11	76	55	40	55	37	55	35	44	6	46	70												
		10.7%	9.3%	13.4%	22.0%*	12.9%	8.8%	19.2%*	9.4%	8.5%	12.8%	8.2%	11.3%	8.8%	8.5%	12.8%												
	(09)	244	186	47	11	131	113	54	110	80	105	61	70	11	82	151												
		19.9%	20.6%	17.0%	22.0%	22.2%	17.7%	26.0%*	18.9%	18.3%	25.0%*	16.5%	17.9%	16.2%	15.2%	24.5%*												
	(08)	405	295	65	14	205	169	105	165	105	155	115	10	19	170	290												
		33.0%	32.8%	34.4%	28.0%	34.9%	31.2%	26.4%*	31.9%	37.5%*	34.8%	33.9%	30.3%	27.9%	33.1%	33.4%												
	(07)	238	178	51	9	91	147	26	128	84	71	73	82	18	111	109												
		19.4%	19.7%	18.5%	15.4%	23.1%*	12.5%	22.0%	19.2%	16.9%	19.8%	21.0%	17.7%	26.5%	20.5%	17.7%												
	(06)	50	74	18	2	40	52	20	40	31	20	36	33	5	51	98												
		7.5%	8.2%	5.8%	4.0%	6.8%	8.2%	9.8%	7.0%	7.1%	4.8%*	9.8%	8.5%	7.4%	9.4%	5.8%												
	(05)	71	54	15	2	29	42	5	38	28	16	28	22	7	45	18												
		5.8%	6.0%	5.4%	4.0%	4.9%	6.6%	2.4%	6.5%	6.4%	3.8%	7.6%	5.6%	10.3%	6.3%*	2.9%												
	(04)	17	11	5	1	8	11	2	15	10	5	7	7	-	0	7												
		1.4%	1.2%	1.8%	2.0%	1.0%	1.7%	1.0%	1.9%	0.9%	0.7%	1.5%	1.8%	-	1.8%	1.1%												
	(03)	9	6	3	-	3	6	2	4	3	5	4	4	-	6	3												
		0.7%	0.7%	1.1%	-	0.5%	0.9%	1.0%	0.7%	0.7%	1.2%	-	1.0%	-	1.1%	0.5%												
	(02)	7	6	1	-	3	4	1	4	2	-	1	4	-	4	3												
		0.6%	0.7%	0.4%	-	0.5%	0.6%	0.5%	0.7%	0.5%	-	0.3%	1.0%	-	0.7%	0.5%												
überhaupt kein Vertrauen	(01)	3	2	1	-	2	1	-	2	1	2	-	3	1	1	1												
		0.2%	0.2%	0.4%	-	0.3%	0.2%	-	0.2%	0.5%	-	-	0.8%*	1.5%*	0.2%	0.2%												
weder nicht	(08)	6	4	2	-	2	4	2	2	2	2	4	2	1	5	-												
		0.5%	0.4%	0.7%	-	0.3%	0.6%	1.0%	0.3%	0.5%	-	1.1%	0.5%	-	1.5%	0.9%												
keine Antwort	(09)	4	1	3	-	2	2	1	3	3	1	1	1	-	1	3												
		0.3%	0.1%	1.1%*	-	0.3%	0.3%	0.5%	0.5%	-	0.2%	0.3%	0.3%	-	0.2%	0.5%												
Top-Three-Boxes	781	566	179	36	413	368	149	351	281	304	219	232	36	307	436													
	63.6%	62.7%	64.9%	72.0%	69.9%*	57.8%*	71.6%*	60.2%	64.3%	72.4%*	59.3%	59.5%	52.9%	56.7%*	70.8%*													
Bottom-Three-Boxes	19	14	5	-	8	11	3	9	7	5	1	11	1	11	7													
	1.5%	1.6%	1.8%	-	1.4%	1.7%	1.4%	1.5%	1.6%	1.2%	0.3%*	2.8%*	1.3%	2.0%	1.1%													
ANTW	1218	897	271	50	587	631	205	578	435	419	364	387	67	535	613													
MIME	775	771	7.80	8.20	7.92	7.59	8.14	7.06	7.69	8.04	7.63	7.61	7.51	7.49	8.01													
STAW	1.53	1.51	1.58	1.46	1.50	1.53	1.53	1.54	1.48	1.37	1.45	1.69	1.60	1.59	1.42													

Proportions/Mean; Columns Tested (0% risk level) - ABC- DIE - FGH - IJK - LMN
*small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

GZ: Ganz allgemein gesprochen, wie sicher/fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit? Fühlen Sie sich...

	REGION										GESCHLECHT				ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU										
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH					
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)				
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616
BASIS gew. (100 %)	40%	33%	6%	17%	24%	16%	7%	21%	13%	15%	15%	13%	13%	17%	15%	15%	38.2%	34.1%	34.6%	17%	15%	17%	15%	17%	15%	15%	15%	15%	15%	15%	15%	15%
sehr sicher	34.7%	35.5%	32.2%	34.0%	40.8%*	29.0%*	35.6%	36.9%	31.4%	38.2%	34.1%	34.6%	34.6%	25.0%	28.5%	41.2%*	34.7%	35.5%	32.2%	34.0%	40.8%*	29.0%*	35.6%	36.9%	31.4%	38.2%	34.1%	34.6%	34.6%	25.0%	28.5%	41.2%*
eher sicher	740	535	176	29	327	413	125	340	275	247	228	233	233	45	353	340	740	535	176	29	327	413	125	340	275	247	228	233	233	45	353	340
eher unsicher	55	41	11	3	51	53	0	25	21	21	15	15	15	6	28	20	55	41	11	3	51	53	0	25	21	21	15	15	15	6	28	20
ganz unsicher	5	4	1	2	3	3	0.3%	0.7%	0.3%	0.3%	0.5%	0.7%	0.3%	0.3%	0.5%	0.3%	5.0%	3.3%	4.6%	0.3%	0.5%	0.7%	0.3%	0.5%	0.7%	0.3%	0.5%	0.7%	0.3%	0.5%	0.3%	0.5%
weiss nicht	1	1	1	1	1	1	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%
keine Antwort	1	1	1	1	1	1	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%	0.1%
Top-Two-Boxes	1166	855	265	46	568	598	199	555	412	399	354	368	368	62	507	494	1166	855	265	46	568	598	199	555	412	399	354	368	368	62	507	494
Bottom-Two-Boxes	60	45	11	4	23	37	9	27	24	21	14	21	21	6	33	21	60	45	11	4	23	37	9	27	24	21	14	21	21	6	33	21
ANTW	1226	900	276	50	591	635	208	562	436	420	368	389	389	68	540	615	1226	900	276	50	591	635	208	562	436	420	368	389	389	68	540	615
MIME	171	170	172	176	163	170	169	168	175	169	170	171	171	184	178	162	171	170	172	176	163	170	169	168	175	169	170	171	171	184	178	162
STAW	0.57	0.57	0.53	0.66	0.57	0.56	0.55	0.57	0.57	0.56	0.56	0.55	0.56	0.55	0.59	0.56	0.57	0.57	0.53	0.66	0.57	0.56	0.55	0.57	0.57	0.56	0.55	0.56	0.55	0.57	0.56	

Proportions/Mean: Columns Treated (0% risk level) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
*small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q3: Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuss in Ihrer Wohngegend unterwegs sind? Fühlen Sie sich ...

	REGION						GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN	FRAU	18-29		30-59		60+		LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH
	(A)	(B)	(C)	(C)	(C)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(L)	(M)	(N)
TOTAL	810	252	47	568	541	183	549	377	385	329	359	49	481	576						
BASIS ungewichtet	902.3%	91.3%	94.0%	90.1%	84.9%	88.0%	98.2%	82.1%	91.7%	89.2%	92.1%	49	481	576						
BASIS gvw. (100 %)	810	252	47	568	541	183	549	377	385	329	359	49	481	576						
sehr sicher	579	155	26	371	297	103	397	198	207	161	191	26	212	336						
	47.1%	48.9%	45.7%	58.0%	62.8%*	49.3%	52.7%*	39.4%*	49.3%	43.8%	48.0%	42.8%	39.2%	54.5%*						
eher sicher	531	337	126	18	197	334	80	242	209	178	168	20	269	240						
	43.2%	42.9%	45.7%	36.0%	33.3%*	52.4%*	38.5%	41.5%	47.8%	42.4%	45.5%	43.1%	29.4%	49.7%*	38.0%*					
eher unsicher	91	71	18	2	51	70	19	28	14	28	31	24	11	7.6%	8.3%					
	7.4%	7.9%	6.5%	4.0%	3.6%*	11.0%*	9.1%	4.8%*	10.1%*	6.7%	8.4%	6.2%	16.2%*	7.6%	8.3%					
ganz unsicher	15	9	5	1	14	3	5	7	4	4	4	6	9	-	-					
	1.2%	1.0%	1.6%	2.0%	0.2%*	2.2%*	1.4%	0.9%	1.6%	1.0%	1.1%	1.0%	6.8%*	1.7%	-					
nach Einbruch der Dunkelheit bin ich alleine unterwegs	11	10	1	-	1	1	1	0	1	5	5	0	2	1	1					
	0.9%	1.1%	0.4%	-	0.2%*	0.6%*	0.5%	0.2%*	2.1%*	0.2%	1.4%	0.8%	2.5%	1.5%	0.2%					
weiss nicht	1	1	-	-	1	1	1	1	-	-	-	-	-	-	-					
	0.1%	0.1%	-	-	0.2%*	0.2%*	0.5%*	-	-	-	-	-	-	-	-					
keine Antwort	1	1	-	-	1	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-					
	0.1%	0.1%	-	-	0.2%*	0.2%*	0.5%*	-	-	-	-	-	-	-	-					
Top-Two-Boxes	1109	810	252	47	568	541	183	549	377	385	329	359	49	481	576					
	902.3%	91.3%	94.0%	90.1%	84.9%	88.0%	98.2%	82.1%	91.7%	89.2%	92.1%	49	481	576						
Bottom-Two-Boxes	108	80	23	3	22	84	22	33	51	32	35	28	17	50	39					
	8.6%	8.9%	8.3%	6.0%	3.7%*	13.2%*	10.6%	5.7%*	11.7%*	7.6%	9.5%	7.2%	25.0%*	9.2%	6.3%*					
ANTW	1215	890	275	50	590	625	205	582	428	417	364	387	66	531	615					
MWE	1.62	1.62	1.64	1.50	1.41	1.83	1.62	1.54	1.74	1.59	1.66	1.59	1.91	1.71	1.52					
STAW	0.68	0.67	0.69	0.68	0.57	0.71	0.72	0.63	0.70	0.66	0.68	0.66	0.99	0.68	0.61					

Proportions/Meanst. Columns Tested (5% risk level) - AB-C - DIE - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q4: Wie sicher fühlen Sie sich an öffentlichen Orten, wo es viele Leute hat, zum Beispiel an Bahnhöfen, auf öffentlichen Plätzen oder in Einkaufszentren? Füllen Sie sich...

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU													
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH						
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(D)	(E)	(E)	(F)	(F)	(G)	(H)	(H)	(I)	(I)	(J)	(K)	(L)	(L)	(M)	(M)	(N)	(N)	(O)	(O)	(P)	(P)						
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	
sehr sicher	365	246	55	15	295	169	76	194	95	133	69	110	110	14	105	216	365	246	55	15	295	169	76	194	95	133	69	110	110	14	105	216	
	29.9%	27.3%	19.9%	30.0%	34.7%*	23.5%*	36.5%*	31.6%	21.7%*	31.7%	26.8%	28.2%	28.2%	20.8%	23.1%*	35.1%*	29.9%	27.3%	19.9%	30.0%	34.7%*	23.5%*	36.5%*	31.6%	21.7%*	31.7%	26.8%	28.2%	28.2%	20.8%	23.1%*	35.1%*	
eher sicher	726	509	189	28	338	388	110	337	279	248	223	226	42	331	350	56.8%	726	509	189	28	338	388	110	337	279	248	223	226	42	331	350		
	59.1%	56.4%	68.5%*	56.0%	57.2%*	60.9%	62.9%	57.8%	63.8%*	59.0%	60.4%	57.9%	61.8%	61.2%	59.8%	56.8%	59.1%	56.4%	68.5%*	56.0%	57.2%*	60.9%	62.9%	57.8%	63.8%*	59.0%	60.4%	57.9%	61.8%	61.2%	59.8%	56.8%	
eher unsicher	104	101	9.8%	12.0%	7.1%	14.4%*	10.1%	9.8%	12.8%	8.8%	11.7%	12.8%	10	79	45	7.3%	104	101	9.8%	12.0%	7.1%	14.4%*	10.1%	9.8%	12.8%	8.8%	11.7%	12.8%	10	79	45		
	10.9%	11.2%	3.6%	4.0%	1.2%	2.3%*	10.1%	9.8%	12.8%	8.8%	11.7%	12.8%	10	79	45	7.3%	10.9%	11.2%	3.6%	4.0%	1.2%	2.3%*	10.1%	9.8%	12.8%	8.8%	11.7%	12.8%	10	79	45		
ganz unsicher	7	3	4	3	4	1	2	4	1	3	3	3	3	4	3	0.6%	7	3	4	3	4	1	2	4	1	3	3	3	3	4	3	0.6%	
	0.6%	0.3%	1.4%	0.5%	0.6%	0.2%	0.5%	0.9%	0.2%	0.8%	0.8%	0.8%	0.2%	0.6%	0.6%	0.6%	0.6%	0.3%	1.4%	0.5%	0.6%	0.2%	0.5%	0.9%	0.2%	0.8%	0.8%	0.2%	0.6%	0.6%	0.6%		
Ich bin nicht an öffentlichen Orten, wo es viele Leute hat	1	3	1	3	1	2	2	2	1	2	2	2	2	2	2	0.4%	1	3	1	3	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	0.4%
	0.3%	0.3%	0.4%	0.5%	0.2%	0.3%	0.3%	0.5%	0.2%	0.3%	0.5%	0.5%	0.2%	0.3%	0.3%	0.4%	0.3%	0.3%	0.4%	0.5%	0.2%	0.3%	0.5%	0.5%	0.2%	0.3%	0.5%	0.5%	0.2%	0.3%	0.3%	0.4%	
weiss nicht	1	1	0.1%	0.2%	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0.2%	1	1	0.1%	0.2%	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0.2%
	0.1%	0.1%	0.4%	0.2%	0.1%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.1%	0.1%	0.4%	0.2%	0.1%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	
keine Antwort	1	1	0.4%	0.2%	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0.2%	1	1	0.4%	0.2%	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0.2%
	0.1%	0.1%	0.4%	0.2%	0.1%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.1%	0.1%	0.4%	0.2%	0.1%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	
Top-Two-Boxes	1081	794	244	43	543	538	186	521	374	381	322	336	336	56	456	566	1081	794	244	43	543	538	186	521	374	381	322	336	336	56	456	566	
	88.0%	88.0%	88.0%	88.0%	91.9%*	84.3%*	89.4%	89.4%	85.6%	86%	87.3%	85.2%	85.2%	82.4%	84.3%*	91.9%*	88.0%	88.0%	88.0%	88.0%	91.9%*	84.3%*	89.4%	89.4%	85.6%	86%	87.3%	85.2%	85.2%	82.4%	84.3%*	91.9%*	
Bottom-Two-Boxes	141	104	31	6	45	96	22	59	60	37	46	52	10	82	49	8.0%	141	104	31	6	45	96	22	59	60	37	46	52	10	82	49		
	11.5%	11.5%	11.2%	12.0%	7.6%*	15.1%*	10.6%	10.1%	13.7%	8.8%	12.6%	13.3%	13.3%	14.7%	15.2%*	8.0%	11.5%	11.5%	11.2%	12.0%	7.6%*	15.1%*	10.6%	10.1%	13.7%	8.8%	12.6%	13.3%	13.3%	14.7%	15.2%*	8.0%	
ANTW	1222	898	275	49	588	624	208	590	434	418	368	388	66	538	615		1222	898	275	49	588	624	208	590	434	418	368	388	66	538	615		
MWE	143	100	1.9%	1.82	1.73	1.92	1.75	1.79	1.93	1.77	1.86	1.88	1.94	1.93	1.73		143	100	1.9%	1.82	1.73	1.92	1.75	1.79	1.93	1.77	1.86	1.88	1.94	1.93	1.73		
	11.5%	11.2%	0.7%	0.4%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%		11.5%	11.2%	0.7%	0.4%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%		
STAW	0.63	0.64	0.59	0.63	0.61	0.63	0.65	0.62	0.62	0.60	0.63	0.65	0.65	0.60	0.63	0.62	0.63	0.64	0.59	0.63	0.61	0.63	0.65	0.62	0.62	0.60	0.63	0.65	0.60	0.63	0.62		

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) -A-B-C-D-E-F-G-H-I-J-K-L-M-N

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q5: Wie sehen Sie die nähere Zukunft - etwa die nächsten fünf Jahre - für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

	REGION										ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU															
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH							
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(D)	(E)	(E)	(F)	(F)	(G)	(G)	(H)	(H)	(I)	(I)	(J)	(J)	(K)	(K)	(L)	(L)	(M)	(M)	(N)	(N)	(N)	(N)						
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616		
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616		
BASIS gvw. (100 %)																																		
sehr optimistisch	(01)	6%	6%	16%	5%	6%	17%	4%	24%	8.2%	6.9%	5.8%	5.2%	2%	2%	3%	5.2%	6.8%	7.7%	7.4%	5.7%	5.7%	7.1%	7.1%	7.1%	7.1%	7.1%	7.1%	7.1%	7.1%	7.1%	7.1%		
eher optimistisch	(02)	9%	9%	20%	36%	44%	48%	15%	44%	15%	14%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	11%	
eher pessimistisch	(03)	15%	15%	17%	16%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%
sehr pessimistisch	(04)	17%	17%	17%	16%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%	13%
weiss nicht	(98)	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	
keine Antwort	(99)	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	3%	
Top-Two-Boxes	1010	749	220	41	501	509	174	485	351	361	304	307	304	54	427	526	82.2%	83.0%	79.7%	82.0%	84.8%	79.9%	83.7%	83.2%	80.3%	86.0%*	82.4%	78.7%	79.4%	78.9%	85.4%*	85.4%*		
Bottom-Two-Boxes	212	149	54	9	88	124	32	95	85	55	64	83	83	14	109	89	17.3%	16.0%	19.8%	18.0%	15.2%	16.3%	16.8%	19.7%	19.7%	13.1%*	17.3%*	21.3%*	20.6%	21.6%	14.6%	14.6%		
ANTW	1222	888	274	50	589	633	206	580	436	416	368	390	390	68	538	615	1222	888	274	50	589	633	206	580	436	416	368	390	390	68	538	615		
MIWE	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	212	
STAW	0.52	0.50	0.55	0.58	0.53	0.50	0.52	0.52	0.51	0.45	0.50	0.59	0.59	0.52	0.53	0.50	0.52	0.50	0.55	0.58	0.53	0.50	0.52	0.52	0.51	0.45	0.50	0.59	0.59	0.52	0.53	0.50		

Proportions/Mean: Columna Treated (0% risk level) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
*small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q6: Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU											
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH				
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(D)	(E)	(E)	(F)	(F)	(G)	(G)	(H)	(H)	(I)	(I)	(J)	(J)	(K)	(K)	(L)	(L)	(M)	(M)	(N)	(N)	(N)	(N)			
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616															
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616															
BASIS gew. (100 %)																															
sehr optimistisch	(01)	22	17	4	1	15	7	4	19	5	1	0	11	4	14	4															
		1.8%	1.9%	1.4%	2.0%	2.5%	1.1%	1.9%	2.2%	1.1%	0.2%	2.4%	2.8%	5.9%*	2.6%	0.6%*															
eher optimistisch	(02)	410	310	86	14	204	206	80	218	112	146	131	116	20	172	217															
		33.4%	34.4%	31.2%	28.0%	34.5%	32.3%	38.5%	37.4%*	25.6%*	34.8%	35.5%	29.7%	29.4%	31.5%	35.2%															
eher pessimistisch	(03)	700	529	161	30	399	393	111	314	290	250	290	295	98	320	363															
		56.9%	58.6%	58.3%	60.0%	57.2%	60.0%	54.8%	53.9%*	69.8%*	59.9%	56.0%	60.3%	52.9%	50.1%	58.9%															
sehr pessimistisch	(04)	68	43	20	5	34	34	8	36	24	21	17	26	6	33	29															
		5.5%	4.6%	7.2%	10.0%	5.8%	5.3%	3.8%	6.2%	5.5%	5.0%	4.6%	6.7%	8.6%	6.1%	4.7%															
weiss nicht	(99)	5	3	2	-	-	5	2	1	2	1	2	1	2	1	2															
		0.4%	0.3%	0.7%	-	-	0.8%	1.0%	0.2%	0.5%	0.5%	0.3%	0.3%	0.4%	0.4%	0.2%															
keine Antwort	(99)	3	-	3	-	3	-	3	-	1	2	-	2	1	-	2															
		0.2%	-	1.1%*	-	-	0.5%	-	0.2%	0.5%	-	0.5%	0.3%	-	-	0.3%															
Top-Two-Boxes		432	327	90	15	219	213	84	231	117	147	140	127	24	186	221															
		35.2%	36.3%	32.6%	30.0%	37.1%	33.4%	40.4%	38.6%*	28.8%*	35.0%	37.9%	32.6%	35.3%	34.4%	35.9%															
Bottom-Two-Boxes		788	572	181	35	372	416	122	350	316	271	228	261	42	353	392															
		64.2%	63.4%	63.6%	70.0%	62.9%	63.9%	59.7%	63.0%*	71.0%*	64.6%	61.2%	63.9%	61.8%	65.2%	63.0%															
ANTW		1220	899	271	50	591	629	206	581	433	418	366	388	66	539	613															
MITWE		268	267	273	278	266	270	261	264	277	270	264	271	267	269	268															
STAW		0.60	0.60	0.61	0.65	0.62	0.58	0.60	0.63	0.56	0.56	0.61	0.63	0.73	0.62	0.57															

Proportions/Mean: Columns Totaled (0% (na/low)) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
 *small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

03: Es gibt für uns wichtige Werte und Sachen, wo bedroht werden können.
Bitte sagen Sie mir für die folgenden Werte und Sachen, wie stark Sie diese aktuell in der Schweiz bedroht sehen.

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS ungewichtet	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
BASIS gvw. (100 %)	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
(01) überhaupt nicht bedroht	26	108	27	91	69	68	93	55	109	197
	1.5%	18.1%	2.2%	7.4%	5.6%	5.5%	7.4%	4.5%	13.8%	11.2%
(02)	72	294	94	273	164	176	87	99	283	262
	5.9%	23.9%	7.7%	22.2%	13.4%	14.3%	7.1%	8.1%	23.0%	21.3%
(03)	189	376	216	316	208	169	165	169	279	279
	15.5%	17.7%	17.6%	20.8%	16.6%	13.7%	13.4%	13.8%	22.8%	22.8%
(04)	188	130	182	163	188	192	173	155	129	167
	16.1%	10.6%	14.8%	13.3%	15.3%	15.6%	14.1%	12.6%	10.5%	13.6%
(05)	162	103	268	109	109	109	109	214	110	169
	13.2%	8.4%	22.0%	8.9%	8.9%	8.9%	8.9%	17.2%	8.9%	13.8%
(06)	176	71	153	84	140	120	153	186	75	90
	14.3%	5.6%	12.5%	6.8%	11.4%	9.6%	12.5%	15.1%	6.1%	7.3%
(07)	67	149	68	149	68	68	68	68	68	68
	5.5%	12.2%	5.6%	12.2%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%
(08)	119	63	99	72	98	90	104	131	82	54
	9.7%	5.1%	8.1%	5.9%	8.0%	7.3%	8.5%	10.7%	6.7%	4.4%
(09)	28	25	11	11	11	11	11	11	11	11
	2.3%	2.0%	0.9%	0.9%	0.9%	0.9%	0.9%	0.9%	0.9%	0.9%
(10) sehr stark bedroht	24	16	13	11	17	17	34	33	28	5
	2.0%	1.3%	1.1%	0.9%	1.4%	1.4%	2.8%	2.7%	2.3%	0.4%
(08) weiss nicht	0.3%	0.7%	1.0%	0.3%	0.7%	0.2%	1.2%	-	0.2%	1.1%
(09) keine Antwort	1	3	3	4	3	2	5	-	2	2
	0.1%	0.2%	0.2%	0.3%	0.2%	0.2%	0.4%	-	0.2%	0.2%
TOP-3	284	709	337	600	437	474	281	318	674	635
	23.1%	57.7%	27.4%	50.5%	36.6%	38.6%	22.9%	25.9%	54.9%	51.7%
NEUTRAL	776	400	739	506	644	606	747	711	410	488
	63.6%	32.6%	60.3%	41.3%	52.1%	49.1%	60.7%	57.9%	33.4%	39.9%
BOTTOM-3	163	107	137	94	135	140	180	199	140	80
	13.3%	8.7%	11.2%	7.7%	11.0%	11.4%	14.7%	16.2%	11.4%	6.5%
ANTW	1223	1316	1213	1200	1216	1223	1208	1228	1234	1213
MWE	5.12	3.64	4.91	3.97	4.56	4.49	5.18	5.16	3.92	3.90
STAW	1.96	2.28	1.96	2.14	2.14	2.16	2.11	2.20	2.43	2.08

Proportionalmeans: All Columns Total (5% risk level)

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Ob Es gibt für uns wichtige Werte und Sachen, von denen wir bedacht werden können. Bitte schreiben Sie mir die folgenden Werte und Sachen, von denen Sie diese aktuell in der Schweiz bedroht sehen. Wie stark sehen Sie...

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS ungewichtet	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
BASIS gvw. (100 %)	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228

LEGENDE

- A-> die Anteilnahme in der Schweiz bedroht?
 - B-> die Anteilnahme in der Schweiz bedroht?
 - C-> den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Schweiz bedroht?
 - D-> die Ruhe und Ordnung in der Schweiz bedroht?
 - E-> die Gesundheit der Bevölkerung in der Schweiz bedroht?
 - F-> das Gesundheitswesen in der Schweiz bedroht?
 - G-> die Demokratie in der Schweiz bedroht?
 - H-> die Freiheit der Presse in der Schweiz bedroht?
 - I-> die persönliche Freiheit in der Schweiz bedroht?
 - J-> die Energieversorgung in der Schweiz bedroht?
- Proportionsmasssz. All Column 1 (Faktor (5% risk level)

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

OP1: Es gibt für viele wichtiges Werte und Sachen, wo bedroht werden können.
Bitte Sie nur für die folgenden Werte und Sachen, wo stark Sie diese aktuell in der Schweiz bedroht sehen.
Wie stark sehen Sie...
die Arbeitsplätze in der Schweiz bedroht?

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU										
	TOTAL		D-OH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																
BASIS unwichtig	1228	802	276	507	591	637	208	593	437	420	399	390	390	68*	541	616														
BASIS gew. (100%)	1228	802	276	507	591	637	208	593	437	420	399	390	390	68*	541	616														
(01) Überhaupt nicht bedroht	22	15	6	1	12	10	6	10	6	2	4	15	4	11	7															
	1.8%	1.7%	2.2%	2.0%	2.0%	1.6%	2.9%	1.7%	1.4%	0.5%*	1.1%	3.8%*	5.9%*	2.0%	1.1%															
(02)	72	67	11	4	44	28	16	34	22	25	22	24	4	21	46															
	5.9%	6.3%	4.0%	8.0%	7.4%	4.4%	7.7%	5.8%	5.0%	6.0%	6.2%	6.2%	5.9%	3.9%*	7.5%															
(03)	190	151	31	8	118	72	37	62	61	70	54	59	3	81	108															
	15.5%	16.7%	11.2%	16.0%	20.0%*	11.3%*	17.8%	15.8%	14.0%	16.7%	14.6%	15.1%	4.4%	15.0%	17.2%															
(04)	108	151	39	8	96	102	34	91	73	74	54	67	8	82	109															
	8.8%	16.7%	14.1%	16.0%	16.2%	16.0%	16.3%	15.6%	16.7%	17.8%	14.6%	17.2%	11.8%	15.2%	17.5%															
(05)	257	181	66	10	121	136	41	119	97	90	72	77	15	116	125															
	20.9%	20.1%	23.9%	20.0%	20.5%	21.4%	22.2%	21.4%	19.5%	19.7%	22.1%	21.4%	20.3%	22.1%	21.4%															
(06)	176	134	39	3	85	91	23	90	63	62	59	49	14	74	88															
	14.3%	14.9%	14.1%	6.0%	14.4%	14.3%	11.1%	15.4%	14.4%	14.8%	16.0%	12.6%	20.6%	13.7%	14.3%															
(07)	145	111	28	6	60	85	24	64	57	50	45	47	8	64	72															
	11.8%	12.3%	10.1%	12.0%	10.2%	13.3%	11.5%	11.0%	13.0%	11.9%	12.2%	12.1%	11.8%	11.5%	11.7%															
(08)	119	67	48	8	39	80	20	67	42	38	46	30	5	67	47															
	9.7%	7.4%*	15.9%*	16.0%	6.6%*	12.6%*	9.6%*	9.8%	9.6%	9.0%	12.5%	7.7%	7.4%	12.4%*	7.6%															
(09)	20	14	5	1	5	15	4	9	7	2	4	12	2	11	7															
	1.6%	1.6%	1.6%	2.0%	0.8%	2.4%	1.9%	1.5%	1.6%	0.5%	1.1%	3.1%*	2.9%	2.0%	1.1%															
(10) sehr stark bedroht	34	16	7	1	7	17	2	15	7	7	7	8	4	11	9															
	2.0%	1.8%	2.5%	2.0%	1.2%	2.7%	1.0%	2.6%	1.6%	1.7%	1.9%	2.1%	5.9%*	2.0%	1.5%															
(98) weiss nicht	4	4	-	-	0.5%	0.2%	0.5%	0.3%	0.2%	-	2	2	3	1	1															
	0.3%	0.4%	-	-	0.5%	0.2%	0.5%	0.2%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.6%	0.2%																
(99) keine Antwort	1	1	-	-	0.2%	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-															
	0.1%	0.1%	-	-	0.2%	-	-	-	-	-	-	-	-	1.5%*	-															
TOP-3	294	225	48	13	171	110	59	135	89	97	80	98	11	113	169															
	23.1%	27.9%	17.4%*	26.0%	29.4%*	17.3%*	28.4%*	23.3%*	20.4%	23.1%*	21.7%*	25.1%*	16.2%*	20.3%*	29.6%*															
NEUTRAL	776	577	172	27	362	414	122	364	290	276	230	240	45	336	393															
	63.2%	64.0%	62.3%	54.0%	61.3%	65.0%	66.4%	65.7%	62.4%	65.7%	62.3%	61.5%	66.2%	62.1%	63.9%															
BOTTOM-3	193	97	56	10	51	112	25	81	55	67	57	59	11	89	63															
	15.6%	10.8%*	20.3%	19.0%	8.6%*	17.6%*	12.5%	13.9%*	12.8%	11.2%*	15.4%*	12.6%*	16.2%*	16.6%*	10.2%*															
ANTW	1223	897	276	50	587	636	207	591	485	420	367	388	67	538	615															
	512	5.01	5.45	5.16	4.77	5.19	4.89	5.14	5.19	5.05	5.26	5.01	5.06	5.19	4.93															
STAW	1.96	1.92	2.00	2.17	1.87	1.98	2.01	1.99	1.89	1.84	1.96	2.07	2.23	1.98	1.89															

Proportion/Mean: Column Total (0% risk level) - ABC - DIE - F/GH - I/JK - LMN
small base

LINK Institut für Markt- und Sozialforschung, Luzern

unweighted

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

COVID-19 ist für viele, welches Risiko und Schaden, wo besteht, werden können.
Bitte sagen Sie mir für die folgenden Werte und Sachen, wie stark Sie diese aktuell in der Schweiz bedroht sehen.
Wie stark sehen Sie...
die Ruhe und Ordnung in der Schweiz bedroht?

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU											
	TOTAL		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																	
BASIS unwichtig	1228	902	276	507	591	637	208	593	437	420	399	390	390	68*	541	616															
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	507	591	637	208	593	437	420	399	390	390	68*	541	616															
(01) Überhaupt nicht bedroht	91	72	16	3	55	36	16	52	23	35	24	27	6	40	45																
	7.4%	8.0%	5.8%	6.0%	9.3%	5.7%	7.7%	8.9%	5.3%	8.3%	6.5%	6.9%	8.8%	7.4%	7.3%																
(02)	273	208	54	13	154	119	63	128	82	105	76	87	7	110	155																
	22.2%	22.8%	19.6%	26.0%	26.1%*	18.7%*	30.3%*	22.0%	18.6%	25.0%	20.6%	22.3%	10.3%*	20.3%	25.2%																
(03)	256	196	47	13	146	110	54	123	79	101	66	78	8	105	143																
	20.8%	21.7%	17.0%	24.7%*	17.3%*	28.0%*	24.0%	21.1%	18.1%	24.0%	17.9%	20.0%	11.8%	19.6%	23.2%																
(04)	163	125	33	5	60	103	29	74	60	52	51	55	0	65	89																
	13.3%	13.9%	12.0%	10.0%	10.2%*	16.2%*	13.9%	12.7%	13.7%	12.4%	13.8%	14.1%	13.2%	12.0%	14.4%																
(05)	160	110	44	6	58	102	18	80	62	51	54	47	12	76	71																
	13.0%	12.2%	15.9%	12.0%	9.8%*	16.0%*	8.7%	14.2%	12.1%	14.6%	12.1%	12.1%	17.0%	14.0%	11.5%																
(06)	84	65	14	5	35	49	0	41	34	31	24	25	6	36	42																
	6.8%	7.2%	5.1%	10.0%	5.9%	7.7%	4.3%	7.0%	7.8%	7.4%	6.5%	6.4%	8.8%	6.7%	6.8%																
(07)	59	62	35	2	41	58	12	46	41	28	32	34	8	53	37																
	5.1%	6.9%	12.7%*	4.0%	6.9%	9.1%	5.8%	7.9%	9.4%	6.7%	8.7%	8.7%	11.8%	9.8%	6.0%																
(08)	72	53	19	1	27	45	3	27	42	15	30	24	7	40	25																
	5.9%	5.9%	6.5%	2.0%	4.6%	7.1%	1.4%*	4.6%*	9.6%*	3.6%*	8.1%	6.2%	10.3%	7.4%	4.1%																
(09)	11	6	4	1	6	5	-	3	8	1	5	5	1	8	2																
	0.9%	0.7%	1.4%	2.0%	1.0%	0.8%	-	0.5%*	1.8%*	0.2%	1.4%	1.3%	1.5%	1.3%	0.3%																
(10) sehr stark bedroht	11	4	6	1	7	4	3	6	2	-	2	7	3	4	4																
	0.9%	0.4%	2.2%*	2.0%	1.2%	0.6%	1.4%	1.0%	0.5%	-	0.5%*	1.8%	4.4%*	0.7%	0.6%																
(98) weiss nicht	4	1	3	-	1	3	1	2	1	1	2	1	-	2	2																
	0.3%	0.1%	1.1%*	-	0.2%	0.5%	0.5%	0.2%	0.2%	0.2%	0.5%	0.3%	-	0.4%	0.3%																
(99) keine Antwort	4	2	0	2	1	3	-	1	3	-	3	-	1	2	1																
	0.3%	0.2%	0.7%	-	0.2%	0.5%	-	0.2%	0.7%	-	0.8%	-	1.5%	0.4%	0.2%																
TOP-3	520	374	117	25	305	265	133	353	194	251	186	152	21	255	343																
	50.5%	42.7%	42.4%*	50.0%	50.7%*	41.6%*	63.3%*	52.0%*	42.1%*	57.4%*	45.0%*	49.2%	30.9%*	41.6%	55.1%																
NEUTRAL	506	362	126	18	194	312	68	241	197	162	161	161	35	220	239																
	41.2%	40.1%	45.7%	36.0%*	32.8%*	49.0%*	32.7%*	41.3%*	45.1%*	38.6%*	43.6%*	41.3%	51.5%*	42.5%	38.8%																
BOTTOM-3	94	63	25	3	40	54	6	52	16	37	36	32	52	31	50																
	7.7%	7.0%	10.1%	6.0%	6.6%	8.6%	2.9%*	8.2%*	11.9%*	3.9%*	10.0%*	9.2%	16.2%*	8.6%	8.1%																
ANTW	1220	899	271	50	569	631	207	580	433	419	364	389	67	537	613																
MIME	397	385	46	376	368	476	339	435	403	363	416	407	46	456	509																
STAW	210	203	227	207	210	206	183	207	219	188	216	220	243	219	193																

Proportions/Mean: Column Total (0% risk level) - ABC - DE - F/GH - I/JK - LMN
small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Wie wichtig für viele, wichtiges Merkmal auf Sicherheit, was bedroht werden können. Bitte Sie nur für die folgenden Werte und Zahlen, wie stark Sie diese aktuell in der Schweiz bedroht sehen. Wie stark sehen Sie...

die soziale Sicherheit in der Schweiz wie zum Beispiel eine gesicherte Arbeitslosen- oder Invalidenversicherung bedroht?

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH							
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)								
BASIS unwichtig	1228	802	276	50*	591	637	208	593	437	420	399	390	68*	541	616							
BASIS gew. (100 %)	1228	802	276	50*	591	637	208	593	437	420	399	390	68*	541	616							
(01) Überhaupt nicht bedroht	69	49	14	6	42	27	16	31	22	18	23	27	3	31	34							
	5.6%	5.4%	5.1%	12.0%	7.1%	4.2%	7.7%	5.3%	5.0%	4.3%	6.2%	6.9%	4.4%	5.7%	5.5%							
(02)	164	141	18	5	79	85	25	75	64	50	51	58	5	73	86							
	13.4%	15.6%*	6.5%*	10.0%	13.4%	13.3%	12.0%	12.9%	14.6%	11.9%	13.8%	14.9%	7.4%	13.5%	14.0%							
(03)	204	152	40	12	108	96	37	98	69	80	56	61	11	78	115							
	16.6%	16.0%	14.5%	24.0%	18.3%	15.1%	17.8%	16.8%	15.8%	19.0%	15.2%	15.6%	16.2%	14.4%	18.7%							
(04)	188	149	34	5	97	91	29	95	63	73	48	59	8	73	105							
	15.3%	16.5%	12.3%	10.0%	16.4%	14.3%	13.9%	16.5%	14.4%	17.4%	13.0%	15.1%	11.8%	13.5%	17.2%							
(05)	201	144	49	8	93	108	38	90	73	64	65	60	17	89	94							
	16.4%	16.0%	17.8%	16.0%	15.7%	17.0%	18.3%	15.4%	16.7%	15.2%	17.6%	15.4%	25.0%	16.5%	15.3%							
(06)	140	102	36	2	69	71	23	68	49	52	32	50	5	65	70							
	11.4%	11.3%	13.0%	4.0%	11.7%	11.1%	11.1%	11.7%	11.2%	12.4%	8.7%	12.8%	7.4%	12.0%	11.4%							
(07)	115	73	37	5	51	64	18	49	48	40	43	28	6	56	53							
	9.4%	8.1%	13.4%*	1.0%	8.6%	10.0%	8.7%	8.4%	11.0%	9.5%	11.7%	7.2%	8.8%	10.4%	8.6%							
(08)	98	63	32	3	35	63	13	50	35	32	34	30	6	48	48							
	8.0%	7.0%	11.6%*	0.0%	5.9%	9.9%	6.3%	8.0%	8.0%	7.8%	9.2%	7.7%	8.8%	8.5%	7.5%							
(09)	20	13	4	3	7	13	1	11	8	2	10	8	1	15	4							
	1.6%	1.4%	1.4%	6.0%*	1.2%	2.0%	0.5%	1.9%	1.8%	0.5%	2.7%	2.1%	1.5%	2.8%*	0.6%							
(10) sehr stark bedroht	17	11	6	-	7	10	5	10	2	5	3	8	1	4	7							
	1.4%	1.2%	2.2%	-	1.2%	1.6%	H	2.4%	1.7%	0.5%	1.2%	0.8%	2.1%	5.9%*	1.3%							
(98) weiss nicht	9	3	5	1	3	6	3	6	5	4	3	1	1	6	2							
	0.7%	0.3%	1.8%*	2.0%	0.5%	0.9%	1.4%	0.9%	0.2%	1.0%	0.8%	0.3%	1.5%	1.1%	0.3%							
(99) keine Antwort	3	2	1	-	-	3	-	-	3	-	1	-	1	2	-							
	0.2%	0.2%	0.4%	-	-	0.5%	G	0.7%	-	0.3%	-	-	1.5%*	0.4%	-							
TOP-3	579	342	72	23	259	298	78	264	152	148	130	142	18	182	225							
	46.9%	42.8%	26.1%*	46.0%	43.7%	46.7%	37.8%	43.9%	35.5%	36.2%	35.2%	37.4%	27.9%	33.6%	36.1%							
NEUTRAL	644	488	156	20	310	334	108	303	233	229	188	197	36	283	323							
	52.4%	51.9%	65.2%*	40.0%	52.5%	52.4%	51.9%	52.0%	53.3%	54.5%	50.9%	50.5%	52.9%	52.3%	52.4%							
BOTTOM-3	135	87	22	6	49	58	19	71	45	33	47	46	11	68	54							
	11.0%	8.1%	15.2%*	12.0%	8.3%	13.8%*	9.1%	12.2%	10.3%	9.8%	12.7%	11.8%	16.2%	12.6%	8.1%							
ANTW	1216	897	270	49	588	628	205	578	433	416	365	389	66	533	614							
MIME	436	4.41	5.0	4.25	4.36	4.56	4.44	4.50	4.56	4.53	4.64	4.50	5.3	4.70	4.40							
STAW	2.14	2.10	2.17	2.35	2.08	2.18	2.15	2.17	2.11	2.02	2.22	2.22	2.30	2.21	2.05							

Proportions/Mean: Column Totals (0% risk level) - ABC - DIE - F/GH - I/JK - LMN
small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

OTF: Es gibt für meine nächsten Werte auf Sachen, wo bedroht werden können.
Bitte Sie mir für die folgenden Werte und Sachen, wie stark Sie diese aktuell in der Schweiz bedroht sehen.
Wie stark sehen Sie...

das Gesundheitswesen in der Schweiz bedroht?

	REGION										GESCHLECHT			ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU							
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)
BASIS unwichtig	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	399	390	390	68*	541	616												
BASIS gew. (100%)	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	399	390	390	68*	541	616												
(01) Überhaupt nicht bedroht	68	44	18	6	29	39	14	30	24	15	24	25	7	33	27													
	5.5%	4.9%	6.5%	12.0%*	4.9%	6.1%	5.5%	5.1%	5.5%	3.6%	6.0%	6.4%	10.3%	6.1%	4.4%													
(02)	176	131	32	13	101	75	33	72	71	50	56	65	0	79	88													
	14.3%	14.5%	11.6%	26.0%*	17.1%	11.8%	15.9%	12.3%	16.2%	11.9%	15.2%	16.7%	13.2%	14.6%	14.3%													
(03)	230	182	41	7	127	103	27	120	83	79	62	84	6	93	130													
	18.7%	20.2%	14.9%	14.0%	21.8%	16.2%	13.0%	20.6%	19.0%	18.8%	16.8%	21.5%	8.8%	17.2%	21.1%													
(04)	192	144	43	5	92	100	44	95	53	73	53	55	8	75	109													
	15.6%	16.0%	15.6%	10.0%	15.6%	15.7%	11.2%*	16.3%	12.1%*	17.4%	14.4%	14.1%	11.8%	13.9%	17.7%													
(05)	187	147	36	4	84	103	30	63	64	79	53	43	16	83	88													
	15.2%	16.3%	13.0%	8.0%	14.2%	16.2%	14.4%	16.0%	14.6%	18.8%*	14.4%	11.0%	23.3%	15.3%	14.3%													
(06)	120	80	35	5	58	64	19	63	38	46	34	38	5	48	66													
	9.8%	8.9%	12.7%	10.0%	9.5%	10.0%	9.1%	10.8%	8.7%	11.0%	9.2%	9.7%	7.4%	8.9%	10.7%													
(07)	110	79	25	6	46	64	19	49	42	39	34	32	7	49	54													
	9.0%	8.8%	9.1%	12.0%	7.8%	10.0%	9.1%	8.4%	9.6%	9.3%	9.2%	8.2%	10.3%	9.1%	8.8%													
(08)	90	58	31	1	38	52	14	33	43	25	34	28	5	40	36													
	7.3%	6.4%	11.2%*	2.0%	6.4%	8.2%	6.7%	5.7%	9.8%*	6.0%	9.2%	7.2%	7.4%	9.1%	5.8%													
(09)	33	21	9	3	12	21	6	15	12	8	11	13	2	21	10													
	2.7%	2.3%	3.3%	6.0%	2.0%	3.3%	2.9%	2.6%	2.7%	1.9%	3.0%	3.3%	2.9%	3.3%	1.6%													
(10) sehr stark bedroht	17	15	2	-	5	12	1	11	5	6	6	5	2	9	6													
	1.4%	1.7%	0.7%	-	0.8%	1.9%	0.5%	1.9%	1.1%	1.4%	1.6%	1.3%	2.9%	1.7%	1.0%													
(98) weiss nicht	3	1	2	-	1	2	1	2	-	2	1	1	-	2	1													
	0.2%	0.1%	0.7%	-	0.2%	0.3%	0.5%	0.3%	-	0.5%	0.3%	-	0.4%	0.2%	-													
(99) keine Antwort	2	-	2	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	1	-													
	0.2%	-	0.7%*	-	-	0.3%	-	-	-	-	-	-	-	0.3%	-													
TOP-3	474	357	91	26	227	217	71	252	178	141	142	174	25	205	248													
	38.9%	38.6%	33.8%	5.1%	38.3%*	34.1%*	35.8%	35.1%	40.7%	34.3%	38.5%	44.6%*	32.4%	37.9%	39.8%													
NEUTRAL	609	450	139	20	278	331	112	300	197	237	174	188	36	255	317													
	49.6%	49.5%	50.4%	40.0%	47.0%	52.0%	53.8%	51.5%	45.1%	56.4%*	47.2%	43.1%*	52.9%	47.1%	51.5%													
BOTTOM-3	149	94	42	1	55	55	21	59	50	33	51	46	2	29	52													
	11.9%	10.4%	15.2%*	8.0%	9.3%	13.3%	10.1%	10.1%	13.3%	9.8%	13.8%	11.8%	13.2%	14.6%	8.4%*													
ANTW	1223	901	272	50	590	633	207	581	485	420	367	388	67	539	614													
MIME	449	444	44	AC	400	427	440	449	453	457	456	434	466	461	437													
STAW	218	213	225	240	208	224	214	213	226	202	229	225	239	230	203													

Proportion/Mean: Column Totals (0% risk level) - ABC - DIE - F/GH - I/JK - LIMM
small base

LINK Institut für Markt- und Sozialforschung, Luzern

ungewichtet

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

OPG, Es geht für uns um wichtiges Thema und Sachen, wo beschied werden können. Bitte sagen Sie mir für die folgenden Werte und Sachen, wie stark Sie diese aktuell in der Schweiz bedroht sehen. Wie stark sehen Sie...
die Datensicherheit in der Schweiz bedroht?

	TOTAL	REGION						GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU									
		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)														
BASIS unwichtig	1228	802	276	50*	591	637	208	583	437	420	389	390	68*	541	616														
BASIS gew. (100%)	1228	802	276	50*	591	637	208	583	437	420	389	390	68*	541	616														
(01) Überhaupt nicht bedroht	38	24	12	2	21	17	11	15	12	8	13	14	4	16	17														
	3.1%	2.7%	4.3%	4.0%	3.6%	2.7%	5.3%	2.6%	2.7%	1.9%	3.5%	3.6%	5.9%	3.0%	2.8%														
(02)	87	62	20	5	46	41	20	39	28	30	29	25	3	41	43														
	7.1%	6.9%	7.2%	10.0%	7.8%	6.4%	9.6%	6.7%	6.4%	7.1%	7.9%	6.4%	4.4%	7.6%	7.0%														
(03)	156	117	34	5	81	75	40	77	39	43	48	57	9	66	81														
	12.7%	13.0%	12.3%	10.0%	13.7%	11.8%	19.2%*	13.2%	9.9%	10.2%	13.0%	14.6%	13.2%	12.2%	13.1%														
(04)	173	139	25	0	91	82	25	89	59	65	50	55	6	73	93														
	14.1%	15.4%	9.1%*	18.0%	15.4%	12.9%	12.0%	15.3%	13.5%	15.5%	13.6%	14.1%	8.8%	13.5%	15.1%														
(05)	265	204	52	9	104	161	29	114	122	91	87	80	22	100	123														
	21.6%	22.6%	18.8%	18.0%	17.6%	25.3%*	13.9%	19.6%	27.9%*	21.7%	23.6%	20.5%	32.4%*	22.2%	20.0%														
(06)	153	109	38	6	78	75	30	74	49	60	41	44	4	60	88														
	12.5%	12.1%	13.8%	12.0%	13.2%	11.8%	14.4%	12.7%	11.2%	14.3%	11.1%	11.3%	5.9%	11.1%	14.3%														
(07)	156	116	35	5	77	79	23	74	59	54	50	47	6	72	78														
	12.7%	12.9%	12.7%	10.0%	13.0%	12.4%	11.1%	12.7%	13.5%	12.9%	13.6%	12.1%	8.6%	13.3%	12.7%														
(08)	104	73	28	3	49	55	11	49	44	31	30	37	7	51	46														
	8.5%	8.1%	10.1%	6.0%	8.3%	8.6%	5.3%	8.4%	10.1%	7.4%	8.1%	9.5%	10.3%	9.4%	7.5%														
(09)	42	28	11	3	16	26	6	28	8	13	11	15	2	20	20														
	3.4%	3.1%	4.0%	6.0%	2.7%	4.1%	2.9%	4.8%	1.8%	3.1%	3.0%	3.8%	2.9%	3.7%	3.2%														
(10) sehr stark bedroht	34	20	11	3	23	11	9	17	8	16	5	11	4	11	10														
	2.8%	2.2%	4.0%	6.0%	3.9%	1.7%	4.3%	2.9%	1.8%	3.8%	1.4%	2.8%	5.9%	2.0%	3.1%														
(98) weiss nicht	15	7	8	-	3	12	4	7	4	7	4	4	-	9	6														
	1.2%	0.8%	2.9%*	-	0.5%	1.9%	1.9%	1.1%	1.0%	1.7%	1.1%	1.0%	-	1.7%	1.0%														
(99) keine Antwort	5	3	2	-	2	3	-	5	2	1	1	1	1	2	2														
	0.4%	0.3%	0.7%	-	0.3%	0.5%	-	1.1%*	0.5%	0.3%	0.3%	0.3%	1.5%	0.4%	0.3%														
TOP-3	261	205	66	15	118	133	71	131	79	81	90	86	18	123	141														
	21.3%	20.9%	23.9%	24.0%	20.0%	20.9%	34.1%*	22.5%	18.1%	19.3%	24.4%	24.6%	23.6%	22.7%	21.8%														
NEUTRAL	747	568	150	29	350	397	107	351	289	270	228	226	38	325	382														
	60.8%	63.0%	54.3%*	58.0%	59.2%	62.3%	51.4%*	60.2%	66.1%*	64.3%	61.6%	57.9%	55.9%	60.1%	62.0%														
BOTTOM-3	159	121	50	0	68	92	25	60	40	60	45	63	13	65	85														
	14.7%	15.4%	16.1%	18.0%	14.9%	14.4%	12.5%	16.1%	13.7%	14.8%	12.8%	15.2%	19.1%	15.2%	16.8%														
ANTW	1208	892	266	50	586	622	204	576	428	411	364	385	67	530	608														
MIME	118	513	534	520	514	522	485	522	504	517	524	519	517	524	519														
STAW	211	204	228	239	219	203	230	214	196	207	205	217	231	211	210														

Proportion/Mean: Column Total (0% risk level) - ABC - DE - F/GH - I/JK - LMN
small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

03) Es gibt für uns wichtige Werte und Sachen, wo bedroht werden können. Bitte den Sie mir für die folgenden Werte und Sachen, wie stark sie diese aktuell in der Schweiz bedroht sehen. Wie stark sehen Sie...
die persönliche Freiheit in der Schweiz bedroht?

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU										
	TOTAL		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																
BASIS unwichtig	1228	802	276	507	591	637	208	583	437	420	369	390	68*	541	616															
BASIS gew. (100%)	1228	802	276	507	591	637	208	583	437	420	369	390	68*	541	616															
(01) Überhaupt nicht bedroht	169	130	32	7	90	79	41	72	56	63	48	54	6	72	90															
	13.8%	14.4%	11.6%	14.0%	15.2%	12.4%	19.7%+	12.3%	12.8%	15.0%	13.0%	13.8%	8.8%	13.3%	14.6%															
(02)	283	226	48	13	142	141	44	135	104	112	79	88	12	118	153															
	23.0%	25.1%	15.9%+	26.0%	24.0%	22.1%	21.2%	23.2%	23.8%	26.7%	21.4%	22.1%	17.6%	21.8%	24.8%															
(03)	222	164	51	7	108	114	38	114	70	88	59	66	8	93	120															
	18.1%	18.2%	18.5%	14.0%	18.3%	17.9%	18.3%	16.0%	16.0%	21.0%	16.0%	16.9%	11.8%	17.2%	19.5%															
(04)	129	93	33	9	61	68	24	62	43	51	38	39	6	55	68															
	10.5%	10.3%	12.0%	6.0%	10.3%	10.7%	11.5%	10.6%	9.8%	12.1%	9.8%	10.0%	8.8%	10.2%	11.0%															
(05)	110	75	30	5	42	68	12	50	48	29	45	31	13	49	48															
	9.0%	8.3%	10.9%	10.0%	7.1%	10.7%	5.8%	8.6%	11.0%	6.9%	12.2%+	7.9%	19.8%+	9.1%	7.8%															
(06)	75	46	22	7	38	37	15	34	26	23	23	24	7	37	30															
	6.1%	5.1%	8.0%	14.0%+	6.4%	5.8%	7.2%	5.8%	5.9%	5.5%	6.2%	6.2%	10.3%	6.8%	4.9%															
(07)	96	69	26	1	47	49	18	46	32	19	34	36	6	46	44															
	7.8%	7.6%	9.4%	2.0%	8.0%	7.7%	8.7%	7.9%	7.3%	4.5%	9.2%	9.2%	8.8%	8.5%	7.1%															
(08)	82	58	20	4	37	45	8	39	35	20	25	33	5	40	37															
	6.7%	6.4%	7.2%	8.0%	6.3%	7.1%	3.8%	6.7%	8.0%	4.8%	6.8%	8.5%	7.4%	7.4%	6.0%															
(09)	30	19	11	-	12	18	3	14	13	8	10	11	1	17	12															
	2.4%	2.1%	4.0%	-	2.0%	2.8%	1.4%	2.4%	3.0%	1.9%	2.7%	2.8%	1.5%	3.1%	1.9%															
(10) sehr stark bedroht	28	19	6	3	12	16	5	16	7	5	9	10	4	13	11															
	2.3%	2.1%	2.2%	6.0%	2.0%	2.5%	2.4%	2.7%	1.6%	1.2%	2.4%	2.6%	5.9%+	2.4%	1.8%															
(99) weiss nicht	2	2	-	-	0.3%	-	-	2	1	1	1	-	-	-	2															
	0.2%	0.2%	-	-	0.3%	-	-	0.5%	0.2%	0.3%	-	-	-	0.3%																
(99) keine Antwort	2	1	1	-	2	-	2	1	1	1	-	-	-	1	1															
	0.2%	0.1%	0.4%	-	0.3%	-	0.4%	0.2%	0.2%	0.2%	-	-	-	0.2%	0.2%															
TOP-3	574	379	127	27	303	334	123	321	220	263	186	206	26	283	363															
	46.8%	46.0%+	46.0%	54.0%	51.3%	52.4%	59.1%	55.1%	52.6%	60.2%+	56.4%	62.8%	38.2%+	51.3%	56.4%															
NEUTRAL	410	283	111	16	188	222	69	192	149	122	138	130	32	187	190															
	33.4%	31.4%	40.2%+	32.0%	31.8%	34.9%	33.2%	32.9%	34.1%	29.0%	37.4%	33.3%	47.1%+	34.6%	30.5%															
BOTTOM-3	149	86	37	7	51	79	19	59	55	33	44	51	10	75	60															
	11.9%	10.6%	13.4%	14.0%	10.3%	12.4%	7.7%	11.8%	12.8%	7.9%	11.8%	13.8%	14.7%	12.9%	9.1%															
ANTW	1224	899	275	50	589	635	208	582	434	418	368	390	68	540	613															
MIME	352	379	42	4	404	474	140	409	336	348	410	409	4	415	570															
STAW	243	240	245	262	241	245	238	244	243	218	246	254	252	249	234															

Proportions/Mean: Column Totals (0% risk level) - ABC - DE - F/GH - I/JK - LMN
small base

LINK Institut für Markt- und Sozialforschung, Luzern

ungewichtet

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

02.1. Es gibt für mich wichtige Werte und Sachen, wo bedroht werden können.
Bitte Sie mit für die folgenden Werte und Sachen, wie stark Sie diese aktuell in der Schweiz bedroht sehen.
Wie stark sehen Sie...
die Energieversorgung in der Schweiz bedroht?

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU																									
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29			30-59			60+			LINKS			MITTE			RECHTS			TIEF			MITTEL			HOCH										
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)	(AD)	(AE)	(AF)	(AG)	(AH)	(AI)	(AJ)	(AK)	(AL)	(AM)	(AN)					
TOTAL	1228	902	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%					
BASIS unwichtig	1228	902	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%		
(01) Überhaupt nicht bedroht	137	104	27	6	75	62	43	62	32	49	38	44	7	56	74	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
(02)	262	207	44	11	136	136	42	135	85	107	74	76	10	110	142	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
(03)	236	177	50	9	113	123	37	128	71	96	67	62	9	98	128	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
(04)	167	130	35	2	73	94	30	76	61	69	46	54	8	76	82	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
(05)	164	115	40	9	74	90	23	74	67	43	62	53	15	73	76	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
(06)	90	60	26	4	48	42	13	36	41	24	28	32	6	38	45	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
(07)	77	48	25	4	30	47	8	31	38	22	26	27	4	46	27	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
(08)	54	36	16	2	32	22	9	19	26	10	16	25	2	25	27	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
(09)	21	17	3	1	11	10	1	12	8	3	7	10	3	9	9	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
(10) sehr stark bedroht	5	3	-	2	3	2	1	3	1	1	1	1	1	3	1	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
(98) weiss nicht	13	5	8	-	6	7	1	8	4	4	3	5	3	6	4	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
(99) keine Antwort	2	-	2	-	-	2	-	1	1	1	1	1	-	1	1	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
TOP-3	539	445	121	25	314	321	122	325	198	252	173	182	26	264	344	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
NEUTRAL	408	353	126	19	225	273	74	217	207	149	162	166	33	233	230	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
BOTTOM-3	89	56	19	5	48	34	11	32	37	14	24	32	8	37	37	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
ANTW	1213	897	266	50	565	628	207	574	432	415	365	385	65	534	611	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
MIME	380	369	40	4	378	382	337	365	420	342	336	420	1	380	383	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%
STAW	208	205	210	246	215	202	205	200	214	186	208	223	225	213	201	112%	115%	9.8%	12.0%	12.7%	9.7%	20.9%+	10.6%	7.3%	11.7%	10.3%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.6%	11.3%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%	10.3%	10.4%	12.0%

Proportions/Mean: Column Totals (0% risk level) - ABC - DE - F/GH - I/JK - LMN
small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

08. Ich kann Ihnen möglichst Bedrohungen für die Schweizer Bevölkerung nennen, welche Sie als Bedrohungen für die Schweiz betrachten, die eine gewisse Bedrohung in naher Zukunft betrifft. Für wie wahrscheinlich halten Sie eine Bedrohung der Schweizer Bevölkerung...?

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	F	G	H	I
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)
BASIS ungewichtet	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
BASIS gvw. (100 %)	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
(01) überaus nicht wahrscheinlich	26	102	492	48	55	19	16	6	11
	1.8%	8.9%	32.7%	3.3%	4.5%	1.0%	1.3%	0.2%	0.9%
(02)	101	200	389	137	178	43	47	40	56
	8.2%	16.3%	31.7%	11.2%	14.5%	3.5%	3.8%	3.3%	4.6%
(03)	173	317	597	217	287	76	95	101	101
	17.3%	17.7%	15.2%	15.9%	19.8%	6.1%	6.9%	10.1%	8.2%
(04)	207	105	100	102	208	128	90	188	138
	16.9%	13.4%	8.1%	15.6%	16.9%	10.2%	7.3%	16.1%	11.1%
(05)	278	317	317	63	317	159	109	109	109
	22.7%	25.9%	25.9%	5.1%	25.9%	13.0%	8.9%	8.9%	8.9%
(06)	157	105	28	158	138	169	128	205	167
	12.8%	8.6%	2.3%	12.9%	11.2%	13.8%	10.4%	16.7%	13.6%
(07)	142	142	22	142	142	142	142	142	142
	11.5%	11.5%	1.8%	11.5%	11.5%	11.5%	11.5%	11.5%	11.5%
(08)	95	81	16	92	66	240	189	156	200
	7.7%	6.6%	1.3%	7.5%	5.4%	19.5%	15.4%	12.7%	16.3%
(09)	23	23	0	23	23	23	23	23	23
	1.9%	1.9%	0%	1.9%	1.9%	1.9%	1.9%	1.9%	1.9%
(10) absolut wahrscheinlich	27	30	9	15	9	58	227	40	90
	2.2%	2.4%	0.7%	1.2%	0.7%	4.7%	18.5%	3.3%	7.3%
(68) weiss nicht	0.3%	0.5%	0.2%	-	-	0.6%	0.6%	0.2%	0.2%
(69) keine Antwort	1	2	-	1	3	2	2	-	2
	0.1%	0.2%	-	0.1%	0.2%	0.2%	0.2%	-	0.2%
TOP-3	338	539	978	372	476	130	148	172	168
	27.5%	43.9%	79.6%	30.3%	38.8%	10.6%	12.1%	14.0%	13.7%
NEUTRAL	729	552	213	732	649	712	585	812	701
	59.1%	45.0%	17.3%	59.1%	52.9%	57.4%	47.6%	65.9%	56.3%
BOTTOM-3	156	129	34	123	93	377	510	240	354
	12.7%	10.5%	2.8%	10.0%	7.6%	30.7%	41.5%	19.5%	28.8%
ANTI	1220	1200	1226	1227	1218	1210	1223	1221	1223
	99.3%	97.6%	99.1%	99.1%	98.9%	98.4%	99.1%	99.1%	99.1%
MWE	4.98	4.27	2.31	4.75	4.33	6.24	6.68	5.65	6.12
	4.0%	3.4%	1.9%	3.9%	3.5%	5.1%	5.4%	4.6%	5.0%
STAW	2.05	2.30	1.77	2.01	1.97	2.05	2.44	1.95	2.18
	1.6%	1.9%	1.4%	1.6%	1.6%	1.7%	2.0%	1.6%	1.8%

ProportionalMeans: All Columns Truncated (5% risk level)

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Ob Sie, Ihre Eltern, möglichst Bedrohungen für die Schweizer Bevölkerung vor sich sehen, wie hoch Sie die Wahrscheinlichkeit annehmen, dass wesentliche Bedrohungen in nächster Zukunft eintreffen, für wie wahrscheinlich halten Sie eine Bedrohung der Schweizer Bevölkerung, ...?

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	F	G	H	I
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)
BASIS ungewichtet	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
BASIS gvw. (100 %)	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228

LEGENDE

- A- durch die organisierte Kriminalität
- B- durch Cyber-Angriffe
- C- durch einen militärischen Angriff
- D- durch Terrorismus
- E- durch Terroranschläge
- F- durch Naturkatastrophen
- G- durch Cyber-Angriffe
- H- durch eine Pandemie
- I- durch die Verbreitung von falschen Informationen (Fake News)

ProportionsMeans: All Columns Testet (5% risk level)

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

004: Ich habe in den nächsten 12 Monaten die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, die mich persönlich betrifft, wie hoch Sie die Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass ein solches Verbrechen in nächster Zukunft eintritt.
 Für wie wahrscheinlich halten Sie eine Bedrohung der Schweizer Bevölkerung...?
 durch die organisierte Kriminalität

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU																														
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29			30-59			60+			LINKS			MITTE			RECHTS			TIEF			MITTEL			HOCH															
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)	(AD)	(AE)	(AF)	(AG)	(AH)	(AI)	(AJ)	(AK)	(AL)	(AM)	(AN)										
TOTAL	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616		
BASIS ungewichtet	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616		
BASIS gew. (100%)	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616		
(01) Überhaupt nicht wahrscheinlich	22	16	3	3	12	10	9	8	5	10	6	6	6	1	12	9	22	16	3	3	12	10	9	8	5	10	6	6	6	1	12	9	22	16	3	3	12	10	9	8	5	10	6	6	6	1	12	9		
1.8%	1.8%	1.1%	1.1%	6.0%*	2.0%	1.6%	4.3%*	1.4%	1.1%	2.4%	1.6%	1.5%	1.5%	2.2%	1.5%	1.5%	1.8%	1.6%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%	1.1%		
(02)	101	77	17	7	57	44	24	57	20	49	27	23	4	39	58	101	77	17	7	57	44	24	57	20	49	27	23	4	39	58	101	77	17	7	57	44	24	57	20	49	27	23	4	39	58					
8.2%	8.5%	6.2%	14.0%	9.6%	6.9%	11.5%	9.8%	4.6%*	11.7%*	7.3%	5.9%	5.9%	7.2%	9.4%	8.2%	8.5%	6.2%	14.0%	9.6%	6.9%	11.5%	9.8%	4.6%*	11.7%*	7.3%	5.9%	5.9%	7.2%	9.4%	8.2%	8.5%	6.2%	14.0%	9.6%	6.9%	11.5%	9.8%	4.6%*	11.7%*	7.3%	5.9%	5.9%	7.2%	9.4%	8.2%	8.5%	6.2%	14.0%	9.6%	6.9%
(03)	215	163	41	11	127	88	59	100	56	78	61	70	11	79	125	215	163	41	11	127	88	59	100	56	78	61	70	11	79	125	215	163	41	11	127	88	59	100	56	78	61	70	11	79	125					
17.5%	18.1%	14.9%	22.0%	21.5%*	13.8%	29.8%*	17.2%	12.8%	18.6%	16.5%	17.9%	16.2%	14.6%	20.3%	17.5%	18.1%	14.9%	22.0%	21.5%*	13.8%	29.8%*	17.2%	12.8%	18.6%	16.5%	17.9%	16.2%	14.6%	20.3%	17.5%	18.1%	14.9%	22.0%	21.5%*	13.8%	29.8%*	17.2%	12.8%	18.6%	16.5%	17.9%	16.2%	14.6%	20.3%						
(04)	207	162	38	7	107	100	40	93	74	88	45	64	8	80	110	207	162	38	7	107	100	40	93	74	88	45	64	8	80	110	207	162	38	7	107	100	40	93	74	88	45	64	8	80	110					
16.9%	18.0%	13.8%	14.0%	18.1%	15.7%	19.2%	16.0%	16.9%	21.0%*	12.2%*	16.4%	11.8%	14.8%	19.3%	16.9%	18.0%	13.8%	14.0%	18.1%	15.7%	19.2%	16.0%	16.9%	21.0%*	12.2%*	16.4%	11.8%	14.8%	19.3%	16.9%	18.0%	13.8%	14.0%	18.1%	15.7%	19.2%	16.0%	16.9%	21.0%*	12.2%*	16.4%	11.8%	14.8%	19.3%						
(05)	218	156	55	8	83	135	32	103	83	72	84	52	12	105	99	218	156	55	8	83	135	32	103	83	72	84	52	12	105	99	218	156	55	8	83	135	32	103	83	72	84	52	12	105	99					
17.8%	17.2%	19.9%	16.0%	14.0%*	21.2%*	15.4%	17.7%	19.0%	17.1%	22.8%*	13.3%*	17.6%	19.4%	16.1%	17.8%	17.8%	17.2%	19.9%	16.0%	14.0%*	21.2%*	15.4%	17.7%	19.0%	17.1%	22.8%*	13.3%*	17.6%	19.4%	16.1%	17.8%	17.8%	17.2%	19.9%	16.0%	14.0%*	21.2%*	15.4%	17.7%	19.0%	17.1%	22.8%*	13.3%*	17.6%	19.4%	16.1%				
(06)	157	113	40	4	73	84	19	72	66	53	44	55	8	73	75	157	113	40	4	73	84	19	72	66	53	44	55	8	73	75	157	113	40	4	73	84	19	72	66	53	44	55	8	73	75					
12.8%	12.5%	14.5%	8.0%	12.4%	13.2%	9.1%	12.3%	15.1%	12.6%	11.9%	14.1%	11.5%	13.5%	12.2%	12.8%	12.5%	14.5%	8.0%	12.4%	13.2%	9.1%	12.3%	15.1%	12.6%	11.9%	14.1%	11.5%	13.5%	12.2%	12.8%	12.5%	14.5%	8.0%	12.4%	13.2%	9.1%	12.3%	15.1%	12.6%	11.9%	14.1%	11.5%	13.5%	12.2%						
(07)	147	109	32	6	60	87	12	71	64	39	47	55	8	75	64	147	109	32	6	60	87	12	71	64	39	47	55	8	75	64	147	109	32	6	60	87	12	71	64	39	47	55	8	75	64					
12.0%	12.1%	11.6%	12.0%	10.2%	13.7%	5.9%	12.2%	14.6%	9.3%	12.7%	14.1%	11.8%	13.9%	10.4%	12.0%	12.0%	12.1%	11.6%	12.0%	10.2%	13.7%	5.9%	12.2%	14.6%	9.3%	12.7%	14.1%	11.8%	13.9%	10.4%	12.0%	12.0%	12.1%	11.6%	12.0%	10.2%	13.7%	5.9%	12.2%	14.6%	9.3%	12.7%	14.1%	11.8%	13.9%	10.4%				
(08)	95	61	32	2	39	56	9	49	37	20	36	35	7	44	44	95	61	32	2	39	56	9	49	37	20	36	35	7	44	44	95	61	32	2	39	56	9	49	37	20	36	35	7	44	44					
7.7%	6.8%	11.6%*	4.0%	6.6%	8.8%	4.3%	8.4%	8.5%	4.8%*	4.8%*	9.0%	10.3%	8.1%	7.1%	7.7%	7.7%	6.8%	11.6%*	4.0%	6.6%	8.8%	4.3%	8.4%	8.5%	4.8%*	4.8%*	9.0%	10.3%	8.1%	7.1%	7.7%	6.8%	11.6%*	4.0%	6.6%	8.8%	4.3%	8.4%	8.5%	4.8%*	4.8%*	9.0%								
(09)	34	21	12	1	16	18	--	15	19	7	8	17	5	18	11	34	21	12	1	16	18	--	15	19	7	8	17	5	18	11	34	21	12	1	16	18	--	15	19	7	8	17	5	18	11					
2.8%	2.3%	4.3%	2.0%	2.7%	2.8%	1.7%	2.2%	4.4%	7.4%*	3.3%	1.8%	4.1%	3.3%	1.8%	2.8%	2.8%	2.3%	4.3%	2.0%	2.7%	2.8%	1.7%	2.2%	4.4%	7.4%*	3.3%	1.8%	4.1%	3.3%	1.8%	2.8%	2.3%	4.3%	2.0%	2.7%	2.8%	1.7%	2.2%	4.4%	7.4%*	3.3%	1.8%								
(10) absolut wahrscheinlich	37	22	4	1	15	12	4	13	10	4	9	11	3	13	11	37	22	4	1	15	12	4	13	10	4	9	11	3	13	11	37	22	4	1	15	12	4	13	10	4	9	11	3	13	11					
2.2%	2.4%	1.4%	2.0%	2.5%	1.9%	1.9%	2.2%	2.3%	1.0%	2.4%	2.8%	1.0%	2.4%	1.8%	2.2%	2.2%	2.4%	1.4%	2.0%	2.5%	1.9%	1.9%	2.2%	2.3%	1.0%	2.4%	2.8%	1.0%	2.4%	1.8%	2.2%	2.2%	2.4%	1.4%	2.0%	2.5%	1.9%	1.9%	2.2%	2.3%	1.0%	2.4%	2.8%							
(98) weiss nicht	4	2	2	--	3	2	--	2	2	--	1	2	1	2	1	4	2	2	--	3	2	--	2	2	--	1	2	1	2	1	4	2	2	--	3	2	--	2	2	--	1	2	1	2	1	4	2	2		
0.3%	0.2%	0.7%	--	0.3%	0.3%	--	0.3%	0.5%	--	0.3%	0.5%	--	0.3%	0.2%	0.3%	0.3%	0.2%	--	0.3%	0.3%	--	0.3%	0.5%	--	0.3%	0.5%	--	0.3%	0.2%	0.3%	0.3%	--	0.3%	0.5%	--	0.3%	0.5%	--	0.3%	0.5%	--	0.3%	0.5%							
(99) keine Antwort	1	1	--	--	1	--	--	--	--	1	--	--	--	--	--	1	1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	1	1	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--				
0.1%	0.1%	--	--	0.2%	--	--	--	--	--	0.2%	--	--	--	--	--	0.1%	0.1%	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	0.1%	0.1%	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--					
TOP-3	338	256	61	21	158	142	52	165	51	137	54	56	15	100	192	338	256	61	21	158	142	52	165	51	137	54	56	15	100	192	338	256	61	21	158	142	52	165	51	137	54	56	15	100	192					
27.5%	28%	22.1%	42.0%*	33.2%*	22.3%	44.2%*	26.3%	29.3%	18.5%*	33.0%*	25.8%	2.6%	23.0%	31.6%*	27.5%	28%	22.1%	42.0%*	33.2%*	22.3%	4																													

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

ODS: Ich habe in den nächsten 10 Jahren ein mögliches Bedrohungsrisiko für die Schweizer Bevölkerung vor und bitte Sie anzugeben, wie hoch Sie die Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass eine solche Bedrohung tatsächlich in der Zukunft eintritt. Für wie wahrscheinlich halten Sie eine Bedrohung der Schweizer Bevölkerung, ...?
durch einen militärischen Angriff

	REGION										GESCHLECHT			ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU								
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)
1228	902	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616
79.8%	69.6%	79.4%	69.0%	85.9%	74.1%	84.5%	73.9%	77.3%	89.9%	76.1%	77.7%	63.2%	74.1%	85.9%	79.8%	69.6%	79.4%	69.0%	85.9%	74.1%	84.5%	73.9%	77.3%	89.9%	76.1%	77.7%	63.2%	74.1%	85.9%
402	291	92	19	250	152	90	191	121	166	108	117	39.5%*	29.3%	30.0%	32.7%	32.3%	33.3%	38.0%	42.3%*	23.9%	4.3%*	29.3%	27.7%	166	108	117	21	158	223
34.5%	32.3%	33.3%	38.0%	32.7%	32.3%	33.3%	38.0%	42.3%*	23.9%	4.3%*	29.3%	27.7%	166	108	117	21	158	223	39.5%*	29.3%	30.0%	32.7%	32.3%	33.3%	38.0%	42.3%*	23.9%	4.3%*	29.3%
31.7%	33.0%	29.0%	22.0%	31.8%	31.6%	29.3%	33.6%	30.2%	31.9%	29.5%	33.6%	20.6%*	27.7%	36.2%*	31.7%	33.0%	29.0%	22.0%	31.8%	31.6%	29.3%	33.6%	30.2%	31.9%	29.5%	33.6%	20.6%*	27.7%	36.2%*
(03)	187	138	39	10	68	119	29	73	85	60	55	8	96	83	187	138	39	10	68	119	29	73	85	60	55	8	96	83	
15.2%	15.3%	14.1%	20.0%	11.5%*	18.7%*	13.9%	12.5%	19.5%*	15.5%	16.3%	14.1%	11.8%	17.7%	13.5%	15.2%	15.3%	14.1%	20.0%	11.5%*	18.7%*	13.9%	12.5%	19.5%*	15.5%	16.3%	14.1%	11.8%	17.7%	13.5%
(04)	100	70	27	3	37	63	18	51	31	31	34	6	56	38	100	70	27	3	37	63	18	51	31	31	34	6	56	38	
8.1%	7.8%	9.5%	6.0%	6.3%	9.9%	8.7%	8.7%	7.1%	7.4%	8.4%	8.7%	8.8%	10.4%	6.2%	8.1%	7.8%	9.5%	6.0%	6.3%	9.9%	8.7%	8.7%	7.1%	7.4%	8.4%	8.7%	8.8%	10.4%	6.2%
(05)	63	46	15	2	14	49	7	28	28	13	29	17	7	28	63	46	15	2	14	49	7	28	28	13	29	17	7	28	28
5.1%	5.1%	5.4%	4.0%	2.4%*	7.7%*	3.4%	4.8%	6.4%	3.1%	7.9%*	4.4%	4	11	4	5.1%	5.1%	5.4%	4.0%	2.4%*	7.7%*	3.4%	4.8%	6.4%	3.1%	7.9%*	4.4%	4	11	4
(06)	28	19	7	2	11	17	-	16	12	2	15	0	4	10	28	19	7	2	11	17	-	16	12	2	15	0	4	10	5
2.3%	2.1%	2.5%	4.0%	1.9%	2.7%	-	2.7%	2.7%	0.5%*	4.1%*	2.3%	5.9%*	3.5%	0.8%*	2.3%	2.1%	2.5%	4.0%	1.9%	2.7%	-	2.7%	2.7%	0.5%*	4.1%*	2.3%	5.9%*	3.5%	0.8%*
(07)	22	13	8	1	6	16	1	11	10	3	10	7	3	12	22	13	8	1	6	16	1	11	10	3	10	7	3	12	6
1.6%	1.4%	2.9%	2.0%	1.0%	2.5%	0.5%	0.5%	2.7%	2.7%	1.8%	4.4%	2.2%	1.0%	1.6%	1.6%	1.4%	2.9%	2.0%	1.0%	2.5%	0.5%	0.5%	2.7%	2.7%	1.8%	4.4%	2.2%	1.0%	1.6%
(08)	16	12	4	-	6	10	1	8	7	4	3	0	1	11	16	12	4	-	6	10	1	8	7	4	3	0	1	11	4
1.3%	1.3%	1.4%	-	1.0%	1.6%	0.5%	1.4%	1.6%	1.0%	0.5%	2.3%	1.5%	2.0%	0.6%	1.3%	1.3%	1.4%	-	1.0%	1.6%	0.5%	1.4%	1.6%	1.0%	0.5%	2.3%	1.5%	2.0%	0.6%
(09)	9	7	2	-	6	3	1	4	4	1	3	5	-	6	9	7	2	-	6	3	1	4	4	1	3	5	-	6	3
0.7%	0.6%	0.7%	-	1.0%	0.5%	0.5%	0.8%	0.9%	0.2%	0.8%	1.3%	-	1.1%	0.5%	0.7%	0.6%	0.7%	-	1.0%	0.5%	0.5%	0.8%	0.9%	0.2%	0.8%	1.3%	-	1.1%	0.5%
(10) absolut wahrscheinlich	0	6	1	2	5	4	-	5	4	1	2	4	3	3	0	6	1	2	5	4	-	5	4	1	2	4	3	3	0
0.7%	0.7%	0.4%	4.0%*	0.8%	0.6%	0.6%	-	0.9%	0.9%	0.2%	0.5%	1.0%	0.6%	0.5%	0.7%	0.7%	0.4%	4.0%*	0.8%	0.6%	-	0.9%	0.9%	0.2%	0.5%	1.0%	0.6%	0.5%	0.7%
(98) weiss nicht	3	2	1	-	3	-	-	3	-	-	-	2	1	2	3	2	1	-	3	-	-	3	-	2	1	2	1	2	-
0.2%	0.2%	0.4%	-	0.5%	-	-	0.7%	-	0.7%	-	0.5%	1.5%*	0.4%	-	0.2%	0.2%	0.4%	-	0.5%	-	-	0.7%	-	0.5%	1.5%*	0.4%	-	0.2%	0.2%
(99) keine Antwort	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
TOP-3	978	725	211	40	505	472	130	465	335	165	277	43	404	551	978	725	211	40	505	472	130	465	335	165	277	43	404	551	
79.8%	69.6%	79.4%	69.0%	85.9%	74.1%	84.5%	73.9%	77.3%	89.9%	76.1%	77.7%	63.2%	74.1%	85.9%	79.8%	69.6%	79.4%	69.0%	85.9%	74.1%	84.5%	73.9%	77.3%	89.9%	76.1%	77.7%	63.2%	74.1%	85.9%
NEUTRAL	213	148	57	8	68	145	26	106	81	49	85	67	20	115	213	148	57	8	68	145	26	106	81	49	85	67	20	115	77
17.3%	16.4%	20.7%	16.0%	11.5%*	22.8%*	12.5%	11.7%*	23.0%*	17.2%	29.4%*	21.3%*	12.5%	11.7%*	23.0%*	17.3%	16.4%	20.7%	16.0%	11.5%*	22.8%*	12.5%	11.7%*	23.0%*	17.2%	29.4%*	21.3%*	12.5%	11.7%*	23.0%*
BOTTOM-3	34	25	7	2	17	2	1	15	6	1.0%	1.0%	1.0%	1.0%	1.0%	34	25	7	2	17	2	1	15	6	1.0%	1.0%	1.0%	1.0%	1.0%	1.0%
2.6%	2.8%	2.5%	4.0%	2.6%	2.7%	0.6%	0.6%	2.6%	3.4%	1.4%	1.0%	4.0%*	5.9%*	2.6%	2.6%	2.8%	2.5%	4.0%	2.6%	2.7%	0.6%	0.6%	2.6%	3.4%	1.4%	1.0%	4.0%*	5.9%*	2.6%
ANTW	1225	900	275	50	591	654	208	593	434	420	369	388	67	539	1225	900	275	50	591	654	208	593	434	420	369	388	67	539	616
MIME	2.51	2.48	2.58	2.64	2.21	2.70	2.56	2.71	2.15	2.70	2.56	2.71	2.15	2.70	2.51	2.48	2.58	2.64	2.21	2.70	2.56	2.71	2.15	2.70	2.56	2.71	2.15	2.70	2.23
STAW	1.77	1.73	1.81	2.14	1.71	1.78	1.32	1.81	1.87	1.40	1.81	1.53	2.42	1.89	1.77	1.73	1.81	2.14	1.71	1.78	1.32	1.81	1.87	1.40	1.81	1.53	2.42	1.89	1.50

Proportion/Mean: Column Total (0% risk level) - ABC - DE - F/GH - I/JK - LMN
small base

LINK Institut für Markt- und Sozialforschung, Luzern

ungewichtet

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

ODD: Ich habe Ihnen mögliches Bedrohungsrisiko für die Schweizer Bevölkerung vor und bitte Sie anzugeben, wie hoch Sie die Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass eine solche Bedrohung tatsächlich in Zukunft eintritt. Für wie wahrscheinlich halten Sie eine Bedrohung der Schweizer Bevölkerung...?
 durch Terroranschläge

	REGION				GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU														
	D-CH		F-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH						
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																	
TOTAL	802	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616	1228	802	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616
BASIS unwichtig	3.3%	3.2%	2.9%	6.0%	3.9%	2.7%	7.0*	2.2%	2.5%	2.9%	3.8%	3.3%	11%*	3.7%	1.9%	1228	802	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	68*	541	616
(01) Überhaupt nicht wahrscheinlich	40	29	8	3	23	17	16	13	11	12	14	13	11%*	3.7%	1.9%	40	29	8	3	23	17	16	13	11	12	14	13	11%*	3.7%	1.9%	
(02)	137	104	26	7	89	48	30	81	26	47	42	42	6	48	82	137	104	26	7	89	48	30	81	26	47	42	42	6	48	82	
(03)	195	151	33	11	95	100	40	64	61	90	43	55	6	95	94	195	151	33	11	95	100	40	64	61	90	43	55	6	95	94	
(04)	192	147	41	4	92	100	41	81	70	70	55	63	5	70	108	192	147	41	4	92	100	41	81	70	70	55	63	5	70	108	
(05)	245	183	52	10	109	136	39	111	95	88	80	66	15	107	122	245	183	52	10	109	136	39	111	95	88	80	66	15	107	122	
(06)	168	118	36	4	69	89	15	80	63	51	52	51	8	61	89	168	118	36	4	69	89	15	80	63	51	52	51	8	61	89	
(07)	137	84	48	5	61	76	17	59	61	32	45	49	7	63	66	137	84	48	5	61	76	17	59	61	32	45	49	7	63	66	
(08)	93	66	21	5	36	56	8	50	34	25	30	34	8	50	34	93	66	21	5	36	56	8	50	34	25	30	34	8	50	34	
(09)	16	11	5	-	8	8	2	6	8	2	5	9	2	10	4	16	11	5	-	8	8	2	6	8	2	5	9	2	10	4	
(10) absolut wahrscheinlich	15	8	6	1	9	6	-	8	7	3	3	8	3	7	5	15	8	6	1	9	6	-	8	7	3	3	8	3	7	5	
(99) weiss nicht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
(99) keine Antwort	1	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
TOP-3	372	284	67	21	307	165	84	185	86	119	95	110	20	163	188	372	284	67	21	307	165	84	185	86	119	95	110	20	163	188	
NEUTRAL	732	532	177	23	331	401	112	331	289	241	232	229	35	310	385	732	532	177	23	331	401	112	331	289	241	232	229	35	310	385	
BOTTOM-3	123	85	32	6	53	70	10	61	51	30	35	51	13	67	43	123	85	32	6	53	70	10	61	51	30	35	51	13	67	43	
ANTW	1227	901	276	50	591	636	208	593	436	420	369	390	68	540	616	1227	901	276	50	591	636	208	593	436	420	369	390	68	540	616	
MIME	475	486	510	450	455	407	477	409	446	485	458	451	503	485	463	475	486	510	450	455	407	477	409	446	485	458	451	503	485	463	
STAW	2.01	1.96	2.07	2.22	2.06	1.93	1.88	2.04	1.94	1.85	2.00	2.13	2.52	2.06	1.88	2.01	1.96	2.07	2.22	2.06	1.93	1.88	2.04	1.94	1.85	2.00	2.13	2.52	2.06		

Proportion/Mean: Column Totals (0% risk level) - ABC - DIE - F/GH - I/JK - LIMN
 small base

LINK Institut für Markt- und Sozialforschung, Luzern

ungewichtet

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

QDE: Ich habe in den nächsten 6 Monaten ein mögliches Bedrohungsrisiko für die Schweizer Bevölkerung vor und bitte Sie anzugeben, wie hoch Sie die Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass ein solches Bedrohungsrisiko in absehbarer Zukunft eintritt.
 Für wie wahrscheinlich halten Sie eine Bedrohung der Schweizer Bevölkerung, ...?

durch Cyber-Angriffe

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU												
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH					
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)			
BASIS unwichtig	1228	922	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390		
BASIS gew. (100%)	1228	922	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390		
(01) Überhaupt nicht wahrscheinlich	12	8	2	2	5	7	3	6	3	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2		
	1.0%	0.9%	0.7%	0.4%	0.8%	1.1%	1.4%	1.0%	0.7%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%		
(02)	43	34	5	4	19	24	7	17	19	13	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	15	
	3.5%	3.3%	1.8%	1.5%	3.2%	3.8%	3.4%	2.9%	4.3%	3.1%	4.1%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	3.5%	
(03)	75	62	10	3	42	33	24	27	24	24	25	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	
	6.1%	6.8%	3.6%	0.6%	7.1%	5.2%	6.0%	5.8%	5.5%	5.7%	6.8%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%	5.6%
(04)	128	101	19	6	63	63	30	49	47	40	35	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	38	
	10.3%	11.2%	6.9%	1.2%	10.7%	9.9%	14.4%	10.8%	11.7%	9.5%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%
(05)	185	142	34	9	85	100	25	85	75	66	55	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	62	
	15.1%	15.7%	12.3%	18.0%	14.4%	15.7%	12.0%	14.6%	17.2%	15.7%	14.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%	15.9%
(06)	169	129	34	6	73	98	31	79	59	66	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	44	
	13.8%	14.3%	12.3%	12.0%	12.4%	15.1%	14.9%	13.6%	13.5%	15.7%	11.9%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	11.3%	
(07)	232	170	55	7	113	119	43	117	72	88	58	78	78	78	78	78	78	78	78	78	78	78	78	78	78	78	78	78	78	78	78	78
	18.9%	18.8%	19.9%	14.0%	18.1%	18.7%	20.7%	20.1%	16.5%	21.0%	15.7%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%
(08)	240	167	68	5	119	121	32	122	86	70	83	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70	70
	19.5%	18.5%	24.6%	10.0%	20.1%	19.0%	15.4%	20.9%	19.7%	16.7%	22.5%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%	20.3%
(09)	79	50	25	4	40	39	8	44	27	21	27	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29	29
	6.4%	5.5%	9.1%	8.0%	6.8%	6.1%	3.8%	7.5%	6.2%	5.0%	7.3%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%	7.4%
(10) absolut wahrscheinlich	58	33	21	4	31	27	5	34	19	18	16	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21
	4.7%	3.7%	7.6%	8.0%	5.2%	4.2%	2.4%	5.8%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%	4.3%
(99) weiss nicht	7	6	1	-	-	7	-	7	-	7	-	5	3	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	0.6%	0.7%	0.4%	-	-	1.1%	-	1.1%	-	1.1%	-	0.3%	1.1%	0.7%	0.5%	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
(99) keine Antwort	2	-	2	-	-	1	-	1	-	1	-	1	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
	0.2%	-	0.7%	-	-	0.2%	-	0.2%	-	0.2%	-	0.2%	-	0.3%	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
TOP-3	139	104	17	5	98	94	34	50	45	35	45	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	35	
	10.9%	11.3%	6.2%	1.0%	11.2%	10.0%	18.3%	8.6%	10.5%	9.5%	13.0%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%	9.7%
NEUTRAL	712	542	142	28	334	378	129	330	253	269	192	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222	222
	58.0%	60.1%	51.4%	56.0%	56.5%	59.3%	62.0%	56.6%	57.9%	64.0%	52.0%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%	56.6%
BOTTOM-3	377	250	114	13	190	157	45	260	132	109	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126
	30.7%	27.1%	41.3%	26.0%	32.1%	29.4%	21.6%	34.3%	30.2%	26.9%	34.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%	33.1%
ANTW	1219	886	273	50	590	629	208	580	431	417	366	389	389	389	389	389	389	389	389	389	389	389	389	389	389	389	389	389	389	389	389	389
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
MIME	6.24	6.09	6.00	5.76	6.27	6.21	5.76	6.16	6.19	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	6.35	
	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	
STAW	2.05	2.02	1.96	2.47	2.08	2.02	2.04	2.02	2.05	1.94	2.18	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	2.04	

Proportion/Mean: Column Totals (0% risk level) - ABC - DE - F/GH - I/JK - LMN
 small base

LINK Institut für Markt- und Sozialforschung, Luzern

ungewichtet

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

OOB: Ich habe in den nächsten 6 Monaten das Gefühl, die Schweiz wird in Gefahr verfallen. Sie anzuschauen, wie hoch Sie ein Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass eine solche Bedrohung in absehbarer Zukunft eintritt. Für wie wahrscheinlich halten Sie eine Bedrohung der Schweizer Bevölkerung, ...? durch eine Pandemie

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU										
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH				
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)			
TOTAL	1228	902	276	507	591	637	208	593	437	420	399	390	390	68*	541	616	1228	902	276	507	591	637	208	593	437	420	399	390	68*	541	616
BASIS unwichtig	1228	902	276	507	591	637	208	593	437	420	399	390	390	68*	541	616	1228	902	276	507	591	637	208	593	437	420	399	390	68*	541	616
(01) Überhaupt nicht wahrscheinlich	16	14	2	-	11	5	3	9	4	3	3	7	7	7	9	9	13%	14%	0.9%	0.7%	0.8%	1.8%	-	1.3%	1.5%	-	-	-	-	-	-
(02)	47	40	5	2	26	21	7	29	11	18	11	18	11	18	24	24	3.6%	4.4%	1.8%	4.0%	4.4%	3.3%	3.4%	5.0%	2.5%	4.3%	3.0%	4.8%	1.5%	4.1%	3.9%
(03)	85	75	8	2	49	36	20	38	27	26	30	28	28	38	45	45	6.9%	8.3%	2.9%	4.0%	8.3%	5.7%	6.2%	8.1%	7.2%	2.9%	7.0%	7.3%	2.9%	7.0%	7.3%
(04)	90	86	8	2	52	38	20	34	36	35	22	31	7	28	55	55	7.3%	8.9%	2.9%	4.0%	8.6%	6.0%	8.2%	6.0%	7.9%	10.3%	5.2%	8.9%	8.9%	5.2%	8.9%
(05)	190	161	18	11	103	87	20	91	79	52	65	62	10	96	83	83	15.5%	17.8%	6.5%	22.0%	17.4%	13.7%	9.6%	15.6%	18.1%	12.4%	17.6%	15.9%	14.7%	17.7%	13.5%
(06)	128	107	18	3	69	59	30	54	44	56	34	36	6	51	71	71	10.4%	11.9%	6.5%	6.0%	11.7%	9.3%	14.4%	9.3%	10.1%	13.3%	9.2%	9.2%	8.8%	9.4%	11.5%
(07)	157	128	23	6	77	80	25	64	68	57	39	53	5	75	77	77	12.6%	14.2%	8.3%	12.0%	13.0%	12.6%	11.1%	15.6%	13.6%	10.6%	13.6%	7.4%	13.9%	12.5%	
(08)	189	148	36	5	85	104	23	93	71	64	61	61	13	88	88	88	15.4%	16.4%	13.0%	10.0%	14.4%	16.3%	11.1%	16.0%	16.7%	15.2%	16.5%	15.6%	19.1%	16.3%	14.3%
(09)	94	55	32	7	33	61	13	43	38	23	35	33	4	47	42	42	7.7%	6.1%	11.6%	14.0%	5.6%	9.6%	6.3%	7.4%	8.7%	5.5%	9.9%	8.5%	5.9%	8.7%	6.8%
(10) absolut wahrscheinlich	227	92	123	12	85	142	45	126	56	84	67	69	20	87	120	120	16.5%	10.2%	44.6%	24.0%	14.4%	22.3%	21.6%	21.6%	12.8%	20.0%	18.2%	15.4%	29.4%	16.1%	19.5%
(99) weiss nicht	3	2	1	-	2	2	1	2	1	2	1	-	2	1	2	1	0.2%	0.2%	0.4%	0.2%	0.2%	0.3%	0.5%	0.2%	0.3%	0.5%	0.3%	0.3%	0.4%	0.2%	
(99) keine Antwort	2	-	2	-	-	2	-	2	-	2	-	2	-	2	-	-	0.2%	-	0.7%	-	-	0.3%	-	0.2%	-	-	-	-	-	-	-
TOP-3	148	150	15	4	58	52	30	75	42	47	41	50	3	67	71	71	12.1%	14.3%	5.4%	8.0%	14.6%	9.7%	14.4%	13.0%	9.6%	11.2%	11.8%	13.6%	4.4%	12.4%	12.7%
NEUTRAL	565	476	67	22	301	264	95	243	227	200	160	182	28	250	286	286	46.0%	52.8%	24.3%	44.0%	50.9%	41.4%	45.7%	51.9%	47.6%	47.6%	43.4%	48.7%	41.2%	46.2%	46.4%
BOTTOM-3	510	295	191	48	203	307	81	262	167	171	163	154	37	222	250	250	41.6%	32.7%	66.2%	46.0%	34.3%	48.2%	38.9%	44.8%	39.2%	40.7%	44.2%	39.5%	54.4%	41.8%	46.8%
ANTW	1223	900	273	50	590	633	206	581	436	418	367	389	68	538	614	614	688	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20
MIME	6.88	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20	6.20
STAW	2.44	2.31	2.25	2.42	2.43	2.40	2.56	2.54	2.24	2.42	2.42	2.46	2.35	2.40	2.49	2.49	2.44	2.31	2.25	2.42	2.43	2.40	2.56	2.54	2.24	2.42	2.46	2.35	2.40	2.49	

ungewichtet

LINK Institut für Markt- und Sozialforschung, Luzern

Proportions/Mean: Columns Totaled (0% risk level) - AB-C - DE - F(GH - I)JK - LMN
small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

004: Ich habe in den nächsten 12 Monaten die Bedrohung vor mich zu sehen, die Sie angeben, wie hoch Sie die Wahrscheinlichkeit einschätzen, dass eine solche Bedrohung tatsächlich eintritt. Für wie wahrscheinlich halten Sie eine Bedrohung der Schweizer Bevölkerung, ...?
 durch eine Wirtschaftskrise

	REGION				GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
BASIS ungewichtet	1228	922	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gew. (100%)	1228	922	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
(01) Überhaupt nicht wahrscheinlich	8	4	3	1	7	1	4	3	1	2	2	3	2	3	3
	0.7%	0.4%	1.1%	2.0%	1.2%	0.2%	1.9%*	0.5%	0.2%	0.5%	0.5%	0.8%	2.9%*	0.6%	0.5%
(02)	40	30	8	2	27	13	10	15	15	12	11	16	3	23	14
	3.3%	3.3%	2.9%	4.0%	4.6%	2.0%	4.8%	2.6%	3.4%	2.9%	3.0%	4.1%	4.4%	4.3%	2.3%
(03)	124	92	20	12	78	46	14	60	50	49	30	42	6	47	70
	10.1%	10.2%	7.2%	24.0%*	13.2%*	7.2%*	6.7%	10.3%	11.4%	11.7%	8.1%	10.8%	8.8%	8.7%	11.4%
(04)	108	156	35	7	109	89	33	92	73	81	48	65	0	76	113
	8.8%	17.3%	12.7%	14.0%	14.0%	14.0%	15.9%	15.8%	16.7%	19.3%	12.5%	16.7%	13.2%	14.0%	18.3%
(05)	234	176	48	10	119	115	37	108	89	75	73	76	13	107	112
	19.1%	19.5%	17.4%	20.0%	20.1%	18.1%	17.8%	18.5%	20.4%	17.9%	19.8%	19.5%	19.1%	19.8%	18.2%
(06)	205	163	34	8	91	114	35	99	71	70	63	62	0	89	107
	16.7%	18.1%	12.3%	16.0%	15.4%	17.9%	16.8%	17.0%	16.2%	16.7%	17.1%	15.9%	13.2%	16.5%	17.4%
(07)	175	124	48	3	80	95	32	82	61	59	56	51	13	73	89
	14.3%	13.7%	17.4%	6.0%	13.5%	14.9%	15.4%	14.1%	14.0%	14.0%	15.2%	13.1%	19.1%	13.5%	14.4%
(08)	156	108	43	5	68	100	26	75	55	53	54	44	3	75	78
	12.7%	12.0%	15.6%	10.0%	9.5%*	15.7%*	12.5%	12.9%	12.6%	12.8%	14.8%	11.3%	4.4%*	13.9%	12.7%
(09)	44	22	22	-	11	33	6	26	12	7	18	18	4	24	16
	3.6%	2.4%	8.0%*	-	1.9%	5.2%*	2.9%	4.5%	2.7%	1.7%	4.9%	4.8%	5.9%	4.4%	2.6%
(10) Absolut wahrscheinlich	40	23	15	2	13	27	11	22	7	0	15	13	6	21	13
	3.3%	2.5%	5.4%*	4.0%	2.2%	4.2%	5.3%	3.8%	1.6%	2.1%	4.1%	3.3%	8.8%*	3.9%	2.1%
(99) weiss nicht	4	4	-	-	4	-	-	3	3	3	1	-	3	1	-
	0.3%	0.4%	-	-	0.6%	-	0.2%	0.7%	0.3%	0.3%	-	-	0.6%	0.2%	-
(99) keine Antwort	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
TOP-3	172	126	51	15	112	60	25	78	65	63	43	61	11	73	87
	14.0%	14.0%	11.2%	30.0%*	19.0%*	9.4%	13.5%	13.4%	15.1%	15.0%	11.7%	13.6%	16.2%	13.5%	14.1%
NEUTRAL	612	619	165	28	399	413	137	391	294	295	238	254	44	345	421
	66.1%	68.6%	59.8%*	56.0%	64.8%	64.8%	65.9%	65.4%	67.3%	67.6%	64.5%	65.1%	64.7%	63.6%	68.3%
BOTTOM-3	249	153	89	7	80	109	13	123	71	69	87	75	13	125	107
	19.9%	17.0%	26.0%*	14.0%	13.8%*	25.1%*	20.7%	21.1%	16.9%	16.4%	23.6%*	19.2%	19.1%	21%	17.4%
ANTW	1224	888	276	50	591	633	208	562	434	417	368	390	68	538	615
MIMEE	565	55	6	4	56	52	572	57	550	547	576	537	576	576	555
AC	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
STAW	1.95	1.87	2.11	2.04	1.91	1.92	2.09	1.97	1.86	1.88	1.97	2.01	2.30	2.01	1.86

Proportions/Mean: Column Totals (0% risk level) - ABC - DIE - F/GH - I/JK - LMN
small base

LINK Institut für Markt- und Sozialforschung, Luzern

ungewichtet

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

001. Um Ihre eigenen möglichen Beschäftigungsperspektiven für die Schweizer Bevölkerung vor unabh. Sie anzugeben, wie hoch Sie die Wahrscheinlichkeit bezahnen, dass eine solche Bedrohung in naher Zukunft eintritt. Für wie wahrscheinlich halten Sie eine Bedrohung der Schweizer Bevölkerung, ...?
durch die Verbreitung von falschen Informationen (Fake News)

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH								
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)									
BASIS ungewichtet	1228	802	276	50*	591	637	208	593	437	420	399	390	68*	541	616								
BASIS gew. (100%)	1228	802	276	50*	591	637	208	593	437	420	399	390	68*	541	616								
(01) Überhaupt nicht wahrscheinlich	11	6	2	3	5	6	1	7	3	2	5	4	2	6	3								
	0.9%	0.7%	0.7%	6.0%+	0.8%	0.9%	0.5%	1.4%	0.7%	0.5%	1.4%	1.0%	2.9%	1.1%	0.5%								
				7.4%																			
(02)	56	44	8	20	27	13	24	19	21	18	13	4	4	25	27								
	4.6%	4.9%	2.9%	8.0%	4.9%	4.2%	6.3%	4.1%	4.3%	5.0%	4.9%	3.3%	5.9%	4.6%	4.4%								
(03)	101	81	14	6	50	51	23	40	29	34	36	29	3	46	52								
	8.2%	9.0%	5.1%	12.0%	8.5%	8.0%	11.1%	8.4%	6.6%	8.1%	9.8%	7.4%	4.4%	8.5%	8.4%								
(04)	136	106	25	6	76	60	16	62	58	57	37	39	5	61	69								
	11.1%	11.6%	9.1%	12.0%	12.9%	9.4%	7.7%	10.6%	13.3%	13.6%	10.0%	10.0%	7.4%	11.3%	11.2%								
(05)	177	127	40	10	80	97	28	81	68	62	50	57	11	73	91								
	14.4%	14.1%	14.5%	20.0%	13.5%	15.2%	13.5%	13.9%	15.6%	14.8%	13.6%	14.6%	16.2%	13.5%	14.8%								
(06)	167	130	30	7	79	88	29	79	59	62	42	55	10	74	83								
	13.6%	14.4%	10.9%	14.0%	13.4%	13.8%	13.9%	13.6%	13.5%	14.8%	11.4%	14.1%	14.7%	13.7%	13.5%								
(07)	221	162	53	6	94	127	39	100	82	82	61	68	12	97	112								
	18.0%	18.0%	19.2%	12.0%	15.9%	19.9%	18.8%	17.2%	18.6%	19.5%	16.5%	17.4%	17.6%	17.9%	18.2%								
(08)	200	142	56	2	108	92	23	95	82	55	70	70	16	86	98								
	16.3%	15.7%	20.3%	4.0%+	18.3%	14.4%	11.1%+	16.3%	18.8%	13.1%	19.0%	17.9%	23.5%	15.9%	15.9%								
(09)	64	45	18	1	27	37	15	35	14	20	19	23	1	28	35								
	5.2%	5.0%	6.5%	2.0%	4.6%	5.8%	7.2%	6.0%	3.2%	4.8%	5.1%	5.9%	1.5%	5.2%	5.7%								
(10) Absolut wahrscheinlich	90	57	28	5	42	48	11	49	20	24	29	31	4	42	44								
	7.3%	6.3%	10.1%	10.0%	7.1%	7.5%	10.1%	8.4%	4.6%+	5.7%	7.9%	7.9%	5.9%	7.8%	7.1%								
(98) weiss nicht	3	1	2	-	1	2	-	1	1	1	1	1	-	1	2								
	0.2%	0.1%	0.7%	-	0.2%	0.3%	-	0.3%	0.2%	0.2%	0.3%	0.3%	-	0.2%	0.3%								
(99) keine Antwort	2	2	-	-	2	-	-	2	-	-	1	-	-	2	-								
	0.2%	0.2%	-	-	0.3%	-	-	0.5%	-	-	0.3%	-	-	0.4%	-								
TOP-3	169	131	24	13	64	64	37	59	51	57	59	45	5	77	82								
	13.7%	14.3%	8.7%+	26.0%	14.2%	13.2%	17.8%	13.7%	11.7%	13.6%	16.6%	11.8%	13.2%	14.2%	13.3%								
NEUTRAL	701	524	148	29	339	372	112	322	267	263	190	219	38	305	355								
	57.1%	58.1%	53.6%	58.0%	55.7%	58.4%	62.6%+	55.2%	61.1%	62.6%+	51.5%+	56.2%	55.9%	56.4%	57.6%								
BOTTOM-3	354	244	105	8	177	177	59	179	115	99	115	124	21	158	177								
	28.9%	27.1%	37.0%+	16.0%+	29.9%	27.8%	26.4%	30.1%	26.5%	23.6%+	32.4%	31.8%	38.8%	26.8%	26.7%								
ANTW	1223	899	274	50	590	633	208	581	434	419	367	389	68	538	614								
MIME	612	403	60	5	348	367	127	361	241	241	191	191	19	241	241								
CA	612	403	60	5	348	367	127	361	241	241	191	191	19	241	241								
STAW	218	216	213	248	220	216	234	223	204	210	228	216	219	222	216								

Proportions/Mean: Columns Trained (0% risk level) - ABC - DIE - F/GH - I/JK - LIMN
small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

09. bis 14. Jahr 2020 sind verschiedene Bereiche vom Leben in der Schweiz durch den Coronavirus betroffen. Ist Ihre/ihren nun einige Bereiche vor allem vom Stimmt, wie stark Sie persönlich in diesem Bereich betroffen sind. Sehr stark betroffen, eher betroffen, eher nicht betroffen oder gar nicht betroffen.
Wie stark sind Sie durch den Corona-Virus betroffen in...?

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	F	G
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)
BASIS ungewichtet	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
Basis: gwr. (100 %)	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
gar nicht betroffen	(01)	543	732	524	835	100	367
		44.2%	59.6%	42.7%	68.0%	8.1%	29.9%
EG ACEFG		EG	ACEFG	EG	ACEFG	EG	ACEFG
eher nicht betroffen	(02)	251	392	443	244	222	368
		20.4%	31.9%	35.9%	19.9%	18.1%	29.9%
ADEG ABDEG		ADEG	ABDEG	ADEG	ABDEG	ADEG	ABDEG
eher betroffen	(03)	233	159	216	100	485	322
		19.0%	12.9%	17.6%	8.1%	39.5%	26.2%
BD ABCDF		BD	ABCDF	BD	ABCDF	BD	ABCDF
sehr stark betroffen	(04)	178	42	45	47	421	150
		14.5%	3.4%	3.7%	3.8%	34.3%	12.2%
BCD ABCDF		BCD	ABCDF	BCD	ABCDF	BCD	ABCDF
wiss nicht	(08)	15	2	2	2	-	1
		1.2%	0.2%	0.2%	0.2%	-	0.1%
BCDFEG		BCDFEG	BCDFEG	BCDFEG	BCDFEG	BCDFEG	BCDFEG
keine Antwort	(09)	10	1	-	-	-	1
		0.8%	0.1%	-	-	-	0.1%
BCDFEG		BCDFEG	BCDFEG	BCDFEG	BCDFEG	BCDFEG	BCDFEG
Top-Two-Boxes	794	1024	967	1079	322	755	367
		64.7%	83.4%	78.7%	87.9%	61.5%	29.9%
EG ACEFG		EG	ACEFG	EG	ACEFG	EG	ACEFG
Bottom-Two-Boxes	409	501	263	147	908	472	860
		33.3%	16.4%	21.3%	12.0%	73.8%	38.4%
BCD		BCD	BCD	BCD	BCD	BCD	BCD
ANTW	1033	1228	1228	1228	1228	1227	1227
MINNE	270	118	118	118	311	221	237
STAW	1.11	0.84	0.85	0.80	0.92	1.00	0.92

Proportionsmass: All Columns Testet (5% risk level)

- LEGENDE
 A> Ihrem Arbeitsplatz
 B> Ihrer körperlichen Gesundheit
 C> Ihrer finanziellen Situation
 D> Ihrer Freizeitaktivitäten
 E> Ihrem Freizeitverhalten
 G> Ihrem Umgang mit Ihren besten Kolleginnen und Kollegen

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

COVID-19 im Jahr 2020 nicht, was höchstes Risiko für Subjekt durch den Corona-Virus betrifft.
 Ich bin nun in einige Bereiche wie Bildung/Sport, wo stark Sie persönlich in diesem Bereich betroffen sind.
 Sehr stark betroffen, eher nicht betroffen oder gar nicht betroffen.
 Wie stark sind Sie durch den Corona-Virus betroffen in...?
 Ihrem Arbeitsleben

27. Jan. 2021
 Studien-Nr.: 20.0753 //JI

	REGION				GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH (A)	F-CH (B)	I-CH (C)	MANN (D)	FRAU (E)	19-29 (F)	30-59 (G)	60+ (H)	LINKS (I)	MITTE (J)	RECHTS (K)	TIEF (L)	MITTEL (M)	HOCH (N)
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	503	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	503	437	420	369	390	68*	541	616
gar nicht betroffen	(01)	503	385%	154	25	265	49	186	336	165	175	175	35	277	250
		41.2%	43.8%	44.2%	44.0%	44.4%	23.6%	31.9%	70.5%	39.6%	48.3%	44.8%	61.5%	51.2%+	37.5%+
eher nicht betroffen	(02)	251	189	53	9	134	117	53	145	83	71	88	12	109	129
		20.4%	21.0%	19.2%	18.0%	22.7%	18.4%	25.5%	24.9%	19.8%	19.2%	22.6%	17.6%	20.1%	20.9%
eher betroffen	(03)	253	175	68	0	113	153	53	150	58	65	62	0	78	145
		19.9%	19.4%	17.8%	18.6%	19.1%	18.8%	25.5%	23.7%	23.0%+	16.3%	16.2%	13.2%	14.4%	23.5%
sehr stark betroffen	(04)	176	125	44	7	75	101	52	99	67	48	56	10	62	104
		14.3%	13.9%	15.9%	14.0%	12.7%	15.9%	17.0%	5.7%	16.0%	13.0%	14.4%	14.7%	11.5%	16.9%
weiss nicht	(98)	15	1%	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
		1.2%	1.4%	0.4%	0.7%	0.7%	1.7%	0.2%	0.2%	1.0%	1.0%	1.0%	1.5%	1.8%	0.6%
keine Antwort	(99)	10	4	5	1	5	1	2	7	1	4	4	1	5	4
		0.8%	0.4%	1.8%	2.0%	0.8%	0.8%	0.5%	0.3%	0.2%	1.1%	1.0%	1.5%	0.9%	0.6%
Top-Two-Boxes	794	585	177	32	394	400	102	331	361	249	250	263	47	396	359
	64.7%	64.9%	64.1%	64.0%	66.7%	62.8%	48.0%	56.8%	82.6%+	59.3%+	67.8%	67.4%	69.1%	71.3%+	56.3%+
Bottom-Two-Boxes	409	300	93	16	198	221	105	249	55	166	108	119	19	140	249
	33.3%	33.3%	33.7%	32.0%	31.8%	34.7%	50.5%+	42.7%	12.6%	38.6%+	29.3%	30.5%	27.9%	25.9%	40.1%+
ANTW	1203	885	270	48	582	621	207	590	416	415	358	382	66	528	608
MWE	203	203	203	200	201	206	232	228	145	210	194	200	191	186	230
STAW	111	110	114	113	108	114	111	109	0.87	1.12	1.10	1.10	1.13	1.06	1.12

Proportion/Mean: Columns Tested (0% risk level) - ABC - DE - FGH - IJK - LMN
 *small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

COVID-19 im Jahr 2020 nicht verschlimmert. Bedenkt man, Leiden in der Schweiz durch den Corona-Virus betroffen ist, in wie vielen nun einige Bereiche wie Bildung, Umwelt, Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesundheit, Sicherheit in diesem Bereich betroffen sind. Sehr stark betroffen, eher betroffen, eher nicht betroffen oder gar nicht betroffen. Wie stark sind Sie durch den Corona-Virus betroffen in...? Ihrer psychischen Gesundheit

	TOTAL	REGION				GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU			
		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH			
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)			
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616			
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616			
gar nicht betroffen	(01) 524 42.7%	355 42.7%	117 42.4%	25 44.6%	267 48.8%+ E	267 37.2%+ E	53 30.5%+ F	245 40.9%+ F	216 49.4%+ FG	147 35.0%+ G	166 45.0%+ H	189 48.5%+ I	31 45.6%+ J	226 44.0%+ K	261 47.2%+ L			
eher nicht betroffen	(02) 443 36.1%	324 35.9%	102 37.0%	17 34.0%	209 35.4% 36.7% D	234 36.7% 37.7% D	77 37.0% 37.7% D	220 37.7% 33.4% D	146 33.9% 34.6% D	169 40.2% 33.9% JK	125 33.9% 34.6% JK	135 34.6% 34.6% JK	21 30.9% 34.5% JK	189 34.9% 34.5% JK	233 37.8% 37.8% JK			
eher betroffen	(03) 216 17.6%	162 18.0%	48 16.5% 18.6% D	0 13.9% 18.6% D	164 21.0%+ D	164 21.0%+ D	57 27.4%+ GH	65 10.9% 16.3% GH	81 14.6% 14.6% GH	61 15.3% 15.3% JK	53 13.8% 13.8% JK	53 13.8% 13.8% JK	12 17.6% 18.3% JK	99 16.1% 16.7% JK	103 16.7% 16.7% JK			
sehr stark betroffen	(04) 45 3.7%	31 3.4%	12 4.3%	2 4.0%	13 2.2% 5.0% D	32 4.9% 5.0% D	11 5.3% 5.3% D	11 3.9% 2.5% D	11 2.4% 2.5% D	10 2.4% 4.9% JK	18 4.9% 3.3% JK	13 3.3% 3.3% JK	4 5.9% 2.8% JK	15 2.8% 2.8% JK	26 4.2% 4.2% JK			
weiss nicht	(08) -	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
keine Antwort	(09) -	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Top-Two-Boxes	967 78.7%	709 78.6%	219 79.3%	39 78.0% E	496 83.9%+ E	471 73.9%+ E	140 67.3%+ F	465 79.8%+ F	362 82.8%+ F	316 75.2% 75.2% JK	291 78.9% 78.9% JK	324 83.1%+ I	52 76.5% 76.5% JK	427 78.6% 78.6% JK	487 79.1% 79.1% JK			
Bottom-Two-Boxes	261 21.3%	193 21.4%	57 20.7% 22.0% D	11 16.1% 18.6% D	95 14.1% 14.1% D	166 26.1%+ D	68 31.7%+ GH	118 20.2% 17.2% GH	75 13.5% 13.5% GH	104 24.8% 24.8% JK	78 21.1% 21.1% JK	66 16.9%+ 16.9%+ JK	16 23.5% 23.5% JK	114 21.1% 21.1% JK	129 20.9% 20.9% JK			
ANTW	1228	902	276	50	591	637	208	593	437	420	369	390	68	541	616			
MWE	1.82	1.82	1.83	1.82	1.70	1.94	2.08	1.92	1.70	1.92	1.81	1.72	1.84	1.90	1.84			
STAW	0.85	0.84	0.86	0.87	0.79	0.88	0.99	0.84	0.81	0.82	0.88	0.82	0.92	0.83	0.85			

Proportions/Mean: Columns Tested (5% risk level) - ABC - DE - FGH - IJK - LMN
*small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

COVID-19 im Jahr 2020 nicht verschickte, Beschriftung, Labels für das Subjekt durch den Corona-Virus betroffen.
 Ich frage mich nun einige Bereiche wie Bild sagen können, wie stark Sie persönlich in diesem Bereich betroffen sind.
 Sehr stark betroffen, eher betroffen, eher nicht betroffen oder gar nicht betroffen.
 Wie stark sind Sie durch den Corona-Virus betroffen in...?

Ihrer finanziellen Situation

	TOTAL	REGION				GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU			
		D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH		
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)		
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616		
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616		
gar nicht betroffen	(01)	655	175	31	115	455	141	374	917	651	552	564	35	577	651		
	68.8%	69.3%	64.2%	62.0%	70.2%	65.9%	69.2%	64.2%	72.5%+ G	69.3%	68.3%	67.7%	52.9%+ L	69.7%	68.3%		
eher nicht betroffen	(02)	244	177	58	9	108	40	122	82	80	65	85	14	103	125		
	19.9%	19.6%	21.0%	18.0%	21.4%	18.8%	19.2%	20.9%	18.8%	19.0%	17.6%	21.8%	20.6%	19.0%	20.3%		
eher betroffen	(03)	100	75	21	7	45	14	59	27	33	30	29	10	44	48		
	8.1%	8.0%	7.8%	14.6%	7.8%	8.8%	6.7%	10.1%	6.2%	8.3%	8.6%	6.1%	14.7%+ N	8.1%	7.5%		
sehr stark betroffen	(04)	47	27	17	3	23	24	9	28	10	14	17	15	8	15		
	3.8%	3.0%	6.2%+ A	6.0%	3.9%	3.8%	4.3%	4.8%	2.3%	3.3%	4.6%	3.8%	11.8%+ MN	2.8%	3.9%		
weiss nicht	(08)	2	1	1	2	2	1	1	1	1	2	2	2	2	2		
	0.2%	0.1%	0.4%	-	0.3%	-	0.5%	-	0.2%	-	0.6%	-	-	0.4%	-		
keine Antwort	(09)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Top-Two-Boxes	1079	802	237	40	523	556	184	496	399	371	317	340	50	480	546		
	87.9%	88.5%	85.5%	80.0%	88.5%	87.3%	88.5%	85.1%+ G	91.3%+ G	88.3%	85.9%	89.5%	73.5%+ L	88.7%	88.6%		
Bottom-Two-Boxes	147	99	38	10	68	79	23	87	37	49	50	41	18	59	70		
	12.0%	11.0%	13.8%	20.0%	11.5%	12.4%	11.1%	14.9%+ H	6.5%+ H	11.7%	13.6%	10.5%	26.5%+ MN	10.9%	11.4%		
ANTW	1226	901	275	50	591	635	207	563	436	420	367	390	68	539	616		
MWEE	148	145	155	164	145	150	146	156	138	146	150	147	185	144	147		
STAW	0.80	0.77	0.88	0.94	0.80	0.81	0.80	0.86	0.71	0.79	0.84	0.78	1.07	0.76	0.80		

Proportions/Mean: Columns Totaled (0% risk level) - ABC - DE - FGH - IJK - LMN
 *small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

QDE: Im Jahr 2020 sind verschiedene Bereiche von Lockdown betroffen durch den Corona-Virus betroffen. Ich bin in einem oder mehreren von diesen Bereichen tätig. Wie stark Sie persönlich in diesem Bereich betroffen sind. Wie stark sind Sie durch den Corona-Virus betroffen in...? Ihrem Familienleben

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU													
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29			30-59			60+			LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH				
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(E)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)				
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gew. (100 %)	259.9%	27.4%	35.5%*	44.0%*	31.1%	23.7%	31.1%	23.7%	7.1	15.7	12.5	23.0%*	31.7%	31.6%	41.2%*	33.3%	25.8%*	259.9%	27.4%	35.5%*	44.0%*	31.1%	23.7%	31.1%	23.7%	7.1	15.7	12.5	23.0%*	31.7%	31.6%	41.2%*	33.3%	25.8%*
gar nicht betroffen	(01)	367	247	95	22	154	155	154	74	195	119	150	104	127	13	164	210	367	247	95	22	154	155	154	154	74	195	119	150	104	127	13	164	210
eher nicht betroffen	(02)	388	293	84	11	204	184	204	74	195	119	150	104	127	13	164	210	388	293	84	11	204	184	204	204	74	195	119	150	104	127	13	164	210
eher betroffen	(03)	322	257	54	11	147	175	147	37	149	139	118	98	84	15	109	107	322	257	54	11	147	175	147	147	37	149	139	118	98	84	15	109	107
sehr stark betroffen	(04)	150	105	39	6	56	94	56	23	75	52	49	48	44	12	59	79	150	105	39	6	56	94	56	56	23	75	52	49	48	44	12	59	79
weiss nicht	(98)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
keine Antwort	(99)	1	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Top-Two-Boxes	755	540	182	33	388	367	388	367	148	362	245	295	221	251	41	343	369	755	540	182	33	388	367	388	367	148	362	245	295	221	251	41	343	369
Bottom-Two-Boxes	472	362	93	17	203	269	203	269	60	221	191	165	147	139	27	168	246	472	362	93	17	203	269	203	269	60	221	191	165	147	139	27	168	246
ANTW	1227	902	275	50	591	636	591	636	208	593	436	420	368	390	68	541	615	1227	902	275	50	591	636	591	636	208	593	436	420	368	390	68	541	615
MWEE	2.21	2.24	2.12	2.02	2.13	2.28	2.13	2.28	2.04	2.22	2.27	2.26	2.21	2.15	2.16	2.14	2.27	2.21	2.24	2.12	2.02	2.13	2.28	2.13	2.28	2.04	2.22	2.27	2.26	2.21	2.15	2.16	2.14	2.27
STAW	1.00	0.88	1.05	1.08	0.96	1.04	0.96	1.04	0.99	1.00	1.01	0.96	1.03	1.00	1.15	1.00	0.99	1.00	0.88	1.05	1.08	0.96	1.04	0.96	1.04	0.99	1.00	1.01	0.96	1.03	1.00	1.15	1.00	0.99

Proportions/Mean: Columns Totaled (0% (na level)) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
 *small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

COVID-19, bis 2020 nicht verschärfte Beschränkungen, Leben in der Schweiz durch den Corona-Virus betroffen.
Ich fühle mich nur in einigen Bereichen (Bitte sagen Sie immer, wie stark Sie persönlich in diesem Bereich betroffen sind).
Sehr stark betroffen, eher stark betroffen, eher nicht betroffen oder gar nicht betroffen.
Wie stark sind Sie durch den Corona-Virus betroffen in...?
Ihren Umgang mit Ihren besten Kolleginnen und Kollegen

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU														
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH							
	(A)	(B)	(C)	(C)	(C)	(C)	(D)	(E)	(E)	(E)	(F)	(G)	(H)	(H)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(L)	(M)	(N)	(L)	(M)	(N)							
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616
gar nicht betroffen	(01)	19	76	37	15	55	54	55	21	55	35	26	45	35	13	51	42	57%	78%	13,4%*	24,0%*	12,2%	8,8%	8,9%	6,2%	12,8%	9,7%	19,1%	11,5%	11,5%	11,5%	11,5%	6,8%	
eher nicht betroffen	(02)	248	174	63	11	132	116	132	51	113	84	77	77	82	21	118	107	43,1%	27,1%	9,6%*	22,0%	19,2%	18,3%	20,9%	21,0%	30,9%*	21,0%	30,9%*	21,0%	21,0%	21,0%	21,0%	17,4%	
eher betroffen	(03)	529	421	91	17	267	262	267	93	251	195	195	195	141	65	215	254	43,1%	27,1%	9,6%*	22,0%	19,2%	18,3%	20,9%	21,0%	30,9%*	21,0%	30,9%*	21,0%	21,0%	21,0%	21,0%	17,4%	
sehr stark betroffen	(04)	331	236	85	10	137	194	137	50	162	119	110	105	104	18	140	173	43,1%	27,1%	9,6%*	22,0%	19,2%	18,3%	20,9%	21,0%	30,9%*	21,0%	30,9%*	21,0%	21,0%	21,0%	21,0%	17,4%	
weiss nicht	(98)	1	1	-	1	-	1	-	-	0,2%	-	-	-	-	-	0,3%	-	0,1%	0,1%	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
keine Antwort	(99)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Top-Two-Boxes	367	244	100	23	186	181	186	181	75	169	123	103	123	120	34	182	149	29,9%	27,1%	9,6%*	22,0%	19,2%	18,3%	20,9%	21,0%	30,9%*	21,0%	30,9%*	21,0%	21,0%	21,0%	17,4%		
Bottom-Two-Boxes	860	657	176	27	404	456	404	456	133	314	246	317	246	269	34	358	467	70,0%	72,9%	86,6%*	78,0%*	80,8%	81,7%	79,1%	79,1%	69,1%	79,1%	79,1%	79,1%	79,1%	79,1%	79,1%	82,6%	
ANTW	1227	901	276	50	590	637	590	637	208	592	437	420	369	389	68	540	616	1227	901	276	50	590	637	590	637	208	592	437	420	369	389	68	540	616
MWE	2,87	2,91	2,81	2,50	2,83	2,92	2,83	2,92	2,76	2,89	2,90	2,95	2,83	2,86	2,57	2,80	2,97	2,87	2,91	2,81	2,50	2,83	2,92	2,83	2,92	2,76	2,89	2,90	2,95	2,83	2,86	2,57	2,80	2,97
STAW	0,92	0,87	1,02	1,07	0,89	0,94	0,89	0,94	0,95	0,92	0,90	0,93	0,98	0,92	1,08	0,96	0,95	0,92	0,87	1,02	1,07	0,89	0,94	0,89	0,94	0,95	0,92	0,90	0,93	0,98	0,92	1,08	0,96	0,95

Proportion/Mean/Columns Tested (5% risk level) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
*small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

0/0. Wie kann die Schweiz ihrer Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS ungewichtet	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
BASIS gew. (100 %)	47	85	448	332	215	52	274	491	290	226
sehr einverstanden	0.9%	6.9%	35.9%	27.0%	17.3%	4.2%	22.2%	39.6%	23.0%	17.8%
eher einverstanden	(02)	114	407	575	544	485	171	530	481	543
eher nicht einverstanden	(03)	318	437	121	251	314	445	314	195	229
gar nicht einverstanden	(04)	735	296	56	82	188	527	89	45	100
weiss nicht	(08)	10	25	18	16	22	26	18	11	63
keine Antwort	(09)	4	8	10	3	4	7	3	5	13
Top-Two-Boxes	161	469	1023	695	709	223	854	872	623	795
Bottom-Two-Boxes	1053	703	177	333	502	972	403	240	329	377
ANTW	1214	1195	1200	1209	1202	1195	1207	1212	1152	1173
MME	3.43	2.74	1.82	2.07	2.40	3.21	2.18	1.83	2.13	2.20
STAW	0.82	0.68	0.79	0.67	0.85	0.69	0.67	0.83	0.68	0.63

Legend:

A- Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.
 B- Die Schweiz sollte der EU beitreten, wenn sie mehr in die Welt einbezogen werden kann.
 C- Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber den wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU vertiefen.
 D- Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
 E- Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
 F- Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.
 G- Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
 H- Die Schweiz sollte sich mehr um die Sicherheit der Welt kümmern, aber nicht unbedingt von anderen Staaten belassen.
 I- Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium von der UNO, anstreben.
 J- Die Schweiz sollte sich aktiv und am vorderen Front für die Anliegen von der UNO einsetzen.

ProportionalMeans: All Columns 1 tested (5% risk level)

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

0103. Wie hoch die Schweiz ihre Misikung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zu Sicherheit in der Welt beizubehalten?
 Sagten Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
 Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalt beitreten.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU									
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	
BASIS ungewichtet	1228	902	276	507	591	637	208	583	437	420	399	390	380	68*	541	616													
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	507	591	637	208	583	437	420	399	390	380	68*	541	616													
sehr einverstanden	(01)	47	29	15	3	28	19	6	19	22	21	9	14	5	18	23													
eher einverstanden	(02)	114	82	23	9	37	77	10	51	53	69	28	14	9	38	65													
eher nicht einverstanden	(03)	318	237	70	11	153	165	52	140	126	141	99	72	22	131	165													
gar nicht einverstanden	(04)	735	548	161	26	371	394	136	367	232	185	230	287	29	349	357													
wiss nicht	(98)	10	5	4	1	9	3	4	3	4	3	2	1	3	5	4													
keine Antwort	(99)	4	0.1%	3	-	1	3	1	2	1	2	2	2	2	2	2													
Top-Two-Boxes	161	111	38	12	65	96	16	70	75	90	37	28	28	14	56	88													
Bottom-Two-Boxes	1053	745	231	37	524	539	188	507	360	326	329	359	351	41	480	523													
ANW	1214	886	269	69	395	525	204	577	433	416	395	357	357	65	535	610													
MINNE	343	240	73	22	107	114	39	103	77	83	51	35	35	15	55	60													
STAW	082	0.79	0.87	0.98	0.81	0.82	0.72	0.79	0.88	0.88	0.74	0.72	0.72	0.94	0.77	0.83													

Proportions-Mean: Column Total (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

QuS: Wie hoch die Schweiz ihre Interessen wahrnen und gleichzeitig zu Sicherheit in der Welt beizutragen? Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.

	REGION				GESCHLECHT	ALTER	POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU								
	D-CH		F-CH				ICH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH
	(A)	(B)	(C)	(D)														
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	68*	541	616			
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	68*	541	616			
sehr einverstanden	(01)	85	49	34	2	42	43	6	46	33	52	17	12	6	27	51		
		6.9%	5.4%	12.3%+	4.0%	7.1%	6.8%	2.9%	7.9%	7.6%	12.4%+	4.6%	3.1%	8.8%	5.0%	8.3%		
eher einverstanden	(02)	407	284	104	19	183	224	71	161	175	191	124	85	16	166	221		
		33.1%	31.5%	37.3%	38.6%	31.0%	35.2%	34.1%	27.6%	40.0%+	48.0%+	21.8%	20.3%	30.7%	35.8%			
eher nicht einverstanden	(03)	437	306	58	13	208	229	85	228	124	130	138	152	20	209	208		
		35.6%	40.6%+	21.0%	26.0%	35.2%	35.9%	40.9%	39.1%	28.4%	31.0%	37.4%	39.0%	29.4%	38.6%	33.8%		
gar nicht einverstanden	(04)	266	181	70	15	154	112	40	135	91	38	76	137	19	123	124		
		21.7%	20.1%	25.4%	30.6%	20.1%+	17.9%	19.2%	23.2%	20.8%	9.0%	20.9%	30.0%+	27.8%	22.7%	20.1%		
weder noch	(08)	25	17	7	1	2	23	5	8	12	6	10	4	3	14	8		
		2.0%	1.9%	2.5%	2.0%	0.3%	3.6%+	2.4%	1.4%	2.7%	1.4%	2.7%	1.0%	4.4%	2.6%	1.3%		
keine Antwort	(09)	8	5	3	-	2	6	1	5	2	3	4	-	2	4	4		
		0.7%	0.6%	1.1%	-	0.3%	0.9%	0.3%	0.8%	0.5%	0.7%	1.1%	-	2.9%+	0.4%	0.9%		
Top-Two-Boxes		492	333	138	21	225	267	77	207	208	243	141	97	24	193	272		
		40.1%	36.9%	50.0%+	42.0%	38.1%	41.9%	37.0%	35.5%	47.6%+	57.9%+	38.2%	24.9%	35.3%	35.7%	44.2%+		
Bottom-Two-Boxes		703	547	128	28	362	341	125	363	215	168	214	289	39	332	332		
		57.2%	60.6%+	46.4%+	55.0%	61.3%+	53.5%	60.1%	62.3%+	49.2%+	40.0%+	58.0%	74.1%+	57.4%	61.4%	53.9%		
ANY		1195	890	266	19	597	688	252	570	423	411	555	366	63	525	604		
MINNE		274	202	64	1	101	101	37	101	64	37	37	37	3	37	37		
MAX		274	202	64	1	101	101	37	101	64	37	37	37	3	37	37		
STAW		088	044	1.01	0.92	0.85	0.79	0.89	0.90	0.82	0.84	0.83	0.88	0.85	0.90			

Proportions: Mean; Column Total (5% risk level) - AB-DE - FGH - IJK - LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q1/Q2: Wie hoch die Schweiz Ihre Meinung nicht am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zu Sicherheit für die Welt beitragen?
Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU												
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		E		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)		
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	399	390	66*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	399	390	66*	541	616	
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	399	390	66*	541	616																
BASIS gew. (100%)																															
sehr einverstanden	(01)	448	324	110	14	252	196	78	213	157	146	142	151	21	185	241	36.5%	35.9%	39.5%	28.0%	42.6%	30.8%	37.5%	36.5%	34.8%	38.5%	38.7%	30.9%	34.2%	39.1%	
eher einverstanden	(02)	575	441	109	25	253	322	104	265	206	198	179	173	30	271	274	46.9%	46.8%	45.3%	35.0%	42.8%	47.1%	47.1%	46.9%	44.4%	44.1%	44.1%	50.1%	44.1%	44.5%	
eher nicht einverstanden	(03)	121	85	30	6	53	68	15	64	42	43	31	40	8	48	63	9.9%	10.9%	12.0%	12.0%	10.7%	7.2%	11.0%	9.6%	10.2%	8.4%	10.3%	11.6%	8.9%	10.2%	
gar nicht einverstanden	(04)	56	36	16	4	29	27	6	28	24	22	11	20	7	24	25	4.6%	4.0%	4.5%	4.0%	4.2%	2.8%	3.9%	3.5%	3.2%	3.0%	3.1%	3.1%	4.4%	4.1%	
wiss nicht	(88)	18	11	6	1	3	15	3	10	5	7	4	4	1	9	8	1.5%	1.2%	2.2%	2.0%	2.4%	1.4%	1.7%	1.1%	1.7%	1.1%	1.0%	1.5%	1.7%	1.3%	
keine Antwort	(99)	10	5	5	1	9	9	2	5	3	4	2	2	1	4	5	0.8%	0.6%	0.7%	0.6%	0.7%	1.0%	0.8%	0.7%	1.0%	0.8%	0.5%	1.3%	0.7%	0.9%	
Top-Two-Boxes		1023	765	219	39	505	518	182	478	363	344	321	324	51	456	515	83.3%	84.8%	79.3%	76.0%	85.4%	83.3%	81.9%	87.0%	83.1%	87.0%	83.1%	75.0%	84.3%	83.6%	
Bottom-Two-Boxes		177	121	46	10	82	95	21	90	66	65	42	60	15	72	88	14.4%	13.4%	16.7%	20.0%	13.9%	14.4%	15.5%	11.4%	15.4%	15.4%	22.1%	13.3%	14.3%	14.3%	
ANY		1203	886	265	49	567	613	203	568	429	409	393	394	56	528	603															
MINNE		182	131	46	10	82	95	21	90	66	65	42	60	15	72	88															
STAW		079	077	066	037	077	072	072	080	082	081	073	082	094	077	079															

Proportions-Mean: Column Totals (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-IJK-LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q10: Wie hoch die Schweiz ihre Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zu Sicherheit für die Welt beitragen?
 Sagten Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
 Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU														
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		E		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH					
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)					
BASIS ungewichtet	1228	902	276	507	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616																			
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	507	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616																			
sehr einverstanden	(01)	332	222	95	15	188	144	50	153	129	145	96	79	19	117	195																		
		27.0%	24.6%	34.4%+	30.0%	31.8%+	22.6%	24.0%	26.2%	29.6%	34.5%+	26.0%	20.3%+	27.5%	21.6%+	31.7%+																		
eher einverstanden	(02)	544	422	99	23	255	299	74	267	203	187	175	166	24	240	280																		
		44.3%	46.6%	35.9%+	46.6%	43.1%	45.4%	35.9%	45.6%	46.3%	44.5%	47.4%	42.8%	53.3%	44.4%	46.5%																		
eher nicht einverstanden	(03)	251	195	48	8	101	150	62	113	76	68	70	98	18	129	102																		
		20.4%	21.6%	17.4%	16.0%	17.1%	23.5%	29.8%+	19.4%	17.4%	16.2%	19.0%	25.1%+	26.5%	23.8%+	16.6%+																		
gar nicht einverstanden	(04)	82	46	29	4	44	38	17	44	21	15	21	42	5	43	34																		
		6.7%	5.4%	10.4%	8.0%	7.4%	6.0%	8.2%	7.3%	4.8%	3.6%	5.7%	10.9%+	7.4%	7.9%	5.3%																		
wiss nicht	(98)	16	11	5	-	3	13	5	6	5	4	5	2	10	4																			
		1.3%	1.2%	1.6%	-	0.5%	2.0%	2.4%	0.8%	1.4%	1.2%	1.1%	1.3%	2.9%	1.8%	0.6%																		
keine Antwort	(99)	3	3	-	-	3	3	-	3	2	-	3	-	2	-	1																		
		0.2%	0.3%	-	-	0.5%	0.5%	-	0.5%	0.5%	-	0.8%+	-	0.4%	0.2%																			
Top-Two-Boxes		876	644	194	38	443	433	124	420	332	332	271	245	43	357	475																		
		71.3%	71.4%	70.3%	76.0%	75.0%	69.0%	59.6%	72.0%	76.0%+	79.0%+	73.4%	62.8%	63.2%	66.0%	77.1%+																		
Bottom-Two-Boxes		333	244	77	12	145	188	79	157	97	85	91	140	23	172	138																		
		27.1%	27.1%	27.9%	24.0%	24.5%	29.5%	38.0%+	26.9%	22.2%+	19.8%+	24.7%	35.9%+	33.8%	31.8%+	22.1%+																		
ANY		1209	888	271	50	588	651	203	577	429	415	362	365	66	629	761																		
MINNE		237	208	204	202	203	213	221	216	197	183	204	221	214	209	198																		
STAW		087	053	068	059	089	084	092	057	082	080	083	091	093	087	094																		

Proportions: Mann: Column Total (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Quelle: Wie kann die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zu Sicherheit in der Welt beitragen?
Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU									
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)
BASIS ungewichtet	1228	902	276	597	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616	1228	902	276	597	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	597	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616	1228	902	276	597	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616
sehr einverstanden	(01)	215	155	47	13	105	110	24	88	103	75	67	66	12	103	100	17,5%	11,5%	15,1%	23,6%+	17,9%	18,2%	16,9%	17,6%	19,0%	16,2%	17,6%	19,0%
eher einverstanden	(02)	485	384	82	19	235	250	78	227	180	182	150	138	29	213	242	39,5%	46%	29,7%	38,0%	43,3%	40,7%	34,9%	42,6%	39,6%	39,3%	42,6%	39,6%
eher nicht einverstanden	(03)	314	234	70	10	148	166	63	161	90	112	95	100	14	127	172	25,6%	25,9%	25,4%	20,0%	20,6%	26,7%	25,7%	25,6%	20,6%	23,5%	23,5%	27,9%
gar nicht einverstanden	(04)	188	110	73	5	97	91	40	103	47	48	46	83	11	80	96	15,3%	12,2%	12,6%	10,6%	10,4%	11,4%	12,5%	11,3%	10,2%	14,6%	15,6%	
wiss nicht	(88)	22	16	3	3	4	18	3	4	15	3	10	3	2	17	3	0,7%	0,8%	0,7%	0,7%	0,7%	0,7%	0,8%	0,7%	0,8%	0,7%	0,8%	
keine Antwort	(99)	4	3	1	2	2	2	2	2	2	2	1	2	1	3	3	0,3%	0,4%	0,3%	0,3%	0,3%	0,3%	0,3%	0,3%	0,2%	0,2%	0,3%	
Top-Two-Boxes	700	538	128	32	340	360	102	315	283	257	217	202	41	316	342	57,0%	59,8%	46,7%	64,0%	57,5%	55,5%	49,0%	51,6%	51,8%	60,3%	55,6%	55,5%	
Bottom-Two-Boxes	502	344	143	15	245	257	103	262	132	160	141	183	25	207	268	40,9%	38,1%	51,8%+	30,0%	41,5%	40,3%	49,5%+	44,9%+	31,4%+	36,8%	38,3%	43,5%	
ANY	102	883	272	17	585	617	265	577	420	17	158	165	66	523	610	8,3%	9,7%	3,1%	1,1%	2,8%	3,1%	3,8%	3,2%	0,9%	2,5%	2,9%	2,9%	
MINI	240	254	262	2,1%	241	239	2,5%	248	219	2,3%	2,34	2,35	2,36	2,39	2,63	2,40	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%	
STAW	095	0,91	1,06	0,98	0,94	0,93	0,95	0,93	0,90	0,93	1,01	0,97	0,96	0,94	0,94	0,94	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	0,91	

Proportions: Mean; Column Total (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-IJK-LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q1/E: Wie hoch die Schweiz Ihre Interessen wahrnen und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
 Sagen Sie mit 1 bis 5 zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, oder nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
 Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU									
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)
BASIS ungewichtet	1228	902	276	507	591	637	208	583	437	420	399	390	380	68*	541	616												
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	507	591	637	208	583	437	420	399	390	380	68*	541	616												
sehr einverstanden	(01)	52	41	10	1	35	17	6	17	29	24	13	13	3	21	27												
eher einverstanden	(02)	171	138	23	9	82	89	16	87	68	69	47	50	10	84	76												
		13.9%	15%	8.3%	18.8%	13.9%	14.0%	7.7%	14.6%	15.9%	16.4%	12.7%	12.8%	14.7%	15.5%	12.3%												
eher nicht einverstanden	(03)	445	364	60	21	188	257	69	218	158	167	129	133	20	197	227												
		36.2%	40.4%*	21.7%	42.0%	31.8%	40.3%*	33.2%	37.4%	36.2%	39.8%	35.0%	34.1%	29.4%	36.4%	36.9%												
gar nicht einverstanden	(04)	527	335	176	16	282	245	110	282	167	149	167	189	32	220	275												
		42.9%	37.1%*	63.4%	32.0%	47.7%*	38.3%	52.9%	42.8%	38.2%	38.5%	45.3%	48.5%	47.1%	40.7%	44.6%												
wiss nicht	(88)	26	18	5	3	23	7	8	11	10	10	4	4	3	15	8												
keine Antwort	(89)	7	5	2	1	6	3	4	4	1	3	1	1	4	3	3												
		0.6%	0.7%	0.7%	0.2%	0.9%	0.2%	0.6%	0.9%	0.2%	0.8%	0.3%	0.3%	-	0.7%	0.5%												
Top-Two-Boxes	223	180	33	10	117	106	22	104	97	93	60	63	63	13	105	103												
		20.0%	12.0%	20.0%	19.6%	16.6%	10.6%	17.6%*	22.2%*	22.1%*	16.3%	16.2%	16.2%	19.1%	19.6%	16.7%												
Bottom-Two-Boxes	972	699	298	37	470	502	179	468	325	316	298	322	62	417	602	672												
		79.2%	77.5%	85.5%*	74.0%	79.5%	78.8%	86.1%*	80.3%	74.4%*	75.2%*	80.2%	82.6%	78.5%	77.1%	81.5%												
ACTIV	1195	979	309	17	507	608	211	572	422	409	356	385	385	65	522	605												
MINNE	321	213	349	311	327	328	24	372	310	303	336	336	336	325	318	324												
STAW	085	064	060	079	076	081	091	087	082	082	082	082	082	088	084	084												

Proportions-Mean: Column Totals (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Quelle: Wie bereits die Schweiz ihre Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zu Sicherheit für alle beitragen?
Sagen Sie mit ja/zu ja/kein Vorschlag, es Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.

	REGION				GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU				
	D-CH		F-CH		ICH		MANN FRAU		18-29 30-59 60+		LINKS MITTE RECHTS			TIEF MITTEL HOCH		
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)		
BASIS ungewichtet	1228	902	276	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616		
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616		
sehr einverstanden	(01)	274	165	99	10	122	152	83	154	62	51	18	104	151		
		22.3%	18.3%	35.9%+	20.0%	20.6%	23.9%	21.3%	21.3%	15.6%	13.1%	26.5%	19.2%	24.5%		
eher einverstanden	(02)	530	374	159	26	101	243	186	193	166	149	30	239	261		
		42.2%	41.5%	47.3%	32.6%	45.7%	42.7%	42.6%	46.8%	43.0%	38.2%	44.1%	44.2%	42.4%		
eher nicht einverstanden	(03)	314	281	22	11	151	163	114	64	108	125	15	142	155		
		25.6%	31.2%+	8.0%	22.0%	25.6%	14.9%	26.1%	15.2%	29.3%	32.1%+	22.1%	28.2%	25.2%		
gar nicht einverstanden	(04)	89	69	17	3	54	35	12	39	38	7	4	42	43		
		7.2%	7.6%	6.2%	0.6%	9.1%	5.5%	5.8%	1.7%	9.6%	1.8%	5.8%	7.8%	7.0%		
wiss nicht	(98)	18	11	7	5	13	6	6	2	7	6	1	13	4		
		1.5%	1.2%	2.5%	0.8%	2.0%	2.0%	1.4%	0.5%	1.9%	1.5%	1.5%	2.4%	0.6%		
keine Antwort	(99)	3	2	1	1	2	3	3	2	1	1	1	2	2		
		0.2%	0.4%	-	0.2%	0.3%	-	-	-	0.5%	0.3%	-	0.2%	0.3%		
Top-Two-Boxes	804	539	229	36	380	424	159	366	279	347	228	200	48	343		
		65.5%	59.6%	83.0%+	72.0%	64.3%	66.6%	63.8%	62.6%+	61.8%	51.3%	70.6%	63.4%	66.9%		
Bottom-Two-Boxes	403	340	39	14	295	198	43	208	152	71	132	183	10	184		
		32.8%	38.8%+	14.1%	28.0%	34.7%	31.1%	34.8%	35.8%	38.2%	48.7%	27.9%	34.0%	32.1%		
ANY	1207	889	265	50	622	522	202	574	431	418	360	63	67	610		
MINI	216	209	164	21	233	213	139	272	182	226	236	2	2	219		
STAW	087	066	053	051	085	085	083	086	075	082	091	066	086	087		

Proportions: Mann; Column Total (5% risk level) - AB-C-DE - FGH-I-JLK-LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Quelle: Wie hier die Schweiz ihre Meinung nach am besten ihre Interessen wahren und gleichzeitig zu Sicherheit in der Welt beitragen?
 Sagen Sie mir bitte zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, gar nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
 Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU													
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		E		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH			
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)			
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616																	
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616																	
sehr einverstanden	(01)	491	339	128	24	248	243	87	236	168	112	150	208	37	243	210																
		40.0%	37.6%	46.4%+	48.0%	42.0%	38.1%	41.8%	40.5%	38.4%	28.7%	40.7%	53.3%+	54.4%+	44.9%+	34.1%																
eher einverstanden	(02)	481	366	99	16	215	266	77	228	176	171	153	137	22	214	245																
		39.2%	40.6%	35.9%	32.6%	36.4%	41.8%	37.6%	35.1%	40.5%	46.7%	41.5%	35.1%	32.4%	39.6%	38.6%																
eher nicht einverstanden	(03)	195	158	29	8	96	99	37	91	67	112	44	33	7	64	122																
		15.9%	17.5%	10.5%	16.0%	16.2%	15.5%	17.8%	15.6%	15.3%	28.7%+	11.9%	8.5%	10.3%	11.8%	19.8%+																
gar nicht einverstanden	(04)	45	29	15	1	28	17	6	23	16	22	14	9	1	12	32																
		3.7%	3.2%	5.4%	2.0%	4.7%	2.7%	2.8%	3.8%	3.7%	3.1%	3.6%	2.9%	1.3%	2.2%	5.4%+																
weder noch	(88)	11	7	4	-	2	9	1	2	8	3	5	1	1	7	3																
		0.9%	0.8%	1.4%	-	0.3%	1.4%	0.5%	0.3%	1.8%+	0.7%	1.4%	0.3%	1.5%	1.3%	0.5%																
keine Antwort	(99)	5	3	1	1	2	3	-	3	2	-	3	2	-	1	4																
		0.4%	0.3%	0.4%	2.0%	0.3%	0.5%	-	0.5%	0.5%	-	0.8%	0.5%	-	0.2%	0.6%																
Top-Two-Boxes	972	705	227	40	463	509	164	464	344	283	303	345	59	457	455																	
		79.2%	78.2%	82.2%	80.0%	78.3%	79.9%	78.8%	79.6%	78.7%	67.4%	82.1%	83.5%+	86.6%	84.5%+	73.9%+																
Bottom-Two-Boxes	240	187	48	0	134	116	43	114	83	134	58	43	8	76	154																	
		20.7%	15.9%	18.0%	18.2%	21.0%	18.2%	20.7%	19.6%	19.0%	31.9%+	15.7%	10.8%+	11.8%	14.0%+	25.0%+																
ANY	1212	862	271	49	567	625	207	578	427	417	371	367	67	533	509																	
MINNE	1182	828	271	49	567	625	207	578	427	417	371	367	67	533	509																	
		97.6%	96.2%	97.8%	98.0%	97.7%	97.8%	97.6%	97.6%	97.6%	97.6%	97.6%	97.6%	97.6%	97.6%	97.6%																
STAW	083	052	066	022	079	083	083	083	082	088	080	074	074	074	076	087																
		6.8%	5.8%	24.0%	24.0%	12.0%	13.0%	13.0%	13.0%	13.0%	13.0%	13.0%	13.0%	13.0%	13.0%	13.0%																

Proportions: Means; Columns: Totals (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q10: Wie kann die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Sicherheit in der Welt beitragen?
 Sagten Sie mit Hilfe zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
 Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen von der UNO einsetzen.

	REGION										POLITISCHE EINSTELLUNG	BILDUNGSNIVEAU					
	D-CH		F-CH		ICH		GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)		(K)	(L)	(M)	(N)		
TOTAL	D-CH	F-CH	ICH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH			
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	399	390	66*	541	616		
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	399	390	66*	541	616		
sehr einverstanden	(01)	226	168	53	5	121	105	31	96	99	120	60	39	11	81	133	
	18.4%	18.6%	19.2%	10.0%	20.5%	16.5%	14.9%	16.5%	22.7%	28.6%	16.3%	10.0%	16.2%	15.0%	21.6%+		
eher einverstanden	(02)	570	429	124	22	271	299	104	266	200	176	171	28	265	276		
	46.4%	47.6%	44.9%	44.6%	45.9%	45.9%	50.6%	45.6%	47.7%	46.0%	47.7%	43.9%	41.2%	49.2%	44.6%		
eher nicht einverstanden	(03)	295	232	48	15	142	153	47	162	86	66	91	126	17	131	146	
	24.0%	25.7%	17.4%	30.0%	24.0%	24.0%	22.6%	27.8%+	19.7%	15.7%	24.7%	32.3%+	25.0%	24.2%	23.7%		
gar nicht einverstanden	(04)	82	46	28	5	54	28	13	37	32	11	23	45	3	38	41	
	6.7%	5.4%	10.1%	10.0%	9.1%	8.4%	6.3%	7.5%	2.9%	2.9%	6.4%	11.3%	4.4%	7.0%	6.7%		
wiss nicht	(98)	43	24	16	3	40	11	16	16	14	14	7	7	20	16		
	3.5%	2.7%	5.8%+	6.0%	6.3%+	6.3%	5.3%	2.7%	3.7%	3.3%	3.6%	1.8%	10.3%+	3.7%	2.6%		
keine Antwort	(99)	12	5	7	-	12	6	4	4	3	5	2	2	5	4		
	1.0%	0.6%	2.6%	-	1.9%	1.9%	1.0%	0.8%	0.7%	1.4%	0.5%	2.8%	0.9%	0.6%			
Top-Two-Boxes	796	592	177	27	392	404	135	362	299	326	236	210	39	347	409		
	64.8%	65.6%	64.1%	54.0%	66.3%	63.4%	64.9%	62.1%	68.4%	77.6%+	64.0%	53.8%	57.4%	64.1%	66.4%		
Bottom-Two-Boxes	377	284	76	20	196	181	60	109	116	77	114	171	20	169	187		
	30.7%	31.2%	27.5%	40.0%	33.2%	28.4%	28.8%	34.1%	27.0%	19.3%+	30.9%	43.8%+	26.4%	31.2%	30.4%		
ACTIV	1170	973	293	17	698	565	195	551	417	403	350	351	59	516	596		
INWE	229	219	269	244	222	218	222	255	212	192	222	244	220	224	219		
STAW	083	061	090	053	088	078	079	081	086	075	080	083	060	060	055		

Proportions: Mann: Column Totalled (5% risk level) - AB-C-DE - FGH-I-JLK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q11. Wie haben Sie sich im vergangenen Jahr bei der Sicherheit in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern verhalten? (Bitte wählen Sie diejenige Antwort aus, die Sie am ehesten einverstanden, eher einverstanden, weder einverstanden noch einverstanden, oder nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.)

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)
BASIS ungewichtet	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
BASIS gew. (100 %)	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
sehr einverstanden	162 (13%)	271 (22%)	370 (30%)	502 (41%)	79 (6%)	51 (4%)	152 (12%)	259 (21%)	89 (7%)	216 (18%)
eher einverstanden	454 (37%)	440 (36%)	525 (43%)	775 (63%)	470 (38%)	261 (21%)	371 (30%)	668 (54%)	300 (24%)	251 (21%)
eher nicht einverstanden	311 (25%)	316 (26%)	214 (17%)	40 (3%)	394 (32%)	441 (36%)	461 (38%)	221 (18%)	515 (42%)	369 (30%)
gar nicht einverstanden	151 (12%)	166 (14%)	98 (8%)	9 (0.7%)	197 (16%)	202 (16%)	202 (16%)	34 (3%)	297 (24%)	361 (30%)
weder nicht	30 (2%)	26 (2%)	12 (1%)	2 (0.2%)	87 (7%)	87 (7%)	38 (3%)	28 (2%)	38 (3%)	7 (0.6%)
keine Antwort	12 (1%)	9 (0.7%)	0 (0%)	0 (0%)	21 (2%)	20 (1.6%)	10 (0.8%)	8 (0.7%)	9 (0.7%)	4 (0.3%)
Top-Two-Boxes	794 (65%)	711 (58%)	895 (73%)	1177 (96%)	549 (45%)	315 (25%)	503 (41%)	697 (57%)	589 (48%)	467 (38%)
Bottom-Two-Boxes	462 (38%)	482 (39%)	312 (25%)	4 (0.3%)	571 (47%)	809 (66%)	663 (54%)	255 (21%)	802 (66%)	750 (61%)
ANTW	1186	1193	1207	1226	1120	1121	1186	1182	1191	1217
MME	2.38	2.32	2.03	1.31	2.61	3.00	2.60	2.03	2.84	2.75
STAW	0.95	0.97	0.90	0.57	0.95	0.98	0.92	0.72	0.95	1.00

A- Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedensgruppen zur Verfügung stellen.
 B- Die Schweiz sollte sich dem UNCTO anschliessen.
 C- Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.
 D- Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.
 E- Die Schweiz sollte sich dem NATO anschliessen.
 F- Die Schweiz sollte sich dem UNCTO anschliessen.
 G- Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.
 H- Die Schweiz sollte bei internationalen Konferenzen eine aktive Rolle spielen.
 I- Die Schweiz sollte sich nicht an internationalen Konferenzen beteiligen.
 J- Die Schweiz sollte den allgemeinen Wehrpflicht aufheben und dem Militär den Freiwilligen überlassen.

Proportionsmass: All Columns listet (5% risk level)

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Ob (1), ich habe hier noch einmal richtiges Ausmass dabei, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig zu einer Sicherheits- in der Welt beitragen könnte. Sagten Sie mir bitte wiederum zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, gar nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstuppen zur Verfügung stellen.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU										
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	
BASIS ungewichtet	1228	902	276	507	591	637	208	583	437	420	399	390	380	68*	541	616													
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	507	591	637	208	583	437	420	399	390	380	68*	541	616													
sehr einverstanden	(01)	167	111	50	6	82	85	22	67	78	40	43	14	65	88														
		13,6%	12,3%	18,1%+	12,0%	13,9%	13,3%	10,6%	11,5%	17,8%+	10,8%	11,0%	20,5%	12,0%	14,3%														
eher einverstanden	(02)	557	417	115	25	256	301	103	270	184	168	173	30	239	286														
		45,4%	46,2%	41,3%	50,6%	43,3%	47,3%	49,3%	46,3%	42,1%	46,2%	43,3%	44,4%	44,1%	47,2%														
eher nicht einverstanden	(03)	311	248	54	9	152	159	48	156	107	99	89	114	13	149	148													
		25,3%	27,5%	19,6%	18,0%	25,7%	25,0%	23,1%	26,8%	24,5%	23,6%	24,1%	29,2%	19,1%	27,5%	24,0%													
gar nicht einverstanden	(04)	151	96	50	5	95	56	24	71	56	37	54	9	67	75														
		12,3%	10,6%	18,1%+	10,6%	16,1%	8,8%	11,3%	12,2%	12,8%	8,9%+	14,6%	14,1%	13,2%	12,4%														
wiss nicht	(88)	30	21	4	5	6	24	8	13	9	9	11	5	2	15	13													
		2,4%	2,3%	1,4%	1,0%+	1,0%	3,8%+	3,8%	2,2%	2,1%	2,1%	3,0%	1,3%	2,9%	2,8%	2,1%													
keine Antwort	(99)	12	9	3	-	12	6	3	6	3	7	1	-	6	6														
		1,0%	1,1%	-	-	1,9%	1,4%	1,4%	1,0%	0,7%	1,8%	-	-	1,1%	1,0%														
Top-Two-Boxes	724	528	165	31	338	386	125	337	262	272	208	216	44	304	374														
		58,5%	59,8%	62,0%	57,2%	60,6%	60,1%	57,8%	60,0%	64,8%+	55,4%	55,4%	64,7%	56,2%	60,7%														
Bottom-Two-Boxes	462	344	104	14	247	215	72	227	163	136	143	169	23	216	223														
		37,6%	38,1%	37,7%	28,0%	41,8%+	34,8%+	34,6%	38,0%	37,3%	32,4%+	43,3%+	32,4%	39,9%	36,2%														
ANY	1186	972	269	45	625	601	197	544	425	438	351	365	66	520	597														
MINNE	236	168	239	229	244	231	236	241	233	245	245	245	245	245	245														
STAW	088	064	099	044	082	083	084	086	092	086	089	087	086	095	087	088													

Proportions: Mean; Column Total (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Ob Sie sich heute noch einmündiges Anwesende oder nicht einmündiges Anwesende wünschen und gleichfalls zur Sicherheit in der Wahl wichtigem Bereich. Sagt Sie mir bitte, inwiefern Sie jedem (Vorsicht, da Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte eine vollständig ausgerüstete Armee unterhalten.

	REGION				ALTER	POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU											
	GESCHLECHT		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU															
	TOTAL	D-CH	F-CH	ICH		MANN	FRAU	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616						
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616						
sehr einverstanden	(01)	271	187	71	13	175	86	36	128	109	26	89	147	25	111	134	36.8%+	20.5%	21.8%		
eher einverstanden	(02)	440	338	85	17	216	224	67	206	167	120	156	145	25	215	194	28.0%+	17.4%	18.8%		
eher nicht einverstanden	(03)	316	249	58	9	118	198	51	165	100	161	86	58	12	135	168	17.6%	25.0%	27.3%		
gar nicht einverstanden	(04)	166	115	43	8	76	90	29	49	46	102	27	29	4	63	99	3.8%	11.0%	11.0%		
wiss nicht	(88)	26	12	11	3	4	22	4	12	10	9	7	8	1	14	11					
keine Antwort	(89)	9	1	2	7	1	3	5	2	4	3	3	3	0	6	6					
Top-Two-Boxes	711	525	156	30	391	320	103	332	276	146	245	292	51	326	332						
Bottom-Two-Boxes	482	364	101	17	194	288	100	236	146	263	113	87	16	108	267						
ACTIV	1153	889	257	17	935	938	303	955	622	359	658	379	67	624	659						
INWE	232	203	26	2	216	278	23	232	220	243	214	182	153	229	236						
STAW	097	095	105	100	093	104	096	095	088	088	088	092	089	093	101						

Proportions: Mean; Column Total (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-IJK-LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Quellen: Ich habe hier noch einmal wichtige Aussagen dazu, wie die Schweiz das Internet nutzen und gleichfalls zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagten Sie mir bitte wiederum zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU												
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		E		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH			
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)			
BASIS ungewichtet	1228	902	276	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616																		
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616																		
sehr einverstanden	(01)	370	246	106	18	226	144	43	174	153	55	122	180	27	154	188																
		30.1%	27.3%	38.4%*	36.0%	38.2%*	22.6%	20.7%	29.8%	36.0%*	13.1%	33.1%	46.2%*	39.7%	28.5%	30.5%																
eher einverstanden	(02)	525	399	108	18	235	290	81	258	186	178	170	156	27	250	248																
		42.9%	44.2%	39.1%	36.6%	35.8%	45.3%	36.8%	42.4%	42.6%	42.4%	40.9%	39.7%	46.3%	44%	46.3%																
eher nicht einverstanden	(03)	214	174	32	8	79	135	47	104	63	115	52	41	11	81	121																
		17.4%	19.3%	11.6%*	16.0%	13.4%	21.2%*	22.6%*	17.8%	14.4%	27.4%*	14.1%	10.5%	16.2%	15.0%	19.6%																
gar nicht einverstanden	(04)	88	72	20	6	48	59	33	33	26	66	15	13	2	47	49																
		6.0%	8.0%	7.2%	12.6%	8.1%	7.8%	10.3%	6.7%	5.8%	16.6%	4.1%	3.9%	2.8%	6.7%	8.0%																
weder noch	(08)	12	7	5	1	11	3	5	4	6	3	1	6	5	5	5																
		1.0%	0.8%	1.6%	0.2%	1.7%	1.4%	0.9%	0.9%	1.4%	0.8%	0.8%	1.1%	1.5%	1.1%	0.8%																
keine Antwort	(09)	9	4	1	2	7	1	3	5	1	7	1	3	5	3	5																
		0.7%	0.4%	1.8%*	0.3%	1.1%	0.3%	0.8%	1.1%	1.9%*	1.9%*	1.9%*	1.9%*	1.9%*	1.9%*	1.9%*																
Top-Two-Boxes	895	645	214	36	461	434	124	432	339	292	336	54	404	436																		
		72.9%	71.5%	77.5%	72.0%	68.1%	59.6%*	74.1%*	77.6%*	55.5%*	75.1%*	86.2%*	79.4%	74.7%	70.8%																	
Bottom-Two-Boxes	312	246	82	14	137	195	80	143	80	181	67	54	13	128	170																	
		25.4%	27.5%	18.8%*	28.0%*	21.5%*	29.0%*	38.5%*	24.5%*	20.4%*	18.2%*	13.8%*	19.1%	23.3%	27.6%																	
ANW	1207	891	265	50	588	610	204	575	428	344	359	67	532	565																		
MINNE	200	281	159	254	215	231	211	191	186	171	162	264	206	205																		
STAW	090	069	090	101	082	087	099	087	086	091	080	079	082	089	091																	

Proportions: Mann; Column Totals (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

COVID-19 habe sich noch einmütiger Ausbreitungsdynamik, wie die Schweiz dies historisch zu erleben hat, zu vermeiden. Sie mit Hilfe wiederum zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU											
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		E		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)		
BASIS ungewichtet	1228	902	276	507	591	637	208	583	437	420	369	390	66*	541	616																
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	507	591	637	208	583	437	420	369	390	66*	541	616																
sehr einverstanden	(01)	902	666	202	34	460	442	152	319	261	284	323	49	415	437																
		73.5%	73.8%	73.2%	68.0%	77.8%+	69.4%+	73.1%	73.9%	73.0%	62.1%+	77.0%	82.8%+	72.1%	76.7%	70.9%															
eher einverstanden	(02)	275	202	59	14	108	167	48	123	104	79	58	17	113	145																
		22.4%	22.4%	21.4%	23.6%	18.3%+	26.2%+	23.1%	21.1%	23.6%	20.8%	14.9%+	23.0%	20.9%	23.3%																
eher nicht einverstanden	(03)	40	28	10	2	16	24	6	23	11	27	4	8	2	12	25															
		3.3%	3.1%	3.6%	4.0%	2.7%	3.8%	2.9%	3.9%	2.5%	6.4%+	1.1%+	2.1%	2.9%	2.2%	4.1%															
gar nicht einverstanden	(04)	9	4	5	7	2	2	2	5	2	5	2	1	-	8																
		0.7%	0.4%	1.8%	1.2%	0.3%	1.0%	0.8%	0.5%	1.2%	0.8%	0.3%	-	-	8%																
wiss nicht	(98)	2	2	-	-	2	2	-	2	1	2	-	-	1	1																
		0.2%	0.2%	-	-	0.3%	0.3%	-	0.3%	0.2%	0.5%	-	-	0.2%	0.2%																
keine Antwort	(99)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-																
Top-Two-Boxes	1177	868	261	48	568	609	200	554	423	386	363	381	66	528	582																
	95.8%	96.2%	94.6%	96.0%	96.1%	95.6%	96.2%	95.0%	96.6%	91.9%+	96.4%+	97.7%	97.1%	97.6%+	94.5%																
Bottom-Two-Boxes	40	32	15	2	33	28	8	28	13	32	6	0	2	12	33																
	4.0%	3.5%	5.4%	4.0%	4.0%	4.1%	3.8%	4.8%	3.0%	7.6%+	1.6%+	2.3%	2.9%	2.2%+	5.4%																
ACTIV	1226	900	276	50	591	635	208	582	436	418	369	390	65	520	515																
INWE	131	130	134	138	127	135	132	132	130	144	125	120	131	128	135																
STAW	0.57	0.55	0.64	0.56	0.57	0.57	0.58	0.59	0.54	0.67	0.49	0.46	0.53	0.48	0.62																

Proportions-Mean: Column Totals (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-IJK-LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Quelle: Ich habe hier noch einmal richtiges Ankreuzen dazu, wie die Schweiz ins Interneten weinen und gleichmäßig zu. Stehen hat in der Wahl wichtigem Bereich. Sagten Sie mir bitte wiederum zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte sich der NATO annehmen.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU									
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)
BASIS ungewichtet	1228	902	276	597	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616													
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	597	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616													
sehr einverstanden	(01)	79	51	27	1	43	36	8	40	31	29	24	24	10	28	41												
eher einverstanden	(02)	470	356	99	15	224	246	86	216	168	178	151	131	14	225	230												
		35.3%	39.5%	35.5%	30.6%	37.9%	38.6%	41.3%	37.0%	38.4%	42.0%	40.8%	33.8%	20.0%	37.0%	37.6%												
eher nicht einverstanden	(03)	384	298	71	15	178	206	63	183	138	128	101	140	30	157	197												
		31.3%	33.0%	25.7%	30.0%	30.1%	32.3%	30.3%	31.4%	31.6%	30.5%	27.4%	35.9%*	44.1%*	29.0%	32.0%												
gar nicht einverstanden	(04)	187	135	41	11	132	55	31	88	58	55	56	70	4	77	106												
		15.2%	15.0%	14.9%	22.0%	22.3%	8.6%	14.9%	16.8%	13.5%	13.1%	15.2%	17.5%	5.9%	14.2%	16.2%												
weder noch	(08)	87	50	30	7	14	73	15	36	36	27	26	22	9	43	33												
		7.1%	5.5%	10.9%*	14.0%	2.4%	11.5%*	7.2%	6.2%	8.2%	6.4%	7.0%	5.6%	13.2%*	7.9%	5.4%												
keine Antwort	(09)	21	12	6	1	5	21	5	10	6	3	11	3	1	11	9												
		1.7%	1.3%	2.9%	2.0%	3.2%	3.3%	2.4%	1.7%	1.4%	0.7%	2.7%	0.8%	1.3%	2.0%	1.3%												
Top-Two-Boxes		549	407	128	16	287	282	94	256	199	207	175	155	24	253	271												
		44.7%	45.1%	45.7%	32.0%	45.2%	44.3%	45.2%	43.9%	45.5%	48.3%	47.4%	39.7%	35.3%	46.6%	44.0%												
Bottom-Two-Boxes		571	433	112	26	310	281	94	281	196	185	157	210	34	234	303												
		46.5%	48.0%	40.6%*	52.0%	52.5%*	41.0%*	45.2%	48.2%	44.9%	43.8%	42.5%	53.8%*	50.0%	43.3%	49.2%												
ANY		1120	840	258	42	577	543	183	527	395	430	352	365	58	487	574												
MINNE		281	202	253	246	259	232	282	210	258	254	231	271	248	259	264												
STAW		085	062	091	044	091	077	081	086	094	083	085	085	085	082	086												

Proportions-Mean: Column Total (5% risk level) - AB-C-DE - FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Quelle: Ich habe hier noch einmal wichtige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitige Sicherheit in der Welt beibehalten könnte. Sagten Sie mir bitte, inwiefern Sie jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte der NATO beitreten.

	REGION				GESCHLECHT	ALTER	POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU					
	TOTAL	D-CH	F-CH	ICH			MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)
BASIS ungewichtet	1228	902	276	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616	
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616	
sehr einverstanden	(01) 51	40	11	35	16	5	27	19	17	15	17	5	23	22	
	4.2%	4.4%	4.0%	5.9%*	2.5%	2.4%	4.6%	4.3%	4.0%	4.1%	4.4%	7.4%	4.3%	3.6%	
eher einverstanden	(02) 281	189	60	109	152	60	121	80	95	85	74	16	123	121	
	23.0%	21.0%	21.7%	24.0%	23.8%	29.3%	20.8%	18.3%	22.6%	23.0%	19.0%	23.5%	22.7%	19.6%	
eher nicht einverstanden	(03) 441	332	92	192	249	72	211	158	161	124	141	24	209	207	
	35.9%	36.5%	33.3%	34.0%	32.5%	34.6%	36.2%	36.2%	38.3%	33.6%	36.2%	35.3%	38.6%	33.6%	
gar nicht einverstanden	(04) 368	276	79	240	128	48	164	136	117	105	136	12	129	227	
	30.0%	30.6%	28.6%	40.0%*	20.1%	23.1%	31.1%	31.1%	27.9%	28.5%	34.9%*	17.0%	23.8%	36.4%*	
weder noch	(08) 87	54	26	15	72	17	32	38	26	29	20	10	47	30	
	7.1%	6.0%	9.4%	14.0%	11.3%*	8.2%	5.5%	8.7%	6.2%	7.9%	5.1%	14.7%*	8.7%	4.9%*	
keine Antwort	(09) 20	11	6	1	20	6	8	6	4	11	2	1	10	9	
	1.6%	1.2%	2.2%	0.2%	3.1%*	2.9%	1.4%	1.4%	1.0%	3.0%*	0.5%	1.3%	1.9%	1.3%	
Top-Two-Boxes	312	229	71	144	168	65	148	99	112	100	91	21	146	143	
	25.4%	25.4%	25.7%	24.0%	24.4%	22.7%	25.4%	22.7%	26.7%	27.1%	23.3%	30.9%	27.0%	23.2%	
Bottom-Two-Boxes	809	608	171	30	432	377	420	395	278	229	277	36	338	434	
	65.9%	67.4%	62.0%	60.0%	73.1%*	59.2%*	57.7%*	67.3%	65.2%	62.1%	71.0%*	52.9%*	62.5%	70.5%*	
ANW/	1121	837	262	42	515	445	463	393	430	359	368	57	464	577	
MINNE	318	301	259	302	311	238	312	305	291	239	306	275	262	311	
STAW	086	066	067	078	092	079	083	087	085	087	087	089	084	086	

Proportions-Mean: Column Totals (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-IJK-LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Ob/C: Ich habe hier noch einmütiges Ansprechen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wehnen und gleichberechtigt zu stehen hat. Ich bin nicht befragt worden.
 Sagte Sie mir bitte wiederum zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.
 Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.

	REGION				GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU															
	D-CH		F-CH		ICH		MANN FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS MITTE RECHTS			TIEF MITTEL HOCH									
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)					
BASIS ungewichtet	1228	902	276	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616													
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616													
sehr einverstanden	(01)	152	106	34	12	85	57	18	69	65	21	44	78	18	67	67	26.5%+	12.4%	10.9%								
eher einverstanden	(02)	371	271	81	19	171	200	53	161	157	98	130	128	28	191	152	23.3%+	32.2%+	35.4%+	41.1%+	35.6%+	24.7%+					
eher nicht einverstanden	(03)	481	352	94	15	217	244	97	228	136	176	133	135	16	190	253	46.6%+	39.1%	31.1%	41.9%	36.0%	34.6%	23.5%+	35.1%	41.1%		
gar nicht einverstanden	(04)	202	142	58	2	104	98	36	108	58	111	44	44	6	64	131	10.4%	21.6%+	4.0%	17.3%+	11.9%+	11.3%+	8.8%	11.8%+	21.4%+		
wiss nicht	(98)	32	27	4	1	4	28	3	13	16	12	11	5	-	22	10	0.7%+	4.4%+	0.7%+	2.9%	3.0%	1.3%	-	4.1%+	1.6%		
keine Antwort	(99)	10	4	5	1	4	5	1	4	5	2	7	7	-	7	3	0.4%	1.9%+	0.4%	0.8%	1.0%+	-	-	1.3%	0.3%		
Top-Two-Boxes	523	377	115	31	266	257	71	230	222	119	174	206	46	258	219	42.6%	41.7%	62.0%+	45.0%	40.3%	34.1%+	39.5%	50.9%+	28.3%+	47.2%	52.8%+	
Bottom-Two-Boxes	683	494	152	17	321	342	133	336	190	287	177	170	29	264	384	54.0%	54.8%	55.1%	34.0%+	63.9%+	57.6%+	44.4%+	69.3%+	48.0%+	45.9%+	32.4%+	
ACTIV	1186	871	297	48	597	599	204	566	416	436	351	385	65	512	593												
MINNE	218	151	57	21	104	98	36	108	58	111	44	44	6	64	131												
STAW	092	0.90	0.96	0.95	0.95	0.87	0.85	0.92	0.85	0.87	0.85	0.87	0.93	0.92	0.87	0.92											

Proportions-Mean: Column Total (5% risk level) - AB-C-DE - FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Ob Sie sich heute noch einmündiges Auswärtigen denken, wie die Schweiz das Interesse wecken und gleichzeitige zur Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte bei internationalen Konferenzen eine aktivere Rolle spielen.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU															
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH								
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)						
BASIS ungewichtet	1228	902	276	507	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616																				
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	507	591	637	208	583	437	420	399	390	68*	541	616																				
sehr einverstanden	(01)	259	174	77	8	141	118	35	116	108	69	76	20	92	146																				
		21.1%	19.3%	27.9%+	16.0%	23.9%	18.5%	16.8%	19.9%	24.7%	25.7%+	18.7%	19.5%	29.4%	17.0%+																				
eher einverstanden	(02)	688	503	137	28	312	356	118	318	232	202	203	35	296	337																				
		54.4%	53.6%	49.6%	56.6%	52.9%	56.7%	54.3%	55.1%	55.6%	54.7%	52.1%	51.5%	54.7%	54.7%																				
eher nicht einverstanden	(03)	221	172	40	9	107	114	40	110	71	55	69	90	7	116	96																			
		18.0%	19.1%	14.5%	18.0%	18.1%	17.9%	19.2%	18.9%	16.2%	13.1%	18.7%	23.1%+	10.3%	21.4%+	15.6%																			
gar nicht einverstanden	(04)	34	26	7	1	22	12	6	19	9	7	12	14	3	15	16																			
		2.8%	2.9%	2.6%	2.0%	3.7%	1.9%	2.9%	3.3%	2.1%	1.7%	3.3%	3.6%	4.4%	2.6%	2.6%																			
wiss nicht	(88)	38	22	12	4	9	29	9	15	14	12	12	7	3	19	16																			
		3.1%	2.4%	4.3%	8.0%+	1.5%	4.6%+	4.3%	2.6%	3.2%	2.9%	3.3%	1.8%	4.4%	3.5%	2.6%																			
keine Antwort	(99)	8	5	3	-	8	D	-	5	3	3	5	-	-	3	5																			
		0.7%	0.6%	1.1%	-	1.3%	D	-	0.6%	0.7%	0.7%	1.4%	-	-	0.6%	0.9%																			
Top-Two-Boxes	927	677	214	36	453	474	153	434	340	343	271	279	55	388	483																				
		75.5%	75.1%	77.5%	72.0%	76.6%	74.4%	73.6%	74.4%	81.7%+	73.4%	71.5%	80.9%	71.7%	78.4%																				
Bottom-Two-Boxes	265	198	47	10	139	138	46	139	80	65	81	104	10	131	112																				
		20.8%	22.0%	17.0%	20.0%	21.8%	19.8%	22.1%	22.1%	18.3%	14.8%+	26.7%+	14.7%	24.2%+	18.2%																				
ANY	1182	875	261	46	522	500	199	563	420	405	352	363	65	519	595																				
MINNE	218	151	297	213	262	213	155	211	155	150	211	211	158	211	159																				
STAW	072	072	074	068	076	068	070	073	071	068	072	075	077	071	072																				

Proportions-Mean: Column Totals (5% risk level) - AB-C-DE - FGH-I-JLK-LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Ob (1) bis (9) habe ich noch nie/mal/nicht/ Ausserhalb der Schweiz/ Ihre Interessen vertreten und gleichzeitig zur Sicherheit in der Weltschwingen Kreis. Sagen Sie mit Hilfe (Indikator) zu jedem Vorgehen, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte sich von Blinden und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.

	REGION				GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	D-CH	F-CH	ICH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)
BASIS ungewichtet	1228	902	276	591	637	208	583	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	591	637	208	583	437	420	369	390	68*	541	616
sehr einverstanden	(01)	89	65	17	7	51	38	13	38	38	17	27	43	4
		7.2%	7.2%	6.2%	14.0%	8.6%	6.0%	6.3%	8.7%	4.0%	7.3%	11.0%+	5.9%	8.3%
eher einverstanden	(02)	300	228	56	138	162	37	154	129	66	98	120	20	158
		24.4%	25.3%	20.3%	23.4%	25.4%	17.8%	23.0%	20.4%	15.7%	26.8	30.9%	25.4%	29.4%
eher nicht einverstanden	(03)	515	402	92	21	235	280	96	252	167	195	149	153	25
		41.9%	44.6%	33.3%	42.0%	39.8%	44.0%	46.2%	43.2%	38.2%	46.4%	40.4%	39.2%	36.8%
gar nicht einverstanden	(04)	287	181	102	4	161	126	60	145	82	77	71	16	96
		23.4%	20.1%	37.0%	27.2%	19.9%	25.3%	18.8%	31.0%	20.9%	18.2%	23.8%	17.7%	28.4%
wiss nicht	(88)	28	19	7	5	23	1	11	16	9	12	3	3	19
		2.3%	2.1%	2.5%	0.8%	3.6%+	0.5%	1.9%	3.7%	2.1%	3.3%	0.8%	4.4%	3.5%
keine Antwort	(99)	9	7	2	1	8	1	3	5	3	6	-	4	5
		0.7%	0.8%	0.7%	0.2%	1.3%	0.3%	0.8%	1.1%	0.7%	1.6%	-	0.7%	0.9%
Top-Two-Boxes		389	293	73	23	189	200	50	172	167	83	125	24	203
		31.7%	32.5%	26.4%	46.0%+	32.0%	31.4%	24.0%	29.5%	38.2%+	19.8%	33.9%	41.8%+	35.3%
Bottom-Two-Boxes		802	653	194	26	398	408	156	397	240	325	224	41	315
		65.3%	64.6%	70.3%	50.0%+	67.0%	63.7%	68.1%	57.0%+	77.4%+	61.2%	57.4%+	60.3%	58.2%
ACTIV		1191	976	297	48	585	606	206	595	416	439	351	65	515
INNE		284	206	48	25	269	270	96	269	170	300	273	26	296
STAW		088	065	052	045	083	085	086	089	080	087	080	088	087

Proportions: Mean; Column Total (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Obgleich habe ich noch einmal wichtige Aussagen dazu, wie die Schweiz ihre Interessen wahren und gleichzeitig an Sicherheit in der Welt beitragen könnte. Sagten Sie mir bitte, inwiefern zu jedem Vorschlag, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU											
	D-CH		F-CH		ICH		MANN		FRAU		E		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)	
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	68*	541	616															
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	68*	541	616															
sehr einverstanden	(01)	216	149	59	8	98	118	60	100	56	122	41	43	10	90	115														
		17.6%	16.5%	21.4%	16.0%	16.6%	18.5%	28.8%*	17.2%	12.8%	29.0%*	11.1%	11.0%	14.7%	16.6%	18.7%														
eher einverstanden	(02)	251	176	57	18	104	147	50	126	75	111	71	57	15	99	136														
		20.4%	19.5%	20.7%	36.8*	17.6%	23.1%	24.3%	21.6%	17.2%	29.1%*	19.2%	14.6%	22.1%	16.3%	22.1%														
eher nicht einverstanden	(03)	369	300	64	5	163	206	49	183	137	124	126	107	17	175	177														
		30.0%	33.3%*	23.2%	10.0%*	27.6%	32.3%	23.6%*	31.4%	31.4%	29.5%	34.1%	27.4%	25.0%	32.3%	28.7%														
gar nicht einverstanden	(04)	381	271	91	19	224	157	49	166	166	58	128	182	26	173	181														
		31.0%	30.0%	33.0%	38.0%	37.9%*	24.9%	23.6%*	38.0%	38.0%	13.6%*	34.1%*	48.1%*	38.2%	32.0%	29.4%														
wiss nicht	(98)	7	4	3	-	1	6	-	5	2	4	1	1	3	4															
		0.6%	0.4%	1.1%	0.2%	0.9%	0.9%	-	0.9%	0.5%	1.0%	0.3%	0.3%	-	0.6%	0.6%														
keine Antwort	(99)	4	2	2	-	1	3	-	3	1	1	2	-	1	3															
		0.3%	0.2%	0.7%	-	0.2%	0.5%	-	0.9%	0.2%	0.2%	0.5%	-	0.2%	0.5%															
Top-Two-Boxes	467	325	116	26	202	265	110	226	131	233	112	100	25	189	251															
		38.0%	36.0%	42.0%	52.0%*	34.2%	41.6%	52.9%*	38.6%	30.0%	55.5%*	30.4%	25.6%	36.6%	34.9%	40.7%														
Bottom-Two-Boxes	760	671	155	24	397	363	98	349	303	183	254	289	43	348	364															
		61.1%	63.3%	59.2%	48.0%	65.5%*	57.0%*	47.1%*	59.9%	69.3%*	43.3%*	68.8%*	74.1%*	63.2%	64.3%	58.1%														
ANW	127	956	271	50	596	638	208	572	304	115	366	369	65	537	609															
MINNE	276	2177	2699	270	2897	284	242	272	293	228	316	311	267	269	270															
STAW	108	106	115	115	110	105	114	106	104	104	0.99	1.02	1.09	1.07	1.09															

Proportions: Mann; Column Total (5% risk level) - AB-C-DE-FGH-I-JK-L-MN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

01.9. Die Schweiz hat die allgemeine Wehrpflicht für Schweizer Männer als Dienstverpflichtung. Es gibt aber auch andere Dienstverpflichtungen. Sie sind eine Wehrpflicht, die nicht als allgemeine Wehrpflicht, sondern als Dienstverpflichtung bezeichnet wird. Wie wichtig ist es für Sie, dass die Schweiz eine allgemeine Wehrpflicht hat? (Bitte angeben, wie wichtig es Ihnen ist, dass die Schweiz eine allgemeine Wehrpflicht hat.)

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	
BASIS ungewichtet	1228	1228	1228	1228	1228	
BASIS gvw. (100 %)	1228	1228	1228	1228	1228	
sehr einverstanden	(01)	164	163	212	549	1604
		13,4%	13,3%	17,3%	28,4%	13,4%
eher einverstanden	(02)	328	479	430	481	552
		26,7%	39,0%	35,0%	39,2%	45,0%
eher nicht einverstanden	(03)	393	529	397	329	252
		32,0%	42,9%	32,3%	26,8%	20,6%
gar nicht einverstanden	(04)	331	296	227	143	177
		27,0%	24,1%	18,5%	11,6%	14,4%
weiss nicht	(98)	7	15	4	12	48
		0,7%	0,8%	0,3%	0,3%	0,4%
keine Antwort	(99)	3	4	8	5	10
		0,2%	0,3%	0,7%	0,4%	0,8%
Top-Two-Boxes		492	642	642	830	716
		40,1%	52,3%	52,3%	67,6%	58,3%
Bottom-Two-Boxes		724	572	560	389	487
		58,9%	46,3%	45,6%	31,7%	39,9%
ANTW		1216	1214	1202	1219	1203
MIME		723	726	748	748	742
BCDE		1,01	0,98	0,99	0,97	0,90
STAW						

Proportion/Mean: All Columns Total (5% risk level)

A= die Wehrpflicht für Frauen einführen
 B= einen freiwilligen Militärdienst für Ausländerinnen und Ausländer einführen
 C= die heutige Wehrpflicht in einen obligatorischen Dienst NUR für Männer umwandeln, wobei die Wehrpflicht für Frauen weiterhin freiwillig bleibt
 D= die Wehrpflicht für Männer und Frauen freiwillig machen
 E= einen obligatorischen Dienst für Ausländerinnen und Ausländer im Zivildienst oder Sozialdienst einführen.

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

0/0/0. Die Schwanz kennt die allgemeine Wehrpflicht für Schweizer Männer ab Dienstverzicht. Es gibt aber auch andere Dienstverzicht.
 Sagte Sie uns eine ja/nein, welches ich Ihnen jetzt vorstellen werden, so Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.
 Die Schwanz sollte...
 die Wehrpflicht auch für Frauen einführen.

	REGION				GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH (A)	F-CH (B)	I-CH (C)	MANN (D)	FRAU (E)	18-29 (F)	30-59 (G)	60+ (H)	LINKS (I)	MITTE (J)	RECHTS (K)	TIEF (L)	MITTEL (M)	HOCH (N)
BASIS ungewichtet	1228	802	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gew. (100%)	1228	802	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616
sehr einverstanden	(01) 164 13.4%	128 14.2%	31 11.2%	5 10.0%	97 16.4%*	67 10.5%*	26 12.5%	78 13.4%	60 13.7%	45 10.7%	52 14.1%	63 16.2%	12 17.6%	63 11.6%	89 14.4%
eher einverstanden	(02) 328 26.7%	261 28.9%	59 21.4%*	8 16.0%	174 29.4%*	154 24.2%*	52 25.0%*	134 23.0%*	162 32.5%*	97 23.1%*	112 30.4%*	110 28.2%*	23 33.8%*	142 26.2%*	162 26.3%*
eher nicht einverstanden	(03) 393 32.0%	297 32.9%	78 28.3%	18 36.0%	176 29.8%*	217 34.1%*	60 28.8%*	190 32.6%*	143 32.7%*	142 33.8%*	114 30.9%*	117 30.0%*	15 22.1%*	191 35.3%*	186 30.2%*
gar nicht einverstanden	(04) 331 27.0%	210 23.3%*	102 37.0%*	19 38.0%*	137 23.2%*	194 30.5%*	69 33.2%*	174 29.8%*	88 20.1%*	88 31.4%*	88 23.8%*	95 24.4%*	18 26.5%*	140 25.9%*	172 27.9%*
weiss nicht	(08) 9 0.7%	6 0.7%	3 1.1%*	-	5 0.8%*	4 0.6%*	1 0.5%*	5 0.9%*	3 0.7%*	3 0.7%*	3 0.8%*	3 0.8%*	-	4 0.7%*	5 0.8%*
keine Antwort	(09) 3 0.2%	-	3 1.1%*	-	2 0.3%*	1 0.2%*	-	2 0.3%*	1 0.2%*	1 0.2%*	1 0.2%*	2 0.5%*	-	1 0.2%*	2 0.3%*
Top-Two-Boxes	492 40.1%	385 48.0%*	60 21.8%*	13 26.0%*	271 45.9%*	251 34.7%*	78 37.5%*	215 36.4%*	202 46.2%*	142 33.9%*	164 44.4%*	173 44.4%*	35 51.5%*	205 37.9%*	251 40.7%*
Bottom-Two-Boxes	724 59.0%	507 62.2%*	180 65.2%*	37 74.0%*	313 53.0%*	411 64.5%*	129 62.0%*	364 62.4%*	231 52.9%*	274 66.2%*	202 54.7%*	212 54.4%*	33 48.5%*	331 61.2%*	358 58.1%*
ANTW	1216	896	270	50	584	632	207	576	433	416	366	385	68	536	609
MME	273	2.66	2.93	3.02	2.80	2.85	2.83	2.80	2.60	2.87	2.65	2.63	2.57	2.78	2.72
STAW	1.01	0.99	1.03	0.98	1.02	0.96	1.03	1.02	0.96	0.98	1.00	1.03	1.07	0.97	1.03

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - ABC-D - FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

COVID-19: Die Schweiz bleibt die allermeiste Weltpflicht für Schweizer Männer als Dienstverpflichteter. Es gibt aber auch andere Dienstverpflichtete. Sie sind zu Hause, während sie ihnen jetzt vorstellen können, ob sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte...

für Männer UND Frauen einen obligatorischen Dienst einführen, wobei Männer und Frauen frei wählen können, ob sie Militärdienst oder Zivildienst oder Sozialdienst leisten.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU																					
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29			30-59			60+			LINKS			MITTE			RECHTS			TIEF			MITTEL			HOCH						
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)	(AD)	(AE)	(AF)	(AG)	(AH)	(AI)	(AJ)					
BASIS ungewichtet	1228	802	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616																										
BASIS gew. (100%)	1228	802	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616																										
sehr einverstanden	(01)	349	252	83	14	202	147	73	130	142	107	88	23	125	200																										
		28.4%	27.9%	30.1%	28.0%	34.2%	23.1%	35.1%	25.0%	33.8%*	29.0%	22.6%*	33.8%	23.1%	32.5%*																										
eher einverstanden	(02)	481	351	105	25	214	297	68	217	196	159	142	30	225	224																										
		39.2%	38.9%	38.0%	50.0%	36.2%	41.9%	32.7%	44.9%*	37.6%*	44.2%*	38.4%	44.1%	41.6%	36.5%																										
eher nicht einverstanden	(03)	246	198	44	4	107	139	41	136	69	72	61	99	9	117																										
		20.0%	22.0%	15.9%	8.0%	18.1%	21.8%	19.7%	23.3%*	15.8%	17.1%	16.5%	20.6%*	13.2%	21.6%																										
gar nicht einverstanden	(04)	143	68	38	7	65	78	25	81	37	46	38	57	6	72																										
		11.6%	10.9%	13.8%	14.0%	11.0%	12.2%	12.0%	13.9%	8.5%*	11.0%	9.8%	14.5%	8.8%	13.3%																										
weiss nicht	(08)	4	1	3	-	1	3	1	1	3	1	1	2	2	2																										
		0.3%	0.1%	1.1%*	-	0.2%	0.5%	0.5%	0.7%	0.2%	0.2%	0.3%	0.5%	-	0.4%																										
keine Antwort	(09)	5	2	3	-	2	3	3	2	3	2	1	2	-	-																										
		0.4%	0.2%	1.1%	-	0.3%	0.5%	0.5%	0.3%	0.5%	0.2%	0.3%	0.5%	-	-																										
Top-Two-Boxes		529	605	188	39	418	414	111	563	326	330	270	220	53	350																										
		67.8%	69.1%	70.6%	70.4%	65.6%	65.6%	67.8%	62.3%*	74.6%*	71.8%	73.2%*	59.9%*	7.8%	64.7%																										
Bottom-Two-Boxes		369	296	82	11	172	217	66	217	106	118	97	156	15	189																										
		31.7%	32.6%	29.7%	22.0%	29.1%	34.1%	31.7%	37.2%*	24.3%*	28.1%	26.3%*	40.0%*	22.1%	34.5%																										
ANTW		1219	899	270	50	588	631	207	590	432	418	367	386	68	539																										
MME		215	216	214	208	206	233	209	226	203	205	207	232	197	225																										
STAW		0.97	0.86	1.01	0.97	0.98	0.95	1.02	0.99	0.90	0.98	0.92	0.99	0.91	0.96																										

Proportions/Meanst/Columns/Teiled (5% risk level) - AB-C- DIE = FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

NOTE: Die Schweiz kennt die allgemeine Wehrpflicht für Schweizer Männer ab Dienstverzicht. Es gibt aber auch andere Dienstverzicht. Siehe Seite 4 und 5. JAHRE, welches ich Ihnen jetzt vorstellen werde, es Sie damit sehr oder eher einverstanden sind bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind. Die Schweiz sollte... einen obligatorischen Dienst für Ausländerinnen und Ausländer im Zivildienst oder Sozialdienst einführen.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU									
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)
BASIS ungewichtet	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	68*	541	616											
BASIS gvw. (100%)	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	68*	541	616											
sehr einverstanden	(01)	164	119	35	10	78	86	30	75	59	55	53	50	13	72	79												
		13.2%	12.7%	20.0%	13.5%	14.4%	12.9%	13.5%	13.1%	14.4%	12.8%	13.3%	13.3%	12.8%	18.1%	13.3%	12.8%											
eher einverstanden	(02)	552	409	125	18	252	300	89	257	206	199	173	162	33	245	273												
		45.0%	45.3%	36.0%	42.6%	42.6%	47.1%	42.8%	44.1%	47.1%	47.4%	46.9%	41.5%	48.5%	45.3%	44.3%												
eher nicht einverstanden	(03)	310	241	57	12	149	161	57	153	100	116	88	91	12	148	149												
		25.2%	26.7%	20.7%	24.0%	25.2%	25.3%	27.4%	26.2%	22.9%	27.6%	23.8%	23.3%	17.0%	27.4%	24.2%												
gar nicht einverstanden	(04)	177	123	46	8	109	68	30	91	56	43	43	83	8	64	105												
		14.4%	13.6%	16.7%	16.0%	18.4%	10.7%	14.4%	15.0%	12.8%	10.2%	11.7%	21.3%*	11.8%	11.8%	17.0%												
weiss nicht	(08)	15	8	6	1	14	1	1	4	10	5	5	3	1	9	4												
		1.2%	0.9%	2.2%	2.0%	2.4%	0.2%	2.2%*	0.5%	0.7%	2.3%*	1.2%	1.4%	0.8%	1.5%	0.6%												
keine Antwort	(09)	10	2	7	1	2	8	1	3	6	2	7	1	1	3	6												
		0.8%	0.2%*	2.5%*	2.0%	0.3%	1.3%	0.5%	0.5%	1.4%	0.5%	1.9%*	0.3%	1.5%	0.6%	1.0%												
Top-Two-Boxes		716	526	160	26	320	396	119	352	265	254	226	242	46	317	352												
		58.3%	57.0%	59.0%	56.0%	55.0%	60.8%	57.2%	55.9%	60.6%	62.2%	64.4%	67.6%	68.9%	67.6%	67.1%												
Bottom-Two-Boxes		487	364	103	20	258	229	87	244	156	159	131	174	20	212	254												
		39.7%	40.4%	37.2%	40.0%	43.7%*	35.9%	41.8%	44.0%	35.7%	37.9%	35.5%	44.6%*	29.4%	39.2%	41.2%												
ANTW		1203	892	263	48	588	615	206	576	421	413	357	386	66	529	606												
MME		242	241	243	238	249	234	242	245	236	235	234	254	223	239	248												
STAW		0.90	0.89	0.93	1.00	0.94	0.85	0.91	0.91	0.88	0.84	0.87	0.97	0.91	0.87	0.93												

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - AB-C - DIE - FGH - IJK - LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

013. In welcher Zeit wird die Einführung von einem allgemeinen obligatorischen Bürgerdienst diskutiert. Danach sollen Schweizerinnen und Schweizerinnen am liebsten für die Gesellschaft in der Arbeit, im Zivildienst, im Zivildienst oder als Sozialdienst machen. Ein obligatorischer Bürgerdienst für Schweizer Männer und Frauen...

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	F
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)
BASIS ungewichtet	1228	1228	1228	1228	1228	1228
BASIS gew. (100 %)	1228	1228	1228	1228	1228	1228
sehr einverstanden	(01)	265	514	274	68	110
	DEF	23.0%	25.3%	22.4%	7.8%	9.0%
eher einverstanden	(02)	629	602	686	299	357
	DEF	51.2%	48.0%	55.9%	24.3%	29.2%
eher nicht einverstanden	(03)	299	292	265	652	462
	DEF	18.1%	18.8%	18.0%	48.5%	40.2%
gar nicht einverstanden	(04)	63	53	47	193	170
	DEF	5.1%	4.3%	3.8%	15.7%	13.8%
weiss nicht	(05)	29	26	22	67	64
	DEF	1.9%	2.1%	1.8%	3.3%	6.9%
keine Antwort	(99)	9	5	3	4	11
	DEF	0.7%	0.4%	0.2%	0.3%	0.9%
Top-Two-Boxes	911	913	960	395	468	528
	DEF	74.2%	74.3%	79.2%	32.2%	38.1%
Bottom-Two-Boxes	288	284	243	768	694	665
	DEF	23.8%	23.7%	19.8%	67.8%	61.9%
ANTW	1196	1197	1203	1183	1132	1193
MIME	206	202	201	482	464	453
STAW	0.79	0.79	0.74	0.82	0.85	0.91

Legende:
 A= Ist ein allgemeines gesellschaftliches Zusammenhalt in der Schweiz.
 B= Ist ein Gewinn sowohl für den Staat als auch für die Zivilgesellschaft.
 C= Erlaubt es die zukünftigen Herausforderungen für die Schweiz, wie Aflangfrage, Sozialeinheit oder Umweltschutz, zu meistern.
 D= Ermöglicht es, die zukünftigen Herausforderungen für die Schweiz, wie Aflangfrage, Sozialeinheit oder Umweltschutz, zu meistern.
 E= Verursacht zu hohe Kosten für den Staat.
 F= Ist eine unverhältnismässige Zwangsverpflichtung, die die persönliche Freiheit einschränkt.
 ProportionalMeans: All Column Total (5% risk level)

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

CSS: In welcher Zahl wird die Einhaltung von einem obligatorischen Bürgerdienst befürwortet?
 Danach sollen Schweizerinnen und Schweizerinnen den Dienst für die Gesellschaft in der Antwort, im Zufriedenheit oder als Sozialdienst machen.
 Ein obligatorischer Bürgerdienst für Schweizer Männer und Frauen...
 fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Schweiz.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU											
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH					
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)			
TOTAL	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390		
BASIS ungewichtet	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390		
BASIS gew. (100%)	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	
sehr einverstanden	(01)	282	186	85	11	167	115	61	127	94	112	76	82	177	84	181	25.0%	15.5%	25.4%	15.5%	25.4%	15.5%	25.4%	15.5%	25.4%	15.5%	25.4%	15.5%	25.4%	15.5%	25.4%	
eher einverstanden	(02)	629	468	134	28	293	338	108	305	215	207	203	189	33	290	296	41.0%	20.6%	41.0%	20.6%	41.0%	20.6%	41.0%	20.6%	41.0%	20.6%	41.0%	20.6%	41.0%	20.6%	41.0%	
eher nicht einverstanden	(03)	222	189	29	4	86	136	27	112	83	74	58	78	9	112	101	18.1%	10.5%	18.1%	10.5%	18.1%	10.5%	18.1%	10.5%	18.1%	10.5%	18.1%	10.5%	18.1%	10.5%	18.1%	
gar nicht einverstanden	(04)	63	42	17	4	38	27	8	29	26	19	15	28	4	29	29	5.1%	2.2%	5.1%	2.2%	5.1%	2.2%	5.1%	2.2%	5.1%	2.2%	5.1%	2.2%	5.1%	2.2%	5.1%	
weiss nicht	(08)	23	14	6	3	7	16	3	8	12	6	11	4	3	13	6	1.9%	1.0%	1.9%	1.0%	1.9%	1.0%	1.9%	1.0%	1.9%	1.0%	1.9%	1.0%	1.9%	1.0%	1.9%	
keine Antwort	(09)	0	5	4	-	2	7	1	1	7	2	6	1	2	4	3	0.0%	0.3%	0.0%	0.3%	0.0%	0.3%	0.0%	0.3%	0.0%	0.3%	0.0%	0.3%	0.0%	0.3%	0.0%	
Top-Two-Boxes	911	652	220	35	492	451	159	453	309	319	278	221	221	50	385	477	74.3%	70.0%	74.3%	70.0%	74.3%	70.0%	74.3%	70.0%	74.3%	70.0%	74.3%	70.0%	74.3%	70.0%	74.3%	
Bottom-Two-Boxes	285	231	46	8	122	163	35	141	109	93	73	104	13	141	130	23.2%	16.7%	23.2%	16.7%	23.2%	16.7%	23.2%	16.7%	23.2%	16.7%	23.2%	16.7%	23.2%	16.7%	23.2%	16.7%	
ANTW	1196	883	296	47	582	614	204	574	418	412	352	385	385	63	524	607	96.9%	92.5%	96.9%	92.5%	96.9%	92.5%	96.9%	92.5%	96.9%	92.5%	96.9%	92.5%	96.9%	92.5%	96.9%	
MME	2.06	2.10	1.92	2.02	1.98	2.12	1.91	2.07	2.10	2.00	2.03	2.12	2.00	2.12	2.00	2.16	1.96	1.96	1.96	1.96	1.96	1.96	1.96	1.96	1.96	1.96	1.96	1.96	1.96	1.96	1.96	1.96
STAW	0.79	0.76	0.82	0.82	0.83	0.76	0.76	0.81	0.80	0.74	0.82	0.82	0.82	0.82	0.75	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81	0.81

Proportions/Meanst, Columns Testet (5% risk level) - AB-C- DIE = FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

QuS: In welcher Zahl wird die Einhaltung von einem obligatorischen Bürgerdienst befürwortet?
 Danach sollen Schweizerinnen und Schweizerinnen Dienst für die Gesellschaft in der Armee, im Zivildienst, im Zivilschutz oder als Sozialdienst machen.
 Ein obligatorischer Bürgerdienst für Schweizer Männer und Frauen...
 ist ein Gewinn sowohl für den Staat als auch für die Zivilgesellschaft.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU											
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH				
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)			
BASIS ungewichtet	1228	902	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616																
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616																
sehr einverstanden	(01)	311	210	87	14	162	129	65	139	107	123	85	90	23	101	187															
		25.3%	23.3%	31.5%*	28.0%	30.8%*	20.3%	31.3%*	23.8%	24.5%	29.3%	23.0%	23.1%	33.8%	18.7%	30.4%*															
eher einverstanden	(02)	602	437	137	28	274	328	100	292	210	201	189	187	29	284	288															
		49.0%	48.4%	49.6%	56.0%	46.4%	51.5%	48.1%	50.1%	48.1%	47.9%	52.3%	47.9%	42.6%	52.5%	46.8%															
eher nicht einverstanden	(03)	231	195	32	4	99	132	26	121	84	66	68	90	11	110	109															
		18.8%	21.6%*	11.6%	8.0%	16.8%	20.7%	12.5%	20.8%	19.2%	15.7%	18.4%	23.1%*	16.2%	20.3%	17.7%															
gar nicht einverstanden	(04)	53	38	12	3	29	24	13	18	22	20	10	18	4	25	24															
		4.3%	4.2%	4.3%	6.0%	4.9%	3.8%	6.3%	3.1%	5.0%	4.8%	2.7%	4.8%	5.9%	4.6%	3.9%															
weiss nicht	(98)	26	20	5	1	6	20	3	10	13	9	10	5	1	17	7															
		2.1%	2.2%	1.8%	2.0%	1.0%	3.1%	1.4%	1.7%	3.0%	2.1%	2.7%	1.3%	1.5%	3.1%	1.1%															
keine Antwort	(99)	5	2	3	-	1	4	1	3	1	3	1	3	-	4	1															
		0.4%	0.2%	1.1%	-	0.2%	0.6%	0.5%	0.5%	0.2%	0.2%	0.8%	-	-	0.7%	0.2%															
Top-Two-Boxes		913	647	224	42	625	427	165	431	317	324	278	277	52	385	472															
		74.5%	71.7%	81.2%*	84.0%	77.2%	71.7%	78.3%	73.9%	72.5%	77.1%	75.8%	71.6%	76.6%	74.2%	77.5%															
Bottom-Two-Boxes		284	233	44	7	128	156	39	139	106	86	78	108	15	135	133															
		23.1%	25.8%	15.9%*	14.0%	21.7%	24.5%	18.8%	23.8%	24.3%	20.8%	21.1%	27.7%*	22.1%	25.0%	21.6%															
ANTW		1197	880	268	49	584	613	204	570	423	410	356	385	67	520	608															
MME		202	207	188	192	196	208	194	203	205	198	201	209	194	211	195															
STAW		079	079	076	079	082	076	084	076	081	081	074	080	087	077	080															

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - ABC-D - EFGH - IJKK - LMNN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

QuS: In welcher Zeit wird die Einhaltung von einem öffentlichen Bürgerdienst durchgeführt. Danach sollen Schweizerinnen und Schweizerinnen und Schweizerinnen den Dienst für die Gesellschaft in der Schweiz, im Zivildienst, im Zivildienst oder als Sozialdienst machen. Ein obligatorischer Bürgerdienst für Schweizer Männer und Frauen... erlaubt es, die zukünftigen Herausforderungen für die Schweiz, wie Alterspflege, Sicherheit oder Umweltschutz, zu messen.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU									
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	
BASIS ungewichtet	1228	922	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616													
BASIS gew. (100%)	1228	922	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	390	68*	541	616													
sehr einverstanden	(01)	274	166	90	18	145	129	47	121	106	110	73	77	27	102	145													
		18.4%	32.6%*	36.0%*	24.5%	20.3%	22.6%	20.8%	24.3%	26.2%	19.8%	19.7%	19.7%	38.8%*	18.9%	23.5%													
etwas einverstanden	(02)	696	526	139	21	319	367	127	326	233	236	220	209	36	326	323													
		56.9%	56.9%	50.0%*	46.0%	54.0%	57.6%	61.1%	55.9%	53.3%	56.2%	59.6%	53.6%	61.5%	60.3%*	52.4%													
etwas nicht einverstanden	(03)	196	161	28	7	98	98	23	104	69	53	57	77	6	81	109													
		16.0%	17.8%	10.1%	14.0%	16.6%	15.4%	11.1%	17.8%	15.8%	12.8%	15.4%	19.7%*	8.8%	15.0%	17.7%													
gar nicht einverstanden	(04)	47	33	13	1	25	22	9	29	15	15	8	21	-	18	28													
		3.8%	3.7%	4.7%	2.0%	4.2%	3.5%	4.3%	3.9%	3.4%	3.6%	2.2%	5.4%	-	3.3%	4.5%													
weiss nicht	(08)	22	16	5	1	4	18	2	7	13	5	10	6	-	13	9													
		1.8%	1.8%	1.8%	2.0%	0.7%	2.8%*	1.0%	1.2%	2.7%	1.5%	1.5%	1.5%	-	2.4%	1.5%													
keine Antwort	(09)	3	1	2	-	3	4	-	2	3	1	1	-	-	1	2													
		0.2%	0.1%	0.7%	-	0.5%	0.6%	-	0.3%	0.2%	0.2%	0.3%	-	-	0.2%	0.3%													
Top-Two-Boxes	900	691	226	41	624	426	171	447	329	346	263	286	286	62	426	463													
		73.3%	75.0%	82.6%	82.0%	76.5%	77.9%	83.7%	79.7%	82.4%	79.4%	73.3%*	73.3%*	91.6%	79.1%	76.0%													
Bottom-Two-Boxes	243	194	41	8	123	120	32	127	84	68	65	98	6	99	137	137													
		19.8%	21.5%	14.9%	16.0%	20.8%	18.8%	15.4%	19.2%	16.2%	17.6%	25.1%*	25.1%*	8.8%	18.3%	22.2%													
ANTW	1203	885	269	49	587	616	206	574	423	414	358	384	384	68	527	605													
		2.01	2.07	1.87	1.82	2.01	2.02	1.97	2.05	1.98	1.93	2.00	2.11	1.69	2.03	2.03													
STAW	0.74	0.72	0.79	0.75	0.77	0.72	0.72	0.74	0.75	0.73	0.67	0.76	0.76	0.63	0.70	0.78													

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - ABC- DIE = FGH-IJK-LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

COVID-19 bedingt, sind die Einkommens- und Vermögensabgrenzungen für den Bürgerdienst fehlbelegt.
 Durch unser Schweizer und Schweizerinnen-Bürgerdienst für die Gesellschaft in der Schweiz, im Zivildienst, im Zivildienst oder als Sozialdienst machen.
 Ein obligatorischer Bürgerdienst für Schweizer Männer und Frauen...
 nimmt der Wirtschaft wichtige Arbeitskräfte weg.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU																									
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29			30-59			60+			LINKS			MITTE			RECHTS			TIEF			MITTEL			HOCH										
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)	(AD)	(AE)	(AF)	(AG)	(AH)	(AI)	(AJ)	(AK)	(AL)	(AM)	(AN)					
BASIS ungewichtet	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616			
BASIS gew. (100%)	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616	68*	541	616			
sehr einverstanden	(01)	96	61	29	6	56	40	16	45	35	28	22	40	11	43	42	11	43	42	11	43	42	11	43	42	11	43	42	11	43	42	11	43	42	11	43	42	11	43	42	11	43	42		
etwas einverstanden	(02)	299	237	50	12	143	166	41	155	103	97	76	109	15	148	136	15	148	136	15	148	136	15	148	136	15	148	136	15	148	136	15	148	136	15	148	136	15	148	136	15	148	136		
etwas nicht einverstanden	(03)	595	457	114	24	277	318	106	280	209	210	195	171	31	254	309	31	254	309	31	254	309	31	254	309	31	254	309	31	254	309	31	254	309	31	254	309	31	254	309	31	254	309		
gar nicht einverstanden	(04)	193	121	67	5	107	86	41	88	64	73	59	6	69	115	6	69	115	6	69	115	6	69	115	6	69	115	6	69	115	6	69	115	6	69	115	6	69	115	6	69	115	6	69	115
weiss nicht	(08)	41	24	14	3	7	34	3	14	24	11	15	11	2	24	13	2	24	13	2	24	13	2	24	13	2	24	13	2	24	13	2	24	13	2	24	13	2	24	13	2	24	13		
keine Antwort	(09)	4	2	2	-	1	3	1	1	2	1	3	-	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3	1	3			
Top-Two-Boxes		395	266	76	15	159	196	57	200	138	125	86	149	26	191	173	26	191	173	26	191	173	26	191	173	26	191	173	26	191	173	26	191	173	26	191	173	26	191	173	26	191	173		
Bottom-Two-Boxes		788	578	181	29	384	404	147	368	273	283	253	230	40	323	424	40	323	424	40	323	424	40	323	424	40	323	424	40	323	424	40	323	424	40	323	424	40	323	424	40	323	424		
ANTW		1183	876	260	47	583	600	204	568	411	408	351	379	66	514	602	66	514	602	66	514	602	66	514	602	66	514	602	66	514	602	66	514	602	66	514	602	66	514	602	66	514	602		
MME		275	275	2,84	2,60	2,75	2,75	2,84	2,72	2,73	2,80	2,82	2,66	2,58	2,68	2,83	2,58	2,68	2,83	2,58	2,68	2,83	2,58	2,68	2,83	2,58	2,68	2,83	2,58	2,68	2,83	2,58	2,68	2,83	2,58	2,68	2,83	2,58	2,68	2,83	2,58	2,68	2,83		
STAW		0,82	0,76	0,84	0,85	0,87	0,78	0,83	0,82	0,82	0,81	0,75	0,87	0,83	0,81	0,82	0,83	0,81	0,82	0,83	0,81	0,82	0,83	0,81	0,82	0,83	0,81	0,82	0,83	0,81	0,82	0,83	0,81	0,82	0,83	0,81	0,82	0,83	0,81	0,82	0,83	0,81	0,82	0,83	

Proportions/Meanst, Columns Testet (5% risk level) - AB-C- DIE - FGH-IJK-LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Quelle: In höherer Zahl sind die Einkommens- oder Vermögensabhängigkeiten BürgerInnen tabelliert.
 Danach sollen Schweizerinnen und Schweizerinnen den Dienst für die Gesellschaft in der Arbeit, im Zivildienst, im Zivildienst oder als Sozialdienst machen.
 Ein obligatorischer Bürgerdienst für Schweizer Männer und Frauen...
 Voraussetzung zu hohe Kosten für den Staat.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU												
	TOTAL		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH			
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																		
BASIS ungewichtet	1228	922	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616																	
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616																	
sehr einverstanden	(01)	110	80	24	6	55	55	19	47	44	27	29	47	13	51	45																
		9.0%	8.9%	8.7%	12.0%	9.3%	8.6%	9.1%	8.1%	10.1%	6.4%	7.9%	12.1%*	19.1%*	9.4%	7.3%																
eher einverstanden	(02)	369	272	68	18	189	200	53	170	135	99	130	114	23	170	155																
		40.2%	30.2%	24.6%	36.0%	26.7%	31.4%	25.9%	29.2%	30.9%	23.6%*	35.2%*	29.2%	33.8%*	33.1%*	25.2%*																
eher nicht einverstanden	(03)	464	376	100	18	248	246	92	241	161	192	139	146	22	207	265																
		42.7%	41.7%	36.2%	36.0%	42.0%	38.6%	44.2%	41.3%	36.8%	40.7%*	37.7%	37.4%	32.4%	38.3%	43.0%																
gar nicht einverstanden	(04)	170	110	57	3	107	63	31	81	59	78	36	52	8	54	108																
		13.8%	12.2%	20.7%*	6.0%	18.1%*	9.9%*	14.9%	13.9%	13.3%	18.6%*	9.6%*	13.3%	11.8%*	10.0%*	17.5%*																
weiss nicht	(08)	85	58	22	5	21	64	11	38	36	21	32	27	2	48	34																
		6.9%	6.4%	8.0%	10.0%	3.6%*	10.0%*	5.3%	6.5%	8.2%	5.0%	8.7%	6.9%	2.9%	8.9%	5.5%																
keine Antwort	(09)	11	6	5	-	2	9	1	6	3	3	1	4	-	2	0																
		0.9%	0.7%	1.8%	-	0.3%	1.4%	1.0%	1.0%	0.7%	0.7%	0.8%	1.0%	-	0.4%	1.5%																
Top-Two-Boxes		489	352	95	21	213	255	72	217	179	136	159	161	35	205	260																
		39.8%	39.0%	33.9%	46.7%	36.0%	40.9%	34.6%	37.2%	41.0%	30.0%*	43.1%*	41.3%	52.9%*	42.5%*	32.5%*																
Bottom-Two-Boxes		664	486	157	21	355	309	123	322	219	370	175	198	30	261	373																
		54.1%	53.9%	59.9%	42.0%	60.1%*	48.5%*	59.1%	55.2%*	50.1%	64.3%*	47.4%*	50.6%	44.1%*	48.2%*	60.6%*																
ANTW		1132	838	249	45	598	564	195	539	398	396	334	359	66	461	573																
MIME		264	262	276	240	272	256	269	259	281	254	257	238	254	278	278																
STAW		0.85	0.83	0.91	0.81	0.88	0.82	0.85	0.84	0.87	0.83	0.80	0.89	0.84	0.82	0.85																

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - AB-C- DIE - FGH - IJK - LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Obst. Sicheres einlagige Finanz- zum allgemeinen obligatorischen Rückgeldwert bestimmt.
Sind Sie für sehr geringe Einführung eines nationalen Dividends für Schweizer Männer und Frauen?

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU											
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29			30-59			60+			LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(C)	(C)	(D)	(D)	(E)	(E)	(F)	(F)	(G)	(G)	(H)	(H)	(I)	(I)	(J)	(J)	(K)	(L)	(L)	(M)	(M)	(N)	(N)	(N)	(N)			
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616	
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616	
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616	
sehr dafür	(01)	172	115	55	7	113	59	47	76	49	74	37	55	19	54	140%	12.5%	18.8%*	14.0%	19.1%*	9.3%*	22.6%*	13.0%	11.2%	17.6%*	10.0%*	13.8%	19.1%	10.0%	17.0%*	
eher dafür	(02)	606	424	154	28	286	320	95	284	217	206	188	182	37	274	493.3%	47.0%	55.8%*	56.0%	48.4%	50.2%	45.7%	50.4%	49.7%	49.0%	53.7%	46.7%	54.4%	50.6%	47.7%	
eher dagegen	(03)	304	273	29	11	139	195	43	157	134	88	107	114	19	167	27.2%	30.3%*	18.1%	22.0%	23.3%*	30.6%	20.7%*	28.9%	30.7%	23.3%	29.0%	29.2%	19.1%	30.9%	24.7%	
sehr dagegen	(04)	88	81	14	3	48	50	18	51	29	35	20	38	4	39	8.0%	9.0%	5.1%	6.0%	6.1%	7.8%	8.7%	8.0%	6.6%	8.3%	5.4%	9.7%	5.9%	7.2%	8.9%	
weiss nicht	(08)	13	6	3	1	2	11	3	3	7	5	5	2	7	6	1.1%	1.0%	1.1%	2.0%	0.3%	1.7%	1.4%	0.5%	1.6%	1.2%	1.4%	0.5%	-	1.3%	1.0%	
keine Antwort	(99)	5	2	3	-	3	2	2	2	1	2	2	1	1	4	0.4%	0.2%	1.1%	-	0.5%	0.3%	1.0%	0.3%	0.2%	0.6%	0.5%	0.3%	1	-	4	
Top-Two-Boxes	778	537	206	35	399	379	142	370	266	280	235	235	50	328	389	63.4%	59.5%*	74.6%*	70.0%	67.5%*	59.5%*	68.3%	63.5%	60.9%	66.7%	63.7%	60.3%	73.5%	60.6%	64.6%	
Bottom-Two-Boxes	432	354	64	14	197	245	61	208	163	133	127	152	17	206	207	35.2%	30.5%*	25.2%*	28.0%	31.0%*	39.5%*	29.3%	35.7%	37.0%	31.7%	34.4%	39.6%	23.0%	39.1%	33.0%	
ANTW	1210	891	270	49	586	624	203	578	429	413	362	387	67	534	606	230	236	210	220	221	238	216	232	233	230	235	212	236	228		
STAW	0.81	0.82	0.76	0.76	0.85	0.77	0.88	0.81	0.77	0.84	0.73	0.84	0.79	0.78	0.85																

Proportions/Mean: Column Totals (0% risk level) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
*small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

015 Die Schweiz befindet sich im Zuge des Poplitz der Neutralität. Wie hoch ist der Wert der Neutralität, menschlich beurteilt, da) in einem (jezt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sag in Stich mit Hilfe zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

ÜBERSICHT

	A	B	C	D	E	F	G	H	I
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)
BASIS ungewichtet	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
BASIS gvw. (100 %)	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228	1228
sehr einverstanden	60	534	55	668	262	278	105	48	43
	4.9%	43.2%	4.5%	54.5%	21.4%	22.6%	8.6%	3.9%	3.5%
eher einverstanden	282	501	280	557	525	588	406	138	232
	23.0%	40.8%	22.8%	45.4%	42.8%	47.5%	33.1%	11.2%	18.9%
eher nicht einverstanden	571	559	559	559	559	559	559	554	571
	46.3%	44.0%	45.7%	45.5%	45.6%	45.6%	45.5%	45.1%	46.3%
gar nicht einverstanden	284	31	263	12	100	61	181	503	275
	23.1%	2.5%	21.4%	1.0%	8.1%	5.0%	14.7%	41.0%	22.4%
weder nicht	17	17	23	15	15	15	15	15	15
	1.4%	1.4%	1.9%	1.2%	1.2%	1.2%	1.2%	1.2%	1.2%
keine Antwort	5	4	6	3	8	3	11	5	11
	0.4%	0.3%	0.5%	0.2%	0.7%	0.2%	0.9%	0.4%	0.9%
Top-Two-Boxes	342	1032	335	1155	727	866	511	186	275
	27.9%	84.0%	27.3%	94.1%	59.2%	70.5%	41.6%	15.1%	22.4%
Bottom-Two-Boxes	860	164	852	55	450	341	648	1017	882
	70.1%	13.3%	68.2%	4.5%	36.5%	28.3%	52.4%	81.9%	71.6%
ANTW	1202	1196	1187	1210	1177	1207	1159	1203	1157
MIME	200	172	169	156	156	156	156	156	156
STAW	0.81	0.76	0.79	0.61	0.65	0.81	0.85	0.80	0.77

ProportionsMeans: All Columns t-Tested (5% risk level)

- A- Die Neutralität befindet sich im Poplitz, ganz wie ein europäischer Nachbar zu handeln.
- B- Die Neutralität ist unentbehrlich mit unserem Staatsgedanken verbunden.
- C- Unsere engge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
- D- Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konfliktsituationen und Krisensituationen gute Dienste leisten.
- E- Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
- F- Die Neutralität kann heute mit einem noch mehr glaubhaft geschützt werden.
- G- Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung von der Neutralität.

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

0163. Die Schweiz ist nicht so langweilig. Zeit sich Politik der Neutralität heraus, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Ist eine Idee jetzt mal ein Ausser zur Neutralität vor. Sagt Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU											
	TOTAL		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)		
BASIS ungewichtet	1228	802	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	390	68*	541	616															
BASIS gew. (100%)	1228	802	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	390	68*	541	616															
sehr einverstanden	(01)	60	32	25	3	37	23	10	30	20	22	10	25	2	21	36															
		4.9%	3.5%	9.1%*	6.0%	6.3%	3.6%	4.8%	5.1%	4.6%	5.2%	2.7%	6.4%	2.9%	3.9%	5.8%															
eher einverstanden	(02)	282	214	56	12	101	181	46	133	103	108	87	75	24	125	131															
		23.0%	23.7%	20.3%	24.0%	17.1%	28.4%*	22.1%	22.8%	23.6%	25.2%	23.6%	19.2%	23.1%	23.1%	21.3%															
eher nicht einverstanden	(03)	576	446	108	22	279	297	103	266	207	207	184	166	21	267	288															
		46.9%	49.8%	38.1%	44.0%	47.2%	46.6%	49.5%	45.6%	47.4%	49.3%	48.9%	42.8%	30.9%	49.0%	46.8%															
gar nicht einverstanden	(04)	284	192	83	6	172	112	48	140	96	80	71	121	19	145	145															
		23.1%	21.3%	30.1%*	18.0%	29.1%*	17.6%	23.1%	24.0%	22.0%	19.0%*	20.9%	31.0%*	27.9%	21.4%	24.2%															
weiss nicht	(08)	21	15	2	4	20	1	10	10	4	8	3	2	12	7	7															
		1.7%	1.7%	0.7%	8.0%*	3.1%*	0.5%	1.7%	2.3%	1.0%	2.2%	0.8%	2.9%	2.2%	1.1%																
keine Antwort	(09)	5	3	2	-	1	4	-	4	1	3	-	-	-	-	-															
		0.4%	0.3%	0.7%	-	0.2%	0.6%	-	0.7%	0.2%	0.8%	-	-	-	-	-															
Top-Two-Boxes		322	246	81	15	138	204	55	153	123	128	97	100	26	146	167															
		27.9%	27.8%	29.3%	30.0%	23.4%*	34.0%*	26.9%	26.0%	26.1%	30.8%	26.3%	25.6%	36.2%	27.6%	27.1%															
Bottom-Two-Boxes		860	638	191	31	451	409	151	406	303	297	261	297	40	383	437															
		70.0%	70.7%	69.2%	62.0%	76.3%*	64.2%*	72.6%	69.6%	69.3%	68.3%	70.7%	73.6%	58.8%	70.9%	70.9%															
ANTW		1202	884	272	46	589	613	207	569	426	415	358	387	66	529	604															
MME		230	230	230	230	230	230	230	230	230	230	230	230	230	230	230															
STAW		0.81	0.77	0.94	0.83	0.77	0.80	0.83	0.80	0.80	0.75	0.85	0.88	0.78	0.83	0.83															

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - AB-C - DIE - FGH - IJK - LMN

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

QUELLE: Die Schwere wird nicht so lang wie Zeit, nicht die Politik der Neutralität, sondern die des Vorgesetzten, die den Vorgesetzten unterschiedlich beurteilen. Ist diese Bewertung jetzt mehr ein Auslassung zur Neutralität vor, Sagt Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Neutralität ist untenbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU									
	TOTAL		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																
BASIS ungewichtet	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	68*	541	616	616	616	616	616	616	616	616	616	
BASIS gew. (100%)	1228	922	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	68*	541	616	616	616	616	616	616	616	616	616	
sehr einverstanden	(01)	531	385	123	23	271	200	67	245	219	147	178	193	25	235	271	271	271	36.8%	43.8%	44.0%	44.0%	44.0%	44.0%	44.0%	44.0%	44.0%	44.0%	44.0%	
		43.2%	42.7%	44.6%	46.0%	45.9%	40.8%	32.2%	42.0%	50.1%*	35.0%	48.2%	49.5%*																	
eher einverstanden	(02)	501	370	112	19	220	281	107	249	145	185	142	147	31	243	226	226	226	44.0%	38.5%	37.7%	37.7%	37.7%	37.7%	37.7%	37.7%	37.7%	37.7%	37.7%	
		40.8%	41.0%	40.6%	38.0%	37.2%	44.1%	51.4%*	42.7%	39.2%*	44.0%	38.5%	37.7%																	
eher nicht einverstanden	(03)	133	108	20	5	75	58	23	67	43	64	32	33	6	43	83	83	83	15.2%	12.2%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	11.1%	
		10.8%	12.0%	7.2%	10.0%	12.7%	9.1%	11.1%	9.8%	10.2%	8.7%	8.5%	8.5%																	
gar nicht einverstanden	(04)	31	26	11	-	21	10	5	14	12	16	6	8	3	7	20	20	20	3.6%	2.2%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	
		2.5%	2.2%	4.0%	-	3.6%	1.6%	2.4%	2.4%	2.7%	3.8%	1.6%	2.1%																	
weder nicht	(08)	28	17	8	3	4	24	6	5	17	8	8	8	3	13	12	12	12	2.0%	1.9%	1.9%	1.9%	1.9%	1.9%	1.9%	1.9%	1.9%	1.9%	1.9%	
		2.3%	1.9%	2.9%	6.0%	0.7%	3.8%*	2.0%	0.9%	3.9%*	1.9%	2.2%	2.1%																	
keine Antwort	(09)	4	2	2	-	4	-	-	3	1	-	3	1	-	-	-	-	-	0.3%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	0.2%	
		0.3%	0.2%	0.7%	-	0.6%	-	-	0.5%	0.2%	-	0.8%	0.3%																	
Top-Two-Boxes	1022	755	225	42	611	541	171	654	521	332	350	340	340	55	425	497	497	84.0%	81.1%	84.0%	84.0%	84.0%	84.0%	84.0%	84.0%	84.0%	84.0%	84.0%	84.0%	
		83.1%	81.9%	84.6%	84.0%	91.1%	84.9%	83.7%	83.3%	79.9%*	86.7%	87.2%	87.2%																	
Bottom-Two-Boxes	164	128	31	5	96	68	28	81	55	80	38	41	9	50	103	103	103	13.4%	14.2%	11.2%	10.0%	16.2%*	10.7%	13.5%	19.0%*	10.3%	10.5%	13.2%	9.2%*	
		13.4%	14.2%	11.2%	10.0%	8.2%*	10.7%	13.5%	13.9%	12.6%	19.0%*	10.3%	10.5%																	
ANTW	1196	883	266	47	587	609	202	575	419	412	358	381	65	528	600	600	600	96.7%	96.7%	96.7%	96.7%	96.7%	96.7%	96.7%	96.7%	96.7%	96.7%	96.7%	96.7%	
MME	172	173	170	162	174	170	183	164	164	164	164	162	162	162	166	175	175	175	14.3%	14.3%	14.3%	14.3%	14.3%	14.3%	14.3%	14.3%	14.3%	14.3%	14.3%	
STAW	076	076	076	068	082	071	072	078	078	078	078	078	078	078	078	081	072	073	19.6%	19.6%	19.6%	19.6%	19.6%	19.6%	19.6%	19.6%	19.6%	19.6%	19.6%	

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - ABC - DIE = FGH - IJK - LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

QUE: Da Sicherheit nicht seit langer Zeit ein Politikfeld der Neutralität ist, haben auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen, in diese Studie mit einbezogen. Ausser zur Neutralität vor, Sagt Sie mit Ja zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten vermag nicht Neutralität.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU											
	TOTAL		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																	
BASIS ungewichtet	1228	922	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	68*	541	616	616	616	616	616	616	616	616	616		
BASIS gew. (100%)	1228	922	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	68*	541	616	616	616	616	616	616	616	616	616		
sehr einverstanden	(01)	55	30	24	1	35	20	6	30	19	26	12	13	13	13	13	13	13	11,8%*	8	10	36	36	36	36	36	36	36	36		
		4,5%	3,3%	8,7%*	2,0%	5,9%	3,1%	2,9%	5,1%	4,3%	6,2%	3,3%	3,3%	3,3%	3,3%	3,3%	3,3%	3,3%	11,8%*	1,8%	1,6%	5,9%	5,9%	5,9%	5,9%	5,9%	5,9%	5,9%	5,9%		
eher einverstanden	(02)	290	199	67	14	113	167	51	126	103	114	81	78	15	120	143	143	143	22,1%*	15	15	120	143	143	143	143	143	143	143		
		23,8%	22,1%	24,3%	28,0%	19,1%*	26,2%*	24,5%	21,6%	23,6%	27,1%*	22,0%	20,0%	20,0%	22,2%	23,2%	23,2%	23,2%	22,1%*	2,2%	2,2%	22,2%	23,2%	23,2%	23,2%	23,2%	23,2%	23,2%	23,2%	23,2%	
eher nicht einverstanden	(03)	589	454	112	23	273	316	110	283	196	188	189	175	28	288	273	273	273	41,2%*	28	288	273	273	273	273	273	273	273	273		
		48,0%	50,3%	40,6%*	46,0%	46,2%	49,6%	52,9%	48,5%	44,9%	47,1%	51,2%	44,9%	41,2%	53,2%*	44,3%	44,3%	44,3%	41,2%*	41,2%	53,2%*	44,3%	44,3%	44,3%	44,3%	44,3%	44,3%	44,3%	44,3%	44,3%	
gar nicht einverstanden	(04)	263	192	63	8	167	98	31	126	106	71	74	113	13	99	151	151	151	16,9%*	71	113	99	151	151	151	151	151	151	151		
		21,4%	21,3%	22,8%	16,0%	28,3%*	15,1%*	14,9%*	21,6%	24,3%	16,9%*	20,1%	23,0%*	1,9%	19,1%	18,3%	18,3%	18,3%	16,9%*	19,1%	18,3%	9,9%	15,1%	18,3%	18,3%	18,3%	18,3%	18,3%	18,3%	18,3%	
weiss nicht	(08)	35	23	9	3	32	10	14	11	9	10	11	11	4	21	10	10	10	2,9%	4	21	10	10	10	10	10	10	10	10		
		2,9%	2,5%	3,3%	6,0%	5,0%*	5,0%*	4,8%	2,4%	2,5%	2,1%	2,7%	2,8%	0,9%	5,9%	3,0%	3,0%	3,0%	2,9%	4,1%	21	10	10	10	10	10	10	10	10	10	
keine Antwort	(09)	6	4	1	1	6	4	2	2	2	3	3	3	0	3	3	3	3	0,5%	0	3	3	3	3	3	3	3	3	3		
		0,5%	0,4%	0,4%	2,0%	1,0%	0,9%*	0,9%*	0,5%	0,5%	0,5%	0,8%	0,8%	0,0%	0,8%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,8%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	
Top-Two-Boxes		325	226	91	15	148	197	57	165	122	140	90	91	25	100	173	173	173	26,6%*	140	90	91	173	173	173	173	173	173	173	173	
		27,3%	25,4%	33,0%*	30,0%	25,0%	29,4%	27,4%	29,8%	27,9%	33,3%	25,2%	23,3%	3,8%	33,8%	24,9%	24,9%	24,9%	26,6%*	33,3%	25,2%	23,3%	24,9%	24,9%	24,9%	24,9%	24,9%	24,9%	24,9%	24,9%	24,9%
Bottom-Two-Boxes		852	646	175	31	440	412	141	409	302	269	263	288	41	387	424	424	424	69,4%*	64,0%*	71,3%	73,8%	71,5%	68,8%	68,8%	68,8%	68,8%	68,8%	68,8%	68,8%	
		69,4%	71,6%	63,4%*	62,0%	74,5%*	64,7%*	67,8%	70,2%	69,1%	64,0%*	71,3%	73,8%	60,3%	71,5%	68,8%	68,8%	68,8%	69,4%*	64,0%*	71,3%	73,8%	71,5%	68,8%	68,8%	68,8%	68,8%	68,8%	68,8%	68,8%	68,8%
ANTW		1187	875	266	46	588	599	198	565	424	409	395	379	64	517	603	603	603	96,1%*	96,1%*	96,1%*	96,1%*	96,1%*	96,1%*	96,1%*	96,1%*	96,1%*	96,1%*	96,1%*	96,1%*	
MME		289	262	269	283	257	281	284	289	252	277	291	302	272	292	289	289	289	24,9%*	24,9%*	24,9%*	24,9%*	24,9%*	24,9%*	24,9%*	24,9%*	24,9%*	24,9%*	24,9%*	24,9%*	
STAW		079	076	080	074	085	073	072	081	082	081	075	080	080	070	085	085	085	6,4%*	6,4%*	6,4%*	6,4%*	6,4%*	6,4%*	6,4%*	6,4%*	6,4%*	6,4%*	6,4%*	6,4%*	

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - A-B-C- D-E- F-G-H- I-J-K-L-M-N

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

QUELLE: Die Schweiz wird nicht länger als ein Land der Neutralität betrachtet. Heute vorherrscht nach Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Ist die Neutralität ein Vorteil oder ein Nachteil? Sagt in Stichproben zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, weder einverstanden noch nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU												
	TOTAL		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH			
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																		
BASIS ungewichtet	1228	802	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616																	
BASIS gew. (100%)	1228	802	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	68*	541	616																	
sehr einverstanden	(01)	58%	42%	153	25	338	200	80	276	242	195	187	200	31	231	336																
		46.6%	55.4%*	50.0%	57.2%*	40.8%	38.5%	47.8%	55.4%*	46.4%	50.7%	51.3%	45.6%	42.7%	54.5%*																	
eher einverstanden	(02)	57%	43%	99	22	236	331	108	275	171	200	166	166	27	270	340																
		45.4%	35.9%*	44.0%	38.2%*	52.0%*	51.9%	47.2%*	39.8%*	47.6%	45.0%	42.6%	39.7%	51.6%*	40.4%*																	
eher nicht einverstanden	(03)	43%	30%	12	1	17	26	10	18	15	10	14	14	5	19	18																
		3.5%	3.3%	4.3%	2.0%	2.9%	4.1%	4.8%	3.1%	3.4%	3.6%	2.7%	3.6%	7.4%	3.5%	2.9%																
gar nicht einverstanden	(04)	12%	6%	6	-	7	5	2	8	2	4	2	5	3	4	5																
		1.0%	0.7%	2.2%*	-	1.2%	0.8%	1.0%	1.4%	0.5%	1.0%	0.5%	1.3%	4.4%*	0.7%	0.8%																
weiss nicht	(08)	15%	8%	5	2	3	12	3	12	7	4	6	2	5	2	7																
		1.2%	0.9%	1.6%	4.0%	0.5%	1.9%	3.6%*	0.7%	0.9%	1.4%	0.5%	1.3%	2.9%	1.3%	1.0%																
keine Antwort	(09)	3%	2%	1	-	3	1	2	1	2	-	2	-	-	1	2																
		0.2%	0.4%	-	-	0.5%	-	0.5%	-	0.3%	-	0.5%	-	-	0.2%	0.3%																
Top-Two-Boxes	1155	856	252	47	504	551	188	651	415	335	353	356	55	513	596																	
		94.1%	91.3%	94.7%	95.4%	92.8%	94.6%	95.2%	95.2%	94.6%	95.7%	93.6%	85.5%*	94.3%	91.6%	91.6%																
Bottom-Two-Boxes	55	36	18	1	24	31	12	26	17	19	12	19	8	23	23																	
		4.5%	4.0%	6.5%	2.0%	4.1%	4.9%	5.8%	4.5%	3.9%	4.5%	3.3%	4.5%	11.8%*	4.3%	3.7%																
ANTW	1210	892	270	48	588	622	200	577	433	414	365	385	66	533	608																	
MME	1.56	1.58	1.52	1.50	1.48	1.53	1.54	1.70	1.62	1.48	1.53	1.54	1.70	1.62	1.48																	
STAW	0.61	0.59	0.69	0.55	0.62	0.60	0.62	0.59	0.61	0.58	0.63	0.63	0.60	0.59	0.60																	

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - ABCD - DIE = FGH-IJKK-LMMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Quelle: Die Schweiz wird nicht so langweilig. Zeit sich die Politik der Neutralität kritisch vor dem Neutradat unterscheidlich beurteilen. Ist diese Bewertung jetzt mehr ein Ausser zur Neutralität vor. Sagt in Stichprobe zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die bewaffnete Neutralität von der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU										
	TOTAL		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																
BASIS ungewichtet	1228	922	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	68*	541	68*	541	616	616	616	616	616	616	616	
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	68*	541	68*	541	616	616	616	616	616	616	616	
sehr einverstanden	(01)	202	136	57	9	117	85	26	79	97	34	73	88	103	103	103	103	103	19.1%	15.9%	18.1%	15.9%	16.7%	16.7%	16.7%	16.7%	16.7%	16.7%	16.7%	
eher einverstanden	(02)	525	390	114	21	242	283	89	259	177	165	173	168	241	241	241	241	241	41.1%	33.3%	42.8%	33.3%	35.1%	35.1%	35.1%	35.1%	35.1%	35.1%	35.1%	
eher nicht einverstanden	(03)	350	260	54	16	156	194	60	176	114	157	79	101	148	148	148	148	148	22.8%	22.8%	22.8%	22.8%	22.8%	22.8%	22.8%	22.8%	22.8%	22.8%	22.8%	
gar nicht einverstanden	(04)	100	69	37	3	70	30	24	47	29	46	23	24	59	59	59	59	59	6.0%	4.7%	6.6%	4.7%	5.0%	5.0%	5.0%	5.0%	5.0%	5.0%	5.0%	
weiss nicht	(08)	43	32	11	-	5	38	9	17	17	14	16	9	22	22	22	22	22	11.5%	8.1%	11.7%	8.1%	6.3%	6.3%	6.3%	6.3%	6.3%	6.3%	6.3%	
keine Antwort	(09)	8	4	3	1	1	7	-	5	3	1	5	2	6	6	6	6	6	0.7%	0.4%	0.7%	0.4%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%	
Top-Two-Boxes	727	526	171	30	329	398	115	338	271	189	246	254	254	254	254	254	254	254	61.8%	61.8%	61.8%	61.8%	61.8%	61.8%	61.8%	61.8%	61.8%	61.8%	61.8%	
Bottom-Two-Boxes	450	340	91	19	226	224	84	223	143	206	102	125	207	207	207	207	207	207	37.7%	33.0%	38.0%	33.0%	35.2%	35.2%	35.2%	35.2%	35.2%	35.2%	35.2%	
ANTW	1177	866	262	49	585	592	199	561	417	405	348	379	67	591	591	591	591	591	72.2%	67.7%	72.2%	67.7%	70.1%	70.1%	70.1%	70.1%	70.1%	70.1%	70.1%	
MIME	230	230	227	227	231	229	211	234	218	255	215	216	221	225	225	225	225	225	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
STAW	0.85	0.82	0.86	0.84	0.92	0.77	0.87	0.82	0.87	0.81	0.83	0.85	0.88	0.81	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - ABC- DIE - FGH - IJK - LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

QUELLE: Die Sicherheit wird nicht als längerer Zeitraum, sondern als Momentaufnahme, die den Wert der Neutralität unmissverständlich beurteilt. Ist diese Bewertung positiv, so liegt die Sicherheit im Bereich der Neutralität oder sogar im Bereich der Sicherheit. Ist die Bewertung negativ, so liegt die Sicherheit im Bereich der Unsicherheit oder sogar im Bereich der Gefahr. Die Sicherheit wird nicht als längerer Zeitraum, sondern als Momentaufnahme, die den Wert der Neutralität unmissverständlich beurteilt. Ist diese Bewertung positiv, so liegt die Sicherheit im Bereich der Neutralität oder sogar im Bereich der Sicherheit. Ist die Bewertung negativ, so liegt die Sicherheit im Bereich der Unsicherheit oder sogar im Bereich der Gefahr.

Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU														
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH							
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)					
BASIS ungewichtet	1228	902	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390				
BASIS gew. (100%)	1228	902	276	507	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390				
sehr einverstanden	(01)	278	200	63	15	152	126	58	125	95	69	88	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109			
		22.6%	22.2%	22.8%	30.0%	25.7%	19.8%	27.9%	21.4%	21.7%	16.4%	23.8%	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+	27.9%+			
eher einverstanden	(02)	588	447	112	29	364	324	96	292	200	201	181	185	185	185	185	185	185	185	185	185	185	185	185	185	185	185	185	185	185	185	185		
		47.9%	49.6%	40.6%+	58.0%	44.7%	50.9%	46.2%	50.1%	45.8%	47.9%	49.1%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%	47.4%		
eher nicht einverstanden	(03)	280	213	63	4	137	143	38	130	112	124	76	69	69	69	69	69	69	69	69	69	69	69	69	69	69	69	69	69	69	69	69		
		22.8%	23.0%	22.8%	3.2%	23.2%	22.4%	18.3%	22.3%	25.6%	29.5%+	20.6%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%	17.7%		
gar nicht einverstanden	(04)	61	27	33	1	36	25	13	28	20	25	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	
		5.0%	3.0%+	12.0%+	2.0%	6.1%	3.9%	6.3%	4.8%	4.6%	5.2%	5.1%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	4.9%	
weiss nicht	(08)	18	12	5	1	2	16	3	6	9	4	3	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	
		1.5%	1.3%	1.8%	2.0%	0.3%+	2.5%+	1.4%	1.0%	2.1%	1.0%	0.8%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	2.1%	
keine Antwort	(09)	3	3	-	-	3	4	-	3	-	-	2	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
		0.2%	0.3%	-	-	0.5%	-	-	0.5%	-	-	0.2%	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Top-Two-Boxes		866	647	175	44	748	659	151	417	295	270	290	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294	294
		70.5%	71.6%	63.4%+	88.0%+	70.4%	70.8%	74.0%	71.5%	67.5%	64.5%+	72.8%	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+	70.6%+
Bottom-Two-Boxes		341	240	96	5	173	168	51	158	132	146	95	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88	88
		27.8%	26.6%	34.8%+	10.0%+	29.3%	26.4%	24.5%	27.1%	30.2%	34.8%+	25.7%	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+	22.6%+
ANTW		1207	887	271	49	589	618	205	575	427	416	364	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362	362
MME		210	208	224	182	210	211	203	211	213	224	207	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199	199
STAW		0.81	0.76	0.85	0.67	0.85	0.77	0.85	0.79	0.81	0.79	0.81	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82	0.82

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - A/B/C - D/E - F/G/H - I/J/K - L/M/N

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

QUELLE: Die Schweiz wird seit längerer Zeit nicht als Risiko der Neutralität, das den Wert der Neutralität grundsätzlich beeinträchtigt, betrachtet. Die Umfrage zeigt jedoch, dass sich die Einstellung zur Neutralität von 2010 bis 2021 verändert hat. Sagt Sie nicht zu jeder Aussage, ob Sie damit eher einverstanden, eher einverstanden, oder nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU										
	TOTAL		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)																
BASIS ungewichtet	1228	602	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	68*	541	616	616	616	616	616	616	616	616		
BASIS gew. (100%)	1228	602	276	50*	591	637	208	593	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	68*	541	616	616	616	616	616	616	616	616		
sehr einverstanden	(01)	105	70	31	4	66	39	20	37	48	50	24	27	10	35	60	10	35	60	10	35	60	10	35	60	10	35	60		
		8.6%	7.8%	11.2%	8.0%	11.2%	6.1%	9.6%	6.3%	11.0%	11.9%	6.5%	6.9%	14.7%	6.5%	9.7%	14.7%	6.5%	9.7%	14.7%	6.5%	9.7%	14.7%	6.5%	9.7%	14.7%	6.5%	9.7%		
eher einverstanden	(02)	406	314	75	17	163	243	68	191	147	157	125	113	22	100	191	22	100	191	22	100	191	22	100	191	22	100	191		
		33.1%	34.8%	27.2%	34.0%	27.6%	38.1%	32.7%	32.8%	33.6%	37.4%	33.9%	29.9%	32.4%	33.1%	31.0%	32.4%	33.1%	31.0%	32.4%	33.1%	31.0%	32.4%	33.1%	31.0%	32.4%	33.1%	31.0%		
eher nicht einverstanden	(03)	467	354	95	18	231	236	81	233	153	140	147	159	17	222	228	17	222	228	17	222	228	17	222	228	17	222	228		
		38.0%	39.2%	34.4%	36.0%	38.1%	37.0%	38.9%	40.0%	35.0%	33.3%	39.8%	40.8%	25.0%	41.0%	37.0%	25.0%	41.0%	37.0%	25.0%	41.0%	37.0%	25.0%	41.0%	37.0%	25.0%	41.0%	37.0%		
gar nicht einverstanden	(04)	181	114	60	7	122	59	30	87	64	45	51	81	17	58	105	17	58	105	17	58	105	17	58	105	17	58	105		
		14.7%	12.6%	21.7%	14.0%	20.6%	9.3%	14.4%	14.6%	14.6%	10.7%	13.8%	20.8%	25.0%	10.7%	17.2%	25.0%	10.7%	17.2%	25.0%	10.7%	17.2%	25.0%	10.7%	17.2%	25.0%	10.7%	17.2%		
weiss nicht	(08)	58	44	10	4	9	49	8	30	20	24	18	8	1	33	24	1	33	24	1	33	24	1	33	24	1	33	24		
		4.7%	4.9%	3.6%	8.0%	1.5%	7.7%	3.8%	5.1%	4.6%	5.7%	4.9%	2.1%	1.5%	6.1%	3.9%	1.5%	6.1%	3.9%	1.5%	6.1%	3.9%	1.5%	6.1%	3.9%	1.5%	6.1%	3.9%		
keine Antwort	(09)	11	6	5	-	11	-	11	5	5	4	4	2	1	3	7	1	3	7	1	3	7	1	3	7	1	3	7		
		0.9%	0.7%	1.8%	-	1.7%	-	1.7%	0.9%	1.1%	1.0%	1.1%	0.5%	1.1%	0.5%	1.1%	1.0%	1.1%	0.5%	1.1%	0.5%	1.1%	1.0%	1.1%	0.5%	1.1%	1.0%	1.1%		
Top-Two-Boxes		511	394	106	21	259	262	88	228	165	167	149	140	32	225	251	32	225	251	32	225	251	32	225	251	32	225	251		
		41.6%	42.6%	39.6%	42.1%	39.7%	44.3%	42.3%	39.1%	44.6%	49.3%	49.4%	33.9%	47.1%	41.6%	46.7%	47.1%	41.6%	46.7%	47.1%	41.6%	46.7%	47.1%	41.6%	46.7%	47.1%	41.6%	46.7%		
Bottom-Two-Boxes		648	468	155	25	353	295	111	320	217	185	198	240	34	280	334	34	280	334	34	280	334	34	280	334	34	280	334		
		52.8%	51.9%	59.2%	50.0%	59.7%	46.3%	53.4%	54.9%	49.7%	44.0%	53.7%	61.5%	50.0%	51.8%	54.2%	50.0%	51.8%	54.2%	50.0%	51.8%	54.2%	50.0%	51.8%	54.2%	50.0%	51.8%	54.2%		
ANTW		1159	852	261	46	582	577	199	548	412	392	347	390	66	505	595	66	505	595	66	505	595	66	505	595	66	505	595		
MME		262	260	270	261	270	255	261	268	257	246	277	262	260	265	265	262	260	265	262	260	265	262	260	265	262	260	265		
STAW		0.85	0.82	0.95	0.86	0.93	0.77	0.86	0.82	0.89	0.86	0.81	0.86	1.03	0.78	0.89	1.03	0.78	0.89	1.03	0.78	0.89	1.03	0.78	0.89	1.03	0.78	0.89		

Proportions/Meanst, Columns Total (5% risk level) - ABCD - DIE - FGH - IJK - LMN

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

QUELLE: Die Schweiz wird nicht seit langer Zeit nicht positiv die Neutralität. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

	REGION										POLITISCHE EINSTELLUNG	BILDUNGSNIVEAU				
	GESCHLECHT					ALTER						TIEF	MITTEL	HOCH		
	TOTAL	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS					MITTE	RECHTS
(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)			
BASIS ungewichtet	1228	922	276	50*	591	637	208	593	437	420	399	390	68*	541	616	
BASIS gew. (100%)	1228	922	276	50*	591	637	208	593	437	420	399	390	68*	541	616	
sehr einverstanden	(01)	48	33	12	3	31	17	9	20	19	20	8	15	7	13	27
		3.9%	3.7%	4.3%	6.0%	5.2%	2.7%	4.3%	3.4%	4.3%	4.8%	2.2%	3.8%	10.0%*	2.4%	4.4%
eher einverstanden	(02)	138	103	30	5	65	83	25	75	38	47	37	51	10	61	66
		11.2%	11.4%	10.9%	10.0%	9.3%	13.0%	12.0%	12.9%	8.7%	11.2%	10.0%	13.1%	14.7%	11.3%	10.7%
eher nicht einverstanden	(03)	514	409	88	17	221	293	95	250	169	176	170	145	20	242	252
		41.9%	45.3%*	31.6%*	34.0%	37.4%*	46.0%*	45.7%	42.9%	38.7%	41.9%	46.1%	37.2%	29.4%	44.7%	40.9%
gar nicht einverstanden	(04)	503	344	138	24	279	224	75	228	200	168	146	173	30	211	261
		41.0%	37.5%*	50.0%*	48.0%*	47.0%*	35.2%*	36.1%	39.1%	46.8%*	40.0%	40.1%	44.4%	44.1%	39.0%*	42.4%
weiss nicht	(08)	20	12	7	1	4	16	3	8	9	9	3	5	1	11	8
		1.6%	1.3%	2.5%	2.0%	0.7%	2.5%	1.4%	1.4%	2.1%	2.1%	0.8%	1.3%	1.5%	2.0%	1.3%
keine Antwort	(09)	5	4	1	1	4	1	2	2	2	2	3	1	3	2	2
		0.4%	0.4%	0.4%	0.2%	0.6%	0.6%	0.5%	0.3%	0.5%	0.8%	0.3%	0.3%	0.6%	0.3%	0.3%
Top-Two-Boxes		166	136	42	8	96	129	34	55	57	67	42	66	17	74	81
		13.5%	15.2%	16.6%	14.6%	15.7%	16.3%	16.3%	13.0%	13.0%	16.0%	12.2%	16.8%	25.0%*	13.7%	15.1%
Bottom-Two-Boxes		1017	750	226	41	500	517	170	478	369	344	318	318	50	453	513
		82.8%	83.1%	81.9%	82.0%	84.6%	81.2%	81.7%	82.0%	84.4%	81.9%	86.2%	81.5%	73.5%*	83.7%	83.3%
ANTW		1203	886	268	49	596	617	204	573	426	411	363	384	67	527	606
MME		322	319	331	327	328	317	316	320	329	320	326	324	309	324	323
STAW		0.80	0.76	0.84	0.88	0.84	0.76	0.80	0.79	0.81	0.82	0.73	0.83	1.01	0.75	0.82

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - ABC-D - EFGH - IJKL - MN

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

04161 Die Schwere der rechtsschützenden Zustände, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Ist in eine neue Partei mehr Aussen zur Neutralität vor. Sag mir, wie Sie dazu einverstanden, eher einverstanden, oder nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbandnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung von der Neutralität.

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU												
	TOTAL		D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH			
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	(AA)	(AB)	(AC)			
BASIS ungewichtet	1228	922	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390		
BASIS gew. (100 %)	1228	922	276	507	591	637	208	563	437	420	369	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390	390		
sehr einverstanden	(01)	43	26	15	2	26	17	4	16	23	20	9	11	11	23	20	9	11	23	20	9	11	11	23	20	9	11	14	23	23		
		3.5%	2.9%	5.4%	4.0%	4.4%	2.7%	1.9%	2.7%	5.3%+	4.8%	2.4%	2.8%	2.8%	5.8%	4.4%	2.6%	3.7%	4.4%	2.6%	3.7%	4.4%	2.6%	3.7%	4.4%	2.6%	3.7%	4.4%	2.6%	3.7%		
eher einverstanden	(02)	232	168	51	13	114	118	38	108	86	90	83	53	18	87	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	126	
		19.9%	18.6%	18.5%	26.0%	19.3%	18.5%	18.3%	18.3%	19.7%	19.7%	21.4%	22.5%	13.6%+	18.7%	26.5%	16.1%	20.5%	26.5%	16.1%	20.5%	26.5%	16.1%	20.5%	26.5%	16.1%	20.5%	26.5%	16.1%	20.5%		
eher nicht einverstanden	(03)	607	466	123	18	267	340	105	297	205	217	178	190	26	201	289	289	289	289	289	289	289	289	289	289	289	289	289	289	289	289	
		49.4%	51.7%	44.6%	36.0%	45.2%+	53.4%+	50.5%	50.9%	46.9%	51.7%	48.2%	48.7%	38.2%	53.8%+	48.9%	38.2%	53.8%+	48.9%	38.2%	53.8%+	48.9%	38.2%	53.8%+	48.9%	38.2%	53.8%+	48.9%	38.2%	53.8%+	48.9%	
gar nicht einverstanden	(04)	275	191	70	14	171	104	48	132	95	68	71	124	17	111	147	147	147	147	147	147	147	147	147	147	147	147	147	147	147	147	
		22.4%	21.2%	25.4%	28.0%	28.9%+	16.3%+	23.1%	22.6%	21.7%	16.2%+	19.2%	31.8%+	15.2%	20.5%	23.9%	15.2%	20.5%	23.9%	15.2%	20.5%	23.9%	15.2%	20.5%	23.9%	15.2%	20.5%	23.9%	15.2%	20.5%		
weiss nicht	(08)	60	45	12	3	11	49	12	23	25	20	24	11	2	36	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	
		4.9%	5.0%	4.3%	6.0%	1.9%+	7.7%+	5.8%	3.9%	5.7%	4.8%	6.8%	2.8%	2.9%	6.7%	3.6%	2.9%	6.7%	3.6%	2.9%	6.7%	3.6%	2.9%	6.7%	3.6%	2.9%	6.7%	3.6%	2.9%	6.7%	3.6%	
keine Antwort	(09)	11	6	5	-	2	9	1	7	3	5	4	1	-	2	0	-	2	0	-	2	0	-	2	0	-	2	0	-	2	0	
		0.9%	0.7%	1.8%	-	0.3%	1.4%	0.5%	1.2%	0.7%	1.2%	1.1%	0.3%	-	0.4%	1.5%	-	0.4%	1.5%	-	0.4%	1.5%	-	0.4%	1.5%	-	0.4%	1.5%	-	0.4%	1.5%	
Top-Two-Boxes		275	194	66	15	149	135	42	124	109	110	92	64	25	101	142	142	142	142	142	142	142	142	142	142	142	142	142	142	142	142	142
		22.4%	21.6%	23.9%	30.0%	23.7%	21.2%	20.2%	21.5%	24.9%	26.2%	24.9%	16.6%+	16.6%+	33.6%+	24.2%	33.6%+	24.2%	33.6%+	24.2%	33.6%+	24.2%	33.6%+	24.2%	33.6%+	24.2%	33.6%+	24.2%	33.6%+	24.2%	33.6%+	24.2%
Bottom-Two-Boxes		882	657	193	32	438	444	153	429	300	295	249	314	43	402	436	436	436	436	436	436	436	436	436	436	436	436	436	436	436	436	436
		71.8%	72.6%	69.9%	64.0%	74.1%	69.7%	73.6%	73.6%	68.6%	67.9%	67.5%	80.5%+	63.2%	74.3%	70.8%	63.2%	74.3%	70.8%	63.2%	74.3%	70.8%	63.2%	74.3%	70.8%	63.2%	74.3%	70.8%	63.2%	74.3%	70.8%	
ANTW		1157	851	259	47	578	579	195	553	409	395	341	378	66	503	565	565	565	565	565	565	565	565	565	565	565	565	565	565	565	565	565
MIME		296	207	70	14	211	144	64	188	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134	134
STAW		077	074	084	087	082	070	073	074	081	076	074	075	080	071	079	080	071	079	080	071	079	080	071	079	080	071	079	080	071	079	

Proportions/Meanst. Columns Texted (5% risk level) - AB-C- DIE - FGH - IJK - LMN

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

016: Nicht-Kernbereich zum letzten Thema, die Schweizer Armas. Haben Sie die Schweizer Armas für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

	REGION										GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU											
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29			30-59			60+			LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(D)	(E)	(E)	(F)	(F)	(G)	(G)	(H)	(H)	(I)	(I)	(J)	(J)	(K)	(K)	(L)	(L)	(M)	(M)	(N)	(N)	(O)	(O)			
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	563	437	
unbedingt notwendig	(01)	36.5	29.5	8.1	16	21.4	14.9	4.1	16.1	15.1	27.6%	34.6%*	46	11.5	168	31.4%	48.2%*	25	16.8	32.4%	20.2%	20.2%	20.2%	20.2%	28.6%	28.6%	28.6%	28.6%	28.6%	28.6%	
eher notwendig	(02)	54.3	39.9	12.3	21	24.8	29.5	7.8	26.9	19.6	46.1%	41.9%	17.4	19.6	14.7	41.4%	53.1%*	37.7%	32	24.9	47.1%	46.0%	42.2%	42.2%	42.2%	42.2%	42.2%	42.2%	42.2%	42.2%	
eher nicht notwendig	(03)	29.3	17.9	6.9	15	6.4	15.4	6.0	10.7	6.9	18.7%	15.8%	14.5	4.5	4.3	34.5%*	11.7%	11.0%	8	6.6	11.8%	17.6%	17.6%	21.8%	21.8%	21.8%	21.8%	21.8%	21.8%	21.8%	
überhaupt nicht notwendig	(04)	87	64	20	3	45	42	24	43	20	60	13	11	11	11	14.3%*	3.5%	2.6%	6	36	8.6%	6.7%	7.3%	7.3%	7.3%	7.3%	7.3%	7.3%	7.3%	7.3%	
weiss nicht	(98)	2	2	-	-	-	2	0.3%	0.3%	-	1	0.2%	-	-	-	0.2%	-	-	2	0.4%	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
keine Antwort	(99)	2	-	2	-	-	2	0.3%	0.3%	1	0.2%	-	-	-	-	0.3%	0.3%	0.3%	1	0.2%	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Top-Two-Boxes	899	658	204	37	462	437	122	430	347	214	312	335	54	407	436	51.0%*	84.6%*	85.9%*	79.4%	75.2%	70.6%	70.6%	70.6%	70.6%	70.6%	70.6%	70.6%	70.6%	70.6%	70.6%	
Bottom-Two-Boxes	325	242	70	13	129	196	84	152	89	205	56	54	14	131	179	48.0%*	15.2%*	13.8%*	20.6%	24.2%	29.1%	29.1%	29.1%	29.1%	29.1%	29.1%	29.1%	29.1%	29.1%	29.1%	
ANTW	1224	900	274	50	591	633	206	562	436	206	562	436	206	562	436	206	562	436	206	562	436	206	562	436	206	562	436	206	562	436	
MIME	205	205	205	200	193	215	201	206	190	254	187	168	197	202	208	205	205	205	205	205	205	205	205	205	205	205	205	205	205	205	205
STAW	0.88	0.88	0.88	0.88	0.90	0.84	0.94	0.87	0.82	0.85	0.75	0.78	0.90	0.86	0.89	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	0.88	

Proportions/Mean: Columns Treated (0% risk level) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
*small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q17: Über die Bedeutung von dem Militär für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.

27. Jan. 2021
Studien-Nr.: 20.0753 //JI

	REGION			GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	D-CH	F-CH	ICH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gew. (100 %)	42,4%	45,3%	42,4%	62,0%*	48,7%	42,2%	34,6%*	44,6%	51,5%*	21,4%*	52,8%*	63,1%*	57,4%*	51,0%*	35,1%*
Die Militärpolitik in schweizerischen Medien eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so.	567	409	117	31	268	269	72	260	225	60	165	245	39	294	295
Das Militär ist ein notwendiges Übel.	483	360	114	9	214	269	84	240	159	204	143	117	19	189	274
Das Militär konstant/nicht notwendig/begeschliffen werden.	172	129	59	19	69	64	48	75	49	JK	JK	JK	21	68	101
weiss nicht	6	4	2	-	4	2	1	3	2	JK	JK	JK	14,7%	12,2%	15,6%
keine Antwort	0,5%	0,4%	0,7%	-	0,7%	0,3%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	-	0,7%	0,3%
Proportions/Meanst: Columns Tierfed (6% risk level) - ABC - DE - F/GH - I/JK - LMN	0,8%	0,6%	1,5%	-	0,8%	0,8%	1,4%	0,9%	0,5%	0,5%	0,8%	1,0%	-	0,2%	1,5%
small base	A	A	A	-	A	A	A	A	A	A	A	A	-	M	M

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q18: Glauben Sie, müsse die Milzimmere, welche ich heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre ihrer Meinung nach eine Berufarmee besser für uns?

	REGION				GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU												
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(D)	(E)	(E)	(F)	(F)	(G)	(H)	(H)	(I)	(I)	(J)	(J)	(K)	(K)	(L)	(L)	(M)	(M)	(N)	(N)	(O)	(O)	(O)	
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616														
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616														
BASIS gvw. (100 %)	708	545	168	35	367	341	102	336	270	250	264	39	339	347															
Milzimmere auch in Zukunft geeignet	57.7%	60.1%	49.3%	60.0%	62.3%*	53.5%	49.0%	57.6%	61.8%	47.6%*	59.0%	67.7%*	44.1%	61.0%	56.5%														
Wir würden eine Berufarmee brauchen	461	322	120	19	208	253	100	218	143	196	133	115	37	183	239														
weiss nicht	37.5%	35.7%	43.5%*	36.6%	35.2%	39.7%	48.1%*	37.4%	32.7%	46.8%*	36.0%	29.5%*	54.4%*	33.8%	38.6%														
keine Antwort	10	9	4	1	13	9	6	21	21	15	5	5	1.5%	2.6%	3.7%														
	0.8%	0.6%	1.6%	-	3	7	2	5	3	5	3	5	1.2%	0.8%	1.1%														

Proportions/Meanst. Columns Testet (5% risk level) - ABC- DIE = FIGH-IJK-LMNN

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q19: Göblicher Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

27. Jan. 2021
Studien-Nr.: 20.0753 //JI

	REGION										ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU								
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU					
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(D)	(E)	(E)	(F)	(F)	(G)	(G)	(H)	(H)	(I)	(I)	(J)	(J)	(K)	(K)	(L)	(L)	(M)	(M)	(N)
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	360	360	360	360	360	360	360	360	68*	541	616	616	616	616
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	360	360	360	360	360	360	360	360	68*	541	616	616	616	616
BASIS gvw. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	360	360	360	360	360	360	360	360	68*	541	616	616	616	616
vielu viel	(01)	167	109	46	6	67	69	35	73	46	100	34	21	8	59	68	118%	118%	118%	118%	118%	118%	118%	118%	118%
zu viel	(02)	370	284	75	11	149	221	88	180	102	184	101	70	19	157	193	238%*	238%*	238%*	238%*	238%*	238%*	238%*	238%*	238%*
gerade richtig	(03)	563	469	164	26	268	263	271	265	271	265	263	263	263	263	263	438%*	438%*	438%*	438%*	438%*	438%*	438%*	438%*	438%*
zu wenig	(04)	75	58	15	2	48	27	14	22	39	7	24	42	7	34	33	20.7%*	20.7%*	20.7%*	20.7%*	20.7%*	20.7%*	20.7%*	20.7%*	20.7%*
vielu wenig	(05)	23	19	2	1	3,0%*	0,6%*	3	12	6	1	1	1	1	2	8	1,4%	1,4%	1,4%	1,4%	1,4%	1,4%	1,4%	1,4%	1,4%
wenn nicht	(08)	42	31	9	2	11	31	6	22	14	15	14	9	1	24	16	0,2%*	0,2%*	0,2%*	0,2%*	0,2%*	0,2%*	0,2%*	0,2%*	0,2%*
keine Antwort	(09)	4	2	2	-	-	0,6%*	-	3	1	1	1	1	1	1	1	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%
(viel) zu viel	527	384	124	19	216	311	123	253	151	143	135	91	27	216	283	38.7%	38.7%	38.7%	38.7%	38.7%	38.7%	38.7%	38.7%	38.7%	38.7%
(viel) zu wenig	79	77	17	3	66	31	17	34	46	8	27	59	9	42	45	13.2%	13.2%	13.2%	13.2%	13.2%	13.2%	13.2%	13.2%	13.2%	
ANTW	1182	869	265	48	590	602	202	568	422	404	354	380	67	537	606	48.9%	48.9%	48.9%	48.9%	48.9%	48.9%	48.9%	48.9%	48.9%	48.9%
MWE	252	255	242	252	260	239	232	250	265	207	261	291	264	256	247	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%	20.0%
STAW	0,87	0,86	0,86	0,90	0,80	0,82	0,89	0,85	0,86	0,78	0,79	0,83	0,93	0,84	0,89	0,86	0,86	0,86	0,86	0,86	0,86	0,86	0,86	0,86	0,86

Proportions-Meanst-Columns Testes (5% risk level) - AB-C- DIE- F/GH- I/JK- L/MN

* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

G20: Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung von der Schweizer Armee? Bitte geben Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10 an, wie zufrieden Sie sind.

	TOTAL	REGION				GESCHLECHT				ALTER				POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU										
		D-CH		F-CH		MANN		FRAU		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH		
		(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	(O)	(P)	(Q)	(R)	(S)	(T)	(U)	(V)	(W)	(X)	(Y)	(Z)	
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	390	68*	541	616												
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	390	68*	541	616												
sehr zufrieden	(10)	48	35	15	5	55	53	3,9%	3,7%	4,3%	6,0%	4,2%	3,6%	0,5%+ F	2,3	24	5	15	2,5	3,3%	6,4%+ IJ	10,3%+ N	5,2%	2,1%	7	28	13	
	(09)	74	57	11	6	41	33	6,0%	6,3%	4,0%	12,0%	6,9%	5,2%	3,4%	7	35	32	6	26	4,0%	7,0%	10,3%+ N	7,4%	7,0%	38	31	50	
	(08)	281	215	57	14	142	139	23,0%	23,8%	20,7%	22,0%	24,0%	21,8%	20,2%	118	152	68	101	15	14,5%	15,7%	28,6%+ N	20,9%	22,1%	20,4%+ N	15	143	122
	(07)	281	205	51	5	117	144	22,9%	22,7%	18,5%	10,0%	19,8%	22,6%	20,2%	35	134	92	73	85	9,3%	17,4%	23,0%+ N	21,1%	22,1%	22,5%	19,5%	124	120
	(06)	171	150	38	6	87	84	13,9%	14,3%	13,0%	12,0%	14,7%	13,2%	17,3%	35	65	49	55	51	12,4%	15,7%	14,4%	8,8%	11,3%	16,9%+ M	6	61	104
	(05)	171	121	40	10	66	105	13,4%	13,4%	14,5%	11,2%	16,5%	11,9%	11,2%	33	86	52	79	50	12,4%	15,7%	14,4%	8,8%	11,3%	16,9%+ M	8	70	93
	(04)	55	45	8	2	28	27	4,5%	5,0%	3,3%	4,0%	4,4%	4,7%	7,2%	15	32	9	30	15	7,1%+ K	4,1%	2,3%	8,8%	3,1%	5,4%	6	17	33
	(03)	61	45	13	3	34	27	5,0%	5,0%	4,7%	6,0%	5,8%	4,2%	7,7%	16	29	16	43	5	10,2%+ JK	1,4%	3,1%	2,9%	3,9%	6,2%	2	21	38
	(02)	57	50	17	-	53	54	3,0%	2,2%	6,2%+ A	-	3,8%	2,2%	3,8%	18	11	11	25%	6,7%+ JK	1,1%	1,3%	2,8%	2,2%	3,7%	2	15	23	
überhaupt nicht zufrieden	(01)	30	17	12	1	22	8	2,4%	1,9%	4,3%+ A	2,0%	3,7%+ GH	1,3%	5,8%+ GH	12	10	8	21	4	10,2%+ JK	1,1%	1,0%	1,5%	2,2%	2,8%	1	12	17
weder nicht	(08)	54	17	3	0	57	57	4,4%	1,9%	5,1%+ A	6,0%	1,2%+ D	4,2%+ D	1,4%	11	20	19	20	10	6,7%+ JK	3,3%	2,7%	1,5%	1,5%	2,8%	1	15	18
keine Antwort	(99)	4	-	4	-	4	-	0,3%	-	1,4%+ A	-	0,2%	0,5%	-	1	3	2	2	2	0,5%	0,5%	-	-	-	-	4	-	0,6%
Top-Three-Boxes		403	303	80	20	208	195	32,8%	33,6%	29,0%	40,0%	35,2%	30,6%	24,0%+ FG	50	178	177	78	136	170	39,7%	38,6%+ N	43,6%+ N	26,9%+ N	27	209	166	
Bottom-Three-Boxes		128	82	42	4	79	49	10,4%	9,1%	15,8%+ A	13,4%+ E	11,3%+ E	7,7%+ E	11,3%+ GH	36	57	35	92	13	21	3,9%+ JK	5,4%+ JK	7,4%	6,3%	44	78	54	
ANTW		1190	885	258	47	583	607	6,40	6,48	6,08	6,62	6,35	6,45	5,71	6,36	6,78	5,41	6,77	7,03	6,73	6,69	6,10	6,50	6,73	6,09	6,10	6,50	
STAW		203	195	2,28	2,10	2,18	1,88	2,14	1,98	1,97	2,17	1,68	1,79	2,17	1,68	1,79	2,14	1,98	1,79	2,14	1,98	2,03	2,03	2,03	2,03	2,03	2,03	

Proportions/Mean: Columns Treated (0% risk level) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

CG1: Zuerst nach sich, dann Fragen zu ihrer Person. Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen von der nationalen Sicherheit?

	REGION										GESCHLECHT				ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG				BILDUNGSNIVEAU													
	D-CH		F-CH		I-CH		MANN		FRAU		(E)		(F)		(G)		18-29		30-59		60+		LINKS		MITTE		RECHTS		TIEF		MITTEL		HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(C)	(C)	(D)	(D)	(E)	(E)	(F)	(F)	(G)	(G)	(H)	(H)	(I)	(I)	(J)	(J)	(K)	(K)	(L)	(L)	(M)	(M)	(N)	(N)	(O)	(O)	(P)	(P)			
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	369	390	390	390	68*	541	616	616	616	616	616	616	616	616	616			
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	369	390	390	390	68*	541	616	616	616	616	616	616	616	616	616			
BASIS gvw. (100 %)	100.4%	100.4%	100.4%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%			
sehr stark	(01)	201	157	39	5	142	59	19	69	83	51	44	103	26.4%*	11.8%	14.0%	11.8%	14.0%	14.0%	14.0%	8	76	116	116	116	116	116	116	116	116	116			
eher stark	(02)	556	414	114	28	278	278	89	251	216	187	168	181	34	248	274	50.0%	45.5%	44.5%	44.5%	34	248	274	274	274	274	274	274	274	274	274			
eher bisschen	(03)	444	310	119	16	163	261	92	251	131	173	145	89	23	207	212	33.8%	38.3%	38.3%	38.3%	23	207	212	212	212	212	212	212	212	212	212			
überhaupt nicht	(04)	27	21	5	1	8	19	8	12	7	9	9	7	3	10	14	2.2%	1.6%	1.6%	1.6%	3	10	14	14	14	14	14	14	14	14	14			
weiss nicht	(98)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
keine Antwort	(99)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-			
Top-Two-Boxes	757	571	153	33	420	337	108	350	299	238	212	284	42	324	390	61.6%	51.9%*	51.9%*	51.9%*	51.9%*	42	324	390	390	390	390	390	390	390	390	390			
Bottom-Two-Boxes	471	331	123	17	171	300	100	233	138	182	157	106	26	217	226	38.4%	48.1%*	48.1%*	48.1%*	48.1%*	26	217	226	226	226	226	226	226	226	226	226			
ANTW	1228	902	276	50	591	637	208	563	437	208	563	437	208	563	437	208	369	390	390	390	68	541	616	616	616	616	616	616	616	616	616			
MIME	224	222	232	226	206	241	60	233	214	233	233	214	233	214	233	214	233	214	233	214	233	214	233	214	233	214	233	214	233	214	233			
STAW	075	075	073	066	075	070	071	075	073	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071	071			

Proportions/Mean: Column Totals (0% (not listed) - ABC - DIE - FGH - IJK - LMN
*small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»
 Q2: Sind Sie in der Schweizer Armee, im Zivildienst oder im Zivildienst eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

	REGION				GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	D-CH	F-CH	ICH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gew. (100 %)	308.6%	246.5%	75.1%	16.3%	370.0%	62.0%*	51.5%	169.0%	132.0%	25.0%*	24.7%*	44.4%*	17.6%	21.8%*	30.9%*
Ja, im Militär	20	17	3	19	1	8	10	2	14	2	4	1	7	12	
Ja, im Zivildienst	16%	1.9%	1.1%	3.2%*	0.2%	3.9%*	1.7%	0.5%	3.3%*	0.5%	1.0%	1.5%	1.3%	1.9%	
Ja, im Zivildienst	57	46	9	5	7	11	25	21	JK	14	27	2	27	28	
Ja, im Zivildienst	46.9%	5.1%	3.3%	4.0%	1.1%*	5.3%	4.3%	4.8%	3.8%	3.8%	6.9%*	2.9%	5.0%	4.5%	
Ja, zuerst im Militär, dann im Zivildienst	21	16	4	1	21	6	10	5	7	5	8	8	13	13	
Ja, zuerst im Militär, dann im Zivildienst	1.7%	1.8%	1.4%	2.0%	3.6%*	2.9%	1.7%	1.1%	1.7%	1.4%	2.1%	1.5%	2.1%	2.1%	
Ja, zuerst im Militär, dann im Zivildienst	15	94	9	2	4	1	19	27	21	11	13	3	15	27	
Ja, zuerst im Militär, dann im Zivildienst	3.7%	3.9%	3.3%	4.0%	7.6%*	1.1%	3.1%	6.2%*	5.0%	3.0%	3.3%	4.4%	2.8%	4.4%	
Nein, ich bin nirgends eingeteilt	707	502	178	27	84	623	127	330	250	257	245	165	50	366	288
Nein, ich bin nirgends eingeteilt	57.6%	55.7%	64.5%*	54.0%	14.2%*	61.1%	56.6%	57.2%	61.2%*	66.4%*	42.3%*	73.5%*	67.7%*	46.8%*	
weiss nicht	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
keine Antwort	2	1	1	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	2	
keine Antwort	0.2%	0.1%	0.4%	0.3%	0.3%	0.5%	0.2%	0.2%	0.2%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	0.3%	

Proportions/Meanst: Column Total (6% risk level) - ABC - DE - FGH - IJK - LMN
 * small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q24: Sind Sie von Geburt an Schweizer/Schweizerin?

27. Juni 2021
Studien-Nr.: 20.0753 //JH

	REGION			GESCHLECHT		ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU				
	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gew. (100 %)	100%	76%	24%	4%	49%	54%	19%	47%	38%	39%	34%	5%	40%	56%	62%
Ja	84.9%	87.4%*	77.5%	82.0%	84.1%	85.7%	88.9%	81.1%*	88.1%	85.7%	81.8%	87.4%	77.9%	89.1%*	82.1%
Nein	15.1%	12.6%	22.5%*	18.0%	15.9%	14.3%	11.1%	18.9%*	11.9%	14.3%	18.2%	12.6%	22.1%	10.9%*	17.9%
keine Antwort	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Proportions/Mean: Columns Total (0% risk level) - ABC - DIE - F/GH - I/JK - LMN
* small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

G25: Wäches is die höchste Ausbildung, wo Sie abgabschlossen haben oder wo Sie zurzeit machen?

27. Jan. 2021
Studien-Nr.: 20.0753 //JI

	REGION			GESCHLECHT			ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	D-CH	F-CH	I-CH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
TOTAL	1228	902	276	507	591	208	563	437	420	369	390	68*	541	616	
BASIS ungewichtet	1228	902	276	507	591	208	563	437	420	369	390	68*	541	616	
BASIS gwr. (100 %)	68	50	34	5	59	4	27	37	10	25	24	68	541	616	
	5,5%	3,2%	12,3%*	10,0%	4,9%	1,9%	4,0%	8,5%*	2,9%	6,3%	6,2%	100,0%*	100,0%*	100,0%*	
tief	541	418	100	23	195	92	223	226	145	197	176	..	541	..	
mittel	44,1%	46,3%	36,2%	46,0%	33,0%	44,2%	38,3%	51,7%*	34,5%	53,4%*	45,1%	..	100,0%*	..	
hoch	616	452	159	25	367	112	330	171	260	146	189	616	
	50,2%	50,4%	59,4%	44,0%	62,3%*	53,8%	59,9%*	39,4%	62,4%*	39,6%	48,7%	100,0%*	
weiss nicht	3	3	3	..	1	2	1	1	LM	
keine Antwort	0,2%	..	1,1%*	..	0,5%	..	0,2%	0,5%	0,2%	0,3%	
	

Proportions/Mean: Columns Totaled (6% risk level) - ABC - DE - F/GH - I/JK - LMN
small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Die Basis, Mitte und Rechts sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mit jedem, von Sie ausser auf einer Skala von 0 (ganz links bis 10 ganz rechts) etwas assoziieren?

	REGION				GESCHLECHT			ALTER		POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU		
	D-CH	F-CH	I-CH	ICH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)
TOTAL	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	563	437	420	369	390	68*	541	616
BASIS gew. (100 %)	34.2%	35.8%	31.2%	22.0%	31.6%	30.6%	45.7%+	33.3%	30.0%	100.0%+	--	--	17.5%	26.8%	42.5%+
links	409	325	66	11	197	203	95	104	131	450	--	--	19	146	262
							GH			JK					LM
mitte	369	271	80	18	149	220	40	172	157	--	369	--	25	197	146
	30.0%	30.0%	29.0%	36.0%	25.2%	34.5%+	19.2%	29.5%	35.9%+	--	100.0%+	--	36.5%	36.4%+	23.7%
							D				JK				
rechts	509	245	61	14	241	146	61	169	137	--	--	390	19	139	169
	31.8%	33.0%	28.0%	28.0%	40.8%+	23.4%	29.3%	33.4%	30.7%	--	--	100.0%+	35.3%	32.5%	30.6%
weiss nicht	31	15	10	6	8	23	6	17	8	--	--	--	5	16	9
	2.5%	1.7%	3.6%	12.0%+	1.4%	3.6%	2.9%	2.9%	1.8%	--	--	--	7.4%+	3.0%	1.5%
keine Antwort	19	6	3	1	6	10	6	5	7	--	--	--	7	8	6
	1.5%	0.8%	3.3%+	2.0%	1.0%	1.5%	2.9%	0.9%	1.6%	--	--	--	2.5%	1.3%	1.5%
		A					G								

Proportions/Mean: Columns Totaled (6% risk level) - ABC - DE - F/GH - I/JK - LMN
*small base

MILAK/CSS ETH: Studie «Sicherheit 2021»

Q27: Wie viel verdienen Sie etwa im Monat? Denken Sie dabei an das effektive Netto-Einkommen, also das, was Sie aus allen Einkünften zusammen pro Monat ausbezahlt bekommen.

	REGION				GESCHLECHT		ALTER			POLITISCHE EINSTELLUNG			BILDUNGSNIVEAU			
	TOTAL	D-CH	F-CH	ICH	MANN	FRAU	18-29	30-59	60+	LINKS	MITTE	RECHTS	TIEF	MITTEL	HOCH	
	(A)	(B)	(C)	(C)	(D)	(E)	(F)	(G)	(H)	(I)	(J)	(K)	(L)	(M)	(N)	
BASIS ungewichtet	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	68*	541	616	
BASIS gew. (100 %)	1228	902	276	50*	591	637	208	583	437	420	369	390	68*	541	616	
0 bis 3000 Franken	207	146	65	6	69	148	86	71	50	86	64	46	15	105	87	
	16.9%	16.4%	19.2%	12.0%	10.0%	23.2%	41.3%	12.2%	11.4%	20.5%	17.3%	12.3%	22.1%	19.4%	14.1%	
2001 bis 4000 Franken	277	214	46	17	81	196	36	108	133	106	94	68	19	176	82	
	22.6%	23.7%	16.7%	34.0%	13.7%	30.8%	17.3%	18.9%	30.4%	25.2%	25.5%	17.4%	27.9%	32.5%	13.3%	
4001 bis 6000 Franken	298	216	69	10	169	150	65	130	80	150	71	63	14	14	103	
	23.5%	23.8%	21.7%	28.0%	26.9%	20.3%	31.3%	22.3%	21.3%	25.0%	20.1%	23.8%	25.0%	28.1%	21.1%	
6001 bis 8000 Franken	163	118	41	4	115	48	13	103	47	53	45	64	3	38	122	
	13.3%	13.1%	14.9%	8.0%	19.5%	7.5%	6.3%	17.7%	10.8%	12.6%	12.2%	16.4%	4.4%	7.0%	19.8%	
8001 bis 10'000 Franken	67	67	28	2	5	21	1	PH	PH	33	27	39	3	12	33	
	7.9%	7.4%	10.1%	4.0%	12.9%	3.3%	0.5%	10.8%	7.8%	6.4%	7.0%	10.0%	4.4%	2.2%	13.3%	
10'001 bis 12'000 Franken	23	17	5	1	18	5	-	18	5	8	5	10	1	3	19	
	1.9%	1.9%	1.6%	2.0%	3.0%	0.8%	-	3.1%	1.1%	1.9%	1.4%	2.6%	1.5%	0.6%	3.1%	
12'001 bis 14'000 Franken	14	12	2	-	1	3	-	PH	PH	4	1	5	2	4	15	
	1.1%	1.3%	0.7%	-	1.9%	0.5%	-	1.7%	0.9%	0.2%	1.4%	2.1%	-	0.4%	1.9%	
14'001 bis 16'000 Franken	15	10	5	-	13	2	-	9	6	3	2	10	-	-	15	
	1.2%	1.1%	1.6%	-	2.2%	0.3%	-	1.5%	1.4%	0.7%	0.5%	2.6%	-	-	2.4%	
mehr als 16'000 Franken	15	11	2	2	5	2	-	8	7	1	3	1	-	3	11	
	1.2%	1.2%	0.7%	4.0%	2.9%	0.3%	-	1.4%	1.6%	0.2%	0.8%	2.8%	-	0.6%	1.5%	
weiss nicht	36	28	6	2	12	24	2	15	19	7	13	13	6	24	6	
	2.9%	3.1%	2.2%	4.0%	2.0%	3.8%	1.0%	2.6%	4.3%	1.7%	3.5%	3.3%	6.8%	4.4%	1.0%	
keine Antwort	93	69	28	3	54	59	5	49	46	20	38	26	5	19	49	
	7.6%	6.9%	10.1%	6.0%	5.8%	9.3%	2.4%	8.2%	9.2%	5.3%	10.3%	6.7%	5.9%	6.6%	8.0%	
ANTW	1099	812	242	45	545	554	201	520	378	390	318	351	58	480	561	
MWE	549.616	5499.10	5376.19	5160.76	7060.61	3862.17	3095.23	6523.39	4555.14	4456.36	4655.14	7012.11	3844.72	4627.83	6844.11	
STAW	9642.22	10958.71	4120.01	3770.76	1328.28	2704.53	2262.85	13463.64	3754.48	3074.13	3410.58	18307.18	2434.48	2853.48	13067.67	

Proportion/Mean/Column Totals (0% not low) - ABC - DE - FGH - IJK - LMN
Small base

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich

Die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich ist die Aus- und Weiterbildungsstätte für Berufs-offiziere. Neben der Lehrtätigkeit wird an der MILAK Forschung in den Bereichen Führung und Kommunikation, Militärgeschichte, Militärpädagogik und -psychologie, Militärökonomie, Militärsoziologie und Strategische Studien betrieben. Die Ergebnisse schlagen sich in einer regen Vortrags- und Publikationstätigkeit nieder und bilden eine wichtige Grundlage für die Lehre.

Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich

Das Center for Security Studies der ETH Zürich (CSS) wurde 1986 gegründet und befasst sich in Forschung und Lehre mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Das Center ist Mitglied des Zentrums für Vergleichende und Internationale Studien (CIS).

Studienreihe «Sicherheit»

Die Studienreihe «Sicherheit», welche die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich gemeinsam publizieren, dienen der Ermittlung langfristiger Trends und Tendenzen in der aussen-, sicherheits-, und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen und beinhalten die Wiederholung von Kernfragen zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Erhebungen zu ausgewählten Vertiefungsthemen.